Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/123

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
II/2 — 60000 — 5074/65

Bonn, den 15. Dezember 1965

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

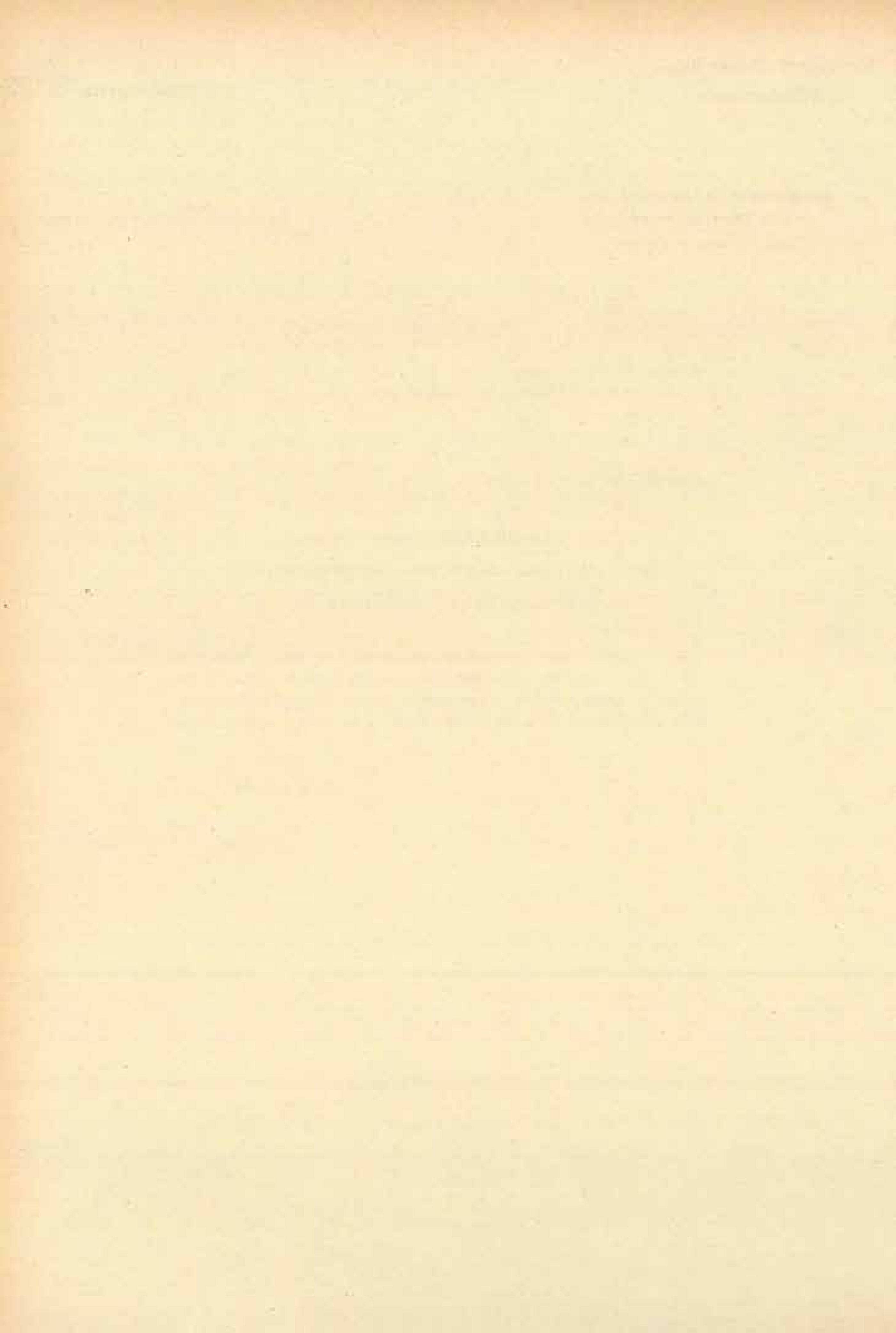
Hiermit übersende ich das

Zweite Jahresgutachten
des Sachverständigenrates zur Begutachtung
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung,

das der Sachverständigenrat am 20. Dezember 1965 gemäß § 6 Abs. 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) veröffentlicht.

Ludwig Erhard

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51



Der Sachverständigenrat
zur Begutachtung
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Jahresgutachten 1965

Vorwort

1. Gemäß § 6 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 [1]) legt der Sachverständigenrat hiermit sein zweites Jahresgutachten vor [2]).

2. Das Gesetz beauftragt den Sachverständigenrat,

   „die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darzustellen" und zu untersuchen, „wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig

   Stabilität des Preisniveaus,

   hoher Beschäftigungsstand und

   außenwirtschaftliches Gleichgewicht

   bei stetigem und angemessenem Wachstum

   gewährleistet werden können"; es untersagt ihm jedoch, Empfehlungen für — bestimmte — wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen auszusprechen.

3. Da das Gesetz vorsieht, daß die Ziele gleichzeitig erreicht werden sollen, sind sie für den Sachverständigenrat grundsätzlich gleichrangig. Daraus folgt, daß der Sachverständigenrat immer jenen Zielen die größte Aufmerksamkeit zuwenden muß, die in der jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Lage und deren absehbarer Entwicklung am wenigsten verwirklicht sind.

4. Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht, von stetigem und angemessenem Wachstum im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung begleitet, bilden auch die Grundlage für die weiteren Untersuchungen, mit denen der Gesetzgeber den Sachverständigenrat beauftragt hat:

   über „die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen",

   über „die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot" und

   über „Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren . . . . . . Beseitigung".

---

[1]) Das Gesetz ist als Anhang I beigefügt.

[2]) Das Jahresgutachten 1964 — nachfolgend zitiert: JG 64 — erschien als Veröffentlichung des Sachverständigenrates am 11. Januar 1965 unter dem Titel „Stabiles Geld — stetiges Wachstum" (Kohlhammer Verlag Stuttgart-Mainz). Zum selben Zeitpunkt leitete die Bundesregierung gemäß § 6 Abs. 4 des Gesetzes ihre Stellungnahme mit dem Gutachten dem Bundestag zu (Bundestagsdrucksache IV/2890). Darüber hinaus hat die Bundesregierung eine englische Übersetzung des ersten Jahresgutachtens veranlaßt, die sie zusammen mit ihrer Stellungnahme den Vereinten Nationen als Beitrag zur Frage der „Wechselwirkungen zwischen Inflation und wirtschaftlicher Entwicklung" vorlegen wird.

5. Mit der sich aus dem Gesetz ergebenden Beschränkung des Auftrages, die darin besteht, daß der Sachverständigenrat „keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen" soll, hat der Gesetzgeber unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß die politische Verantwortung in diesem Bereich ausschließlich bei den verfassungsmäßig zuständigen Organen bleibt; er will nicht einmal Empfehlungen, die diese Verantwortung nach außen hin abschwächen könnten.

6. Entgegen einer in der Öffentlichkeit noch verbreiteten Vorstellung ist der Sachverständigenrat kein Beratergremium der Bundesregierung, wenn auch die Bundesregierung dem Bundespräsidenten die Mitglieder zur Berufung vorschlägt. Nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes ist der Sachverständigenrat „ein Rat von unabhängigen Sachverständigen". Er soll nach dem Gesetz nicht beraten, sondern die „Urteilsbildung" erleichtern, und zwar nicht nur in der Bundesregierung, sondern „bei allen wirtschaftspolitischen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit". Die Bundesregierung ist jedoch unmittelbar Adressat der Gutachten. Sie nimmt zu den Jahresgutachten gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften Stellung. In diesen Stellungnahmen hat sie die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen zu ziehen. Hierfür setzt das Gesetz eine Frist von acht Wochen.

7. So kurz diese Frist für die Bundesregierung sein mag, so lang ist sie für den Sachverständigenrat. Was in der ersten Novemberhälfte noch aktuell erschien, mag durch die Ereignisse bis Mitte Januar schon überholt sein. Hinzu kommt, daß die meisten Daten, die dem Jahresgutachten zugrunde liegen, gerade noch den September, das heißt den ersten Monat nach der in unserer Wirtschaft immer bedeutsamer werdenden Urlaubspause, betreffen. Die Jahresgutachten sind daher mit mehr Abstand geschrieben und müssen auch mit mehr Abstand gelesen werden als manche Veröffentlichungen zur kurzfristigen Konjunkturlage. Ein größerer Zeitraum im Rückblick und im Ausblick, der das Urteil unabhängig macht von der Nachricht der Stunde, ist den Problemen angemessen, die sich der Wirtschaftspolitik stellen. Denn der zeitliche Zusammenhang von Ursache und Wirkung, von Nebenwirkung und Rückwirkung im Ablauf des Wirtschaftsgeschehens läßt sich nicht in der Bilanz von Wochen und Monaten und auch nicht in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung eines Kalenderjahres erfassen; die Zyklen, in denen unsere Wirtschaft wächst und in denen sich der bedauerliche Geldwertschwund vollzieht, dauern immer mehrere Jahre. Somit sind die Preissteigerungen von heute im Grunde das Ergebnis von Fehlhandlungen und Versäumnissen einer Zeit, die mehr als ein Jahr zurückliegt; und so wird heute nicht entschieden über die gesamtwirtschaftliche Lage des nächsten Monats, sondern weitgehend schon über das Geschehen im nächsten und übernächsten Jahre. Wäre es anders, so müßten sich alle,

die wie der Sachverständigenrat die Lage in den nächsten Monaten zu beschreiben haben, überfordert fühlen. Entscheidungsfreiheit haben wir nur für die Zeit, in der das Geschehen nicht mehr durch frühere Entscheidungen festgelegt ist.

8. Der Sachverständigenrat hat daher auch in diesem Jahresgutachten versucht, die gesamtwirtschaftliche Lage in einem größeren zeitlichen Zusammenhang zu sehen.

   a) Zunächst wird die gesamtwirtschaftliche Lage, wie sie sich in den letzten zwölf bis achtzehn Monaten entwikkelt hat, vor dem Hintergrund des konjunkturellen Geschehens im vorausgegangenen Wachstumszyklus beschrieben.

   b) Das zweite Kapitel befaßt sich auftragsgemäß mit der voraussichtlichen Entwicklung, dargestellt in der Sprache und im Zahlenwerk einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für 1966. Dabei wird angenommen, daß sich im Bereich der Finanz-, Wirtschafts- und Lohnpolitik nur die Tendenzen fortsetzen, die sich im Herbst 1965 abzeichneten. Ein grundlegender Wandel der Wirtschaftspolitik ist nicht unterstellt.

   c) Im dritten Kapitel — Gegen den Geldwertschwund — wird aufgezeigt, wie der nun schon seit zehn Jahren anhaltende Preissteigerungsprozeß allmählich eingedämmt werden kann, entsprechend dem Willen des Gesetzes, das von uns verlangt darzulegen, wie Fehlentwicklungen vermieden oder beseitigt werden können. Die im Gesetz festgelegten Zielsetzungen lassen keinen Raum für unterschiedliche wirtschaftspolitische Strategien. Den einen Weg, den wir sehen und der als „Stabilisierung ohne Stabilisierungskrise", „konzertierte Aktion", „gesellschaftspolitischer Accord" oder „neuer contrat social" gekennzeichnet werden kann, haben wir bis hart an die Grenze technischer Einzelheiten untersucht, aber nur in großen Zügen beschrieben. Spielraum bleibt nur in der Wahl zwischen Mitteln, die ungefähr die gleichen Zwecke erfüllen können; hier haben unsere Darlegungen daher nur den Sinn von Beispielen. Gleichwohl sei darauf aufmerksam gemacht, daß solche Einzelfragen immer nur im Rahmen einer Gesamtkonzeption beurteilt werden dürfen: Was zusammen mit anderen Maßnahmen gesamtwirtschaftlich nützlich und notwendig ist, mag in der leider so verbreiteten „ceteris paribus — Betrachtung" in einem ungünstigen Licht erscheinen. Weil es so wichtig ist, das Ganze über das Detail zu stellen, haben wir versucht, unsere Vorstellung von den möglichen Ergebnissen einer „konzertierten Aktion" in der zusammenfassenden Form einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — schon für 1966 — zu übermitteln. Die Ergebnisse mögen manchen enttäuschen, der die Wirkungsverzögerungen unterschätzt. Doch je län-

ger die Wirkungen sich erfahrungsgemäß verzögern, um so früher muß man handeln und um so größer muß das Vertrauen sein, daß der Erfolg nicht ausbleibt. Wenn Geldwertstabilität keinen Preis hätte, wäre sie sicher längst verwirklicht.

d) Schließlich wird im vierten Kapitel an Hand einer Analyse des Zusammenhangs zwischen Wachstum und Strukturwandel in der Bundesrepublik aufzuzeigen versucht, wie die Strukturpolitik orientiert sein muß, wenn auch sie zu stetigem und angemessenem Wachstum und zur Stabilität des Geldwerts beitragen soll. Die wirtschaftspolitischen Folgen jeden Handelns und jeden Unterlassens reichen hier noch sehr viel weiter in die Zukunft.

9. Seinem Jahresgutachten 1964 hatte der Sachverständigenrat ein ausführliches Schreiben des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes vom 31. Oktober 1964 angelegt. In diesem Schreiben weist der Präsident darauf hin, daß sein Amt — trotz aller Bemühungen und Erfolge auf Teilgebieten — ausreichende Unterlagen für „ein zuverlässiges, vielseitiges statistisches Gesamtbild" der Einkommens- und Vermögensbildung nicht bereitstellen kann. Er bemerkte, daß noch „viele weitere Anstrengungen nötig sein werden, um das einkommens- und vermögensstatistische Instrumentarium zu komplettieren", wies aber darauf hin, daß zusätzliche Statistiken entsprechende gesetzliche Rechtsgrundlagen notwendig machten. Auch in diesem Jahre ist das statistische Instrumentarium für die Untersuchung der Einkommens- und Vermögensbildung nur unwesentlich vollständiger geworden, obwohl — wie der Präsident des Statistischen Bundesamtes in seinem Schreiben vom 10. November 1965 bestätigt (Anhang III, 1) — verschiedene zusätzliche Arbeiten angelaufen sind; die Ergebnisse dieser Arbeiten seien erst demnächst zu erwarten. Da dem Sachverständigenrat gerade hinsichtlich der Einkommens- und Vermögensbildung keine zureichenden Unterlagen zugänglich gemacht werden konnten, macht er nunmehr selbst einige Vorschläge zur Verbesserung des einkommenstatistischen Instrumentariums (Anhang III, 2). Diese Anregungen sind vielleicht gerade zu diesem Zeitpunkt wichtig, weil das Steuerstatistische Gesetz möglicherweise zu den ersten Gesetzesvorlagen gehören wird, die dem V. Bundestag zur Beschlußfassung zugeleitet werden.

10. Der Sachverständigenrat dankt den Vertretern der Bundesministerien, der EWG-Kommission, der Deutschen Bundesbank, des Sozialbeirates, der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und der Wirtschaftswissenschaften an den Hochschulen und in den Forschungsinstituten. Mit ihnen allen konnte sich der Sachverständigenrat aussprechen. Die in diesen Aussprachen gewonnenen Erkenntnisse bilden

einen wertvollen Beitrag zu diesem Gutachten; das Gespräch mit den Sozialpartnern brachte eine Annäherung der Standpunkte auf der Grundlage der in Ziffer 248 JG 64 niedergelegten Leitgedanken zur Lohnpolitik. Die Industrie- und Handelskammern der Bundesrepublik und die Industrieverbände beantworteten Rundfragen des Sachverständigenrates bereitwillig und zum Teil mit wohlbegründeten gutachtlichen Stellungnahmen. Ihnen allen sei an dieser Stelle für ihre Mithilfe gedankt. Von dem Recht der öffentlichen Instanzen, auf ihr Verlangen gehört zu werden (§ 5 Abs. 2), hat nur der Bundeswirtschaftsminister — und dieser mehrmals — Gebrauch gemacht.

11. Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt hat sich vertieft; die Mitarbeiter des Amtes haben die Arbeiten des Sachverständigenrates sehr erleichtert.

12. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Hilfe seiner Mitarbeiter nicht fristgemäß fertigstellen können. Alle Fehler und Mängel, die dieser Bericht enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, den 15. November 1965

W. Bauer

P. Binder

H. Giersch

H. Koch

F. W. Meyer

Inhalt

Verzeichnis der Schaubilder

Verzeichnis der Tabellen im Text

Verzeichnis der Tabellen im Anhang

Abkürzungen

BMF — Bundesministerium der Finanzen

BMWi — Bundesministerium für Wirtschaft

DIW — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

RWI — Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

VDMA — Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, Frankfurt/M.

Ifo — Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Statistische Materialquellen

Statistische Angaben über die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschl. Berlin (West); davon abweichende Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt. Angaben für die Industrie gelten für Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten.

Material über fremde Länder wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen, in denen die Daten soweit wie möglich vergleichbar gemacht worden sind (Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: Allgemeines Statistisches Bulletin. OECD: General Statistics. Vereinte Nationen: Yearbook of National Accounts Statistics). Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

Preismeßzahlen für Zeiträume von mehr als einem Monat geben den durchschnittlichen Stand im jeweiligen Zeitraum an.

ERSTES KAPITEL

Zur Konjunkturlage

I. Überblick

1. Der Wachstumszyklus, der sich 1963 unter dem Sog der Auslandsnachfrage angebahnt hatte, hat allem Anschein nach in der ersten Hälfte 1965 seinen Höhepunkt überschritten. Wir sind damit in eine Konjunkturphase eingetreten, in der die Gesamtnachfrage — also die Ausgaben für Investitionen und Verbrauch zusammen mit der Ausfuhr — nicht mehr so schnell zunimmt wie zuvor.

2. Immer noch wachsen aber diese Ausgaben nominal rascher als das reale Angebot aus heimischer Erzeugung und Einfuhr. Auf den Märkten herrschen somit noch Bedingungen, die höhere Preise erlauben oder nach sich ziehen. Ein Ende des Geldwertschwunds ist noch nicht in Sicht; auf den Verbrauchermärkten hat sich der Preisanstieg in letzter Zeit eher noch beschleunigt.

3. Die Aufschwungsphase des gegenwärtigen Wachstumszyklus hat somit knapp zwei Jahre gedauert; sie war kaum kürzer als die Aufschwungsphase im letzten Zyklus, wenn man deren Beginn auf das erste Halbjahr 1959 und ihr Ende auf das erste Halbjahr 1961 datiert.

4. Phasenvergleiche dieser Art legen prognostische Schlüsse nahe; doch muß bedacht werden, daß jeder Zyklus trotz mancher Ähnlichkeit mit seinem Vorgänger, die auf konstanten Rahmenbedingungen und Verhaltensweisen beruht, stets auch ausgeprägte Besonderheiten zeigt.

   Ähnlich oder gleichartig verlief die Aufschwungsphase im gegenwärtigen und im vorausgegangenen Wachstumszyklus insofern, als der Hauptanstoß in beiden Fällen von der Auslandsnachfrage kam und bald eine rasche Ausweitung der Investitionen zur Folge hatte (JG 64 Ziffer 9 ff).

   Ähnlich war auch, daß mit dem Anlaufen der Binnenkonjunktur die außenwirtschaftlichen Überschüsse nachließen, sei es infolge der Verknappung des Binnenangebots, sei es infolge konjunktureller Entwicklungen im Ausland. Vieles spricht dafür, daß der Übergang von der Exportkonjunktur zur Binnenkonjunktur diesmal stärker von der Abschwächung der Auslandsnachfrage bestimmt war: eine Analyse nach Ländern zeigt, wie die Stockungen oder Rückschläge bei den Lieferungen nach Italien, Frankreich und Großbritannien, also nach Ländern, die bemüht waren, ihre Binnenkonjunktur zu dämpfen oder ihre Einfuhren aus Zahlungsbilanzgründen zu drosseln, unsere Exportkonjunktur vom ersten zum zweiten Halbjahr 1964 deutlich abschwächten.

5. Gleichzeitig mit dem Nachlassen der Exportkonjunktur sind unter dem Sog der Binnennachfrage die Einfuhren kräftig gestiegen, nicht zufällig vor allem aus Italien und Frankreich, den beiden EWG-Ländern mit gedämpfter Konjunktur und daher elastischem Angebot. Die Einfuhr stieg so stark, daß sich im Sommer und Herbst 1965 zum ersten Mal seit vielen Jahren Einfuhrüberschüsse im Warenhandel ergaben. Die Leistungsbilanz, die auch die Dienstleistungen enthält, war im ersten Halbjahr 1965 nahezu ausgeglichen, nachdem schon im zweiten Halbjahr 1964 der Überschuß nicht mehr so groß war wie im ersten.

6. Bedenkt man, daß sich 1960 noch erhebliche Ausfuhrüberschüsse ergeben hatten, so tritt ein entscheidender Unterschied zwischen dem damaligen und dem gegenwärtigen Wachstumszyklus in den Vordergrund. Damals trug die Außenwirtschaft noch in der Hochkonjunktur zur Übernachfrage bei, während sie diesmal die Binnenmärkte eher entlastet hat. Nicht zuletzt deshalb hat der Aufschwung in diesem Wachstumszyklus mildere Formen angenommen. Investitionen und Gewinne sind bei weitem nicht so steil gestiegen wie 1959/60, und der Auftragsstau bei den Investionsgüterindustrien, deren Angebot wieder an Elastizität eingebüßt hat, hält sich unverkennbar in engeren Grenzen.

7. Im Gegensatz zu 1959/60 fiel die Aufschwungsphase des gegenwärtigen Wachstumszyklus nicht mit einer beschleunigten Nachfrageexpansion auf dem Baumarkt zusammen. Zum ersten Mal seit 1958 sind die Baupreise 1965 im Durchschnitt weniger gestiegen als das Preisniveau des Bruttosozialprodukts.

8. Wie in jedem Wachstumszyklus bei Vollbeschäftigung hat sich auch diesmal die Expansion der Nachfrage in zunehmender Knappheit der Arbeitskräfte und einem beschleunigten Lohnanstieg niedergeschlagen. Wie üblich betraf dies zunächst vor allem die Effektivlöhne; die Tariflöhne können der konjunkturellen Entwicklung immer nur in dem Maße folgen, wie neue Verträge abgeschlossen werden. Es scheint jedoch, daß die Verzögerung, mit der die Löhne hinter den Gewinnen herhinken (wage lag), im gegenwärtigen Zyklus kürzer war als im vorherigen.

9. Die Lohnsteigerungen selbst waren bis jetzt, im ganzen gesehen, eher etwas geringer als im letzten Zyklus. Allerdings gilt Ähnliches auch für die Produktivität. Ganz deutlich zeigt sich der langsamere Lohnanstieg in der Tariflohnstatistik, und zwar auch dann, wenn man in Rechnung stellt, daß diese Statistik bestimmte Nebenleistungen an die Arbeitnehmer, die zum Teil ebenfalls tariflich vereinbart werden, nicht erfaßt. Die Lohnpolitik der Tarifpartner war also der schwächeren Nachfrageexpansion gemäß; aber sie hat auch das allgemeine inflatorische Klima nicht außer acht gelassen. Infolgedessen sind die Tariflöhne stärker gestiegen als die Produktivität; anderes war auch nicht zu erwarten, da die Bedingungen für die Anwendung der modifizierten Produktivitätsregel (JG 64 Ziffer 248) nicht erfüllt waren.

Schaubild 1

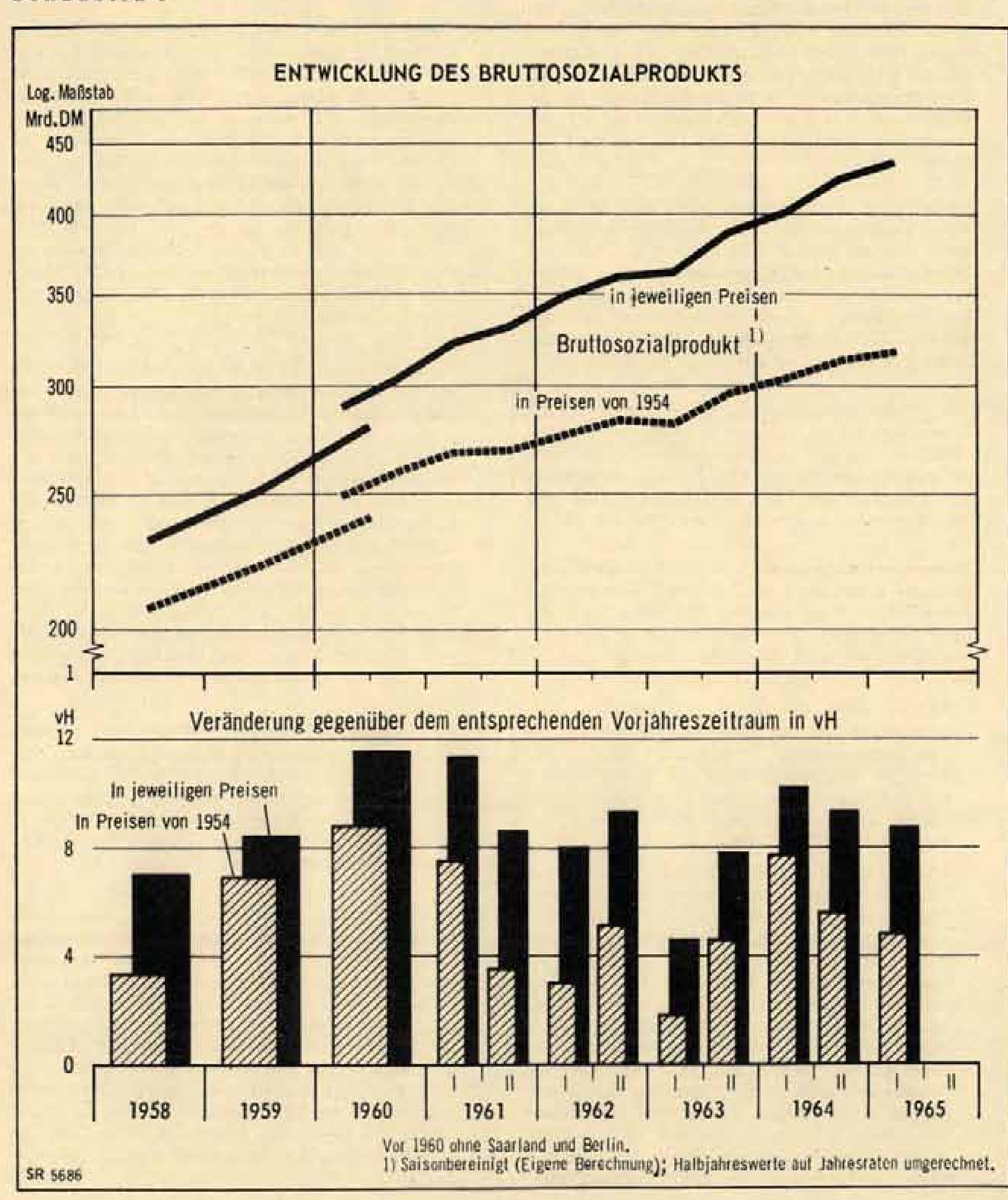
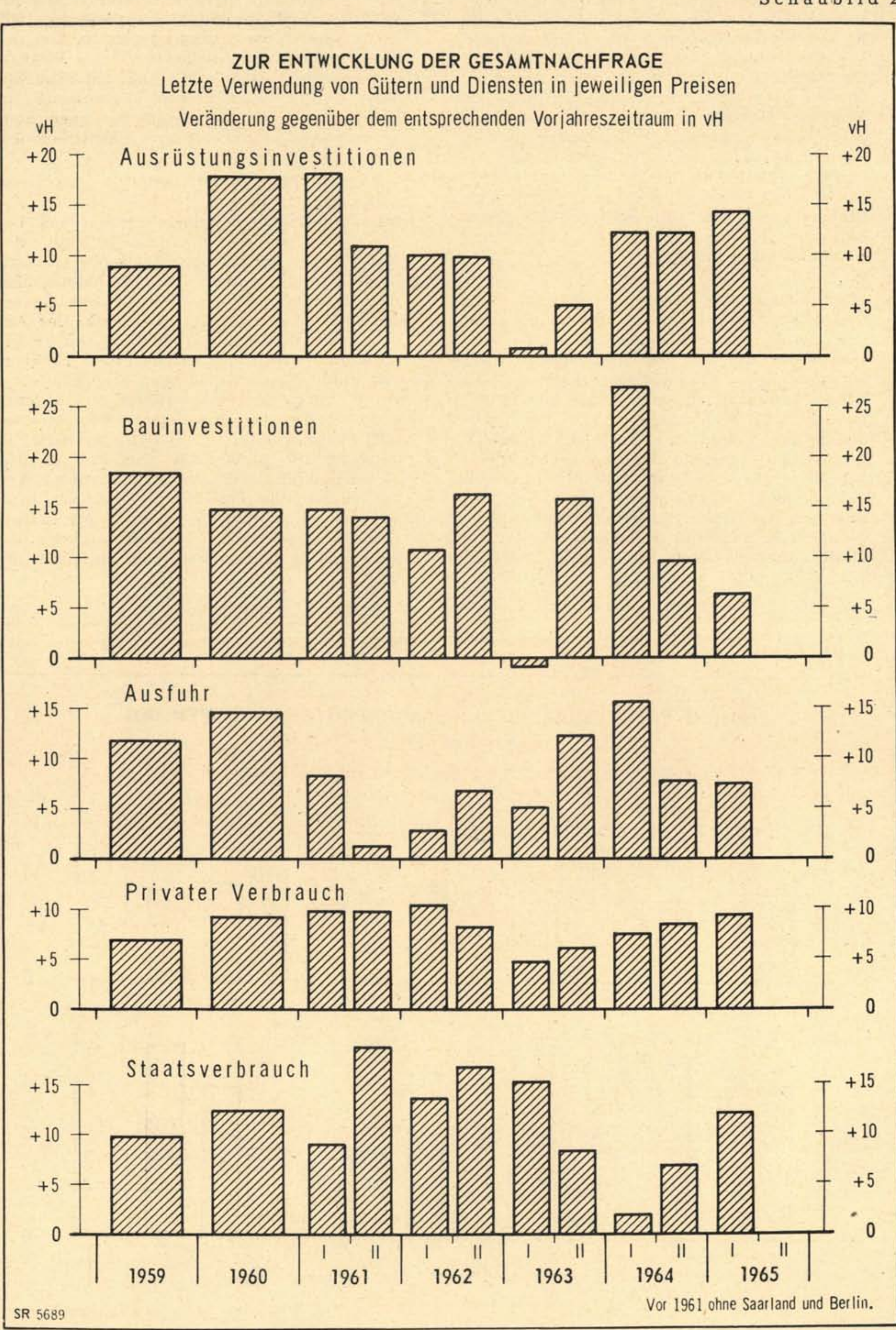


Schaubild 2

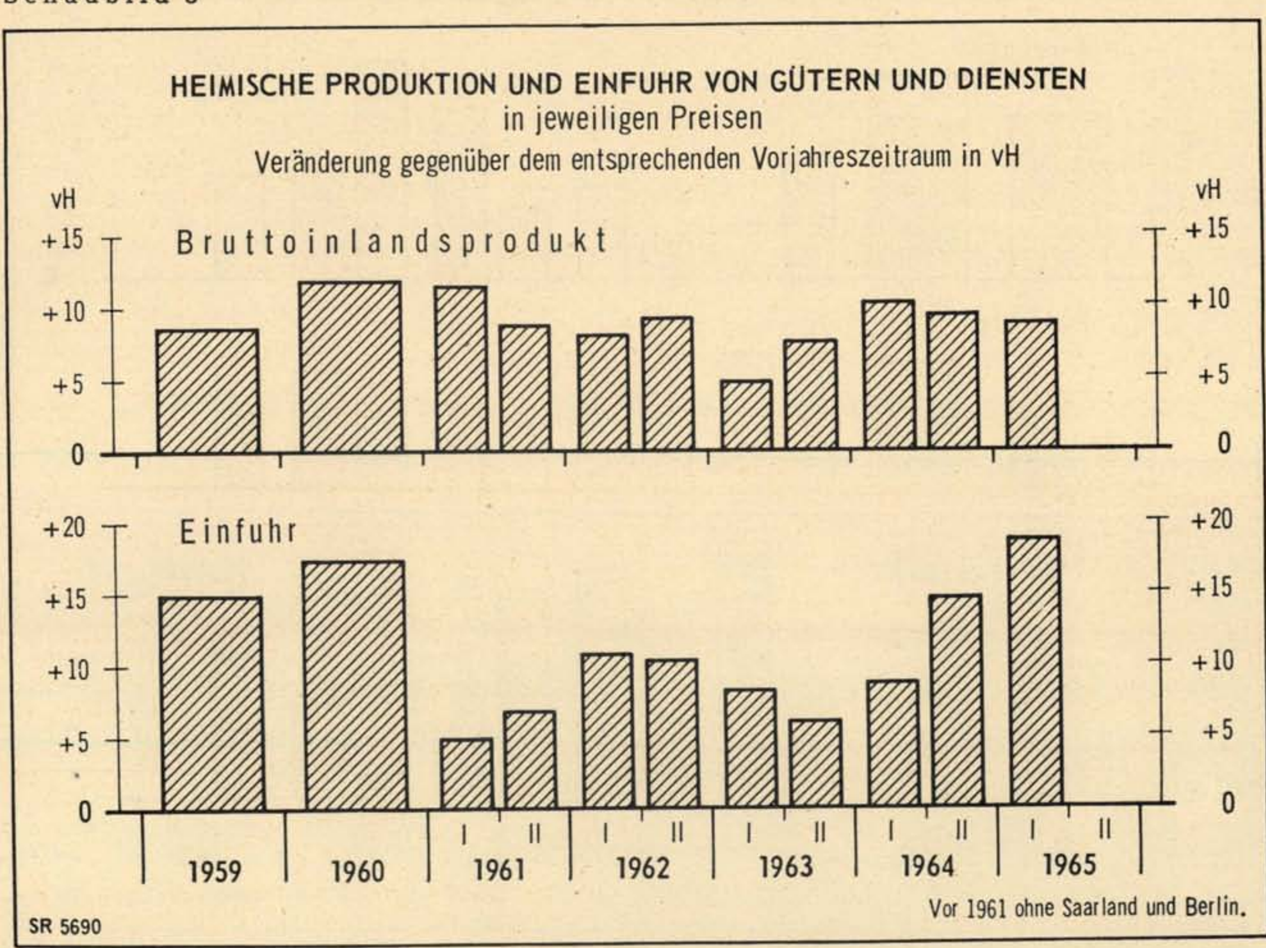

ZUR ENTWICKLUNG DER GESAMTNACHFRAGE
Letzte Verwendung von Gütern und Diensten in jeweiligen Preisen
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH
vH
Ausrüstungsinvestitionen
Bauinvestitionen
Ausfuhr
Privater Verbrauch
Staatsverbrauch
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
SR 5689
Vor 1961 ohne Saarland und Berlin.

10. Die Steuersenkungen, die Anfang 1965 in Kraft traten, und das Anschwellen der öffentlichen Einkommensübertragungen haben die von den Lohnsteigerungen ausgehenden Wirkungen auf die Nachfrage nach Verbrauchsgütern verstärkt, obwohl die privaten Haushalte einen größeren Teil ihres Einkommens sparten als 1964. Diese Nachfrageentwicklung hat zusammen mit dem Kostenanstieg die Preise im Verbrauchsgüterbereich seit Herbst 1964 beschleunigt steigen lassen. Der Geldwertschwund wäre für die Verbraucher sicherlich noch spürbarer gewesen, hätte nicht das Angebot aus ausländischen Quellen bremsend gewirkt.

11. Auch auf fast allen anderen Märkten hat sich das Angebot aus inländischen Quellen als weniger elastisch erwiesen als 1959/60, nicht zuletzt infolge der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Zwar hat die Zahl der Erwerbstätigen 1964 und 1965 wieder etwas zugenommen, aber nur in der minimalen Größenordnung von etwa einem halben Prozent. Wäre es nicht gelungen, zusätzliche Arbeitskräfte aus dem Ausland anzuwerben, hätte das Arbeitskräftepotential in beiden Jahren sogar abgenommen. Der Trend zum Rückgang der Arbeitszeit ist nur 1964 vorübergehend zum Stillstand gekommen; obwohl die Gewerkschaften bereit waren, auf zum Teil schon vereinbarte Arbeitszeitverkürzungen zu verzichten, ist die effektive Arbeitszeit 1965 schon wieder etwas zurückgegangen. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen — Beschäftigtenzahl mal Arbeitszeit — hat sogar um weniger als ein halbes Prozent zugenommen, im Gegensatz zu 1960, als es sich mit einem Steigerungssatz von 2 vH als recht elastisch erwies.

12. Das reale Produktionspotential wächst somit heute fast nur noch in dem Maße, wie die Arbeitsproduktivität gesteigert werden kann. Die Produktivitätsreserve, die immer zu Beginn des Aufschwungs in Form unausgelasteter Kapazitäten gegeben ist, war 1964 verhältnismäßig rasch erschöpft. Daher sank die Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts, also des Angebots aus heimischer Produktion, von 6,6 vH im Jahre 1964 auf 4,8 vH im ersten Halbjahr 1965 und — nach vorläufigen Schätzungen — auf 4,5 vH in der zweiten Hälfte 1965. Bedenkt man, daß diese Wachstumsrate 1959 fast 7 vH und 1960 sogar fast 9 vH betragen hatte, so wird deutlich, wieviel das heimische Angebot an konjunktureller Elastizität verloren hat. Für die längerfristige Entwicklung ergibt sich hieraus, daß wir künftig nur noch mit Wachstumsraten zwischen 4 und 5 vH rechnen dürfen, sofern es nicht gelingt, weit mehr als bisher die

Schaubild 3

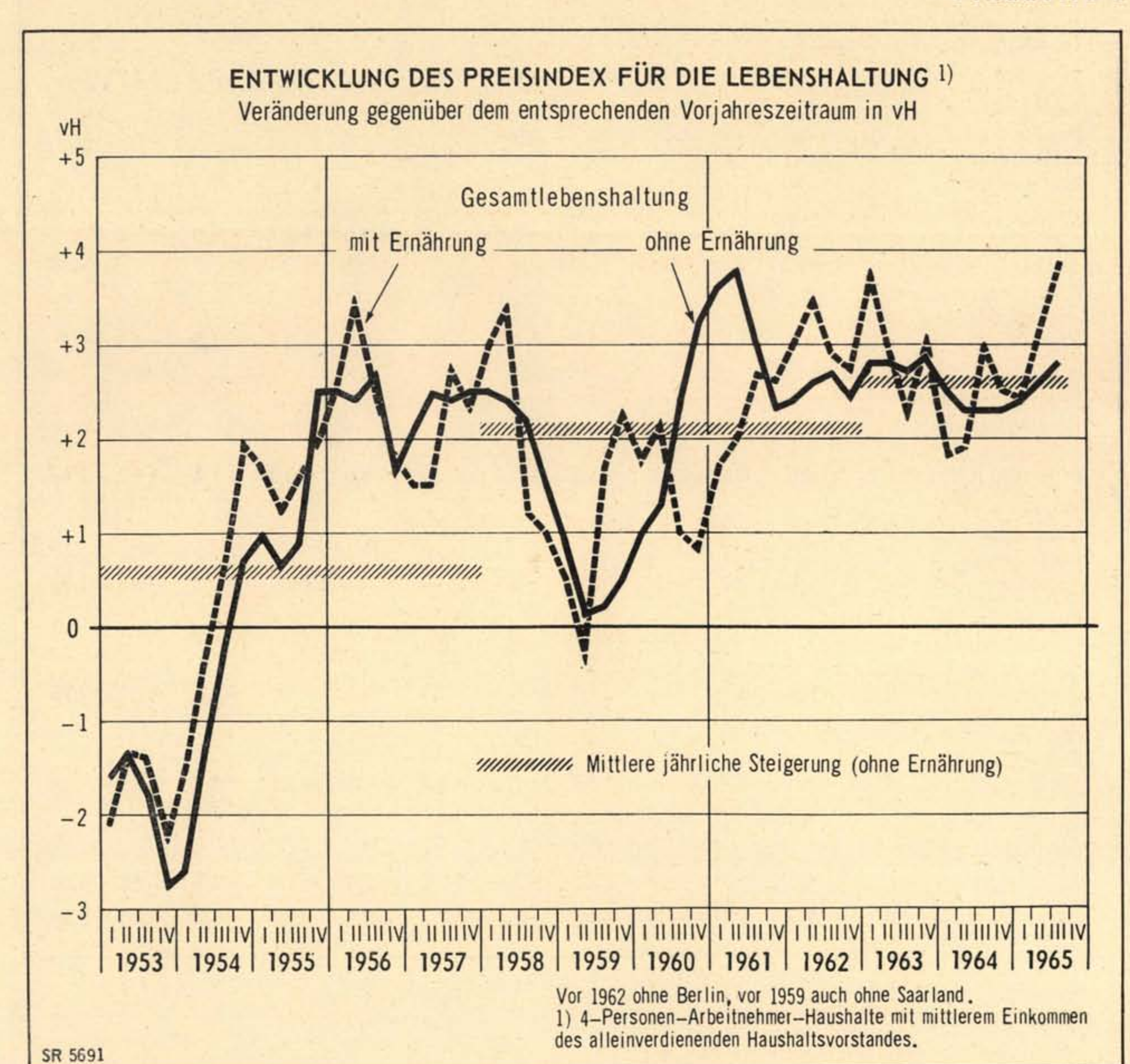


Reserven auszuschöpfen, die im technischen Fortschritt und in der Anpassung der Produktionsstruktur liegen.

13. Legt man als Maßstab für die Veränderung des Geldwertes den Preisindex für die Lebenshaltung zugrunde, so ist eine konjunkturelle Beschleunigung des Geldwertschwunds seit dem vierten Vierteljahr 1964 unverkennbar. Sie hat bis zur Gegenwart angehalten. Damit haben wir uns 1965 vom Ziel der Geldwertstabilität noch weiter entfernt als 1964. Das gilt auch, wenn man die Preise der Ernährungsgüter außer Betracht läßt, die 1965 infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse — und daher wohl nur vorübergehend — besonders stark gestiegen sind.

14. Ein Vergleich der Preisentwicklung in diesem und im vorigen Zyklus zeigt, daß das Preisniveau — gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung ohne Ernährung — im Durchschnitt diesmal noch stärker gestiegen ist als damals, obwohl das erste Halbjahr 1961 einen Preisanstieg gebracht hatte, der als ungewöhnlich hoch angesehen werden muß. Um soviel wie damals ist das Preisniveau zwar in diesem Zyklus in keiner Phase gestiegen, aber es bedurfte diesmal weder einer Aufwertung noch einer Erhöhung des Binnenpreisniveaus, um das außenwirtschaftliche Gleichgewicht herzustellen. Außerdem ist bei diesem Vergleich zu bedenken, daß der Preiswelle im vorigen Wachstumszyklus noch eine Phase stabiler oder nur ganz wenig steigender Preise vorausgegangen war,

Schaubild 4



während diesmal auch die Zeit vor dem Einsetzen des Aufschwungs (1962 bis 1963) durch Preissteigerungen gekennzeichnet war, die mit über 2 vH so hoch waren wie früher meist nur in Zeiten konjunktureller Anspannung.

Vergleicht man alle drei Zyklen seit 1952, so kommt man nicht umhin festzustellen, daß sich der Geldwertschwund von Zyklus zu Zyklus beschleunigt hat. Erhöhte sich der Preisindex für die Lebenshaltung ohne Ernährung je Jahr von 1952 bis 1957 nur um 0,6 vH, von 1957 bis 1962 um 2,1 vH, so haben wir schon im bisherigen Verlauf des gegenwärtigen Zyklus (seit 1962) eine durchschnittliche Preissteigerung von 2,6 vH erfahren.

Tabelle 1

Überblick über die Preisentwicklung

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1959 [1]	1960 [1]	1961		1962		1963		1964		1965	
			1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	3. Vierteljahr
Preisniveau des Bruttosozialprodukts	+1,4	+2,6	+3,6	+5,0	+4,9	+4,0	+2,8	+3,0	+2,3	+3,5	+3,7	.
Preisniveau der letzten inländischen Verwendung der Güter und Dienste	+1,2	+2,1	+3,1	+4,2	+4,1	+3,6	+2,7	+3,0	+2,7	+2,8	+2,8	.
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte [2]	−0,7	+1,1	+1,8	+1,1	+1,0	+1,1	+0,6	+0,4	+0,7	+1,5	+2,5	+2,7
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte [3] [4]	+2,5	−4,6	−3,5	+2,7	+5,1	+0,5	+2,3	+3,9	+0,9	+1,4	+5,7	+8,6p
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter [4]	−0,8	+1,3	+0,4	−1,0	—	+0,7	—	+0,1	+2,9	+4,3	+3,0	+1,9p
Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter [4]	−2,5	+0,7	−3,5	−4,0	−1,5	−0,4	+1,7	+3,0	+1,9	+2,3	+2,1	+2,7p
Preisniveau des Privaten Verbrauchs	+1,0	+1,3	+2,4	+3,0	+3,3	+2,9	+3,2	+2,3	+1,7	+3,3	+2,9	.
Preisindex für die Lebenshaltung [5]												
mit Ernährung	+1,0	+1,4	+1,9	+2,7	+3,2	+2,8	+3,4	+2,6	+1,9	+2,7	+2,8	+3,9p
ohne Ernährung	+0,4	+2,0	+3,7	+1,0	+2,5	+2,4	+2,7	+2,9	+2,4	+2,2	+2,5	+2,8p

[1] ohne Saarland und Berlin
[2] 1960 einschließlich Saarland
[3] Wirtschaftsjahr (Juli bis Juni des folgenden Jahres)
[4] 1960 einschließlich Saarland und Berlin (West)
[5] 1960 einschließlich Saarland, 1961 ohne Berlin

15. Zu einer aktiven — und zwar vorbeugenden — Konjunkturpolitik hat sich die Bundesregierung gegenüber dem Bundestag in zwei Dokumenten bekannt. Im Juni 1964 hat sie in ihrem Nachtrag zum Wirtschaftsbericht (Bundestagsdrucksache zu IV/1752) konkrete Vorstellungen über den Ausbau des konjunkturpolitischen Instrumentariums entwickelt und dabei hervorgehoben, wie wichtig es sei, die Geld- und Kreditpolitik der Bundesbank durch eine aktive antizyklische Finanzpolitik zu ergänzen und zu unterstützen. Sodann hat sie im Januar 1965 in ihrer Stellungnahme zum ersten Jahresgutachten des Sachverständigenrates (Bundestagsdrucksache IV/2890) noch einmal diese Grundsätze bekräftigt. Tatsächlich hat sich die Konjunkturpolitik der Bundesregierung auf gesetzgeberischem Gebiet, weil weitergehende konjunkturpolitische Bemühungen am Widerstand des IV. Deutschen Bundestages oder an institutionellen Schwierigkeiten gescheitert sind, im wesentlichen auf zwei Maßnahmen beschränkt:

   die Bundesregierung hat im Frühjahr 1964 — im Einvernehmen mit der Bundesbank — die Initiative für das sogenannte Kuponsteuergesetz ergriffen, mit dem Ziel, eine restriktive Politik der Bundesbank gegen den Geldzufluß von außen abzuschirmen;

   die Bundesregierung hat die an sich — am 1. Januar 1965 — ohnehin fällige Senkung der Binnenzölle in der EWG auf den 1. Juli 1964 vorverlegt.

16. In der Finanzpolitik haben Bundesregierung und Bundestag sich nicht nur jeder restriktiv wirkenden Maßnahme enthalten, sondern im Gegenteil dazu beigetragen, daß die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte schon 1964 und noch mehr 1965 die konjunkturellen Auftriebskräfte verstärkt hat. Obwohl die Bundesregierung der Empfehlung des Ministerrates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom April 1964 zugestimmt hatte, den Ausgabenzuwachs 1965 auf die Rate von 5 vH zu beschränken, und auch die Länder sich ein solches Verhalten zu eigen machen wollten, sahen schon die Haushaltsplanungen von Bund, Ländern und Gemeinden für 1965 Ausgabensteigerungen von 8,6 vH vor. Nach der bisherigen Entwicklung zu schließen, werden die tatsächlichen Ausgaben noch darüber hinausgehen und um etwa 10 vH gegenüber 1964 steigen. Die Einnahmen haben zwar etwas mehr als veranschlagt zugenommen, aber doch sehr viel weniger als die Ausgaben. Für 1965 müssen die öffentlichen Haushalte infolgedessen mit einem erheblich höheren Kassendefizit als 1964 rechnen. Die Art der Defizitfinanzierung hat die inflatorische Wirkung der steigenden Staatsausgaben kaum gemildert.

17. Mit ihrer restriktiven Politik konnte die Bundesbank erst im Sommer 1964 beginnen, als sich die Zahlungsbilanz passivierte und damit die Gefahr gebannt war, daß der Liquiditätszustrom von außen ihre Bemühungen zunichte machen werde. Die Bundesbank hat sich zunächst im wesentlichen darauf beschränkt, durch schärfere Bestimmungen über die Mindestreservepflicht der Banken deren Kreditspielraum einzuengen; 1965 ist sie auch dazu übergegangen, den Kredit zu verteuern, indem sie im Januar und im August 1965 den Diskontsatz jeweils um ein halbes Prozent erhöhte. Die Banken konnten aber auf beträchtliche freie Liquiditätsreserven zurückgreifen, die sie in früheren Jahren vor allem dank der Zahlungsbilanzüberschüsse angesammelt hatten. Seit Mitte 1964 haben sie einen großen Teil ihrer Bestände an Geldmarktpapieren abgestoßen; zum Teil haben sie sich auch wieder sehr viel mehr als bisher bei der Bundesbank verschuldet. Entlastet wurden die Banken nur durch die defizitäre Entwicklung der öffentlichen Kassen. Zu einer spürbaren Verknappung in der Versorgung der Wirtschaft mit zusätzlichem Kredit ist es aber bis zum Sommer 1965 nicht gekommen. Erst im September 1965 zeichnete sich bei den mittel- und langfristigen Ausleihungen der Banken eine gewisse Zurückhaltung ab. Hieran ist zu ersehen, mit welchen Wirkungsverzögerungen man in der Konjunkturpolitik rechnen muß.

II. Investitionen

Ausrüstungsinvestitionen

18. Wie im vorigen Jahresbericht dargelegt, gab die Nachfrage des Auslandes 1963 den Anstoß zu einer Ausweitung der Investitionstätigkeit, die sich bis weit in das Jahr 1965 hinein als Träger des gesamtwirtschaftlichen Expansionsprozesses erwies. Die Ausgaben für Ausrüstungen sind im ersten Halbjahr 1965 mit einer Rate von 14,3 vH rascher gewachsen als 1964.

19. Wie der Ifo-Investitionstest zeigt, waren die Investitionsplanungen 1964 und noch im Frühjahr 1965 zunehmend auf die Erweiterung der Produktionskapazitäten ausgerichtet, und zwar vor allem in den Investitionsgüterindustrien selbst. Besonders stark sind während dieses Investitionsbooms die Ausgaben für die „klassischen" Investitionsgüter des Maschinenbaus und der Elektrotechnik gestiegen. Die Ausgaben für Fahrzeuge nahmen, soweit sie der betrieblichen Nutzung dienen, demgegenüber nur

Tabelle 2

Ausrüstungsinvestitionen

Zeitraum	Insgesamt		Neue Ausrüstungen			Preisindex für Ausrüstungen
	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1954	aus inländischer Produktion zu Erzeugerpreisen	Einfuhr zu Grenzwerten	Eigenleistung und Handels- und Transportspannen	
			in jeweiligen Preisen			
	Mrd. DM					1954 = 100
1958 [1]	25,63	23,74	19,20	2,93	4,04	108,0
1959 [1]	28,46	26,60	21,34	3,30	4,50	107,0
1960 [1]	33,90	31,26	25,44	3,90	5,35	108,4
1960	35,60	32,87	28,60	2,20	5,58	108,3
1961	40,66	36,65	32,38	2,62	6,40	110,9
1962	44,66	38,86	35,02	3,19	7,17	114,9
1963 [2]	45,97	39,90	36,20	3,12	7,34	115,2
1964 [2]	51,57	44,29	40,64	3,54	8,09	116,4
1964 [2] 1. Halbjahr	24,26	20,81	19,03	1,73	3,88	116,6
2. Halbjahr	27,31	23,48	21,61	1,81	4,21	116,3
1965 [3] 1. Halbjahr	27,72	23,05	21,39	2,28	4,43	120,3
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH					
1958 [1]	*+ 7,7*	*+ 6,3*	*+ 6,7*	*+ 5,0*	*+ 9,5*	*+1,4*
1959 [1]	*+11,0*	*+12,0*	*+11,1*	*+12,6*	*+11,4*	*−0,9*
1960	*+19,1*	*+17,5*	*+19,2*	*+18,2*	*+18,9*	*+1,3*
1961	*+14,2*	*+11,5*	*+13,2*	*+19,1*	*+14,7*	*+2,4*
1962	*+ 9,8*	*+ 6,0*	*+ 8,2*	*+21,8*	*+12,0*	*+3,6*
1963 [2]	*+ 2,9*	*+ 2,7*	*+ 3,4*	*− 2,2*	*+ 2,4*	*+0,3*
1964 [2]	*+12,2*	*+11,0*	*+12,3*	*+13,5*	*+10,2*	*+1,0*
1964 [2] 1. Halbjahr	*+12,2*	*+10,4*	*+12,2*	*+12,3*	*+10,5*	*+1,7*
2. Halbjahr	*+12,2*	*+11,5*	*+12,3*	*+14,6*	*+ 9,9*	*+0,6*
1965 [3] 1. Halbjahr	*+14,3*	*+10,8*	*+12,4*	*+31,8*	*+14,2*	*+3,2*

[1] ohne Saarland und Berlin
[2] vorläufige Ergebnisse
[3] erste vorläufige Ergebnisse

geringfügig zu, zum Teil wohl wegen der Unsicherheit über die im EWG-Raum zulässigen Höchstmaße und Höchstgewichte für Lastzüge, zum Teil auch wegen einer gewissen Zurückhaltung der Bauwirtschaft bei der Nachfrage nach Transportmitteln.

20. Bemerkenswert ist weiterhin, daß sich die Bezüge von Investitonsgütern aus dem Ausland wiederum rascher erhöht haben — im ersten Halbjahr 1965 betrug die Zuwachsrate 32 vH — als aus dem Inland. Eine solche Entwicklung war, wie aus Tabelle 2 hervorgeht, auch in früheren Investitionskonjunkturen zu beobachten. Indes deckt die Wirtschaft nicht nur ihren Spitzenbedarf an Investitionsgütern im Ausland. Seit 1950 hat der Anteil der Einfuhren an den Käufen von Ausrüstungsgütern tendenziell zugenommen; seit der vorangegangenen Aufschwungsphase ist er von 7,2 vH im Jahre 1960 auf 8,3 vH im Jahre 1962 und 9,6 vH im ersten Halbjahr 1965 gestiegen (Tabelle 3).

21. Einer der Gründe hierfür ist sicherlich die verstärkte internationale Arbeitsteilung im Bereich der Investitionsgüterproduktion, ein anderer die Zunahme der Direktinvestitionen von Unternehmen in ausländischem Besitz, die die Produktionstechnik der Muttergesellschaften übernehmen und daher überdurchschnittlich viel Investitionsgüter einführen. Auch die Preisentwicklung, die Schaubild 5 zeigt, scheint einen Einfluß gehabt zu haben. Die Preise für im Inland erzeugte Investitionsgüter sind seit Anfang 1964 beträchtlich gestiegen, wohingegen die Einkaufspreise für ausländische Investitionsgüter weitgehend konstant geblieben sind.

Tabelle 3

Anteil der Einfuhr an den Käufen von neuen Ausrüstungen[1])

Zeitraum	Alle Ausrüstungsgüter			Maschinenbauerzeugnisse			Elektrotechnische Erzeugnisse			Sonstige Erzeugnisse		
	insgesamt	Einfuhr		zusammen	Einfuhr		zusammen	Einfuhr		zusammen	Einfuhr	
	Millionen DM		vH	Millionen DM		vH	Millionen DM		vH	Millionen DM		vH
1950 [2])	8 030	625	7,8	2 758	236	8,6	1 283	250	19,5	3 989	139	3,5
1951 [2])	10 365	765	7,4	3 644	289	7,9	1 927	306	15,9	4 794	170	3,5
1952 [2])	12 205	1 010	8,3	4 418	381	8,6	1 956	400	20,4	5 831	229	3,9
1953 [2])	13 265	1 130	8,5	4 386	415	9,5	2 191	449	20,5	6 688	266	4,0
1954 [2])	15 115	1 465	9,7	5 149	552	10,7	2 697	580	21,5	7 269	333	4,6
1955 [2])	18 960	1 985	10,5	6 899	858	12,4	3 535	718	20,3	8 526	409	4,8
1956 [2])	20 540	2 330	11,3	7 558	1 058	14,0	3 866	818	21.2	9 116	454	5,0
1957 [2])	20 785	2 785	13,4	7 529	1 147	15,2	4 082	925	22,7	9 174	713	7,8
1958 [2])	22 120	2 925	13,2	7 917	1 256	15,9	4 354	934	21,5	9 849	735	7,5
1959 [2])	24 630	3 295	13,4	9 086	1 498	16,5	4 812	1 052	21,9	10 732	745	6,9
1960 [2])	29 330	3 895	13,3	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1960	30 820	2 220	7,2	11 795	1 495	12,7	6 225	250	4,0	12 800	475	3,7
1961	25 000	2 620	7,5	13 580	1 820	13,4	7 580	330	4,4	13 840	470	3,4
1962	38 210	3 190	8,3	15 210	2 080	13,7	7 815	455	5,8	15 185	655	4,3
1963[3])	39 320	3 120	7,9	14 760	2 010	13,6	8 480	410	4,8	16 080	700	4,4
1964[3])	44 180	3 540	8,0	16 260	2 220	13,7	9 810	480	4,9	18 110	840	4,6
1965[4]) 1. Halbjahr	23 800	2 290	9,6	...	...	...	...	...	...	...	...	...

[1]) Käufe aus der inländischen Produktion zu Erzeugerpreisen und Einfuhr zu Grenzwerten; ohne Eigenleistungen der Investoren.

[2]) ohne Saarland und Berlin

[3]) vorläufige Ergebnisse

[4]) erste vorläufige Ergebnisse

22. Seit Mitte des Jahres läßt offenbar der Preisauftrieb im Inland nach, nicht zuletzt, weil die Investitionskonjunktur ihren Höhepunkt erreicht, wahrscheinlich sogar überschritten hat. Ein Zeichen hierfür ist, daß sich die Investitionsneigung in den einzelnen Bereichen wieder stärker differenziert. Von den 31 zur Berichterstattung herangezogenen Zweigen des Maschinenbaus haben im dritten Vierteljahr 1965 nur noch 18 höhere Aufträge als vor Jahresfrist gebucht, im ersten Halbjahr 1965 waren es dagegen noch 24, im ganzen Jahre 1964 30 Zweige (Tabelle 4).

23. Im ersten Halbjahr 1965 überwogen im Inlandsgeschäft des Maschinenbaus noch die expansiven Tendenzen; der Auftragseingang aus dem Inland in jeweiligen Preisen war noch um 13 vH höher als im ersten Halbjahr 1964. Im dritten Vierteljahr 1965 betrug diese Zuwachsrate nur noch 5 vH; in konstanten Preisen gemessen, war der Auftragseingang aus dem Inland sogar nur geringfügig höher als ein Jahr zuvor (+ 0,5 vH). Von Vierteljahr zu Vierteljahr gerechnet, geht der Auftragseingang aus dem In-

Tabelle 4

Auftragseingänge aus dem Inland bei 31 Zweigen des Maschinenbaus

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum

Zeitraum	Es meldeten ... Zweige eine	
	Zunahme	Abnahme
1958	17	14
1959	31	—
1960	30	1
1961	9	22
1962	8	23
1963	18	13
1964	30	1
1963 1. Halbjahr	8	23
2. Halbjahr	25	6
1964 1. Halbjahr	30	1
2. Halbjahr	25	6
1965 1. Halbjahr	24	7
3. Vierteljahr	18	13

ohne Saarland und Berlin

Schaubild 5

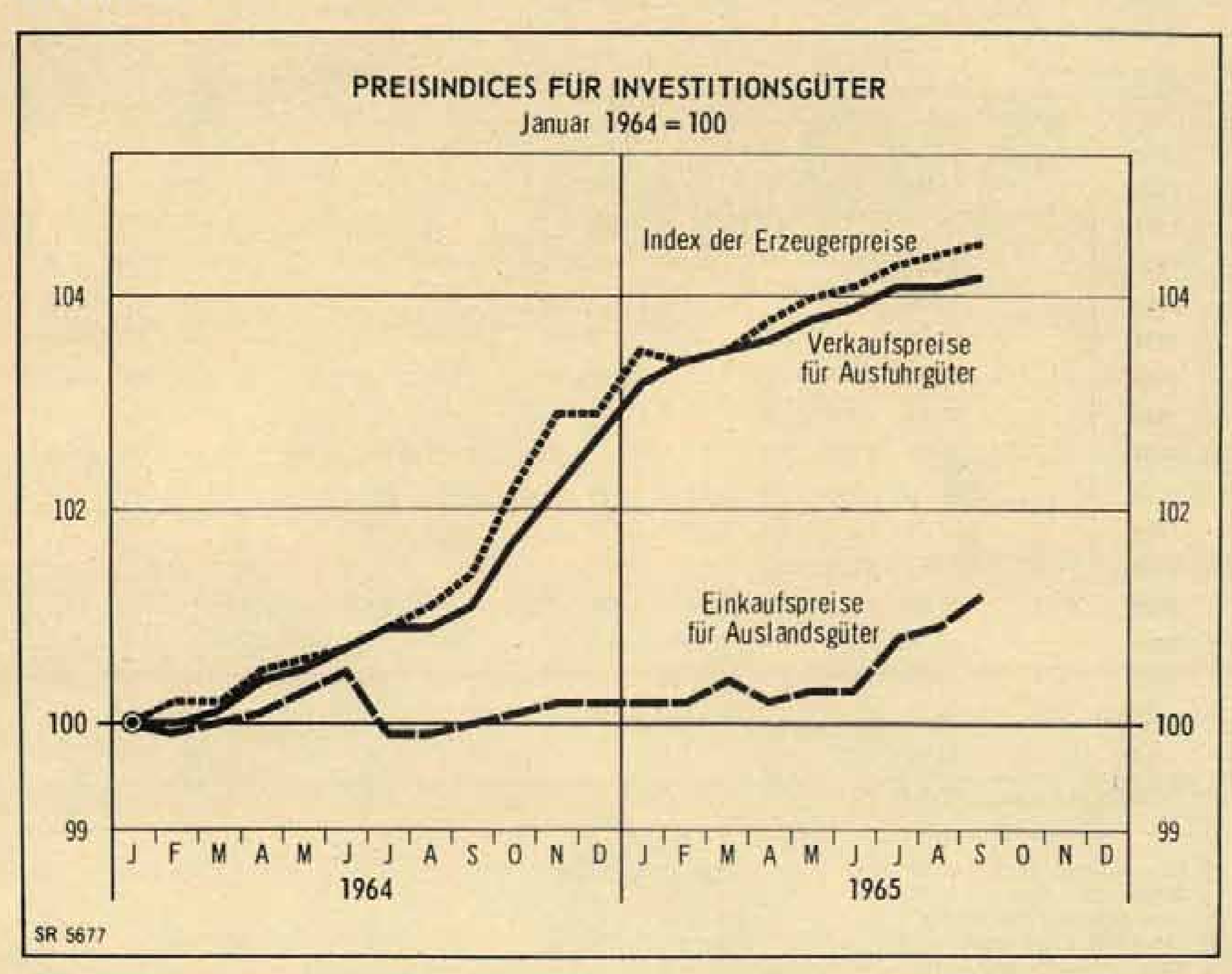
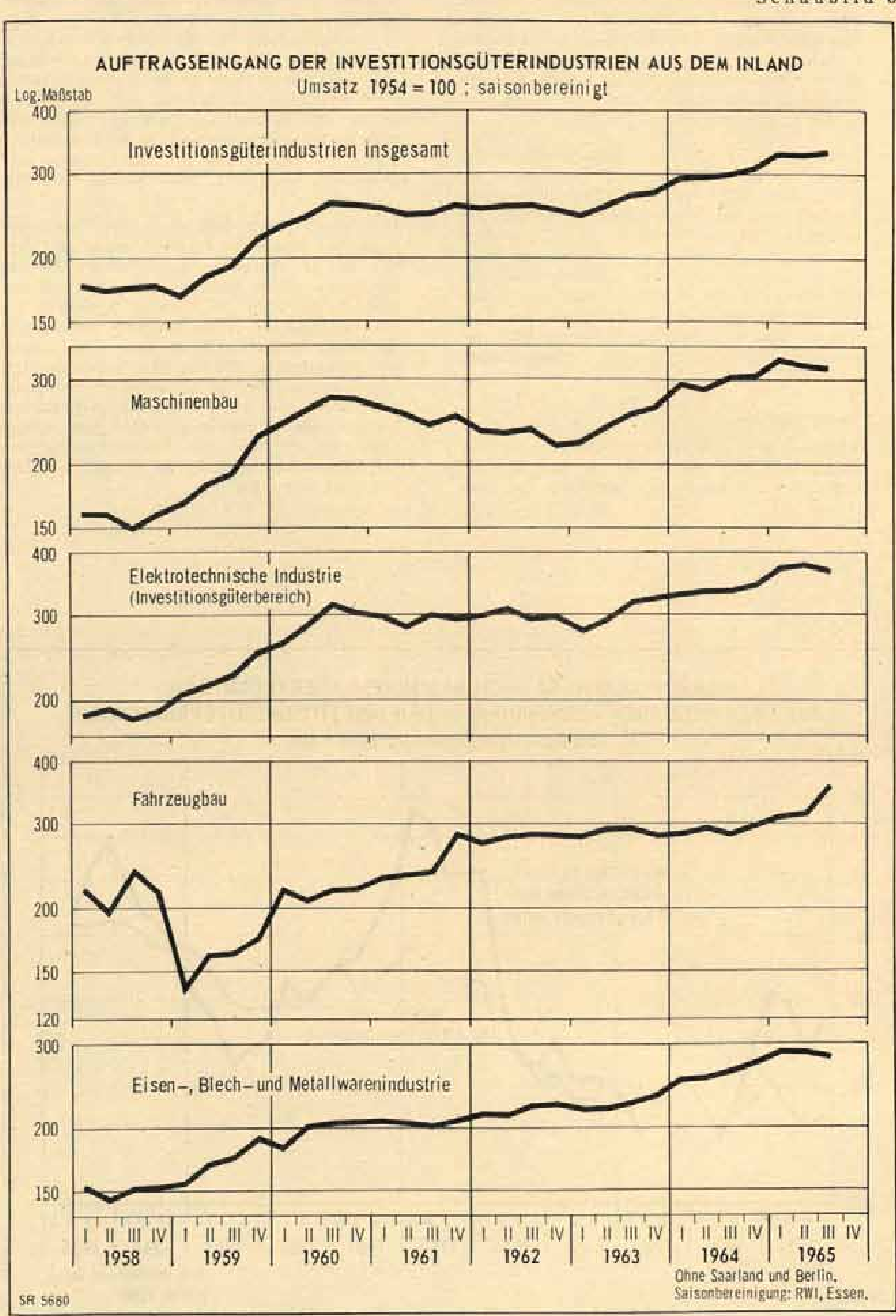


Schaubild 6


AUFTRAGSEINGANG DER INVESTITIONSGÜTERINDUSTRIEN AUS DEM INLAND
Umsatz 1954 = 100 ; saisonbereinigt
Log. Maßstab
Investitionsgüterindustrien insgesamt
Maschinenbau
Elektrotechnische Industrie
(Investitionsgüterbereich)
Fahrzeugbau
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie
400
300
200
150
120
I II III IV
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
Ohne Saarland und Berlin.
Saisonbereinigung: RWI, Essen.
SR 5680

land, nach Ausschaltung der Saisonkomponente, schon seit dem Frühjahr 1965 absolut zurück. Das gleiche gilt für die Nachfrage nach elektrotechnischen Investitionsgütern. Auch bei der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie nehmen die Inlandsbestellungen nicht mehr zu (Schaubild 6).

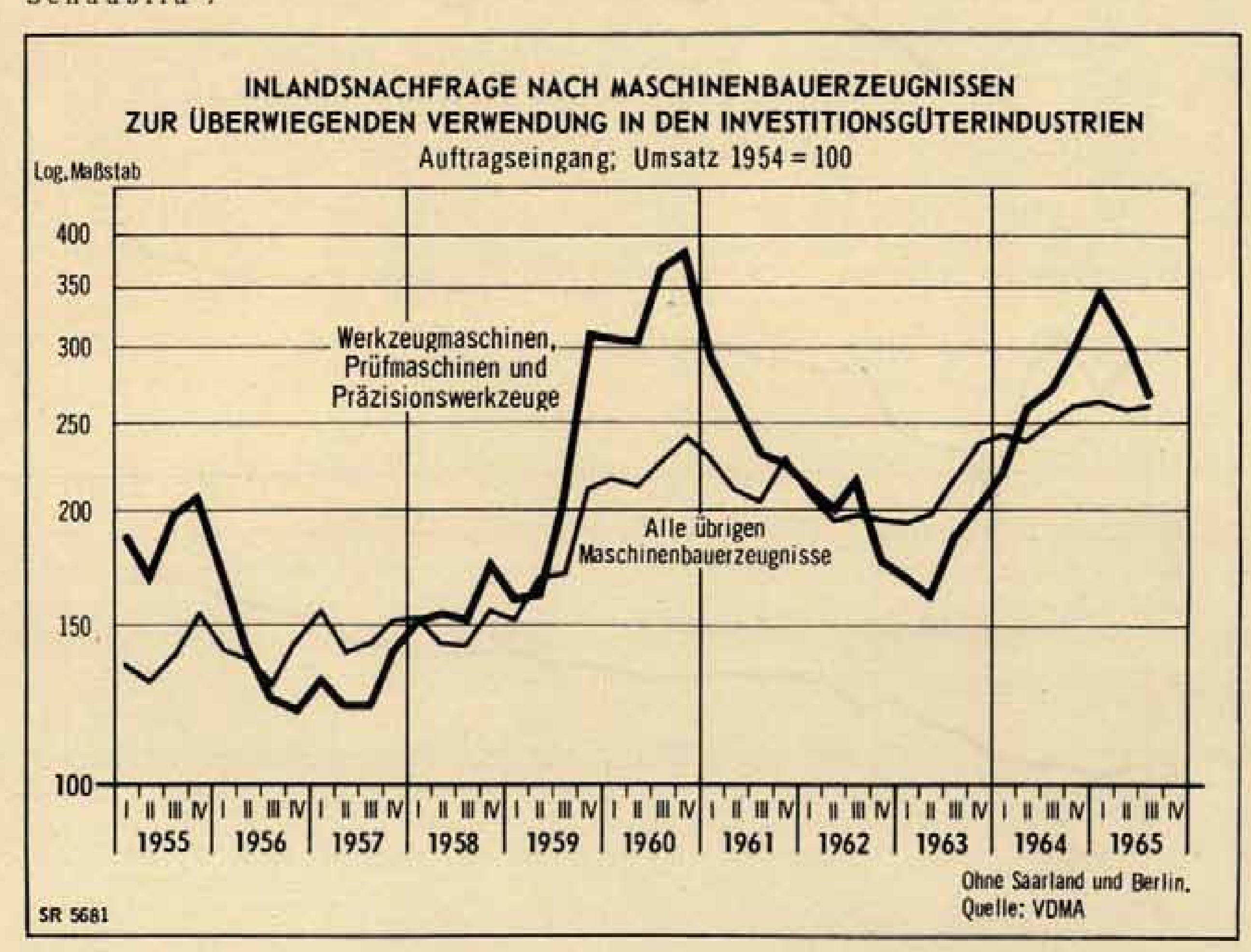
24. Auch in den Investitionsgüterindustrien selbst steigt die Investitionsneigung nicht mehr an. Die Inlandsnachfrage nach Maschinenbauererzeugnissen zur überwiegenden Verwendung in den Investitionsgüterindustrien ist, gemessen an den Zuwachsraten von Vierteljahr zu Vierteljahr, seit dem Frühjahr deutlich rückläufig (Schaubild 7). Die Nachfrage nach Maschinen für die Bauwirtschaft ist, gemessen am Auftragseingang der ersten neun Monate 1965, gegenüber 1964 sogar absolut zurückgegangen (−13 vH).

Bauinvestitionen

25. Während in den Aufschwungsphasen von 1955 und 1959/60 die Überhitzung am stärksten auf dem Baumarkt zutage trat, bedeutete der konjunkturelle Aufschwung dieses Mal lediglich eine Unterbrechung der längerfristigen Entspannungstendenz. Die Nachfrage auf dem Baumarkt nahm 1963 und 1964 konjunkturell zu, allerdings nur im Hochbau. Im Tiefbau herrschte 1964 weitgehend Stagnation; seit der Jahreswende 1964/65 steigt die Nachfrage jedoch auch hier, so daß die Unterschiede in der Entwicklung von Hoch- und Tiefbau, die sich im Jahre 1964 herausgebildet hatten, etwas geringer wurden.

26. Dies spiegelt sich deutlich in der Preisbewegung: Die Schere der Preissteigerung im Hochbau und der Preissenkung im Tiefbau, die sich im Frühjahr 1964 geöffnet hatte, hat sich seit dem Frühsommer 1965 kaum verändert. Im Hochbau sind die Preise nur noch verlangsamt gestiegen, im Tiefbau kaum mehr zurückgegangen (Schaubild 8). Ob die Bereitschaft der Unternehmer im Tiefbau zu weiteren Preiszugeständnissen mit der günstigeren Auftragslage nachgelassen hat oder ob auch die Lohnerhöhung vom Frühjahr 1965 den Preisnachlässen von der Kostenseite her Grenzen gezogen hat, läßt sich nicht feststellen.

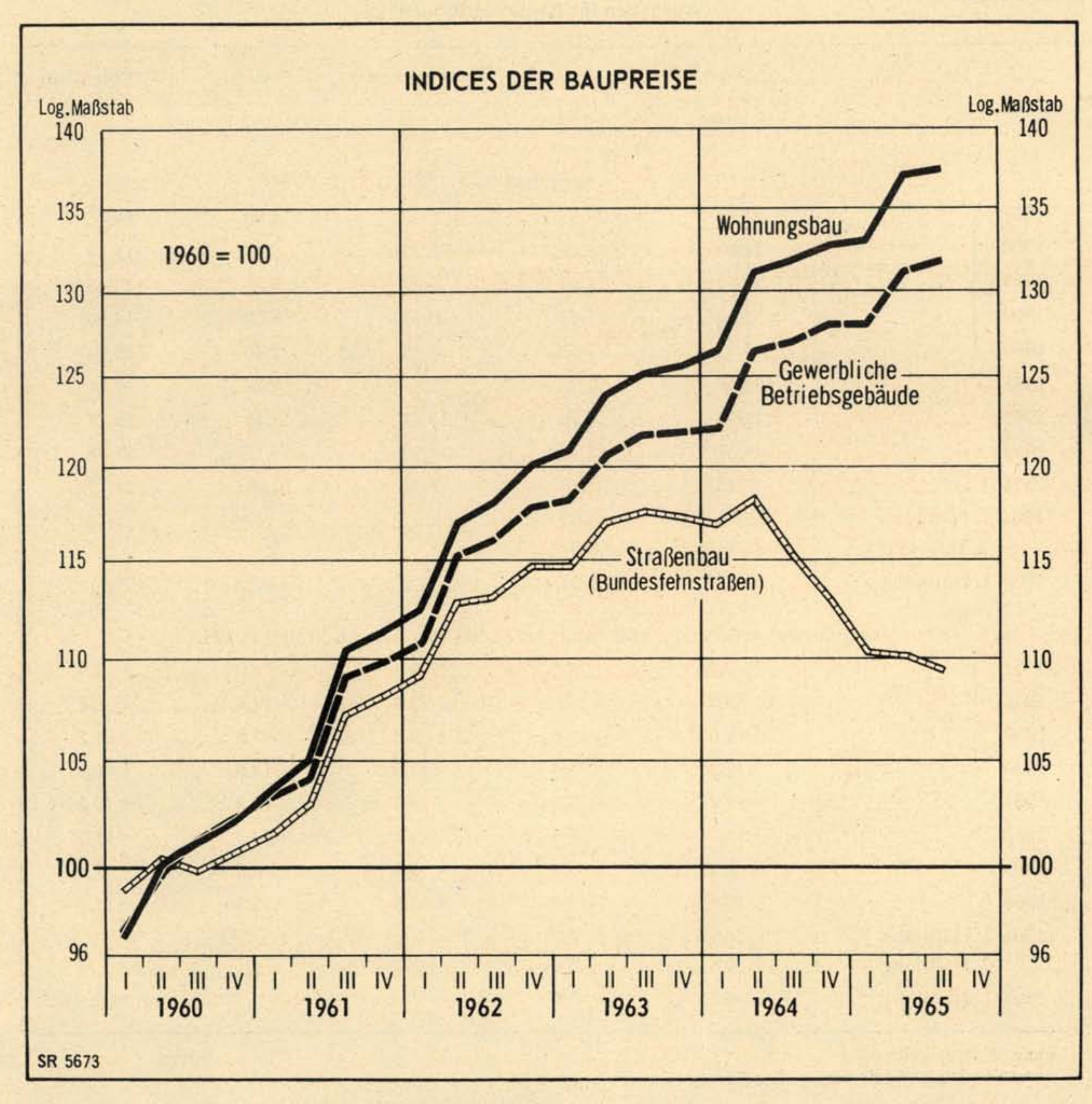
Schaubild 7



27. Daß die Ausgaben für Hoch- und Tiefbauten in den ersten neun Monaten des Jahres 1965 mit 6,5 bis 7 vH nur verhältnismäßig wenig stiegen (Tabelle 5), erklärt sich zu einem Teil aus dem Rückgang der Preise für Tiefbauten, zum anderen aus der Beeinträchtigung der Bautätigkeit durch die regenreiche Witterung.

28. Insgesamt wurden im Bauhauptgewerbe in den ersten neun Monaten 1965 — gemessen an der Veränderung des Arbeitsvolumens — 3,1 vH weniger Stunden gearbeitet als vor einem Jahr. Ausgenommen davon blieben die Bauten für die gewerbliche Wirtschaft, bei denen es sich überwiegend um große und fest terminierte Vorhaben handelt; zudem hatten sich infolge der regen Nachfrage der gewerblichen Wirtschaft im Jahre 1964 hier hohe Bauüberhänge ergeben. Das Arbeitsvolumen ging zurück, weil im Bauhauptgewerbe weniger Arbeitskräfte beschäftigt waren als vor einem Jahre und die Arbeitszeit verkürzt wurde. Der Rückgang der Beschäftigung dürfte überwiegend auf einer Abwanderung von Bauarbeitern beruhen. Zwar sind die offenen Stellen für Bauarbeiter auch im ersten Halbjahr 1965 noch zurückgegangen, doch läßt dies einen sicheren Schluß auf ein Nachlassen des Bauarbeiterbedarfs nicht ohne weiteres zu, da die Bautätigkeit in der ersten Jahreshälfte durch die Witterung ungewöhnlich stark beeinträchtigt war. Seit August steigt die Zahl der offenen Stellen wieder.

Schaubild 8



29. Wie sich die Nachfrage nach Hochbauten entwickelt hat, ist in Schaubild 9 dargestellt. Die gewerbliche Wirtschaft hat, nachdem sie ihre Nachfrage in den Jahren 1963 und 1964 kräftig gesteigert hatte, seit der Jahreswende 1964/65 weniger Bauvorhaben geplant. Jedenfalls wurden in den ersten neun Monaten 1965, gemessen am umbauten Raum, für landwirtschaftliche Betriebsgebäude und für „sonstige gewerbliche Gebäude" (−6,5 vH) weniger Genehmigungen erteilt als 1964, für Bürogebäude und gewerbliche Betriebsgebäude dagegen mehr (Tabelle 6). Der veranschlagte Kostenaufwand für alle genehmigten gewerblichen Bauvorhaben ist im Vorjahresvergleich zwar noch etwas gestiegen, die Zuwachsrate blieb aber weit hinter der von 1964 zurück.

30. Die Nachfrage der öffentlichen Hand nach Hochbauleistungen hat sich in der ersten Jahreshälfte 1965 kaum noch erhöht. Wie aus Tabelle 7 hervorgeht, sind vornehmlich weniger Schulbauten beantragt und genehmigt worden. Um die Jahresmitte stiegen indes die Genehmigungen ungewöhnlich an; sie waren im dritten Vierteljahr 1965 dem Raum nach um 15 vH, den Baukosten nach um nicht weniger als 28,7 vH höher als im Vorjahr, obwohl schon damals — nach Aufhebung des Baustoppgesetzes — die öffentliche Hand eine besonders rege Nachfrage entfaltet hatte, die sich zum Teil aus dem vorher aufgestauten Bedarf erklärt. Dieser erneute Anstieg, an dem nur die Schulbauten nicht teilhatten, ist bemerkenswert, denn der Finanzierungsspielraum für öffentliche Bauten ist wegen

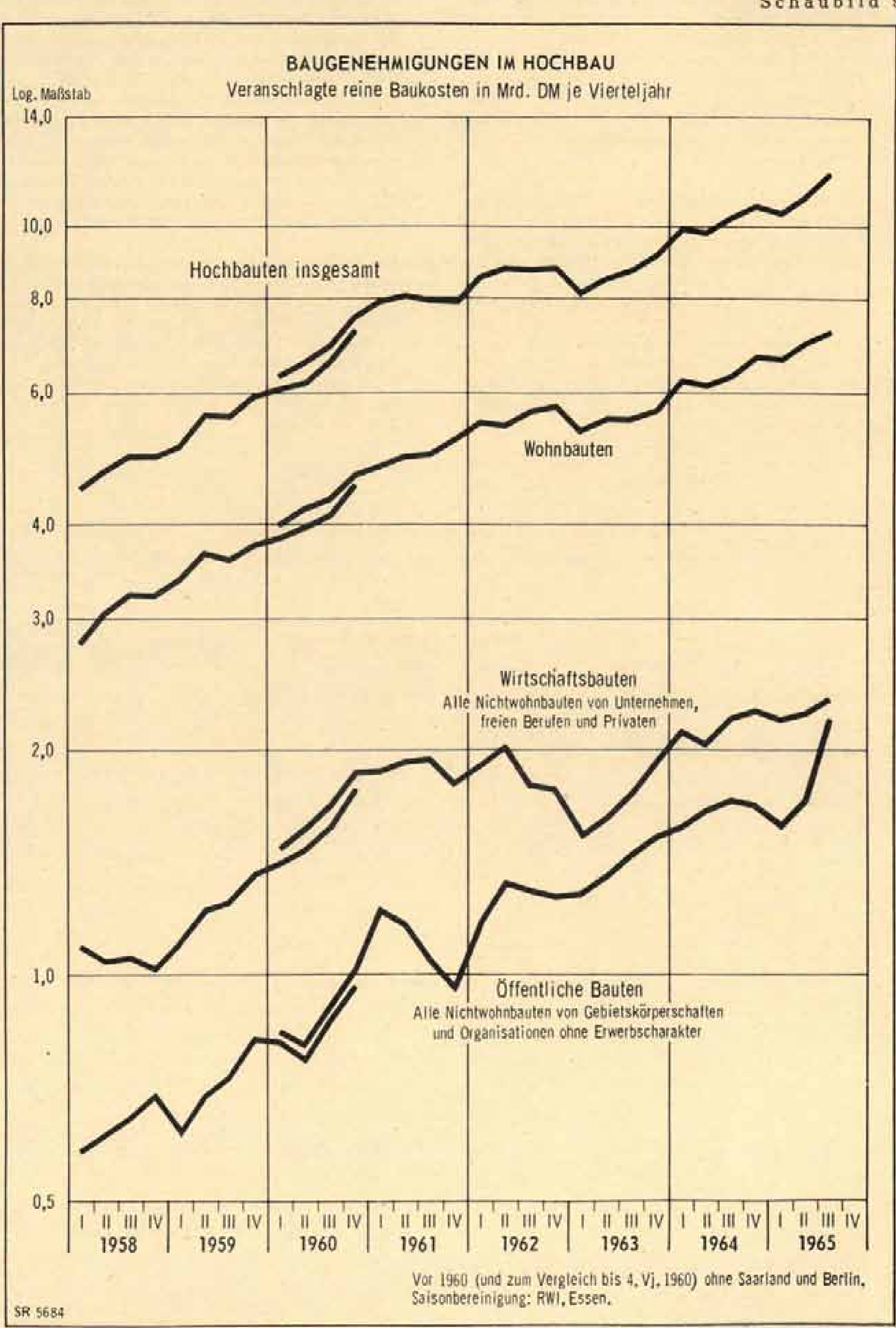
Tabelle 5

Ausgaben für Bauinvestitionen

	Insgesamt		Unternehmen [1]	Staat [1]	Wohnungsbau
	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1954	in jeweiligen Preisen		
	Mrd. DM				
1957 [2]	22,70	20,25	7,35	4,90	10,45
1958 [2]	24,80	21,47	8,23	5,47	11,10
1959 [2]	29,50	24,40	9,07	6,98	13,45
1960 [2]	33,13	25,62	10,23	8,00	14,90
1960	35,02	27,13	10,88	8,40	15,74
1961	40,05	28,98	12,47	9,77	17,81
1962	45,54	30,58	13,61	12,16	19,77
1963	49,37	31,48	14,02	14,17	21,18
1964	57,55	35,46	17,04	16,36	24,15
1964 1. Halbjahr	25,18	15,65	.	.	.
2. Halbjahr	32,37	19,81	.	.	.
1965 1. Halbjahr	26,77	16,22	.	.	.
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH				
1957 [2]	+ 6,1	+ 2,5	+ 9,1	+ 4,0	+ 5,0
1958 [2]	+ 9,3	+ 6,0	+12,0	+11,6	+ 6,2
1959 [2]	+19,0	+13,6	+10,2	+27,6	+21,2
1960 [2]	+12,3	+ 5,0	+12,8	+14,6	+10,8
1961	+14,4	+ 6,8	+14,6	+16,3	+13,2
1962	+13,7	+ 5,5	+ 9,1	+24,5	+11,0
1963	+ 8,4	+ 3,0	+ 3,0	+16,5	+ 7,1
1964	+16,6	+12,6	+21,5	+15,5	+14,0
1964 1. Halbjahr	+26,9	+22,2	.	.	.
2. Halbjahr	+ 9,6	+ 6,0	.	.	.
1965 1. Halbjahr	+ 6,3	+ 3,6	.	.	.

[1] ohne Wohnungsbau
[2] ohne Saarland und Berlin

Schaubild 9


BAUGENEHMIGUNGEN IM HOCHBAU
Veranschlagte reine Baukosten in Mrd. DM je Vierteljahr
Log. Maßstab
14,0
10,0
8,0
6,0
4,0
3,0
2,0
1,0
0,5
Hochbauten insgesamt
Wohnbauten
Wirtschaftsbauten
Alle Nichtwohnbauten von Unternehmen, freien Berufen und Privaten
Öffentliche Bauten
Alle Nichtwohnbauten von Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter
I II III IV
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
Vor 1960 (und zum Vergleich bis 4. Vj. 1960) ohne Saarland und Berlin.
Saisonbereinigung: RWI, Essen.
SR 5684

der Kassenentwicklung der öffentlichen Haushalte und wegen der Schwierigkeiten, langfristiges Kapital aufzunehmen, enger geworden. Offenbar haben viele öffentliche Instanzen aus Furcht vor möglichen Ausgabenkürzungen Bauvorhaben vorsorglich angemeldet und sich genehmigen lassen. Ein ähnliches Verhalten war schon vor Erlaß des Baustoppgesetzes 1962 zu beobachten.

31. Im Wohnungsbau, auf den mehr als die Hälfte der Hochbauleistungen entfällt, wuchs die Nachfrage stetig. Obwohl in den ersten acht Monaten 1965 etwa 25 000 Sozialwohnungen weniger gefördert wurden als vor einem Jahre, ist die Gesamtzahl der genehmigten Wohnungen weiter gestiegen (Tabelle 8). Die monetären Restriktionen haben bisher die Nachfrage nach Wohnbauten noch nicht gedämpft; vorerst war dies auch nicht zu erwarten. Bauvorhaben werden so langfristig geplant und in ihrer Finanzierung gesichert, daß der „Bremsweg" restriktiver Kreditpolitik hier besonders lang ist. Außerdem hat wohl immer noch eine Rolle gespielt, daß die Bauherren ein weiteres Steigen der Baukosten befürchten — nicht zu Unrecht, wie sich bisher immer herausgestellt hat. Die Nachfrage nach Hypotheken hat 1965 nur verlangsamt zugenommen; im zweiten und dritten Vierteljahr waren die Hypothekenzusagen insgesamt sogar etwas geringer als in der gleichen Vorjahreszeit. Gelitten hat vor allem das Hypothekargeschäft der Real-Kreditinstitute; die Sparkassen konnten dagegen mehr Hypotheken zusagen.

32. Im Tiefbau hat die Zurückhaltung der öffentlichen Hand bei der Auftragsvergabe im Jahre 1964 Überkapazitäten entstehen lassen; sie führten zu verschärftem Wettbewerb und dadurch zu Preissenkungen. Daß die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im ersten Halbjahr 1965 stark zurückgegangen ist, hängt wohl auch mit der Witterung und mit der Arbeitszeitverkürzung zusammen.

Tabelle 6

Genehmigte gewerbliche und industrielle Hochbauten

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1963	1964	1964		1965		
			1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr
Umbauter Raum insgesamt	−15,3	+ 20,9	+ 19,7	+22,0	− 4,3	+ 4,5	− 2,0
davon:							
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	−15,4	+ 11,5	+ 11,9	+11,1	− 5,7	+ 2,1	+ 0,5
Gewerbliche Betriebsgebäude	−13,3	+ 21,1	+ 19,4	+22,6	− 5,3	+11,3	− 2,3
Bürogebäude	−47,5	+103,8	+129,1	+89,2	+23,3	+ 6,4	+ 7,9
Sonstige	− 7,9	+ 8,9	+ 11,5	+ 6,7	−14,5	−49,4	−17,1

Tabelle 7

Genehmigte öffentliche Hochbauten

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1963	1964	1964		1965		
			1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr
Umbauter Raum insgesamt	+ 2,1	+ 14,0	+ 16,6	+ 12,1	− 4,9	− 1,3	+15,1
davon:							
Anstaltsgebäude	+ 9,6	+ 5,5	+ 9,1	+ 3,0	−13,1	+11,3	+ 2,9
Bürogebäude	−44,8	+127,9	+102,8	+146,3	+59,3	−19,6	+52,0
Schulgebäude	+16,6	+ 8,1	+ 6,6	+ 9,1	− 3,4	−11,8	− 6,4
Sonstige	− 4,4	+ 13,2	+ 22,0	+ 7,2	− 9,4	+ 2,8	+34,3

33. Um die Jahreswende 1964/65 begann — wie erwähnt — ein Wandel der Nachfrage: Die öffentliche Hand vergab wieder mehr Aufträge. In den ersten neun Monaten 1965 war das Auftragsvolumen dem Wert nach um 13,2 vH höher als 1964, gegenüber einem Mehr von 0,5 vH 1964 und von 6,5 vH 1963. Da die Preise 1964/65 innerhalb Jahresfrist bis zu 7 vH gesunken sind, dürfte das Auftragsvolumen real entsprechend mehr zugenommen haben. Mehr Aufträge erhielten die Unternehmen vornehmlich für Straßen und Brücken (Tabelle 9).

Tabelle 8

Genehmigte Wohnbauten nach Bauherren

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1963	1964	1964		1965		
			1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr
Zahl der Wohnungen insgesamt [1]	−11,2	+ 4,4	+ 2,0	+ 6,4	− 1,1	+ 4,7	+ 5,7
darunter für:							
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	− 5,6	+ 1,5	− 3,3	+ 5,7	−14,3	− 4,3	− 2,6
Freie Wohnungsunternehmen .	−11,6	+13,9	+11,1	+16,0	− 4,2	+36,8	+30,1
Private Haushalte	−15,1	+ 5,4	+ 3,5	+ 7,3	+ 2,6	+ 5,0	+ 5,3

[1]) einschließlich öffentlicher Bauherren und Unternehmen

Tabelle 9

Auftragsvergaben der öffentlichen Hand für Tiefbauten nach der Art der Baumaßnahmen und Bauherren (Baulastträgern) [1])

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1963 [2])	1964	1964		1965		
			1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr
Insgesamt	+ 6,5	+ 0,5	+ 1,3	− 0,1	+20,5	+11,6	+11,0
Art der Baumaßnahme							
Straßen	+14,9	− 1,9	+ 0,8	− 4,2	+25,4	+ 9,7	+18,0
Straßenbrücken	+17,8	+ 8,2	+ 5,2	+10,2	+52,9	+51,9	− 1,4
Bundeswasserstraßen [3])	−12,1	+ 0,9	−21,2	+30,3	+40,5	−25,8	−22,3
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten [4])	−11,2	− 5,0	+ 1,5	−10,6	− 0,2	+15,5	− 2,9
Sonstige Tiefbauten	−22,7	+14,6	+ 7,5	+21,6	+ 9,9	+ 3,1	+21,3
Bauherren							
Bund	−11,3	+11,3	+10,5	+12,0	+25,4	+ 1,4	+19,4
Länder	+15,2	−18,5	−17,6	−19,2	+45,7	+22,0	+ 9,3
Gemeinden [5]) und Gemeindeverbände ..	+21,6	+ 2,0	+ 4,9	− 0,5	+ 5,5	+12,0	+ 4,0
Sonstige [6])	+ 0,2	− 2,7	−12,4	+ 4,7	+28,4	+57,1	+12,9

[1]) Aufträge über 25 000 DM ohne das vom Bauherrn gestellte Material. Ohne Nachträge.
[2]) ohne nachträgliche Berichtigung wegen Übererfassung
[3]) einschließlich Häfen
[4]) einschließlich Landeskulturbauten
[5]) über 5000 Einwohner
[6]) Juristische Personen des öffentlichen und des privaten Rechts, bei denen die öffentliche Hand maßgeblich beteiligt ist.

34. Es waren in erster Linie die Länder, die ihre Tiefbauvorhaben erweiterten; als einzige Gruppe der öffentlichen Bauherren hatten sie 1964 ihre Aufträge drastisch gekürzt. Den großen Umfang der Jahre 1962 und 1963 haben indes die Aufträge der Länder bisher noch nicht wieder erreicht. Der Bund, auf den fast zwei Fünftel des Gesamtvolumens an Tiefbauaufträgen entfallen, hat im vorigen Jahre kaum etwas zurückgestellt und dementsprechend 1965 fast nichts nachgeholt. Gleichmäßig gesteigert haben ihr Auftragsvolumen auch die Gemeinden und Gemeindeverbände.

35. Da die regenreiche Witterung die Ausführung der Aufträge im Tiefbau behinderte, sind die Auftragsbestände nicht weiter gesunken. Trotzdem beurteilten die am Ifo-Konjunkturtest beteiligten Firmen auch im September 1965 die Geschäftslage im Tiefbau, besonders im Straßenbau, noch ungünstiger als im Hochbau.

36. Daß die konjunkturellen Spannungen sich nicht mehr wie 1959/60 besonders auf dem Baumarkt auswirkten, geht daraus hervor, daß der Preisanstieg auch 1964/65 nachgelassen hat; die Steigerungsrate, 1961 noch 7,1 vH, betrug 1964 3,5 vH und im ersten Halbjahr 1965 nur noch 2,6 vH. Die Preise auf dem Baumarkt sind zum erstenmal seit langer Zeit weniger stark gestiegen als die Preise für den privaten Verbrauch, für den Staatsverbrauch und für Ausrüstungsinvestitionen (Schaubild 10).

37. In den einzelnen Zweigen des Baumarktes war die Preistendenz uneinheitlich: den rückläufigen Preisen im Tiefbau steht nach wie vor ein Preisanstieg im Hochbau gegenüber. Aber auch im Hochbau war die Preisentwicklung differenziert. Den größten Spielraum für Kostenüberwälzungen hat offensichtlich noch das Ausbaugewerbe: hier steigt die Nachfrage verhältnismäßig stark an, zum Teil wohl infolge erhöhter Ansprüche an die Ausstattung sowohl der Wohnungen als auch der gewerblichen und nicht zuletzt der öffentlichen Bauten. Überdies sind beim Innenausbau die Rationalisierungsmöglichkeiten gering oder werden jedenfalls noch wenig genutzt.

38. Kennzeichnend für den stärkeren Wettbewerbsdruck in der Bauwirtschaft ist, daß sich die Schere zwischen Tariflöhnen und Effektivverdiensten immer mehr schließt. Offenbar gehen die Unternehmer nicht mehr über die tariflichen Lohnerhöhungen hinaus, um die erforderlichen Arbeitskräfte zu halten oder neue einzustellen; auch sehen sie keinen Anlaß mehr zu vermehrter Inanspruchnahme von Überstunden. Für die geringen Möglichkeiten, die Kosten zu überwälzen, spricht schließlich, daß Löhne und Preise auf dem Baumarkt nicht mehr — wie früher — parallel verlaufen; die Preise bleiben nun hinter der Lohnentwicklung zurück (Tabelle 10).

Schaubild 10

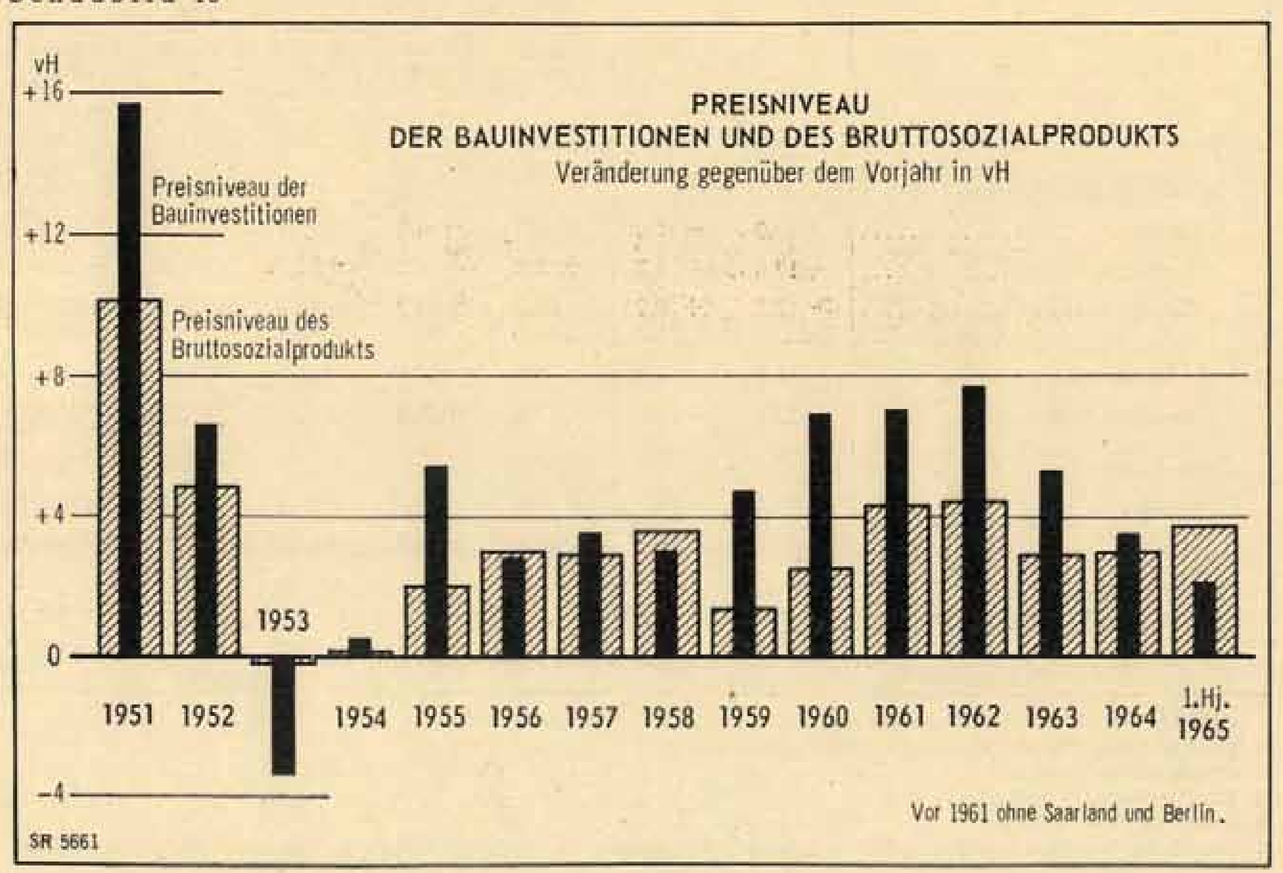


Tabelle 10

Ausgewählte Lohn- und Preisindices für das Bauhauptgewerbe

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

		Lohnindices		Preisindices						
				Wohngebäude				Gewerbliche Betriebsgebäude	Straßenbau	Wirtschaftswegebau
		Tarifliche Stundenlöhne	Bruttostundenverdienste [1]	Bauleistungen am Gebäude	Erd- und Grundbauarbeiten	Rohbauarbeiten	Ausbauarbeiten		Typ F. 1	Typ G. 2
1959	Februar	+ 4,0	+ 4,5	+ 4,1	+ 9,8	+ 4,7	+ 4,5	+ 3,6	.	.
	Mai	+ 3,8	+ 5,3	+ 4,8	+11,0	+ 5,8	+ 4,7	+ 4,0	.	.
	August	+ 4,0	+ 5,3	+ 5,4	+12,5	+ 6,4	+ 5,0	+ 4,8	.	.
	November	+ 4,8	+ 8,4	+ 6,9	+15,9	+ 8,4	+ 6,1	+ 6,8	.	.
1960	Februar	+ 4,8	+ 8,5	+ 7,7	+12,9	+ 8,7	+ 7,0	+ 6,8	.	.
	Mai	+ 6,6	+10,1	+ 8,1	+10,6	+ 9,0	+ 7,6	+ 7,3	.	.
	August	+ 6,4	+10,0	+ 7,7	+ 7,6	+ 8,1	+ 7,2	+ 7,5	.	.
	November	+ 5,6	+ 7,0	+ 6,6	+ 4,6	+ 6,1	+ 6,8	+ 6,4	.	.
1961	Februar	+ 5,7	+ 7,4	+ 6,9	+ 3,9	+ 6,1	+ 7,2	+ 6,5	+2,6	+ 2,0
	Mai	+ 0,1	+ 2,9	+ 5,0	+ 0,6	+ 3,4	+ 6,3	+ 4,4	+2,5	+ 2,5
	August	+10,8	+11,9	+ 9,3	+ 6,4	+ 9,0	+ 9,9	+ 7,8	+7,5	+ 7,7
	November	+10,8	+12,5	+ 9,0	+ 5,5	+ 9,0	+ 9,9	+ 7,4	+7,5	+ 7,9
1962	Februar	+10,7	+11,9	+ 8,6	+ 5,5	+ 8,8	+ 9,5	+ 7,2	+7,6	+ 7,7
	Mai	+17,4	+18,8	+11,4	+10,4	+12,5	+11,1	+10,6	+9,7	+10,5
	August	+ 6,1	+ 8,8	+ 7,0	+ 5,0	+ 6,9	+ 7,5	+ 6,4	+5,4	+ 5,6
	November	+ 9,2	+10,9	+ 7,9	+ 7,1	+ 8,3	+ 7,3	+ 7,2	+6,1	+ 6,1
1963	Februar	+ 9,3	+10,0	+ 7,5	+ 7,3	+ 8,0	+ 6,7	+ 6,8	+5,0	+ 4,8
	Mai	+ 8,3	+ 9,8	+ 6,0	+ 5,3	+ 6,6	+ 6,0	+ 4,8	+3,7	+ 3,4
	August	+ 8,3	+10,2	+ 5,9	+ 5,4	+ 6,6	+ 5,7	+ 4,9	+3,9	+ 3,2
	November	+ 5,2	+ 7,8	+ 4,6	+ 3,8	+ 4,8	+ 5,1	+ 3,6	+2,3	+ 2,1
1964 [2]	Februar	+ 5,1	+ 7,2	+ 4,6	+ 3,1	+ 4,6	+ 5,3	+ 3,4	+1,0	+ 2,6
	Mai	+ 9,4	+10,9	+ 5,8	+ 3,4	+ 5,9	+ 6,0	+ 4,8	+1,2	+ 2,2
	August	+ 9,4	+10,4	+ 5,4	+ 1,9	+ 5,3	+ 5,9	+ 4,3	−2,2	− 0,5
	November	+ 9,4	+10,3	+ 5,6	+ 0,6	+ 5,1	+ 6,0	+ 4,9	−3,8	− 2,0
1965 [2]	Februar	+ 9,4	+10,6	+ 5,2	− 1,5	+ 4,5	+ 5,7	+ 4,7	−4,8	− 3,9
	Mai	+ 8,4	+ 8,7	+ 4,4	− 2,8	+ 3,4	+ 5,6	+ 3,7	−7,0	− 5,8
	August	+ 8,4	.	+ 4,2p	− 1,9p	+ 3,2p	+ 5,3p	+ 3,7p	−4,8p	− 4,4p

ohne Berlin

[1] 1959 auch ohne Saarland, ab 1964 einschließlich Berlin (West)

[2] bei den Lohnindices sind es die Berichtsmonate: Januar, April, Juli und Oktober

III. Außenwirtschaft

39. Kennzeichnend für die außenwirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1965 ist die Passivierung der Leistungsbilanz. Schon in der zweiten Jahreshälfte 1964 hatten sich die Überschüsse aus dem Handels- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland spürbar vermindert. Seither lassen sich folgende Schwerpunkte der Entwicklung feststellen (Tabellen 11 und 12):

a) Die Warenausfuhr ist 1965 zwar weniger gestiegen als während des Exportbooms von 1963/64, jedoch mehr als im Durchschnitt der Jahre 1959 bis 1964. Dabei entfällt der Zuwachs fast allein auf die Exporte in die Länder außerhalb der EWG.

b) Die Ausfuhr hat sich in allen wichtigen Exportbereichen in etwa gleichem Maße ausgedehnt.

c) Die Wareneinfuhr ist seit dem dritten Vierteljahr 1964 stärker gestiegen als jemals seit dem Höhepunkt des Wachstumszyklus 1959/60. Die Importe aus den EWG-Ländern haben sich seit 1955 niemals so ausgeweitet wie in diesem Jahr.

Tabelle 11

Ausfuhr

	1960	1961	1962
Ausfuhr [1] insgesamt	47,9	51,0	53,0
nach EWG-Ländern	14,1	16,2	18,0
nach anderen Ländern	33,8	34,8	35,0
Ausfuhr [1] insgesamt	+16,4	+ 6,3	+ 3,9
nach EWG-Ländern	+23,4	+14,4	+11,3
nach anderen Ländern	+13,7	+ 3,0	+ 0,5
Von der Ausfuhr waren [2]			
Bergbauliche Erzeugnisse	+13,2	− 1,3	− 1,6
Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	+20,2	+ 3,5	− 0,0
Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien	+15,3	+ 9,4	+ 5,9
Erzeugnisse der Verbrauchsgüterindustrien	+13,2	+ 3,6	+ 7,1
Erzeugnisse der Nahrungs- und Genußmittelindustrien	+13,2	− 3,0	+ 8,1
Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr, 1960 = 100	+ 1,7	+ 0,3	+ 0,4
Dienstleistungseinnahmen	+13,8	− 1,8	+10,4

[1] Spezialhandel nach Verbrauchsländern

[2] Gegliedert in Anlehnung an die Produktionsstatistik. Ohne Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

d) Am stärksten hat im privaten Bereich die Einfuhr bei den Erzeugnissen der Investitionsgüterindustrien, am geringsten bei den Agrarerzeugnissen zugenommen.

e) Die Preise für die Warenausfuhr und die Wareneinfuhr (Durchschnittswerte) liegen seit dem vierten Vierteljahr 1964 jeweils um etwa 2 vH höher als im Vorjahr. Damit hat sich ein bemerkenswerter Wandel in der Preisentwicklung für Außenhandelsgüter vollzogen: Der Durchschnittswert der Ausfuhr war in den Jahren nach der Aufwertung — bis zum Sommer 1964 — annähernd unverändert geblieben, der Durchschnittswert der Einfuhr bis 1963 sogar gefallen.

f) Bei den Dienstleistungen nahmen die Ausgaben (Importe) seit dem Herbst 1964 viel rascher zu als die Einnahmen (Exporte). Offenbar setzt sich die Passivierung unserer Dienstleistungsbilanz verstärkt fort.

40. Mit der Abschwächung des Exportanstiegs haben die außenwirtschaftlichen Auftriebskräfte gegenüber den binnenwirtschaftlichen an Gewicht verloren. Während im zweiten Halbjahr

Tabelle 11

1963	1964	1964				1965			Anteil 1964 in vH
		1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	
Tatsächliche Werte in Mrd. DM									
58,3	64,9	15,6	16,2	15,5	17,7	17,4	17,4	17,3	*100*
21,8	23,6	5,9	6,1	5,5	6,1	6,3	6,2	5,9	*36,4*
36,6	41,3	9,6	10,1	10,0	11,6	11,1	11,2	11,5	*63,6*
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH									
+10,1	*+11,3*	*+20,6*	*+11,8*	*+ 5,7*	*+ 8,7*	*+11,6*	*+ 7,2*	*+12,0*	*100*
+20,8	*+ 8,6*	*+24,2*	*+12,9*	*+ 0,2*	*+ 0,2*	*+ 5,8*	*+ 0,8*	*+ 6,5*	*36,4*
+ 4,6	*+13,0*	*+18,4*	*+11,1*	*+ 9,0*	*+13,8*	*+15,3*	*+11,1*	*+15,0*	*63,6*
+ 7,7	*− 6,0*	*+ 1,1*	*− 5,5*	*−10,6*	*− 8,9*	*− 8,0*	*− 9,4*	*+ 3,8*	*3,9*
+ 6,6	*+12,5*	*+22,3*	*+11,8*	*+ 6,9*	*+10,4*	*+14,3*	*+ 8,9*	*+16,9*	*26,9*
+11,1	*+10,8*	*+20,1*	*+11,4*	*+ 4,1*	*+ 8,9*	*+11,4*	*+ 6,7*	*+ 9,7*	*54,8*
+13,8	*+15,5*	*+21,8*	*+19,1*	*+12,5*	*+10,4*	*+10,9*	*+ 8,9*	*+10,3*	*10,0*
+ 7,6	*+23,6*	*+50,5*	*+34,1*	*+20,7*	*+ 0,4*	*+21,6*	*+14,7*	*+29,8*	*1,9*
− 0,9	*+ 1,1*	*− 0,6*	*+ 0,7*	*+ 1,5*	*+ 2,4*	*+ 2,2*	*+ 2,6*	*+ 1,9*	.
+ 5,3	*+ 9,8*	*+10,0*	*+14,4*	*+ 8,9*	*+ 6,3*	*+ 3,2*	*+ 1,9*	...	.

1963 und im ersten Halbjahr 1964 etwa ein Viertel des Zuwachses der Gesamtnachfrage auf die Ausfuhr von Gütern und Diensten entfiel, ist deren Anteil an der Nachfrageexpansion seither auf ein Achtel zurückgegangen. Dagegen ist der Importanteil am Zuwachs des Gesamtangebots von 14 vH im ersten Halbjahr 1964 auf 22 vH im zweiten Halbjahr 1964 und auf 29 vH im ersten Halbjahr 1965 gestiegen.

41. Dieser Wandel in der Entwicklung erklärt sich zum größten Teil aus den unterschiedlichen Konjunkturverläufen im In- und Ausland. Schaubild 11 zeigt, mit welchen Raten sich das reale Bruttosozialprodukt in der Bundesrepublik und in wichtigen Partnerländern seit 1962 verändert hat. Noch 1963 lagen die Wachstumsraten dieser Länder ziemlich nahe beieinander. 1964 wurde in der Bundesrepublik und in den meisten Partnerländern ein Höhepunkt im Wachstumszyklus erreicht, doch verlangsamte sich in Italien das Wachstum schon spürbar. Im Jahre 1965 verminderten sich — nach übereinstimmenden Schätzungen — die Wachstums-

Tabelle 12

Einfuhr

	1960	1961	1962
Einfuhr [1]) insgesamt	42,7	44,4	49,5
aus EWG-Ländern	12,7	13,8	16,0
aus anderen Ländern	30,0	30,6	33,5
Einfuhr [1]) insgesamt	*+19,3*	*+ 3,8*	*+11,6*
aus EWG-Ländern	*+23,0*	*+ 8,4*	*+15,9*
aus anderen Ländern	*+17,8*	*+ 1,9*	*+ 9,6*
Von der Einfuhr waren [2])			
Bergbauliche Erzeugnisse	*+28,0*	*+ 1,9*	*− 3,2*
Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	*+30,3*	*− 2,7*	*+ 6,5*
Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien	*+30,1*	*+24,1*	*+19,1*
Erzeugnisse der Verbrauchsgüterindustrien	*+24,9*	*+12,6*	*+14,8*
Erzeugnisse der Nahrungs- und Genußmittelindustrien	*+ 9,2*	*+ 5,5*	*+21,4*
Erzeugnisse der Land-, Forst- und Jagdwirtschaft, der Fischerei, des Gartenbaues und der Tierzucht	*+ 5,3*	*− 1,0*	*+10,2*
Waren, die nicht zugeordnet werden konnten	*+ 8,4*	*+ 5,4*	*+38,9*
Index der Durchschnittswerte der Einfuhr, 1960 = 100	*+ 1,8*	*− 3,3*	*− 2,4*
Dienstleistungsausgaben	*+ 8,8*	*+18,7*	*+20,9*

[1]) Spezialhandel nach Herstellungsländern
[2]) gegliedert in Anlehnung an die Produktionsstatistik

raten dann zwar überall, doch ist die Wirtschaftsexpansion in der Bundesrepublik, in den Niederlanden und in den Vereinigten Staaten noch recht kräftig. Demgegenüber hält die nachfragebedingte Wachstumsverlangsamung in Italien fast unverändert an. Frankreich, Belgien und Großbritannien erleiden ebenfalls Wachstumsverluste — als Folge der Bemühungen um interne Stabilität oder Zahlungsbilanzgleichgewicht.

42. In Tabelle 13 sind die vierteljährlichen Salden des gesamten Handelsverkehrs mit dem Ausland denen des Handelsverkehrs mit Italien, Frankreich, Belgien und Großbritannien gegenübergestellt. Danach geht der Abbau unseres Ausfuhrüberschusses überwiegend auf einen Einfuhrüberschuß im Handel mit diesen gegenwärtig wachstumsschwachen Ländern zurück. Der Aktivsaldo aus dem Handelsverkehr mit allen übrigen Ländern war im ersten Vierteljahr 1965 noch größer als im ersten Vierteljahr 1964; im zweiten und dritten Vierteljahr 1965 hat er sich — gegenüber dem Vorjahr — vermindert.

Tabelle 12

1963	1964	1964				1965			Anteil 1964 in vH
		1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	
	Tatsächliche Werte in Mrd. DM								
52,3	58,8	13,2	14,2	14,8	16,6	16,3	17,4	17,8	*100*
17,3	20,4	4,2	4,9	5,3	6,0	6,0	6,7	6,8	*34,7*
34,9	38,4	9,0	9,3	9,5	10,7	10,3	10,7	11,0	*65,3*
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH									
+ 5,6	*+12,6*	*+ 8,4*	*+ 6,9*	*+10,6*	*+24,0*	*+23,6*	*+ 22,4*	*+20,1*	*100*
+ 8,6	*+17,6*	*+10,6*	*+11,7*	*+12,8*	*+34,6*	*+43,3*	*+ 35,3*	*+29,0*	*34,7*
+ 4,3	*+10,0*	*+ 7,4*	*+ 4,4*	*+ 9,4*	*+18,8*	*+14,3*	*+ 15,5*	*+15,1*	*65,3*
+ 7,7	*+21,4*	*+23,4*	*+21,6*	*+16,7*	*+24,7*	*+21,1*	*+ 6,9*	*+ 6,3*	*10,5*
+ 5,5	*+23,1*	*+15,1*	*+18,4*	*+24,3*	*+33,0*	*+32,1*	*+ 18,2*	*+10,2*	*28,3*
+ 2,2	*+18,0*	*+10,7*	*+19,0*	*+18,7*	*+22,9*	*+31,5*	*+ 28,1*	*+30,3*	*14,4*
+10,1	*+14,5*	*+11,6*	*+12,7*	*+16,5*	*+16,7*	*+27,0*	*+ 24,4*	*+27,8*	*12,1*
+ 2,1	*+ 5,5*	*+ 3,1*	*+ 5,1*	*+ 1,7*	*+11,1*	*+13,8*	*+ 21,8*	*+29,2*	*8,5*
− 7,9	*+11,2*	*+10,9*	*+10,5*	*+ 9,5*	*+13,6*	*+ 5,1*	*+ 13,2*	*+20,5*	*20,9*
+70,1	*−30,1*	*−35,4*	*−65,3*	*−38,9*	*+67,7*	*+71,5*	*+135,5*	*+43,2*	*5,3*
− 0,8	*+ 1,1*	*+ 1,0*	*+ 1,0*	*+ 1,0*	*+ 1,9*	*+ 2,0*	*+ 2,5*	*+ 3,5*	.
+ 2,7	*+11,3*	*+16,7*	*+ 8,0*	*+ 5,5*	*+17,3*	*+ 4,2*	*+ 22,5*	...	.

Schaubild 11

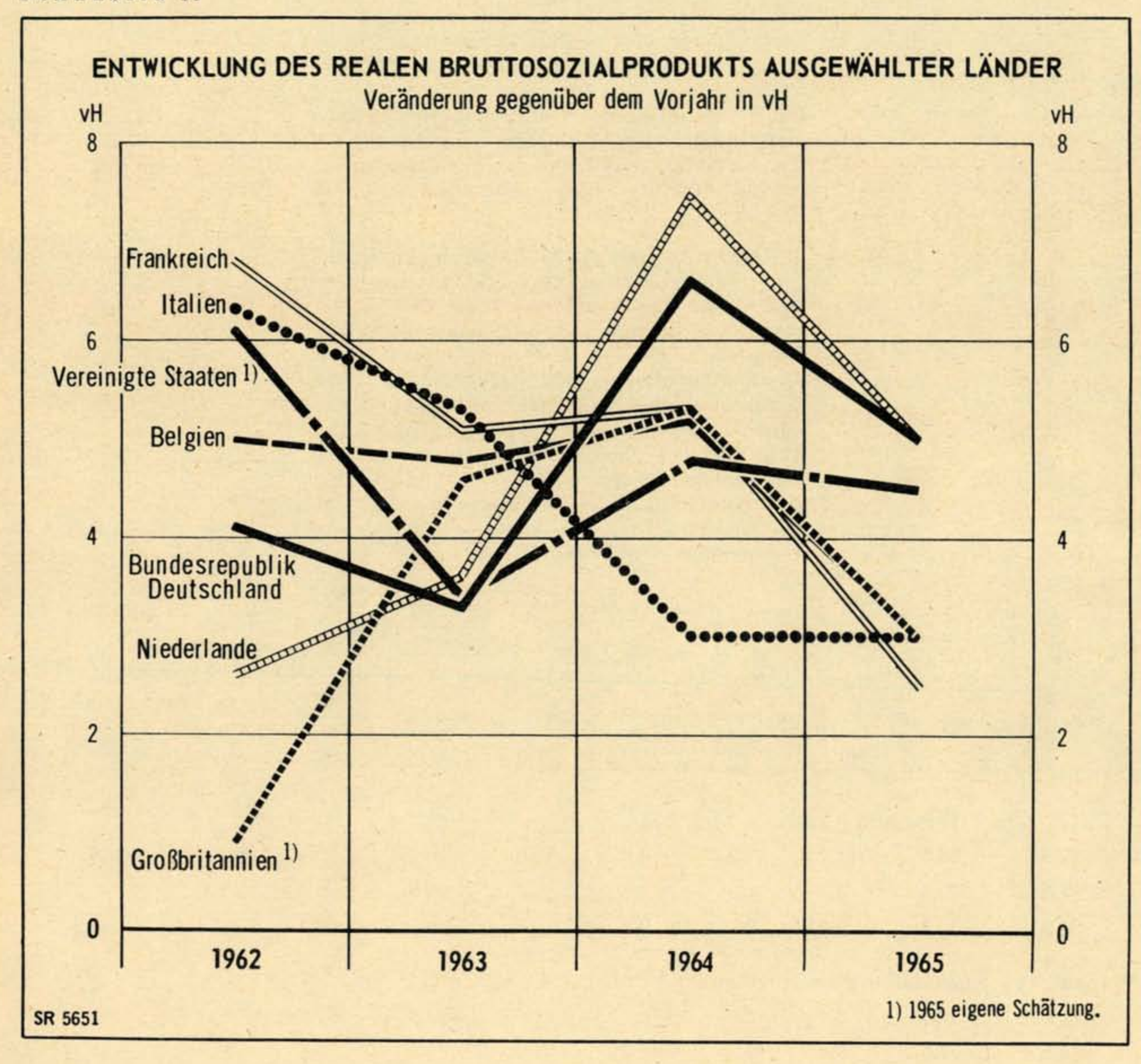


Tabelle 13

Salden des Warenverkehrs [1])

Millionen DM

	1964				1965		
	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr
Saldo des Warenverkehrs insgesamt	+2 388,6	+1 973,1	+685,0	+1 034,3	+1 096,0	— 47,3	—432,4
Saldo des Warenverkehrs mit Frankreich, Italien, Belgien und Großbritannien	+1 197,3	+ 710,6	— 84,9	— 36,1	— 252,5	—685,3	—997,9
Saldo des Warenverkehrs mit den übrigen Ländern	+1 191,3	+1 262,6	+769,9	+1 070,4	+1 348,5	+638,0	+565,5

[1]) Spezialhandel nach Herstellungs- bzw. Verbrauchsländern

Entwicklung der Ausfuhr

43. Trotz der EWG-Binnenzollsenkung vom 1. Januar 1965 haben die Exporte in die EWG-Länder 1965 nur wenig zugenommen.

Bei den Ausfuhren nach Italien mußte die deutsche Exportwirtschaft sogar starke Rückschläge hinnehmen (Tabelle 14). Die Nachfrageexpansion ist in Italien durch Restriktionspolitik so stark gedämpft worden, daß das reale Sozialprodukt 1964 nur um 3 vH zugenommen hat und nach den bisher vorliegenden Schätzungen auch 1965 nicht viel mehr wachsen wird (Schaubild 11). Dabei haben sich die Preissteigerungen zwar verringert, doch ist der Anstieg der Verbraucherpreise mit 5,9 vH im Jahre 1964 und mit 5,2 vH im ersten Halbjahr 1965 immer noch erheblich. Die Wachstumsverlangsamung hat die italienische Einfuhr stark schrumpfen lassen. Davon sind die deutschen Warenlieferungen nach Italien besonders stark betroffen worden (Schaubild 12); sie sind etwa doppelt so stark gesunken wie die gesamte Einfuhr Italiens. In den vorangegangenen Jahren steigender Einfuhren hatten die Importe aus der Bundesrepublik überdurchschnittlich zugenommen. Dies mag zum Teil eine Folge des Integrationsprozesses im EWG-Raum gewesen sein. Das Auf und Ab unserer Ausfuhr nach Italien erklärt sich aber in erster Linie aus der hohen Konjunkturempfindlichkeit — Einkommenselastizität — der Nachfrage nach unseren Exporten (JG 64 Ziffer 7). Tabelle 15 zeigt die Entwicklung unserer Warenausfuhr nach Italien, gegliedert nach Warengruppen. Der außerordentlich starke Rückgang der Rohstoffexporte nach Italien hängt mit der Verdrängung der deutschen Steinkohle vom italienischen Markt zusammen. Am meisten ins Gewicht fällt das Schrumpfen der Ausfuhr von Fertigwaren (Vor- und Enderzeugnisse), wobei sich das Erlahmen der Investitionstätigkeit in Italien am deutlichsten bei den Maschinenexporten auswirkt. Im dritten Vierteljahr 1965 liegen die Ausfuh-

Tabelle 14

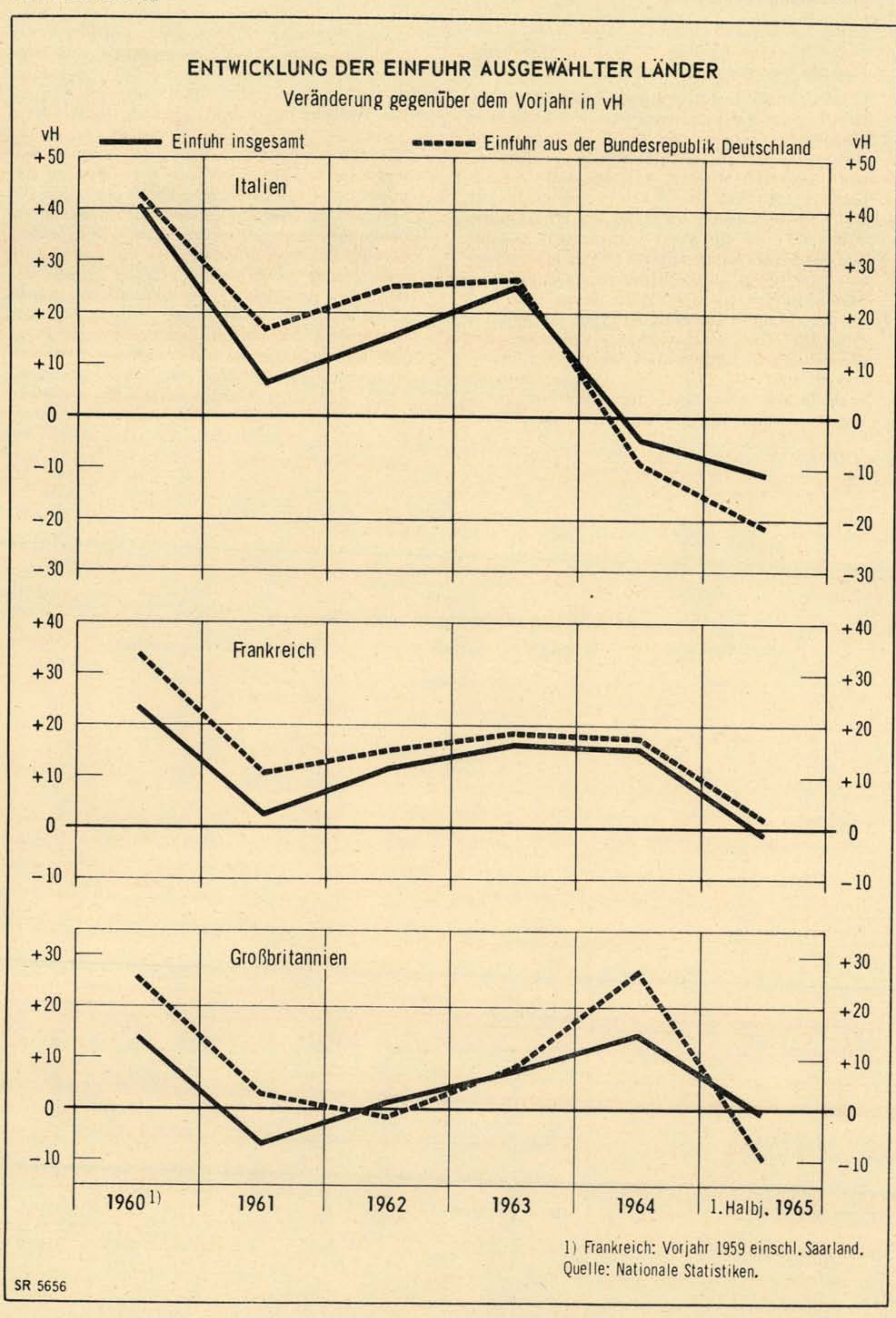
Ausfuhr nach Ländergruppen bzw. Ländern [1])

Anteil bzw. Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Ländergruppe/Land	Anteil 1964	Veränderung						
		1964				1965		
		1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr
EWG-Länder	36,4	+24,2	+12,9	+ 0,2	+ 0,2	+ 5,8	+ 0,8	+ 6,5
Belgien-Luxemburg	7,5	+30,9	+20,2	+ 6,6	+15,9	+16,2	+11,7	+15,9
Frankreich	11,4	+23,9	+18,1	+14,2	+ 7,3	+ 7,8	+ 1,7	+ 0,5
Italien	7,1	+13,0	− 8,0	−31,5	−30,4	−21,6	− 9,4	+ 7,0
Niederlande	10,4	+30,4	+20,7	+12,7	+ 9,8	+18,3	− 1,1	+ 6,3
EFTA-Länder	27,2	+15,5	+11,9	+ 8,7	+12,1	+13,0	+ 8,6	+11,5
darunter:								
Großbritannien	4,2	+31,0	+29,7	+16,9	+14,9	− 8,9	− 0,0	+15,0
Österreich	5,1	+ 9,6	+11,3	+13,1	+14,1	+17,3	+15,2	+16,3
Schweden	5,0	+19,3	+ 9,7	+ 1,3	+ 8,3	+22,6	+17,3	+17,8
Schweiz	7,0	+ 9,7	+ 6,3	+ 2,6	+ 7,6	+ 8,0	− 1,5	+ 2,1
Vereinigte Staaten	7,4	+22,9	+10,1	+12,0	+12,7	+12,3	+17,5	+24,7
Übrige Länder	29,0	+20,2	+10,6	+ 8,5	+15,7	+18,2	+11,9	+15,7
Insgesamt	100	+20,6	+11,8	+ 5,7	+ 8,7	+11,6	+ 7,2	+12,0
Insgesamt ohne EWG	63,6	+18,4	+11,1	+ 9,0	+13,8	+15,3	+11,1	+15,0

[1]) Spezialhandel nach Verbrauchsländern

Schaubild 12



ren nach Italien leicht über denen des entsprechenden Vorjahreszeitraumes, die allerdings sehr niedrig waren.

44. In Frankreich, wo sich seit dem Herbst 1964 infolge geringer Investitionsneigung der privaten Wirtschaft und infolge nur mäßiger Erhöhung der Konsumausgaben das Wachstum ebenfalls verlangsamte (Schaubild 11), ging die Einfuhr insgesamt im ersten Halbjahr 1965 leicht zurück, nicht jedoch die Einfuhr aus der Bundesrepublik (Schaubild 12). Stärkere Einbußen gab es beim Export nach Frankreich bis zum zweiten Vierteljahr 1965 vor allem bei Steinkohlen, seither bei Halbwaren und im dritten Vierteljahr auch bei Kraftfahrzeugen (Tabelle 16).

45. Das Konjunkturbild der Benelux-Länder läßt in Belgien eine schwache, in den Niederlanden eine kräftige Aufwärtsentwicklung erkennen (Schaubild 11). Unsere Ausfuhr nach Belgien hat jedoch noch überraschend stark zugenommen (Tabelle 14). Die Exporte nach den Niederlanden sind dagegen seit der Jahresmitte 1964 wesentlich weniger gestiegen und im zweiten Vierteljahr 1965 sogar etwas zurückgegangen, vor allem weil in dieser Zeit sehr viel weniger Kraftfahrzeuge als im Vorjahr in die Niederlande exportiert wurden (— 18,5 vH). Der Rückgang fällt jedoch in eine Periode, in der sich die Automobilkäufer, vermutlich, weil sie neue Modelle erwarteten, allgemein zurückhielten.

46. Bei den Ausfuhren nach Großbritannien gab es vorübergehende Rückschläge (Tabelle 14, Schaubild 12). Hierfür war neben dem — inzwischen etwas ermäßigten — britischen Sonderzoll vor allem ausschlaggebend, daß die britische Regierung den Zahlungsbilanzausgleich durch eine Dämpfung der Binnenkonjunktur zu erreichen sucht. Mit einer nachhaltig kräftigen Ausweitung der britischen Importe — und damit der deutschen Exporte nach Großbritannien — kann nicht gerechnet werden.

47. In der kontinuierlichen Steigerung unserer Ausfuhr in die Vereinigten Staaten spiegelt sich die seit Jahren ununterbrochene Wirtschaftsexpansion dieses Landes wider. Ebenso sind die hohen Zuwachsraten unserer Exporte nach Schweden und nach Österreich offenbar Folge der konjunkturellen Aufwärtsbewegung in diesen Ländern. Daß unsere Ausfuhr in die Schweiz seit Sommer 1964 nur noch sehr wenig zunimmt, ist bedingt durch die Abschwächung der Auftriebskräfte, die sich 1964 nach den Maßnahmen zur Dämpfung der Hochkonjunktur in der Schweiz bemerkbar machte. Außerdem waren auch hier im ersten Halbjahr 1965 die Nachfrager nach deutschen Kraftfahrzeugen — wohl nur vorübergehend — zurückhaltend.

48. Die Warenstruktur unserer Exporte hat sich seit dem Herbst 1964 nicht nennenswert geändert (Tabelle 11). Die Ausfuhr von Erzeugnissen

Tabelle 15

Ausfuhr nach Italien [1])

Anteil bzw. Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in vH

Warenbenennung	Anteil 1964	Veränderung 1964 1. Halbjahr	1964 2. Halbjahr	1965 1. Vierteljahr	1965 2. Vierteljahr	1965 3. Vierteljahr
Rohstoffe	4,3	−12,5	−25,2	−33,5	− 5,7	+15,0
darunter: Steinkohlen einschließlich Preßkohlen	1,3	−33,7	−36,1	−52,7	−54,4	−25,9
Halbwaren	11,2	+ 6,5	−16,2	+ 1,9	+13,1	+52,1
Vorerzeugnisse	16,7	− 1,7	−29,8	−24,5	− 6,1	+18,7
Enderzeugnisse	62,7	+ 2,8	−36,8	−27,3	−15,6	− 5,1
darunter:						
Maschinen	24,0	− 2,1	−43,6	−42,4	−29,2	−23,8
Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge	8,9	− 7,7	−65,1	−36,9	− 8,2	+17,8
Elektrotechnische Erzeugnisse (auch elektrische Maschinen)	8,9	+ 5,9	−23,7	−14,5	−11,9	+11,9
Ausfuhr insgesamt	100	+ 1,9	−30,9	−21,6	− 9,4	+ 7,0

[1]) Spezialhandel nach Verbrauchsländern

Tabelle 16

Ausfuhr nach Frankreich [1]

Anteil bzw. Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in vH

Warenbenennung	Anteil 1964	Veränderung 1964 1. Halbjahr	Veränderung 1964 2. Halbjahr	Veränderung 1965 1. Vierteljahr	Veränderung 1965 2. Vierteljahr	Veränderung 1965 3. Vierteljahr
Rohstoffe	7,9	+ 1,6	− 2,6	−10,9	−12,4	+10,2
darunter: Steinkohlen einschließlich Preßkohlen	6,2	− 2,7	− 5,0	− 9,9	−16,1	+ 8,9
Halbwaren	11,6	− 8,4	− 5,9	+ 0,8	− 6,4	− 9,2
Vorerzeugnisse	21,7	+24,8	+13,9	+ 0,6	− 6,2	+ 1,4
Enderzeugnisse	55,2	+31,0	+13,1	+12,8	+ 7,5	+ 1,6
darunter:						
Maschinen	22,3	+23,9	+13,3	+11,0	+ 6,7	− 0,6
Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge	9,4	+51,4	+ 6,5	+ 1,4	− 0,4	−11,2
Elektrotechnische Erzeugnisse (auch elektrische Maschinen)	6,5	+33,4	+ 9,4	+13,4	+ 1,3	+14,1
Ausfuhr insgesamt	100	+20,8	+10,5	+ 7,8	+ 1,7	+ 0,5

[1] Spezialhandel nach Verbrauchsländern

der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien hat leicht überdurchschnittlich zugenommen, die Ausfuhr von Erzeugnissen der Investitionsgüterindustrien, deren Anteil an den Exporten sich von 1960 bis 1964 stark ausgedehnt hatte, diesmal leicht unterdurchschnittlich. Mit der Wiederbelebung der Investitionstätigkeit in den Partnerländern, deren Wirtschaftswachstum gegenwärtig sehr gering ist, wird auch die Ausfuhr von Investitionssgütern wahrscheinlich wieder kräftiger steigen. Strukturell bedingt ist indessen das starke Schrumpfen der Ausfuhr von Erzeugnissen des Steinkohlenbergbaus. Auf den Energiemärkten der anderen EWG-Länder hat sich die Nachfrage zuungunsten der Kohle — zumindest der deutschen Kohle— verlagert.

Entwicklung der Einfuhr

49. Die Nachfrageexpansion in der Bundesrepublik war seit Mitte 1964 so stark, daß in zunehmendem Maße auf ausländisches Angebot zurückgegriffen wurde. Freie Kapazitäten in einigen Partnerländern, die dort zu verstärkten Exportanstrengungen führten, haben dies — zusammen mit der konjunkturpolitischen Zollsenkung vom 1. Juli 1965 — erleichtert. Eine ähnlich kräftige Ausweitung der Importe wie seit dem Herbst 1964 hat es, abgesehen vom Korea-Boom, nur in den Hochkonjunkturen 1954/55 und 1959/60 gegeben.

50. Vor allem die Einfuhr aus den EWG-Ländern ist seit dem vierten Vierteljahr 1964 sprunghaft angestiegen; die Zuwachsraten liegen seither zwischen 29 und 43 vH (Tabelle 17). Weit weniger nahm die Einfuhr aus den meisten EFTA-Ländern und aus den Vereinigten Staaten zu. In den ersten neun Monaten des Jahres 1965 entfielen 55 vH des Importzuwachses auf die EWG-Länder, deren durchschnittlicher Anteil an unserer Wareneinfuhr in dieser Periode 38 vH betrug. Allein aus Italien kamen 18 vH der Mehreinfuhr. Den zusätzlichen Importbedarf konnten also am ehesten die Länder befriedigen, deren Binnennachfrage am wenigsten anstieg und deren Wirtschaft am stärksten in den Export drängte. Daß die Importe aus den Niederlanden — trotz der günstigen Konjunkturlage — ebenfalls kräftig zugenommen haben, läßt auf die Stärke unseres Nachfragesogs schließen; abgesehen davon haben im Falle der Niederlande Einfuhren einmaliger Art eine Rolle gespielt.

51. Ähnlich wie im Aufschwung 1959/60 sind auch seit dem Herbst 1963 zunächst die Einfuhren von Rohstoffen und Halbwaren sehr gestiegen

(Schaubild 13), da die zunehmende Produktionsausweitung und die Erwartung weiterer Produktionssteigerungen zu erhöhter Lagerhaltung anregten. Daneben mögen 1964 die Importeure höhere Preise für Rohstoffe erwartet haben. Inzwischen — besonders seit dem ersten Vierteljahr 1965 — hat sich die Einfuhrzunahme bei den Rohstoffen und Halbwaren wieder etwas abgeschwächt, weil die Neigung, die Lager aufzustocken, offenbar nachgelassen hat.

52. Kennzeichnend für die Einfuhr seit dem Herbst 1964 ist der kräftig steigende Anteil der gewerblichen Fertigwaren. Zwar ist langfristig ohnehin zu erwarten, daß die Einfuhr von industriellen Fertigerzeugnissen — ebenso wie die Ausfuhr — wegen der hohen Einkommenselastizität der Nachfrage nach diesen Gütern und wegen der größeren Möglichkeiten internationaler Arbeitsteilung im industriellen Bereich schneller zunimmt als die übrigen Importe (JG 64 Ziffer 98); die Zuwachsraten der Fertigwareneinfuhr liegen jedoch seit Herbst 1964 erheblich über dem langfristigen Durchschnitt. Zum Teil ist dies sicher eine Folge der konjunkturpolitischen Zollsenkung für EWG-Erzeugnisse, die am 1. Juli 1964 in Kraft trat und hauptsächlich Fertigwaren betraf. In der gegenwärtigen Konjunkturphase folgt der verstärkten internationalen Integration, die in der vorangegangenen Exportkonjunktur schon auf unseren Exportmärkten stattgefunden hat, nunmehr eine entsprechende Entwicklung auf den inländischen Märkten. Daß die Integration unserer Märkte mit den ausländischen Märkten schubweise vor sich geht, namentlich in den letzten Jahren, hängt offenbar damit zusammen, daß die internationale Konjunkturentwicklung sich nicht im Gleichschritt vollzieht (Ziffer 41).

53. Ob der Einfuhranstieg im Bereich der Fertigwaren überwiegend durch einen Importsog in der Bundesrepublik oder überwiegend durch

Tabelle 17

Einfuhr nach Ländergruppen bzw. Ländern [1]

Anteil bzw. Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Ländergruppe/Land	Anteil 1964	Veränderung 1964 1. Vierteljahr	1964 2. Vierteljahr	1964 3. Vierteljahr	1964 4. Vierteljahr	1965 1. Vierteljahr	1965 2. Vierteljahr	1965 3. Vierteljahr
EWG-Länder	34,7	+10,6	+11,7	+12,8	+34,6	+43,3	+35,3	+29,0
Belgien-Luxemburg	7,3	+19,9	+12,4	+25,2	+54,0	+57,7	+37,8	+17,4
Frankreich	10,7	+15,8	+14,0	+ 6,3	+20,5	+26,6	+23,3	+27,5
Italien	7,6	− 1,0	+23,0	+28,9	+30,4	+52,1	+59,3	+44,9
Niederlande	9,1	+ 8,0	+ 1,3	− 0,1	+40,9	+47,1	+29,0	+25,8
EFTA-Länder	18,2	+ 8,8	+ 7,4	+10,0	+16,4	+18,6	+13,1	+14,2
darunter:								
Großbritannien	4,7	+ 7,5	+13,2	+ 5,9	+23,7	+16,9	+13,2	+12,2
Österreich	2,6	+ 2,5	+ 9,7	+17,6	+14,3	+25,8	+ 8,7	+ 9,9
Schweden	3,9	+21,8	+ 6,3	+ 9,6	+21,2	+17,4	+ 9,3	+ 7,8
Schweiz	3,1	− 1,9	+ 6,8	+10,2	+11,4	+26,9	+16,2	+23,3
Vereinigte Staaten	13,7	− 3,6	−14,6	− 1,4	+31,3	+ 8,9	+25,0	+13,5
Übrige Länder	33,4	+11,9	+12,7	+13,9	+15,4	+14,3	+13,2	+16,2
Insgesamt	100	+ 8,4	+ 6,9	+10,6	+24,0	+23,6	+22,4	+20,1
Insgesamt ohne Italien	92,4	+ 9,1	+ 5,8	+ 9,1	+23,5	+21,5	+19,5	+17,8
Insgesamt ohne EWG	65,3	+ 7,4	+ 4,4	+ 9,4	+18,8	+14,3	+15,5	+15,1

[1]) Spezialhandel nach Herstellungsländern

Schaubild 13

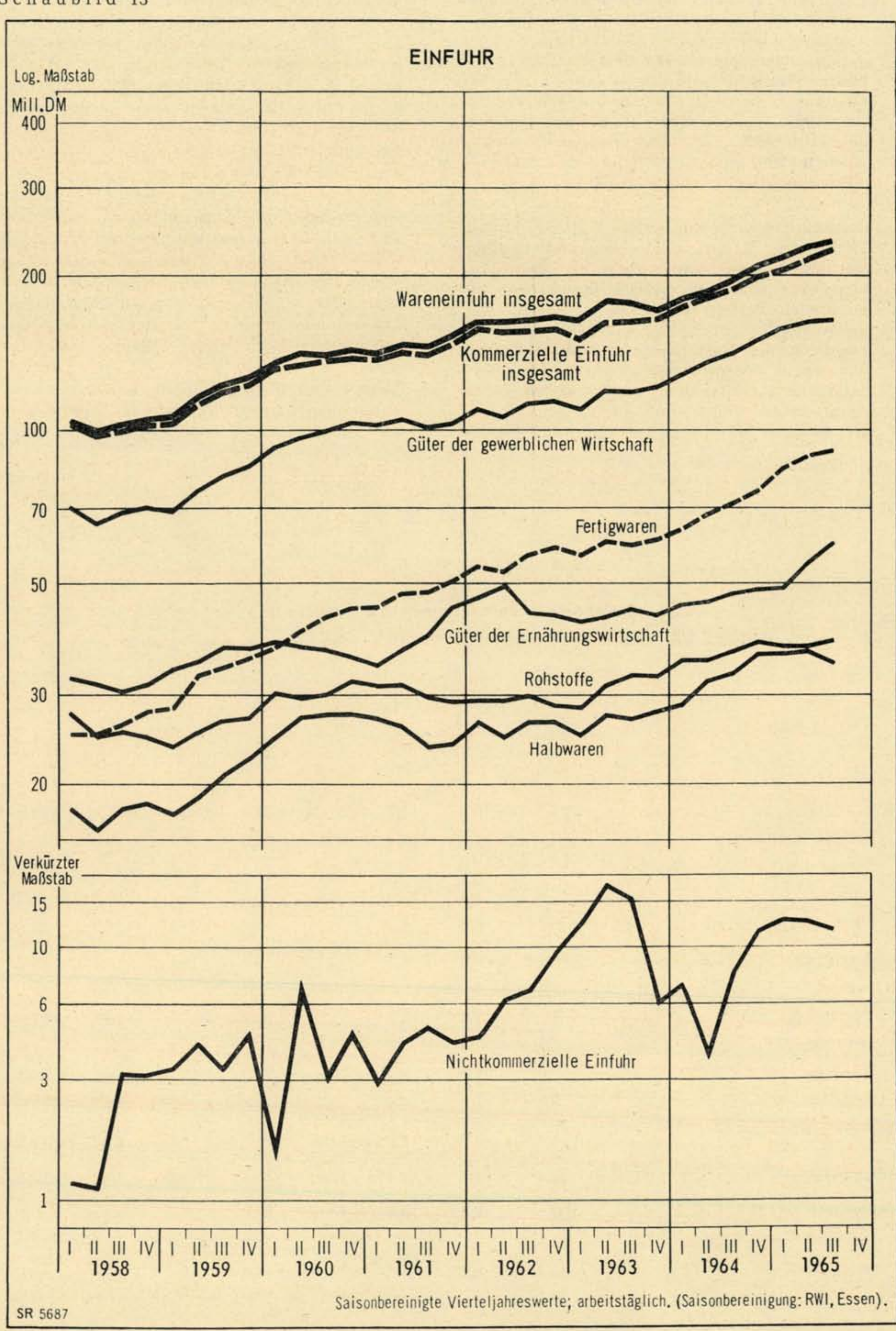


Tabelle 18

Einfuhr von Fertigwaren aus ausgewählten Ländern [1]

Anteil bzw. Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Herstellungsland	Anteil 1963	Veränderung 1964 1. Vierteljahr	1964 2. Vierteljahr	1964 3. Vierteljahr	1964 4. Vierteljahr	1965 1. Vierteljahr	1965 2. Vierteljahr	1965 3. Vierteljahr
Frankreich	17,3	+ 8,3	+12,2	+14,6	+24,8	+31,8	+29,0	+31,1
Belgien-Luxemburg	10,2	+17,1	+24,6	+43,7	+50,9	+54,0	+38,0	+17,1
Italien	11,5	+ 0,9	+28,9	+36,4	+34,7	+51,8	+42,9	+42,5
Niederlande	9,7	+19,0	+16,1	+22,7	+34,6	+39,4	+32,2	+31,1
Schweden	5,3	+ 6,3	+ 8,2	+15,0	+19,5	+23,6	+15,1	+16,4
Österreich	4,3	+ 3,9	+12,6	+22,9	+17,7	+29,2	+14,0	+12,0
Vereinigte Staaten	12,8	+30,1	+24,9	+12,5	+16,0	+13,7	+22,4	+19,1
Einfuhr insgesamt	100	+ 1,8	− 3,4	+ 7,0	+31,9	+38,9	+37,5	+29,2

[1] Spezialhandel; ohne sonstige Enderzeugnisse

Tabelle 19

Volumen der Einfuhr, Einfuhrpreise und inländische Erzeugerpreise ausgewählter Warengruppen

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Warengruppe	Einfuhrvolumen (Spezialhandel)	Einfuhrpreise	Erzeugerpreise
	1964		
Chemische Erzeugnisse	+19,9	+ 0,7	±0,0
Maschinenbauerzeugnisse	+13,4	+ 2,0	+2,2
Landfahrzeuge	+29,4	+ 0,1	±0,0
Elektrotechnische Erzeugnisse	+14,6	− 0,6	+0,7
Textilien	+ 8,4	+ 4,0	+3,0
Bekleidung	+16,0	− 1,3	+1,4
	1965 1. Halbjahr		
Chemische Erzeugnisse	+28,0	+ 2,6	+3,0
Maschinenbauerzeugnisse	+22,1	+ 0,2	+5,0
Landfahrzeuge	+50,2	+ 0,4	+0,3
Elektrotechnische Erzeugnisse	+39,7	+ 1,3	+3,2
Textilien	+27,9	− 3,0	+0,6
Bekleidung	+25,0	−11,7	+2,2

verstärkte Exportanstrengungen und allgemeine Wettbewerbsvorteile der Partnerländer hervorvorgerufen worden ist, kann nicht eindeutig entschieden werden. Daß der konjunkturell bedingte Importsog sehr stark war, läßt die kräftige Zunahme der Fertigwareneinfuhr aus den Ländern vermuten, die nicht unter einem internen Nachfragemangel leiden: aus den Niederlanden, den Vereinigten Staaten, Schweden und Österreich (Tabelle 18). Auf der anderen Seite haben vor allem die Länder ihren Anteil auf dem deutschen Markt vergrößert, deren Angebot infolge einer nur mäßigen Expansion der Binnennachfrage sehr elastisch war: Italien, Frankreich und Belgien. Inwieweit dabei Preisunterschiede eine Rolle gespielt haben, läßt sich mangels statistischer Informationen über die Preisentwicklung der Einfuhr aus den einzelnen Ländern nicht feststellen.

54. Nur für Warengruppen läßt sich belegen, daß Preisveränderungen den Anstieg der Fertigwareneinfuhr im Jahre 1965 begünstigt haben. In vielen — wenn auch nicht in allen — industriellen Warenbereichen, in denen das Einfuhrvolumen stark zugenommen hat, sind die Importpreise gesunken oder weit weniger gestiegen als die entsprechenden inländischen Erzeugerpreise (Tabelle 19). Soweit solche Änderungen der Preisrelationen nicht strukturell bedingt sind, das heißt nicht Verlagerungen von komparativen Vorteilen im Prozeß der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung anzeigen, sind sie nicht zuletzt Ausdruck preispolitischer Exportbemühungen der Partnerländer, die unter Nachfragemangel leiden.

55. Auch die Einfuhr von Ernährungsgütern, die von konjunkturellen Bewegungen fast vollkommen unabhängig ist, hat sich seit Herbst 1964

erhöht (Schaubild 13). Allerdings war der Anstieg des Volumens mit 10 vH in den ersten neun Monaten 1965 weit niedriger als der des Einfuhrwertes mit 19 vH. Die darin zum Ausdruck kommenden Preissteigerungen waren am stärksten bei Gemüse, Kartoffeln, Obst und Südfrüchten. Dem Preisanstieg, der in erster Linie durch schlechte Ernten in wichtigen Lieferländern verursacht war, wurde nicht durch ausgleichende Liberalisierungsmaßnahmen entgegengewirkt.

Wettbewerbsposition und Preise

56. Die Preise für unsere Ausfuhr- und Einfuhrgüter haben sich seit der Jahresmitte 1964 fühlbar erhöht (Tabelle 11 und 12). Überraschend ist dieser Preisanstieg, weil die Exportpreise nach der Aufwertung im Durchschnitt nahezu unverändert geblieben und die Importpreise sogar gesunken waren. Während der Anstieg des Index der Einfuhrpreise im Jahre 1965 in erster Linie durch die sehr starke Preiserhöhung für Ernährungsgüter bedingt ist (Schaubild 15), scheinen sich die Ausfuhrpreise im Verlauf des Jahres 1964 an den internationalen Preistrend angepaßt zu haben — mittelbare Folge der Exportkonjunktur von 1963/64. Inzwischen hat der Preisauftrieb bei der Ausfuhr wieder nachgelassen; im zweiten und dritten Vierteljahr 1965 lagen die Ausfuhrpreise nur unwesentlich über dem Niveau im ersten Vierteljahr 1965.

57. Der Anpassungsprozeß bei unseren Exportpreisen ist auch ein Zeichen dafür, daß die Unternehmer Vorteile einer Mengenkonjunktur im Auslandsgeschäft weniger wahrnehmen können als in früheren Jahren — wohl deshalb, weil der Mangel an Arbeitskräften einer zügigen Produktionsausweitung im Wege steht. Wenn trotzdem die Exporte seit dem Herbst 1964 noch bemerkenswert zugenommen haben und der Anteil der deutschen Ausfuhr an der Weltausfuhr im vierten Vierteljahr 1964 und im ersten Vierteljahr 1965 sogar erneut gestiegen ist (Tabelle 20), so zeigt dies, daß sich die Wettbewerbsposition unserer Wirtschaft auf den Auslandsmärkten zumindest bis dahin nicht verschlechtert hat.

Tabelle 20

Anteil der Bundesrepublik an der Weltausfuhr [1]

vH

Zeit	1963	1964	1965
1. Vierteljahr	10,26	10,68	11,39
2. Vierteljahr	10,56	10,66	...
3. Vierteljahr	10,90	10,60	...
4. Vierteljahr	11,34	10,75	...
Insgesamt ...	10,79	10,67	...

[1]) ohne die Länder des Ostblocks

Quelle: OECD, Main Economic Indicators

58. Wie Schaubild 14 erkennen läßt, sind 1964 auch in anderen Ländern die Exportpreise gestiegen. Die Durchschnittswerte der Ausfuhr der sechs wichtigsten Partnerländer, die mit der Bundesrepublik zusammen rund die Hälfte des Welthandels bestreiten, waren von 1960 (Basisjahr) bis zum dritten Vierteljahr 1964 stärker gestiegen als in der Bundesrepublik [1]). Seither hat sich der Preisabstand gegenüber den meisten dieser Länder leicht verringert. Lediglich in den gegenwärtig konjunkturschwachen Ländern Italien und Belgien gab es in jüngster Zeit nennenswerte Preisrückgänge bei der Ausfuhr. Insofern kann man sagen, daß der Wettbewerb auf den Exportmärkten — aber auch auf den inländischen Märkten, die unter Importkonkurrenz stehen — schärfer geworden ist. Da die Ausfuhrpreise in den genannten Ländern aber eher wegen des Exportzwanges als wegen der Kostenentwicklung zu sinken scheinen, kann von einem dauerhaften Wandel der Wettbewerbsverhältnisse auf den Weltmärkten noch nicht gesprochen werden.

59. Anhaltspunkte für die Entwicklung der Lohnkosten, die für die Angebotspreise und die Wettbewerbsposition in erster Linie von Bedeutung sind, gibt Tabelle 21. Sie zeigt unter anderem, daß 1964 die Lohnkosten je Produkteinheit in der Verarbeitenden Industrie der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen Ländern nur unterdurchschnittlich gestiegen sind, während in Belgien und Italien der Lohnkostenanstieg im gleichen Bereich sehr groß war. In der Bundesrepublik haben sich im ersten Halbjahr 1965 die Lohnkosten wieder stärker erhöht, nachdem sich der Produktivitätsfortschritt gegenüber 1964 verlangsamt hatte. Die jüngste Erhöhung des inländischen Kostenniveaus, zu der außer dem Anstieg der Lohnkosten je Produkteinheit um 3 vH im ersten Halbjahr 1965 auch die Zinssteigerung beitrug, hat indessen nicht zu einer weiteren Erhöhung der

[1]) Ein internationaler Vergleich der Exportpreisindices zur Beurteilung der Wettbewerbsposition ist insofern unzulänglich, als in den ausländischen Indices — infolge unterschiedlicher Exportstrukturen — nicht die gleichen Güter, oder wenn, dann in der Regel nicht mit dem gleichen Gewicht, enthalten sind wie im deutschen Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr. Die gleiche statistische Schwierigkeit ergibt sich, wenn man die Ausfuhrpreise etwa mit dem Preisindex der letzten inländischen Verwendung der einzelnen Partnerländer vergleicht. Ein solcher Vergleich zeigt indessen, daß die deutschen Exportpreise 1964 weniger stark gestiegen sind als das Preisniveau der letzten inländischen Verwendung in allen sechs Ländern (Tabelle 98, Anhang).

Ausfuhrpreise geführt, offensichtlich wegen des schärfer gewordenen internationalen Wettbewerbs. Wenn in Belgien und Italien trotz der Lohnkostensteigerung von 1964, die sich allem Anschein nach auch 1965 fortgesetzt hat, die Exportpreise sinken, so bestätigt dies die Vermutung, daß die Exportwirtschaft dieser Länder mit erheblichen Preiszugeständnissen auf den internationalen Markt drängt.

60. Sinkende Exportpreise in einigen unserer Partnerländer bedeuten nicht nur verschärften Wettbewerb auf unseren Exportmärkten, sondern auch auf unseren Binnenmärkten. Mit den Preissenkungen für Exportgüter der meisten EWG-Länder hängt es wohl hauptsächlich zusammen, daß der Preisindex für unsere gesamte gewerbliche Einfuhr vom vierten Vierteljahr 1964 bis zum ersten Vierteljahr 1965 leicht gesunken und seither nur wenig gestiegen ist, und dies bei einem starken Aufwärtstrend der industriellen Erzeugerpreise (Schaubild 15). Da sich das Importvolumen im gewerblichen Bereich bei kaum höherem Importpreisniveau ausgeweitet hat, kann man wohl sagen, daß die Bundesrepublik seit dem Herbst 1964 Stabilität importiert hat. Dies gilt nur für den Bereich der gewerblichen Wirtschaft, nicht für den der Er-

Schaubild 14

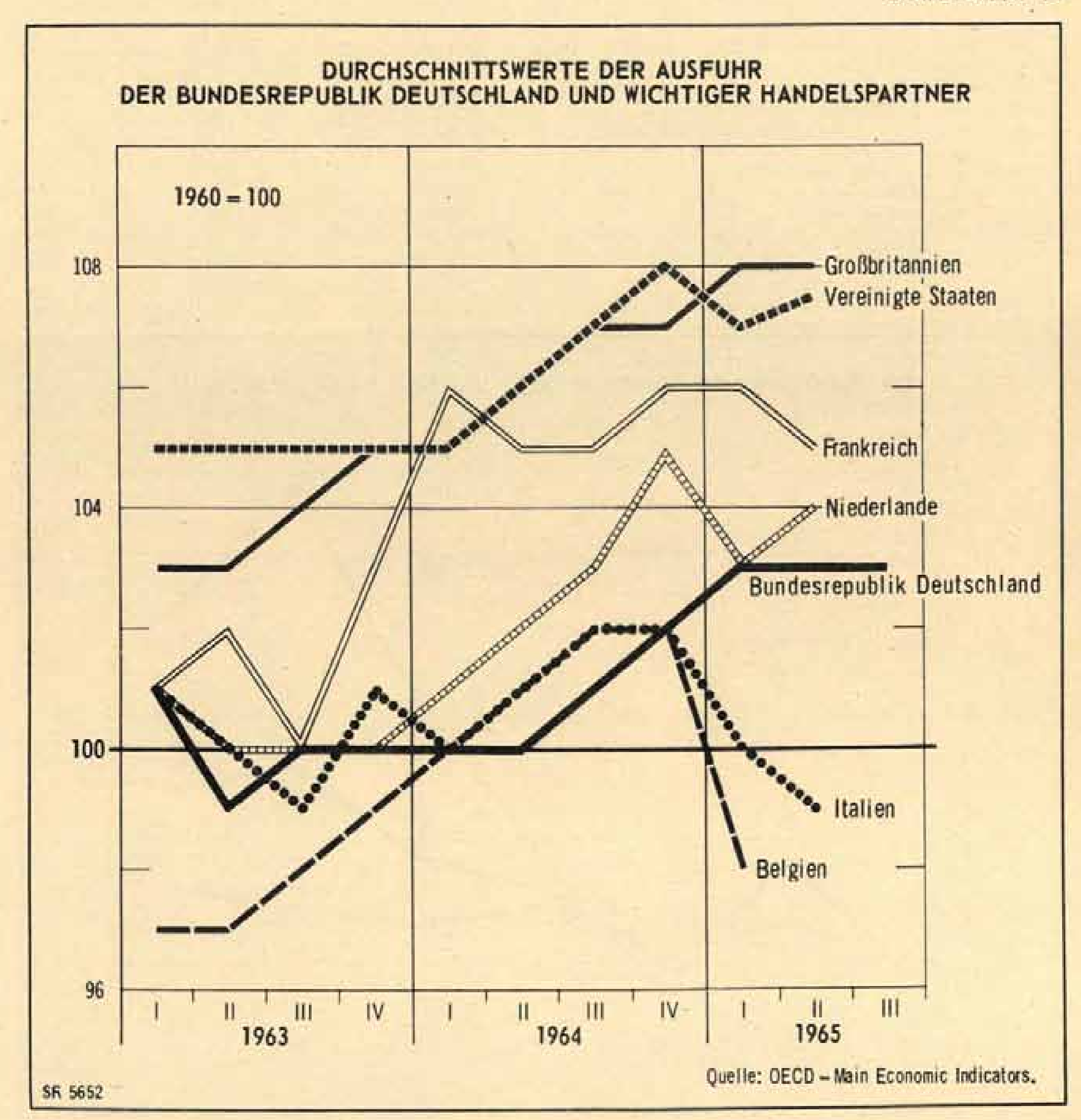


Tabelle 21

Lohnkosten je Produkteinheit in der Verarbeitenden Industrie ausgewählter Länder [1])

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Land	1961	1962	1963	1964
Bundesrepublik Deutschland	+7	+7	+3	+1
Belgien [2])	+1	+5	+3	+5
Frankreich	+2	+5	+4	+1
Italien	+2	+7	+9	+7
Großbritannien	+7	+2	−1	+2
Vereinigte Staaten [3])	−1	−0	−1	−1

[1]) Die Lohnkosten je Produkteinheit sind, wenn nicht anders vermerkt, berechnet aus: Index der Verdienste je Arbeiter- bzw. Beschäftigtenstunde dividiert durch Index der Produktion je geleistete Arbeiter- bzw. Beschäftigtenstunde · 100. Die Ergebnisse sind wegen des heterogenen Ausgangsmaterials nur grob vergleichbar.

[2]) einschließlich Bergbau und Energie

[3]) Meßziffer des Arbeitseinkommens dividiert durch Index der Produktion · 100

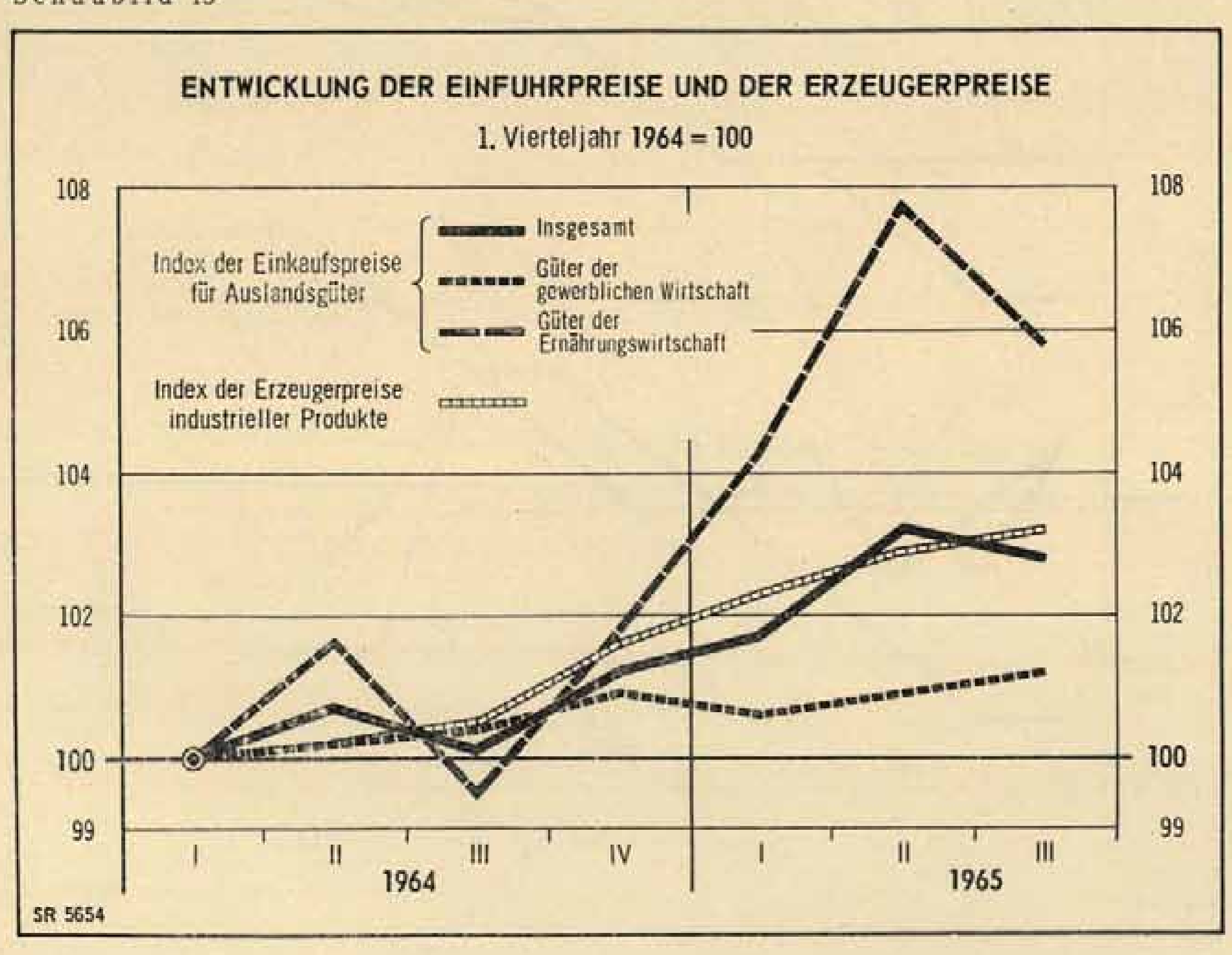
Quelle: Deutsche Bundesbank

nährungswirtschaft; hier war — wie erwähnt — die Zunahme des Importvolumens von einem starken Preisanstieg begleitet.

61. Durch die in ihrem Ausmaß unerwartete Verteuerung der Einfuhr von Ernährungsgütern hat sich der Preisindex für die gesamte Einfuhr seit der Jahresmitte 1964 etwa ebenso erhöht wie der Preisindex für die gesamte Ausfuhr. Unser reales Austauschverhältnis — die Terms of Trade, gemessen als Verhältnis der Durchschnittswerte der Ausfuhr und der Einfuhr — ist also nahezu unverändert geblieben. Ohne die witterungsbedingte starke Verteuerung der Einfuhr von Ernährungsgütern hätten sich — wie erwartet — die Terms of Trade verbessert.

62. Andererseits konnte die Bundesrepublik 1965 gesamtwirtschaftlichen Nutzen daraus ziehen, daß mit der Passivierung der Leistungsbilanz ein Abbau übermäßig hoher und wenig rentierlicher Devisenreserven verbunden war. Niedrig verzinsliche Geldanlagen der Bundesbank im Ausland wurden gleichsam gegen Importe getauscht, die dazu beigetragen haben, daß sich das Investitionsvolumen sogar noch stärker ausweiten konnte als der öffentliche und der private Verbrauch.

Schaubild 15



63. Preisauftriebstendenzen, die aus den außenwirtschaftlichen Beziehungen herrühren, hat es in der Konjunkturphase seit dem Herbst 1964 — außer im Bereich der Einfuhr von Ernährungsgütern — nur insoweit gegeben, als höhere Preise im Export es den exportintensiven Industrien ermöglicht haben, Lohnerhöhungen zu gewähren, die sonst unterblieben wären, so daß auf diese Weise das gesamtwirtschaftliche Kosten- und Preisniveau stieg. Dabei ist zu bedenken, daß es sich hier überwiegend um Industrien handelt, deren Preise um der Geldwertstabilität willen eigentlich sinken müßten (Ziffer 238). Dem inländischen Preisauftrieb entgegengewirkt hat jedoch die starke Zunahme des Auslandsangebots im gewerblichen Bereich, die sich bei nur leicht gestiegenen Preisen vollzogen hat.

64. Wenn die Bundesrepublik zur Zeit auch überwiegend Stabilität importiert, so bedeutet dies noch nicht, daß die inländische Preisentwicklung damit anhaltend vor Störungen geschützt ist, die vom internationalen Inflationsklima ausgehen können. Labil ist die gegenwärtige außenwirtschaftliche Situation deshalb, weil offenbar eine Entwicklung unserer Ausfuhr und Einfuhr, von der keine Gefahren für das Ziel der Geldwertstabilität ausgehen, nur möglich ist, solange die Nachfrageexpansion in wichtigen Partnerländern gering ist. Auf die Dauer erscheint es jedoch weder wahrscheinlich, daß diese Länder auf ein kräftigeres Wirtschaftswachstum verzichten, noch daß sich ihre Exportpreise anders als ihre Kosten entwickeln. Es mag allerdings die Hoffnung bestehen, daß diese Länder, damit sich die gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht wiederholen, die künftige Wirtschaftsexpansion mit einer Einkommenspolitik verbinden, die sie vor einer erneuten inflatorischen Entwicklung bewahrt.

Zahlungsbilanz

65. Wie sich die außenwirtschaftliche Entwicklung seit dem Herbst 1964 auf die Zahlungsbilanz ausgewirkt hat, geht aus Tabelle 22 hervor. Die Handelsbilanz, die im Durchschnitt der Vierteljahre von 1960 bis 1964 einen Exportüberschuß von 1371 Millionen DM aufwies und deren

Tabelle 22

Salden der Zahlungsbilanz

Millionen DM

	1964				1965		
	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr
1. Handelsbilanz	+2 389	+1 973	+ 685	+1 034	+1 096	− 47	− 433
2. Dienstleistungsbilanz	+ 83	+ 44	− 416	− 40	+ 49	− 791	− 905
1. bis 2. Leistungsbilanz	+2 472	+2 017	+ 269	+ 994	+1 145	−838	−1 338
3. Unentgeltliche Leistungen	−1 147	−1 469	−1 228	−1 101	−1 349	−1 795	−1 392
1. bis 3. Bilanz der laufenden Posten	+1 325	+ 548	− 959	− 107	− 204	−2 633	−2 720
4. Langfristige Kapitalleistungen	+ 226	−1 033	− 7	− 0	+ 187	+ 146	+ 8
a) privat	+ 491	− 787	+ 256	+ 485	+ 371	+ 487	+ 347
b) öffentlich	− 265	− 246	− 263	− 485	− 184	− 341	− 339
1. bis 4. „Grundbilanz"	+1 551	− 485	− 966	− 107	− 17	−2 487	−2 712
5. Kurzfristige Kapitalleistungen	−2 321	+ 273	− 44	+ 869	−1 526	− 102	+1 946
6. Restposten	+ 778	+ 333	+ 584	− 453	+1 033	+1 416	+ 758
1. bis 7. Devisenbilanz	+ 8	+ 121	− 426	+ 309	− 510	−1 173	− 8

Quelle: Deutsche Bundesbank

niedrigster Vierteljahreswert in dieser Zeit 618 Millionen DM (erstes Vierteljahr 1962) betragen hatte, zeigte im zweiten und dritten Vierteljahr 1965 sogar einen Passivsaldo, nachdem in den beiden vorangegangenen Quartalen schon der längerfristige Durchschnittswert nicht erreicht worden war. Die Defizite der Handelsbilanz traten in den Monaten Juni, August und September 1965 auf, und dies, obwohl die Regierungseinfuhren, die in der Regel recht starken Schwankungen unterliegen, nicht besonders groß waren; sie sind also weitgehend eine Folge der hohen Importe kommerzieller Fertigwaren bei durchaus normalem Anstieg der Exporte. Daß die Passivierungstendenz sich auch 1966 fortsetzt, ist unwahrschenlich, wenn sich in Italien und Frankreich eine konjunkturelle Belebung durchsetzen sollte, zumal mit einer leichten Abschwächung der binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte zu rechnen ist.

66. Auch bei den übrigen Posten der Leistungsbilanz lassen sich 1965 außergewöhnliche Tendenzen beobachten. Während die Dienstleistungsbilanz noch im ersten Vierteljahr 1965 leicht aktiv war, was für diese Jahreszeit — trotz der langfristigen Passivierungstendenz — nicht überraschend ist, zeigte sich im zweiten Vierteljahr 1965 ein extrem hohes Defizit von fast 800 Millionen DM. Ausschlaggebend hierfür war der sprunghafte Anstieg der Kapitalertragszahlungen an das Ausland. Er beruhte im wesentlichen darauf, daß Unternehmen in amerikanischem Besitz mehr als früher zahlungsbilanzwirksame Gewinnausschüttungen vorgenommen haben, wohl als Folge von Maßnahmen der Vereinigten Staaten zum Ausgleich ihrer Zahlungsbilanz. Im dritten Vierteljahr war das Defizit der Dienstleistungsbilanz ebenfalls erheblich höher als im Vorjahr. Im Reiseverkehr stieg der Ausgabenüberschuß in den Monaten Juli und August um etwa 200 Millionen DM (gegenüber dem Vorjahr). Auch wenn man von dieser teilweise witterungsbedingten Ausgabenzunahme absieht, ist eine verstärkte Passivierungstendenz unserer Dienstleistungsbilanz erkennbar. Außerdem war auch der Passivsaldo der Übertragungsbilanz (unentgeltliche Leistungen) 1965 — insbesondere im zweiten Vierteljahr — größer als üblich.

67. Der Saldo der langfristigen privaten Kapitalbewegungen war in den ersten neun Monaten 1965 positiv. Er trug mit mehr als 1 Mrd. DM zur Finanzierung der Einfuhr von Gütern und Diensten bei. Zum ersten Mal kann man daher sagen, daß der private Kapitalimport, aufs ganze gesehen, nicht zu einer Anhäufung zusätzlicher internationaler Liquidität geführt hat. Der langfristige öffentliche Kapitalexport war per Saldo wieder geringer als der private Kapitalimport. Damit ergab sich in der sogenannten Grundbilanz, die für die Beurteilung des längerfristigen außenwirtschaftlichen Gleichgewichts maßgebend ist, ein Defizit von 5,2 Mrd. DM.

IV. Produktionskapazität und Produktion

68. Das Produktionspotential hat sich im Aufschwung des gegenwärtigen Wachstumszyklus weniger erweitert als in der vergleichbaren Konjunkturphase 1960. Geringer war diesmal die Zunahme sowohl des Arbeitsvolumens als auch der Arbeitsproduktivität. Das Arbeitsvolumen erhöhte sich nur um 0,5 vH, verglichen mit 2,2 vH 1960. Die Beschäftigtenzahl hat so wenig zugenommen, daß nach Abzug der Wirkungen, die der Arbeitszeitverkürzug zuzurechnen sind, nur ein geringes Mehr an Arbeitsstunden verfügbar war.

69. 1965 hat nach vorläufigen Schätzungen das Arbeitsvolumen kaum noch, die Arbeitsproduktivität weniger als im Vorjahr zugenommen. Infolgedessen wächst das reale Bruttoinlandsprodukt 1965 weniger als 1964. Den 6,7 vH für 1964 stehen höchstens 5 vH für 1965 gegenüber. Verlangsamt hat sich die Zunahme der Arbeitsproduktivität vor allem in der Industrie (Schaubild 16). Deren Produktion stieg in den ersten neun Monaten 1965 — bei nahezu konstantem Arbeitsvolumen — um 6,2 vH, verglichen mit 8,5 vH 1964. Genauer wird die Entwicklung in den folgenden Abschnitten beschrieben.

Arbeitsmarkt

70. Im Zuge des Aufschwungs nahm die Nachfrage nach Arbeitskräften 1964 und noch im ersten Halbjahr 1965 fühlbar zu. Erst im Herbst 1965 hat sich die Lage etwas entspannt, vornehmlich weil Bauhauptgewerbe und Stahlindustrie weniger unter Nachfragesog stehen oder gar die Produktion vermindern. Die Nachfrage aus den Verbrauchsgüterindustrien und aus dem tertiären Bereich — zumal nach weiblichen Arbeitskräften — hält jedoch unvermindert an, so daß im Juli 1965 bei den Arbeitsämtern mehr offene Stellen gemeldet waren als in irgendeinem Jahr nach 1950.

Tabelle 99 (Anhang) beschreibt die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt anhand der wichtigsten zur Verfügung stehenden Daten.

71. Obwohl der Arbeitsmarkt wegen der anhaltenden Übernachfrage besondere Aufmerksamkeit verdient, sind die Informationsmöglichkeiten hier in einem wichtigen Punkt schlechter geworden. Seit September 1963 veröffentlicht die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung nicht mehr die Statistik, die über die Entwicklung der abhängig Beschäftigten (Arbeitnehmer) insgesamt und in der Gliederung nach Branchen Auskunft gibt, da sie als nicht mehr zuverlässig angesehen wird. Die Ergebnisse einer Stichprobenstatistik, die als Ersatz dienen soll, sind noch immer nicht verfügbar. Der Sachberständigenrat bedauert dies ebenso wie andere Stellen, die sich der Konjunkturbeobachtung in der Bundesrepublik widmen.

Schaubild 16

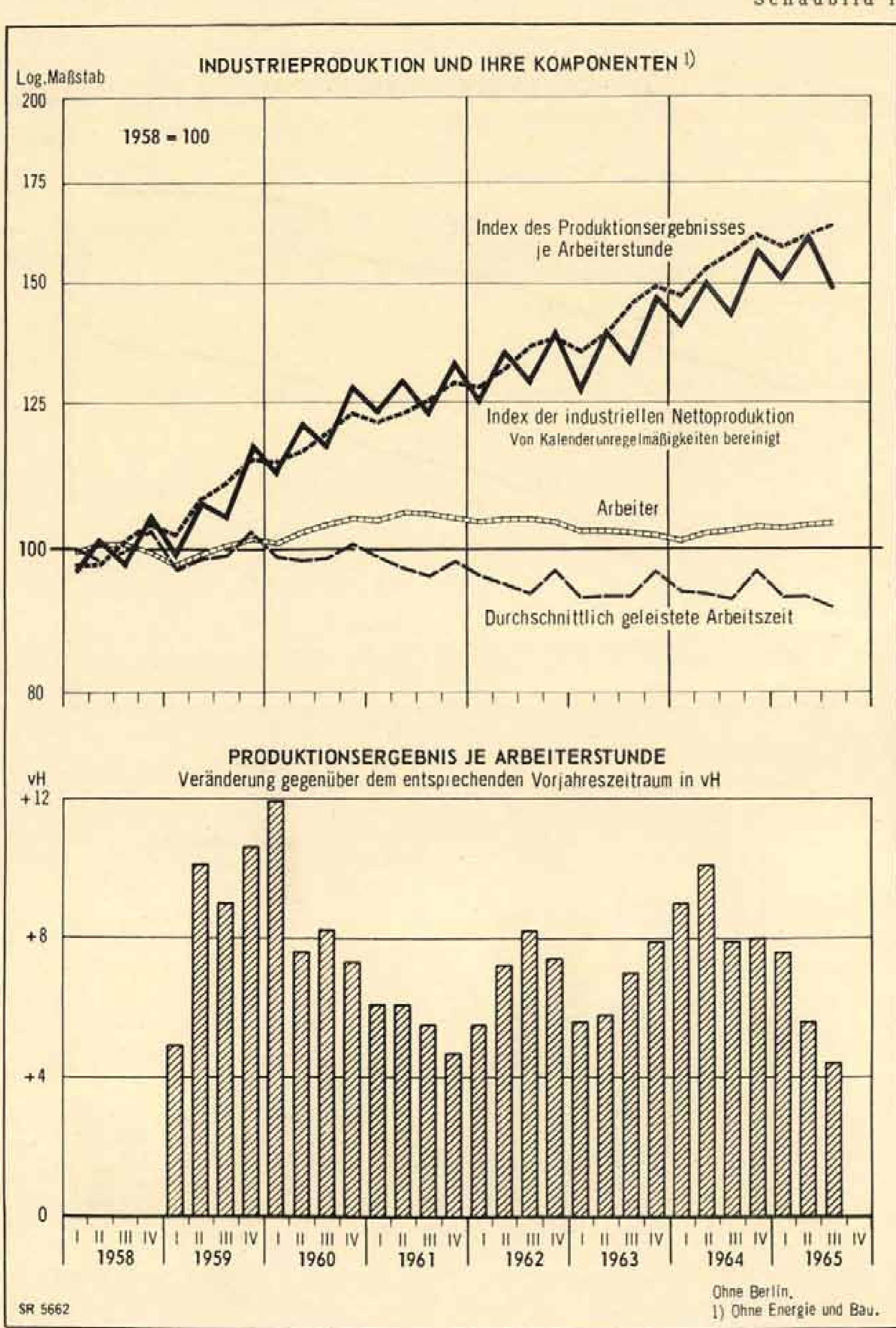
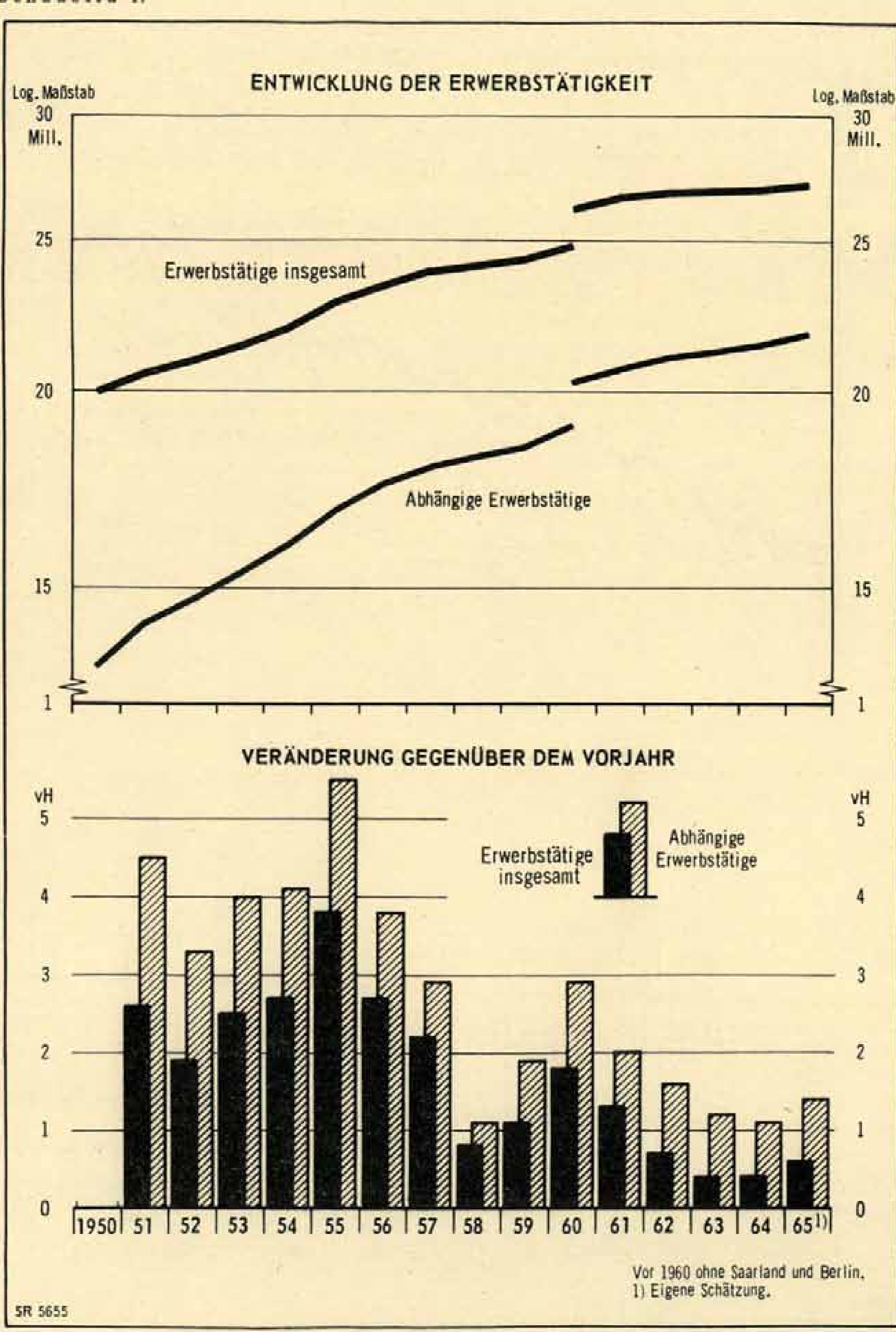


Schaubild 17



72. Für das binnenwirtschaftliche Angebot an Gütern und Dienstleistungen hat die Erhöhung der Beschäftigtenzahl effektiv kaum noch eine Rolle gespielt; dies zeigen die geringen Zuwachsraten bei den Erwerbstätigen (Schaubild 17). Für 1965 ist nach vorläufigen Schätzungen mit einer Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen um 170 000 bis 180 000 — oder um 0,6 vH — zu rechnen; das ergibt für den Jahresdurchschnitt 1965 eine Zahl von 27,2 Millionen Erwerbstätigen.

Tabelle 23 macht sichtbar, daß der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte seit 1961 die wichtigste Quelle des Mehrangebots an Arbeitskräften ist. Aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung hätte sich in den letzten Jahren die Zahl der Erwerbstätigen sogar vermindert. Die Zahl der abhängig Beschäftigten stieg auch 1965 schneller als die aller Erwerbstätigen, weil — teilweise im Zusammenhang mit intersektoralen Wanderungen (Ziffer 76) — mithelfende Familienangehörige und Selbständige, vor allem aus der Landwirtschaft und aus dem Handel, in abhängige Stellungen wechselten.

73. Die Anzahl der ausländischen Arbeitnehmer überstieg 1965 erstmals für längere Zeit die Millionengrenze; im September arbeiteten bereits 1,2 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik. Ihr Anteil an der Anzahl der abhängig Beschäftigten beträgt damit rund 5,5 vH [1]).

Die Gastarbeiter werden auch schon in entfernteren Ländern angeworben; während in den ersten Jahren nach Erreichen der Vollbeschäftigung in der Hauptsache Arbeitskräfte aus den Nachbarländern (Österreich, Niederlande) in der Bundesrepublik arbeiteten, kommen seit 1959 immer mehr Arbeitskräfte aus den Mittelmeerländern, vornehmlich aus Italien. Die Zahl der italienischen Arbeitskräfte hat sich 1965 noch einmal — nicht zuletzt infolge der dortigen Konjunkturabschwächung — kräftig erhöht. Allerdings hat in den letzten Jahren die Zahl der in Spanien, Griechenland und der Türkei angeworbenen Arbeitskräfte noch mehr zugenommen (Tabelle 100, Anhang).

Entsprechend haben sich die durchschnittlichen Reisekosten je ausländische Arbeitskraft für eine Hin- und Rückreise vom jeweiligen Heimatland in die Bundesrepublik (nach dem Stand vom 1. Oktober 1965) von 1956 bis 1963 fast verdoppelt (Tabelle 101, Anhang). Da die deutschen Arbeitgeber in der Regel die Kosten für eine Hin- und Rückreise im Jahr tragen, sind die durchschnittlichen Reisekosten ein Zeichen dafür, was ihnen eine zusätzliche Arbeitskraft über den Lohn hinaus wert ist. [2])

[1]) Dies ist erheblich mehr als die Quote der Ausländer an den Unselbständigen vor dem ersten Weltkrieg: 1910 waren es im Deutschen Reich 2,3 vH. Die heute weit höhere Quote der Ausländer, die als ein Zeichen größerer internationaler Mobilität der Arbeitskräfte und einer weitergehenden Integration gewertet werden kann, ist jedoch noch wesentlich niedriger als in manchen anderen Ländern; zum Beispiel war in der Schweiz 1964 jeder vierte Arbeitnehmer ein Ausländer.

[2]) Da die Reisekosten nach den am 1. Oktober 1965 geltenden Tarifen berechnet wurden, sind die tatsächlichen Aufwendungen für die Bereitstellung einer zusätzlichen Arbeitskraft wegen der Fahrpreiserhöhungen schneller gestiegen, als in Tabelle 101 (Anhang) zum Ausdruck kommt. Zu den effektiven Aufwendungen kommt überdies noch eine Anreisepauschale.

Tabelle 23

Quellen des zusätzlichen Arbeitsangebots

Veränderung gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt in 1000

	1960 [1])	1961	1962	1963	1964	1965 [2])
Natürliche Bevölkerungsbewegung [3])	+ 18	− 58	− 33	− 18	− 50	− 62
Arbeitslosenreserve	+241	+ 90	+ 26	− 31	+ 17	+ 24
Wanderungsgewinn [2])	+ 56	+116	+ 45	+ 2	+ 2	+ 2
Ausländische Arbeitnehmer	+112	+196	+154	+144	+130	+210
Erwerbstätige	+427	+344	+192	+ 97	+ 99	+174
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	−109	− 55	−131	−153	−145	−120
Abhängige	+536	+399	+323	+250	+244	+294

[1]) ohne Saarland und Berlin
[2]) eigene Schätzung
[3]) einschließlich Änderung in der Erwerbsbeteiligung

74. Verglichen mit dem Zustrom aus dem Ausland sind die anderen Quellen zusätzlichen Arbeitskräfteangebots weit weniger bedeutsam (Tabelle 23). Nur als Zeichen der verschärften Anspannung auf dem Arbeitsmarkt ist es anzusehen, daß die Zahl der Arbeitslosen von Ende September 1964 bis Ende September 1965 noch einmal um 15 000 abgenommen hat. Daß die Arbeitslosenquote so niedrig ist, muß im engen Zusammenhang mit dem Zustrom von Gastarbeitern gesehen werden; ohne die Arbeitslosenreserve anderer Länder hätte es wohl an jener Mindestelastizität des Angebots auf den einzelnen Teilarbeitsmärkten gefehlt, die für den wachstumsbedingten Wandel der Produktions- und Beschäftigtenstruktur unentbehrlich ist.

75. Die Zahl der offenen Stellen, in der die Verknappung auf dem Arbeitsmarkt unmittelbar zum Ausdruck kommt, ist — von Saisonschwankungen abgesehen — von Mitte 1963 bis Mitte 1965 ununterbrochen gestiegen; seither ging sie leicht zurück. Sie hat sich allerdings während dieses Aufschwungs nicht so einheitlich entwickelt wie 1959 und 1960. Vom zweiten Vierteljahr 1964 an ist sie in den Bauberufen und für ungelernte männliche Hilfskräfte im Vorjahresvergleich gesunken (Tabelle 24). Dies hat dazu beigetragen, daß die Gesamtzahl der offenen Stellen für Männer wesentlich weniger gestiegen ist als die für Frauen. Eine verstärkte Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften scheinen vor allem die Dienstleistungsbereiche zu entfalten. Präzise Schlüsse können jedoch nicht gezogen werden, da die gemeldeten offenen Stellen nur nach Berufsgruppen ausgewiesen werden, nicht nach Sektoren und Industriezweigen; dennoch ist ein Zusammenhang zwischen dem Rückgang der offenen Stellen für „Metallberufe" und der Abschwächung des Produktionszuwachses in der Eisen- und Stahlindustrie (Ziffer 82) unverkennbar; die Nachfrage nach Metallarbeitern stieg 1964 viel lang-

Tabelle 24

Offene Stellen nach ausgewählten Berufsgruppen

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Zeitraum	Offene Stellen			Ungelernte Hilfskräfte		Bau-	Metall-	Dienstleistungs-	
						berufe			
	insgesamt	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer			Frauen
1959 [1]	+43,3	+53,2	+33,3	+57,2	+74,3	+23,0	+73,2	+26,5	+17,8
1960 [2]	+59,1	+73,6	+42,4	+95,3	+62,8	+61,9	+95,4	+64,7	+31,6
1961 [2]	+16,9	+20,5	+11,9	+10,5	+ 7,3	+22,0	+25,3	+22,7	+16,5
1962 [2]	+ 2,0	+ 1,2	+ 3,2	. [3]	. [3]	. [3]	. [3]	. [3]	. [3]
1963 1. Vierteljahr	−10,7	−16,8	− 6,0	−27,5	− 1,5	−24,8	−21,6	+ 3,7	− 0,7
2. Vierteljahr	− 4,8	− 4,8	− 4,9	− 6,5	−21,3	− 0,8	−13,3	+ 7,6	− 1,9
3. Vierteljahr	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,5	+ 0,9	− 1,2	+ 1,8	− 6,0	+11,0	+2,9
4. Vierteljahr	+ 5,3	+ 7,7	+ 1,9	+ 8,1	− 3,4	+ 5,4	+ 9,6	+ 7,3	+ 4,4
1964 1. Vierteljahr	+12,0	+18,5	+ 4,0	+21,6	− 8,1	+16,9	+ 8,2	+10,1	+ 5,3
2. Vierteljahr	+ 9,7	+ 8,6	+11,3	− 3,2	+21,3	−12,9	+11,3	+ 9,6	+10,4
3. Vierteljahr	+ 8,6	+ 5,6	+13,0	− 8,2	+10,4	−14,1	+ 4,3	+24,7	+13,3
4. Vierteljahr	+10,5	+ 5,4	+18,1	− 6,6	+23,5	−14,4	+ 0,4	+14,8	+15,8
1965 1. Vierteljahr	+ 7,5	+ 0,7	+17,1	−13,7	+39,5	−19,6	+ 8,7	+13,1	+15,5
2. Vierteljahr	+ 7,6	+ 1,0	+16,7	−10,3	+21,2	− 9,8	+ 0,5	+15,2	+18,8
3. Vierteljahr	+ 6,0	+ 1,2	+12,6	− 1,6	+28,8	− 0,5	− 3,5	− 3,6	+14,7

[1] ohne Saarland und Berlin

[2] ohne Berlin

[3] Neue Klassifizierung der Berufe, deshalb mit 1961 nicht vergleichbar.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

Schaubild 18

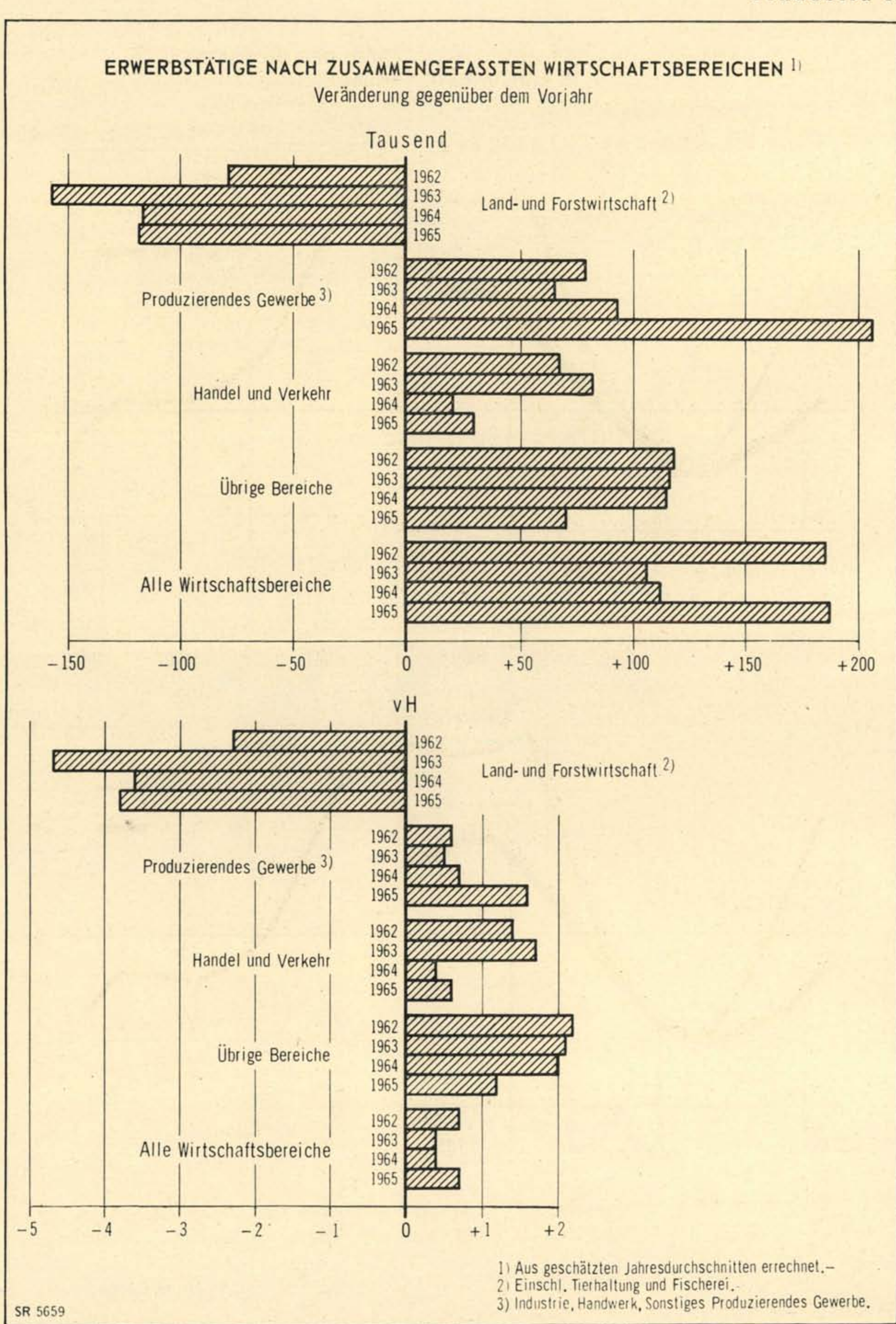


Schaubild 19

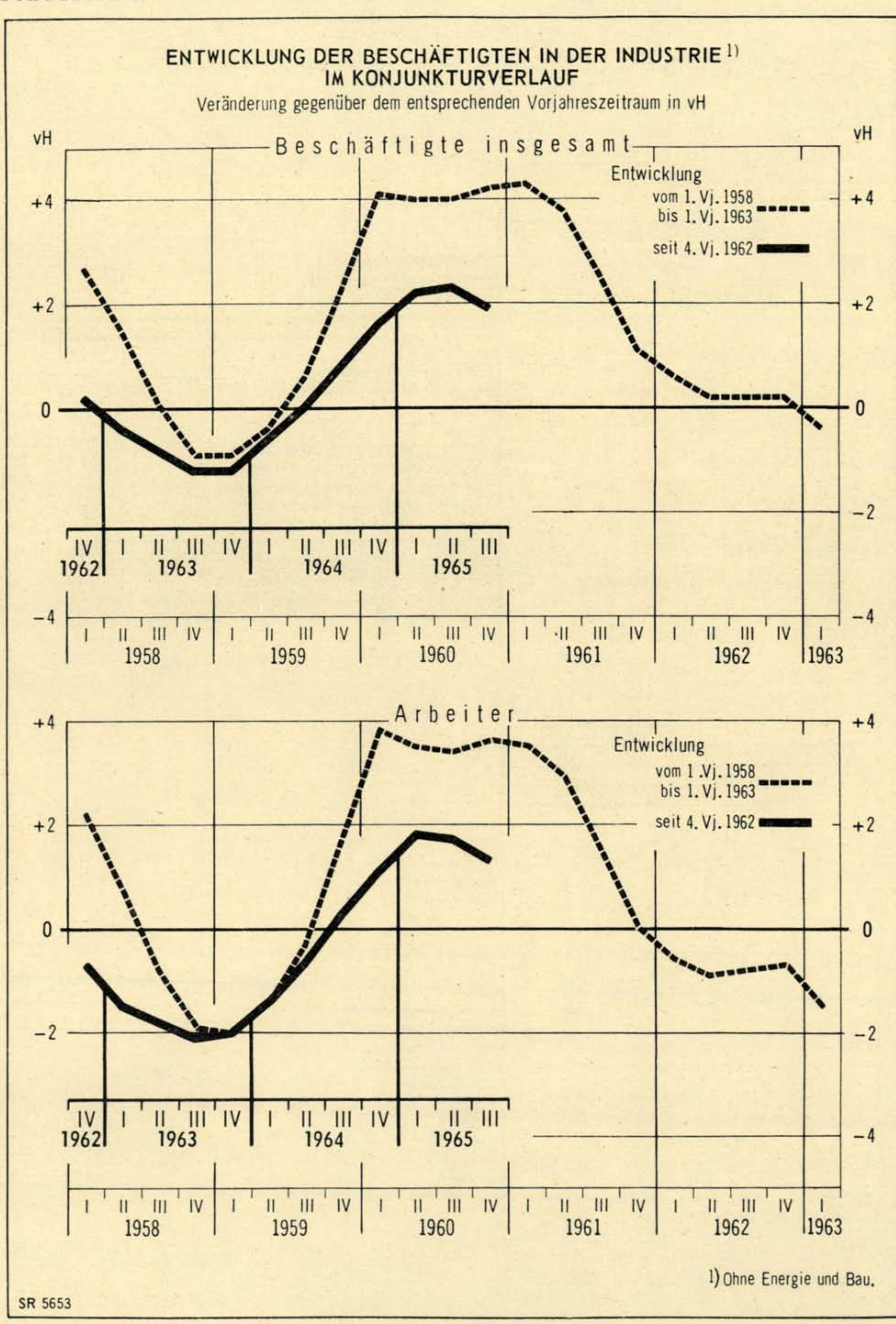
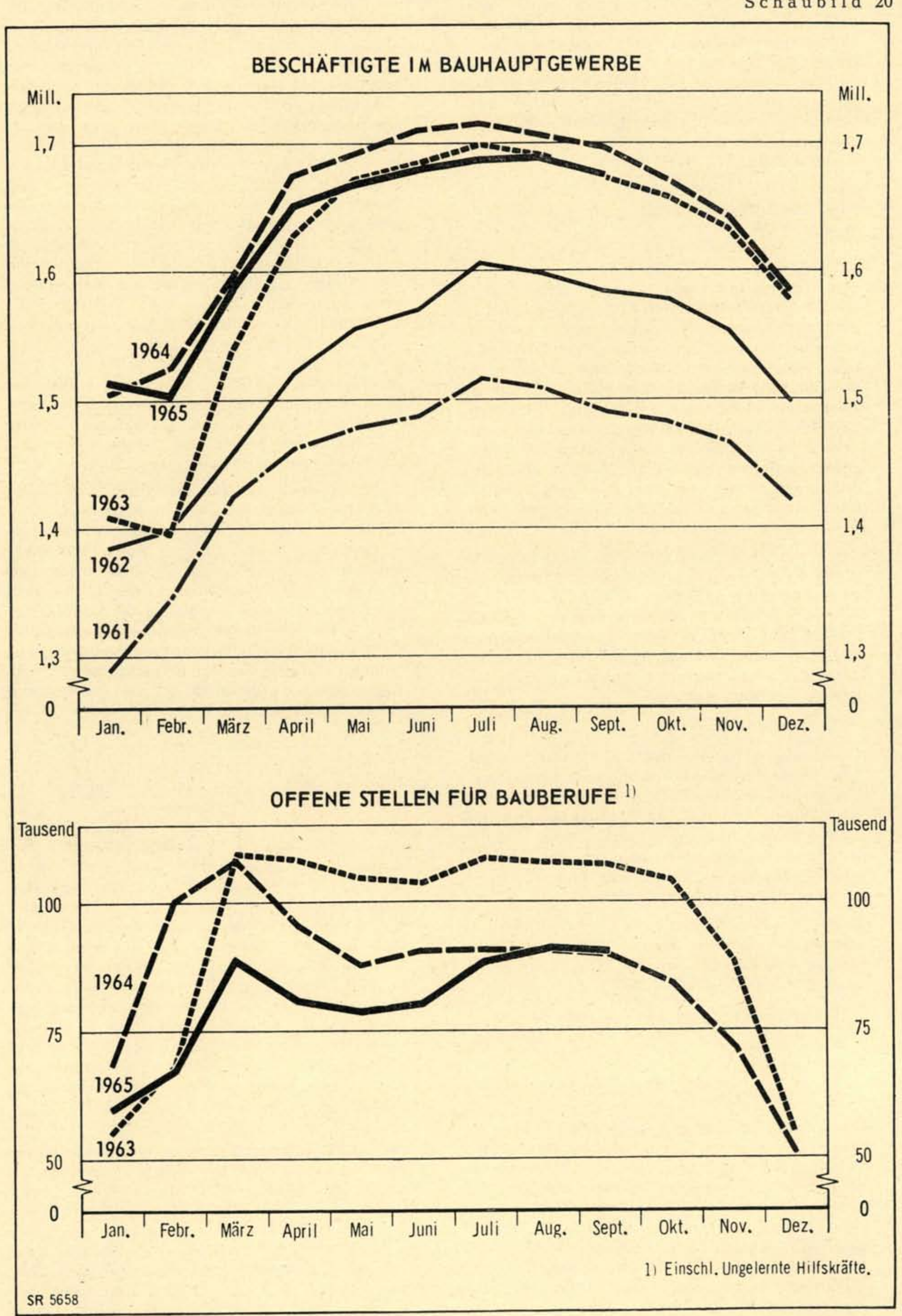


Schaubild 20



samer als im vorangegangenen Wachstumszyklus; sie hat seit Frühjahr 1965 kaum noch zugenommen. Demgegenüber wächst die Nachfrage nach Arbeitskräften im Dienstleistungsbereich ziemlich stetig. Wenn gleichwohl die offenen Stellen für Dienstleistungsberufe konjunkturell schwanken, so hängt dies wohl damit zusammen, daß auch die Industrie hier als Nachfrager auftritt.

Arbeitskräfte abgegeben hat wieder nur die Land- und Forstwirtschaft, wie Schaubild 18 erkennen läßt.

76. In der Industrie begann — erstmals seit 1962 — die Zahl der Beschäftigten Mitte 1964 wieder zu steigen; sie nahm bis in die jüngste Zeit beschleunigt zu. Wie im vorangegangenen Wachstumszyklus war die Beschäftigtenzunahme in der Industrie in der zweiten Hälfte des Booms stärker als in der ersten (Schaubild 19). Offenbar nehmen die Unternehmen erst in der Spätphase des Aufschwungs soviel zusätzliche Kapazitäten in Betrieb, daß sie die Arbeitskräfte dafür nicht mehr allein oder nicht mehr überwiegend durch innerbetriebliche Rationalisierungsmaßnahmen gewinnen können.

Der Vergleich der Beschäftigung in der Industrie in dieser und der vorangegangenen Expansionsphase bestätigt erneut, daß der jetzige Aufschwung milder war als der Boom von 1959/60. Freilich muß offen bleiben, ob dieses Ergebnis mehr durch die Entwicklung der Nachfrage oder durch das enger begrenzte Angebot an Arbeitskräften bestimmt war.

77. Wie bisher in jeder Aufschwungsphase hat sich auch dieses Mal die Beschäftigtenstruktur deutlich gewandelt (Tabelle 102, Anhang). So gaben der Kohlenbergbau und die Textilindustrie selbst in der Phase, in der sich die Zunahme der Beschäftigten in der Industrie insgesamt am meisten beschleunigte, der längerfristigen Entwicklung entsprechend, Arbeitskräfte ab.

Dagegen nahm die Zahl der Beschäftigten in einigen der größten Zweige der Investitionsgüterindustrien von Juni 1964 bis Juni 1965 weit überdurchschnittlich zu:

im Fahrzeugbau um 25 800 (5,3 vH),

in der Elektrotechnischen Industrie um 44 800 (4,8 vH) und

im Maschinenbau um 42 900 (4,1 vH).

Durch die Entwicklung in der Bauwirtschaft (Ziffer 25 bis 38) traten — anders als 1960 — keine zusätzlichen Spannungen auf dem Arbeitsmarkt auf. Gemessen an der Zahl der offenen Stellen, nimmt die Arbeitskräftenachfrage des Baubereichs — wie erwähnt — seit dem zweiten Vierteljahr 1964 laufend ab. Auch die Zahl der Beschäftigten liegt seit Februar 1965 anhaltend leicht unter dem Vorjahresstand (Schaubild 20).

78. Die Arbeitszeit, die neben der Zahl der Beschäftigten das Arbeitsvolumen bestimmt, hat sich in den Jahren 1964 und 1965 im Vergleich zu früher als wenig flexibel erwiesen. Man schätzt, daß die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit 1964 nur geringfügig zugenommen hat und 1965 wieder etwas zurückgegangen ist. Vor allem in der konjunkturabhängigen Industrie hielten sich die Veränderungen der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit in engen Grenzen. Nach der Industrieberichterstattung sind 1964 je Arbeiter nur 0,4 vH mehr Arbeitsstunden geleistet worden als 1963. Auch hier ergibt sich für 1965 bereits wieder ein Rückgang. Dabei ist allerdings zu beachten, daß es einen anhaltenden Trend zur Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit gibt. Die tariflich vereinbarte Wochenarbeitszeit war 1964 (im Jahresdurchschnitt) mit rund 42 Stunden um 1,8 vH niedriger als 1963. Etwas nachgelassen hat diese Entwicklung 1965 mit einem Rückgang der tariflichen Arbeitszeit um nur 0,4 vH, da Gewerkschaften bereit waren, auf schon vereinbarte Arbeitszeitverkürzungen zu verzichten.

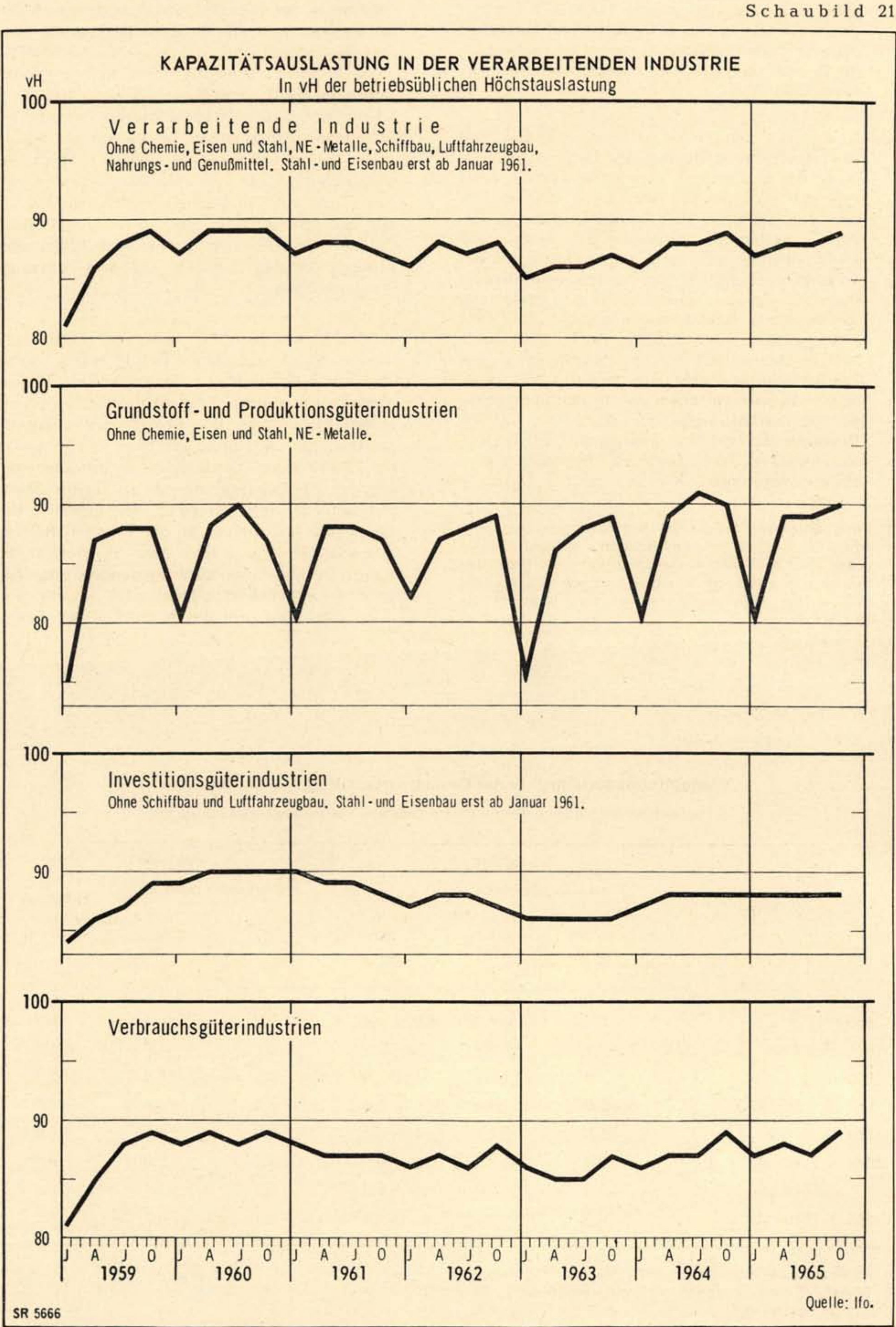
Ganz allgemein ist der Trend zur Arbeitszeitverkürzung Ausdruck der gesellschaftlichen Entscheidung, einen Teil des technischen und organisatorischen Fortschritts in Form von mehr Freizeit zu nutzen, statt die Produktion entsprechend mehr auszudehnen. Wieviel Verzicht auf Wachstum eine Stunde Arbeitszeitverkürzung kostet, ist schwer abzuschätzen, wenn man nicht vergröbernd alle positiven und negativen Nebenwirkungen außer Betracht lassen will. Das Problem ist jedoch aktuell und einer gründlichen Untersuchung aller Aspekte wert.

Produktivität

79. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität, gemessen als reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde, hat im Jahre 1965 nicht mehr so schnell zugenommen wie 1964 (Tabelle 25). Schon im zweiten Halbjahr 1964 hatte sich der Produktivitätszuwachs verringert, nachdem in der Aufschwungsphase des gegenwärtigen Wachstumszyklus, vor allem im ersten Halbjahr 1964, eine sehr kräftige Produktivitätszunahme erzielt werden konnte, überwiegend als Folge besserer Auslastung der Kapazitäten. Dabei war der Produktivitätsfortschritt in der Industrie — wie meistens in der Vergangenheit — auch während dieses Zyklus größer als in den übrigen Bereichen der Wirtschaft.

80. Daß das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen 1960 und 1964 schneller, in den Jahren dazwischen und im ersten Halbjahr 1965 aber langsamer zugenommen hat als das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde, bringt die Veränderungen der je Kopf geleisteten Arbeitsstunden zum Ausdruck. In den Jahren der Hochkonjunktur 1960 und 1964 wurde insgesamt mehr, in den konjunkturschwächeren Jahren

Schaubild 21



1961, 1962 und 1965 (erstes Halbjahr) weniger gearbeitet als in den jeweils vorangegangenen Jahren. Dieser Rhythmus zeigt sich ebenfalls im Bereich der Industrie, wenn auch weniger ausgeprägt.

81. Kurzfristig geht ein nicht unwesentlicher Teil des Produktivitätsfortschritts auf Mehrauslastung der Kapazitäten zurück. So war der hohe Produktivitätszuwachs des Jahres 1964 mit einem zunehmenden Auslastungsgrad der Kapazitäten verbunden (Schaubild 21). Seither hat die Auslastung nicht mehr zugenommen und der Produktivitätsanstieg sich verlangsamt. Nimmt man an, daß die durchschnittliche Auslastung des Produktionsapparates in der Industrie 1964 nicht größer gewesen wäre als 1963, so hätte sich im Jahre 1964 — rein rechnerisch — ein Produktivitätszuwachs von nur 6,4 vH ergeben [1]). Tatsächlich stieg das Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde aber um 8,3 vH. Demnach ist etwa ein Viertel des Produktivitätszuwachses der besseren Kapazitätsauslastung zuzurechnen.

[1]) Diese Schätzung beruht auf Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung; ihnen zufolge nahm die Kapazitätsauslastung in der verarbeitenden Industrie von 90,5 vH im Jahre 1963 auf 93,5 vH 1964 und in der Industrie insgesamt von 91,4 vH auf 94,0 vH zu.

82. 1965 ist in der Industrie die Arbeitsproduktivität weniger und von Branche zu Branche sehr viel unterschiedlicher gestiegen als im Vorjahr (Tabelle 26). Gab es 1964 noch keinen großen Industriebereich, dessen Produktivitätsfortschritt unter 4,8 vH lag — diesen Zuwachs erreichte der Fahrzeugbau —, so war er 1965 in vielen Industrien erheblich niedriger; im dritten Vierteljahr ist die Produktivität in zwei Bereichen sogar zurückgegangen. Unbefriedigend hat sich die Produktivität 1965 im Kohlenbergbau, in der Industrie der Steine und Erden, der Eisenschaffenden Industrie und dem Fahrzeugbau entwickelt.

83. Im Kohlenbergbau, der 1960 noch Produktivitätsfortschritte von über 10 vH erzielt hatte, scheinen die Aussichten für große Rationalisierungsgewinne nicht mehr allzu günstig zu sein, jedenfalls solange der Prozeß des „Gesundschrumpfens" sich nicht schneller vollzieht (Ziffer 221). Weniger strukturell als konjunkturell bedingt ist dagegen die nahezu stagnierende Produktivitätsentwicklung in der Industrie der Steine und Erden und in der Eisenschaffenden Industrie. In beiden Bereichen ist offenbar die Kapazitätsauslastung zurückgegangen, ohne daß zugleich Arbeitskräfte freigesetzt worden wären. Noch 1964, als die Nachfrage die Eisen-

Tabelle 25

Produktivitätsfortschritt in der Gesamtwirtschaft und in der Industrie

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Zeitraum	Gesamtwirtschaft			Industrie [1])		
	Bruttoinlandsprodukt		Differenz (Spalte 2 ./. Spalte 1)	Nettoproduktionswert [2])		Differenz (Spalte 5 ./. Spalte 4)
	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigenstunde [3])		je Beschäftigten	je Beschäftigtenstunde	
	1	2	3	4	5	6
1960	+6,8 [a])	+6,4 [a])	−0,4	+7,2	+8,1	+0,9
1961	+4,1	+5,4	+1,3	+3,1	+4,6	+1,5
1962	+3,4	+5,3	+1,9	+3,7	+6,0	+2,3
1963	+2,8	+4,4	+1,6	+4,4	+5,6	+1,2
1964	+6,2	+6,1	−0,1	+7,7	+8,3	+0,6
1964 1. Halbjahr	+7,4	+7,4	±0,0	+9,2	+9,0	−0,2
2. Halbjahr	+5,2	+5,0	−0,2	+6,3	+7,4	+0,9
1965 1. Halbjahr	+4,2	+4,6	+0,4	+5,1	+6,1	+1,0

[1]) Ohne Energie und Bau. Ohne Berlin.
[2]) Berechnet aus Unterlagen der Industriestatistik
[3]) eigene Schätzung
a) ohne Saarland und Berlin

schaffende Industrie sehr begünstigte, wurde hier ein außerordentlich hoher Produktivitätszuwachs von 15,7 vH erzielt. Im Fahrzeugbau wurde der Produktivitätsfortschritt 1965 vor allem durch Umstellungen der Produktion behindert.

84. Beschleunigt hat sich der Produktivitätsfortschritt im Vergleich zu 1964 nur in der Elektrotechnischen Industrie und in der Textilindustrie. Die Elektrotechnische Industrie hat in den ersten neun Monaten ihre Produktion stärker ausgedehnt als alle anderen Industriezweige und dabei offenbar zusätzliche Produktivitätsfortschritte erzielen können. Der Produktionszuwachs in der Textilindustrie war nur gering; hier scheint sich der Prozeß des „Gesundschrumpfens" fortzusetzen.

Produktion

85. Produktivitätsfortschritte können durch das Wachstum der Produktion hervorgerufen werden, kurzfristig schon deshalb, weil die Auslastung des Produktionspotentials im Aufschwung zunimmt. Bei den vorherrschenden Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt hängt indessen das längerfristige Wachstum der Produktion — und damit des Angebots — fast ausschließlich von den Faktoren ab, die das Produktionsergebnis je Stunde bestimmen: erhöhter Kapitaleinsatz und verbesserte Produktionsmethoden. Zusammen mit der konjunkturell bedingten Zunahme der Kapazitätsauslastung haben diese Faktoren — abgesehen von Struktureffekten — das Angebot der deutschen Wirtschaft 1964 um 6,6 vH (das sind knapp

Tabelle 26

Produktionsergebnis je Arbeiterstunde in der Industrie [1]) nach ausgewählten Industriegruppen bzw. -zweigen

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Industriegruppe bzw. -zweig	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	
							1. Halbjahr	3. Vierteljahr [2])
Bergbau	+ 8,3	+11,7	+ 8,2	+ 9,0	+ 8,6	+ 6,8	+ 5,5	+ 4,8
Kohlenbergbau	+ 6,5	+10,7	+ 7,4	+ 8,1	+ 7,1	+ 5,6	+ 3,2	+ 2,3
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	+12,0	+10,1	+ 4,0	+ 8,9	+ 8,6	+11,9	+ 6,5	+ 5,4
Industrie der Steine und Erden	+ 8,7	+ 6,2	+ 8,3	+ 7,0	+ 6,0	+ 8,9	+ 1,9	+ 1,4
Eisenschaffende Industrie	+12,5	+10,3	− 3,1	+ 4,0	+ 0,6	+15,7	+ 1,9	− 1,2
Chemische Industrie [3])	+12,7	+10,9	+ 4,8	+20,3	+ 4,9	+12,3	+ 8,8	+ 8,6
Investitionsgüterindustrien	+ 7,0	+ 8,6	+ 5,4	+ 4,9	+ 4,6	+ 7,4	+ 6,6	+ 3,7
Maschinenbau	+ 5,8	+ 6,6	+ 4,9	+ 3,8	+ 1.2	+ 5,9	+ 5,3	+ 2,7
Fahrzeugbau	+ 8,1	+ 9,0	+ 5,5	+ 7,2	+13,4	+ 4,8	+ 2,2	− 2,4
Elektrotechnische Industrie	+ 6,5	+ 7,9	+ 6,4	+ 4,7	+ 4,3	+ 9,4	+11,1	+10,1
Verbrauchsgüterindustrien	+ 9,9	+ 8,2	+ 6,7	+ 8,6	+6,0	+ 8,2	+ 8,2	+ 6,9
Textilindustrie	+11,9	+ 8,7	+ 7,7	+12,4	+ 9,7	+ 7,2	+ 7,8	+ 7,4
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	+ 4,7	+ 4,4	+ 6,2	+ 5,9	+ 6,3	+ 7,0	+ 6,2	+ 5,7
Insgesamt	+ 8,9	+ 8,5	+ 5,5	+ 7,1	+ 6,6	+ 8,8	+ 6,6	+ 4,4

ohne Berlin

[1]) ohne Energie und Bau

[2]) für Industriegruppen bzw. -zweige: Juni, Juli, August

[3]) einschließlich Kohlenwertstoffindustrie

25 Mrd. DM) und im ersten Halbjahr 1965 um 4,8 vH erhöht. In denselben Zeiträumen stieg die Industrieproduktion um 8,5 vH bzw. um 7,2 vH, jedoch von Branche zu Branche recht unterschiedlich.

86. Wie Tabelle 27 zeigt, haben 1964 nur drei der 19 aufgeführten Industriezweige ihren Rang in der Reihenfolge, wie sie sich für die Zeit von 1958 bis 1963 aufgrund des Wachstums der Nettoproduktion ergibt, behalten. In der Zeit von Januar bis September 1965 hat sich die Reihenfolge erneut verändert. [1]) Verglichen mit der längerfristigen Wachstumsrate zwischen 1958 und 1963 hatte sich das Wachstum 1964 besonders stark beschleunigt

in der Eisenschaffenden Industrie; der EBM-Industrie; der Stahlverformung; in den Eisen-, Stahl- und Tempergießereien;

in der Industrie der Steine und Erden;

in der Holzverarbeitenden Industrie;

in der Elektrotechnischen Industrie.

[1]) Der Zusammenhang zwischen den Rangziffern für den Zeitraum von 1958 bis 1963 und denen für das Jahr 1964 ist durch einen Korrelationskoeffizienten von 0,35 gekennzeichnet. Zwischen den Rangziffern von 1964 und denen für die ersten neun Monate 1965 ist ein Rangkorrelationskoeffizient von 0,33 errechnet worden. Beide Werte sind so klein, daß ein Zusammenhang zwischen den Rangziffern als statistisch nicht gesichert angesehen werden kann (Anhang IV, 5 ff.).

Tabelle 27

Entwicklung der Nettoproduktion ausgewählter Industriegruppen bzw. -zweige [1])

Industriegruppe bzw. -zweig	Durchschnittliche jährliche Veränderung 1958 bis 1963		Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum 1964		1965 Januar bis September	
	vH	Rang	vH	Rang	vH	Rang
Mineralölverarbeitung	+20,0	1	+15,3	2	+11,3	3
Fahrzeugbau	+12,7	2	+ 6,7	12	+ 4,9	10
Chemische Industrie	+11,3	3	+13,7	3	+11,6	2
Elektrotechnische Industrie	+ 8,8	4	+11,7	8	+14,4	1
EBM-Industrie	+ 7,5	5	+12,0	7	+ 8,7	6
Industrie der Steine und Erden	+ 6,9	6	+12,6	5	+ 0,4	17
Brauereien und Mälzereien	+ 6,8	7	+ 9,0	10	+ 0,3	18
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	+ 6,3	8	+ 6,2	13	+ 6,9	9
Textilindustrie	+ 6,2	9	+ 4,1	16	+ 4,0	14
Bekleidungsindustrie	+ 5,7	10	+ 2,7	18	+ 7,8	7
Maschinenbau	+ 5,2	11	+ 6,9	11	+ 7,2	8
Holzverarbeitende Industrie	+ 5,0	12	+12,1	6	+10,4	4
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie	+ 4,5	13	+ 5,5	14	+ 4,4	12
Stahlbau	+ 3,8	14	+ 4,3	15	+ 4,5	11
Stahlverformung	+ 3,7	15	+11,4	9	+ 9,1	5
Eisenschaffende Industrie	+ 3,6	16	+18,7	1	+ 2,0	16
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien	+ 1,9	17	+12,9	4	+ 4,1	13
Tabakverarbeitende Industrie	+ 0,4	18	+ 3,9	17	+ 3,5	15
Kohlenbergbau	− 0,2	19	+ 0,7	19	− 4,0	19

ohne Berlin

[1]) Index der industriellen Nettoproduktion, kalendermonatlich

Diese Beschleunigungstendenz hat sich in den ersten neun Monaten 1965 nur in der Holzverarbeitenden und der Elektrotechnischen Industrie fortgesetzt. Vor allem in der Eisen- und Stahlindustrie erwies sich die starke Produktionsausweitung nur als vorübergehend.

87. Nur sehr schwach — wieder verglichen mit dem Trend von 1958 bis 1963 — war der Produktionszuwachs 1964

    beim Fahrzeugbau,

    in der Textilindustrie und

    in der Bekleidungsindustrie.

    Lediglich in der Bekleidungsindustrie hat dann 1965 die Produktion wieder etwas stärker zugenommen.

88. Inwieweit Starrheiten beim Faktorangebot die volle Anpassung des Güterangebots an die veränderte Nachfragestruktur behindert haben, geht aus einem Vergleich der Produktivitäts- und Preisentwicklung hervor (Tabelle 28). Danach war die Produktionsausdehnung zumindest in der Chemischen Industrie und in der Elektrotechnischen Industrie 1964 und 1965 mit Preissteigerungen verbunden, die sich mit der Produktivitätsentwicklung nicht erklären lassen. In diesen als Beispiele herausgegriffenen Extremfällen hat offensichtlich das Angebot der Nachfrage nicht folgen können.

    Eine umfassende Würdigung der Anpassungsvorgänge beim Angebot, namentlich eine Aussage darüber, welche Produktionsfaktoren in welchen Bereichen am wenigsten vermehrbar waren, ist bei einer kurzfristigen Diagnose wegen statistischer Unzulänglichkeiten nicht möglich. Unter längerfristigen Gesichtspunkten werden diese Fragen im vierten Kapitel behandelt.

Tabelle 28

Entwicklung der Produktivität und der Erzeugerpreise nach ausgewählten Industriegruppen bzw. -zweigen [1])

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Industriegruppe bzw. -zweig	1964		1965 1. Halbjahr	
	Produktivität [2])	Erzeugerpreise	Produktivität [2])	Erzeugerpreise
Insgesamt	+ 8,8	+ 1,1	+ 6,6	+ 2,5
Bergbau	+ 6,8	− 0,4	+ 5,5	+ 4,4
Kohlenbergbau	+ 5,6	+ 2,6	+ 3,2	+ 4,9
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	+11,9	+ 0,8	+ 6,5	+ 2,6
Industrie der Steine und Erden	+ 8,9	+ 2,7	+ 1,9	+ 1,2
Eisenschaffende Industrie	+15,7	− 0,2	+ 1,9	− 0,1
Chemische Industrie [3])	+12,3	+ 0,1	+ 8,8	+ 3,0
Investitionsgüterindustrien	+ 7,4	+ 1,2	+ 6,6	+ 3,4
Maschinenbau	+ 5,9	+ 2,2	+ 5,3	+ 5,0
Fahrzeugbau	+ 4,8	± 0	+ 2,2	+ 3,5
Elektrotechnische Industrie	+ 9,4	+ 0,7	+11,1	+ 3,3
Verbrauchsgüterindustrien	+ 8,2	+ 2,0	+ 8,2	+ 2,1
Textilindustrie	+ 7,2	+ 3,0	+ 7,8	+ 0,6
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	+ 7,0	+ 0,8	+ 6,2	+ 0,6

ohne Berlin

[1]) ohne Energie und Bau

[2]) Produktionsergebnis je Arbeiterstunde

[3]) einschließlich Kohlenwertstoffe

V. Die Entwicklung des Einkommens

89. Mit der Abschwächung des konjukturellen Auftriebs im Jahre 1965 hat auch das Wachstum des Volkseinkommens nachgelassen. Seine Zuwachsrate lag in der ersten Hälfte dieses Jahres mit rund 8 vH deutlich unter der des Vorjahres (Tabelle 29). Allerdings ist damit zu rechnen, daß sie im zweiten Halbjahr — anders als 1964 — nicht weiter zurückgeht.

Lohneinkommen

90. Die Lohnquote, die in der Aufschwungsphase des Wachstumszyklus zu sinken pflegt, ging — verglichen mit dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres — nur im ersten Halbjahr 1964 leicht zurück. Seither ist das Arbeitseinkommen (Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit) wieder schneller gestiegen als das Unternehmer- und Kapitaleinkommen (Bruttoeinkommen

Tabelle 29

Verteilung und Umverteilung

	1960	1961
(1) Volkseinkommen (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten)	229,8	251,6
(2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	139,8	157,2
(3) Lohnsteuer und Beiträge zur Sozialversicherung	35,1	40,1
(4) Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (2) ⁒ (3)	104,6	117,1
(5) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (1) ⁒ (2)	90,0	94,4
(6) Direkte Steuern u. ä. auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	20,7	23,9
(7) Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (5) ⁒ (6)	69,3	70,6
(8) Steuern im Zusammenhang mit dem Privaten Verbrauch [4])	2,5	3,2
(9) Nettoeinkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen (4) + (7) ⁒ (8)	171,4	184,5
(10) Einkommen des Staates aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	3,6	4,3
(11) Nicht-entnommene Gewinne u. ä.	19,3	16,4
(12) Laufende Übertragungen vom Staat an private Haushalte (netto)	37,0	40,5
(13) Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ohne nicht-entnommene Gewinne u. ä. (9) + (12) ⁒ (10) ⁒ (11)	185,5	204,2
(1) Volkseinkommen (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten)	.	+ 9,5
(2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	.	+12,5
(3) Lohnsteuer und Beiträge zur Sozialversicherung	.	+14,0
(4) Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (2) ⁒ (3)	.	+11,9
(5) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (1) ⁒ (2)	.	+ 4,9
(6) Direkte Steuern u. ä. auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	.	+15,3
(7) Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (5) ⁒ (6)	.	+ 1,8
(8) Steuern im Zusammenhang mit dem Privaten Verbrauch [4])	.	+26,9
(9) Nettoeinkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen (4) + (7) ⁒ (8)	.	+ 7,6
(10) Einkommen des Staates aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	.	+18,4
(11) Nicht-entnommene Gewinne u. ä.	.	−14,9
(12) Laufende Übertragungen vom Staat an private Haushalte (netto)	.	+ 9,3
(13) Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ohne nicht-entnommene Gewinne u. ä. (9) + (12) ⁒ (10) ⁒ (11)	.	+10,1

aus Unternehmertätigkeit und Vermögen). Zwar verharrte die Lohnquote, nachdem sie sich von 60,8 vH im Jahre 1960 auf 64,7 vH im Jahre 1963 erhöht hatte, 1964 auf dem Vorjahresstand, doch wird sie 1965 weiter zunehmen. Wie im vorigen Jahresgutachten (JG 64 Ziffer 122) muß auch hier darauf hingewiesen werden, daß Lohn- und „Gewinn"quoten die Verteilung des Volkseinkommens nur nach Einkommensarten, nicht aber nach Einkommensbeziehern anzeigen. Aus den Veränderungen der Quoten können keine Schlüsse auf die personale Einkommensverteilung gezogen werden.

91. Über einen längeren Zeitraum gesehen (1950 bis 1964), läßt sich der Anstieg der Lohnquote ausschließlich durch den Anstieg des Anteils der Unselbständigen an den Erwerbstätigen er-

Tabelle 29

des Volkseinkommens

1962	1963 [1]	1964 [1]	1965 [2]	1964 [1]		1965	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr [3]	2. Halbjahr [2]
Mrd. DM							
271,9	288,2	316,1	342,0	147,3	168,7	159,0	183,0
173,9	186,5	204,4	225,0	96,8	107,6	105,8	119,1
44,8	48,7	53,4	...	24,7	28,8	25,8	...
129,0	137,9	151,0	...	72,2	78,8	80,0	...
98,0	101,7	111,6	117,1	50,5	61,1	53,1	64,0
26,1	27,1	28,4	...	14,5	13,9	14,8	...
72,0	74,6	83,3	...	36,1	47,2	38,3	...
4,0	4,7	5,4	...	2,4	2,9	2,9	...
197,0	207,8	228,9	248,4	105,8	123,1	115,4	133,0
4,6	5,0	5,7	...	2,4	3,3	2,7	...
13,4	11,9	14,0	...	6,3	7,7	5,7	...
44,3	47,2	51,6	58,1	25,3	26,4	28,4	29,7
223,2	238,1	260,8	288,4	122,4	138,5	135,5	152,9
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH							
+ 8,1	+ 6,0	+ 9,6	+ 8,2	+10,4	+ 9,0	+ 7,9	+ 8,5
+10,6	+ 7,3	+ 9,6	+10,0	+ 9,8	+ 9,4	+ 9,3	+10,7
+11,9	+ 8,6	+ 9,8	...	+ 9,9	+ 9,6	+ 4,7	...
+10,2	+ 6,8	+ 9,5	...	+ 9,8	+ 9,3	+10,9	...
+ 3,8	+ 3,7	+ 9,8	+ 4,9	+11,6	+ 8,3	+ 5,2	+ 4,6
+ 9,3	+ 3,9	+ 4,7	...	+ 6,2	+ 3,2	+ 2,6	...
+ 2,0	+ 3,7	+11,6	...	+13,9	+ 9,9	+ 6,2	...
+25,5	+15,4	+15,1	...	+14,6	+15,4	+19,8	...
+ 6,8	+ 5,5	+10,1	+ 8,5	+11,1	+ 9,4	+ 9,1	+ 8,0
+ 6,5	+ 9,6	+14,1	...	+12,6	+15,2	+10,8	...
−18,3	−11,5	+17,5	...	+31,4	+ 8,2	− 9,6	...
+ 9,5	+ 6,5	+ 9,5	+12,5	+ 6,4	+12,5	+12,4	+12,6
+ 9,3	+ 6,7	+ 9,6	+10,6	+ 9,2	+ 9,9	+10,7	+10,4

[1]) vorläufige Ergebnisse

[2]) eigene Schätzung

[3]) erste vorläufige Ergebnisse

[4]) einschließlich Saldo der Einkommensübertragungen mit der übrigen Welt, Rückerstatungen, Strafen, freiwillige Beiträge der Selbständigen und Nichterwerbstätigen zur Sozialversicherung

klären. Die Entwicklung des Durchschnittseinkommens aus unselbständiger Arbeit hat insgesamt sogar auf eine geringere Lohnquote hingewirkt. Dies wird durch Tabelle 30 verdeutlicht. Da sich zwischen 1950 und 1964 der Anteil der Unselbständigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen von rund 68 vH auf rund 80 vH erhöht hat, hätte die Lohnquote rein rechnerisch eigentlich von etwa 59 vH auf rund 69 vH steigen müssen, wenn das Arbeitseinkommen je Arbeitnehmer im gleichen Ausmaß wie das Volkseinkommen je Erwerbstätigen zugenommen hätte. Tatsächlich ist das Arbeitseinkommen je Arbeitnehmer in diesem Zeitraum nur um rund 194 vH, das Volkseinkommen je Erwerbstätigen um 212 vH gestiegen. Innerhalb des Gesamtzeitraums hat sich diese Entwicklungstendenz jedoch mit zunehmender Versteifung der Lage auf dem Arbeitsmarkt gewandelt. Seit etwa 1961 vermindert sich der Abstand zwischen der tatsächlichen Lohnquote und ihrem rechnerischen Wert merklich.

Tabelle 30

Determinanten der gesamtwirtschaftlichen Lohnquote [1])

Jahr	Tatsächliche Lohnquote	Rechnerische Lohnquote bei konstant gehaltenem Anteil des Einkommens aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer am Volkseinkommen je Erwerbstätigen des Jahres 1950	Rechnerische Lohnquote bei konstant gehaltenem Anteil der Abhängigen an den Erwerbstätigen des Jahres 1950
	in vH		
1950 [2])	58,6	58,6	58,6
1951 [2])	58,7	59,7	57,6
1952 [2])	57,4	60,5	55,7
1953 [2])	58,7	61,4	56,0
1954 [2])	59,4	62,2	55,9
1955 [2])	58,8	63,2	54,5
1956 [2])	59,5	64,0	54,5
1957 [2])	59,7	64,4	54,3
1958 [2])	60,5	64,6	54,9
1959 [2])	60,2	65,2	54,2
1960	60,8	66,4	53,7
1961	62,5	66,8	54,8
1962	63,9	67,4	55,6
1963 [3])	64,7	68,0	55,8
1964 [3])	64,7	68,5	55,4
1965 [4])	65,8	69,0	55,9

[1]) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH des Volkseinkommens (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten)
[2]) ohne Saarland und Berlin
[3]) vorläufige Ergebnisse
[4]) eigene Schätzung

92. Der für 1965 zu erwartende Anstieg der Lohnquote auf knapp 66 vH rührt nur zum Teil von der Erhöhung der Anzahl der Unselbständigen her. Im ersten Halbjahr hat sich (gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum) das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer um knapp 8 vH, das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen hingegen nur um rund 5 vH erhöht. Zwischen 1950 und 1960 war das Arbeitseinkommen je Kopf nur in zwei Jahren schneller gestiegen als das Unternehmer- und Kapitaleinkommen; danach hatten sich die Relationen für drei aufeinander folgende Jahre gerade umgekehrt (Schaubild 22). Auch pflegte das Lohneinkommen in der Vergangenheit der Entwicklung des Unternehmer- und Kapitaleinkommens mit einem größeren zeitlichen Abstand zu folgen. Besonders groß war dieser zeitliche Abstand (wage lag) im Wachstumszyklus 1959/63. Zwar stieg auch 1964 das Bruttoeinkommen je beschäftigten Arbeitnehmer, auf das ganze Jahr gesehen, langsamer als das Unternehmer- und Kapitaleinkommen; doch kehrte sich diese Tendenz schon im zweiten Halbjahr 1964 um.

93. Daß das Lohneinkommen der Entwicklung der Gewinne diesmal rascher gefolgt ist als in vergleichbaren Konjunkturperioden, ist offenbar ebenfalls Folge der gegenüber damals veränderten Arbeitsmarktlage (Ziffer 70 ff). Da die Entwicklung der Tariflöhne und -gehälter bis in den Herbst 1964 hinein noch weitgehend durch die im Jahre 1963 abgeschlossenen Tarife bestimmt war, wäre zumindest für 1964 durchaus wieder ein stärkeres Zurückbleiben des Lohneinkommens zu erwarten gewesen. Für knapp 70 vH der Arbeitnehmer, für die 1963 neue Tarife vereinbart worden waren, hatten die Verträge eine Laufzeit von mehr als 15 Monaten (Tabelle 103, Anhang); diese sahen zwar fast ausnahmslos stufenweise Lohnerhöhungen im Jahre 1964 vor, jedoch durchschnittlich geringere als die 1964 abgeschlossenen. Außerdem sind selbst die Lohnerhöhungen aufgrund der neu vereinbarten Tarifverträge hinter der Erhöhung der Effektivlöhne zurückgeblieben. Insgesamt nahm daher das Tariflohn- und -gehaltsniveau 1964 nur um 4,9 vH zu, die Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten indessen um 8,9 vH.

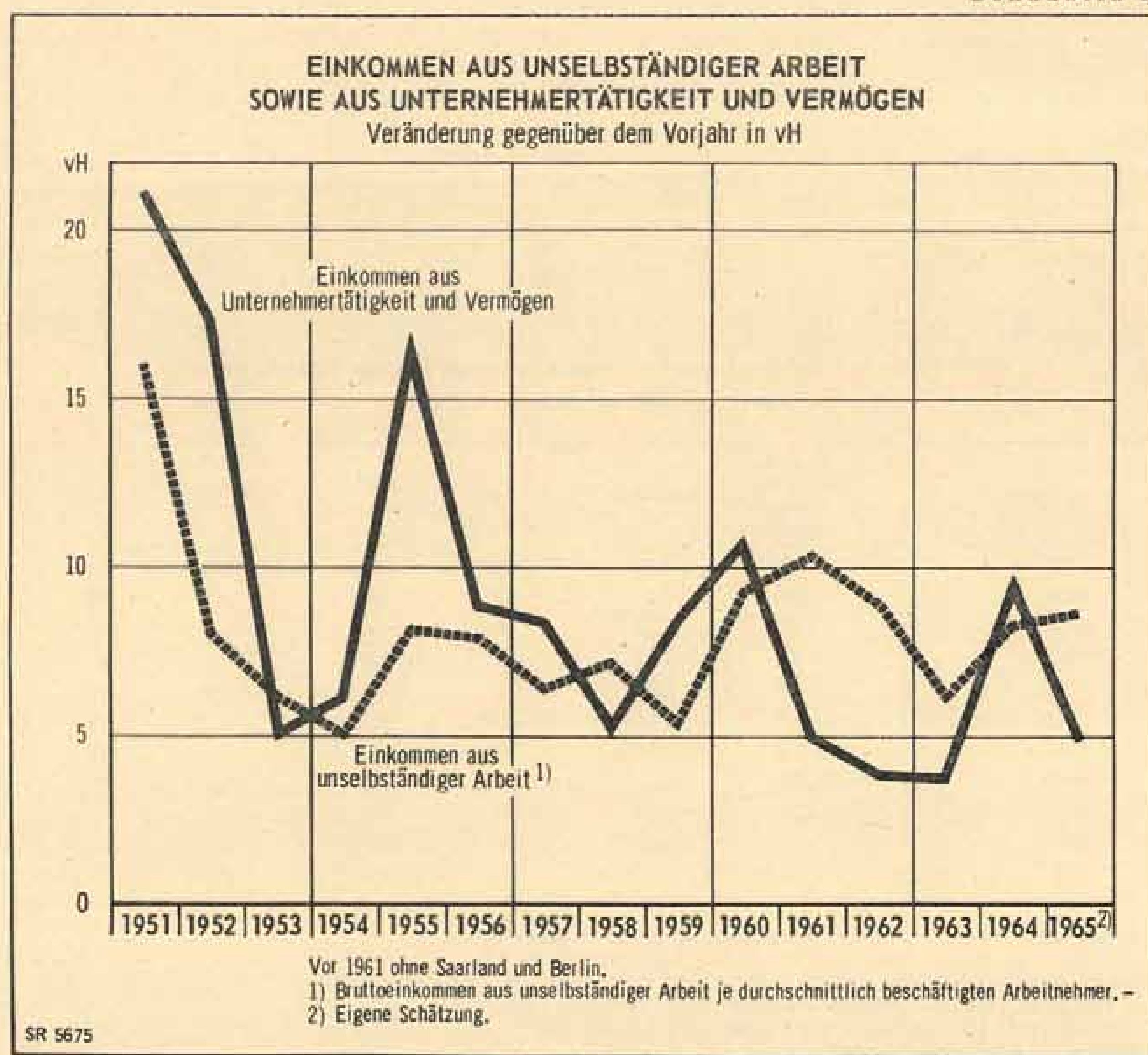
94. Soweit im ersten Halbjahr 1965 Tariflohnerhöhungen in Kraft traten, lagen sie im Durchschnitt bei knapp 6,5 vH (Tabelle 31).

Das Niveau der Tariflöhne ist allerdings gegenüber dem ersten Halbjahr 1964 stärker gestiegen — um 7,7 vH auf Stundenbasis und um 6,8 vH auf Wochenbasis —, da die damals wirksam geworden Tarifvereinbarungen verhältnismäßig geringe Erhöhungen mit sich gebracht hatten. Für das ganze Jahr 1965 ist mit knapp darunter liegenden Steigerungsraten zu rechnen.

95. Mit rund 8,5 vH stieg die Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten auch im ersten Halbjahr 1965 stärker als das Niveau der Tariflöhne. Die Spanne zwischen Effektiv- und Tarifverdiensten hat sich also weiter vergrößert. Im Gegensatz zum Vorjahr scheint dies jedoch mehr darauf zu beruhen, daß die Unternehmer, jedenfalls in der Industrie, zu übertariflicher Bezahlung und zur Gewährung von Nebenleistungen bereit sind (Schaubild 23). Zunehmend werden solche Nebenleistungen in Tarifverträgen verankert. So sind 1965 erstmals in größerem Umfang Tarifvereinbarungen über ein zusätzliches Urlaubsgeld wirksam geworden. Diese Zahlungen werden — wie andere Nebenleistungen — bisher nicht in der Tariflohn- und -gehaltsstatistik berücksichtigt. Nach vorliegenden Schätzungen wurde 1965 etwa 5,5 Millionen Arbeitnehmern ein tariflich vereinbartes zusätzliches Urlaubsgeld gezahlt. Man rechnet, daß dies je Urlaubstag durchschnittlich neun DM ausmacht. Bei einer durchschnittlichen Urlaubsdauer von knapp 20 Tagen je betroffenen Arbeitnehmer ergibt das eine Gesamtsumme von fast 1 Mrd. DM, rund 0,5 vH der Bruttolohn- und -gehaltsumme.

96. Nach wie vor ist bei den Löhnen der Sog vom Arbeitskräftebedarf her größer als der Druck, der von der Tarifpolitik der Gewerkschaften ausgeht. Die Gewerkschaften haben auch in der

Schaubild 22



Vor 1961 ohne Saarland und Berlin.
1) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer. — 2) Eigene Schätzung.

Tabelle 31

Tariflohn- und -gehaltserhöhungen [1])

Zeitraum	Beschäftigte, für die Tariflohn- oder -gehaltserhöhungen in Kraft getreten sind [2])		Tariflich vereinbarte Lohn- und -gehaltserhöhungen			Tariflöhne und -gehälter	
	1000	vH der tarifstatistisch erfaßten Beschäftigten [3])	je Stunde	Ausgleich für Arbeitszeitverkürzungen	je Woche	je Stunde	je Woche
			vH			Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH	
1960	16 100	95	8,6	0,4	8,2	+7,3	+6,6
1961	16 170	94	8,9	0,1	8,8	+8,7	+8,5
1962	15 910	90	8,0	1,5	6,5	+8,8	+7,7
1963	16 620	91	5,9	0,6	5,3	+5,9	+5,2
1964	17 580	96	7,8	1,5	6,3	+6,3	+4,9
1964 [4]) 1. Vierteljahr	7 480	41	4,1	1,7	2,4	+5,7	+4,9
2. Vierteljahr	10 710	58	4,6	1,1	3,5	+6,0	+4,6
3. Vierteljahr	2 400	13	5,4	0,6	4,8	+5,8	+4,2
4. Vierteljahr	7 930	43	5,5	0,1	5,4	+7,2	+5,7
1965 [4]) 1. Vierteljahr	6 370	34	6,0	0,3	5,7	+8,0	+6,9
2. Vierteljahr	4 800	26	7,1	1,3	5,8	+7,5	+6,8
3. Vierteljahr	7 160	38	3,0	0,5	2,5	+7,6	+6,9

ohne Berlin

[1]) Gehaltserhöhungen für Angestellte und Beamte einschließlich unterstelltem Verdienstausgleich bei Arbeitszeitverkürzungen

[2]) Jahresergebnisse, ohne Doppelzählungen bei mehrfachen Tarifänderungen

[3]) Erfaßt sind die Tarifverträge von etwa 85 vH aller Beschäftigten.

[4]) vorläufige Ergebnisse

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 32

Durch Streik und Aussperrung verlorene Arbeitstage in ausgewählten Ländern

je 1000 Beschäftigte [1])

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland [2])	Frankreich	Italien [3])	Großbritannien	Vereinigte Staaten	Japan
1955	79	474	144	279	1 099	293
1956	138	198	130	154	1 301	365
1957	90	524	154	622	636	423
1958	52	124	189	257	1 001	427
1959	5	272	821	395	2 857	435
1960	3	151	462	232	763	299
1961	5	333	701	221	645	370
1962	33	223	1 866	432	729	300
1963	131	775	956	135	624	152
1964	1	342 [a])	2 304 [a])	178 [a])	930 [a])	186 [a])
1965 1. Halbjahr	4 [b])	111 [a])	265 [a])	154 [a])	269 [c])	170 [c])

[1]) erfaßt sind: Bergbau, verarbeitende Industrie, Baugewerbe und Verkehr

[2]) 1955 und 1956 ohne Saarland und Berlin, 1957 bis 1959 ohne Berlin

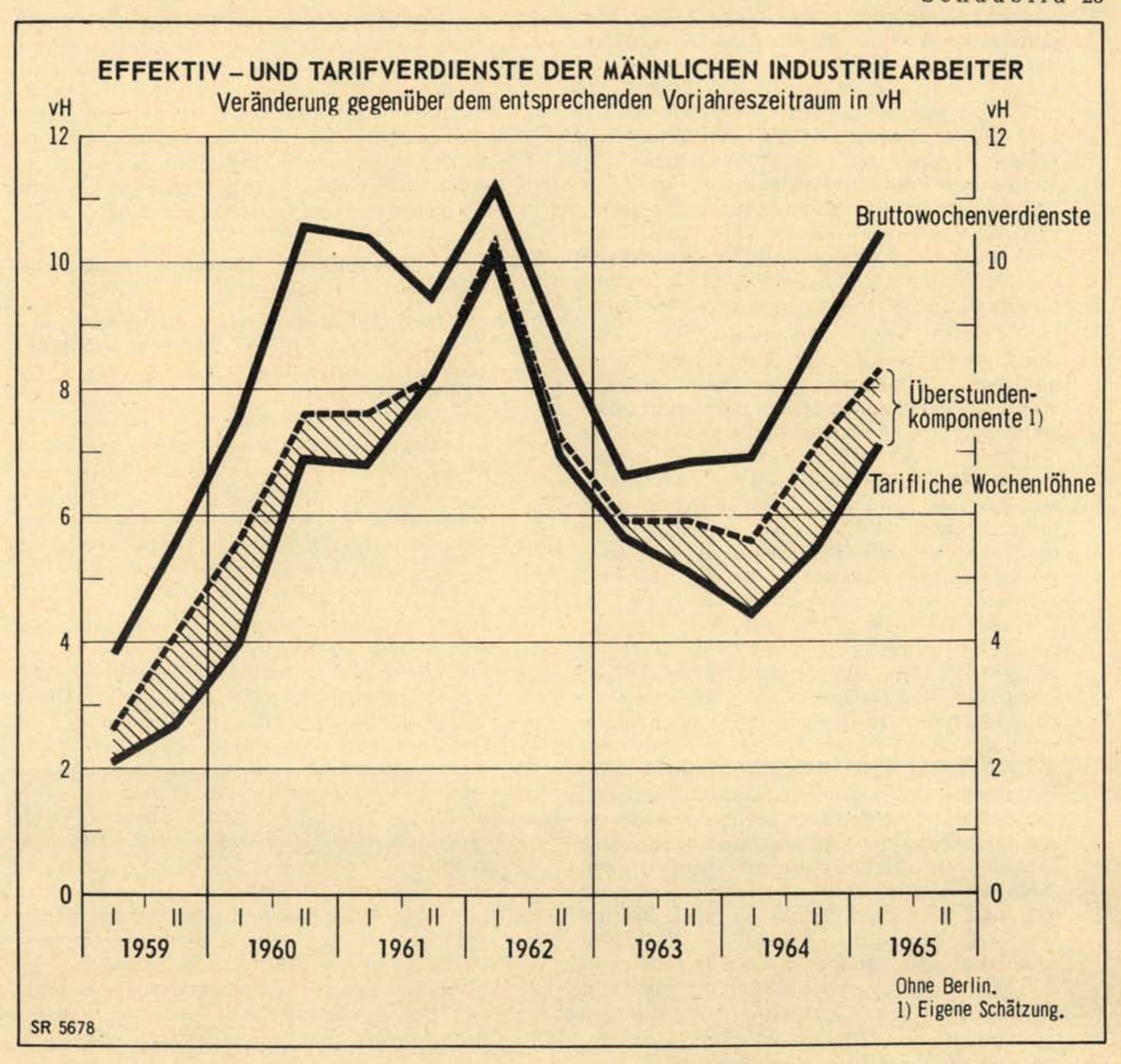
[3]) nur verarbeitende Industrie

a) errechnet aufgrund der Anzahl der Beschäftigten im Jahr 1963

b) errechnet aufgrund der Anzahl der Beschäftigten im Jahr 1964

c) Stand vom April 1965

Schaubild 23



jüngsten Vergangenheit keine aggressive Lohnpolitik betrieben; allerdings ist die Knappheit am Arbeitsmarkt ihren Bestrebungen zugute gekommen. Schon seit Jahren hat es in der Bundesrepublik wenig Arbeitskämpfe gegeben (Tabelle 32); 1964 erreichte der durch Arbeitsstreitigkeiten verursachte Produktionsausfall den tiefsten Stand seit der Währungsform. Soweit Streiks stattfanden — insgesamt fielen hierdurch 16 711 Arbeitstage aus —, handelte es sich zumeist um Einzelaktionen. Aussperrungen wurden 1964 nicht verhängt. Auch im ersten Halbjahr 1965 war die Zahl der durch Streik und Aussperrung verlorenen Arbeitstage minimal. Wahrscheinlich hat an der guten Bilanz, auf die die Bundesrepublik verweisen kann, das System von Institutionen, das für die Beziehungen zwischen Arbeitsgeber und Arbeitnehmer bestimmend ist — Tarifautonomie, Betriebsverfassung, Mitbestimmung —, keinen geringen Anteil gehabt.

Löhne und Produktivität

97. Die Effektiv- und Tariflöhne sind 1965 um mehr als die Zuwachsrate der Produktivität gestiegen. Das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde hat nach vorläufigen Schätzungen im ersten Halbjahr um etwa 4,5 vH zugenommen. Der Preisindex für die Lebenshaltung [1])

[1]) Der im Zusammenhang mit einer kostenniveau-neutralen Lohnpolitik relevante Preisindex ist der des Bruttosozialprodukts nach Ausschaltung der Preisentwicklung von Ausfuhr und Staatsverbrauch. Der Preisindex für die Lebenshaltung hat sich jedoch in den letzten Jahren ähnlich entwickelt.

erhöhte sich im ersten Halbjahr 1965 — wiederum im Vergleich zu dem entspechenden Vorjahrszeitraum — um 2,8 vH. Auch die Zunahme der Reallöhne — selbst die der realen Tariflöhne — war also größer als der durchschnittliche Produktivitätszuwachs. Hierin spiegelt sich aber, daß die Tariflöhne der Produktivitäts- und Preisentwickung nur verzögert folgen; 1964 hielten sich Produktivitätswachstum und Tariflohnsteigerung gerade die Waage, während sich das Preisniveau um 2,3 vH erhöhte; auch 1963 war der Anstieg des Tariflohnniveaus deutlich hinter der Summe aus Produktivitätsfortschritt und Preissteigerung zurückgeblieben.

98. Der Ende Februar 1965 im Tarifkonflikt in der nordrhein-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie von dem Vorsitzenden der Schlichtungsstelle unterbreitete Vorschlag, den Ecklohn um den im laufenden Jahr zu erwartenden gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs und einen Zuschlag als Ausgleich für die wahrscheinliche Geldentwertungsrate zu erhöhen, hat in der lohnpolitischen Diskussion dieses Jahres starke Beachtung gefunden. Da die tatsächlich vereinbarte Lohnerhöhung — sie betrug 7,5 vH — allem Anschein nach diesem Vorschlag entsprach, ist in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt worden, die Schlichtungsstelle habe einen Weg der Lohnfindung beschritten, der im Widerspruch zu den vom Sachverständigenrat aufgestellten Regeln für eine kostenniveauneutrale Lohnpolitik stehe. Der Sachverständigenrat weist demgegenüber darauf hin, daß eine unmodifizierte Anwendung der in Ziffer 248 seines Jahresgutachtens 1964 aufgestellten Regeln (Anhang VI) nur dann erwartet werden kann, wenn die dort genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Zu diesen gehört vor allem das monetäre Gleichgewicht. Solange es nicht annähernd gegeben ist oder in Aussicht steht, wäre es verfehlt, die Verantwortung für die Geldwertstabilität den Sozialpartnern aufzubürden.

99. Der Sachverständigenrat hatte mit folgenden für eine Lohnpolitik im Sinne der Ziffer 248 seines Jahresgutachtens 1964 bedeutsamen Entwicklungen im ersten Halbjahr 1965 gerechnet (JG 64 Ziffer 219 ff.):

Die Rate des Produktivitätsfortschritts, gemessen als Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigenstunde gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, werde sich auf 5 vH belaufen. Gleichzeitig sei mit einer lohnpolitisch ebenfalls bedeutsamen Verbesserung der Terms of Trade zu rechnen, die — auf das Realeinkommen je Stunde bezogen — mit etwa 0,5 vH zu veranschlagen sei. Ein Teil des zu erwartenden Produktivitätsfortschritts sei dadurch bereits verteilt, daß Arbeitskräfte in Bereiche mit höherer Bezahlung „wandern". Die Gesamtwirkung dieses Lohnsummeneffekts des Wandels der Beschäftigten- und Qualifikationsstruktur sei mit 0,5 vH zu veranschlagen. Insgesamt bleibe also je Erwerbstätigenstunde ein realer Einkommenszuwachs von 5 vH zur Verteilung verfügbar. Im monetären Gleichgewicht dürften mithin die Nominallöhne nur in diesem Maße erhöht werden, damit das Kostenniveau stabil bleibt. Monetäres Gleichgewicht bedeutet Preisstabilität. Da jedoch die nominale Gesamtnachfrage weiterhin so stark zunehmen werde, daß das Angebot sie trotz steigender Importe zu den bisherigen Preisen nicht decken könne, müsse mit einem Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung um 3 vH gerechnet werden.

100. Dem steht folgende tatsächliche Entwicklung gegenüber:

Die Produktivität hat in der ersten Hälfte des Jahres 1965 nur um rund 4,5 vH zugenommen. Der Terms of Trade-Effekt ist — wegen des unerwartetet steilen Anstiegs der Einfuhrpreise für Ernährungsgüter — ausgeblieben. Der Lohnsummeneffekt ist, soweit er statistisch erfaßt werden kann, vermutlich auch im ersten Halbjahr 1965 mit höchstens 0,1 vH zu veranschlagen. Je Erwerbstätigenstunde stand also nur ein realer Einkommenszuwachs von rund 4,5 vH zur Verfügung. Der Preisindex für die Lebenshaltung ist um 2,8 vH gestiegen.

Das Niveau der tariflichen Stundenlöhne hat sich — nach Berücksichtigung der tariflich vereinbarten zusätzlichen Urlaubsgeldzahlungen — um höchstens 8,2 vH erhöht. Die effektiven Stundenlöhne sind um etwa 9 vH gestiegen. Die Tariflöhne sind also in der ersten Hälfte des Jahres 1965 — im Gegensatz zu 1964 — schneller gestiegen als die Produktivität, jedoch nicht wesentlich schneller als die Summe von Produktivitätsfortschritt und Preissteigerung.

101. Der Preisanstieg hat sich in der zweiten Hälfte 1965 beschleunigt, seinerseits wiederum nicht unabhängig von den vorausgegangenen lohnbedingten Kosten- und Einkommenssteigerungen. Die Zuwachsrate der Tariflöhne geht dagegen in der zweiten Jahreshälfte eher leicht zurück. Für das ganze Jahr 1965 ist unter diesen Umständen die Tariflohnerhöhung kaum höher zu veranschlagen als Produktivitätsfortschritt und Inflationsrate zusammen.

Unternehmer- und Kapitaleinkommen

102. Das verlangsamte Wachstum des Bruttoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen — rund 5 vH im ersten Halbjahr 1965 gegenüber 11,6 vH im ersten und 8,3 vH im zweiten Halbjahr 1964 — bei steigendem gesamtwirtschaftlichen Preisniveau läßt darauf schließen, daß im Gegensatz zum Vorjahr die Produktionskosten rascher gestiegen sind als die Preise. Die vorhandenen Kapazitäten hatten im Vorjahr kräftige Produktivitätssteigerungen erlaubt, die zusammen mit der Preis- und Lohnentwicklung die Gewinnsituation der Unternehmen verbesserten. Als aber die Produktion in zunehmendem Umfang an die Kapazitäts-

grenzen stieß, als der Wettbewerb um die knappen Arbeitskräfte die Effektivlöhne kräftig steigen ließ und als die Importkonkurrenz dem Preisanstieg Grenzen setzte, vollzog sich in der Gewinnentwicklung schon bald ein Wandel. Insgesamt hat sich daher 1965 das Verhältnis zwischen Erlösen und Kosten wieder verschlechtert.

Belastung der Einkommen

103. Wenn die Investitionsbereitschaft der Unternehmen gleichwohl nicht nachließ, so erklärt sich dies nicht zuletzt aus der geringen Zunahme der direkten Steuern; für das Einkommen aus Unternehmertätigkeit haben die Steuern im ersten Halbjahr 1965 um nicht mehr als 2,5 vH zugenommen. Der Grund liegt nur zum Teil in der Senkung der Einkommensteuertarife ab 1. Januar 1965. Mehr ins Gewicht fällt, daß das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer den Einkommen und Gewinnen mit erheblichen Verzögerungen folgt und die 1965 geleisteten Zahlungen in erheblichem Umfang der Einkommenslage von 1963 entsprechen. [1]) In der Regel bedeutet dies, daß die durchschnittliche Belastung des Unternehmer- und Kapitaleinkommens bei nachlassender Konjunktur zunimmt und bei ansteigender Konjunktur nachläßt (Schaubild 24). Dabei zeigt die marginale Belastung, das ist der Zuwachs der direkten Steuern bezogen auf den Zuwachs der Einkommen, noch stärkere Schwankungen. Sie erreichte 1961, also bei rückläufigem Wirtschaftswachstum, den außerordentlich hohen Satz von 72 vH, betrug aber 1964 — also bei guter Konjunktur — nur 13 vH. Zahlungstechnik und Steuerermittlungspraxis bei der veranlagten Einkommensteuer und bei der Körperschaftsteuer können auf diese Weise die konjunkturellen Schwankungen ganz erheblich verstärken, weil sie den Selbstfinanzierungsspielraum prozyklisch erweitern und einengen und dadurch die Investitionen in der Regel gerade in der falschen Richtung beeinflussen.

Soweit die Steuerschuld die Vorauszahlungen übersteigt, gewährt der Fiskus den Personen und Unternehmen, die zur Einkommen- oder Körperschaftsteuer veranlagt werden, gleichsam ein zinsloses Darlehen. Seine durchschnittliche Laufzeit beträgt etwa zwanzig Monate. In der Summe belief es sich in den vergangenen Jahren auf schätzungsweise 3,5 bis 4,5 Mrd. DM (Tabelle 33). Dieses Darlehen folgt dem Wachstumstrend und den Schwankungen der Konjunktur. Damit dämpft das Veranlagungsverfahren bei der Einkommensteuer die Konjunkturreagibilität all der Steuern, die sofort bezahlt werden müssen.

[1]) Vorauszahlungen werden im allgemeinen geleistet nach der letzten abgeschlossenen Veranlagung. In den letzten Jahren begann die Veranlagung neun Monate nach dem Abschluß des Kalenderjahres, in dem die Einkommen bzw. Gewinne entstanden. Sie war für rund 95 vH der Fälle nach weiteren neun Monaten abgeschlossen. Vorauszahlungen, die im Jahr 1965 geleistet werden, basieren also teilweise noch auf den festgestellten Einkommen des Jahres 1962, in wenigen Fällen auf denen des Jahres 1964.

Tabelle 33

Kassenmäßiges Aufkommen der Veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer nach Vorauszahlungen und sonstigen Zahlungen [1])

Jahr	Aufkommen: Insgesamt	Vorauszahlungen	Sonstige Zahlungen [2])	
	Millionen DM			vH
Veranlagte Einkommensteuer				
1960	8 963,4	6 703,3	2 260,1	*25,2*
1961	10 817,4	8 045,8	2 771,6	*25,6*
1962	12 218,4	9 239,5	2 978,9	*24,4*
1963	13 451,3	10 535,9	2 915,4	*21,7*
Körperschaftsteuer				
1960	6 509,6	5 312,8	1 196,8	*18,4*
1961	7 472,7	5 833,9	1 638,8	*21,9*
1962	7 790,1	6 070,3	1 719,8	*22,1*
1963	7 687,5	6 156,5	1 531,0	*19,9*
Veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer				
1960	15 473,0	12 016,1	3 456,9	*22,3*
1961	18 290,1	13 879,7	4 410,4	*24,1*
1962	20 008,5	15 309,8	4 698,7	*23,5*
1963	21 138,8	16 692,4	4 446,4	*21,0*

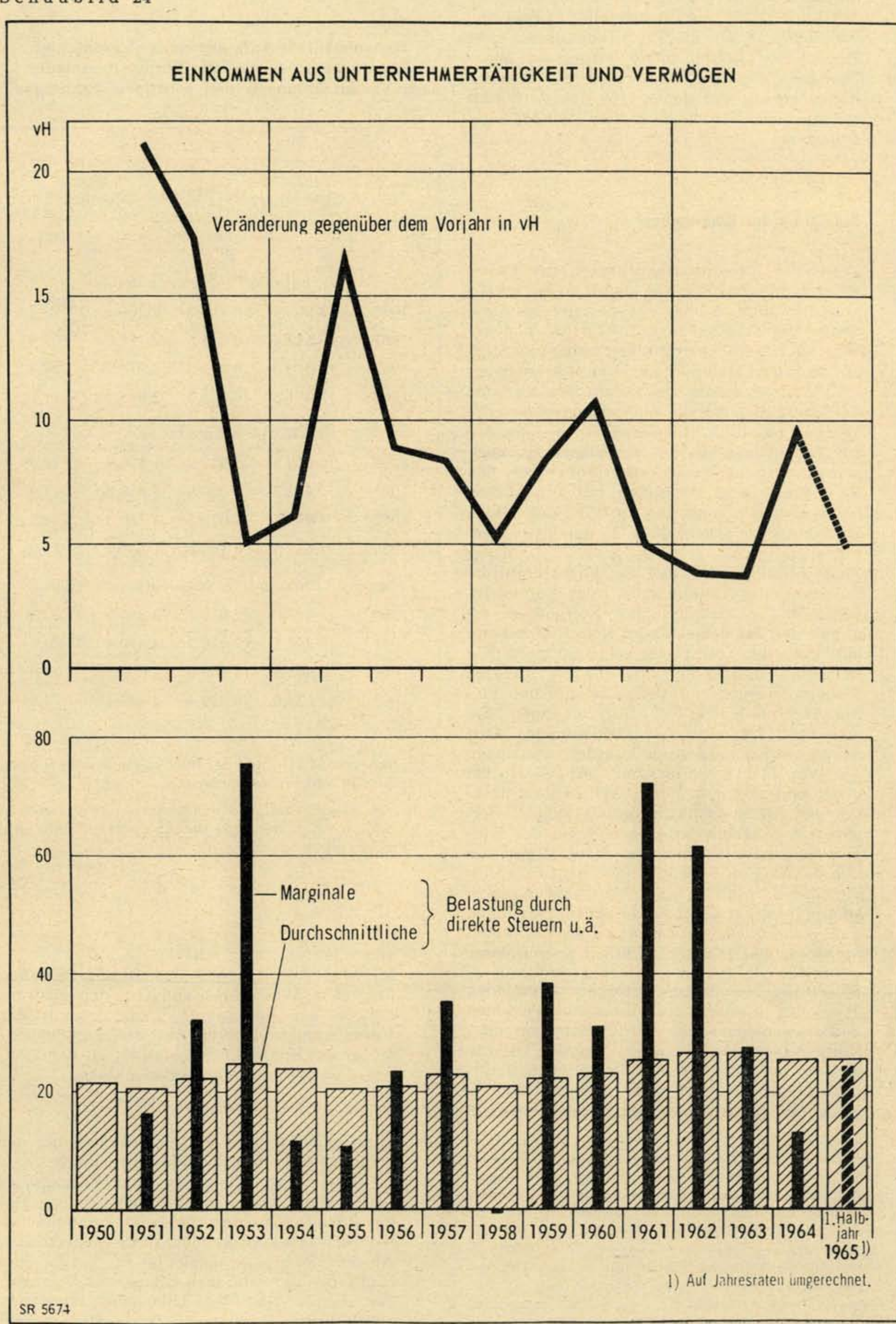
[1]) hochgerechnet aufgrund der Meldungen von 68 Finanzämtern in acht Bundesländern

[2]) in der Hauptsache Abschlußzahlungen (Unterschiedsbetrag zwischen der geleisteten Vorauszahlung und dem Veranlagungssoll)

Quelle: BMF

104. Ganz anders liegen die Verhältnisse bei der Lohnsteuer. Ihre Konjunkturreagibilität ist beträchtlich, weil hier das Quellenabzugsverfahren angewandt wird. Bei einem großen Teil der Steuerpflichtigen übersteigt der einbehaltene Betrag sogar die eigentliche Steuerschuld. Als Beispiel mag genügen, daß für mehr als die Hälfte der 20,7 Millionen Lohnsteuerpflichtigen des Jahres 1961 ein Lohnsteuer-Jahresausgleich durchgeführt wurde. Deren Steuerschuld

Schaubild 24



war um 1,5 Mrd. DM oder um ein Sechstel niedriger als der einbehaltene Betrag. [1])

105. Die Tarifsenkung vom 1. Januar 1965 hat den Anteil der Lohnsteuerzahlungen an der Bruttolohn- und -gehaltsumme, der von 5,5 vH 1958 auf 8,5 vH 1964 angestiegen war, 1965 auf schätzungsweise 8 vH verringert (Tabelle 104, Anhang). Daher nahm das Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit etwas schneller zu als die Bruttolohn- und -gehaltsumme (erstes Halbjahr 1965: 10,9 vH gegen 9,8 vH). Je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer erhöhte sich das Nettoeinkommen in diesem Zeitraum allerdings nur um 9,4 vH. Es erreichte damit einen Stand von etwas über 600 DM monatlich.

106. Die Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung sind, bezogen auf die Bruttolohn- und -gehaltsumme, von 12,5 vH 1960 auf 11,5 vH 1964 gesunken [2]) (Tabelle 104, Anhang). Diese Tendenz hat sich im ersten Halbjahr 1965 fortgesetzt, da die Arbeitgeberbeiträge nur um 4,2 vH (2,4 vH nach Ausschaltung der Einzahlungen in fiktive Pensionsfonds) zugenommen haben. Teilweise beruht dies auf einmaligen Faktoren, in erster Linie auf dem Fortfall der Arbeitgeberbeiträge zu den Familienausgleichskassen Mitte 1964. Daneben ist von Bedeutung, daß die öffentliche Hand einen Teil der Arbeitgeberbeiträge, die der Bergbau zur Knappschaftlichen Rentenversicherung leistet, durch Zuschüsse ersetzt hat. In der gleichen Richtung wirkte lange Zeit auch, daß mit steigendem Einkommen immer mehr Arbeitnehmer die Pflichtgrenzen der Sozialversicherung überschreiten. Da diese Grenzen bei der Angestelltenversicherung am 1. Juli 1965 und bei der Krankenversicherung am 1. September 1965 erhöht wurden, ist nun eine gegenläufige Tendenz eingetreten.

107. Das relative Zurückbleiben der Arbeitgeberbeiträge seit 1960 hatte den Spielraum der Sozialpartner für kostenniveau-neutrale Lohnerhöhungen — insbesondere von Mitte 1964 bis Mitte 1965 — nach oben erweitert (JG 64 Ziffer 248 c). Umgekehrt ist dieser Spielraum durch die Heraufsetzung der Pflichtversicherungsgrenzen wieder — und zwar nicht unbeträchtlich — kleiner geworden.

[1]) Es ist allerdings nicht möglich, den konjunkturabhängigen Teil dieses Darlehens der Lohnsteuerpflichtigen zu bestimmen, da die Gründe, die zur Durchführung eines Lohnsteuer-Jahresausgleichs führen, vielfältig sind. Außerdem sind in der Summe von 1,5 Mrd. DM die Erstattungen nicht berücksichtigt, die im Ausgleichsjahr gegen fällige Lohnsteuerbeträge verrechnet, also nicht von einer Finanzkasse ausgezahlt wurden.

[2]) Zu den Arbeitgeberbeiträgen zählen in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch unterstellte Einzahlungen in fiktive Pensionsfonds für Beamte. Nach Ausschaltung dieser fiktiven Ströme beträgt der Anteil 1960 noch 10,2 vH, 1964 noch 9,2 vH.

Für die Zukunft sind sprunghafte Beitragserhöhungen in der gesamten gesetzlichen Rentenversicherung zu Beginn des Deckungsabschnitts 1967 bis 1976 zu erwarten, wenn es bei dem Grundsatz bleibt, daß für einen ganzen Deckungsabschnitt der einheitliche Beitragssatz gilt, und wenn an den Vorschriften über die Höhe des Rücklagesolls, an der bisherigen Bemessung der Bundeszuschüsse oder an den Deckungsvorschriften nichts geändert werden sollte. Lohnpolitisch wäre eine stufenweise Anpassung der Beitragssätze vorzuziehen (JG 64 Ziffer 248 c). Überdies verdient sie auch unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten Beachtung. Bei anhaltender Übernachfrage könnte eine vorzeitige leichte Erhöhung der Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung dazu beitragen, daß der Preisauftrieb wenigstens im Verbrauchsgütersektor etwas gedämpft wird.

108. Die Gesamtbelastung des Volkseinkommens durch direkte Steuern und Beiträge zur Sozialversicherung, die sich 1964 auf knapp 26 vH belief, ging 1965 leicht zurück. Da zur selben Zeit die übertragenen Einkommen kräftig gewachsen und auch die entnommenen Gewinne etwas schneller gestiegen sind, hat 1965 — anders als 1964 — das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte erheblich mehr zugenommen als das Volkseinkommen.

Einkommensübertragungen

109. Die Übertragungen vom Staat an private Haushalte — das sind vor allem Zahlungen öffentlicher Stellen an Rentner, Pensionäre und Unterstützungsempfänger — stiegen 1964 um 9,5 vH auf rund 52 Mrd. DM; sie lagen mit 28,4 Mrd. DM im ersten Halbjahr 1965 um 12,4 vH über dem Niveau des Vorjahres (Tabelle 29). Für das ganze Jahr 1965 ist mit einem Anstieg in gleicher Höhe zu rechnen. Ausschlaggebend dafür ist nicht der Zugang an Neurenten, denn die demographische Entwicklung hätte eher einen Rückgang der Übertragungen erwarten lassen. Vielmehr liegen die Gründe darin, daß die Sozialversicherungsrenten an die um 9,4 vH gestigene Bemessungsgrundlage angepaßt wurden, daß höhere Kriegsschadenrenten und höhere Pensionen gezahlt werden und daß gesetzliche Verbesserungen bei der Kriegsopferversorgung und beim Kindergeld (Tabelle 105, Anhang) wirksam geworden sind.

Verfügbares Einkommen

110. Wenn das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte 1964 um 9,6 vH und in der ersten Hälfte 1965 um 10,7 vH gestiegen ist, so bedeutet dies nur zum Teil eine Erhöhung des Lebensstandards. Der andere Teil geht auf das Konto der Preissteigerungen. Hatte sich

der Preisindex für die Lebenshaltung eines vierköpfigen Arbeitnehmerhaushaltes 1964 nur um 2,3 vH erhöht — allerdings im zweiten Halbjahr stärker als im ersten —, so belief sich die Steigerung in der ersten Hälfte 1965 schon auf 2,8 vH. Noch stärker schlugen die Preissteigerungen bei den Rentnerhaushalten zu Buch (erstes Halbjahr 1965: + 3,1 vH). Gleichwohl haben die privaten Haushalte auch 1965 mehr von ihrem verfübaren Einkommen gespart als in früheren Jahren.

VI. Privater Verbrauch und Ersparnis

Die Ersparnis im gegenwärtigen Aufschwung

111. Die Ersparnis der privaten Haushalte — die Geldvermögensbildung in der Form von Spareinlagen, Geldanlagen bei Bausparkassen und Versicherungen, Wertpapierkäufen usw. — hat seit 1963 wieder beträchtlich schneller zugenommen als der private Verbrauch (Tabelle 34). Der Anteil der Ersparnis am verfügbaren Einkommen, die Sparquote, ist 1964 auf knapp 11 vH und im ersten Halbjahr 1965, soweit die bisher vorliegenden Schätzungen erkennen lassen, auf 12 vH gestiegen. Die marginale Sparquote, das heißt der Zuwachs der Ersparnis in vH des Zuwachses des verfügbaren Einkommens, lag zwar im ersten Halbjahr 1965 etwas niedriger als in den beiden vorangegangenen Jahren, jedoch erheblich über dem Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1962. Die Haushalte haben 1963 und 1964 jeweils ein Viertel ihres Einkommenszuwachses nicht verbraucht (Schaubild 25). An den weiteren Anstieg der Sparquote im Jahre 1965 mögen kurzfristige Einflüsse — wie etwa die Teilprivatisierung der Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerks-AG — ihren Anteil haben.

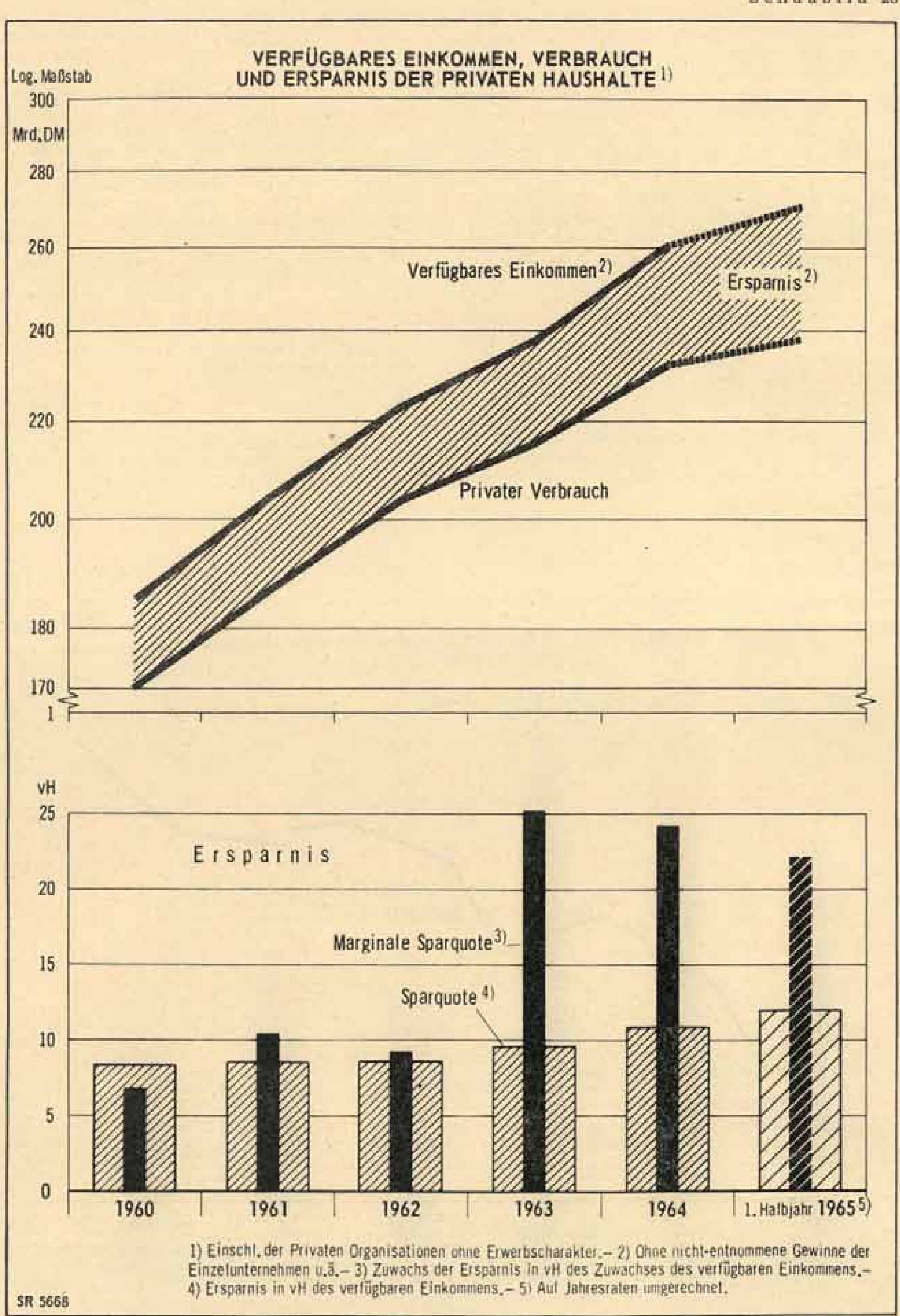
Tabelle 34

Verfügbares Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte [1])

Zeitraum	Verfügbares Einkommen [2])	Privater Verbrauch	Ersparnis [2])	Sparquote [3])	Marginale Sparquote [4])
	Mrd. DM			vH	
1960	185,5	170,0	15,5	*8,3*	.
1961	204,2	186,8	17,4	*8,5*	*10,4*
1962	223,2	204,0	19,2	*8,6*	*9,2*
1963 [5])	238,1	215,1	22,9	*9,6*	*25,2*
1964 [5])	260,8	232,4	28,4	*10,9*	*24,2*
1964 [5]) 1. Halbjahr	122,4	109,0	13,4	*10,9*	*26,0*
2. Halbjahr	138,5	123,4	15,1	*10,9*	*22,6*
1965 [6]) 1. Halbjahr	135,5	119,3	16,2	*12,0*	*22,1*
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH				
1961	*+10,1*	*+9,8*	*+12,6*	.	.
1962	*+ 9,3*	*+9,2*	*+10,1*	.	.
1963 [5])	*+ 6,7*	*+5,4*	*+19,5*	.	.
1964 [5])	*+ 9,6*	*+8,0*	*+24,0*	.	.
1964 [5]) 1. Halbjahr	*+ 9,2*	*+7,5*	*+25,1*	.	.
2. Halbjahr	*+ 9,9*	*+8,5*	*+23,0*	.	.
1965 [6]) 1. Halbjahr	*+10,7*	*+9,4*	*+21,6*	.	.

[1]) einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter
[2]) ohne nicht-entnommene Gewinne u. ä.
[3]) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens
[4]) Zuwachs der Ersparnis in vH des Zuwachses des verfügbaren Einkommens
[5]) vorläufige Ergebnisse
[6]) erste vorläufige Ergebnisse

Schaubild 25



1) Einschl. der Privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. — 2) Ohne nicht-entnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä. — 3) Zuwachs der Ersparnis in vH des Zuwachses des verfügbaren Einkommens. — 4) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens. — 5) Auf Jahresraten umgerechnet.

112. Betrachtet man die Entwicklung der Sparquote der privaten Haushalte in der Bundesrepublik über einen längeren Zeitraum (Schaubild 26), so wird erkennbar, daß sich deren Anstieg in Schüben vollzogen hat. Nach einer mehrjährigen Sparwelle pflegte die Sparquote in den darauffolgenden Jahren jeweils leicht zu sinken oder konstant zu bleiben. Die gegenwärtige Sparwelle hat 1963 begonnen [1]).

113. Indem die privaten Haushalte verhältnismäßig mehr sparten, haben sie die Spannungen zwischen Nachfrage und Angebot auf den Konsumgütermärkten vermindert. Angesichts des Geldwertschwundes ist diese Entwicklung überraschend, um so mehr als der größte Teil der Geldvermögensbildung auf die Spareinlagen entfällt, deren Realverzinsung ausgesprochen niedrig ist. Im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1964 betrug dieser Anteil rund 45 vH. Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist — auf sie entfallen bei den Sparkassen rund drei Viertel des Spareinlagenbestandes (Tabelle 36) — verzinsen sich real, wenn man den Geldwertschwund am Preisindex für die Lebenshaltung mißt, seit 1962 allenfalls mit 1 vH (Tabelle 35); nur bestimmte Gruppen von Zwecksparern sind, weil die Preise zahlreicher Dauergüter nicht gestiegen sind, nicht enttäuscht

[1]) Die beiden vorangegangenen Wellen nahmen ihren Ausgang in den Jahren 1952 und 1957, also ebenfalls in Jahren verlangsamten Wachstums. Doch scheint weniger ein Vorsichtsmotiv die privaten Haushalte veranlaßt zu haben, ihre Sparquote sprunghaft zu erhöhen, als andere — wechselnde — Umstände. So mag 1952 nach Deckung des dringlichsten Nachholbedarfs ein gewisser Spielraum für zusätzliche Ersparnisse entstanden sein. 1957 dürfte die Rentenreform die kräftige Steigerung der privaten Ersparnis begünstigt haben. 1963 scheinen gewisse Verschiebungen in der Bedarfsstruktur die ruckweise Erhöhung der Sparquote, die sich inzwischen fortgesetzt hat, zu erklären (Ziffer 115). Doch ist bei solchen Mutmaßungen zu bedenken, daß in der Ersparnis der privaten Haushalte die der sogenannten privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter — beispielsweise Kirchen, Gewerkschaften — enthalten ist. Umgekehrt sind die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit abgesetzt. Die statistische Trennung der entnommenen und nicht-entnommenen Gewinne birgt jedoch erhebliche Fehlerquellen.

Schaubild 26

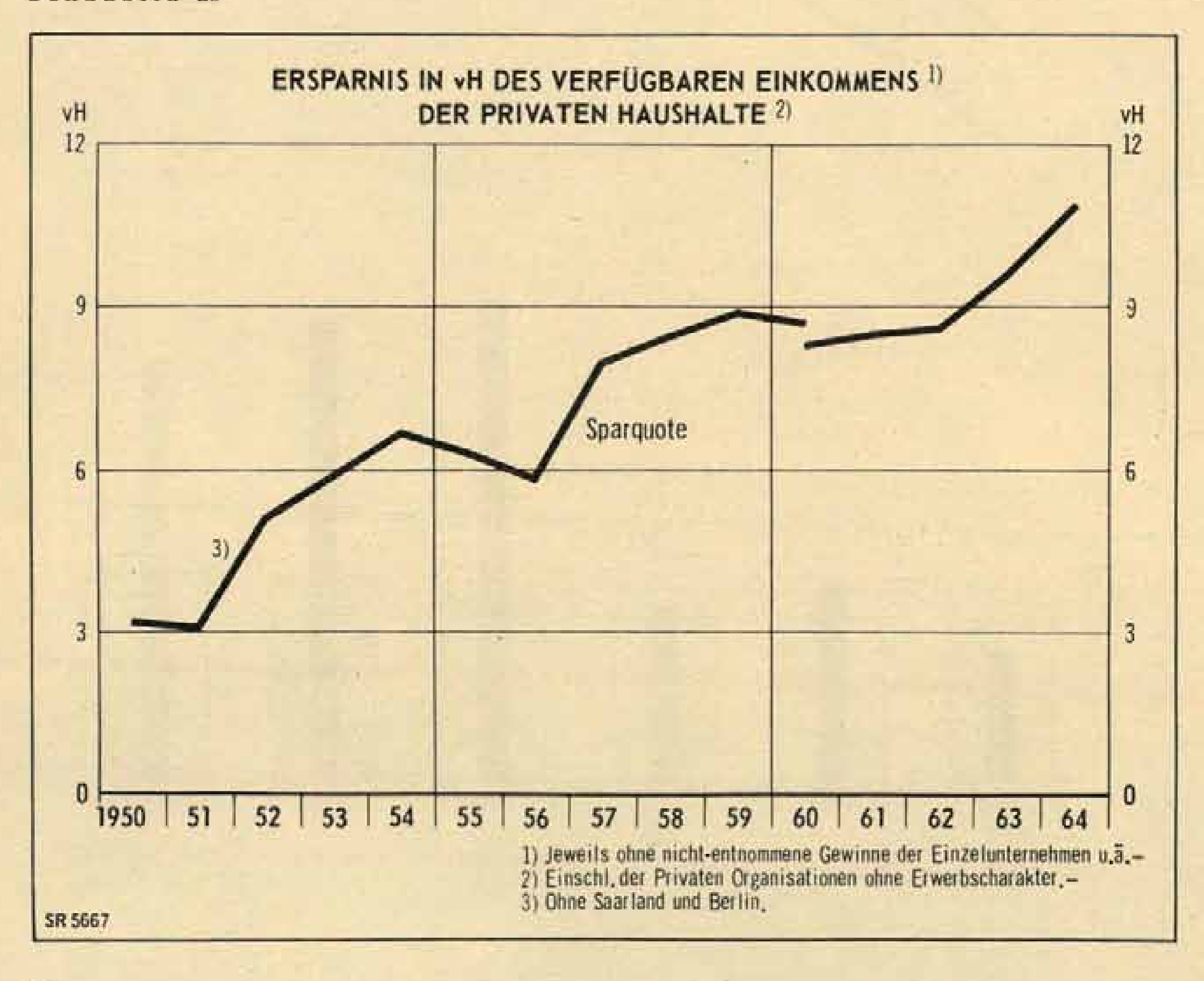


Tabelle 35

Sparzins und Teuerung

vH

Zeitraum	Zinssatz für Spareinlagen [1]	Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung [2]	„Realzins" (Spalte 1 ./. Spalte 2)
	1	2	3
1960	3,75	+ 1,4	2,4
1961	3,50	+ 2,3	1,2
1962	3,25	+ 3,0	0,3
1963	3,25	+ 3,0	0,3
1964	3,25	+ 2,3	1,0
1965 Januar bis September	3,42	+ 3,2	0,2

[1]) mit gesetzlicher Kündigungsfrist
[2]) gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum

worden. Hinzu kommt, daß die Zinseinkommen in der Regel auch insoweit der Besteuerung unterliegen, als sie lediglich die Geldentwertung ausgleichen, während Nominalwerterhöhungen am Sachvermögen nur bedingt steuerbar sind.

114. Die Sparer haben allerdings die Möglichkeit, staatliche Sparprämien und steuerliche Vorteile in Anspruch zu nehmen; dadurch ist ein Teil der Realvermögensverluste, die den Sparern entstanden sind, ausgeglichen worden. Der Anteil des Bestandes an prämienbegünstigten Spareinlagen am Spareinlagenbestand der Privatpersonen ist von 6,4 vH Ende 1962 auf 9,7 vH Ende 1964 gestiegen. Die einzelnen Gruppen scheinen jedoch die Möglichkeit, die ihnen der Gesetzgeber bietet, unterschiedlich zu nutzen. Nach einer Repräsentativerhebung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes entfällt ein geringerer Teil der gesamten Sparguthaben der Arbeiterhaushalte, die von ihnen bei den Sparkassen unterhalten werden, auf prämienbegünstigte Sparverträge als etwa bei Angestellten- und Beamtenhaushalten (Tabelle 36). Dies mag sich freilich ändern, wenn die Erwartungen, die an das Vermögensbildungs-

Tabelle 36

Spareinlagenbestand bei Sparkassen am 31. 10. 1964 nach sozialen Gruppen der Sparer und Art der Sparkonten [1])

Soziale Gruppe [2])	Spareinlagenbestand insgesamt		mit gesetzlicher Kündigungsfrist	mit vereinbarter [3]) Kündigungsfrist	prämienbegünstigter Verträge	je Sparbuch	
	Mrd. DM	vH	vH	vH	vH	DM	vH
Lehrlinge	0,1	*0,3*	*66,6*	*17,0*	16,4	318	*20,7*
Arbeiter	9,1	*18,0*	*82,0*	*11,6*	6,3	1 071	*69,7*
Angestellte	9,9	*19,6*	*74,6*	*10,1*	15,3	1 305	*85,0*
Beamte	3,0	*5,9*	*70,8*	*15,4*	13,8	1 490	*97,0*
Ohne Beruf, Rentner, Pensionäre	12,3	*24,4*	*77,4*	*15,0*	7,6	2 093	*136,3*
Selbständige in Handwerk, Handel und Gewerbe	8,1	*16,0*	*65,1*	*27,7*	7,2	2 439	*158,8*
Landwirte	2,9	*5,8*	*66,8*	*29,6*	3,5	1 698	*110,5*
Freie Berufe	2,5	*5,0*	*73,1*	*21,5*	5,3	2 498	*162,6*
Ohne Angabe	2,5	*5,0*	*74,2*	*21,3*	4,5	1 049	*68,3*
insgesamt ...	50,5	*100*	*74,3*	*17,0*	8,7	1 536	*100*

[1]) hochgerechnetes Ergebnis einer Repräsentativerhebung
[2]) Kinder und Ehefrauen sind der sozialen Gruppe des Haushaltsvorstandes zugeordnet
[3]) ohne prämienbegünstigte Verträge

Quelle: Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.

Tabelle 37

Ausstattung von Haushalten mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern nach dem Zeitpunkt der Anschaffung [1])

Stand: Dezember 1964

Gebrauchsgut	Haushalte		Zeitpunkt der Anschaffung			
	Anzahl	vH	vor 1955	1955 bis 1959	1960 bis 1964	unbekannt
			vH der Haushalte			
Fernsehgerät	216	63,0	—	29	70	1
Musikschrank	62	18,1	16	49	33	2
Kühlschrank	286	83,4	5	40	53	2
Nähmaschine (elektrisch)	81	23,6	15	31	53	1
Waschautomat	64	18,7	—	13	84	3
Waschmaschine	142	41,4	11	43	45	1
Wäscheschleuder (elektrisch)	163	47,5	4	36	59	1
Personenkraftwagen	103	30,0	—	8	92	—

[1]) 343 Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes

gesetz in seiner neuen Fassung vom Frühjahr 1965 geknüpft werden, in Erfüllung gehen. Daß Arbeiterhaushalte Sparprämien verhältnismäßig wenig in Anspruch nehmen, mag am Mangel an Aufklärung liegen oder auch daran, daß bei dieser Gruppe Sparmotive vorherrschen, die eine kurzfristige Geldanlage mit sich bringen.

115. Wandlungen in der Bedarfsstruktur der privaten Haushalte können einen unmittelbaren Einfluß auf die Höhe der Sparquote wie auch auf die Art der Anlage der Ersparnisse haben. Im Zuge der allgemeinen Steigerung der Realeinkommen war die Struktur der Haushaltsausgaben seit 1950 einem beträchtlichen Wandel unterworfen (JG 64 Ziffer 76). Für die Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte läßt sich zeigen, daß diese Gruppen vor allem seit Ende der fünfziger Jahre ihre Ausstattung mit solchen langlebigen Gebrauchsgütern verbessert hat, deren Erwerb im allgemeinen ein mehr oder weniger langes Ansparen (eines Teils) der Kaufsumme erfordert (Tabelle 37).

Dies mag darauf hinweisen, daß auch die Sparfähigkeit dieser Personenkreise allmählich zunimmt; es mag zugleich — zum Teil — erklären, warum gleichwohl deren durchschnittliche Sparguthaben — nämlich wegen der kürzeren Anlagedauer der Guthaben — noch unverhältnismäßig niedrig sind.

Haushaltseinkommen und Verbrauchsstruktur

116. Welchen Einfluß die Höhe des Haushaltseinkommens auf die Struktur der Haushaltsausgaben hat, zeigen die — noch unvollständigen — Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63. Sie lassen erkennen (Tabelle 106, Anhang), daß die Haushalte in der Regel relativ, also bezogen auf die Gesamtausgaben, um so mehr für „Nahrungs- und Genußmittel", „Wohnungsmieten" und „Elektrizität, Gas, Brennstoffe" ausgaben, je niedriger ihr Nettoeinkommen war (Einkommenselastizität der Nachfrage kleiner als eins). Für „Kleidung und Schuhe" sowie „Körper- und Gesundheitspflege" wandten die Haushalte in allen Einkommensschichten einen ungefähr gleich großen Anteil ihres Einkommens auf (Einkommenselastizität nahe eins). Hingegen gaben sie im Durchschnitt um so mehr für „Übrige Haushaltführung", „Verkehr und Nachrichtenübermittlung", „Bildung und Unterhaltung" sowie „Persönliche Ausstattung" aus, je höher ihr Nettoeinkommen war (Einkommenselastizität der Nachfrage größer als eins). In diesen Gruppen war zugleich der Anteil an langlebigen, hochwertigen Gebrauchsgütern oder an Dienstleistungen besonders groß (Tabelle 38).

117. Innerhalb derselben Einkommensschicht verhielten sich die Haushalte von Selbständigen, Arbeitnehmern und Nichterwerbstätigen sowohl hinsichtlich der Höhe als auch der Ver-

teilung der Verbrauchsausgaben bemerkenswert gleichförmig. Auffällig ist allerdings, daß die Arbeitnehmerhaushalte in allen Einkommenschichten wesentlich mehr für „Verkehr und Nachrichtenübermittlung" ausgaben als die Selbständigenhaushalte (Tabelle 107, Anhang). Dies ist wohl darauf zurückzuführen, daß zahlreiche Arbeitnehmerhaushalte gerade in den letzten Jahren Personenkraftwagen angeschafft haben (Ziffer 115); sicherlich spielt aber auch eine Rolle, daß bei vielen Selbständigen der Privatverbrauch nur unvollkommen erfaßt wird, da er sich zum Teil mit der Erwerbssphäre überschneidet.

118. Wie sich die Struktur des privaten Verbrauchs ändert, wenn die — realen — Haushaltseinkommen allgemein zunehmen, darauf geben

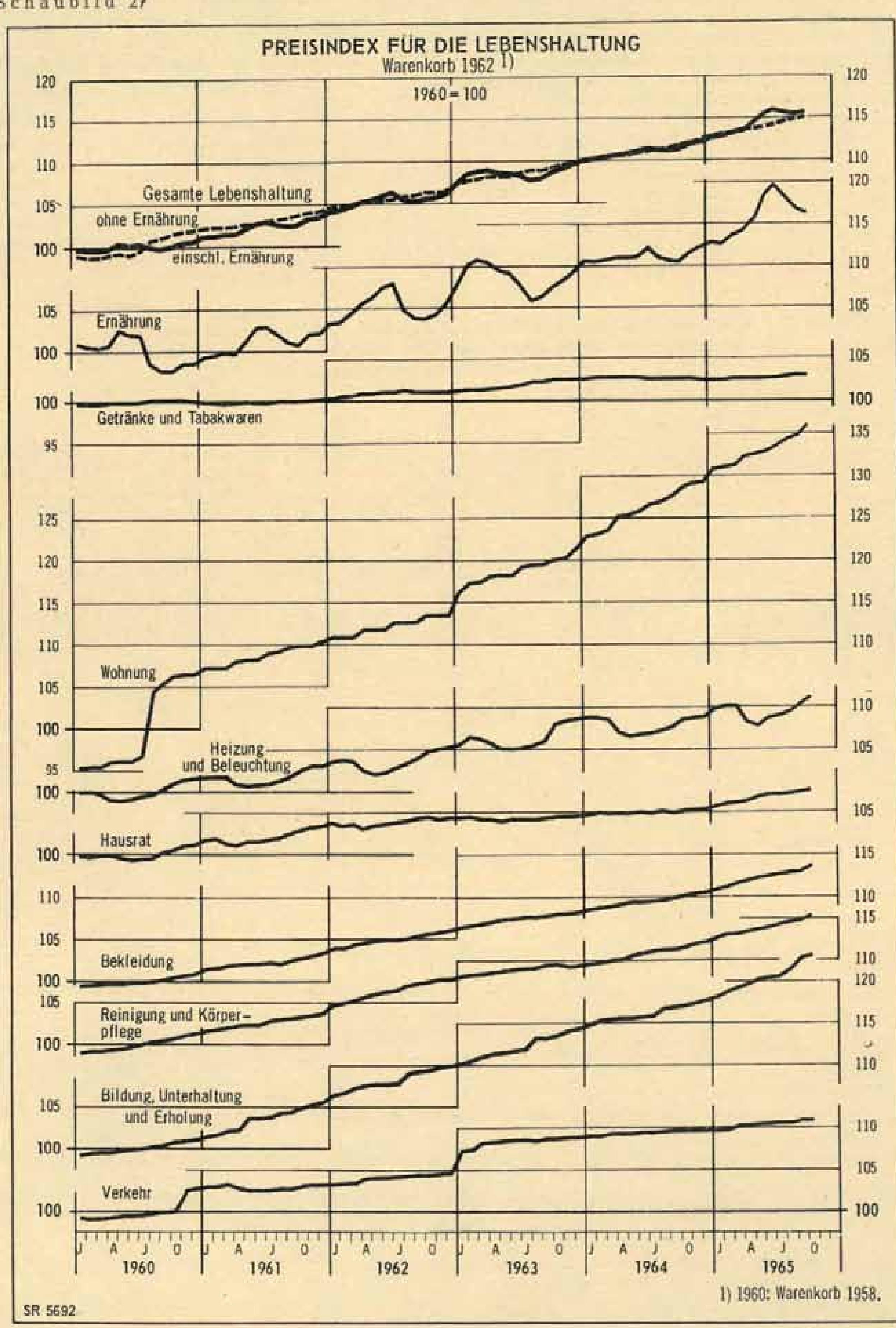
Tabelle 38

Käufe privater Haushalte für den privaten Verbrauch im Durchschnitt je Haushalt und Monat 1962/63 nach Güterarten, Verwendungszwecken und Nettoeinkommensgruppen [1])

Haushaltsnettoeinkommen (Oktober 1961) von ... DM / Verwendungszweck	Käufe						
	Insgesamt		davon				
			Verbrauchsgüter, Reparaturen	Gebrauchsgüter [2])	Langlebige, hochwertige Gebrauchsgüter	Wohnungsmieten u. ä.	Sonstige Dienstleistungen
	DM	vH					
Unter 300 [3])	308,88	100	56,0	14,9	3,3	16,9	8,9
300 bis unter 600 [3])	586,77	100	55,4	17,5	6,2	11,6	9,3
600 bis unter 800 [3])	781,72	100	53,4	18,7	7,3	10,7	9,9
800 bis unter 1 200 [3])	1 003,69	100	50,5	19,4	8,5	10,4	11,2
1 200 und mehr [3])	1 436,78	100	45,1	19,9	9,2	10,6	15,2
Insgesamt [4])	729,73	100	52,9	18,3	7,3	11,1	10,4
davon:							
Nahrungs- und Genußmittel	294,21	100	100	—	—	—	—
Kleidung, Schuhe	88,52	100	5,4	94,6	—	—	—
Wohnungsmieten u. ä.	81,28	100	—	—	—	100	—
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	30,62	100	100	—	—	—	—
Übrige Haushaltsführung	84,94	100	24,6	30,0	32,1	—	13,3
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	57,32	100	23,4	4,4	28,0	—	44,2
Körper- und Gesundheitspflege	23,35	100	45,8	11,3	—	—	42,9
Bildung und Unterhaltung	47,16	100	22,0	25,3	15,9	—	36,8
Persönliche Austattung u. ä.	20,34	100	2,9	32,9	12,2	—	52,0

[1]) ohne Bevölkerung in Anstaltshaushalten und ohne Haushalte ausländischer Arbeitskräfte u. a.
[2]) von mittlerer Lebensdauer und/oder begrenztem Wert
[3]) ohne Landwirte
[4]) einschließlich Landwirte

Schaubild 27



die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe nur bedingt Antwort. Da sich im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums die Preisrelationen der Güter zueinander verschieben, neue Güter auf die Märkte kommen und auch die Qualitätsansprüche sich ändern, werden Haushalte, die in — absolut — höhere Einkommensschichten aufrücken, deren Verbrauchsgewohnheiten von 1962/63 nicht gleichsam automatisch übernehmen. Doch ist es wahrscheinlich, daß die Güter und Dienstleistungen, die 1962/63 in solche Gruppen fielen, für die die Einkommenselastizität der Nachfrage deutlich über eins lag, künftig größeres Gewicht im Ausgabenbudget der privaten Haushalte erlangen werden.

Der private Verbrauch im gegenwärtigen Aufschwung

119. Obwohl 1964 und im ersten Halbjahr 1965 die Sparquote der privaten Haushalte gestiegen ist, haben doch zugleich die Verbrauchsausgaben beschleunigt zugenommen, da auch das verfügbare Einkommen stärker gewachsen ist als in der jeweils vorangegangenen Periode (Tabelle 34). Die privaten Verbrauchsausgaben haben damit 1965 — ähnlich wie 1956 und 1961/62 — das Bild der Gesamtkonjunktur wieder stärker bestimmt als etwa im Vorjahr. In den ersten neun Monaten des Jahres lagen die Einzelhandelsumsätze (Tabelle 39), die im allgemeinen knapp die Hälfte der Käufe der privaten Haushalte ausmachen, um 10 vH höher als in dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Umsatzsteigerung kam allen Warengruppen zugute. Ein erheblicher Teil der Zunahme entfiel allerdings auf Preissteigerungen. Die Einzelhandelspreise lagen in den ersten neun Monaten 1965 durchschnittlich um nicht weniger als 3,3 vH über dem Niveau der Vorjahreszeit. In konstanten Preisen gerechnet haben sich nur die Einzelhandelsumsätze der Gruppe „Bekleidung, Wäsche und Schuhe" wesentlich rascher ausgeweitet als 1964.

120. Der Anstieg der Einzelhandelspreise schlug voll auf den Preisindex für die Lebenshaltung durch, da in den übrigen Bereichen des privaten Verbrauchs die Preise im Durchschnitt nicht weniger stiegen. In den ersten neun Monaten 1965 war der „Warenkorb", der dem Preisindex für die Lebenshaltung zugrunde liegt, wieder, und zwar um 3,2 vH, teurer als vor Jahresfrist;

Tabelle 39

Einzelhandelsumsätze

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Zeitraum	Insgesamt		Nahrungs- und Genußmittel		Bekleidung, Wäsche, Schuhe		Hausrat und Wohnbedarf		Sonstige Waren	
	In jeweiligen Preisen	In Preisen von 1954	In jeweiligen Preisen	In Preisen von 1954	In jeweiligen Preisen	In Preisen von 1954	In jeweiligen Preisen	In Preisen von 1954	In jeweiligen Preisen	In Preisen von 1954
1960	+ 9	+ 8	+ 6	+ 6	+ 9	+ 8	+ 8	+ 7	+ 11	+ 10
1961	+ 9	+ 7	+ 7	+ 6	+ 11	+ 8	+ 9	+ 5	+ 10	+ 7
1962	+ 8	+ 4	+ 7	+ 3	+ 7	+ 4	+ 7	+ 3	+ 11	+ 7
1963	+ 4	+ 1	+ 3	+ 1	+ 3	+ 1	+ 1	− 1	+ 6	+ 3
1964	+ 7	+ 5	+ 6	+ 4	+ 7	+ 5	+ 9	+ 7	+ 6	+ 4
1963 1. Halbjahr	+ 3	+ 0	+ 2	+ 0	+ 1	− 1	− 2	− 5	+ 6	+ 2
2. Halbjahr	+ 4	+ 3	+ 3	+ 2	+ 5	+ 2	+ 3	+ 1	+ 6	+ 3
1964 1. Halbjahr	+ 6	+ 5	+ 4	+ 4	+ 7	+ 5	+ 10	+ 8	+ 6	+ 4
2. Halbjahr	+ 8	+ 5	+ 7	+ 4	+ 7	+ 5	+ 9	+ 7	+ 7	+ 5
1965 1. Halbjahr	+ 9	+ 6	+ 7	+ 3	+ 12	+ 9	+ 11	+ 7	+ 8	+ 4
3. Vierteljahr	+ 11	+ 7	+ 10	+ 5	+ 14	+ 11	+ 9	+ 5	+ 10	+ 6

ohne Berlin

1964 hatte er sich um 2,3 vH verteuert. Auch wenn man den starken, wohl nicht nur witterungsbedingten Anstieg der Ernährungspreise außer Betracht läßt, bleibt immer noch ein beschleunigter Preisauftrieb zu verzeichnen.

121. Wie aus Schaubild 27 hervorgeht, trug die Preisentwicklung in den einzelne Bedarfsgruppen unterschiedlich zu der allgemeinen Preissteigerung bei; mit Ausnahme der Getränke und Tabakwaren ist der Index keiner Bedarfsgruppe in den letzten beiden Jahren gleichgeblieben oder gesunken. Am stärksten haben sich wieder die Wohnungsmieten erhöht; ihr Anstieg erklärt rund ein Fünftel der gesamten Verteuerung in den ersten neun Monaten 1965 (Tabelle 40). Noch stärker ins Gewicht fiel nur der Preisanstieg für Ernährungsgüter.

Die konjunkturelle Beschleunigung kommt vor allem in der Entwicklung der Preise für „Hausrat", „Bekleidung" und „Reinigung und Körperpflege" zum Ausdruck. Hier handelt es sich um Bedarfsgruppen, in denen der Anteil der industriell erzeugten Verbrauchsgüter besonders groß ist. Unabhängig von konjunkturellen Schwankungen erhöhen sich seit Jahren schon die Preise für die übrigen Bereiche.

VII. Die Finanzierung der Nachfrageexpansion

Geld, Kredit und Banken

122. Die weiterhin kräftige Zunahme des nominalen Bruttosozialprodukts im Jahre 1965 haben die Kreditinstitute ohne große Schwierigkeiten finanziert. Das Geldvolumen — hier der Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute und die Sichteinlagen inländischer Nichtbanken, ohne die Einlagen öffentlicher Stellen bei der Bundesbank — nahm im ersten Halbjahr 1965 etwas stärker zu als das Bruttosozialprodukt; die „Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes" ist also wieder etwas kleiner geworden. Daß zwischenzeitlich Termineinlagen in Sichteinlagen umgewandelt wurden („Quasigeld remonetisiert" wurde), hat hierfür keine Bedeutung, da gleichzeitig die Spareinlagen weit mehr anstiegen, als die Termineinlagen abnahmen (Tabelle 41).

123. Die Wirtschaft (Nichtbanken) hat schon seit Herbst 1964 verstärkt vor allem kurzfristige Kredite aufgenommen. In den ersten neun Monaten 1965 hatte sich das Volumen der kurzfristigen Neuausleihungen um 11,3 vH gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum vergrößert. Wie im letzten Wachstumszyklus zeigt sich also auch diesmal, daß die kurzfristi-

Tabelle 40

Anteil der Bedarfsgruppen am Preisanstieg für die Lebenshaltung [1])

vH

Bedarfsgruppe	Preisänderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum		Anteil an den Ausgaben für die Lebenshaltung	Anteil an der Preisänderung	
	1964	1965, Januar bis September		1964	1965, Januar bis September
Ernährung	+2,4	+4,3	35,0	36,5	48,5
Getränke und Tabakwaren	+0,6	−0,1	8,2	2,1	− 0,3
Wohnung	+6,2	+5,9	9,9	26,8	18,9
Heizung und Beleuchtung	+1,5	+1,5	4,7	3,0	2,3
Hausrat	+0,7	+1,7	9,5	2,9	5,2
Bekleidung	+2,0	+2,5	12,5	10,9	10,1
Reinigung und Körperpflege	+1,8	+2,9	5,0	3,9	4,6
Bildung, Unterhaltung usw.	+3,6	+3,7	8,5	13,3	10,2
Verkehr	+1,0	+1,0	6,8	2,9	2,2
Insgesamt	+2,3	+3,1	100	100	100

[1]) Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes

Tabelle 41

Konsolidierte statistische Bilanz der Banken [1])

Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum
in Millionen DM

Zeitraum [2])	Zunahme der Aktiva — KREDITGEWÄHRUNG — an inländische Nichtbanken — insgesamt	durch Kreditinstitute — kurzfristig	durch Kreditinstitute — mittel- und langfristig	durch die Bundesbank [3])	an Ausländer durch alle Banken	sonstige Forderungen [4])
1962	+21 130,0	+4 432,7	+16 438,6	+258,7	— 8,0	+1 864,4
1963	+22 606,3	+3 536,3	+19 037,4	+ 32,6	+2 265,5	+1 300,0
1964	+25 728,0	+4 214,0	+21 006,1	+507,9	+2 943,6	+1 962,1
Oktober 1963 bis September 1964	+25 057,2	+3 934,3	+20 496,9	+626,0	+3 445,5	+1 161,9
Oktober 1964 bis September 1965	+29 371,2	+6 003,4	+22 797,8	+570,0	+1 025,9	+ 4 051,9
Januar bis September 1965	+30 149,9	+6 328,3	+23 135,4	+686,2	+ 806,8	+4 037,2

Zeitraum [2])	Zunahme der Passiva — Veränderung des GELDVOLUMENS — Bargeldumlauf bei Nichtbanken	Sichteinlagen bei inländischen Banken [5])	GELDKAPITALBILDUNG in Form von — Spareinlagen bei inländischen Banken	Termineinlagen bei inländischen Banken	Bankschuldverschreibungen und aufgenommene Gelder und Darlehen	Verschuldung gegenüber Ausländern	Saldo der sonstigen Passiva und der sonstigen Aktiva
1962	+1 727,9	+4 002,4	+ 8 229,3	+1 476,0	+ 7 079,5	+ 16,4	+ 454,9
1963	+1 553,0	+2 635,1	+10 365,4	+1 000,6	+ 7 883,5	+153,0	+2 581,2
1964	+1 644,0	+3 632,8	+11 856,6	+1 419,0	+ 9 218,2	+468,4	+2 394,7
Oktober 1963 bis September 1964	+1 570,7	+3 423,6	+11 675,8	+1 449,2	+ 9 063,2	+420,5	+2 061,6
Oktober 1964 bis September 1965	+2 183,7	+3 716,1	+13 619,7	+ 891,5	+ 9 973,5	+662,8	+3 401,7
Januar bis September 1965	+2 293,6	+3 753,1	+14 123,1	+ 810,3	+10 183,7	+681,4	+3 208,7

[1]) Kreditinstitute einschließlich Bundesbank
[2]) Durchschnitt der Monatsbestände
[3]) ohne Forderungen an den Bund wegen Nachkriegswirtschaftshilfe und Änderung der Währungsparität
[4]) inländische Schatzwechsel und Schatzanweisungen, Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen, Deckungsforderungen, Ausgleichsforderungen
[5]) ohne Sichteinlagen inländischer öffentlicher Stellen bei der Bundesbank

gen Kredite in der zweiten Phase des Booms, wenn eine Geschäftsausweitung durch Mehrauslastung vorhandener Kapazitäten mit entsprechend geringem zusätzlichem Finanzierungsbedarf kaum noch möglich ist, weit schneller als das Sozialprodukt zunehmen. Daß sich die Liquiditätslage der privaten Wirtschaft dabei noch verschärft hat, muß aufgrund der Veränderung der Zahlungsmodalitäten im Auslandsgeschäft vermutet werden. Wie immer in Zeiten starker Liquiditätsanspannung war der „Restposten" in der Zahlungsbilanz 1965 stark positiv; von Jahresbeginn bis Ende September 1965 belief er sich bereits auf 3,2 Mrd. DM. Das ist erheblich mehr als im vergleichbaren Jahr 1960 (Januar bis September 2,3 Mrd. DM). In dem hohen positiven „Restposten" kommt vor allem zum Ausdruck, daß die Inländer — nicht zuletzt wohl wegen des erhöhten Zinsniveaus im Inland — im privaten Geschäftsverkehr mit dem Ausland erheblich weniger Warenkredite und Vorauszahlungen gewährt als in Anspruch genommen haben (Verbeserung der „terms of payment"). Überdies haben 1965 wohl auch die Kapitalimporte, die sich der statistischen Erfassung an anderer Stelle der Zahlungsbilanz entziehen, stark zugenommen.

124. Die mit der Kreditexpansion einhergehende Zunahme des Bargeldumlaufs und der Einla-

Tabelle 42

Entwicklung der

Veränderung gegenüber dem entsprechenden

	1962	1963
Bestimmungsfaktoren der Bankenliquidität		
Bargeldumlauf [2])	— 1 803	— 1 607
Netto-Guthaben von Nichtbanken bei der Bundesbank [2])	+ 1 260	+ 1 414
Netto-Devisenreserven der Bundesbank [3])	— 515	+ 2 420
Kurzfristige Auslandsanlagen der Kreditinstitute [3])	+ 131	+ 376
Bestand an Mobilisierungstiteln [4])	+ 553	+ 56
Reserve-Guthaben der Kreditinstitute bei der Bundesbank [2])	— 1 005	— 1 222
Sonstige	+ 323	— 161
Frei verfügbare flüssige Mittel der Kreditinstitute [2])	— 1 056	+ 1 276
Liquiditätsdispositionen der Kreditinstitute		
Bestand an Geldmarktpapieren [3]) (Verkehr mit der Bundesbank)	— 660	+ 704
Kurzfristige Auslandsanlagen der Kreditinstitute [5])	+ 131	+ 376
Refinanzierungskredite bei der Bundesbank [3])	— 527	+ 196
Frei verfügbare flüssige Mittel der Kreditinstitute [3])	— 1 056	+ 1 276

[1]) auf der Basis von Durchschnitten aus den vier Bankwochenstichtagen der Monate
[2]) Zunahme = —; Abnahme = +
[3]) Zunahme = +; Abnahme = —
[4]) Offenmarktgeschäft mit Nachbanken. Abgabe = —; Rücknahme = +.
[5]) Bildung = +; Repatriierung = —

gen brachte den Kreditinstituten einen Bedarf an zusätzlichem Zentralbankgeld, den sie — anders als in fast allen Jahren seit 1951 — nicht einmal teilweise durch den Umtausch hereingenommener Devisen decken konnten. Im Gegenteil: aus dem Zahlungsverkehr mit dem Ausland entstanden von Anfang Oktober 1964 bis Ende September 1965 sogar weitere Liquiditätsanforderungen in Höhe von 1,8 Mrd. DM (Tabelle 42). Die einzige wesentliche Entlastung für die Liquiditätslage der Banken ergab sich aus der Kassenentwicklung der öffentlichen Haushalte, die ihre Netto-Guthaben bei der Bundesbank um rund 2,1 Mrd. DM verminderten. So blieb den Kreditinstituten ein Netto-liquiditätsbedarf von 4,4 Mrd. DM, den sie durch Rückgriff auf ihre Liquiditätsreserven deckten. Sie gaben zunächst vor allem in größerem Umfange inländische Geldmarkttitel an die Bundesbank zurück (vom Oktober 1964 bis September 1965: 2,0 Mrd. DM) und refinanzierten sich zusätzlich in Höhe vo 2,1 Mrd. DM bei der Bundesbank. Damit hat sich erstmals seit langen Jahren die Refinanzierung der Banken normalisiert. Erst im dritten Vierteljahr 1965 nahmen sie auch ihre ausländischen Liquiditätsreserven stärker in Anspruch. Nach den letzten verfügbaren Informationen (September 1965) waren damit die Liquiditätsreserven der Kreditinstitute in Form von inlän-

Tabelle 42

Bankenliquidität

Vorjahreszeitraum in Millionen DM

1964		1965			Oktober 1962 bis September 1963	Oktober 1963 bis September 1964	Oktober 1964 bis September 1965
Jahr	4. Vierteljahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr			
— 1 784	— 1 585	+ 520	— 1 173	+ 7	— 1 759	— 1 510	— 2 231
+ 309	+ 2 474	— 669	+ 955	— 622	+ 645	+ 175	+ 2 138
— 481	— 9	— 349	— 805	— 380	+ 1 224	+ 858	— 1 543
+ 887	+ 234	+ 333	— 206	— 620	+ 390	+ 112	— 259
+ 68	+ 31	— 38	— 240	+ 165	+ 86	+ 92	— 82
— 2 222	— 1 069	+ 356	— 467	— 455	— 997	— 2 336	— 1 635
— 93	— 216	— 511	+ 162	— 200	+ 101	+ 66	— 765
— 3 316	— 140	— 358	— 1 774	— 2 105	— 310	— 2 543	— 4 377
— 2 230	— 521	+ 8	— 970	— 492	— 425	— 754	— 1 975
+ 887	+ 234	+ 333	— 206	— 620	+ 390	+ 112	— 259
— 1 973	+ 147	— 699	— 598	— 993	— 275	— 1 901	— 2 143
— 3 316	— 140	— 358	— 1 774	— 2 105	— 310	— 2 543	— 4 377

Quelle: Deutsche Bundesbank

dischen Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen sowie von Guthaben und Geldmarktanlagen im Ausland auf 7,6 Mrd. DM gesunken. Die sogenannte „Liquiditätsquote" — freie Liquiditätsreserven und unausgenutzte Rediskontkontingente in vH des Einlagenvolumens —, die von Mitte 1961 bis Frühjahr 1964 im allgemeinen nahe 15 vH lag, ging seither ohne wesentliche Unterbrechungen auf unter 10 vH zurück. Ende September 1965 betrug sie noch 9,5 vH, also erheblich weniger als auf dem Tiefststand im Boomjahr 1960 (rund 12 vH).

125. Diese Entwicklung hat die Bundesbank nicht unwesentlich mitbestimmt, wenn auch bisher — wie erwähnt — nicht mit der Folge, daß die Kreditausweitung nennenswert gebremst worden wäre. Die Liquiditätspolitik der Bundesbank wurde durch die außenwirtschaftlichen Verhältnisse erleichtert. Bereits im ersten Halbjahr 1964 hatte sich abgezeichnet, daß die Entwicklung auf den ausländischen Geldmärkten sowie die Ankündigung einer deutschen Kapitalertragsteuer auf Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren im Besitze von Gebietsfremden (Kuponsteuer) den liquiditätspolitischen Spielraum der Bundesbank vergrößerten. Ein solcher Spielraum besteht auch heute noch. Die zahlungsbilanzpolitischen Maßnahmen in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien sowie die Stabilisierungspolitik in Frankreich und in Italien haben zu einer weiteren Anspannung auf den internationalen Geldmärkten geführt. Auf dem Euro-Dollarmarkt, heute die Verbindung der nationalen Geldmärkte untereinander, stieg der Tagesgeldsatz weiter stark an (auf mehr als 5 vH im Monatsdurchschnitt Juni 1965). Seit ihrem Inkrafttreten im Juni 1965 wirkt überdies die Kuponsteuer, die schon 1964 starke Ankündigungseffekte ausgelöst hatte, weiter abschirmend. Man kann sie als eine Art Zollmauer gegenüber der Geldsphäre des Auslandes betrachten.

126. Vor diesem Hintergrund — internationale Geldmarktentwicklung, Kuponsteuer — konnte die Bundesbank den 1964 zurückgewonnenen vorsichtigen Optimismus hinsichtlich der Wirkungen ihrer geld- und kreditpolitischen Maßnahmen auch 1965 aufrechterhalten. Nachdem sie 1964 zunächst die Mindestreservevorschriften verschärft hatte, verteuerte sie 1965 zweimal die Refinanzierung der Kreditinstitute. Sie setzte im Januar und im August den Diskontsatz um jeweils 0,5 vH auf zunächst 3,5 und dann 4 vH herauf — offenbar immer mit Bedacht auf die Gefahr, daß schärfere Maßnahmen alsbald wieder einen Zufluß von Geldern aus dem Ausland auslösen könnten. Tatsächlich konnte dies vorerst vermieden werden, obgleich die Geldmarktzinsen in der Bundesrepublik stärker stiegen als im Ausland und im Herbst 1965 über dem Niveau der meisten internationalen Bankplätze lagen. Mit dem Diskontsatz wurden zugleich die Abgabesätze für Geldmarktpapiere erhöht. Eine größere Bedeutung hat die Offenmarktpolitik der Bundesbank jedoch auch 1965 nicht gehabt. Direkt verminderte sie die Liquidität der Kreditinstitute um 400 Millionen DM, indem sie die Einlagen der Hypothekenbanken bei anderen Kreditinstituten in deren Mindestreservepflicht einbezog. Teils aus konjunkturpolitischen Gründen, teils um der längerfristig nötigen Anpassung willen wurde im Frühjahr 1965 eine allgemeine Kürzung der Rediskontkontingente der Banken und Sparkassen für den 1. Oktober 1965 angekündigt. Doch noch vor Inkrafttreten und zur gleichen Zeit, als die Kreditinstitute begannen, in größerem Umfang ihre kurzfristigen Geldanlagen im Ausland, die sie lange Zeit geschont hatten, zurückzurufen (Juli 1965: 525 Millionen DM), teilte die Bundesbank mit, daß die Kürzung der Rediskontkontingente vorläufig nur zur Hälfte wirksam werden solle.

127. Ob und in welchem Ausmaß die Politik der Bundesbank nicht doch erfolgreich war, ist schwer zu sagen; möglicherweise wäre ohne sie das Kreditvolumen noch stärker angestiegen. Sicherlich ist der Refinanzierungsspielraum für zusätzliche kurzfristige Kredite wesentlich enger als vor Jahresfrist. Die Grenzen in den geld- und kreditpolitischen Möglichkeiten der Bundesbank sind allerdings sichtbar geblieben. Wie erwähnt, hat die Bundesbank mit Rücksicht auf die Gefahr eines erneuten Zustroms von Auslandsgeld vermutlich behutsamer eingegriffen, als sie selbst konjunkturpolitisch für erforderlich gehalten haben mag. Daß die Bundesbank innerhalb von sieben Monaten den Diskontsatz zweimal heraufsetzte, hat sicherlich die Banken zur Vorsicht angehalten und zur Abkühlung des „Finanzierungsklimas" beigetragen; für eine nennenswerte Zurückhaltung der Nachfrage seitens der Bankkundschaft, insbesondere nach den quantitativ bedeutsamen Kontokorrentkrediten, reichte die Zinsverteuerung aber kaum aus in einer Situation, in der die Gewinnaussichten nach wie vor gut sind.

128. Die Möglichkeiten der Bundesbank, ihre Restriktionspolitik auch 1966 durchzuhalten oder sogar zu verstärken, werden daher zum großen Teil von Faktoren abhängen, die sie allein kaum zu beeinflussen vermag.

a) Die Kassendefizite der öffentlichen Haushalte werden weiter anhalten; wenn die Haushaltspolitik von Bund und Ländern sich in der nächsten Zukunft nicht grundlegend ändert, werden Rückgriffe auf die Bundesbank gemäß § 20 des Bundesbankgesetzes unvermeidbar sein.

b) Aus der außenwirtschaftlichen Leistungsbilanz werden sich zumindest im weiteren Verlauf des Jahres eher Tendenzen zur

Verminderung des Devisenabflusses ergeben (Ziffern 65 bis 67).

c) Ob die Entwicklung des internationalen Kapitalverkehrs auch in Zukunft nicht zur Vermehrung der Bankenliquidität beiträgt, wird vor allem davon abhängen, wie lange und wie stark die zahlungsbilanzpolitischen Maßnahmen im In- und Ausland — die deutsche Kuponsteuer sowie das britische und das amerikanische Zahlungsbilanzprogramm —, die 1965 fast ununterbrochen zu einem Devisenabfluß aus der Bundesrepublik beigetragen haben, weiterwirken werden.

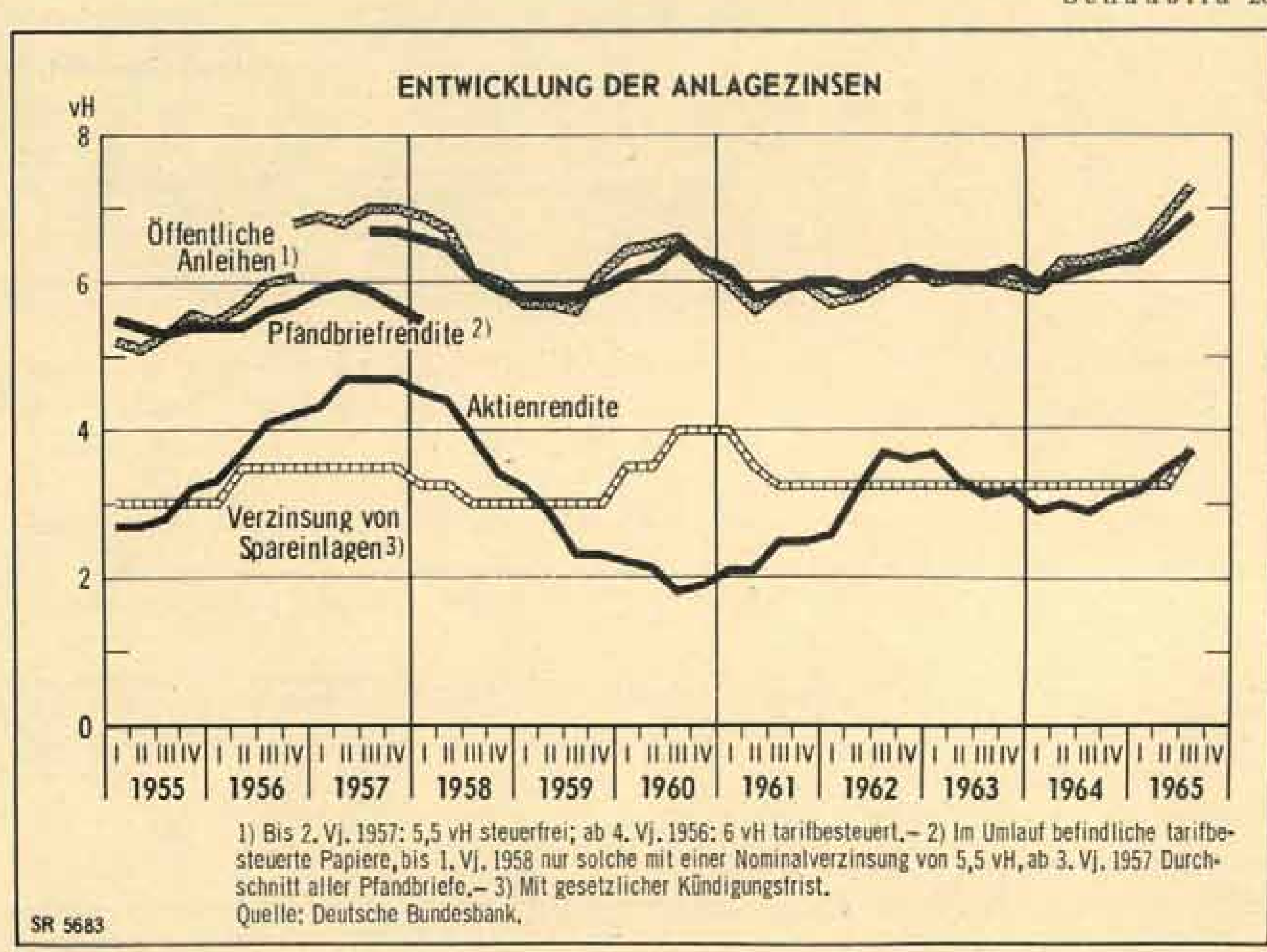
129. Immerhin bleibt festzuhalten, daß die Bundesbank den Liquiditätsspielraum der Kreditinstitute allmählich soweit einzuengen vermochte, daß sie jetzt an der Schwelle der eigentlichen Wirksamkeit ihres Instrumentariums zu stehen scheint. Da inzwischen die konjunkturellen Auftriebskräfte erheblich schwächer geworden sind, könnte die Bundesbank im kommenden Jahr vor einem ernsthaften Zielkonflikt stehen. Während der Preisauftrieb anhält, kann man von einer realen Überforderung der Produktivkräfte nicht mehr sprechen. Die Fortsetzung der Restriktionspolitik wäre dann eine Entscheidung zugunsten der Geldwertstabilität, aber gegen das Wachstum — und umgekehrt. Die Bundesbank allein kann diesen Konflikt nicht aufheben.

Kapitalmarkt

130. Der Kapitalmarkt stand in den letzten zwölf Monaten trotz eines kräftigen Wachstums des Kapitalangebots im Zeichen eines anhaltenden Vertrauensschwunds am Markt für festverzinsliche Wertpapiere, der sich in einem Kursverfall und in entsprechend ansteigenden Renditen widerspiegelt (Schaubild 28). Diese Entwicklung bedarf einer besonderen Erklärung.

131. Die kräftige Zunahme des Kapitalangebots im gegenwärtigen Aufschwung beruhte in erster Linie auf der regen Spartätigkeit der privaten Haushalte (Ziffer 111). Dagegen trugen die Unternehmen im ersten Halbjahr 1965 weniger zum Kapitalangebot bei als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (Tabelle 43). Die öffentliche Hand hatte zwar im ersten Halbjahr 1965 noch immer einen positiven Finanzierungssaldo (Überschuß der Ersparnis über die Sachvermö-

Schaubild 28



1) Bis 2. Vj. 1957: 5,5 vH steuerfrei; ab 4. Vj. 1956: 6 vH tarifbesteuert.– 2) Im Umlauf befindliche tarifbesteuerte Papiere, bis 1. Vj. 1958 nur solche mit einer Nominalverzinsung von 5,5 vH, ab 3. Vj. 1957 Durchschnitt aller Pfandbriefe.– 3) Mit gesetzlicher Kündigungsfrist.
Quelle: Deutsche Bundesbank.

gensbildung), doch war dieser erheblich geringer als in den vergleichbaren Zeiträumen früherer Jahre.

132. Von dem anlagebereiten Kapital ist ein größerer Teil als im Durchschnitt der letzten Jahre den Banken in Form von Spar- und Termineinlagen überlassen worden. Allein die privaten Haushalte sparten im ersten Halbjahr 1965 2,1 Mrd. DM mehr auf Spar- und Terminkonten als im entsprechenden Zeitraum 1964 (Tabelle 44). Die Kreditinstitute gaben aus den ihnen zugeflossenen Einlagen — und aus dem Erlös von Bankschuldverschreibungen — in den ersten neun Monaten 1965 um 5,5 vH mehr langfristige Kredite als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Während die Banken und Sparkassen in den ersten drei Vierteljahren 1964 ihren Wertpapierbestand (ohne Bankschuldverschreibungen) um etwa 1,5 Mrd. DM erhöht hatten, kauften sie von Januar bis September 1965 nur noch für 0,7 Mrd. DM Wertpapiere zu. Das mag ebenso mit den durch die Kursrückgänge gedrückten Erwartungen wie mit der angespannten Liquiditätslage einzelner Institute zusammenhängen.

133. Die Kapitalnachfrage der privaten Unternehmen, soweit sie im Finanzierungssaldo dieses Bereichs zum Ausdruck kommt, hat gegenüber dem ersten Halbjahr 1964 um 23 vH zugenommen. Diese Nachfrage konnte offenbar ohne große Schwierigkeiten, vor allem aus Bankkrediten und Aktienemissionen, gedeckt werden (Tabelle 108, Anhang).

Am Markt für festverzinsliche Wertpapiere, auf dem Wohnungsbau und öffentliche Hand herkömmlicherweise den größten Teil der Nachfrage ausüben, wurden in den ersten neun Monaten 1965 für 11,2 Mrd. DM Wertpapiere (nach Abzug der Tilgungen) abgesetzt (Schaubild 29). Die Nachfrage nach Kapital für den Wohnungsbau hat sich im ersten Halbjahr 1965 kaum verändert (Ziffer 31).

Da die verbriefte Schuld des Wohnungsbaus und auch der gewerblichen Wirtschaft nur verhältnismäßig wenig stieg, waren es vorwiegend die öffentlichen Schuldner, die diesen Markt mehr als früher in Anspruch nahmen. Die Anleihe- und Kreditermächtigungen in den Haushalten der Gebietskörperschaften nahmen 1965 gegenüber 1964 um 17 vH zu. In den ersten neun Monaten 1965 erweiterte

Tabelle 43

Sachvermögensbildung

Mrd.

Zeitraum	Private Haushalte			Unternehmen (ohne Wohnungswirtschaft)			Wohnungswirtschaft		
	Ersparnis [1]	Sachvermögensbildung	Finanzierungssaldo	Ersparnis [1]	Sachvermögensbildung	Finanzierungssaldo	Ersparnis [1]	Sachvermögensbildung	Finanzierungssaldo
1960	14,6	—	+14,6	20,8	30,7	− 9,9	3,0	13,6	−10,6
1961	16,4	—	+16,4	17,9	31,6	−13,6	3,8	15,4	−11,6
1962	17,6	—	+17,6	18,7	30,2	−11,5	4,3	17,0	−12,7
1963	20,9	—	+20,9	15,9	27,0	−11,1	4,3	17,8	−13,6
1964	25,9	—	+25,9	18,5	34,5	−16,0	5,8	20,8	−15,0

Zeitraum	Private Haushalte			Unternehmen einschließlich Wohnungswirtschaft		
	Ersparnis [1]	Sachvermögensbildung	Finanzierungssaldo	Ersparnis [1]	Sachvermögensbildung	Finanzierungssaldo
1964 1. Halbjahr	11,9	—	+11,9	10,6	26,2	−15,6
2. Halbjahr	14,0	—	+14,0	13,3	28,5	−15,1
1965 1. Halbjahr	14,7	—	+14,7	11,3	30,5	−19,2

[1]) einschließlich Vermögensübertragung

sich der Umlauf von Anleihen und Kassenobligationen des Bundes und der Länder um 2,4 Mrd. DM; hinzu kommen Anleihen der Bundesbahn und der Bundespost in Höhe von 0,7 Mrd. DM. Die Gemeinden, die sich vor allem in Form langfristiger Kommunaldarlehen verschulden, nahmen allein im ersten Halbjahr 1965 für 1,9 Mrd. DM Kredite auf, gegenüber 3,5 Mrd. DM im ganzen Jahre 1964.

Im ersten Halbjahr 1965 konnten über ein Drittel mehr Wertpapiere — Rentenwerte und Aktien — als im vorausgehenden Halbjahr abgesetzt werden (Tabelle 108, Anhang); dabei gaben die Kurse weiter nach, die Laufzeiten der Pfandbriefe und Anleihen wurden erheblich verkürzt, und die Emissionsinstitute erhöhten eine Zeitlang laufend ihre Bonifikationen.

134. Der Kursverfall am Rentenmarkt im Jahre 1965 und die damit verbundene Erhöhung der Effektivverzinsung gingen von der Einführung der Kuponsteuer aus, die die Kapitalerträge aus Anleihen im Besitz von Gebietsfremden mit 25 vH belastet, endgültig jedoch nur die Kapitalerträge solcher Anleger, die den Steuerbetrag nicht aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen später zurückerhalten können. Allerdings hätte diese nur bedingte Steuer wohl nicht ohne weiteres ausgereicht, die Bundesrepublik so weitgehend vom internationalen Kapitalmarkt abzutrennen, wie es tatsächlich geschehen ist — auch nicht unter den durch das amerikanische Zahlungsbilanzprogramm veränderten Umständen. Tatsächlich wurde die Steuer jedoch so gestaltet und das Verhalten aller Instanzen, die Einfluß auf die Kursbildung am Rentenmarkt haben, anschließend so eingerichtet, daß alles zusammen schwerlich eine andere Entwicklung erwarten lassen konnte.

a) Wesentlich für die Kuponsteuer scheint zu sein, daß sie auch für die Erträge schon umlaufender Anleihen gilt. Dieser rückwirkende Eingriff des Staates in die Vertragsgrundlagen privater Rechtsverhältnisse hat bei den ausländischen Anlegern, und zwar nicht nur bei den unmittelbar betroffenen, offenbar einen Vertrauensschwund bewirkt, der diese Zollmauer gegenüber der Geld- und Kapitalsphäre des Auslands höher werden ließ als dem reinen Zinsäquiva-

Tabelle 43

und Ersparnis

DM

Gebietskörperschaften			Sozialversicherung			Übrige Welt
Ersparnis [1])	Sachvermögensbildung	Finanzierungssaldo	Ersparnis [1])	Sachvermögensbildung	Finanzierungssaldo	Finanzierungssaldo
15,0	8,4	+6,6	3,3	0,2	+3,1	−3,8
14,4	9,9	+4,6	5,5	0,1	+5,3	−1,1
14,4	12,5	+1,9	3,6	0,2	+3,4	+1,2
15,5	14,6	+0,9	3,3	0,2	+3,1	−0,2
18,9	17,1	+1,8	3,7	0,2	+3,5	−0,2

Gebietskörperschaften und Sozialversicherung			Übrige Welt
Ersparnis [1])	Sachvermögensbildung	Finanzierungssaldo	Finanzierungssaldo
11,8	6,7	+5,1	−1,4
10,9	10,5	+0,4	+0,7
8,6	7,1	+1,5	+3,0

Quelle: Deutsche Bundesbank

lent der Steuer entspricht. Es rechtfertigt die Brüskierung der ausländischen Gläubiger nicht, wenn von amtlicher Seite darauf hingewiesen wird, daß der Verzicht auf eine Quellenbesteuerung der betroffenen Anleihen staatlicherseits nicht zugesichert worden war (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juni 1965). Der Vertrauensschwund bei Anlegern, die — anders wohl als die meisten Inländer — gewohnt sind, die Anlage von Kapital unter weltweiten Alternativen zu wählen, war vorauszusehen und ist sicherlich auch vorausgesehen und damit jedenfalls gebilligt worden.

b) Die Kurspflege der zuständigen Instanzen beim Einsetzen der Baisse erscheint so wenig folgerichtig, daß der Eindruck entstehen könnte, ihre Unwirksamkeit sei erwünscht gewesen. Eine ernsthafte Kurspflege hätte darauf abzielen müssen, die kurzfristigen Erwartungen des Publikums zugunsten der längerfristigen — also nicht grundsätzlich gegen den Markt — auf einem bestimmten Niveau zu stabilisieren, und zwar durch die Überzeugungskraft, die von der offenkundigen Entschlossenheit ausgegangen wäre, gegebenenfalls ausreichende Mittel einzusetzen. Die tatsächlich nötigen Mittel können dann oft bescheidenen Umfang behalten. Da eine überzeugende Kurspflege den Attentismus der Anleger vermutlich überwunden hätte — an Kapitalangebot insgesamt hat es ja nicht gefehlt —, wäre ein merklich höheres Kursniveau als das derzeitige wahrscheinlich ohne weiteres möglich gewesen. Tatsächlich hat dagegen eine unentschlossene Kurspflege, bei der nach und nach mehrere hundert Millionen DM — ohne nennenswerten Erfolg über den Tag hinaus — aufgewandt wurden, den Vertrauensschwund, der zuerst nur bei den ausländischen Anlegern entstanden war, mehr und mehr auf das inländische Publikum übergreifen lassen.

c) Auch die Kreditinstitute haben offensichtlich die offizielle Kurspolitik, wenn sie eine Eindämmung des Kursverfalls beabsichtigt haben sollte, nicht in dem Maße unterstützt, wie es ihnen durch ihren unmittelbaren und mittelbaren Einfluß auf dem Wertpapiermarkt möglich gewesen wäre.

135. Inzwischen scheint der Attentismus der Anleger zu einem selbständigen Faktor der Kursbildung geworden zu sein. Zu dieser psychologischen Situation mag auch beigetragen haben,

Tabelle 44

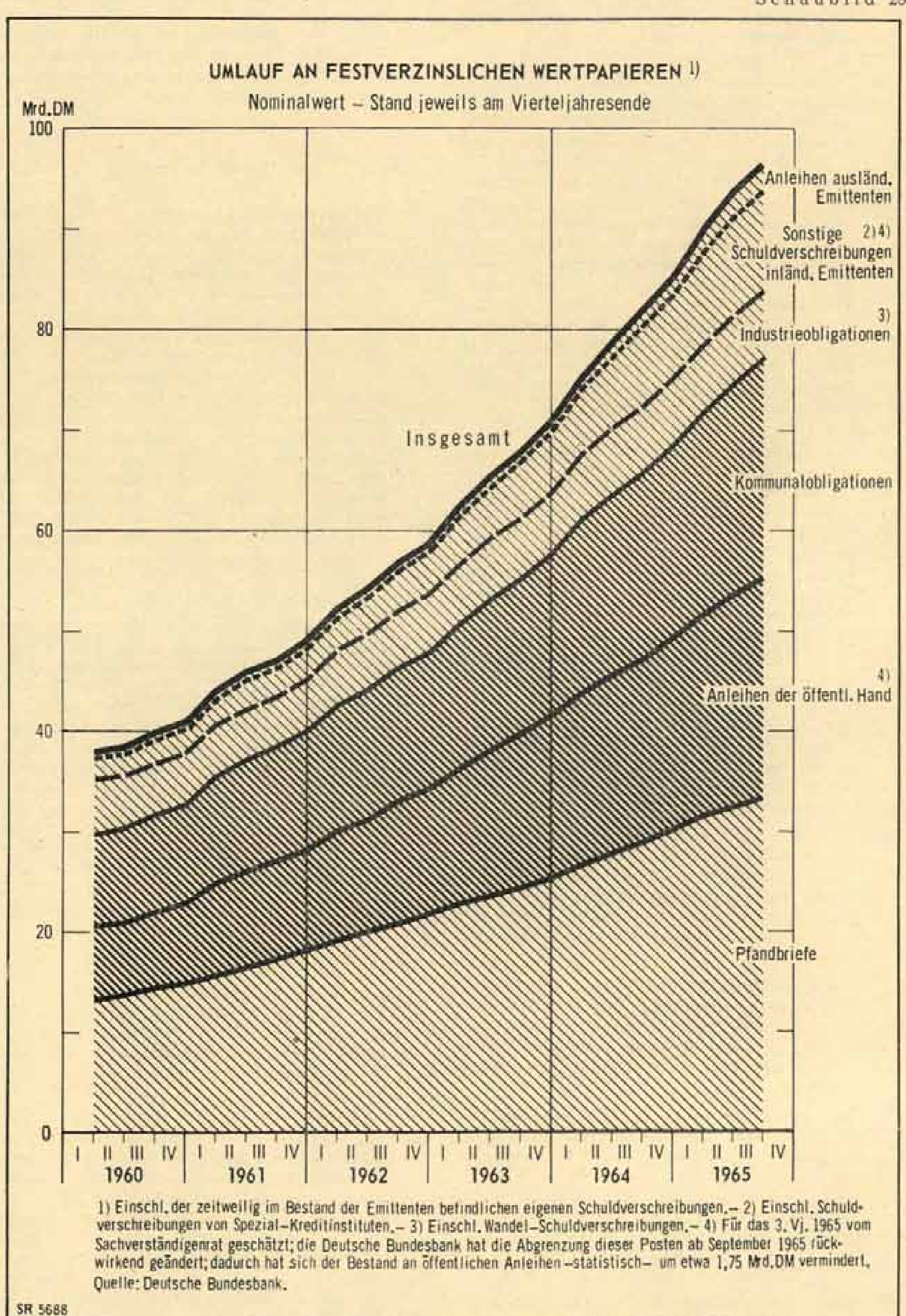
Geldvermögensbildung und Kreditaufnahme der privaten Haushalte

Veränderung in Mrd. DM

	1960	1961	1962	1963	1964			1965
					Jahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr
1. Geldvermögensbildung	15,9	17,6	18,4	21,9	26,9	12,0	14,9	14,8
in Form von								
Spar- und Termineinlagen	7,3	6,6	8,5	11,1	12,3	5,2	7,1	7,3
Anlagen bei Bausparkassen	1,9	1,9	1,8	2,1	2,2	0,0	2,3	0,1
Anlagen bei Versicherungen	2,5	2,9	3,3	3,8	4,1	1,9	2,2	2,0
Erwerb von Wertpapieren	2,5	3,4	3,5	3,4	6,1	3,3	2,8	3,6
Bargeld und Sichteinlagen	1,7	2,5	1,3	1,4	2,2	1,7	0,6	1,7
2. Kreditaufnahme	1,3	1,1	0,8	0,9	1,0	0,2	0,8	0,1
3. Finanzierungssaldo (1 ./. 2)	14,6	16,4	17,6	20,9	25,9	11,9	14,0	14,7

Quelle: Deutsche Bundesbank

Schaubild 29



1) Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen eigenen Schuldverschreibungen. – 2) Einschl. Schuldverschreibungen von Spezial-Kreditinstituten. – 3) Einschl. Wandel-Schuldverschreibungen. – 4) Für das 3. Vj. 1965 vom Sachverständigenrat geschätzt; die Deutsche Bundesbank hat die Abgrenzung dieser Posten ab September 1965 rückwirkend geändert; dadurch hat sich der Bestand an öffentlichen Anleihen – statistisch – um etwa 1,75 Mrd. DM vermindert.
Quelle: Deutsche Bundesbank.

daß manche Kreise ein Interesse daran haben können, die Bundesbank zur Aufgabe ihrer Restriktionspolitik zu bewegen.

136. Die Entwicklung am Kapitalmarkt in diesem und im vorausgegangenen Jahre hat erneut gezeigt, wie nachteilig es ist, daß die Verkaufstechnik der öffentlichen Schuldenverwaltungen in der Bundesrepublik so wenig marktwirtschaftlich orientiert ist. Weithin sichtbaren, schwer verkäuflichen Vorräten gleich läßt man die Anleihewünsche der öffentlichen Hand auf die Kurserwartungen drücken, ohne Rücksicht darauf, daß die Zukunftserwartungen schon allgemein in der Marktwirtschaft, besonders aber auf dem Kapitalmarkt wegen der hohen Bestandshalterisiken bei Wertpapieren, außerordentlich störungsanfällig sind. Es mag daher nötig sein, die Praxis unserer öffentlichen Schuldenverwaltungen im Lichte ausländischer Erfahrungen zu überprüfen.

137. Die kräftige Erhöhung der Zinsen für langfristige Kredite, die den öffentlichen Instanzen ebenso erwünscht gewesen sein mag wie der Kursverfall unerwünscht, hatte lange Zeit keinen erkennbaren Einfluß auf die Investitionsneigung und die Verschuldungsbereitschaft. Betroffen wurden in erster Linie die öffentlichen Haushalte, die angesichts des Attentismus am Wertpapiermarkt schließlich in größerem Umfang auf die kurzfristige Finanzierung ihrer Kassendefizite auswichen. Der geringe Einfluß auf die private Investitionstätigkeit überrascht kaum,

da sich die Bauherren schon seit Jahren aufgrund der bisherigen Steigerung der Bau- und Bodenpreise einen steuerfreien Wertzuwachs, oft in Höhe der Zinsbelastung, ausrechnen konnten;

da die Kapitalnachfrage der Industrie sich in der Hochkonjunktur und bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage höhere Umsatz- und Rationalisierungsgewinne versprechen konnten, die auch bei erhöhtem Zinsniveau noch über den zusätzlichen Kapitalkosten liegen;

da viele Unternehmen zwar langfristige Kredite zum gegenwärtigen hohen Zins aufnehmen, jedoch damit rechnen, daß entweder sinkende Zinsen bald eine Umschuldung oder steigende Preise eine Entschuldung ermöglichen werden.

Die Ergebnisse einer Umfrage des Sachverständigenrates bei den Industrie- und Handelskammern bestätigen diese Vermutungen. Erst im Herbst 1965 scheint sich bei der Planung von Investitionsvorhaben eine etwas größere Zurückhaltung durchzusetzen, zum Teil aber auch als Folge der allgemeinen konjunkturellen Abschwächung.

138. Der Sachverständigenrat hätte das Problem des Attentismus nicht erörtert, wäre er nicht der Auffassung, daß die gegenwärtige Situation starke Selbstheilungskräfte enthält. Schon eine Revision des Verhaltens der öffentlichen Hand in Richtung auf eine Geldwertstabilisierung könnte das Vertrauen zurückkehren und die Kurse wieder steigen lassen.

VIII. Öffentliche Finanzen

139. Ein forciertes Wachstum der Staatsausgaben im Jahre 1965 hat die konjunkturellen Auftriebskräfte erheblich verstärkt. Die gesamten Ausgaben der öffentlichen Haushalte — ohne Darlehensgewährung — nahmen im ersten Halbjahr 1965 gegenüber dem ersten Halbjahr 1964 um rund 12 vH zu, verglichen mit einer Zunahme von rund 8 vH im Jahr 1964 (Tabelle 45). Für die zweite Jahreshälfte 1965 ist nach vorliegenden Anhaltspunkten mit einem kaum geringeren Anstieg zu rechnen. Der Staat hat mithin in seiner Ausgabenpolitik die Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts, die 1965 etwa 5 vH betragen wird, bei weitem überschritten, ebenso wie die Leitlinie von 5 vH Ausgabenzuwachs in der Empfehlung des EWG-Ministerrats vom 14. April 1964, der die Bundesregierung zugestimmt hatte.

140. Wie Tabelle 45 weiter zeigt, haben sich die beiden größten Bereiche staatlicher Ausgabentätigkeit — Staatsverbrauch und Einkommensübertragungen an private Haushalte — im ersten Halbjahr 1965 in etwa gleichem Maße ausgedehnt. Beim Staatsverbrauch beruht die hohe Zuwachsrate unter anderem darauf, daß der Vorjahreswert — infolge eines vorübergehenden Rückgangs der Rüstungseinfuhren — sehr niedrig war; im beschleunigten Anstieg der Einkommensübertragungen spiegelt sich vor allem die Erhöhung der Sozialrenten und der Ausbildungsbeihilfen. Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Nettoinvestitionen sind im ersten Halbjahr 1965 nur um 6 vH gestiegen, teils wegen witterungsbedingter Stockungen bei den Bauinvestitionen, teils dank erheblicher Preissenkungen im Tiefbau. Daß der Saldo der Vermögensübertragungen um 18 vH zugenommen hat, beruht fast ausschließlich auf höheren Zuschüssen an die Bundesbahn. Über die vom Staat gewährten Darlehen, die besonders expansiv wirken, liegen für das erste Halbjahr 1965 noch keine Informationen vor.

141. Für 1965 sah schon die Haushaltsplanung von Bund (einschließlich der Sondervermögen), Ländern und Gemeinden insgesamt eine Zunahme des Ausgabevolumens von 8,6 vH vor (Tabelle 46). Es überrascht nicht, daß sich dabei die Länder und die Gemeinden noch weniger Zurückhaltung auferlegt haben als der Bund. Allerdings wäre der veranschlagte Ausgabenzuwachs des Bundes größer ausgefallen, hätte man für gewisse, unter den gegebenen Um-

ständen zwangsläufig zu erwartenden Ausgaben die Voranschläge nicht zu knapp bemessen. Nach den bisherigen Ergebnissen dürfte die Zuwachsrate der Ausgaben der Gebietskörperschaften 1965 um rund ein Drittel höher sein als geplant.

142. Grundlage der Finanzierungsplanung dieses Ausgabenwachstums aller Gebietskörperschaften war ein für 1965 erwartetes Mehraufkommen aus Steuern und Lastenausgleichsabgaben in Höhe von 5,54 Mrd. DM. Bezogen auf das den Haushaltsplänen für 1964 zugrundegelegte Steueraufkommen bedeutet dies einen Einnahmenzuwachs von 8 vH, bezogen auf die Kasseneinnahmen des Jahres 1964 einen Einnahmenzuwachs von 5,6 vH. Beim Bund wurde, wie Tabelle 47 zeigt, die Einnahmenschätzung von der tatsächlichen Entwicklung des Steueraufkommens in den ersten neun Monaten 1965 übertroffen. Für diese Zeit erwies sich die Schätzung des Aufkommens aus der Umsatz- und der Mineralölsteuer als zu niedrig, die des Aufkommens aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer als zu hoch. Das lag vor allem daran, daß für das Steuerjahr 1963 unerwartet niedrige Abschlußzahlungen eingingen. Offenbar hat man auch den Steuerausfall, der mit der Senkung der Einkommensteuersätze verbunden war, unterschätzt. Zwangsläufig mußten die Länder, denen der überwiegende Teil der Erträge aus direkten Steuern zufließt, die Hauptlast dieser verschlechterten Einnahmesituation tragen. Die Gemeinden bekamen diese Entwicklung mittelbar über die schwächere Finanzlage der Länder zu spüren. Außerdem war das Steueraufkommen der Gemeinden geringer als vorausgeschätzt, weil ein nicht unerheblicher Gewerbesteuerausfall nach dem Verbot der Zweigstellensteuer im Einzelhandel eintrat.

Tabelle 45

Ausgaben der öffentlichen Haushalte

	1963	1964	1965 [1] 1. Halbjahr	1963	1964	1965 1. Halbjahr
	Mrd. DM			Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH		
Laufende Ausgaben	115,3	122,9	65,3	+ 9,4	+ 6,6	+11,8
Staatsverbrauch	59,2	61,9	31,8	+11,5	+ 4,5	+12,1
davon:						
Ziviler Bereich	41,9	45,9	24,1	+ 9,7	+ 9,7	+11,2
Verteidigung	17,3	16,0	7,7	+16,0	− 7,5	+14,9
Subventionen	3,3	3,5	1,6	+21,5	+ 7,9	+ 1,9
Zinsen	2,3	2,4	1,5	+10,2	+ 7,5	+ 8,1
Laufende Übertragungen						
an private Haushalte	47,9	52,4	28,7	+ 6,6	+ 9,5	+12,2
an die übrige Welt	2,7	2,6	1,7	+ 3,1	− 3,7	+13,3
Saldo der Vermögensübertragungen	7,3	8,0	4,0	−19,6	+ 9,0	+17,6
Nettoinvestitionen	14,8	17,0	7,2	+16,4	+15,1	+ 5,9
zusammen	137,4	147,8	76,5	+ 8,0	+ 7,6	+11,5
Darlehensgewährung [2]	10,2	11,8	...	+21,4	+21,7	...
insgesamt	147,6	159,6	...	+ 8,9	+ 8,2	...

[1]) teilweise eigene Schätzung
[2]) Ergebnisse der Deutschen Bundesbank

Tabelle 46

Haushaltsansätze von Bund, Ländern und Gemeinden

(eigenfinanzierte Ausgaben) [1])

Gebietskörperschaft	1964	1965	
	Millionen DM		Veränderung in vH
Bund	58 692,5	62 424,5	+ 6,4
Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen	4 148,8	4 439,2	+ 7,0
Länder einschließlich Stadtstaaten	39 753,0	43 678,9	+ 9,9
Gemeinden [2])	21 958,1	24 749,7	+12,7
insgesamt	124 552,5	135 292,3	+ 8,6

[1]) Von Zuweisungen anderer Haushalte bereinigt, die nur weitergeleitet werden. Außerdem sind zum Zwecke der Vergleichbarkeit Brutto- und Nettostellungen vorgenommen. Die auf diese Weise bereinigten Nettoausgaben zeigen bei den Ländern gegenüber den Haushaltsplänen zum Teil erheblich abweichende Veränderungsraten.

[2]) Ohne Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern; deren Haushaltsvolumen dürfte 1965 8,5 Mrd. DM betragen.

143. Die Einnahmen- und Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand im bisherigen Verlauf des Jahres 1965 ist demnach dadurch gekennzeichnet,

daß die tatsächlichen Ausgaben weit stärker gestiegen sind als die geplanten,

daß die geplanten Ausgaben größer sind als die veranschlagten laufenden Einnahmen,

daß die tatsächlichen Einnahmen zwar über die veranschlagten hinausgehen, aber sehr viel weniger als sonst in Aufschwungsjahren, und

daß mithin das Kassendefizit des Staates weit größer ist als erwartet.

Inflationsbedingte Mehreinnahmen, die bei einem auf Geldwertstabilität ausgerichteten Verhalten der öffentlichen Hand hätten thesauriert werden müssen (JG 64 Ziffer 242), wurden bei der Haushaltsplanung und beim Haushaltsvollzug in vollem Umfang zur Ausgabendekkung herangezogen.

144. Die Kassendefizite — vor Anleiheaufnahme — des Bundes und der Länder betrugen zusammen im ersten Halbjahr 1965 rund 1,5 Mrd. DM (Tabelle 48). Um diese Defizite zu beurteilen, muß man bedenken, daß in den beiden vorangegangenen Jahren in den ersten Halbjahren immer noch Kassenüberschüsse erzielt wurden, denen dann im zweiten Halbjahr, in dem die meisten Auszahlungen anfallen, eine defizitäre Entwicklung gegenüberstand. Geht man davon aus, daß das Kassendefizit von Bund und Ländern im zweiten Halbjahr 1965 also eher noch größer ist als im ersten und daß die Gemeinden 1965 einen ebenso großen Kassenfehlbestand haben wie 1964, so muß für 1965 mit einem Kassendefizit aller öffentlichen Haushalte von rund 8 Mrd. DM gerechnet werden. Ein Überschuß der Sozialversicherungen von einer Milliarde DM ist dabei berücksichtigt.

145. Daß Kassenentwicklung und Verschuldung des Bundes nach den ersten zehn Monaten des Jahres 1965 noch nicht beunruhigend erscheinen — bis Ende Oktober war erst ein Kassendefizit von 0,4 Mrd. DM aufgelaufen — beruht auf Sondereinnahmen. Verausgabt wurden nicht nur der Erlös aus dem Verkauf der VEBA-Aktien — rund eine halbe Milliarde DM [1]) — sondern auch noch eine halbe Milliarde unvorhergesehener Steuereinnahmen hauptsächlich aus indirekten Steuern. Nicht eine ungünstige Einnahmenentwicklung, sondern zusätzliche Ausgaben haben also das Kassendefizit verursacht. Bis Ende 1965 wird es wohl sicher die Zweieinhalb-Milliarden-Grenze erreicht haben.

146. Die Steigerung der Bundesausgaben, die der Haushaltsplan auf 5,5 vH veranschlagt hat, wird tatsächlich 9 vH betragen. Tabelle 49 gibt über die Ausgabenentwicklung des ersten Halbjahres Aufschluß. Neben höheren Personalkosten ist der diesjährige Bundeshaushalt besonders mit den Ausgleichszahlungen an die deutsche Landwirtschaft für die im Rahmen der EWG beschlossenen Getreidepreissenkungen belastet; sie betragen im laufenden Jahre 840 Millionen DM und ab 1966 über 1 Mrd. DM je Jahr. Da die Zahlungen an die Landwirtschaft überwiegend in das zweite Halbjahr fallen, ist die Erhöhung bei den Kassenausgaben noch nicht erkennbar. Dagegen hat sich die Erhöhung der Kindergeldzahlungen, deren Ansätze im letzten Stadium des Haushaltsentwurfs für 1965 vor allem wegen des „Schülergehalts" noch um rund 600 Millionen DM auf rund 2,8 Mrd. DM angehoben wurden, bereits deutlich bei den Kassenausgaben ausgewirkt. Besonders ins Gewicht fällt die Zunahme der Zahlungen an die Bundesbahn, die im ersten Halbjahr 1965 schon nahezu den Betrag erreichten, der für das ganze Jahr etatisiert war. In Ziffer 206 des Jahresgutachtens 1964 wurde darauf hingewiesen, daß mit Sicherheit zu erwartende Verluste der Bundesbahn nicht im Haushaltsentwurf berücksichtigt seien. Zwar sind im endgültigen Etat 400 Millionen DM mehr eingestellt worden als der ursprüngliche

[1]) nach Auskunft des BMF

Tabelle 47

Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden und Lastenausgleichsabgaben

	1964	1965		Geschätzte Veränderung 1965 gegenüber 1964
	Millionen DM		Veränderung in vH	vH
	Januar bis September			
Bund insgesamt [1])	39 681,6	42 965,1	*+ 8,3*	*+ 6,5*
darunter:				
Umsatzsteuer [1]) einschließlich Umsatzausgleichsteuer	15 957,1	17 658,8	*+10,7*	*+ 7,5*
Mineralölsteuer	4 188,3	5 332,8	*+27,3*	*+20,3*
Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer	11 211,3	11 624,3	*+ 3,7*	*+ 5,1*
Länder insgesamt	22 586,7	23 610,8	*+ 4,5*	*+ 5,2*
darunter:				
Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer	17 535,5	18 181,5	*+ 3,7*	*+ 5,1*
	Januar bis Juni			
Gemeinden	6 225,6	6 490,4	*+ 4,3*	*+ 6,4*
Lastenausgleichsabgaben	942,8	886,0	*− 6,0*	*−19,1*

[1]) einschließlich Einfuhrabgaben

Quelle: BMF

Tabelle 48

Kassensalden der öffentlichen Haushalte

Millionen DM

Haushalt	1963	1964	1965	1963 1. Halbjahr	1963 2. Halbjahr	1964 1. Halbjahr	1964 2. Halbjahr	1965 1. Halbjahr
Bund und Lastenausgleichsfonds	−3 402	− 934	...	+ 227	−3 629	+ 925	−1 859	− 423
ERP-Sondervermögen	− 280	− 108	...	+ 150	− 430	+ 230	− 338	...
Länder	− 727	−1 930	...	+1 483	−2 210	+ 183	−2 113	−1 145
Gemeinden	−1 500	−3 300	...	− 150	−1 350	−1 080	−2 220	...
Sozialversicherungen	+ 880	+ 700	...	− 565	+1 445	− 130	+ 830	...
insgesamt	−5 029	−5 572	−8 000 [a])	+1 145	−6 174	+ 128	−5 700	...

[a]) eigene Schätzung

Quelle: Deutsche Bundesbank

Entwurf vorsah, aber auch der nunmehr auf 1,3 Mrd. DM veranschlagte Gesamtzuschuß wird bei weitem nicht ausreichen, den Fehlbedarf der Bundesbahn zu decken.

147. Noch mehr als beim Bund hat sich die Haushaltslage bei den Ländern verschlechtert. Deren Ausgaben sind im ersten Halbjahr 1965 mit reichlich 10 vH doppelt so stark gestiegen wie die Steuereinnahmen. Zum ersten Mal muß damit gerechnet werden, daß die bei den Ländern erfahrungsgemäß meist zu pessimistisch geschätzten Defizite — für 1965 rd. 3 Mrd. DM — tatsächlich entstehen. Einem in den Haushaltsplänen geschätzten Anstieg des Steueraufkommens um 7 vH steht während der ersten

Tabelle 49

Ausgaben des Bundes

Ausgabengruppe	Rechnungsergebnis 1964	Haushalts-Soll 1965		Ist-Ausgaben 1. Halbjahr 1964	Ist-Ausgaben 1. Halbjahr 1965	
	Millionen DM		Veränderung in vH	Millionen DM		Veränderung in vH
Verteidigungslasten						
brutto [1])	19 425,9	19 451,3	+ 0,1	8 321,7	8 855,2	+ 6,4
netto [2])	18 327,3	19 451,3	+ 6,1	7 847,0	8 357,3	+ 6,5
Sozialleistungen [3])	15 073,9	17 292,4	+14,7	8 080,5	9 793,5	+ 21,2
darunter:						
Kriegsopferversorgung	4 785,3	5 187,7	+ 8,4	2 589,0	2 879,6	+ 11,2
Kindergeld	1 452,2	2 764,0	+90,3	335,1	1 171,6	+249,6
Zuschüsse zur Sozialversicherung	7 937,4	8 441,3	+ 6,3	4 557,7	4 985,9	+ 9,4
Bundeshilfe für Berlin	1 912,7	2 023,1	+ 5,8	945,5	1 001,5	+ 5,9
Subventionen, Vorratshaltung [3])	1 150,2	1 181,4	+ 2,7	498,2	506,1	+ 1,6
Wohnungsbau und Siedlung [3])	1 698,2	1 557,8	− 8,3	785,7	797,3	+ 1,5
Bundesfernstraßen	2 754,1	3 216,0	+16,8	1 068,0	1 025,9	− 3,9
An Deutsche Bundesbahn	1 429,7	1 326,5	− 7,2	849,3	1 278,3	+ 50,5
„Grüner Plan" und zusätzliche Anpassungshilfen für die Landwirtschaft	2 349,4	3 289,6	+40,0	552,9	705,2	+ 27,5
Schuldendienst	2 582,3	2 300,1	−10,9	1 390,2	1 130,4	− 18,7
Ersatzleistungen, Entschädigungen und dergleichen	1 767,2	1 861,1	+ 5,3	1 080,0	1 299,0	+ 20,3
Versorgung [4])	2 782,0	2 707,3	− 2,7	1 398,9	1 580,9	+ 13,0
Entwicklungshilfe	704,7	764,3	+ 8,5	220,9	440,6	+ 99,5
Übrige [3])	6 551,6	5 384,6	−17,8	2 698,2	2 941,7	+ 9,0
zusammen [2])	59 083,3	62 355,5	+ 5,5	27 415,3	30 857,7	+ 12,6
Durchlaufende Mittel	6 460,2	1 593,4	−75,3	1 432,2	1 378,7	− 3,7
insgesamt	65 543,5	63 948,9	− 2,4	28 847,5	32 236,4	+ 11,7

[1]) einschließlich, [2]) ohne Einfuhrabgaben für Regierungskäufe im Ausland und Ausgaben für gemeinsame NATO-Vorhaben, die bei den durchlaufenden Mitteln nachgewiesen sind
den durchlaufenden Mitteln nachgewiesen sind

[3]) ohne Ausgaben im Rahmen des „Grünen Planes"

[4]) einschließlich Versorgung gemäß Gesetz zu Art. 131 GG

neun Monate des Jahres ein Zuwachs von nur 4,5 vH gegenüber. Voraussichtlich werden erst die im Herbst einsetzenden Veranlagungen für 1964 die Einkommensteuererträge wieder etwas stärker ansteigen lassen. Die Kassenergebnisse können sich dennoch kaum verbessern, da zugleich die Ausgaben über den Voranschlägen liegen werden (Tabelle 50), wozu vor allem, wie zu erwarten war, die überplanmäßige Steigerung der Personal- und Versorgungsausgaben beiträgt, die 1965 ungefähr um 12 vH höher sind als der Vorjahresbetrag. Einige andere Ausgaben wären noch stärker gestiegen, wenn nicht infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse im zweiten Vierteljahr 1965 die Bauausgaben — insbesondere für den Straßenbau — und die Zuweisungen an die Gemeinden, soweit sie für Bauzwecke bestimmt sind, hinter den sehr hohen Voranschlägen zurückgeblieben wären. Trotzdem ist die effektive Zunahme der Bauausgaben mit nahezu 13 vH gegenüber dem ersten Halbjahr 1964 noch mehr als doppelt so hoch wie die auf 6 vH bezifferte Wachstumsrate der Bauinvestitionen der gesamten Volkswirtschaft.

148. Die Finanzlage der Länder hat sich nicht zuletzt dadurch verschlechtert, daß die Länder in früheren Jahren, als der Bund seinen Anteil an den gemeinsamen Steuern zu erhöhen versuchte, erhebliche Mehreinnahmen an Steuern zu einem beachtlichen Teil den Gemeinden zukommen ließen oder für die Zukunft zusagten. Diese großzügigere Dotierung mit allgemeinen Zuweisungen und mit speziellen Finanzhilfen, die auch noch weiter läuft, nachdem der Bund seinen Anteil an den Steuern erhöht und die Kassenlage der Länder sich verschlechtert hat, hat zusammen mit einer intensiveren Verfolgung eigener Investitionspläne, vor allem auf dem Gebiet des Universitäts- und Schulwesens, im Jahre 1965 in entscheidender Weise zu dem sprunghaften Anstieg der Staatsausgaben der Länder und zur Verschlechterung ihrer finanziellen Situation beigetragen.

149. Auch bei den Gemeinden haben die Einnahmen mit den Ausgaben nicht Schritt gehalten. Daß sich die Kommunen schon im ersten Halbjahr 1965 um fast 2 Mrd. DM verschulden mußten, und zwar zum Teil kurzfristig, läßt auf zunehmende Defizite schließen. Nicht anders als bei Bund und Ländern sind bei den Gemeinden im laufenden Jahre die Personalausgaben kräftig gestiegen. Nach den Haushaltsplänen der Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern wird der Personalaufwand um rund 800 Millionen DM oder 11,5 vH größer sein als im Vorjahr.

Tabelle 50

Ausgaben der Länder

Ausgabengruppe	Ist-Ausgaben 1. Halbjahr 1964	1965		Haushalts-Soll 1965 gegenüber 1964
	Millionen DM		Veränderung in vH	Veränderung in vH
Personalausgaben einschließlich Versorgung	7 998,9	9 042,8	+13,1	+11,0
Renten und Unterstützungen	309,8	362,5	+17,0	+ 1,5
Wiedergutmachung	994,8	899,2	− 9,6	− 7,4
Bauten	1 057,2	1 191,1	+12,7	+17,7
Neuanschaffung von beweglichem Vermögen	139,2	174,5	+25,4	+11,6
Zinsen	299,9	380,9	+27,0	+16,1
Tilgungen	394,2	455,6	+15,6	+12,3
Darlehen an Dritte	1 783,4	2 040,1	+14,4	− 1,4
Zuweisungen an Gemeinden	3 897,5	4 256,7	+ 9,2	+11,7
Übrige [1])	5 195,9	5 602,3	+ 7,8	+ 3,1
insgesamt	22 070,8	24 405,7	+10,6	+ 7,8

[1]) ohne Zahlungen im Finanzausgleich zwischen den Ländern

Dagegen haben die Bauausgaben, auf die mehr als ein Drittel der Gemeindeausgaben entfällt, im ersten Halbjahr 1965 nur noch um knapp 6 vH zugenommen. Tabelle 51 gibt darüber Aufschluß. Die wegen der schlechten Witterung im Frühjahr und Sommer zurückgestellten Investitionsprojekte sind zwar im Herbst mit Nachdruck vorangetrieben worden; aber bis zum Ende des Haushaltsjahres wird der Rückstand nicht mehr ganz aufzuholen sein und das geplante Ausgabenvolumen — die diesjährigen Pläne sahen um 14,6 vH höhere Ausgaben vor als die vorjährigen — daher nicht vollständig verwirklicht werden. Auch die unerwartete Verknappung auf dem Kapitalmarkt hat den Investitionen der Gemeinden Grenzen gesetzt. Schließlich drohen einzelnen Gemeinden infolge der erwähnten Aufhebung der Zweigstellensteuer nicht unerhebliche Ausfälle und Rückforderungen bei der Gewerbesteuer.

150. Die expansive Wirkung des Ausgabenzuwachses in den öffentlichen Haushalten insgesamt wurde durch die Form der Finanzierung der dabei entstehenden Kassendefizite — insgesamt rund 8 Mrd. DM — nicht wesentlich gemildert.

In den Haushalten war zunächst vorgesehen, 12 Mrd. DM durch langfristige Verschuldung am Kapitalmarkt zu beschaffen. Als dann der Zins für langfristige Mittel auf — effektiv — nahezu 8 vH stieg, verbunden mit einem entsprechenden Kursverfall am Rentenmarkt, verzichteten sie auf einen erheblichen Teil ihrer Anleihewünsche (etwa 2 Mrd. DM), ohne jedoch zugleich die staatlichen Ausgaben entsprechend einzuschränken.

Der öffentlichen Hand kann auch nicht zugute gehalten werden, daß ein großer Teil ihrer Ausgaben nicht als Inlandsnachfrage wirksam wurde, sondern in Transferzahlungen nach dem Ausland, in Darlehen an Entwicklungsländer oder in der Bezahlung von Regierungseinfuhren bestand. Zum einen sind die öffentlichen Zahlungen ins Ausland großenteils — direkt oder indirekt — bloßes Korrelat inlandswirksamer Nachfrage des Auslandes (Entwicklungshilfe, Regierungseinfuhren); zum anderen gibt es bisher keine Anzeichen dafür, daß diese Zahlungen 1965 wesentlich stärker zugenommen haben als die übrigen öffentlichen Ausgaben.

Tabelle 51

Bauinvestitionen der Gemeinden [1]

Investitionsart	Haushalts-Soll			Ist-Ausgaben 1. Halbjahr		
	1964	1965		1964	1965	
	Millionen DM		Veränderung in vH	Millionen DM		Veränderung in vH
Schulbau	1 534,7	1 703,5	*+11,0*	568,7	666,4	*+17,2*
Wohnungsbau	146,7	156,5	*+ 6,7*	87,0	100,1	*+15,1*
Straßenbau	2 518,1	2 797,7	*+11,1*	935,7	897,5	*− 4,1*
Wirtschaftsunternehmen	304,8	416,6	*+36,7*	47,2	54,0	*+14,4*
Übrige	3 038,0	3 584,0	*+18,0*	1 125,8	1 204,2	*+ 7,0*
zusammen	7 542,3	8 658,3	*+14,8*	2 764,4	2 922,2	*+ 5,7*
Zuschüsse für Wohnungsbau	.	.	.	13,7	12,2	*−10,9*
Darlehen für Wohnungsbau (einschließlich Beteiligungen)	454,7	483,9	*+ 6,4*	193,9	192,1	*− 0,9*
Darlehen an Eigenbetriebe	.	.	.	268,7	323,2	*+20,3*
insgesamt	.	.	.	3 240,7	3 449,6	*+ 6,4*

[1]) ohne Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern

So muß ohne große Einschränkung festgehalten werden, daß das Ausmaß der staatlichen Ausgabensteigerung (rund 10 vH) im Vergleich zum Wachstum des realen Bruttosozialprodukts (5 vH) Ausdruck dafür ist, wie stark der Staat 1965 zum Fortgang der schleichenden Inflation in der Bundesrepublik beigetragen hat.

151. Nach unseren Informationen rechnen die Finanzverwaltungen für 1966 — bei unveränderten Steuersätzen — mit einem gesamten Steueraufkommen bei Bund, Ländern und Gemeinden von 112,3 Mrd. DM. Diesen Schätzungen liegt offensichtlich die Annahme zugrunde, daß das nominale Bruttosozialprodukt um 7 vH wachsen wird, bei einer Preissteigerungsrate von 3 vH. Wäre im Sinne einer geldwertneutralen Finanzpolitik (JG 64 Ziffer 242) bei den Steuerschätzungen keine Preissteigerung berücksichtigt worden, hätte mit einem gesamten Steueraufkommen von 108,8 Mrd. DM gerechnet werden müssen; die inflationsbedingten Steuermehreinnahmen, die demnach in die Haushaltspläne eingehen, betragen 3,5 Mrd. DM oder 3,2 vH.

152. Eine solchermaßen die Inflation vorwegnehmende Einnahmenschätzung verschafft der öffentlichen Hand den Spielraum zu einer Erhöhung der Ausgaben, die dann dazu beitragen wird, daß die Inflationserwartungen eintreffen und die tatsächlichen Einnahmen nicht hinter den geschätzten zurückbleiben (Ziffer 191). Dies alles kann — wie man seit Jahren sieht — geschehen in vollem Schutz des altväterlichen Prinzips, der Staat habe seinen Beitrag zur Stabilität der wirtschaftlichen Entwicklung dadurch zu leisten, daß er einen ausgeglichenen Haushalt vorlegt. Gerade diesem Prinzip folgen die Gebietskörperschaften offensichtlich wiederum, wenn sie für 1966 Ausgaben in Höhe von rund 150 Mrd. DM, gedeckt durch die vorausgeschätzten Steuereinnahmen zuzüglich entsprechend erhöhter Einnahmen aus „sonstigen Quellen" und Anleihebegebung, schon für stabilitätskonform halten, der Bund für sich 68 Mrd. DM, die Länder 47 Mrd. DM, die Gemeinden 35 Mrd. DM.

153. Einen ersten Schritt zu einer geldwertneutralen Finanzpolitik und damit eine echte Vorleistung des Staates für eine Verlangsamung des Geldwertschwunds würde es jedoch erst bedeuten, wenn Bund, Länder und Gemeinden ihre Ausgaben weniger erhöhten, als durch die Einnahmenschätzung möglich erscheint, die eine Geldentwertung von 3 vH schon vorweg für sicher hält. Der Bundeshaushalt müßte dann die Summe von rund 68 Mrd. DM, der Gesamthaushalt der Länder die Summe von rund 47 Mrd. DM merklich unterschreiten. Geschieht dies nicht, so müßten durch zusätzliche Einnahmen die expansiven Wirkungen wenigstens zum Teil ausgeglichen werden (Ziffer 192).

154. Möglicherweise hätte der IV. Deutsche Bundestag so hohe zusätzliche Ausgaben nicht beschlossen, wenn ihm ein mehrjähriger und detaillierter Finanzplan vorgelegen hätte. Daneben haben aber wohl auch konstitutionelle Schwächen im Verfahren unserer Gesetzgebung zu der unbedachten Ausgabenpolitik beigetragen. Die Geschäftsordnung des Bundestages stellt nicht sicher, daß alle Anträge der Fachausschüsse und des Plenums, die Ausgabenerhöhungen oder Einnahmenminderungen mit sich bringen, den Haushaltsausschuß durchlaufen, ehe sie endgültig verabschiedet werden. Dadurch kann es unterbleiben, daß solche Anträge daraufhin geprüft werden, ob sie mit der Haushaltslage vereinbar sind. Außerdem ist der Haushaltsausschuß nach § 96 der Geschäftsordnung des Bundestages nur verpflichtet zu prüfen, ob die Mehrausgaben des neuen Haushaltsjahres voll gedeckt sind, nicht aber auch die Frage zu behandeln, ob die beschlossenen Mehrausgaben so hohe Folgekosten nach sich ziehen, daß dadurch der Haushaltsausgleich der späteren Jahre gefährdet wird. Auf diese Weise ist die Kurzsichtigkeit des Parlaments geradezu institutionalisiert. Um der Verpflichtung des § 96 zu genügen, ist mehrfach auch das Inkrafttreten von Gesetzen auf den Beginn des nächsten Jahres datiert worden. So werden immer neue Wechsel auf die Zukunft ausgestellt, wobei die Verantwortlichen aufgrund bisheriger Erfahrungen erwarten dürfen, daß inflationsbedingte Mehreinnahmen in der Zukunft die Finanzierungslücken schon schließen werden.

155. Gegen eine Ausgabenflut hat die Bundesregierung die Waffe des Artikel 113 Grundgesetz. Artikel 113 besagt: „Beschlüsse des Bundestages und des Bundesrates, welche die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Ausgaben des Haushaltsplanes erhöhen oder neue Ausgaben in sich schließen oder für die Zukunft mit sich bringen, bedürfen der Zustimmung der Bundesregierung". Die Bundesregierung hat von dieser Notbremse keinen Gebrauch gemacht, da die Gutachter der zuständigen Bundesministerien die Auffassung vertreten haben, daß die Bundesregierung nicht einzelne Beschlüsse des Bundestages, sondern nur ganze Gesetze ablehnen könne. Unter Berufung hierauf hat die Bundesregierung davon abgesehen, den von ihr selbst im Bundestag eingebrachten Gesetzen wegen Überschreitung des Ausgabenlimits die Zustimmung zu versagen.

156. Um in Zukunft ähnliche finanzpolitische Fehlentwicklungen zu verhüten, wäre ein Ausführungsgesetz zu Artikel 113 des Grundgesetzes notwendig, das der Regierung die Möglichkeiten gibt, die ihr schon der Verfassungsgesetzgeber unseres Wissens [1]) ein-

[1]) Der Vorsitzende des Finanzausschusses des Parlamentarischen Rates ist Mitglied des Sachverständigenrates.

räumen wollte. Bleibt die Rechtslage in der Schwebe, so gibt es keine klare Zurechnung von Verantwortung. Als Alternative bliebe eine Verfassungsänderung zugunsten einer Lösung, wie sie in England seit jeher besteht. Dort ist es den Abgeordneten verwehrt, Mehrausgaben zu beschließen, die nicht von der Regierung beantragt sind.

157. Für 1966 kommt es darauf an, daß von den übertriebenen Mehrausgaben möglichst viel gestrichen wird, zumal die Mehreinnahmen des Haushaltsjahres 1967 bereits durch proportional und überproportional ansteigende Ausgaben nahezu völlig blockiert sind. Ein bloßes Vertagen um ein Jahr vermehrt nur die Probleme in der Zukunft, es sei denn, daß die gewonnene Atempause dazu genutzt wird, den Bundeshaushalt systematisch von allen Lasten zu befreien, die aus der Vergangenheit überkommen und unter den veränderten Umständen nur noch Ballast sind. Um den Bundeshaushalt in dieser Weise durchzukämmen, bedarf es wohl gründlicher Untersuchungen durch eine möglichst unabhängige Kommission, deren Mitglieder sich nicht scheuen dürften, an Tabus zu rühren. Unabhängig davon wäre es für eine Haushaltspolitik der Geldwertstabilisierung wichtig, daß die zuständigen Stellen und Gremien in Regierung und Parlament — des Bundes ebenso wie der Länder — sich Klarheit darüber verschafften, in welchem Maße welche Ausgabenpositionen mit dem Grade des Geldwertschwundes in der Zukunft automatisch ansteigen werden und daher bei konsequenter Politik der Geldwertstabilisierung entsprechend niedriger bemessen werden könnten. Ohne solche Alternativrechnungen besteht die Gefahr, daß man auch hier bald dazu neigt, den Fortgang der Inflation für den einzig realistischen Weg zu halten.

158. Bei allen Überlegungen, wie der Bundeshaushalt von Ballast befreit werden kann, ist die Nützlichkeit und Notwendigkeit überkommener Ausgabeverpflichtungen sorgfältig auch gegen die Dringlichkeit beschlossener und neu hinzukommender Ausgabenprojekte abzuwägen. Allein die unerledigten Gesetzesvorlagen und Anträge des IV. Deutschen Bundestages, mit deren Wiedereinbringung fest zu rechnen ist, brächten — ohne die Belastungen des 19. Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes — 1,3 Mrd. DM Mehrausgaben im ersten Jahr und bis zu 2 Mrd. DM in den folgenden Jahren (Tabelle 109, Anhang). Hierzu liegen weitergehende Anträge vor, die die genannten Summen nicht unerheblich übersteigen.

159. Daß sich in naher Zukunft die Finanzlage des Bundes durch Änderung des Verteilungsschlüssels auf Kosten der Länder und der Gemeinden verbessern lasse, ist kaum anzunehmen; denn auch die Länder werden sich vorläufig in keiner besseren Lage befinden, wenn der Ausbau der Schulen und Hochschulen nicht erheblich verlangsamt werden soll. Die Finanzprobleme aber auf Kosten der Bildungsinvestitionen lösen zu wollen, wäre sicher kein guter Beginn für eine am Ziele des angemessenen Wachstums orientierte, vorausschauende Finanzpolitik.

160. Es scheint somit, daß es eines Umdenkens auch im Bereich der öffentlichen Finanzwirtschaft bedarf, wenn Geldwertstabilität in der Tat oberstes Gebot der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sein soll. Weitblick in die Zukunft und Einsicht in die komplexen gesamtwirtschaftlichen Sachzusammenhänge sind hierfür unabdingbare Voraussetzungen. Aus diesen Gründen ist der Umstand, daß Bundestag und Bundesrat kein Gremium haben, das dem Joint Economic Committee des Kongresses der Vereinigten Staaten vergleichbar wäre, sicherlich nicht nur ein geringfügiger Nachteil.

ZWEITES KAPITEL

Die voraussehbare Entwicklung

161. Zu der Aussagefähigkeit von Konjunkturprognosen hat sich der Sachverständigenrat bereits in seinem ersten Jahresgutachten geäußert. Wir schrieben, man dürfe entgegen manchen Vorstellungen nicht erwarten, daß irgend jemand, auch nicht ein Gremium, in der Lage sei, die künftige wirtschaftliche Entwicklung vorherzusehen. „Was wir verantworten können, ist sehr viel weniger: Wir können nur die Entwicklungen, die unsere Wirtschaft in der Zukunft nehmen könnte, der Reihe nach überprüfen, um aus dem weiten Bereich der Möglichkeiten jene Zukunftshypothese herauszufinden, die nach unserer Auffassung am besten mit den uns bekannten Tatsachen und Theoremen in Einklang steht und die wir deshalb als unsere beste ‚Setzung' ansehen. Sie ist eine Projektion, der wir zwar eine größere Wahrscheinlichkeit beimessen als allen anderen, aber sie braucht noch nicht einmal eine hohe Wahrscheinlichkeit zu besitzen. In manchen Fällen würden wir es sogar begrüßen, wenn die Ereignisse unsere Vorhersagen nicht bestätigten. Das gilt vor allem für die Fehlentwicklungen, die sich durch ein vorbeugendes Verhalten des Staates und all derer, die außer ihm gesamtwirtschaftliche Verantwortung tragen, vermeiden lassen." (JG 64 Ziffer 217).

162. Die Vorausschau auf das Jahr 1966 beruht auf Informationen, die dem Sachverständigenrat in der ersten Novemberhälfte 1965 zur Verfügung standen. Die letzten Angaben beziehen sich daher zumeist auf September 1965, zum Teil auf August. Anders als vor einem Jahr wagen wir diesmal eine Vorausschau auf ein volles Jahr. Damals waren wir nicht sicher, ob die konjunkturelle Aufschwungsphase, die um die Jahreswende 1963/64 eingesetzt hatte, das ganze Jahr 1965 andauern würde. Die Indikatoren über die Nachfrage des Auslands und über die Investitionsbereitschaft der inländischen Wirtschaft ließen uns nur eine Vorausschau bis zur Mitte des Jahres 1965 vertretbar erscheinen. Diesmal ist nicht mit einem Tendenzwandel in der kurzfristigen Entwicklung zu rechnen. Der Konjunkturaufschwung hat offenbar seinen Höhepunkt überschritten; von den Investitionen und Ausfuhren sind keine Beschleunigungstendenzen zu erwarten. Der private Verbrauch wird auch im kommenden Jahr rasch wachsen, aber weitgehend nur in dem Rahmen, der ihm von der Lohnentwicklung vorgezeichnet wird. Sondereinflüsse, wie sie 1965 von der Steuersenkung ausgegangen sind, werden fehlen.

163. Eine Prognose für mehr als ein Jahr kann nur Tendenzen und auch diese nur in groben Zügen aufzeigen. Für eine Quantifizierung reichen die vorliegenden Informationen nur sehr bedingt aus, da es zu einem ausgesprochenen Stau von unerledigten Aufträgen mit nennenswerter Verlängerung der Lieferfristen in diesem Aufschwung nicht gekommen ist. Die Entwicklung im späteren Verlauf des Jahres wird also weitgehend von den künftigen Investitionsentscheidungen und von der künftigen Nachfrage des Auslands bestimmt. Besonders erschwert wird die Vorausschau noch dadurch, daß be Abschluß des Berichtes keine verläßlichen Informationen über das finanzpolitische Verhalten der öffentlichen Hand vorlagen. Der Sachverständigenrat mußte daher, wollte er nicht auf eine quantifizierte Vorausschau verzichten, bestimmte Annahmen über die Entwicklung der Ausgaben für den Staatsverbrauch, für Einkommensübertragungen und für die öffentlichen Investitionen setzen. Die einzelnen Annahmen und Überlegungen, die der Vorausschau zugrunde liegen, sind im folgenden dargestellt.

164. Die konjunkturelle Entwicklung in der Weltwirtschaft, insbesondere in den wichtigsten Partnerländern, läßt keine Anzeichen für einen grundlegenden Tendenzwandel erkennen. In Italien und in Frankreich wird sich die wirtschaftliche Entwicklung 1966 zwar weiter beleben; die Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft werden sich aber vorerst in engen Grenzen halten. Zum Teil werden sie wohl auch aufgehoben durch entgegengesetzte Einflüsse, die vermutlich von den skandinavischen Ländern, von Belgien und Luxemburg und auch von den Entwicklungsländern ausgehen werden. Die Entwicklungsländer werden durch den Mangel an Devisen, der sich bei ihnen nach der Hausse auf den Rohstoffmärkten wieder empfindlicher bemerkbar macht, indessen nicht sogleich gezwungen, ihre Einfuhren zu kürzen; ihnen sind im Rahmen der Entwicklungshilfe Kredite eingeräumt worden, die sie ohne Zweifel nutzen werden. Da die Preise für Ausfuhrgüter weiter, wenn auch vermutlich langsamer steigen werden als bisher, erscheint es gerechtfertigt, für die Ausfuhr von Gütern und Diensten eine Zuwachsrate von 10 vH als Richtgröße für 1966 anzusetzen. Eine höhere Zuwachsrate wäre zu erwarten, wenn von der binnenwirtschaftlichen Entwicklung her der Zwang zum Export verstärkt und die Wettbewerbsposition wesentlich verbessert würden.

165. Bei einer Ausfuhrsteigerung, die nur wenig stärker ist als 1965, braucht nicht damit gerechnet zu werden, daß die Investitionstätigkeit von dieser Seite her zusätzlich angeregt wird. Soweit gegenwärtig erkennbar, hat der Investitionsaufschwung bereits im Jahre 1965 seinen Höhepunkt erreicht. Konkrete Anhaltspunkte für die weitere Entwicklung der Auftragseingänge bei den Investitionsgüterindustrien liegen nicht vor. Wir sind daher auf Überlegungen und Ableitungen angewiesen, die sich weitgehend auf die Erfahrungen der Vergangenheit stützen. Die hohen Investitionen in den Jahren 1964 und 1965 haben die Kapazitäten beachtlich ausgeweitet und werden sie noch ausweiten. Für eine weitere Zunahme der Investitionen sprechen nicht nur die vordringende Auslandskonkurrenz und der anhaltende Mangel an Arbeitskräften, die die Unternehmer zu neuen Produktionsverfahren zwingen, sondern auch der vermehrte Bedarf an Ersatzinvestitionen und die kräftige Zunahme der Verbrauchsgüternachfrage. Allerdings könnten sowohl die Gewinnentwicklung als auch der restriktive Kurs der Bundesbank die Investitionen von der Finanzierung her einengen. Insgesamt rechnen wir mit einer leichten Verringerung der Zuwachsrate der Investitionen auf 8 vH für das ganze Jahr.

166. Auch die Ausgaben für gewerbliche Bauinvestitionen werden weiter steigen, wahrscheinlich fast so schnell wie 1965. Die erteilten Genehmigungen nehmen zwar gegenwärtig, nachdem sie 1964 einen kräftigen Aufschwung genommen hatten, langsamer zu, doch läßt der Vorrat an genehmigten, aber noch nicht begonnenen und begonnenen, aber noch nicht fertiggestellten Bauten ein unvermindert rasches Wachstum der gewerblichen Bauinvestitionen erwarten.

Das gilt auch für den Wohnungsbau. Hier belief sich der Bauvorrat Mitte des Jahres 1965 immer noch auf über 900 000 Wohnungen. Die laufende Nachfrage im Wohnungsbau ist zudem bis in den Herbst 1965 hinein gestiegen. Die weitere Entwicklung ist jedoch fraglich, weil nicht feststeht, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang die öffentlichen Stellen ihre Hilfen kürzen werden. Der Rückgang der Hypothekenzusagen seit dem Frühjahr 1965 deutet darauf hin, daß die Zinserhöhung nun doch, wenn auch mit einer Verzögerung, zu wirken beginnt.

Die öffentlichen Stellen scheinen eine Einschränkung der Investitionsvorhaben nur zum Teil zu erwägen. Die Genehmigungen für öffentliche Hochbauten sind im Herbst 1965 — also zu einer Zeit, als den Gebietskörperschaften der Kapitalmarkt schon nicht mehr unbegrenzt zugänglich war — noch sprunghaft gestiegen. Auch die in den Haushaltsplänen der Länder für 1966 vorgesehenen Bauausgaben sind beträchtlich höher als 1965. Lediglich die Gemeinden scheinen, nach den allerdings nur sehr unvollständigen Informationen, nicht mehr Bauausgaben als im Vorjahr vorzusehen. Insgesamt rechnen wir mit einer Zunahme der Bauinvestitionen von nominal 7 vH.

167. Die laufenden Ausgaben des Staates einschließlich der Sozialversicherung werden 1966 wahrscheinlich erneut kräftig steigen. Im Laufe des Jahres sollen die Beamtenbezüge um 8 vH erhöht werden, und zwar in zwei Stufen. Unter dem Eindruck des großen Defizits im Bundeshaushalt wird zwar erwogen, die Mehrausgaben durch eine Verschiebung der Termine zu kürzen; eine endgültige Entscheidung war bei Abschluß dieses Gutachtens noch nicht gefallen. Auch für die Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst stehen Tarifverhandlungen an. Die Ausgaben der sozialen Krankenversicherung werden sich besonders stark erhöhen, weil sich der Kreis der Versicherungspflichtigen erweitert hat und weil die Arzthonorare und Krankenhauspflegesätze beträchtlich angehoben worden sind. Weitgehend ungewiß ist die Entwicklung der Ausgaben im militärischen Bereich. Nach den Anfang November vom Bundeskabinett vorgeschlagenen Kürzungen des Ressortansatzes wäre die Zunahme gegenüber den Ausgaben des Jahres 1965 nur gering.

Für den gesamten Staatsverbrauch rechnen wir mit einer Zuwachsrate von 9 vH.

168. Die öffentlichen Ausgaben für Pensionen, Renten und Unterstützungen werden vermutlich ebenfalls rasch steigen. Die laufenden Renten der Sozialversicherung, die der Lohnentwicklung der letzten drei Jahre folgen, werden um 8,3 vH angehoben werden. Die Beamtenpensionen — auf sie entfällt rund ein Viertel der Einkommensübertragungen — werden wie die Beamtengehälter erhöht. Bei den anderen Einkommensübertragungen sind vor den Bundestagswahlen ebenfalls Verbesserungen und Erweiterungen der Leistungen beschlossen worden. Obwohl noch ungewiß ist, ob, inwieweit und wann sie tatsächlich gezahlt werden, haben wir für die Summe aller übertragenen Einkommen eine Steigerungsrate von 9,5 vH eingesetzt.

169. Nach unseren Setzungen wäre damit zu rechnen, daß die Ausgaben für den Staatsverbrauch, für die Einkommensübertragungen und für die öffentlichen Investitionen 1966 um etwa 9 vH höher sein werden als 1965. Wir halten diese Schätzung eher für zu niedrig als für zu hoch, nachdem wir im vorigen Jahr beim Staatsverbrauch die tatsächliche Entwicklung um fast drei Prozentpunkte unterschätzt haben. Eine Steigerungsrate von 9 vH ist etwa doppelt so hoch wie die voraussichtliche Zunahme des realen Sozialprodukts.

Tabelle 52

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Voraussehbare Entwicklung im Jahre 1966

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1963	1964	1965			1966		
			1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahr
I Nachfrage:								
Ausfuhr	+ 8,8	+11,4	+ 7,5	+12,0	+10,0	+ 9,5	+10,5	+10,0
Bruttoanlageinvestitionen								
Ausrüstungen	+ 2,9	+12,2	+14,3	+10,0	+11,5	+ 9,5	+ 7,0	+ 8,0
Bauten	+ 8,4	+16,6	+ 6,3	+ 7,0	+ 6,5	+ 7,0	+ 6,5	+ 6,5
Staatsverbrauch	+11,5	+ 4,5	+12,1	+10,0	+11,0	+ 9,5	+ 9,0	+ 9,0
Privater Verbrauch	+ 5,4	+ 8,0	+ 9,4	+ 9,5	+ 9,5	+ 7,5	+ 7,5	+ 7,5
Endnachfrage	+ 6,4	+10,0	+10,3	+ 9,5	+10,0	+ 8,0	+ 8,0	+ 8,0
II Gesamtangebot:								
Bruttosozialprodukt	+ 6,3	+ 9,7	+ 8,6	+ 8,0	+ 8,5	+ 7,5	+ 7,0	+ 7,5
Einfuhr	+ 7,2	+11,8	+18,8	+15,0	+16,5	+10,0	+10,0	+10,0
III Komponenten des Angebots								
Erwerbstätige	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Arbeitszeit [1])	− 1,3	+ 0,1	− 0,4	− 0,2	− 0,3	− 0,5	− 0,8	− 0,7
Arbeitsvolumen	− 0,9	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	− 0,2	− 0,5	− 0,4
Produktivität [2])	+ 4,4	+ 6,2	+ 4,6	+ 4,0	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,5
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 3,3	+ 6,7	+ 5,0	+ 4,5	+ 5,0	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,0
IV Preisentwicklung								
Bruttosozialprodukt	+ 2,9	+ 2,9	+ 3,7	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,5	+ 3,0	+ 3,5
Privater Verbrauch	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,9	+ 4,0	+ 3,5	+ 3,5	+ 2,5	+ 3,0
Preisindex für die Lebenshaltung [3])	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,8	+ 3,5	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,0	+ 2,5

Zahlen für die Jahre 1963, 1964 und für das 1. Halbjahr 1965 Statistisches Bundesamt; für das 2. Halbjahr 1965 und 1966 eigene Schätzungen, teilweise auf halbe Prozentpunkte abgerundet.

[1]) Geleistete Stunden je Erwerbstätigen, einschließlich Veränderung der Zahl der Arbeitstage.

[2]) Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde

[3]) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte, 1962 = 100

170. Obwohl sich der Widerstand der Arbeitgeber 1966 gegenüber den Lohnforderungen der Gewerkschaften vermutlich versteifen wird, dürften die tariflich ausgehandelten Lohnerhöhungen angesichts der Arbeitsmarktlage, der beträchtlichen Unterschiede zwischen Tarif- und Effektivverdiensten, der Preisentwicklung in den letzten Monaten, aber auch der Ausgabengebarung der öffentlichen Hand, mit der hier gerechnet wurde, nur wenig hinter denen des Jahres 1965 zurückbleiben. Die Summe der Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit wird indes beträchtlich langsamer steigen als 1965, hauptsächlich weil die Zahl der Arbeitnehmer bestenfalls um 1 vH, gegenüber 1,5 vH 1965, zunehmen, die durchschnittliche Arbeitszeit, namentlich in der zweiten Jahreshälfte, sinken und die Steuerbelastung der Einkommen — allerdings von dem durch die Steuersenkung verminderten Niveau aus — wieder wachsen wird.

171. Unterstellt man, daß die den privaten Haushalten zufließenden Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 7 vH steigen, so ergibt sich für das gesamte verfügbare Einkommen der privaten Haushalte gegenüber 1965 ein Mehr von 7 bis 8 vH. In dieser Größenordnung dürfte sich auch die Zunahme der privaten Verbrauchsausgaben halten, es sei denn, die Sparneigung würde sich wesentlich ändern.

172. Alle Einzelschätzungen zusammen lassen für 1966 eine Gesamtnachfrage der privaten und der öffentlichen Haushalte, der Unternehmen und des Auslands erwarten, die um 8 vH größer sein wird als 1965.

173. In einem derartigen Umfang wird sich das Angebot an Waren und Diensten sicher nicht erhöhen. Dazu ist das Angebot an Arbeitskräften zu gering. Die ohnehin schon sehr niedrige Arbeitslosigkeit wird zwar weiter sinken, aber fast ausschließlich, weil ein großer Teil der Arbeitslosen das rentenfähige Alter erreicht. Aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung wird sich wiederum ein Abgang ergeben. Die einzige nennenswerte Quelle bleibt daher weiterhin die Einstellung zusätzlicher ausländischer Arbeitskräfte. Allerdings dürfte der Zustrom nicht mehr so stark sein wie bisher. Ein Zugang von 100 000 Erwerbstätigen muß als Obergrenze gelten. Die Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr beliefe sich selbst dann auf nur 0,4 vH. Stellt man in Rechnung, daß auf der anderen Seite 25 000 Mann mehr zum Wehrdienst herangezogen werden, dann wird diese Rate noch geringer.

174. Nach den bereits bestehenden tariflichen Vereinbarungen werden 1966 mehr Arbeitszeitverkürzungen eintreten als 1965: Mitte des Jahres soll die in der Metallindustrie im Jahr 1964 verschobene Verkürzung von 41¼ auf 40 und in der Eisen- und Stahlindustrie von 42 auf 40 Wochenstunden in Kraft treten. Auch im Handel ist bereits tariflich vereinbart, die Arbeitszeit zu verringern. Die Arbeitszeitverkürzungen dürften namentlich in den Bereichen außerhalb des Handels nur vorübergehend durch Überstunden ausgeglichen werden. Unter diesen Annahmen wird das Arbeitsvolumen 1966 etwas geringer sein als 1965.

175. Die Produktion wird also nur insoweit steigen können, als die Zunahme des Produktionsergebnisses je Erwerbstätigenstunde über die Abnahme des Arbeitsvolumens hinausgeht. Der Produktivitätsfortschritt war 1965 mit 4,5 vH bereits niedriger als 1964 (6,0 vH). Für 1966 erwarten wir ungefähr das gleiche Ergebnis wie 1965. Das reale Sozialprodukt würde demnach um rund 4 vH wachsen.

176. Das Gesamtangebot wird bei dieser Nachfrageentwicklung wiederum durch vermehrte Einfuhren erweitert werden. Allerdings dürfte die Steigerung der Einfuhren nicht mehr so stürmisch verlaufen wie 1965. Der Bedarf an ausländischen Rohstoffen und Halbwaren wird weiterhin nur noch im Gleichschritt mit der inländischen Produktion zunehmen: die Lager sind weitgehend gefüllt und zu spekulativen Vorratskäufen besteht von der Preisentwicklung her kaum Anlaß. Die Einfuhr von Ernährungsgütern dürfte zwar wegen der unzureichenden Ernte des Jahres 1965 verstärkt zunehmen. Die Einfuhr kommerzieller Fertigwaren, die namentlich in der ersten Hälfte des Jahres 1965 rasch gestiegen war, wird dagegen bei ruhigerer Entwicklung der Investitionen und des privaten Verbrauchs wahrscheinlich nicht mehr so schnell steigen. Die Ausgaben für ausländische Dienstleistungen werden voraussichtlich ihre bisherige Tendenz beibehalten, also weiter beträchtlich zunehmen.

177. Obwohl die Nachfrageexpansion von 10 vH 1965 auf 8 vH 1966 zurückgehen wird, muß wieder ein Preisanstieg befürchtet werden, der weitaus größer ist, als sich mit dem Ziel der Geldwertstabilität vereinbaren läßt. Die Steigerungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung wird sich von annähernd 4 vH im zweiten Halbjahr 1965 auf voraussichtlich 3,0 bis 3,5 vH im ersten Halbjahr 1966 und 2,0 bis 2,5 vH im zweiten Halbjahr 1966 ermäßigen, aber fast nur deshalb, weil eine so starke Verteuerung der Ernährungskosten wie im Sommer und Herbst 1965 vermutlich nicht eintreten wird.

DRITTES KAPITEL

Gegen den Geldwertschwund

178. Die Lage der deutschen Wirtschaft im September 1965, dem letzten Monat, für den bei Abschluß dieses Gutachtens die statistischen Informationen einigermaßen vollständig sind, läßt sich kurz wie folgt kennzeichnen:

es herrscht Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte, und zwar bei fühlbarer Übernachfrage auf dem Arbeitsmarkt, bei anhaltender, wenn auch verlangsamter Abwanderung aus der Landwirtschaft und bei intensiven Bemühungen der gewerblichen Wirtschaft um die Gewinnung ausländischer Arbeitskräfte;

die Industrieproduktion übersteigt das Vorjahresniveau im Durchschnitt um gut 6 vH, in den Verbrauchsgüterindustrien sogar um 7 vH, und schöpft die Kapazität der Produktionsanlagen etwa im gleichen Umfang aus wie 1964;

die gewerbliche Wirtschaft verzeichnet Auftragseingänge, die zwar ein schwächeres Nachfragewachstum, aber für die nähere Zukunft keinen allgemeinen Angebotsüberhang erwarten läßt;

es herrschen Tendenzen zum Vordringen der Staatsnachfrage, zu einem gegenüber 1964 verlangsamten, aber immer noch kräftigen Wachstum der privaten Investitionen und zu einem Nachziehen des privaten Verbrauchs;

das Preisniveau ist merklich höher als im Vorjahr, und zwar — im Durchschnitt der ersten neun Monate 1965 —

um 3,2 vH für die Lebenshaltung,

um 3,3 vH für die Waren im Einzelhandel,

um 2,6 vH für die Erzeugnisse der Industrie,

um 2,6 vH für die Ausfuhrgüter,

um 2,3 vH für die Einfuhrgüter,

um 6,6 vH für die Erzeugnisse der Landwirtschaft und

um 3,5 vH für das Sozialprodukt insgesamt.

179. In der Tendenz entspricht dieses Bild weitgehend der Vorausschau, die der Sachverständigenrat in seinem vorigen Jahresgutachten für das erste Halbjahr 1965 gab (JG 64 Ziffern 219 bis 222). Stärker als erwartet hat allerdings der internationale Anpassungsmechanismus dahin gewirkt, daß Überschüsse der Leistungsbilanz abgebaut und von Defiziten abgelöst wurden. Insofern handelte es sich möglicherweise um etwas mehr als nur um eine „Zwischenphase des Aufholens bei den Preisen und der Rückkehr zum außenwirtschaftlichen Gleichgewicht" (JG 64 Ziffer 237). Dieses Mehr kommt nicht zuletzt auch darin zum Ausdruck, daß der Geldwertschwund im dritten Vierteljahr 1965 über die Befürchtungen hinausgegangen ist, die wir für das erste Halbjahr geäußert hatten (JG 64 Ziffer 236). Wie ein zahlungsbilanzpolitischer Korrekturprozeß auch mit einem geringeren Geldwertschwund — und das heißt in größerer Übereinstimmung mit den im Gesetz niedergelegten Zielen — erreichbar gewesen wäre, hat der Sachverständigenrat damals auftragsgemäß dargelegt (JG 64 Ziffer 240 a bis f). Wenn die Bundesregierung darauf antwortete, sie halte die vorausgeschätzte Preiserhöhung — 3 vH bei der Lebenshaltung — bei festem Wechselkurs für vermeidbar und werde nicht zögern, „bei gefährlichen Fehlentwicklungen der Binnenkonjunktur oder der Außenwirtschaft die notwendigen Konsequenzen zu ziehen" (Stellungnahme 64 Ziffer 16), so hat sich dieser Optimismus jedenfalls bisher nicht bestätigt.

180. Auch 1966 wird voraussichtlich die Geldwertstabilität mehr gefährdet sein als die anderen im Gesetz genannten Ziele:

Ein Defizit der Zahlungsbilanz wie 1965 brauchte bei unserer recht hohen internationalen Liquidität noch nicht als Störung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts aufgefaßt zu werden, zumal wenn es damit zusammenhängt, daß andere Länder ernsthaft bestrebt sind, ihre Defizite abzubauen und ihre unbefriedigende Liquiditätsposition zu verbessern.

Ein anhaltender Rückgang der Beschäftigung ist höchstens für einzelne Bereiche — etwa für den Bergbau und für die Landwirtschaft — anzunehmen; er kann sich auf die Produktivität in diesen Bereichen und auf das Arbeitskräfteangebot für die Wachstumsindustrien überwiegend nur günstig auswirken. Auf die Gesamtbeschäftigung brauchen derartige Umschichtungen bei der zu erwartenden Konjunkturlage keinen nachteiligen Einfluß zu haben, vor allem dann nicht, wenn die Gewerkschaften und die Wachstumsindustrien die Mobilität der Arbeitskräfte fördern.

Das Wachstum wird sich vermutlich etwas abschwächen; dies gilt vor allem,

wenn die Nachfrage aus dem EWG-Raum weiterhin nur verlangsamt steigen und der Prozeß der wirtschaftlichen Integration in Europa und im atlantischen Raum vorübergehend etwas stocken sollte. 1966 könnte daher zwar den Jahren 1954, 1958 und 1962/1963 gleichen, also den Wachstumspausen, die den letzten drei kräftigen Wachstumsschüben vorausgingen, aber eine solche vorübergehende Verlangsamung braucht die langfristige Entwicklung nicht zu beeinträchtigen.

Doch wird auch ein langsameres Wachstum 1966 vermutlich den Geldwertschwund des bisherigen Wachstumszyklus nicht zum Stillstand bringen; allenfalls wird sich der Preisanstieg auf etwa 2,5 vH bis 3 vH verringern. Dies gilt, wenn keine Initiative ergriffen wird, um den Konflikt zwischen Wachstum und Geldwertstabilität von allen Seiten her gleichmäßig und gleichzeitig zu überwinden (Ziffer 188 und 190). Sollte sich die Gesamtnachfrage, angeregt durch eine übermäßige Zunahme der öffentlichen Ausgaben, weiter so wie 1964 und 1965 ausdehnen, so müßte mit einem gegenüber 1965 noch verstärkten Preisanstieg gerechnet werden.

181. Eine derart pessimistische Prognose im einzelnen zu erläutern, erscheint auf den ersten Blick nicht ratsam, weil eine überzeugende Begründung, wenn sie Publizität erhält, möglicherweise den Prozeß beschleunigt. Dem steht jedoch gegenüber, daß der Sachverständigenrat gehalten ist, die Lage so darzustellen, wie er sie sieht, damit durch Aufklärung wirtschaftspolitische Kräfte geweckt werden, die die aufgezeigten Fehlentwicklungen sodann in der Tat verhindern. Während der Sachverständigenrat Befürchtungen nur begründen kann, ist die Bundesregierung in der Lage, den Gegenäußerungen, zu denen sie veranlaßt wird, durch Ankündigung konkreter Schritte größte Überzeugungskraft zu verleihen. Daß es zu solchen Schritten kommt, ist der Sinn aller folgenden Erörterungen.

a) Der Preisindex für die Lebenshaltung ist in den letzten zehn Jahren ununterbrochen gestiegen. Dem Boom von 1955 folgten in den Jahren 1956 und 1957 Erhöhungen des Preisindex der Lebenshaltung von 2,6 bzw. 2,3 vH, dem Boom von 1959/60 in den Jahren 1962 und 1963 bereits Sprünge von jeweils 3,0 vH. Während die Hochkonjunkturjahre 1955 und 1960 noch minimale Steigerungsraten von 1,7 vH und 1,4 vH brachten, ist der Preisindex der Lebenshaltung im vergleichbaren Konjunkturjahr 1964 um 2,3 vH gestiegen. In den letzten drei Monaten vor Abschluß dieses Gutachtens lagen die Verbraucherpreise um durchschnittlich 3,9 vH über dem Niveau des Vorjahres.

b) Der Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte, der im Interesse der Geldwertstabilität eigentlich sinken müßte, um nahezu unvermeidliche Preissteigerungen bei den Dienstleistungen — und unter Umständen auch bei Ernährungsgütern — auszugleichen, ist nach 1959 in keinem Jahre mehr niedriger gewesen als im Vorjahr. Während in vergleichbaren Jahren des letzten Wachstumszyklus, 1960 und 1961, dieser Index nur um 1,1 und 1,3 vH stieg, ist für 1965 mit einer Erhöhung um mindestens 2,5 vH zu rechnen.

c) Die breiten Schichten spüren diese Beschleunigungstendenz, auch wenn sie keine Statistiken lesen. Wer in die Zukunft greifende Entscheidungen zu treffen hat, rechnet meist schon nicht mehr mit einem stabilen, sondern mit einem schrumpfenden Geldwert. Daß es sich auf längere Sicht eher lohnt, Vermögen in Sachwerten statt in zinstragenden Geldwerten anzulegen, ist für viele zu einer unbestreitbaren Lebenserfahrung geworden. Es kommt hinzu, daß Zinseinkommen auch insoweit der Einkommensteuer unterliegen, als sie lediglich die Geldentwertung ausgleichen.

d) Die öffentlichen Haushalte machen den Fortgang des Preissteigerungsprozesses auch weiterhin zur Grundlage ihrer Steuervorausschätzungen und ihrer Ausgabenpläne; dadurch verlieren die Bekenntnisse, die verantwortliche Staatsmänner immer wieder für die Geldwertstabilität abgeben, in der Öffentlichkeit immer mehr an Glaubwürdigkeit.

e) Die Gewerkschaften und andere organisierte Gruppen sehen bei dem wenig vorbildlichen Verhalten der öffentlichen Hand keine Veranlassung, die allgemeinen Preissteigerungserwartungen bei ihren Bestrebungen außer Ansatz zu lassen. Zurückhaltung bei Forderungen zur Erhöhung der Tariflöhne bringt zwar den Arbeitern keine unmittelbaren Einkommensnachteile, wenn die Effektivlöhne unter dem Sog der Übernachfrage aus dem In- oder Ausland ohnehin steigen; aber wenn die Koalitionsfreiheit und das System der kollektiven Lohnvereinbarungen integrierende Bestandteile unserer Gesellschaftsordnung sind, muß wohl auch hingenommen werden, daß die Gewerkschaften nicht eine Politik treiben können, die die Tariflöhne hinter den Effektivlöhnen zurückbleiben läßt.

182. Jene Spirale, von der in hinreichend langfristiger Betrachtung niemand objektiv sagen kann, ob sie als Preis-Lohn-Spirale oder als Lohn-Preis-Spirale begonnen hat und in welchem Maße sie durch ein Tun im Inland oder ein Unterlassen gegenüber dem Ausland in Gang gesetzt und in Gang gehalten wurde, ist kein auf die Bundesrepublik begrenztes Phäno-

men. Gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum sind 1965 (Januar bis September) die Verbraucherpreise gestiegen

in Belgien	um 4,1 vH,
in Frankreich	um 2,9 vH,
in Großbritannien	um 4,8 vH,
in Italien (bis August)	um 5,0 vH,
in den Niederlanden	um 4,5 vH,
in der Schweiz	um 3,0 vH,
in den Vereinigten Staaten	um 1,5 vH.

183. In einer distanzierten Betrachtung, wie sie der Dauer und der weiten Verbreitung des Geldwertschwunds angemessen ist, drängt sich der Eindruck auf, daß die Wirtschaft der Bundesrepublik in der Berichtszeit die Phase eines labilen inflatorischen Gleichgewichts erreichte, von dem sie auch gegenwärtig — Herbst 1965 — noch nicht allzu weit entfernt zu sein scheint. Kennzeichnend für eine solche Situation, die für die Frage nach den therapeutischen Möglichkeiten die beste Ausgangsbasis bildet, sind:

ein nicht wesentlich gestörtes außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei Preisanstieg im In- und Ausland;

eine Investitionstätigkeit, die real gesehen nicht übersteigert ist und dem Ziel des stetigen und angemessenen Wachstums durchaus entspricht;

eine spiralförmige Kosten-Preis-Bewegung, die zwar den Wirtschaftssubjekten und Gruppen je nach der Interessenlage, dem Gesichtswinkel, der Länge des Betrachtungszeitraums und dem Maße, in dem Wirkungsverzögerungen im Ablauf des Geschehens berücksichtigt werden oder nicht, entweder als Preis-Lohn-Spirale oder als Lohn-Preis-Spirale erscheint, die aber in Wirklichkeit längst zu einer Kombination von beidem geworden ist.

Inflatorisch ist ein solches Gleichgewicht insofern, als die Gesamtnachfrage ein Ausmaß erreicht, das Preissteigerungen auf den meisten Märkten erlaubt und das Rechnen mit weiteren Preissteigerungen fast schon zur Selbstverständlichkeit werden läßt. Preissteigerungen aber, die erwartet worden sind, haben — im Gegensatz zu den unerwarteten Ausgabensteigerungen und Preiserhöhungen des inflatorischen Ungleichgewichts — keine stimulierenden oder wachstumsfördernden Wirkungen.

Labil ist das inflatorische Gleichgewicht, in dessen Nähe sich unsere Wirtschaft zu befinden scheint, insofern, als es außenwirtschaftlich von — vermutlich nur vorübergehenden — Stagnationen in wichtigen Partnerländern gestützt wird und weil inflatorische Impulse im Inland, wie sie etwa von den öffentlichen Haushalten ausgehen können, vielleicht sogar schneller als früher Anpassungsreaktionen der Anbietergruppen zur Folge haben dürften und dann eine beschleunigte Drehung der Spirale erwarten lassen.

184. Es scheint inzwischen im Hinblick auf die Geldwertentwicklung ein Stadium erreicht zu sein, in der die meisten Menschen, Gruppen und Instanzen in Gesellschaft und Staat einen jährlichen Geldwertschwund von 2 oder 3 vH für normal halten, antizipieren oder — notfalls — zu tolerieren bereit sind. Bezeichnend hierfür ist,

daß mehr und mehr nur die „relative" Stabilität des Preisniveaus als realistisches Ziel angesehen wird;

daß die Bundesregierung zwar die Möglichkeit, die Geldwertstabilität unter anderem durch Wechselkursanpassungen zu erreichen, strikt ablehnte, aber von den angedeuteten alternativen Maßnahmen („— und ließen sich auch noch weitere finden —", Stellungnahme 64 Ziffer 6) keine ergriff oder auch nur in die Wege leitete, ausgenommen die schon zuvor angekündigte Kuponsteuer, die zusammen mit der Restriktionspolitik der Bundesbank das deutsche Zinsniveau auf eine dem Geldentwertungsrisiko angemessene Höhe brachte;

daß von verantwortlicher Seite Vorstellungen gegen die Ausgabenbeschlüsse des IV. Deutschen Bundestages erst erhoben wurden, als sie nur noch durch Maßnahmen gemäß Artikel 113 des Grundgesetzes hätten aufgehoben werden können, die auch zur Diskussion gestellt, dann jedoch nicht ergriffen wurden.

185. Unter diesen Aspekten erscheint die inflatorische Entwicklung als das Ergebnis

ungeduldigen Drängens vieler Gruppen und Körperschaften in Gesellschaft und Staat (in anderen Ländern nur zeitweilig weniger und oftmals mehr als bei uns),

mangelnden Widerstands der verantwortlichen Instanzen, vor allem in Wahljahren, und

ungenügender automatischer Sicherungen im Ordnungssystem von Gesellschaft und Staat.

186. Hat sich eine Gesellschaft daran gewöhnt, daß das Preisniveau um 2 oder 3 vH steigt, und liegt das Zinsniveau am Kapitalmarkt um den Prozentsatz der Geldentwertung über seinem sonst üblichen Niveau, so gehen von der Inflation weder wachstumsfördernde noch wachstumshemmende Wirkungen aus. Was sich an Investitions- und Wachstumsförderung ergibt, wenn der Ausgangspunkt Geldwertstabilität ist und das Zinsniveau den Geldwertschwund noch nicht berücksichtigt, tritt dann nur noch insoweit ein, als der Prozeß sich beschleunigt.

Anpassung und Gewöhnung können daher sehr wohl auch hier das Verlangen nach mehr auslösen. Hat sich dieses Verlangen erst entwickelt, so wird es den verantwortlichen Instanzen nicht leichter fallen, der Beschleunigungstendenz entgegenzuwirken, als sich heute die Aufgabe zu stellen, die Geldentwertung zu verlangsamen. Möglicherweise werden, von der Konjunkturlage her gesehen, die Aussichten für eine erfolgreiche Politik der Geldwertstabilisierung lange Zeit nicht mehr so günstig sein wie in der nächsten Zukunft. Wichtig ist allerdings, daß die Stabilisierung nicht für den hohen Preis einer Stabilisierungskrise erkauft werden muß, eine Gefahr, die nach allen Erfahrungen der Konjunkturgeschichte um so mehr droht, je länger eine inflatorische Entwicklung angehalten hat und je stärker sie war.

187. Der Sachverständigenrat ist nach wie vor der optimistischen Auffassung, daß Geldwertstabilität auch ohne deflatorische Begleiterscheinungen erreichbar ist, wenn sie wirklich gewollt wird und wenn die gesellschaftlichen Kräfte systematisch auf dieses Ziel hin gelenkt werden. Dazu reichen freilich Appelle an einzelne nicht aus; vielmehr bedarf es einer Abstimmung der Verhaltensweisen im Rahmen einer umfassenden wirtschaftspolitischen Konzeption. Der Rat hat die Möglichkeiten hierfür auch mit Vertretern der Sozialpartner erörtert. Sie haben sich, nachdem die lohnpolitischen Grundsätze des vorigen Jahresgutachtens (Ziffer 248) auf beiden Seiten Zustimmung gefunden hatten, gemeinsam zur Mitarbeit bereit erklärt, gingen dabei allerdings davon aus, daß die Bundesregierung die hierfür erforderlichen Voraussetzungen schafft und die Führung übernimmt. Von diesem Ergebnis hat der Rat die Bundesregierung in einem Memorandum vom 19. Juni 1965 unterrichtet. Nach den langjährigen Disputen um die Lohnpolitik sieht er hier eine neue Möglichkeit für ein gemeinsames Vorgehen.

188. Die Stabilisierungskonzeption, die als Alternative zur bisherigen Politik der fallweisen Eingriffe im folgenden aufgezeigt wird, geht zunächst davon aus,

daß in der Bundesrepublik ein labiles inflatorisches Gleichgewicht herrscht (Ziffer 183),

daß die Einkommensverteilung und die Streuung der Gewinne annähernd so sind, wie sie bei Geldwertstabilität wären, also keine große Einkommensgruppe auf die Dauer damit rechnen kann, aus der Preissteigerung mehr als nur einen scheinbaren Vorteil zu ziehen,

daß jede Gruppe daher ohne wirkliche Nachteile an einem Stabilisierungsvorhaben mitwirken kann, sofern sich die wichtigsten anderen Gruppen zur gleichen Zeit in gleichem Maße daran beteiligen,

daß eine konzertierte Verhaltensänderung daher durchaus im Bereich dessen liegt, was eine von der Mehrheit der Bevölkerung getragene Regierung mit Unterstützung der öffentlichen Meinung in die Wege leiten könnte, daß diese Verhaltensänderung in Etappen bewirkt werden kann und daß Erfolge in der ersten Phase bei allen Gruppen die Erwartung zunehmender Geldwertstabilität — ohne Deflationsgefahr — hervorrufen werden,

daß diese Übergangszeit ausreicht, damit langfristige Verträge, die die Konstanz der bisherigen Wirtschaftspolitik mit einem Geldwertschwund von 2 oder 3 vH zur (stillschweigenden) Geschäftsgrundlage haben, ohne schwerwiegende Nachteile für einen der Vertragspartner abgewickelt oder dem neuen Kurs der Wirtschaftspolitik angepaßt werden können, und

daß die Gleichzeitigkeit, die Gleichmäßigkeit und die Allmählichkeit des Vorgehens hinreichende Bedingungen für eine Stabilisierung ohne Stabilisierungskrise und ohne Wachstumspause sind.

189. Als Ziel mag es zunächst ausreichen, daß die jährliche Rate der Steigerung des Preisindex für die Lebenshaltung auf 1 vH begrenzt wird. Ob es möglich ist, bis zu 0,5 vH oder sogar zur absoluten Geldwertstabilität vorzustoßen, ohne Beschäftigung und Wachstum zu beeinträchtigen, läßt sich vorerst noch nicht mit Überzeugungskraft sagen. Die Antwort hängt sehr davon ab, ob auch ohne Deflationsdruck so viele Preise — in Branchen mit überdurchschnittlicher Produktivitätssteigerung — so stark sinken, daß unvermeidliche Preissteigerungen in anderen Bereichen — etwa bei manchen Dienstleistungen — ganz und gar aufgewogen werden.

190. Für die Aufgabe, den jährlichen Geldwertschwund von 3 vH auf 1 vH zurückzuführen, sollten eigentlich zwei Jahresetappen genügen. Im Durchschnitt des ersten Jahres dürften die relevanten Preisindices nur noch um höchstens 2 vH über dem Vorjahresstand liegen. Erreichbar wäre dies,

wenn Bund, Länder und Gemeinden ihre Ausgabenansätze soweit kürzten, daß die Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr die Rate der voraussichtlichen Steigerung des realen Sozialprodukts um höchstens zwei Prozentpunkte übersteigt,

wenn die Bundesbank im Zusammenwirken mit den Geschäftsbanken sicherstellen könnte, daß das Kreditvolumen zur Finanzierung der Privatinvestitionen um nicht mehr ausgedehnt wird als um die Rate der voraussichtlichen Steigerung des realen Sozialprodukts zuzüglich einer Marge von zwei Prozentpunkten,

wenn die Sozialpartner gewährleisten könnten, daß die Zunahme der tariflichen Stundenverdienste im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung nur um zwei Prozentpunkte übersteigt, und wenn diese Stabilisierungspolitik außenwirtschaftlich abgesichert werden kann.

191. Jede dieser vier Bedingungen ist, wie im folgenden gezeigt wird, in engen Grenzen notwendig für das Gelingen des Vorhabens; am wichtigsten aber ist unter den Umständen vom Herbst 1965 ein beispielhaftes Verhalten der öffentlichen Hand.

a) Sollten Bund, Länder und Gemeinden ihre Ausgaben auch nur um 1 vH mehr erhöhen, als es der Stabilisierungsnorm entspräche, so wäre bei plangemäßer Entwicklung der Privatausgaben damit zu rechnen, daß der Preisauftrieb dann nicht 2 vH beträgt, sondern bei über 2¼ vH liegt. Mindestens ein viertel Prozent zusätzlicher Preisauftrieb ist — günstigenfalls — von einem einprozentigen Mehrzuwachs der öffentlichen Ausgaben deshalb zu befürchten, weil die Ausgaben der öffentlichen Hand mehr als ein Viertel (ohne Sozialversicherung 1964: 29,6 vH) des Bruttosozialprodukts ausmachen, weil die zusätzlichen Ausgaben auf mittlere Sicht fast ganz und gar inlandswirksam sind und weil das Inlandsangebot mengenmäßig fast unelastisch ist.

Der Fall plangemäßer Entwicklung der Privatausgaben, auf den sich diese Überlegung bezieht, wäre gegeben, wenn die zusätzlichen öffentlichen Ausgaben weder die Privatinvestitionen noch — über die Lohnpolitik — die privaten Verbrauchsausgaben expansiv beeinflußten oder wenn Maßnahmen, die auf der Einnahmenseite — insbesondere zum Ausgleich des Haushalts — ergriffen werden, ausreichten, um expansive Sekundärwirkungen voll auszugleichen. Nur wenn die privaten Investitions- und Verbrauchsausgaben weniger stark steigen, als es mit dem Stabilisierungsvorhaben vereinbar ist, entsteht Spielraum für eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben ohne zusätzliche Preissteigerungen.

b) Doch müssen wir schon hinsichtlich der Investitionen mit eher expansiven Nebenwirkungen rechnen: ein verstärkter Anstieg der öffentlichen Aufträge, Transferzahlungen oder sonstiger Ausgaben kann leicht wie ein Signal wirken und die Unternehmen veranlassen, zusätzliche Kapazitätserweiterungen zu planen oder — aus Furcht vor verstärktem Preisauftrieb im Investitionsgüterbereich — auf eine beschleunigte Durchführung geplanter oder begonnener Vorhaben zu dringen. Daß höhere öffentliche Ausgaben daneben auch manchem Unternehmen die Chance geben, sonst unabwendbare Produktionsumstellungen aufzuschieben und Kostensteigerungen auf die Preise zu überwälzen, ist ebenfalls nicht gerade stabilitätsfördernd.

c) Mehrausgaben der öffentlichen Hand und dadurch angeregte Mehrausgaben der Unternehmen erzeugen eine zusätzliche Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt; unter den heutigen Umständen lassen sie nicht eine Mehrbeschäftigung erwarten, sondern nur einen verstärkten Lohnauftrieb. Maßhalteappelle einer Regierung, die sich durch stabilitätswidriges Verhalten geldwertpolitisch unglaubwürdig gemacht hätte, könnten diese Entwicklung sicherlich nicht aufhalten. Auch der Sachverständigenrat müßte es sich in einem solchen Falle versagen, für mehr Zurückhaltung einzutreten, jedenfalls solange die Tariflohnerhöhungen nur Reflex eines monetären Ungleichgewichts sind, dessen Ursachen außerhalb des Verantwortungsbereichs der Sozialpartner liegen.

d) Berücksichtigt man alle direkten und indirekten Folgewirkungen, so ist zu befürchten, daß öffentliche Mehrausgaben von 1 vH — über die Stabilisierungsnorm hinaus — einen zusätzlichen Geldwertschwund von ebenfalls 1 vH zur Folge haben, gemildert nur um die Wirkung, die ein dämpfender Einfluß des Auslandes, verbunden mit einer erheblichen Verschlechterung der Leistungsbilanz, ausüben könnte. Diese Beschleunigung der inflatorischen Entwicklung wird sich zwar nicht sofort vollziehen und auch in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung eines Kalenderjahres bei weitem noch nicht voll niederschlagen, aber sie wird das Kosten- und Preisgefüge im Laufe der Zeit unaufhaltsam erfassen, es sei denn, daß zufällig exogene rezessive Tendenzen ihr entgegenwirken.

e) Muß man befürchten, daß sich die Länder und Gemeinden für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht mehr verantwortlich fühlen als der Bund und daher keine Hemmungen haben, ein schlechtes Beispiel des Bundes nachzuahmen, so gilt schon für den Bund allein die Warnregel, daß jedes zusätzliche Prozent an Mehrausgaben ein zusätzliches Prozent Geldwertschwund bedeutet.

f) Man mag diese These mancher Einschränkung unterwerfen; aber auch dann, wenn sich nicht die Waage hält, was der Einfachheit wegen unberücksichtigt bleiben mußte, umreißt sie im Grunde doch recht genau das Maß der geldwertpolitischen Verantwortung, das Bundesregierung und Bundestag bei der Vorlage und Verabschiedung des Haushalts für 1966 tragen und das sie sich jedenfalls werden zurechnen lassen müssen nach dem Prinzip, zumindest der oberste Träger der Wirtschaftspolitik sollte

so handeln, als seien seine Maßstäbe maßgebend für das Verhalten der anderen staatlichen Instanzen und der organisierten Gruppen in der pluralistischen Gesellschaft. Übergeordnete Gesichtspunkte, auf die man sich berufen könnte, haben wenig Überzeugungskraft, wenn höhere Ausgaben — wegen der Anpassungsvorgänge bei den Investitionen und den Löhnen — fast nur die Preise hinauftreiben und insoweit eine bessere Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben insgesamt nicht erwarten lassen.

g) Wenn dies nicht schon allen bewußt geworden ist, die nach dem Grundgesetz für die Finanzpolitik verantwortlich sind, und wenn es vielleicht sogar bestritten werden sollte, so liegt der Grund wohl hauptsächlich in Wirkungsverzögerungen, die Spielraum für Illusionen bei der Entscheidung lassen und für Verdeckungsideologien, wenn die schädlichen Folgen nach einer gewissen Zeit doch eintreten.

192. Eine konzertierte Stabilisierungsaktion kann nur dann zustande kommen, wenn die Bundesregierung ihren Teil dazu beiträgt, daß das Mißtrauen im Verhältnis der Beteiligten zueinander, das in den bisherigen Auseinandersetzungen um den Schuldanteil an der schleichenden Inflation entstanden ist, systematisch abgebaut wird und einem zukunftsbezogenen Vertrauensverhältnis Platz macht. Der Sachverständigenrat verweist in diesem Zusammenhang auf seine im vorigen Jahresgutachten vertretene These, daß bis Mitte 1964 — mit Ausnahme vielleicht der Zeit nach der Aufwertung — eine hauptsächlich außenwirtschaftlich induzierte Geldentwertung geherrscht hat, für die — bei festen Wechselkursen — weder die öffentliche Hand noch die Gewerkschaften oder die Unternehmer eine Mitverantwortung tragen. Was die Entwicklung seither anlangt, so hat der Sachverständigenrat die Bundesregierung schon im Frühsommer 1964 auf die Gefahr einer kostensteigernden Lohnwelle im Herbst 1964 und im Frühjahr 1965 aufmerksam gemacht.[1]) Mit ihr mußte gerechnet werden für den Fall, daß die Bundesregierung den Boom des vorigen Jahres und den überproportionalen Anstieg der Gewinne nicht rechtzeitig zu dämpfen in der Lage und bereit war. Der Rat hat dann in seinem vorigen Jahresgutachten gezeigt, daß einem Boom bisher regelmäßig eine entsprechende Lohnwelle gefolgt ist. Diese ganz normale Wirkungsverzögerung beim Lohnauftrieb („wage lag") läßt es nicht gerechtfertigt erscheinen, die Preisentwicklung von 1965 so ohne weiteres auf die Lohnentwicklung von 1965 zurückzuführen, auch wenn dies einem naheliegenden Vor-Urteil entsprechen mag.

[1]) Am 20. Juni 1964 übersandte der Sachverständigenrat dem Bundeskanzler ein Schreiben, in dem es zur damals voraussehbaren Entwicklung von Preisen und Löhnen hieß:

Wenn die Bundesregierung nicht rechtzeitig und energisch mit geeigneten Maßnahmen eingreift, liegt eine Entwicklung im Bereiche des Wahrscheinlichen, die wie folgt zu kennzeichnen ist:

1. Wir glauben mit einiger Sicherheit sagen zu können, daß wichtige Branchen schon im Herbst dieses Jahres den Zustand der Übernachfrage erreichen werden. Sie werden dann über einen Spielraum für Preiserhöhungen verfügen, der es ihnen erlaubt, kräftige Lohnerhöhungen zuzugestehen und die daraus herrührenden Kostensteigerungen auf die Nachfrager zu überwälzen. Selbst wenn sich die Lohnerhöhungen in mäßigen Grenzen halten sollten, würden Preiserhöhungen auf breiter Front nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die anstehenden Lohnerhöhungen werden überdies dazu führen, daß die Nachfrage nach Verbrauchsgütern dann beschleunigt steigen und weitere Preiserhöhungen nach sich ziehen wird. Hemmungen von der Seite der Liquidität stehen einer solchen Ausweitung des Einkommenskreislaufs nicht im Wege.

2. Mit kräftigen Erhöhungen der Effektivlöhne sollte schon vor dem Herbst dieses Jahres gerechnet werden. Unter dem Einfluß des Investitionsbooms nimmt die Nachfrage nach Arbeitskräften jetzt auch wieder in der Industrie zu, obwohl in manchen Bereichen noch innerbetriebliche, durch Rationalisierungen gebildete Reserven zur Verfügung stehen. Das Arbeitsangebot hingegen ist heute wesentlich unelastischer, als es etwa im Vergleichsjahr 1960 war. Während damals die Zahl der unselbständig Beschäftigten noch um 3,2 % zunahm, ist für 1964 nur ein Anstieg von kaum mehr als 1 % zu erwarten.

3. Von September 1964 bis März 1965 werden die Tarifpartner über neue Verträge für etwa 9,3 Millionen Arbeiter und Angestellte verhandeln. Die zunehmende Knappheit am Arbeitsmarkt und die gute Auftrags- und Gewinnlage der Unternehmen werden vermutlich eine relativ große Konzessionsbereitschaft der Arbeitgeber hervorrufen. Sie wird sich auch durch Maßhalteappelle nur unwesentlich verringern lassen. Die Gewerkschaften andererseits werden in der Öffentlichkeit darauf hinweisen können, daß trotz ihrer Zurückhaltung die Konsumgüterpreise während der Laufzeit der alten Verträge nicht unerheblich gestiegen sind; unter Umständen wird es ihnen sogar möglich sein, sich auf die allgemeine Enttäuschung hierüber zu berufen und die Forderung, daß in den neuen Tarifverträgen schon die für die Zukunft befürchtete Steigerung des Preisniveaus vorweggenommen werden müßte, als berechtigt hinzustellen. Das Ergebnis wären wahrscheinlich Tariflohnerhöhungen, die das Ausmaß dessen, was im Hinblick auf die Stabilität des gesamtwirtschaftlichen Kostenniveaus gerechtfertigt erscheint, weit übersteigen.

Wir sehen in diesen Entwicklungen eine ernste Gefährdung der Geldwertstabilität. Sofern die Bundesregierung nicht Maßnahmen ergreift, die die Gefahr fühlbarer Preissteigerungen weitgehend ausschließen, sehen wir uns auch nicht in der Lage, Maßstäbe für gesamtwirtschaftlich vertretbare Lohnerhöhungen anzugeben. Ohne eine überzeugende Garantie für die binnenwirtschaftliche Geldwertstabilität in Gestalt von ausreichend wirksamen Maßnahmen müssen alle Versuche, spiralenförmige Kosten-Preis-Bewegungen durch eine gesamtwirtschaftlich orientierte Einkommenspolitik zu verhindern, schon im Ansatz scheitern.

Wenn eine „Zurechnung" für die Vergangenheit so schwierig und fragwürdig ist, kann man um des Einvernehmens in der Zukunft willen ohne Nachteil auf sie verzichten. Wichtiger ist es für die nächste Zeit, in der die außenwirtschaftlichen Inflationseinflüsse wohl im Hintergrund bleiben werden, daß diejenigen, die Macht und Verantwortung für die Inlandsnachfrage haben, sich auf Leitlinien stabilitätskonformen Verhaltens einigen. Erst wenn solche Maßstäbe gesetzt sind, gewinnen Appelle zum Maßhalten einen spezifischen Inhalt. Doch werden sie auch dann ohne Überzeugungskraft bleiben, sofern sie nicht aus einem Bereich kommen, der Vorleistungen erbracht hat.

193. Eine Vorleistung des Bundes für 1966 bestünde darin,

daß die Ausgabenerhöhung bei konstanter Steuerdeckungsquote 6 vH nicht überschreitet,

daß im Falle einer höheren Rate des Ausgabenzuwachses die Steuerdeckungsquote wesentlich erhöht wird und

daß im Falle eines überhöhten Ausgabenzuwachses und konstanter Steuerdeckungsquote die Einnahmen aus anderen Quellen so stark gesteigert werden, daß ein die private Nachfrage dämpfender Haushaltsüberschuß entsteht, der bei der Bundesbank festgelegt werden müßte.

Eine nachträgliche Kürzung früher beschlossener Ausgaben, die diesen Maßstäben nicht gerecht wird, ist noch keine Vorleistung, wie schwer sie auch durchsetzbar sein mag, ebensowenig wie es eine Vorleistung wäre, wenn die Gewerkschaften sich — bei einer Stabilisierungsnorm von 6 vH — mit Lohnerhöhungen von 8 vH begnügten, nachdem sie mit einer wesentlich höheren Forderung in den Lohnkampf gegangen sind.

194. Hinsichtlich der privaten Investitionen bestünde im Rahmen eines mehrjährigen Stabilisierungsvorhabens die Aufgabe darin, ihr Volumen immer so zu steuern, daß sie nominal nicht stärker zunehmen als das reale Produktionspotential zuzüglich der tolerierten Geldentwertungsrate — im ersten Jahr also zuzüglich 2 vH —, sofern nicht durch eine steigende Sparquote — unterdurchschnittliche Zunahme der Ausgaben für den privaten Verbrauch — ein zusätzlicher Spielraum entsteht und sofern nicht ein Rückgriff auf ausländische Ressourcen — finanziert durch Kapitalimport oder einen Abbau der Devisenbestände — innerhalb bestimmter Grenzen für vertretbar gehalten wird. Unter den gegebenen Umständen — Herbst 1965 — wirken die konjunkturellen Kräfte bei finanzwirtschaftlicher Disziplin wahrscheinlich schon von sich aus dahin, daß die Privatinvestitionen fürs erste im Rahmen der Erfordernisse eines Stabilisierungsvorhabens bleiben. Ob die Gewerkschaften dies jedoch für wahrscheinlich oder gar gewiß halten und ob sie in der Lohnpolitik für mehrere Jahre darauf bauen wollen, ohne daß Bundesregierung und Bundesbank zuvor glaubwürdig versichert haben, ein etwaiger inflatorischer Investitionsboom könne und werde rechtzeitig und wirkungsvoll gedämpft werden, bleibt abzuwarten. Das gesamtwirtschaftliche Risiko besteht darin, daß in einem Investitionsboom die Gewinne den Effektivlöhnen und die Effektivlöhne den Tariflöhnen davonlaufen, bis — meist in der Phase der Abkühlung — die Gewinnwelle durch eine Lohn- und Kostenwelle und schließlich durch eine neue Preiswelle abgelöst wird. Wenn mit der Investitionswelle das Prinzip einer simultanen und maßvollen Expansion verletzt worden ist und die Einkommensverteilung sich aus diesem Grunde — wenn auch nur für begrenzte Zeit — zugunsten der Gewinne verändert hat, dürfte es schwer sein, das zerstörte Einvernehmen wiederherzustellen, vor allem, wenn man an die alte Basis anschließen will, da der inzwischen eingetretene Geldwertschwund höchstens mit kräftigem Deflationsdruck wieder rückgängig gemacht werden könnte. Ohne Verstetigung des Wachstums ist Geldwertstabilität wohl nur um den Preis periodischer Stabilisierungskrisen erreichbar. Der Gesetzgeber hat diesen Weg jedoch in seinem Auftrag an den Sachverständigenrat ausdrücklich ausschließen wollen: er erwartet vom Sachverständigenrat Auskunft darüber, wie sich Stabilität des Preisniveaus bei stetigem Wachstum erreichen läßt. Der folgende Katalog von Möglichkeiten besserer Investitionssteuerung ist ein Versuch, auf diese präzise Frage zu antworten.

195. Ausgangspunkt aller folgenden Erörterungen ist die einschränkende Bedingung, daß der Wechselkurs nicht beweglich sein soll. Sie beruht auf der Annahme, daß eine Überwindung der Zielkonflikte mit Hilfe der Wechselkurspolitik, wie sie der Sachverständigenrat in seinem vorigen Jahresgutachten beschrieben hat, im politischen Raum vorerst nicht durchsetzbar ist. Dies bedeutet: eine inländische Kreditverknappung führt nicht zwangsläufig dazu, daß die Investitionsbereitschaft — bei gegebenen Zinssätzen, also im Sinne einer Nachfragekurve — nachläßt; denn sie ist ja nicht, wie es bei beweglichen Kursen der Fall wäre, mit einer vom Kapitalzustrom ausgehenden Tendenz zur Währungsaufwertung, damit zur Importverbilligung und zur Exporterschwerung sowie zur Begrenzung der Gewinne und Selbstfinanzierungsmöglichkeiten verbunden. Die Kreditpolitik muß also, um die gleiche Wirkung allein zu erzielen, sehr viel restriktiver sein, soweit dies ohne mittelbare oder unmittelbare Einschränkung des internationalen Kapitalverkehrs überhaupt möglich ist. Wie sie in dieser Hinsicht wirksamer gestaltet werden könnte, läßt sich an einigen Beispielen zeigen, die im folgenden erörtert werden. Wer diese

Möglichkeiten für unrealistisch oder für unzureichend hält, hat keine andere Wahl, als fiskalpolitische Mittel zu erwägen. Auch hierfür geben wir im folgenden Beispiele, mit denen wir die in der letzten Ziffer (258) des vorigen Jahresgutachtens niedergelegten Gedanken fortführen:

„... die Fiskalpolitik" kann „bei voller Konvertibilität und festen Wechselkursen die Binnenkonjunktur wirksam nur dann stabilisieren, wenn sie nicht so sehr Liquiditätspolitik ist als eine Politik zur Beeinflussung der Auftragslage und der Rentabilität der Unternehmen. Ihr Schwergewicht muß zu diesem Zweck entweder bei den öffentlichen Aufträgen liegen, was hauptsächlich die Bauindustrie trifft, oder bei steuerlichen Mitteln zur Förderung oder Hemmung der Investitionen im Inland, z. B. bei antizyklischen — und daher häufigen — Veränderungen der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten und bei einer Besteuerung oder Subventionierung der Privatinvestitionen je nach der Konjunkturlage. Auch hier erfordert die Flexibilität des Mitteleinsatzes sehr wahrscheinlich eine Verlagerung von Kompetenzen vom Parlament zur Regierung".

196. Eine restriktive Kreditpolitik, die nur das Zinsniveau steigen läßt, hat wohl wenig Wirkung auf die Investitionstätigkeit, es sei denn, die Unternehmer halten die Zinserhöhung für vorübergehend; denn ohne die begründete Erwartung, daß der Kredit in absehbarer Zeit wieder wesentlich billiger werden wird, haben die Unternehmer in einer wachsenden Wirtschaft und bei scharfem Rationalisierungszwang verständlicherweise wenig Neigung, eine Vertagung ausgereifter Investitionsvorhaben auch nur ins Auge zu fassen. Überdies vermindert selbst eine als vorübergehend angesehene Zinsverteuerung die Investitionsneigung nur wenig, solange die Unternehmen auf kurzfristige Finanzierungsmöglichkeiten ausweichen können und — im Falle der Anleihefinanzierung — mit der Möglichkeit rechnen, die Anleihen beschleunigt auszulosen oder vorzeitig zu kündigen. Ein Zinsversprechen von 8 vH, das de facto nur für wenige Jahre gilt, belastet die Investitionskalkulation selbstverständlich viel weniger als ein Zinsversprechen gleicher — oder selbst geringerer — Höhe, das nicht widerrufen werden kann. Vorzeitig kündbare Anleihen nicht mehr zu genehmigen, wäre daher wohl eine erste Möglichkeit, die Zinspolitik künftig etwas wirksamer zu gestalten.

197. Außerdem könnte das Instrumentarium der Bundesbank dahingehend vervollständigt werden, daß sie in der Lage wäre, die Zuwachsrate des Kreditvolumens der Banken unmittelbar zu begrenzen. Die einzelnen Kreditbanken müßten wohl zu diesem Zweck veranlaßt werden, die gesamtwirtschaftlich tolerierbare Zuwachsrate der Investitionen als Obergrenze für die Ausdehnung ihrer kurz- und mittelfristigen Kredite an die Wirtschaft anzuerkennen. Für Institute, die ihre Plafonds überschreiten, wäre ein progressiv wirkendes System automatisch in Kraft tretender Restriktionen vorzusehen; als Restriktionen kämen unter anderem in Betracht:

die zwangsweise Übernahme eines entsprechenden Volumens niedrigverzinslicher Offenmarkttitel (verzinsliche Mindestreserven),

eine zusätzliche Mindestreserveverpflichtung (unverzinsliche Mindestreserven),

ein Aufschlag beim Rediskont,

eine Kürzung der Rediskontkontingente.

Zu den Nachteilen einer solchen Regelung gehörte wohl, daß sie den wirksamen Wettbewerb der Banken um die potentiellen Kreditnehmer weitgehend beschränkt auf die Zeit, in der die Plafonds nicht ausgenutzt sind. Wie schnell die Plafonds an Tendenzen zum Strukturwandel im Bankensystem angepaßt werden sollten und ob es nicht um einer größeren Flexibilität willen zweckmäßig wäre, unausgenützte Plafonds übertragbar zu machen, könnte zu gegebener Zeit im Lichte der Erfahrungen entschieden werden.

198. Mit steuerlichen Maßnahmen der Investitionssteuerung ließe sich eine restriktive Kreditpolitik ergänzen, falls es sich zeigt, daß diese nicht genügend greift. Steuerliche Maßnahmen haben allerdings den Nachteil, daß sie während der Beratungen in Bundestag und Bundesrat eine unerwünschte Ankündigungswirkung auslösen. Daher müßten sie — in weiser Voraussicht — beschlossen werden, bevor sie notwendig erscheinen, damit sie in Kraft treten können, sobald die Regierung aufgrund einer objektiven Lagebeurteilung den richtigen Zeitpunkt für gekommen hält. Selbstverständlich dürften sie sich im Falle restriktiver Anwendung nur auf künftige Investitionstatbestände beziehen.

199. Im Nachtrag zu ihrem Wirtschaftsbericht 1964 (Drucksache zu IV/1752) erklärte die Bundesregierung in Anlage 1 (Erweiterung des konjunkturpolitischen Instrumentariums), daß ein starker konjunkturpolitischer Einfluß durch Variierung der steuerlich zulässigen Abschreibungen erzielt werden könne. Nach einem Hinweis auf die Ermächtigung, die das Steueränderungsgesetz 1961 ihr hinsichtlich konjunkturpolitischer Sonderabschreibungen — also in einer Richtung nur — gegeben hat, stellte sie fest: „Diese Ermächtigung müßte erweitert werden." Etwas geschehen ist seither nicht, offenbar weil der Konjunkturlage nur entsprochen hätte, wenn die Ermächtigung in der entgegengesetzten Richtung erweitert worden wäre. Genau dies steht hier aber zur Diskussion. Um die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten vorübergehend einzuengen, kann man

die Abschreibungssätze herabsetzen, sei es für unbestimmte Zeit, sei es für eine von vornherein endgültig festgelegte Frist, im lezteren Fall mit einer Mindestpause vor einer etwaigen Wiedererhöhung, oder

den Beginn des steuerlichen Abschreibungszeitraums verlegen.

Insoweit die steuerlichen Abschreibungen den Kapitalverzehr in den ersten Jahren übersteigen und damit praktisch auf eine Steuerstundung oder ein zinsloses Staatsdarlehen zur Investitionsfinanzierung hinauslaufen, ist jede Einengung dieser Möglichkeiten gleichbedeutend mit der Vorenthaltung eines Liquiditätsgeschenks oder Zinszuschusses. Es sei dahingestellt, ob es mit dem Grundgesetz vereinbar wäre, einem Kapitalverzehr, der tatsächlich stattgefunden hat, aus konjunkturpolitischen Gründen vorübergehend die steuerliche Anerkennung zu versagen. Jedenfalls käme eine solche Regelung einer Steuervorauszahlung und damit einem Liquiditäts- und Zinsverlust gleich. Man könnte in ihr auch eine Art Investitionsabgabe erblicken, die später individuell zurückerstattet wird.

200. Als Alternative wäre zu erwägen, ob der Bundesregierung nicht die Möglichkeit gegeben werden sollte, im Falle einer übertriebenen Investitionswelle, die ohnehin nach einiger Zeit abklingt, eine zeitlich befristete Investitionsabgabe einzuführen, die darauf abzielt, die Unternehmen zu einem Strecken oder Vertagen von Investitionen zu bewegen, und die bei einer Wachstumspause und erst recht im Falle einer Rezession von entsprechend hohen und ebenfalls befristeten Investitionszuschüssen abgelöst würde. Von der traditionellen Politik der Kreditrestriktionen, die sie ergänzen oder gar ersetzen könnte, unterschiede sich eine solche Regelung vor allem durch folgendes:

sie wäre als befristete Maßnahme erkennbar; sie entspräche also mehr einer als vorübergehend angesehenen Erhöhung des Kapitalmarktzinses;

sie vermiede, weil sie unmittelbar auf die Kapitalnachfrage wirkt, ein Abgleiten des Kursniveaus und eine entsprechende Enttäuschung der Wertpapiersparer;

sie führte nicht zu einer Erhöhung der Zinseinkommen;

sie bedürfte, um wirksam zu sein, keiner Einschränkung der Konvertibilität, keines durch Verärgerung der ausländischen Kapitalanleger künstlich geschaffenen „Kapitaleinfuhrzolls"; denn sie wirkte nicht auf das Angebot, sondern auf die Nachfrage nach Investitionskrediten;

sie ließe sich auf die Investitionen auch der Gebietskörperschaften, der Bundesbahn und der Bundespost ausdehnen;

sie könnte so gestaltet werden, daß bestimmte dringende Sozialinvestitionen unberührt blieben, obwohl natürlich auch hier zu beachten ist, daß jede Ausnahme das Verlangen nach weiteren Ausnahmen verstärkt;

sie erbrächte Erträge, die thesauriert werden könnten — und sollten —, bis sich in einer Phase unzureichender Nachfrageexpansion ein konjunkturpolitischer Anlaß bietet, die Investitionsneigung durch globale oder gezielte Zuschüsse anzuregen.

Innerhalb eines Wachstumszyklus sollten sich Abgaben und Zuschüsse ausgleichen; es mag sogar angebracht sein, den Fonds im Boom auch aus Haushaltsüberschüssen zu speisen, damit gewährleistet ist, daß eine solche Regelung den Investitionswillen und damit das Wachstum langfristig nicht bremst, sondern eher verstärkt, also nicht darauf hinausläuft, daß größere Stetigkeit mit Wachstumseinbußen erkauft wird. Unter Umständen könnte den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft ein Mitsprache- und Kontrollrecht bei der Verwaltung des Fonds zugestanden werden, damit die Befürchtung, es handle sich hier um eine neue Steuer und nicht nur um ein Instrument des intertemporalen Ausgleichs, überhaupt nicht erst entsteht. Am leichtesten durchsetzbar erscheint die Regelung, wenn sie in einer Periode nachlassender Investitionsneigung als ein System von Investitionszuschüssen in Kraft tritt.

201. Sobald die Bundesregierung überzeugend kundtut, daß sie gewillt und in der Lage ist, die öffentlichen Ausgaben und die Privatinvestitionen in einem Maße zu steuern, das eine hinreichende Gewähr für die Minderung der Geldentwertungsrate auf 2 vH und nachher auf 1 vH bietet, sollte es den Sozialpartnern nicht schwer fallen, eine Lohnpolitik zu treiben, die das gesamtwirtschaftliche Kostenniveau um nicht mehr als eben diese Sätze steigen läßt. Was eine derartige Lohnpolitik im einzelnen bedeutet, ergibt sich aus den Regeln der Ziffer 248 des vorigen Jahresgutachtens. Dabei wird unterstellt, daß das außenwirtschaftliche Gleichgewicht bis auf weiteres nicht in einer Weise gestört ist, die auf einen Inflationsimport hinausläuft. Die tolerierte Abweichung vom monetären Gleichgewicht — 2 vH und danach 1 vH Kaufkraftschwund — darf voll zum verteilbaren Produktivitätsfortschritt hinzugeschlagen werden. Wäre der erwartete Zuwachs des Sozialprodukts je Erwerbstätigenstunde 4 vH, der Lohnsummeneffekt des Wandels der Beschäftigtenstruktur, der abzuziehen ist, 0,2 vH (Ziffer 222) und der Einkommensgewinn aus besseren Terms of Trade, der noch verteilt werden kann, 0,1 vH, so dürfte die Erhöhung der Stundenlöhne in Bereichen, die keinen überdurchschnittlichen Mangel an Arbeitskräften aufweisen und erwarten lassen, zunächst 5,9 vH je Jahr nicht überschreiten. Hiervon wären alle Verbesse-

rungen, die kostenmäßig einer Erhöhung der Stundenlöhne gleichkommen, abzuziehen. Für eine Erhöhung der Kapitalkosten als Folge der restriktiven Kreditpolitik braucht jedoch lohnpolitisch kein Spielraum gelassen zu werden; denn die Kreditverknappung soll ja nicht die Einkommensverteilung zum Nachteil der Arbeitnehmer verändern, sondern auf eine Vertagung weniger dringlicher Investitionsvorhaben hinwirken.

202. Die Anwendung der Lohnregeln der Ziffer 248 unseres vorigen Jahresgutachtens wirft insbesondere im Rahmen einer konzertierten Stabilisierungsaktion dann ein weiteres Problem auf, wenn befürchtet werden muß, daß eine entsprechende Zurückhaltung in der Lohnpolitik durch ein Streben nach verstärkter Arbeitszeitverkürzung teilweise wieder aufgehoben wird.

a) In Absatz d) der erwähnten Ziffer sagten wir, es müßten in Bereichen mit einem zusätzlichen Arbeitskräftebedarf, der nicht aus dem Neuzugang gedeckt werden kann, die Löhne stärker erhöht werden. Dem ist hinzuzufügen, daß es stabilisierungswidrig wäre, diese Regel auch für Fälle in Anspruch zu nehmen, in denen der zusätzliche Arbeitskräftebedarf unmittelbar mit einer überdurchschnittlichen Arbeitszeitverkürzung zusammenhängt.

b) Gesamtwirtschaftlich hätte eine übertriebene Arbeitzeitverkürzung möglicherweise zur Folge,

daß die Löhne nach dem Gesetz des Marktes stärker stiegen, als es mit der Stabilisierung des Kostenniveaus vereinbar wäre,

daß die Unternehmer zur Überwindung des noch größeren Arbeitskräftemangels zusätzlich mechanisierten und automatisierten und auf diese Weise die Investitionen stärker ausdehnten, als es mit der Stabilisierung des Preisniveaus vereinbar wäre, und

daß sich in dieser Phase die Inflationsspirale beschleunigt drehte, weil Preissteigerungen immer wieder einen Teil der vorherigen Lohnerhöhungen kaufkraftmäßig zunichte machten.

c) Unabhängig von den Folgen für die Geldwertstabilität stünde das Ergebnis eines Prozesses forcierter Arbeitszeitverkürzungen — nach allen Anpassungen — in einer Hinsicht von vornherein fest:

Der Kapitaleinsatz je Produkteinheit — gemessen als Kapitalverzehr und Zinskosten bei konstantem Zinssatz — wäre größer als ohne die künstliche Verknappung des Arbeitsangebots mit der Folge, daß ein (größerer) Teil der Zunahme des Produktionsergebnisses je Stunde auf die Kapitalkosten entfiele und die Reallohnsteigerung am Ende entsprechend (stärker) hinter dem Fortschritt der Arbeitsproduktivität zurückbliebe — immer verglichen mit einer Entwicklung ohne forcierte Arbeitszeitverkürzung. Dabei räumen wir ein, daß auch eine forcierte Arbeitszeitverkürzung den Fortschritt der Arbeitsproduktivität vorantreibt; doch kann niemand sagen, ob diese Wirkung groß genug ist, um zu verhindern, daß die Arbeitszeitverkürzung den Anstieg der Reallöhne je Stunde beeinträchtigt.

d) Entscheidend ist, daß das Niveau der Reallöhne nicht über demjenigen liegt, das sich ergäbe, wenn man — um der Geldwertstabilität willen — die Prinzipien einer kostenniveau-neutralen Lohnpolitik befolgte. Ziffer 248 (JG 64) enthält dafür die Regel, daß bei zunehmendem Anteil der Kapitalkosten an den Gesamtkosten die Löhne nicht so stark steigen dürfen wie die Arbeitsproduktivität. Sonst gibt es Fehlentwicklungen, sei es in Form eines steigenden Preisniveaus, eines sinkenden Beschäftigungsstandes oder eines verminderten Wirtschaftswachstums als Folge sinkender Gewinn- und Investitionsraten.

e) Eine konzertierte Stabilisierungsaktion müßte daher Wahlmöglichkeiten vorsehen: Eine beschleunigte Verkürzung der Arbeitszeit müßte mit einem entsprechend geringeren Anstieg des Lohnniveaus (im Vergleich zum gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt) und ein Verzicht auf weitere Arbeitszeitverkürzungen mit einem vergleichsweise größeren Lohnanstieg verbunden sein. Derartige Regelungen müßten im Hinblick auf ihren langfristigen Charakter Gegenstand eines mehrjährigen Stufenplans sein. Ein solcher Stufenplan müßte die Maßstäbe für eine Arbeitszeitverkürzung enthalten, die mit einer als angemessen angesehenen Wachstumsrate vereinbar wäre.

f) Dem Stufenplan müßten Untersuchungen vorausgehen, die die realen Alternativen aufzeigen, unter der Bedingung, daß Gemeinschaftsaufgaben bestimmten Umfangs erfüllt werden sollen:

1) Wieviele zusätzliche ausländische Arbeitskräfte müssen beschäftigt und untergebracht werden, um die Wirkung einer einstündigen Arbeitszeitverkürzung auf das Wachstum des realen Sozialprodukts auszugleichen?

2) Um wieviel müßten die Steuersätze erhöht werden, wenn die Gemeinschaftsaufgaben bei einem durch die Arbeitszeitverkürzung beeinträchtigten Wachstum wie vorgesehen erfüllt werden sollen?

203. Es wird nicht ganz leicht sein, den Unternehmern, den organisierten Arbeitern und den vielen Instanzen der öffentlichen Hand klar-

zumachen, daß das Stabilisierungsvorhaben keinem von ihnen einen realen Nachteil, allen Schichten der Bevölkerung aber wohl ein allmähliches Ende des Geldwertschwundes bringen soll und bringen kann. Skeptiker werden einwenden,

daß die eigene Nachfrage- und Ausgabeneinschränkung entweder nur anderen Nachfragergruppen zugute komme oder aber das Wachstum beeinträchtige,

daß die eigene Zurückhaltung bei Preisforderungen nur die „Lohnquote" und die eigene Zurückhaltung bei Lohnforderungen nur die „Gewinnquote" erhöhe und

daß ein Gelingen der „Stabilisierung ohne Stabilisierungskrise" nach einiger Zeit doch wieder nur zu unerwünschten außenwirtschaftlichen Überschüssen führe, weil andere Länder unserem Beispiel nicht folgen könnten oder wollten.

204. Zu dem letzten dieser Punkte ist zu bemerken, daß unsere Zahlungsbilanz gegenwärtig zum defizitären Ungleichgewicht neigt und eine konzertierte Stabilisierungsaktion dem Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts tendenziell entspräche,

daß die schrittweise Durchführung des Vorhabens einen zeitlichen Spielraum für eine internationale Zusammenarbeit in gleicher Richtung schafft und

daß die Bundesregierung außer den bereits durchgeführten Liberalisierungsmaßnahmen noch weitere Möglichkeiten sieht, um „die vom Ausland ausgehenden Impulse auf das innere Preisniveau zurückzudrängen . . ." (Stellungnahme 64 Ziffer 6).

Der Sachverständigenrat hat sich mit der Frage befaßt, wie das Stabilisierungsvorhaben darüber hinaus noch außenwirtschaftlich gesichert werden kann, ohne daß es einer Währungsaufwertung bedürfte, die vielen internationalen Verträgen des privaten Rechts nachträglich eine veränderte Geschäftsgrundlage gibt, noch ein Übergang zur vollen Wechselkursflexibilität nötig wäre, wie ihn die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme zum vorigen Jahresgutachten kategorisch abgelehnt hat. Er wird sich zu geeignetem Zeitpunkt über das Ergebnis der Beratungen äußern.

205. Andere in Ziffer 203 erwähnte Einwände beruhen lediglich auf der Befürchtung, daß sich die Grundsätze der Gleichzeitigkeit und der Gleichmäßigkeit nicht streng genug einhalten lassen und Zurückhaltung um der Geldwertstabilität willen dann nicht (voll) durch Geldwertstabilität honoriert, sondern mindestens zum Teil durch ein Zurückbleiben im Prozeß der gesamtwirtschaftlichen Einkommensentwicklung bestraft wird. Doch darf man wohl hoffen, daß die öffentliche Meinung weder schlechte Erfahrungen in der Vergangenheit noch Mißtrauen gegenüber dem künftigen Verhalten anderer Gruppen als Rechtfertigungsgrund für aktiven oder passiven Widerstand gelten lassen wird und daß die Bundesregierung durch ihre eigene Ausgabengebarung und durch stabilisierungskonforme Maßnahmen dafür sorgen wird, daß begründetem Mißtrauen gegenüber anderen Gruppen so schnell wie möglich die Basis entzogen wird. Stabilisierung ohne Stabilisierungskrise erscheint somit als eine Aufgabe, die hohe Anforderungen an die psychologische und politische Führungskunst der Regierung stellt. Es wird viel Mut dazu gehören, sich diese Aufgabe zu eigen zu machen, wenn auch vielleicht nicht mehr Mut, als sie abzulehnen.

206. Wichtig für den Erfolg ist schließlich, daß sich Zug um Zug mit der Eindämmung der Ausgabenexpansion und der Lohnsteigerungen die Preiserwartungen stabilisieren.

a) Der ideale Fall wäre, daß nur der bei den jetzigen Preisen bestehende Überschuß der nominalen Nachfrage (Ausgaben) über das Angebotspotential gekappt würde. Ohne Nachfrageüberhang und ohne Kostendruck von der Lohnseite müßte der Anstieg des Preisniveaus sehr schnell zum Stillstand kommen. Allerdings setzte ein sehr schnelles Umschalten auf Geldwertstabilität voraus, daß die Nachfrager auf fast jeden Versuch der Anbieter, höhere Preise durchzusetzen, mit Kaufzurückhaltung und Auftragsstornierung reagieren. Da jedoch viele Nachfrager gleichzeitig Anbieter sind, läßt sich derartiges wohl nicht organisieren, ohne daß es tatsächlich zu Stornierungen kommt und ein Beschäftigungsrückgang hier und da den Wechsel des Nachfrageklimas ankündigt und fühlbar macht.

b) Eine rasche Stabilisierung ohne Stabilisierungskrise könnte um so eher erreicht werden, je mehr es gelingt, den Unternehmen klarzumachen,

daß Zurückhaltung in der Preispolitik der faire Preis für eine kostenniveau-neutrale Lohnpolitik ist und

daß es überdies im wohlverstandenen Interesse der produzierenden Wirtschaft liegt, einer zur Geldwertstabilität entschlossenen Regierung eine Deflationspolitik und sich selbst eine Stabilisierungskrise — zumindest aber eine Wachstumspause — zu ersparen (JG 64 Ziffer 249 f.).

Die Wirtschaftsverbände könnten aufklärend viel dazu beitragen, daß sich die Unternehmer auf ein anderes Preisklima und Preisverhalten umstellen, ohne daß es dazu erst eines Deflationsschocks bedarf.

c) Ergänzend wäre zu erwägen, ob nicht allen Ressorts des Bundes, der Länder und der Gemeinden, die für die Vergabe öffentlicher Aufträge zuständig sind, die Anweisung gegeben werden könnte, während einer

Übergangszeit öffentliche Aufträge nur dann unverzüglich zu erteilen, wenn die geforderten Preise eine bestimmte am Vorjahresstand gemessene Höhe nicht überschreiten, und in allen anderen Fällen zu warten, bis sich Anbieter finden, die auf diese Bedingung eingehen. Sollte die öffentliche Hand bisher in nennenswertem Umfang mit Preisgleitklauseln einverstanden gewesen sein, so müßte spätestens zu Beginn der Stabilisierungsaktion hiermit aufgehört werden; denn solange die Überwälzung der Inflationsnachteile von vornherein vereinbart wird, sind die Lieferanten nicht daran interessiert, sich höheren Preisforderungen bei Vorerzeugnissen und Vorleistungen zu widersetzen und ihrerseits Preisgleitklauseln abzulehnen.

d) Um den Widerstand gegen Preissteigerungsprozesse auf breiter Front zu stärken, wäre weiterhin zu erwägen, ob nicht durch Gesetz festgelegt werden sollte, daß künftig auch solche Preisklauseln nur durch Genehmigung der Bundesbank Rechtskraft erhalten, die nach bisheriger Auffassung des Bundesgerichtshofes — nicht der Bundesbank — als genehmigungsfreie „Kostenklauseln" (z. B. Vorbehalte bei Lohn- und Materialpreisänderungen) und nicht als genehmigungspflichtige „Wertsicherungsklauseln" anzusehen sind.

207. So wichtig es ist, daß Lohn- und Materialpreisklauseln in Lieferverträgen definitiven Preisvereinbarungen weichen, so bedenklich ist es unter dem Gesichtspunkt der Stabilisierung, daß das Verbot von Wertsicherungsklauseln im Kapitalverkehr bei öffentlichen nicht weniger als bei privaten Kreditnehmern die Vorstellung nährt, es lohne sich allemal, Schulden zu machen und aufwendig zu investieren, da ja der Gläubiger durch das Währungsgesetz gezwungen ist, einen Teil der Zeche als Geldwertminderung zu bezahlen. Zwar ist diese Vorstellung insofern zum Teil eine Illusion, als das Zinsniveau sich nach einiger Zeit so oder so der Geldentwertungsrate anpaßt, aber es geht hier ja um Vorstellungen, die das Verhalten beeinflussen. Überdies macht das Verbot von Geldwertsicherungsklauseln im Kapitalverkehr alle Geldschuldner von ihrem vermeintlichen Eigeninteresse her zu Gegnern einer Stabilisierungspolitik. Dieses Verbot ist Resultat einer vordergründigen, auf Primäreffekte und „Optik" bedachten Denkweise, die häufig — und so auch hier — das Gegenteil von dem bewirkt, was sie bezweckt, aber die komplexen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge ignoriert.

208. So müssen wir möglicherweise schon mit allzu vielen rechnen, die geradezu wünschen, daß die Verwirklichung der Geldwertstabilität nicht in die politische Landschaft paßt; für sie sind die Gleichwertigkeit und die Gleichzeitigkeit der Zielsetzungen des Gesetzes eine Utopie, die sie unverholen ablehnen. Dieser Gruppe aber steht die große Mehrheit der Bevölkerung gegenüber, die die Geldwertstabilität wünscht, aber immer weniger an sie glaubt.

Quantitative Konsequenzen für 1966

209. Sollten die Instanzen und Gruppen, die für die Geldwertentwicklung Verantwortung und Mitverantwortung tragen, recht bald schon zu einem gemeinsamen Vorgehen bewogen werden können und sich dabei so verhalten, wie es für die erste Phase eines solchen Stabilisierungsvorhabens beschrieben worden ist, so erwiese sich die Vorausschau, die im zweiten Kapitel unter der Annahme unveränderten Verhaltens gegeben worden ist und die — trotz konjunktureller Abschwächung der Übernachfrage — einen fast unveränderten Geldwertschwund anzeigt, als falsch. Wir dürften statt dessen einen günstigeren Trend der Preisentwicklung erwarten, wenn auch erst im weiteren Verlauf des Jahres. Selbstverständlich vollzöge sich der Übergang — wegen mannigfacher Wirkungsverzögerungen — nicht überall gleichmäßig und gleichzeitig; auf manchen Märkten würden sich alte und neue Tendenzen noch einige Zeit überlagern.

210. Auch wenn wir die Möglichkeiten im politischen Raum nüchtern einschätzen, so erscheint es uns nicht völlig unrealistisch, daß eine konzertierte Stabilisierungsaktion — vielleicht mit Vorleistungen in einigen Bereichen und einem Nachziehen in anderen —, auch noch für 1966 in Betracht gezogen werden kann. Zugunsten dieser Auffassung sprechen die verringerte Investitionsneigung der privaten Wirtschaft — mit weiterer Dämpfung, falls die Kreditpolitik auf restriktivem Kurs bleiben sollte — und die überaus ungünstige Finanzlage der öffentlichen Haushalte. Auch wird es 1966 noch leicht sein, eine größere Stabilität im Innern außenwirtschaftlich abzusichern. Anfang 1966 müßte allerdings der Beginn schon liegen, klar erkennbar an einer stabilisierungskonformen Gestaltung der öffentlichen Haushalte; denn schon in den ersten Wochen des Jahres 1966 ist mit Lohnverhandlungen in großen Wirtschaftsbereichen zu rechnen, in denen erfahrungsgemäß die Weichen der Lohnentwicklung für mindestens ein Jahr gestellt werden.

211. Für eine optimistisch-normative Alternativschätzung in der gedrängten Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung haben wir folgende — von Ziffern 164 ff abweichende — Annahmen gewählt:

a) Die Gebietskörperschaften erhöhen ihre Gesamtausgaben nur um 6 vH, also höchstens um 2 vH mehr, als die inländische Produktion real zunehmen wird.

b) Die Sozialpartner halten sich in Tarifverträgen, die sie 1966 abschließen, im Durchschnitt an die gleiche Norm, berücksichtigen neben der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung also einen Geldwertschwund von nur 2 vH, vielleicht mit Tariferhöhungen in Stufen, die den Übergang erleichtern.

c) Die Investitionen nehmen, real, mit der gleichen Rate zu wie in der Prognose des zweiten Kapitels. Die nominalen Investitionsausgaben steigen jedoch um einen Prozentpunkt weniger, da bei den Investitionsgüterindustrien der Kostendruck geringer ist.

212. Aus den Kreislaufzusammenhängen ergeben sich hieraus und unter sonst unveränderten Annahmen volkswirtschaftliche Gesamtgrößen, wie sie in Tabelle 53 mitgeteilt werden.

Tabelle 53

Gegenüberstellung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bei unterschiedlichem geldwertpolitischem Verhalten

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	Prognose I[1])			Prognose II		
	1966			1966		
	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahr
I Nachfrage:						
Ausfuhr	+ 9,5	+10,5	+10,0	+10,5	+12,0	+11,0
Bruttoanlageinvestitionen						
Ausrüstungen	+ 9,5	+ 7,0	+ 8,0	+ 9,0	+ 6,0	+ 7,5
Bauten	+ 7,0	+ 6,5	+ 6,5	+ 7,0	+ 6,0	+ 6,5
Staatsverbrauch	+ 9,5	+ 9,0	+ 9,0	+ 6,5	+ 6,0	+ 6,0
Privater Verbrauch	+ 7,5	+ 7,5	+ 7,5	+ 6,5	+ 6,0	+ 6,5
Endnachfrage	+ 8,0	+ 8,0	+ 8,0	+ 7,5	+ 7,0	+ 7,0
II Gesamtangebot:						
Bruttosozialprodukt	+ 7,5	+ 7,0	+ 7,5	+ 7,0	+ 6,5	+ 6,5
Einfuhr	+10,0	+10,0	+10,0	+ 9,5	+ 9,5	+ 9,5
III Komponenten des Angebots:						
Erwerbstätige	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Arbeitszeit[2])	− 0,5	− 0,8	− 0,7	− 0,5	− 0,8	− 0,7
Arbeitsvolumen	− 0,2	− 0,5	− 0,4	− 0,2	− 0,5	− 0,4
Produktivität[3])	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,5
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,0
IV Preisentwicklung						
Bruttosozialprodukt	+ 3,5	+ 3,0	+ 3,5	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,5
Privater Verbrauch	+ 3,5	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,5	+ 2,0	+ 2,5

[1]) vgl. Tabelle 52

[2]) Geleistete Stunden je Erwerbstätigen, einschließlich Veränderung der Zahl der Arbeitstage.

[3]) Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde

VIERTES KAPITEL

Wachstum und Strukturwandel

I. Einleitung

213. Stabiles Geld erfordert stetiges Wachstum — stetiges Wachstum den Wandel der Strukturen. Der erste Teil dieser These war ein Schwerpunkt im vorigen Kapitel und im Gutachten des vorigen Jahres; nun ist zu zeigen, daß stetiges Wachstum Starrheit der Strukturen verbietet und von allen, die wirtschaftliche Entscheidungen zu treffen haben, den hohen Preis flexiblen Verhaltens verlangt:

von den Unternehmern die Bereitschaft, den technischen Fortschritt zu nutzen und dem wachstumsbedingten Wandel der Nachfragestruktur — sei es durch Umstellung oder Verzicht — vorzugreifen oder wenigstens zu entsprechen;

von den Arbeitnehmern die Bereitschaft, erlerntes Wissen und Können zu erweitern und zu erneuern, gegebenenfalls sogar den Arbeitsplatz oder den Betrieb, den Beruf oder den Wohnort zu wechseln;

von allen in der Wirtschaft Tätigen die Bereitschaft, sich von überlieferten Vorstellungen vom sozialen Rang bestimmter beruflicher Lebensformen zu trennen, wenn der wirtschaftliche Fortschritt diese veralten läßt;

von den Sozialpartnern die Bereitschaft, die Ausbildung und Weiterbildung der Arbeitskräfte zu fördern, Widerstände gegen den technischen Fortschritt durch Aufklärung abzubauen und den wechselnden Wertungen des Marktes in der Tarifpolitik entgegenzukommen;

von den Sozialpartnern und von dem Gesetzgeber die Bereitschaft, die aus früherer Zeit herrührenden Vorschriften und Traditionen im Arbeits- und Sozialrecht daraufhin zu überprüfen, ob sie nicht durch modernere und vielleicht den Strukturwandel weniger hemmende Formen angemessener Einkommenssicherung ersetzt werden könnten;

von den Regierungen des Bundes und der Länder eine Neuorientierung ihrer Strukturpolitik in dem Sinne, daß sie dem Drängen von Gruppen, die aus Mitleid mit sich selbst für Erhaltungssubventionen eintreten, weniger nachgeben, damit mehr Spielraum entsteht für Maßnahmen, die es den Unternehmen und den Regionen erleichtern, sich an der Struktur von morgen anzupassen.

214. Wichtig ist die Bereitschaft zum Strukturwandel für die Stetigkeit des Wachstums deshalb, weil Anpassungsverzögerungen in Betrieben, Branchen und Regionen, die von der Entwicklung benachteiligt sind, in der vollbeschäftigten Wirtschaft den Spielraum einengen, den die Wachstumsindustrien benötigen. Wachstumspausen, in denen die Beschäftigung und der Auslastungsgrad insgesamt sinken und die Wirtschaft sich auf eine neue Expansionsphase vorbereiten kann, sind bei starken Anpassungswiderständen unvermeidlich. Sie werden oft als Reinigungskrisen gedeutet und als Preis des wirtschaftlichen Wachstums aufgefaßt. Der Sachverständigenrat sieht in ihnen jedoch eher die Folge natürlicher Beharrungstendenzen; diese sind überwindbar, wenn schon im Aufschwung dafür gesorgt wird, daß nicht aus bloßer Trägheit Verzerrungen entstehen. Bei den vorherrschenden Marktformen-Bedingungen und beim heutigen Stand der Marktforschung sehen wir die Gefahr von Verzerrungen im Aufschwung nicht in erster Linie bei den Wachstumsindustrien, sondern in konjunkturbedingten Gewinnen, die es den Grenzbetrieben und den schrumpfenden Branchen gestatten, wachstumsnotwendige Anpassungen und Umstellungen zu unterlassen. Die Dämpfung von Investitionswellen, von der im vorigen Kapitel die Rede war, muß unter diesem Gesichtspunkt mit einer progressiven Strukturpolitik verknüpft werden; sie muß darauf abzielen, daß vor allem die reinen Defensiv-Investitionen, mit denen ein schließlich unvermeidlicher Wandel der Produktionsstruktur nur aufgehalten werden soll, nicht so stark zum Zuge kommen.

215. Ursachen des Strukturwandels sind, neben dem technischen Fortschritt und der außenwirtschaftlichen Integration, vor allem jene Änderungen der Konsumgewohnheiten, die der Anstieg des Lebensstandards mit sich bringt, indem er die Sättigung früher sehr dringlicher Bedürfnisse gestattet und neue Konsumwünsche erfüllbar macht. In einer offenen Gesellschaft mit marktwirtschaftlicher Ordnung sind diese Veränderungen eine praktisch unumstößliche Gegebenheit für die Wirtschaftspolitik ebenso wie für die produzierende Wirtschaft. An sie muß sich die Produktionsstruktur anpassen. Gegenmaßnahmen sind höchstens zu rechtfertigen, wenn Anpassungsprozesse sich beschleunigen und wenn sie dabei über das Ziel hinauszugehen drohen. Meist ist jedoch die Beschleunigungsgefahr nur eine Folge vor-

heriger Gegenmaßnahmen, Widerstände und verschleppter Anpassungsprozesse. Lösungen, die auf kurzfristigen Vorstellungen und partiellen Diagnosen beruhen und die nur Interessenideologien und den Gesichtspunkten politischer Optik genügen, sind daher in der Regel die Wurzel noch größerer Übel in der Zukunft. Was immer auch sonst getan wird — und vielleicht aus übergeordneten gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten —, um an sich unvermeidliche Anpassungen in die Zukunft zu verschieben, bedeutet einen Verzicht auf mögliches wirtschaftliches Wachstum und damit einen Preis, der von Jahr zu Jahr höher wird. Der Sachverständigenrat ist vorerst noch nicht in der Lage, spezifische Fehlentwicklungen dieser Art so überzeugend aufzuzeigen, daß seine Aussagen als hinreichend gesichert gelten können. Wir begnügen uns deshalb zunächst damit, den allgemeinen Rahmen abzustecken mit einer allgemeinen Gesamtanalyse des bisherigen Strukturwandels in der Bundesrepublik.

216. In dieser Untersuchung wird — soweit die statistischen Unterlagen reichen — die Entwicklung unserer Wirtschaft unter bestimmten Gesichtspunkten durchleuchtet. Behandelt werden folgende Fragen:

Welcher Art und welchen Umfangs war der Wandel

im Verhältnis der großen Wirtschaftsbereiche zueinander,

in der Produktions- und Beschäftigtenstruktur der Industrie,

in der industriellen Produktivitäts-, Preis-, Lohn- und Ertragsstruktur,

in der regionalen Produktions- und Beschäftigtenstruktur?

In welcher Richtung und in welchem Umfang hat dieser Wandel dazu beigetragen, die Produktivität und damit den Lebensstandard in der Bundesrepublik zu erhöhen?

Wie groß sind die Unterschiede in der Leistungskraft der Industriezweige, die auf weitere Wachstumsreserven hinweisen, die durch Strukturwandel genutzt werden könnten?

Welche Bedeutung kommt angesichts dieser Herausforderung zu weiterem Strukturwandel der Richtung und dem Ausmaß unserer Bildungs- und Ausbildungsanstrengungen zu?

Wie bei jeder Untersuchung, die auf Neuland übergreift, werfen die Ergebnisse mehr Fragen auf, als sie beantworten. Sie sind insofern eine Aufforderung an alle interessierten Kreise, zur weiteren Aufhellung der Zusammenhänge beizutragen. Als endgültige Erkenntnisse sollen sie nicht verstanden werden.

II. Wandel der Branchenstruktur in der Bundesrepublik seit 1950

Umfang des Strukturwandels

217. Ein erstes Bild vom Ausmaß des Strukturwandels in unserer Wirtschaft seit 1950 vermitteln Tabelle 54 und Schaubild 30. Sie zeigen, wie die Industrie durch schnelles Wachstum ihren relativen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt erhöht hat und wie der Beitrag der Landwirtschaft infolge ihres geringeren Wachstums zurückgegangen ist. Zunächst mag es vielleicht verwundern, daß dieser Strukturwandel in Form differenzierten Wachstums nach 1955 nicht mehr so stark war wie vorher; doch erklärt sich dies sofort, wenn man bedenkt, daß die Industrie bis zum Erreichen der Vollbeschäftigung gleichsam in ein Vakuum hineinwachsen konnte und danach erst mit den anderen großen Wirtschaftsbereichen auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren mußte [1]).

[1]) Die Stärke des Strukturwandels läßt sich rechnerisch auch erfassen, wenn man die Wachstumsraten in den vier Bereichen dem durchschnittlichen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts gegenüberstellt. Betrug die mittlere (gewogene) Differenz zwischen dem Wachstum in den Sektoren und dem durchschnittlichen Wachstum (21 vH) in der ersten Hälfte der 50er Jahre noch mehr als ein Drittel des durchschnittlichen Wachstums selbst (57 vH), so ist sie danach nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zum durchschnittlichen Wachstum geringer geworden (1955 bis 1960 5 vH zu 36 vH, 1960 bis 1964 3 vH zu 21 vH).

Tabelle 54

Beiträge zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1954

Anteil in vH

Wirtschaftsbereich	1950 [1])	1955 [1])	1960	1964 [2])
Land- und Forstwirtschaft [3])	10,3	7,7	6,3	5,6
Produzierendes Gewerbe [4])	47,3	54,0	55,6	57,0
Handel und Verkehr	20,7	19,2	19,6	18,9
Übrige Bereiche [5])	21,7	19,1	18,5	18,5
Bruttoinlandsprodukt	100	100	100	100

[1]) ohne Saarland und Berlin
[2]) vorläufige Ergebnisse
[3]) einschließlich Tierhaltung und Fischerei
[4]) Industrie, Handwerk, Sonstiges Produzierendes Gewerbe
[5]) Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Wohnungsvermietung, Dienstleistungsunternehmen und Freie Berufe, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung sowie Häusliche Dienste und Private Organisationen ohne Erwerbscharakter

Tabelle 55

Erwerbstätige nach zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen [1])

Anteil in vH

Wirtschaftsbereich	1950 [2])	1955 [2])	1960	1964
Land- und Forstwirtschaft [3])	24,8	18,6	13,8	11,4
Produzierendes Gewerbe [4])	42,6	46,7	47,7	48,3
Handel und Verkehr	16,0	18,5	17,2	17,6
Übrige Bereiche [5]) .	16,6	16,2	21,3	22,7
Alle Bereiche	100	100	100	100

[1]) errechnet aus geschätzten Jahresdurchschnitten
[2]) ohne Saarland und Berlin
[3]) einschließlich Tierhaltung und Fischerei
[4]) Industrie, Handwerk, Sonstiges Produzierendes Gewerbe
[5]) siehe Tabelle 54, Fußnote 5)

218. Tabelle 55 zeigt, wie sich die Beschäftigtenstruktur zugunsten der Industrie und zum Nachteil der Landwirtschaft verändert hat. Im Gegensatz zum Sozialprodukt-Beitrag ging der Beschäftigten-Anteil der Landwirtschaft nach Erreichen der Vollbeschäftigung noch fast genau so stark zurück wie von 1950 bis 1955. In scharfem Wettbewerb mit den anderen Wirtschaftsbereichen stand die Landwirtschaft auf dem Arbeitsmarkt also recht eigentlich erst von dieser zweiten Phase an. Bemerkenswert ist weiterhin, daß Handel und Verkehr und der Sektor „Übrige Bereiche" heute einen größeren Anteil an der Gesamtbeschäftigung haben als 1950, obwohl ihr relativer Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1954) jetzt geringer ist, als er damals war. Beim Sektor „Übrige Bereiche" tritt diese gegenläufige Entwicklung ganz besonders deutlich in Erscheinung. Sie vollzog sich überdies nahezu kontinuierlich; aber auch hier zeigt sich

Schaubild 30

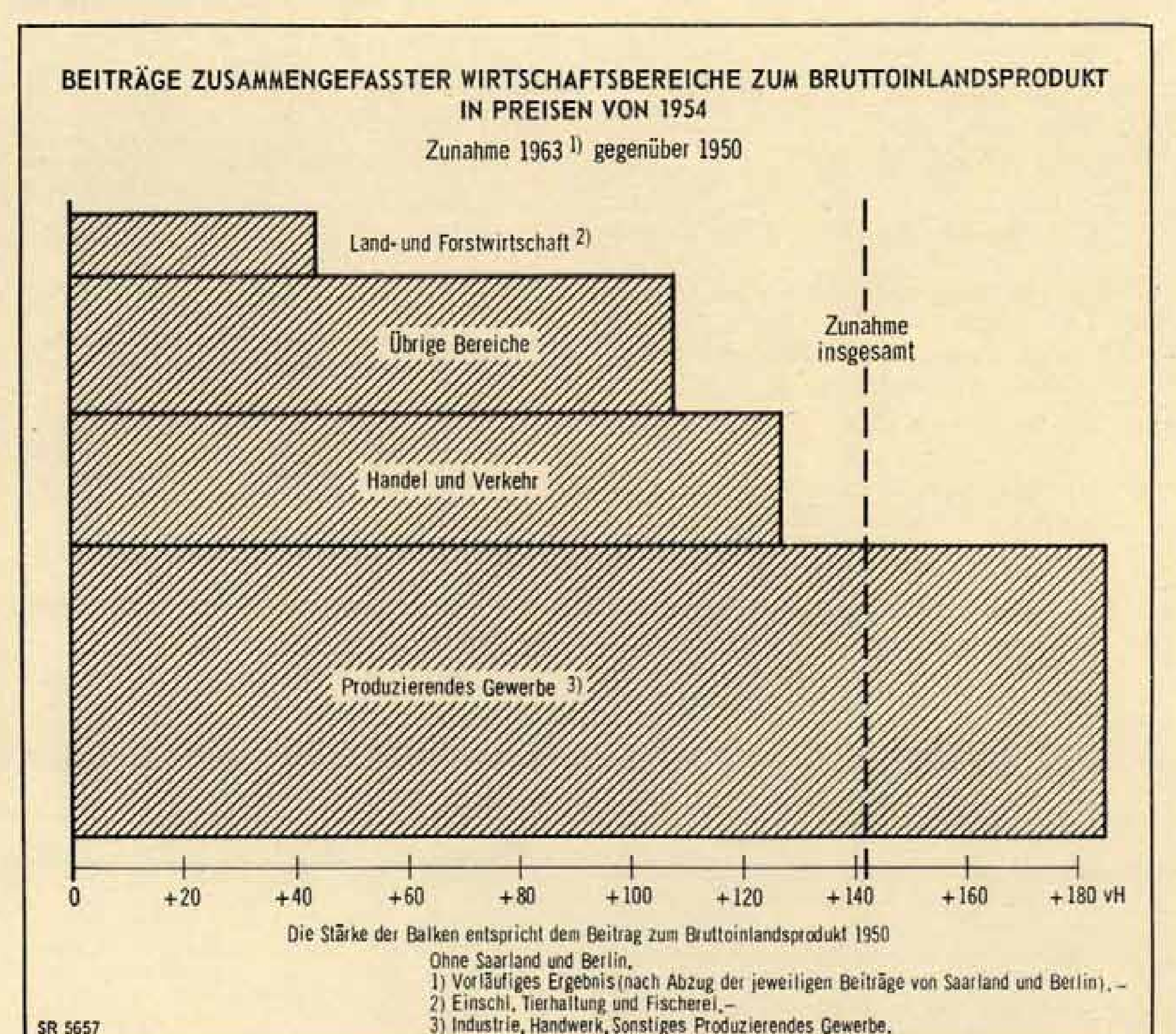


Schaubild 31

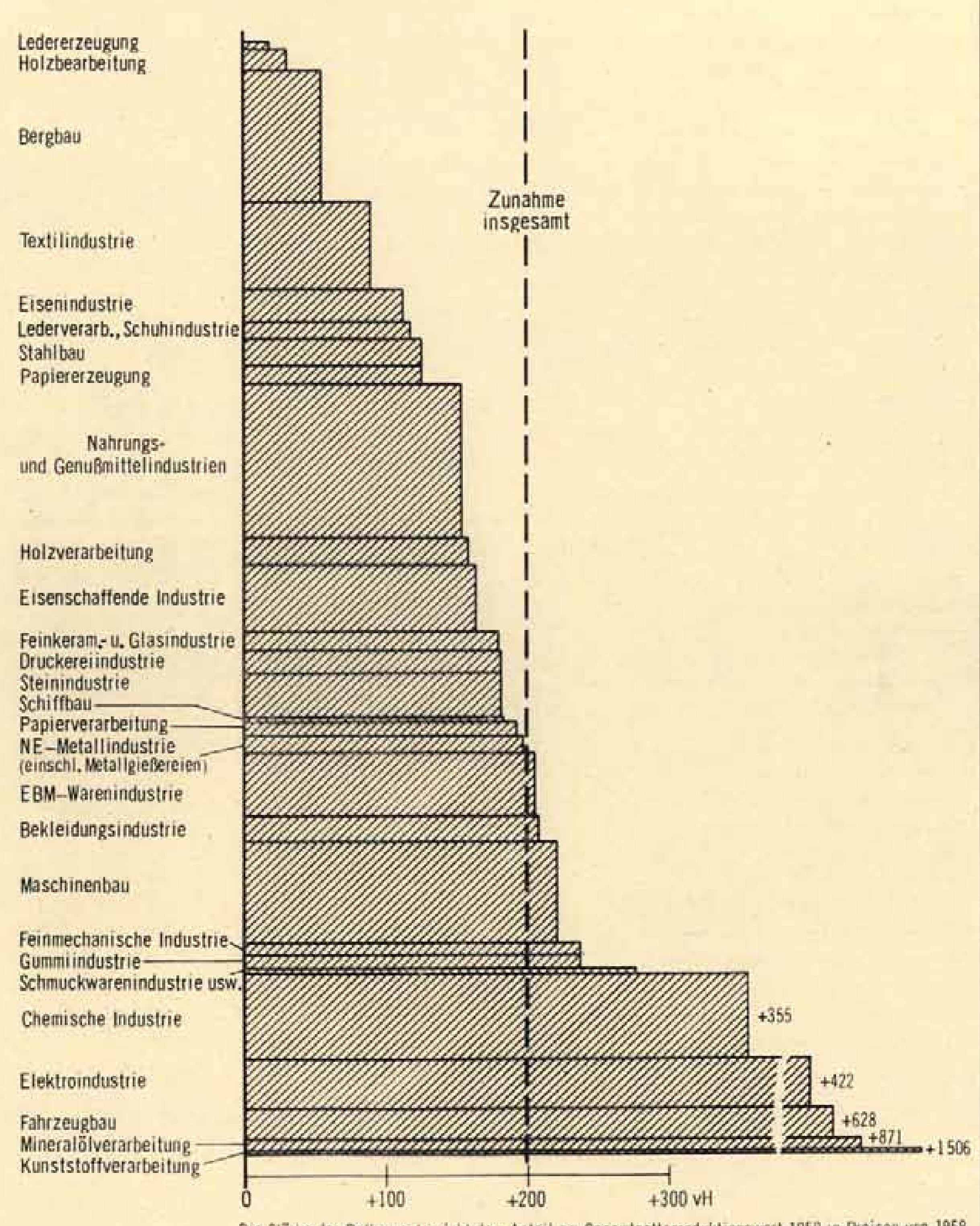


Tabelle 56

Nettoproduktion der Industrie nach Industriegruppen bzw. -zweigen [1])

Anteil in vH

Industriegruppe bzw. -zweig	1950 [2])	1955 [2])	1960 [3])	1964 [3])
Bergbau	11,5 [a])	9,0	7,2	6,1
Kohlenbergbau	10,7	7,5	5,8	4,8
Kali- und Steinsalzbergbau, Salinen	0,4	0,4	0,3	0,3
Erdöl- und Erdgasgewinnung	. [a])	0,5	0,6	0,7
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	28,2 [a]) [b])	27,5	29,2	30,7
Industrie der Steine und Erden	3,9	3,7	3,4	3,6
Eisenschaffende Industrie	6,0 [b])	6,0	6,2	5,5
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien	2,0	1,9	1,6	1,3
Ziehereien und Kaltwalzwerke	0,9	1,0	1,1	0,8
NE-Metallindustrie (einschließlich Gießereien)	1,5	1,6	1,5	1,5
Chemische Industrie (einschließlich Kohlenwertstoffindustrie)	7,9	7,8	9,5	11,3
Mineralölverarbeitung	1,3 [a])	1,5	2,2	3,2
Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	1,9	1,2	1,0	0,9
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie	1,7	1,5	1,4	1,2
Gummi und Asbest verarbeitende Industrie	1,3	1,4	1,4	1,4
Investitionsgüterindustrien	25,9 [b])	31,9	33,7	33,5
Stahlbau (einschließlich Leichtmetallbau)	2,4	2,2	1,9	1,8
Maschinenbau	9,1	10,7	10,3	9,6
Fahrzeugbau	2,8	4,3	5,9	6,5
Schiffbau	0,5	1,1	0,8	0,6
Elektrotechnische Industrie	4,4	6,1	7,6	8,0
Feinmechanische und optische sowie Uhrenindustrie	1,1	1,4	1,3	1,2
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschließlich Stahlverformung)	5,7 [b])	6,0	5,9	5,8
Verbrauchsgüterindustrien	20,6	18,9	18,2	18,0
Feinkeramische Industrie	0,8	0,9	0,8	0,7
Glasindustrie	0,9	0,9	1,0	1,0
Holzverarbeitende Industrie	2,5	2,1	2,1	2,1
Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräte-Industrie	0,4	0,6	0,5	0,5
Papier und Pappe verarbeitende Industrie	1,2	1,1	1,1	1,2
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	2,0	1,8	1,8	1,8
Kunststoffverarbeitende Industrie	0,3	0,5	1,0	1,5
Lederindustrie	2,2	1,7	1,5	1,3
Textilindustrie	7,9	6,7	5,9	5,6
Bekleidungsindustrie	2,3	2,6	2,4	2,3
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	13,7	12,7	11,8	11,6
Brauereien und Mälzereien	1,6	2,0	2,2	2,4
Industrie insgesamt	100	100	100	100

[1]) berechnet aus Unterlagen der Industriestatistik
[2]) ohne Saarland und Berlin
[3]) ohne Berlin
[a]) Erdöl- und Erdgasgewinnung in Mineralölverarbeitung enthalten
[b]) Gesenkschmieden in Eisenschaffende Industrie enthalten

Tabelle 57

Beschäftigte [1]) der Industrie nach Industriegruppen bzw. -zweigen

Anteil in vH

Industriegruppe bzw. -zweig	1950 [2])	1955 [2])	1960 [3])	1964 [3])
Bergbau	12,0 [a)]	9,8	7,9	6,2
Kohlenbergbau	10,8	8,6	7,0	5,6
Kali- und Steinsalzbergbau, Salinen	0,4	0,4	0,3	0,3
Erdöl- und Erdgasgewinnung	. [a)]	0,2	0,2	0,1
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	22,9 [a) b)]	21,7	21,9	21,9
Industrie der Steine und Erden	4,1	3,8	3,3	3,3
Eisenschaffende Industrie	4,0 [b)]	3,8	4,6	4,4
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien	1,9	2,0	1,8	1,7
Ziehereien und Kaltwalzwerke	0,8	1,0	1,0	0,9
NE-Metallindustrie (einschließlich Gießereien)	1,3	1,4	1,4	. [c)]
Chemische Industrie (einschließlich Kohlenwertstoffindustrie)	6,1	5,5	5,9	6,3
Mineralölverarbeitung	0,4 [a)]	0,3	0,4	.
Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	1,9	1,4	1,1	1,0
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie	1,2	1,1	1,1	. [c)]
Gummi und Asbest verarbeitende Industrie	1,2	1,3	1,4	1,5
Investitionsgüterindustrien	30,5 [b)]	35,1	38,9	41,3
Stahlbau (einschließlich Leichtmetallbau)	2,6	2,5	2,5	2,6
Maschinenbau	9,7	11,1	12,1	12,7
Fahrzeugbau	4,0	4,2	5,0	6,0
Schiffbau	0,9	1,4	1,3	1,0
Elektrotechnische Industrie	5,5	7,3	9,4	10,4
Feinmechanische und optische sowie Uhrenindustrie	1,7	2,0	1,9	1,9
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschließlich Stahlverformung)	6,0 [b)]	6,6	6,8	6,8
Verbrauchsgüterindustrien	27,6	26,9	25,1	24,4
Feinkeramische Industrie	1,1	1,3	1,2	1,0
Glasindustrie	0,9	1,1	1,1	1,1
Holzverarbeitende Industrie	3,4	3,2	2,8	2,7
Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräte-Industrie	0,6	0,9	0,7	0,7
Papier und Pappe verarbeitende Industrie	1,1	1,3	1,4	. [c)]
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	2,2	2,1	2,2	2,4
Kunststoffverarbeitende Industrie	0,4	0,6	1,1	1,4
Lederindustrie	2,9	2,6	2,3	2,1
Textilindustrie	11,1	9,5	7,9	6,9
Bekleidungsindustrie	3,8	4,2	4,3	4,6
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	7,1	6,4	6,2	6,2
Brauereien und Mälzereien	0,8	0,9	1,0	. [c)]
Industrie insgesamt	100	100	100	100

[1]) tätige Inhaber, mithelfende Familienangehörige, Angestellte, Arbeiter, Lehrlinge
[2]) ohne Saarland und Berlin
[3]) ohne Berlin
[a]) Erdöl- und Erdgasgewinnung in Mineralölverarbeitung enthalten
[b]) Gesenkschmieden in Eisenschaffende Industrie enthalten
[c]) aus Gründen der Geheimhaltung betrieblicher Einzelangaben nicht veröffentlicht

in jüngster Zeit eine Verlangsamung. Teils haben es wohl jetzt auch die „tertiären Bereiche" ziemlich schwer, zusätzliche Arbeitskräfte zu gewinnen; teils äußert sich in diesen Zahlen das Bemühen bisher sehr arbeitsintensiver Bereiche, ihre Produktivität durch arbeitssparende Neuerungen — manchmal Verschlechterungen des Service — zu steigern.

219. Aus statistischen Gründen konnte der Strukturwandel in Form differenzierten Wachstums genauer nur für den Bereich der Industrie untersucht werden.

a) Zunächst ist festzuhalten, daß zwar in keinem der Industriezweige, für die geeignete Daten vorliegen, die Produktion im Gesamtzeitraum 1950 bis 1964 gesunken ist, die Zuwachsraten aber von 18 vH bis hinauf zu 1506 vH reichen (Schaubild 31). Dieses unterschiedliche Wachstum ist der Grund für die großen Verschiebungen, die in den relativen Beiträgen zur industriellen Nettoproduktion stattgefunden haben. Hierüber geben Tabelle 56 und Tabelle 58, Spalte 5, Aufschluß. An Gewicht gewonnen haben — absolut gesehen — in erster Linie der Fahrzeugbau, die Elektrotechnische Industrie und die Chemische Industrie, an Gewicht verloren vor allem der Kohlenbergbau, die Textilindustrie und die Nahrungs- und Genußmittelindustrien.

Tabelle 58

Nettoproduktion und Beschäftigte in der Industrie [1])

Veränderung gegenüber dem Vorjahr
bzw. dem entsprechenden Ausgangsjahr in vH

Zeitraum		Veränderung der Industrie insgesamt		Mittlere Abweichung der Industriezweige [4])		Mittlere Veränderung der Anteile der Industriezweige [4])	
		Nettoproduktion	Beschäftigte	Nettoproduktion	Beschäftigte	Nettoproduktion	Beschäftigte
1951	[2])	+ 18,7	+11,2	8,3	4,7	7,0	4,2
1952	[2])	+ 6,8	+ 3,5	6,8	3,9	6,4	3,8
1953	[2])	+ 8,6	+ 4,2	8,2	2,8	7,6	2,7
1954	[2])	+ 11,8	+ 5,4	5,6	3,5	5,0	3,3
1955	[2])	+ 15,3	+ 8,5	6,5	4,5	5,6	4,2
1956	[2])	+ 7,7	+ 6,3	2,4	3,0	2,3	2,9
1957	[2])	+ 4,6	+ 3,7	3,4	2,3	3,3	2,2
1958	[2])	+ 2,6	+ 0,6	5,7	3,0	5,6	2,9
1959	[3])	+ 7,5	+ 0,3	5,3	3,3	4,9	3,3
1960	[3])	+ 12,1	+ 4,0	5,3	4,2	4,8	4,0
1961	[3])	+ 5,7	+ 2,8	3,5	2,9	3,3	2,8
1962	[3])	+ 4,0	+ 0,4	3,9	3,3	3,8	3,3
1963	[3])	+ 3,2	− 0,8	4,2	2,2	4,1	2,2
1964	[3])	+ 9,1	+ 0,5	4,3	2,1	4,0	2,0
1955 — 1950 [2])		+ 77,4	+37,1	30,0	18,6	16,9	13,6
1960 — 1955 [2])		+ 38,1	+15,8	20,3	15,3	14,7	13,2
1964 — 1960 [2])		+ 21,8	+ 3,0	12,3	8,8	10,1	8,5
1964 — 1960 [3])		+ 23,8	+ 2,9	12,3	9,0	9,9	8,7
1964 — 1950 [2])		+198,5	+63,6	104,0	51,0	34,8	31,2

[1]) ohne Energie und Bau
[2]) ohne Saarland und Berlin
[3]) ohne Berlin
[4]) Erläuterungen: Anhang IV, 1—2.

b) Es erscheint sinnvoll, die branchenmäßige Differenzierung mit der Stärke des Industriewachstums zu vergleichen; denn ebenso wie sich eine Kolonne stärker auseinanderzieht, wenn ihr Durchschnittstempo zunimmt, sollte man auch annehmen, daß der Strukturwandel in der Industrie um so größer ist, je schneller sie wächst. Tabelle 58 zeigt nun, daß der Strukturwandel so gesehen — also relativ — seit 1955 erheblich mehr Bedeutung erlangt hat. Im Jahrfünft vorher, als die Industrie noch die große Reserve der Arbeitslosen ausschöpfen konnte, betrug die Streuung der — gewogenen — Zuwachsraten (Spalte 3) nur 30 vH bei einem Industriewachstum von über 77 vH. Als sich das Industriewachstum im Jahrfünft 1955 bis 1960 auf die Hälfte (38 vH) verminderte, ging die Streuung nur um ein knappes Drittel (auf 20 vH) zurück. Man kann daher sagen, daß wir seit Erreichen der Vollbeschäftigung für ein bestimmtes Wachstum der Industrieproduktion einen relativ größeren Strukturwandel innerhalb der Industrie in Kauf nehmen und bewältigen mußten und müssen. Das gilt auch, allerdings in geringerem Umfang, für einen Vergleich der Perioden 1960 bis 1964 und 1955 bis 1960. Wenn Wachstum demnach mehr und mehr zugleich Strukturwandel ist, muß rationale Wachstumspolitik mehr und mehr als Förderung dieses Wandels verstanden werden: als progressive — nicht konservierende — Strukturpolitik.

c) Innerhalb eines Zyklus ist der Strukturwandel in Form differenzierten Wachstums am stärksten, wenn die Industrieproduktion sehr schnell zunimmt und dann noch einmal, wenn sich die Expansion verlangsamt. Hierin äußert sich die unterschiedliche Konjunkturempfindlichkeit der einzelnen Branchen.

220. Wie zwischen den großen Wirtschaftsbereichen vollzieht sich auch innerhalb der Industrie mit dem Wandel der Produktionsstruktur ein Wandel der Beschäftigtenstruktur. Er wird in den Tabellen 57 und 58 ausgewiesen.

a) Sie lassen erkennen, daß sich die Beschäftigtenstruktur fast durchweg weniger geändert hat als die Produktionsstruktur. Das erklärt sich damit, daß in den Branchen, in denen die Produktion besonders schnell gewachsen ist, meist auch die Arbeitsproduktivität überdurchschnittlich zugenommen hat.

b) In den Aufschwungsjahren 1951, 1955 und 1960, die eine beschleunigte Zunahme der Zahl der Industriebeschäftigten insgesamt brachten, hat sich die Beschäftigtenstruktur besonders rasch und meist in deutlichem Zusammenhang mit der Produktionsstruktur gewandelt. In Jahren verlangsamten Wachstums, in denen die Produktion ebenfalls sehr unterschiedlich zu wachsen pflegt, blieb die Beschäftigtenstruktur dagegen meist recht starr.[1] In diesen Perioden sind die Arbeitnehmer offenbar weniger bereit, ihre Stellung — von Branche zu Branche — zu wechseln. Auch die Unternehmen scheinen in diesen Phasen darauf bedacht zu sein, keine Arbeitskräfte zu verlieren, selbst wenn die Produktionsentwicklung dies nahelegt. Entweder orientieren sie sich am Arbeitskräftebedarf des künftigen Aufschwungs oder sie versuchen, aus produktionstechnischen oder sozialen Gründen, die Belegschaft zusammenzuhalten. Wenn dies zutrifft, so hat es offenbar immer einer deutlichen Übernachfrage bedurft, um den im Wachstumsprozeß nötigen Wandel der Beschäftigtenstruktur herbeizuführen.

c) 1957 kennzeichnet das Ende einer Phase, in der der Wandel der Beschäftigtenstruktur mit einer kräftigen Zunahme der industriellen Gesamtbeschäftigung einherging, die einzelnen Industriezweige also dem Sog der Nachfrage ohne scharfe Konkurrenz um die Arbeitskräfte zu folgen vermochten. Seither ist die interindustrielle Mobilität der Arbeitskräfte für den wachstumsnotwendigen Strukturwandel innerhalb der Industrie immer wichtiger geworden, da der Wandel der Beschäftigtenstruktur, der allein durch den Eintritt neuer Arbeitskräfte ins Berufsleben ermöglicht wird, zu gering ist. Nur eine erhöhte Zuwanderung aus anderen Wirtschaftsbereichen (intersektorale Mobilität) oder aus dem Ausland könnte in Zukunft hieran für einige Zeit etwas ändern.

Produktivitätseffekte des Strukturwandels

221. Wandlungen der Produktions- und Beschäftigtenstruktur, aber auch der Regionalstruktur, können den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt stark beeinflussen. Positiv ist dieser Effekt immer dann,

a) wenn Bereiche (Branchen und Regionen) mit überdurchschnittlicher Produktivität relativ (überdurchschnittlich) stark wachsen, allgemein, wenn produktivere Bereiche mehr expandieren als Bereiche mit niedrigerem Produktivitätsniveau,

b) wenn Bereiche mit unterdurchschnittlicher Produktivität dadurch, daß sie relativ schrumpfen (unterdurchschnittlich wachsen), auf ein höheres Produktivitätsniveau ge-

[1] Gemessen an den Koeffizienten der Korrelation (Anhang IV, 5) zwischen den relativen Veränderungen der Nettoproduktion und den relativen Veränderungen der Beschäftigtenzahlen in den Industriezweigen für 1955: 0,74, 1960: 0,75, 1964: 0,65; 1953: 0,52, 1957: 0,56, 1963: 0,45.

langen (passive Sanierung, „Gesundschrumpfen"),

c) wenn Bereiche mit unterdurchschnittlicher Produktivität dadurch, daß sie vergleichsweise rasch wachsen, stärkere Produktivitätsfortschritte erzielen (aktive Sanierung; „Gesundwachsen") und diese induzierten Produktivitätsfortschritte den negativen Struktureffekt, der sich aus dem relativ starken Wachstum eines produktivitätsschwachen Bereichs ergeben kann, mehr als ausgleichen.

Je mehr sich der Spielraum für ein Wachstum in die Breite — auf der Basis zusätzlicher Arbeitskräfte und importierten technischen Wissens — verengt, um so mehr kommt es — außer auf eigene Beiträge zur Vermehrung des technischen Wissens — auch darauf an, die Chancen zu nutzen, die im stärkeren Wachstum der produktiveren Bereiche und im „Gesundschrumpfen" und „Gesundwachsen" liegen. Um das Urteil über das Für und Wider einer wachstumsorientierten Strukturpolitik zu erleichtern, hat der Sachverständigenrat die Produktivitätswirkungen des bisherigen Strukturwandels in der Bundesrepublik über die im vorigen Jahresgutachten (JG 64 Ziffer 94) erwähnten Ansätze hinaus weiter untersucht. Die unter b) und c) genannten Fälle sind allerdings statistisch nicht erfaßbar.

222. Soweit sich mit der Branchen- und Regionalstruktur der Produktion auch die Beschäftigtenstruktur ändert, ergibt sich eine einkommenspolitische Konsequenz, auf die der Sachverständigenrat im Zusammenhang mit den Regeln für eine kostenniveau-neutrale Lohnpolitik hingewiesen hat (JG 64 Ziffer 248). Da die Löhne und Gehälter in den einzelnen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich sind, kann die Änderung der Beschäftigtenstruktur darauf hinauslaufen, daß von dem Einkommenserhöhungsspielraum, den der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsfortschritt schafft, ein Teil schon durch „Wanderung" der Arbeitskräfte in Bereiche mit höheren Löhnen und Gehältern vorweg beansprucht wird, also für allgemeine Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht mehr verfügbar ist. Das gleiche gilt, wenn sich die Beschäftigtenstruktur in Richtung auf eine stärkere Besetzung der höheren Leistungsklassen verändert. Doch muß der Wandel der Beschäftigtenstruktur die Lohnsumme nicht notwendig erhöhen; der Lohnsummeneffekt dieses Wandels kann — ebenso wie der Produktivitätseffekt eines Wandels im Branchengefüge — ein negatives Vorzeichen haben, zum Beispiel wenn ein Nettozugang von Arbeitskräften (aus dem Ausland oder aus dem Nachwuchs) die Beschäftigung in Bereichen mit niedrigen Durchschnittslöhnen oder die Besetzung der unteren Leistungsklassen relativ zunehmen läßt.

Untersuchungsergebnisse

223. Die in Ziffer 221 erwähnten Untersuchungen haben folgende Ergebnisse gebracht:

a) Von den Produktivitätsunterschieden her gesehen gibt es heute noch genauso große Möglichkeiten, die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität durch einen Wandel der intersektoralen Beschäftigtenstruktur (Verschiebungen zwischen den vier großen Wirtschaftsbereichen im Sinne der Ziffer 221, Fall a)) zu steigern, wie 1951. Erstaunlich ist nur, daß dieser Produktivitätseffekt tatsächlich mit der Zeit tendenziell abgenommen hat. Bis 1962 blieb jedoch wenigstens sein Anteil an der Zunahme der Produktivität insgesamt recht hoch (von 1951 bis 1962 insgesamt fast ein Sechstel). Ab 1963 ist der „Ertrag" aus der Nutzung dieser Produktivitätsreserve nicht nur absolut auffallend gering geworden, sondern auch im Vergleich zum gesamten Produktivitätsfortschritt (Tabelle 110, Anhang).

b) Innerhalb der Industrie, auf die sich alle folgenden Punkte beziehen, war bisher vor allem der Wandel der Produktionsstruktur dem Wachstum förderlich. Der Wandel der Beschäftigtenstruktur hat — für sich genommen — die durchschnittliche Arbeitsproduktivität erst seit etwa 1958 und auch dann nur geringfügig erhöht.

c) Allerdings war der Wandel in der Beschäftigtenstruktur per Saldo durchweg kapitalsparend; andernfalls wäre der durchschnittliche Kapitaleinsatz je Beschäftigten rein rechnerisch heute höher. Dieser Vorteil hat auf die gesamtwirtschaftliche Produktivität freilich am Anfang nicht voll durchgeschlagen; denn er war mit einer relativen Zunahme der Beschäftigten in produktivitätsschwachen Branchen verbunden, also mit einem negativen Produktivitätseffekt des Wandels der Beschäftigtenstruktur. Von 1960 bis 1963, als beide Effekte positiv waren, machten sie zusammen schon etwa ein Zehntel des Produktivitätsfortschritts in der Industrie aus.

d) Etwa zur Hälfte lassen sich die interindustriellen Unterschiede in der Arbeitsproduktivität auf unterschiedlichen Kapitaleinsatz zurückführen.

e) In der durchschnittlichen Qualifikation der Arbeitskräfte bestehen statistisch so geringe branchenspezifische Unterschiede, daß ihnen ein wesentlicher Teil der noch verbleibenden Produktivitätsunterschiede nicht zugerechnet werden kann. Erstaunlich ist auch, daß Branchen mit überdurchschnittlichem Produktivitätsfortschritt keine deutliche Verbesserung der durchschnittlichen Qualifikation der von ihnen beschäftigten Arbeitskräfte erkennen lassen.

f) Die verbleibenden Produktivitätsunterschiede von Branche zu Branche müssen in erster Linie mit Unterschieden im technischen Fortschritt zusammenhängen und mit Faktoren, die sich in den durchschnittlichen Gewinnen der einzelnen Branchen niederschlagen. Zu dieser zweiten Gruppe gehören anhaltende Unterschiede in den Branchenkonjunkturen, Unterschiede im Konzentrationsgrad und Unterschiede in der Kostenspanne, die innerhalb der Branchen zwischen den Grenzbetrieben einerseits und den fortschrittlichsten Betrieben andererseits bestehen. [1])

224. Der Lohnsummeneffekt des Wandels der Beschäftigtenstruktur (Ziffer 222), um den der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsfortschritt zu bereinigen wäre, wenn dieser — im Sinne von Ziffer 248 JG 64 — zur Leitlinie einer allgemeinen Erhöhung der Arbeitseinkommen gemacht werden soll, ist offenbar wesentlich geringer als bisher meist — und auch vom Sachverständigenrat noch in seinem vorigen Jahresgutachten — angenommen worden ist. In der Größenordnung liegt er für die Gesamtwirtschaft (1960 bis 1964) bei etwa einem viertel Prozent jährlich und scheint tendenziell eher abzunehmen. [2])

Erläuterungen

Das Schrumpfen der Landwirtschaft

225. Daß der positive Produktivitätseffekt des intersektoralen Strukturwandels (Ziffer 223 a) abnimmt, hängt, wie gesagt, nicht etwa damit zusammen, daß die Produktivitätsunterschiede zwischen den großen Wirtschaftsbereichen wesentlich geringer geworden wären; der Grund liegt vielmehr darin, daß die Abwanderung aus der Landwirtschaft immer weniger der produktivitätsstarken Industrie und immer mehr den produktivitätsschwachen Dienstleistungsbereichen zugute kommt.

226. Von 1950 bis 1964 sind im Durchschnitt jedes Jahr 138 000 Erwerbstätige aus der Land- und Forstwirtschaft in produktivere Wirtschaftszweige „abgewandert". Trotz — oder gerade wegen — dieser Schrumpfung ihres Beschäftigtenvolumens konnte die Landwirtschaft zwar Produktivitätsfortschritte erzielen, die dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt durchaus entsprechen, jedoch auch nicht mehr, so daß sie gegenüber den anderen Wirtschaftszweigen im Produktivitätsniveau nicht aufgeholt hat, obwohl ein Teil der staatlichen Förderungsmaßnahmen produktivitätsorientiert war; 1964 erreichten allein die Direkthilfen des Bundes die Höhe von etwa 20 vH des landwirtschaftlichen Beitrages zum Bruttoinlandsprodukt.

227. Der Abstand des Produktivitätsniveaus der Landwirtschaft vom gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt ist auch international gesehen nicht unerheblich. In der Bundesrepublik sind heute 11,4 vH der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt; sie erstellen nur 5,6 vH des Bruttoinlandsprodukts. Das Verhältnis des Prozentsatzes, den die Agrarbeschäftigten zum Bruttoinlandsprodukt beitragen, zum Prozentsatz der in der Landwirtschaft Beschäftigten — bei uns also 0,5 — beträgt nach den letzten verfügbaren Angaben in Dänemark 0,9, in Frankreich 0,5, in Großbritannien 1,1, in den Niederlanden 1,0.

228. Daß die Bundesrepublik in der Flächenproduktivität ihrer Landwirtschaft den internationalen Vergleich dagegen nicht zu scheuen braucht, ist in diesem Zusammenhang ohne Bedeutung. Die hohe Flächenproduktivität ist vielmehr Ausdruck der Tatsache, daß wir verhältnismäßig viel Kapital und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft binden. Sie konnte sogar während der Periode starker Abwanderung aus der Landwirtschaft erheblich gesteigert werden, hauptsächlich wohl durch zunehmende Mechanisierung und vermehrten Kapitaleinsatz in anderen Formen. Es müßte nicht unbedingt einen Nachteil für das wirtschaftliche Wachstum bedeuten, wenn mit der weiteren Freisetzung von landwirtschaftlichen Arbeitskräften für die anderen Wirtschaftsbereiche eine abnehmende Intensität der Bewirtschaftung weniger geeigneter und ungünstig gelegener Böden einherginge und damit die durchschnittliche Flächenproduktivität sänke — wenn dies nur dazu beiträgt, daß die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft der Bundesrepublik beschleunigt zunimmt.

229. Die statistische Rechnung bringt die Produktivitätsvorteile, die sich aus einer relativen Abnahme der Zahl der Agrarbeschäftigten ergeben, nicht einmal voll zum Ausdruck. Einmal ist die Wirkung der „Abwanderung" auf den Produktivitätsfortschritt in der Landwirtschaft selbst — das „Gesundschrumpfen" — nicht erfaßt, zum anderen wird der Beitrag der Landwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt zu inländischen Preisen bewertet, zu Preisen also, die in der Regel erheblich höher waren als die Kosten einer Versorgung durch verstärkte Importe; die statistische Produktivität der Landwirtschaft ist insoweit überhöht. Der gesamte Preiseffekt der Agrarschutzpolitik, der bis zum Basisjahr der Rechnung, also 1954, eingetreten war — er dürfte in der Zwischenzeit zumin-

---

[1]) Diese Untersuchungen dürfen nicht als eine umfassende Analyse aller Faktoren, die auf die Produktivität einwirken, mißverstanden werden. Es sollte vielmehr nur rechnerisch festgestellt werden, inwieweit interindustrielle Unterschiede im Produktivitätsniveau mit Unterschieden in statistisch erfaßbaren quantitativen Merkmalen zusammenhängen.

[2]) Anhang IV, 20.

dest nicht geringer geworden sein —, wird hier genauso gewertet, als ob es sich um eine Produktivitätserhöhung gehandelt hätte.

230. Die Ergebnisse der intersektoralen Strukturuntersuchung lassen sich natürlich nur angemessen interpretieren, wenn man annehmen darf, daß die Vernachlässigung des unterschiedlichen Kapitaleinsatzes, die aus statistischen Gründen unumgänglich war, insgesamt gesehen nicht ins Gewicht fällt. Sollte in der Land- und Forstwirtschaft, die relativ geschrumpft ist, und in den Dienstleistungsbereichen, die sich relativ ausgedehnt haben, der Kapitaleinsatz je Arbeitsplatz vergleichsweise gering gewesen sein, so überschätzt unsere Rechnung — allerdings nur insoweit — den positiven Produktivitätseffekt der „Wanderung" von der Landwirtschaft in die Industrie und den negativen Produktivitätseffekt der wachsenden Beschäftigung in den Dienstleistungsbereichen.

Solche Unterschiede bestehen wohl; aber es ist nicht ausgeschlossen, daß sie auf längere Sicht geringer werden. Die Produktivitätsvorteile eines Schrumpfens der Landwirtschaft könnten dabei mit der Zeit abnehmen, aber nur dann, wenn die Landwirtschaft mit ihrer Totalproduktivität — d. h. der Produktivität von Arbeit und Kapital zusammengenommen — gegenüber den anderen Bereichen aufholte. Es mag dies irgendwann einmal geschehen, aber nach der bisherigen Entwicklung zu urteilen eben doch wohl allenfalls bei anhaltender Abwanderung.

231. Was den Dienstleistungsbereich anlangt, so könnte es unter dem Sog der Nachfrage und dem Druck steigender Lohnkosten durchaus z einem heute noch kaum vorstellbar erscheinenden Prozeß der Substitution von Arbeit durch Kapital kommen. In diesem Fall würde der Dienstleistungsbereich beschäftigungsmäßig nicht mehr so stark expandieren und unter Umständen eine Steigerung der Arbeitsproduktivität erfahren, die das Niveau näher an den Durchschnitt heranführt.

Produktivitätsunterschiede in der Industrie

232. Für den Bereich der Industrie war es möglich, die Produktivitätseffekte des Strukturwandels etwas genauer zu untersuchen.[1] Die verfeinerten Produktivitätsmaße berücksichtigen die branchenmäßigen Unterschiede

in der Arbeitszeit und in der Arbeitszeitverkürzung (Arbeitsproduktivität für Beschäftigtenstunden),

im Kapitaleinsatz und in der indirekten Besteuerung (Bereinigte Produktivität I),

in der Qualifikation der Arbeitskräfte (Bereinigte Produktivität II)

und in den übrigen Anforderungen an die Arbeitskräfte (Bereinigte Produktivität III).

Hierzu folgende Erläuterung[2]):

a) Bei der Bereinigten Produktivität I wurden die Nettoproduktionswerte um die Abschreibungen und um die wichtigsten Verbrauchsteuern vermindert und dann auf einen Wertausdruck für den Arbeits- und Kapitaleinsatz bezogen. Der Arbeitseinsatz (in Beschäftigtenstunden) wurde, getrennt nach männlichen und weiblichen Arbeitern und nach Angestellten, mit den Durchschnittsverdiensten in der gesamten Industrie im Jahre 1958 bewertet. Die Kapitalkosten gehen als Sollverzinsung des vorhandenen Sachkapitals von 5 vH in die Rechnung ein. Mit der Wahl eines für alle Branchen einheitlichen Satzes sollte die gesamtwirtschaftliche Effizienz einer möglichen anderweitigen Verwendung des Kapitals zum Tragen kommen. Für den Satz von nur 5 vH sprach, daß es sich um eine Rechnung mit realen Größen handelt, eine Geldentwertungsprämie also nicht berücksichtigt zu werden brauchte.

b) Die Bereinigte Produktivität II berücksichtigt auch Unterschiede, die von Branche zu Branche hinsichtlich der durchschnittlichen Qualifikation der Arbeitskräfte bestehen, und zwar soweit diese in der unterschiedlichen Besetzung der einzelnen Leistungsgruppen zum Ausdruck kommen (je drei Leistungsgruppen für männliche und weibliche Arbeiter, vier Leistungsgruppen für Angestellte). Der Arbeitseinsatz nach Qualifikationsstufen wurde bewertet mit den Verdiensten der einzelnen Leistungsgruppen im Industriedurchschnitt 1958.

c) Bei der Bereinigten Produktivität III wurde der so aufgegliederte Arbeitseinsatz mit den Durchschnittsverdiensten der einzelnen Branchen im Jahre 1958 bewertet. Wegen der ausgeprägten Konstanz der interindustriellen Lohnrelationen (Ziffer 243) darf wohl angenommen werden, daß hiermit alle marktwirtschaftlich relevanten Unterschiede in den durchschnittlichen Anforderungen an die Arbeitskräfte (außer der Qualifikation die relative Unannehmlichkeit und die Gefährlichkeit der Arbeit etc.) angemessen berücksichtigt sind, so daß in der Bereinigten Produktivität III den Industriezweigen ihr realer Faktoreinsatz recht vollständig zugerechnet wird.

233. In Tabelle 59 sind die einfache Arbeitsproduktivität sowie die Bereinigten Produktivitäten I, II und III der Industriezweige für vier Stichjahre einander gegenübergestellt.

[1]) Für diese Untersuchungen konnten außer amtlichen Statistiken die Ergebnisse der Anlagevermögensrechnungen ausgewertet werden, die Rolf Krengel im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung erstellt. Krengels Rechnungen sind grundlegend für die Aufhellung der Kapitalstruktur in der deutschen Industrie.

[2]) Methodische Erläuterungen: Anhang IV, 11—15.

a) Die Unterschiede in den Branchenproduktivitäten, wie sie durch die relative Streuung (Variationskoeffizient, Anhang IV, 4) gemessen werden, gehen um etwa die Hälfte zurück, wenn man anstelle der einfachen Arbeitsproduktivität die Bereinigte Produktivität I verwendet, also Verbrauchsteuern und Kapitalkosten berücksichtigt (Tabelle 60). Wie bedeutsam Verbrauchsteuern und Kapitalkosten für den interindustriellen Produktivitätsvergleich sind, zeigt sich darin, daß die Produktivitäts-Rangfolge der Branchen bei der Bereinigten Produktivität I deutlich gegenüber derjenigen bei der einfachen Arbeitsproduktivität verschoben ist. [1])

b) Von 1951 bis 1963 stieg die einfache Arbeitsproduktivität der gesamten Industrie um 88,3 vH, die Produktivität von Arbeit und Kapital zusammengenommen (Bereinigte Produktivität I) nur um 66,9 vH. Der Kapitaleinsatz ist also für den Produktivitätsfortschritt in der Industrie bedeutsamer geworden. Allerdings ist die Kapitalintensivierung bis 1963 nicht so weit gegangen, daß auch das Verhältnis des Kapitalstocks (reales Bruttoanlagevermögen) zum realen Nettoproduktionswert — der Kapitalkoeffizient — zugenommen hätte. Der Kapitalkoeffizient für die Industrie insgesamt ist vielmehr — von Schwankungen infolge unterschiedlicher Kapazitätsauslastung abgesehen — nahezu konstant geblieben. Da auch der Realzins — wenn überhaupt — allenfalls konjunkturell, nicht aber trendmäßig gestiegen ist, läßt sich eine Erhöhung der Kapitalkosten je Produkteinheit für den Bereich der Industrie nicht vermuten, es sei denn, man hätte anzunehmen, daß die verbrauchsbedingten Abschreibungen wesentlich stärker gestiegen sind als die Produktion.

c) Die Produktivitätsunterschiede verändern sich nicht wesentlich, wenn man auch die Unterschiede in der Qualifikation der von den einzelnen Branchen in Anspruch genommenen Arbeitskräfte, gemessen an der Besetzung der Leistungsgruppen, berücksichtigt (Bereinigte Produktivität II). Auch bleibt die Produktivitäts-Rangfolge der Branchen bis auf wenige Ausnahmefälle unverändert. Die Tatsache, daß die Streuung der Arbeitsproduktivität nicht einmal teilweise mit qualitativen Unterschieden der eingesetzten Arbeitskräfte erklärt werden kann, beruht darauf, daß diese Unterschiede von Branche zu Branche verhältnismäßig gering sind. Man darf also daraus nicht etwa folgern, eine bessere Ausbildung der Arbeitskräfte werde die Arbeitsproduktivität nicht wesentlich erhöhen (Ziffer 268).

[1]) Die Korrelation zwischen den Rangziffern der beiden Produktivitätsmaße im Jahre 1963 beträgt 0,64 (Anhang IV, 7).

d) Überraschend ist auch, daß die Produktivitätsunterschiede beim Übergang von der Bereinigten Produktivität II zur Bereinigten Produktivität III wieder, wenn auch nur leicht, zunehmen. Dies besagt nichts anderes, als daß die hochproduktiven Zweige insgesamt gesehen keine überdurchschnittlich hohen Löhne zahlen. Vielmehr überwiegen die überdurchschnittlichen Verdienste in der produktivitätsschwächeren Hälfte der Industrie. Dies wird allerdings sogleich verständlich, wenn man bedenkt, daß z. B. ein so großer Bereich wie die gesamte Eisen- und Stahlindustrie, in der schwere und unangenehme Arbeiten überwiegen, nach Berücksichtigung der Kapitalkosten zu dieser leistungsschwächeren Hälfte gehört.

Struktureffekte in der Industrie

234. In welchem Maße der Wandel der Branchenstruktur das Wachstum der Industrieproduktion beeinflußt hat, zeigt Tabelle 61.

a) Während die intersektorale Umschichtung der Beschäftigten lange Zeit etwa ein Sechstel des Wachstums des realen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen „erklärt" (Ziffer 223), hatte die Umschichtung innerhalb der Industrie zunächst sogar eine negative Wirkung auf das Wachstum der industriellen Arbeitsproduktivität. Die Arbeitsproduktivität der Branchen, die ihre Beschäftigung relativ stark ausgedehnt haben, war also insgesamt niedriger — oder hat weniger rasch zugenommen — als die Arbeitsproduktivität der Branchen mit geringerem Beschäftigungswachstum. Erst nach 1958 war dieser Struktureffekt positiv, jedoch verhältnismäßig gering.

b) Größer war der Produktivitätseffekt des Wandels der Produktionsstruktur, in dem vor allem der Wandel der Nachfragestruktur seinen Niederschlag findet. Für den Zeitraum 1951 bis 1963 läßt sich dieser Produktivitätseffekt auf 7 vH des gesamten Produktivitätswachstums beziffern. Ohne den inzwischen eingetretenen Wandel der Produktionsstruktur wäre heute eine Verteilung der Arbeitskräfte auf die Industriezweige nötig, bei der rein rechnerisch ihre durchschnittliche Produktivität deutlich unter dem heutigen Niveau läge. Dabei bleibt freilich außer Betracht, daß möglicherweise die tatsächliche branchenspezifische Produktivitätsentwicklung von der jeweiligen Produktionsausweitung beeinflußt war.

235. Einen durchweg positiven Beitrag zum Produktivitätsfortschritt erbrachte auch der Branchenstrukturwandel bei Arbeit und Kapital zusammengenommen (Bereinigte Produktivitäten I, II, III); er ist von Periode zu Periode größer

Tabelle 59

Produktivitätsunterschiede in der Industrie

Lfd. Nr.	Industriegruppe bzw. -zweig (Kurzbezeichnung)	Arbeitsproduktivität				
		absolute Werte				Rang[2])
		1951	1958	1960	1963	
1	Bergbau	5,14	7,03	8,17	10,29	—
2	Kohlenbergbau	5,30	6,65	7,55	9,23	12
3	Kalibergbau	5,77	7,66	9,44	10,99	8
4	Erdölgewinnung	.	22,14	29,65	51,72	2
5	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	6,16	8,90	10,83	12,84	—
6	Steinindustrie	4,53	6,72	7,71	9,20	13
7	Eisenindustrie	6,57	8,21	9,91	9,93	—
8	Eisenschaffende Industrie	7,54	9,43	11,36	11,19	7
9	Eisengießereien	5,28	6,04	6,95	7,12	24
10	Ziehereien	5,24	7,15	8,81	9,12	14
11	NE-Metallindustrie u. ä.	5,36	7,72	9,23	10,20	10
12	NE-Metallindustrie	5,61	8,33	9,91	10,98	—
13	NE-Metallgießereien	4,19	5,61	7,06	7,72	—
14	Chemische Industrie	6,76	10,89	13,39	16,96	4
15	Mineralölverarbeitung	11,87	30,58	43,42	67,91	1
16	Holzbearbeitung	5,17	5,93	7,28	7,96	18
17	Papiererzeugung	6,42	8,43	9,72	11,20	6
18	Gummiindustrie	5,87	7,56	8,77	9,57	11
19	Investitionsgüterindustrien	4,60	6,18	7,09	7,96	—
20	Stahlbau	4,68	5,66	5,95	6,46	28
21	Maschinenbau	5,12	6,27	6,94	7,35	22,5
22	Fahrzeugbau	3,99	8,14	9,58	11,45	5
23	Schiffbau	2,83	4,79	5,15	5,99	30
24	Elektroindustrie	4,44	5,97	6,80	7,56	20
25	Feinmechanische Industrie	3,71	4,94	5,73	6,30	29
26	EBM-Warenindustrie u. ä.	4,82	5,88	7,10	8,17	17
27	Stahlverformung	5,16	5,93	6,95	7,07	—
28	EBM-Warenindustrie	4,71	5,86	7,16	8,56	—
29	Verbrauchsgüterindustrien	3,75	5,19	6,16	7,43	—
30	Feinkeramische Industrie	3,76	4,80	5,61	6,50	27
31	Glasindustrie	4,90	5,85	7,02	8,71	15
32	Holzverarbeitung	3,48	4,89	5,80	6,94	25
33	Schmuckwarenindustrie usw.	3,73	5,09	6,19	7,45	21
34	Papierverarbeitung	4,92	5,99	6,87	7,60	19
35	Druckereiindustrie	3,96	5,63	6,49	7,35	22,5
36	Kunststoffindustrie	4,08	6,38	8,40	10,48	9
37	Lederindustrie	3,72	4,93	5,67	6,62	26
38	Ledererzeugung	4,48	6,10	6,47	7,49	—
39	Lederverarbeitung	2,95	4,50	5,35	6,28	—
40	Schuhindustrie	3,62	4,65	5,53	6,48	—
41	Textilindustrie	3,72	5,32	6,41	8,34	16
42	Bekleidungsindustrie	3,29	4,48	5,07	5,64	31
43	Nahrungs- und Genußmittelindustrien	9,64	13,82	14,82	17,21	3
44	Mühlenindustrie	8,48	11,39	12,52	12,08	—
45	Fettwarenindustrie	9,82	14,62	13,50	13,11	—
46	Zuckerindustrie	9,51	15,54	17,32	20,57	—
47	Brauereien	9,95	15,52	16,88	19,19	—
48	Sonstige Nahrungs- und Genußmittelindustrien	9,66	13,43	14,38	16,94	—
49	Tabakindustrie	17,31	32,70	37,06	57,65	—
50	Restliche Nahrungs- und Genußmittelindustrien	7,28	9,70	10,88	12,60	—
51	Industrie insgesamt	5,15	7,11	8,29	9,69	—

[1]) Erläuterungen: Anhang IV, 11—15.

[2]) Industriezweigen, für die nicht alle Produktivitätsmaße berechnet werden konnten, wurde keine Rangziffer zugeteilt.

Tabelle 59

nach verschiedenen Produktivitätsmaßen [1])

Bereinigte Produktivität I					Bereinigte Produktivität II					Bereinigte Produktivität III					Lfd. Nr.
absolute Werte				Rang	absolute Werte				Rang	absolute Werte				Rang	
1951	1958	1960	1963		1951	1958	1960	1963		1951	1958	1960	1963		
1,46	1,73	1,89	2,18	—	1,45	1,71	1,84	2,11	—	1,20	1,43	1,54	1,78	—	1
1,52	1,69	1,81	2,06	25,5	1,51	1,66	1,76	2,00	27	1,22	1,36	1,44	1,64	31	2
1,38	1,57	1,85	1,97	29,5	1,39	1,54	1,81	1,92	29	1,31	1,46	1,72	1,83	29	3
.	2,80	3,21	4,08	2	.	2,79	3,18	4,04	2	.	2,82	3,21	4,05	2	4
1,66	2,19	2,67	2,89	—	(1,7)	2,21	2,69	2,89	—	(1,6)	2,08	2,52	2,72	—	5
1,41	1,90	2,14	2,33	17	1,44	1,93	2,18	2,35	17	1,51	2,02	2,28	2,46	19	6
1,70	1,91	2,36	2,11	—	1,71	1,91	2,37	2,10	—	1,51	1,70	2,10	1,88	—	7
1,77	1,98	2,49	2,15	22	(1,8)	1,98	2,49	2,14	21,5	(1,5)	1,69	2,12	1,84	28	8
1,68	1,78	2,07	1,98	28	(1,7)	1,79	2,08	1,98	28	(1,6)	1,72	2,00	1,90	27	9
1,38	1,77	2,20	2,09	23	(1,4)	1,79	2,23	2,11	23	(1,4)	1,76	2,19	2,07	25	10
1,62	2,14	2,57	2,59	9,5	1,63	2,17	2,60	2,60	10	1,59	2,11	2,53	2,54	16,5	11
.	.	.	.	—	.	.	.	.	—	.	.	.	.	—	12
.	.	.	.	—	.	.	.	.	—	.	.	.	.	—	13
1,70	2,59	3,19	3,81	3	1,68	2,61	3,19	3,78	3	1,52	2,38	2,92	3,47	4	14
1,98	4,18	5,47	7,28	1	1,98	4,15	5,41	7,18	1	1,77	3,80	4,99	6,70	1	15
1,64	1,78	2,21	2,32	18	1,66	1,80	2,23	2,32	18	2,03	2,15	2,67	2,77	9	16
1,67	2,03	2,34	2,50	14	(1,7)	2,04	2,35	2,51	14	(1,7)	2,05	2,36	2,51	18	17
1,89	2,47	2,86	2,93	6	1,93	2,53	2,90	2,94	6	1,74	2,27	2,62	2,67	12	18
1,46	1,93	2,19	2,31	—	1,44	1,92	2,17	2,27	—	1,50	2,00	2,25	2,34	—	19
1,50	1,79	1,85	1,97	29,5	1,46	1,75	1,80	1,90	30	1,57	1,89	1,95	2,05	26	20
1,61	1,89	2,06	2,07	24	1,58	1,87	2,03	2,02	25	1,69	2,00	2,16	2,14	23	21
1,15	2,29	2,66	2,90	7	1,12	2,25	2,61	2,81	7	1,03	2,07	2,40	2,61	14	22
0,84	1,51	1,53	1,67	31	0,81	1,47	1,49	1,61	31	0,84	1,53	1,54	1,65	30	23
1,44	1,95	2,22	2,31	19	1,41	1,95	2,21	2,29	19	1,45	1,98	2,25	2,33	20	24
1,32	1,72	1,96	2,01	27	1,29	1,73	1,96	2,01	26	1,38	1,82	2,07	2,11	24	25
1,58	1,94	2,34	2,57	11,5	1,57	1,97	2,37	2,58	11,5	1,72	2,16	2,59	2,82	7,5	26
.	.	.	.	—	.	.	.	.	—	.	.	.	.	—	27
.	.	.	.	—	.	.	.	.	—	.	.	.	.	—	28
1,35	1,85	2,16	2,47	—	(1,3)	1,85	2,15	2,46	—	(1,4)	1,98	2,31	2,63	—	29
1,34	1,68	1,91	2,06	25,5	1,45	1,71	1,95	2,09	24	1,50	1,77	2,03	2,17	21,5	30
1,54	1,88	2,23	2,59	9,5		1,92	2,28	2,64	9		1,98	2,35	2,72	10	31
1,18	1,66	1,93	2,19	21	1,15	1,65	1,92	2,15	20	1,36	1,95	2,26	2,54	16,5	32
1,41	1,98	2,34	2,69	8	1,38	1,98	2,34	2,69	8	1,63	2,32	2,75	3,16	6	33
1,79	2,19	2,43	2,51	13	(1,9)	2,22	2,46	2,54	13	(2,0)	2,47	2,74	2,82	7,5	34
1,26	1,80	2,02	2,20	20	(1,2)	1,75	1,97	2,14	21,5	(1,2)	1,78	2,00	2,17	21,5	35
1,39	2,21	2,87	3,30	4	1,40	2,24	2,90	3,32	4	1,54	2,46	3,18	3,63	3	36
1,37	1,88	2,13	2,40	16	1,34	1,88	2,12	2,37	16	1,43	2,02	2,28	2,55	15	37
—	—	—	—	—	—	.	.	.	—	.	.	.	.	—	38
.	.	.	.	—	.	.	.	.	—	.	.	.	.	—	39
.	.	.	.	—	.	.	.	.	—	.	.	.	.	—	40
1,31	1,78	2,11	2,57	11,5	1,31	1,79	2,12	2,58	11,5	1,36	1,84	2,18	2,65	13	41
1,47	2,03	2,28	2,47	15	1,44	2,01	2,26	2,43	15	1,63	2,24	2,51	2,71	11	42
1,94	2,78	2,83	3,09	5	1,96	2,81	2,85	3,10	5	2,14	3,06	3,09	3,35	5	43
.	.	.	.	—	.	.	.	.	—	.	.	.	.	—	44
.	.	.	.	—	.	.	.	.	—	.	.	.	.	—	45
.	.	.	.	—	.	.	.	.	—	.	.	.	.	—	46
1,89	2,83	2,88	3,02	—	.	2,80	2,84	2,96	—	.	2,84	2,88	3,01	—	47
.	.	.	.	—	.	.	.	.	—	.	.	.	.	—	48
.	.	.	.	—	.	.	.	.	—	.	.	.	.	—	49
.	.	.	.	—	.	.	.	.	—	.	.	.	.	—	50
1,52	2,02	2,32	2,54	—	1,51	2,02	2,31	2,51	—	1,51	2,02	2,31	2,51	—	51

Tabelle 60

Produktivitätsunterschiede in der Industrie nach verschiedenen Produktivitätsmaßen

Variationskoeffizienten (in vH) [1])

Produktivitätsmaß	1951	1958	1960	1963
Arbeitsproduktivität	28	30	30	31
Bereinigte Produktivität I ..	16	15	16	19
Bereinigte Produktivität II ..	17	16	17	19
Bereinigte Produktivität III ..	18	17	18	20

[1]) Einbezogen sind alle Zweige in Tabelle 59, für die sämtliche Produktivitätsmaße berechnet werden konnten, jedoch nicht Erdöl- und Erdgasgewinnung sowie Mineralölverarbeitung; Erläuterungen: Anhang IV.

geworden. Von 1951 bis 1958 waren ihm rund 2 vH, von 1958 bis 1960 immerhin rund 5 vH und von 1960 bis 1963 schon rund 10 vH des gesamten Produktivitätswachstums in der Industrie zuzurechnen (Tabelle 61).

a) Während der 50er Jahre war dieser Struktureffekt wohl u. a. deshalb so gering, weil Branchen mit verhältnismäßig niedriger Produktivität ihren Beschäftigtenanteil, begünstigt durch die damalige Arbeitsmarktlage, ausdehnen konnten. Die wichtigsten Industriezweige, die hierzu gehören, sind der Maschinenbau und die Elektrotechnische Industrie (Tabelle 62). Die Nachfrageentwicklung zugunsten dieser Bereiche — genauer: bestimmter Teile dieser Bereiche — ist dem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätswachstum also möglicherweise abträglich gewesen, allerdings nur insoweit die zunehmende Beanspruchung von Produktivkräften in diesen Branchen den Expansionsspielraum produktivitätsstärkerer Zweige von der Seite des Arbeits- und Kapitalmarktes her tatsächlich eingeengt hat.

b) Wenn der Wandel der Beschäftigtenstruktur während des gesamten Zeitraums keinen größeren Struktureffekt erbracht hat, so hängt das wohl auch damit zusammen, daß die Zahl der Beschäftigten in einigen überdurchschnittlich produktiven Bereichen abgenommen hat. Beispiele sind die Textilindustrie, die Nahrungs- und Genußmittelindustrien, die NE-Metallindustrie und die Mineralölverarbeitung; sie gehörten 1963

Tabelle 61

Produktivitätswirkungen des Strukturwandels in der Industrie [1])

Zeitraum (19.. gegenüber 19..)	Änderung der Produktivität insgesamt gemäß				Relativer Beitrag zum Produktivitätswachstum auf Grund von Änderungen in der Verteilung des Faktoreinsatzes auf die Industriegruppen bzw. -zweige „Struktureffekt" gemäß				in der Produktionsstruktur
	P_A	P_I	P_{II}	P_{III}	P_A	P_I	P_{II}	P_{III}	P_A
	vH des jeweiligen Ausgangsjahres				vH				
1963 — 1951	+88,3	+66,9	+66,1	+66,8	−3,7	+2,1	+ 1,8	+ 2,4	+ 6,7
1958 — 1951	+38,2	+32,8	+33,4	+33,8	−3,7	+1,2	+ 0,9	+ 1,8	+ 3,9
1963 — 1958	+36,3	+25,6	+24,5	+24,6	+2,5	+5,5	+ 6,1	+ 6,5	+ 9,4
1960 — 1958	+16,5	+15,1	+14,7	+14,5	+3,0	+4,6	+ 4,8	+ 4,1	+ 4,8
1963 — 1960	+17,0	+ 9,2	+ 8,6	+ 8,8	+2,9	+9,8	+10,5	+11,4	+13,5

Es bedeuten:

P_A = Arbeitsproduktivität

P_I = Bereinigte Produktivität I

P_{II} = Bereinigte Produktivität II

P_{III} = Bereinigte Produktivität III

[1]) Gerechnet für die gesamte Industrie, unterteilt in 29 Industriegruppen bzw. -zweige; Erläuterungen: Anhang IV, 8—9.

Tabelle 62

Produktivitätsentwicklung, Produktionswachstum und Beschäftigte nach Industriegruppen bzw. -zweigen

Industriegruppe bzw. -zweig	Rangziffer der Produktivität [1]		Relatives Wachstum [2] der Produktivität [1]	Relatives Wachstum [2] der Nettoproduktion	Beschäftigte (Anteil in vH)	
	1951	1963	1963 gegenüber 1951	1963 gegenüber 1951 [3]	1951 [3]	1963 [4]
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	1	4	− 10,3	− 15,3	6,7	6,3
Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	2	8	− 30,4	−119,0	1,7	1,0
Papier und Pappe verarbeitende Industrie	3	6,5	− 28,2	+ 17,4	1,2	1,5
Mineralölverarbeitung	4	1	+211,5	+261,8	0,5	0,4
Gummi und Asbest verarbeitende Industrie	5	10	− 13,7	+ 44,5	1,1	1,4
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschließlich Stahlverformung)	6	6,5	− 3,2	− 15,3	6,3	6,6
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie	7	16	− 19,3	− 45,5	1,2	1,0
Maschinenbau	8	21	− 40,1	− 6,2	10,0	12,7
Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräte-Industrie	9,5	5	+ 27,2	+ 23,6	0,7	0,7
Bekleidungsindustrie	9,5	9	− 0,3	+ 19,4	4,0	4,6
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien	11	25	− 50,0	− 99,0	2,0	1,7
NE-Metallindustrie (einschließlich Gießereien)	12	14,5	− 6,6	− 17,6	1,5	1,3
Stahlbau (einschließlich Leichtmetallbau)	13	24	− 36,4	− 33,8	2,4	2,6
Kunststoffverarbeitende Industrie	14	2	+ 68,7	+671,6	0,5	1,3
Chemische Industrie (einschließlich Kohlenwertstoffindustrie)	15	3	+ 60,6	+106,0	5,8	6,2
Industrie der Steine und Erden	16	17,5	− 3,6	− 11,3	4,0	3,2
Eisenschaffende Industrie	17,5	26	− 43,4	− 42,4	3,9	4,4
Feinkeramische Industrie / Glasindustrie	17,5	17,5	− 2,4	− 25,6	2,2	2,2
Elektrotechnische Industrie	19	19	− 6,3	+109,0	5,9	10,2
Lederindustrie	20	13	+ 11,8	− 56,8	2,8	2,2
Ziehereien und Kaltwalzwerke	21	23	− 16,4	− 16,6	0,8	0,9
Feinmechanische und optische sowie Uhrenindustrie	22	22	− 13,4	− 6,8	1,8	1,9
Holzverarbeitende Industrie	23,5	14,5	+ 19,9	− 33,4	3,4	2,7
Textilindustrie	23,5	11	+ 27,8	− 72,3	11,0	7,1
Kali- und Steinsalzbergbau, Salinen	25	27	− 27,0	− 54,6	0,4	0,3
Kohlenbergbau	26	29	− 33,0	−112,2	10,0	5,8
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	27	20	+ 7,7	+ 21,9	2,1	2,4
Fahrzeugbau	28	12	+ 85,7	+304,8	4,1	5,8
Schiffbau	29	28	+ 30,2	− 16,6	1,0	1,0
Sonstige	.	.	.	.	1,0	0,6
Industrie insgesamt	—	—	(+ 66,8)[5]	(+131,1)[5]	100	100

[1]) gemäß Bereinigter Produktivität III
[2]) Abweichung vom durchschnittlichen Wachstum in Prozentpunkten
[3]) ohne Saarland und Berlin
[4]) ohne Berlin
[5]) durchschnittliches Wachstum der hier einbezogenen Industriezweige

zu den überdurchschnittlich produktiven Industriezweigen (Bereinigte Produktivität III).[1] Die Gründe für diese Entwicklung sind unterschiedlich. Doch kann man wohl ohne große Einschränkung sagen, daß in der Mineralölverarbeitung der technische Fortschritt arbeitssparende Rationalisierungen ermöglicht und in der Textilindustrie der Markt arbeitssparende Rationalisierungen erzwungen hat. Während der negative Struktureffekt des relativen Beschäftigtenrückgangs in der Textilindustrie in den Rechnungen voll zum Tragen kommt, läßt sich, wie erwähnt, die mit dem Schrumpfen verbundene Gesundung — das heißt Produktivitätssteigerung — der Textilindustrie rechnerisch im Struktureffekt nicht erfassen.

c) Die anderen überdurchschnittlich produktiven Industriezweige erhöhten ihre Beschäftigtenzahl überproportional, vor allem der Fahrzeugbau, die Kunststoffverarbeitende Industrie, die Chemische Industrie und die Bekleidungsindustrie. Diese Bereiche, die zu den sogenannten Wachstumsindustrien gehören, haben also nicht unwesentlich zu einer Vergrößerung des errechneten Struktureffekts im Verlauf des Wachstumsprozesses beigetragen.

236. Für einen umfassenden Leistungsvergleich und für ein Urteil über die relative Bedeutung der Branchen für das künftige Wirtschaftswachstum ist die Produktivitäts-Rangfolge der Branchen, wie sie sich in Tabelle 59 darstellt, noch keine ausreichende Grundlage, da hier mit konstanten Güter- und Faktorpreisen gerechnet wurde. Außer der Entwicklung der Produktivität sind daher die Veränderungen der Preisrelationen zu untersuchen, in denen der Wandel in der Struktur der Güternachfrage, des Faktorangebots und der technologischen Produktionsbedingungen zum Ausdruck kommen. Dies geschieht im folgenden.

Änderung der Preisrelationen

Bedeutung

237. Stößt der wachstumsbedingte Wandel der Nachfragestruktur auf Starrheiten im Produktionsapparat oder im Angebot an bestimmten Produktionsfaktoren, so entwickelt sich die Preisstruktur anders als die Produktivitätsstruktur. Dabei gibt es überdies Unterschiede in der Geschwindigkeit der marktgerechten Preisanpassung. Während in Branchen mit geringen Rationalisierungsmöglichkeiten, zum Beispiel Dienstleistungen, die Preise dem Lohnanstieg meist zügig folgen, kommt es in Bereichen mit rascher Produktivitäts- und Nachfragezunahme vielfach nicht zu Marktlagen, in denen die Unternehmen unter dem Druck des Angebots einen Teil der Kosteneinsparungen in Form fühlbarer Preissenkungen weitergeben müssen. Als Folge der Starrheiten entstehen Engpässe und im Zusammenhang mit ihnen Knappheitsrenten in Form überdurchschnittlicher Lohnsteigerungen oder besonders hoher Branchengewinne.

In einer Marktwirtschaft mit Leistungswettbewerb sollten solche Renten stets bald wieder verschwinden. Das geschieht auch immer dann, wenn sie als Anreize bewirken können, daß die Engpässe schnell ausgeweitet oder umgangen werden, sei es durch Mehrproduktion im Inland, durch Einfuhrsteigerung, durch Mehrverwendung von Substitutionsgütern oder durch Rationalisierungsvorgänge, die es gestatten, besonders knapp gewordene Produktionsfaktoren einzusparen oder durch andere zu ersetzen.

Wenn Knappheitsrenten im Wachstumsprozeß nicht oder nicht schnell genug wieder verschwinden, so können die Gründe in — vermeidbaren oder unvermeidbaren — Starrheiten und Mobilitätshindernissen liegen oder in einem Mangel an Wettbewerb innerhalb der Bereiche und aus dem Ausland, der es den Unternehmen gestattet, ihren Marktanteil zu behalten, ohne daß sie danach streben müssen, ihn durch wagemutige Investitionen und kräftige Preissenkungen zu vergrößern.

Preisentwicklung und Produktivitätsentwicklung

238. Mangels zuverlässiger Informationen für die anderen Sektoren hat der Sachverständigenrat auch die Entwicklung der Preisstruktur nur für den Bereich der Industrie untersuchen können. Tabelle 63 enthält die wichtigsten Ergebnisse. Sie zeigt, wie sich die Erzeugerpreise der einzelnen Industriebereiche von 1951 bis 1963 entwickelt haben, und zwar

a) im Vergleich zum Durchschnitt oder Gesamtindex (Spalten 1, 3, 5, 7, 9),

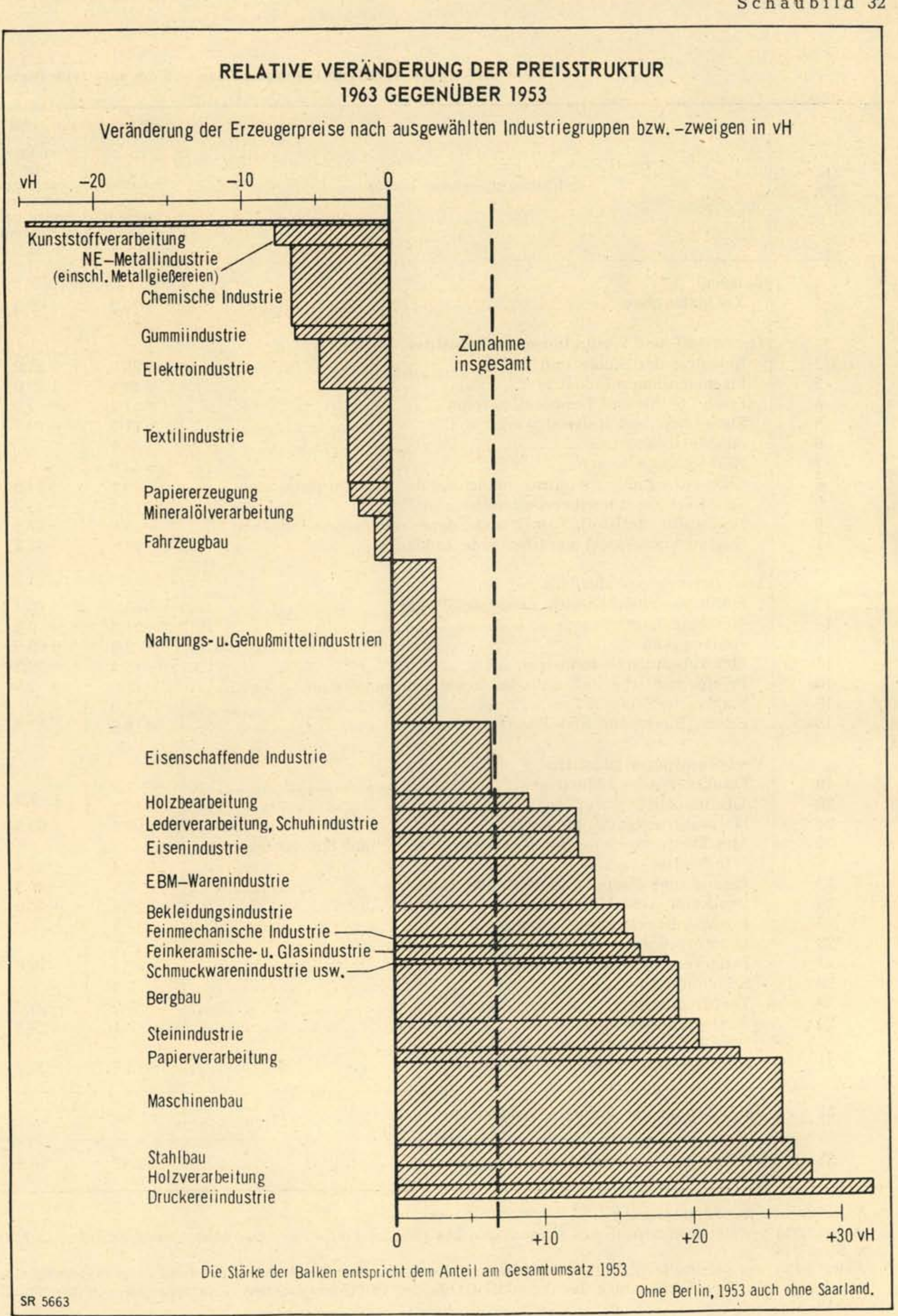
b) im Vergleich zu jener hypothetischen Preisentwicklung, die sich vollzogen hätte, wenn die Branchen über- bzw. unterdurchschnittliche Produktivitätsfortschritte und sinkende bzw. steigende Preise für Fremdleistungen voll und ganz in Form niedrigerer bzw. höherer Produktpreise weitergegeben hätten (Spalten 2, 4, 6, 8, 10).

Vergleichsbasis im Fall b) ist mithin jene Preisentwicklung, die die interindustriellen Gewinn- und Lohnrelationen konstant gelassen hätte, die also bei voller Flexibilität des Produktionsapparates und voller Mobilität der Arbeitskräfte eingetreten wäre.[1] In welchem Maße die Abweichung der tatsächlichen Preisentwicklung von dieser Null-Linie

[1] Erdöl- und Erdgasgewinnung sind aus statistischen Gründen nicht mitgezählt.

[1] In diesem Falle wären die Werte in den Spalten 2, 4, 6, 8, 10 in Tabelle 63 sämtlich Null.

Schaubild 32



Die Stärke der Balken entspricht dem Anteil am Gesamtumsatz 1953

Ohne Berlin, 1953 auch ohne Saarland.

Tabelle 63

Veränderung der relativen Erzeugerpreise und der relativen Preise

Lfd. Nr.	Industriegruppe bzw. -zweig	1963 gegenüber 1951	
		Relative Erzeugerpreise [2])	Produktivitätsbereinigte relative Preise der Wertschöpfung [3])
	Bergbau		
1	Kohlenbergbau	+70,2	+69,9
	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien		
2	Industrie der Steine und Erden	+25,6	+25,0
3	Eisenschaffende Industrie	+49,2	+29,0
4	Eisen-, Stahl- und Tempergießereien	+41,4	− 2,2
5	Ziehereien und Kaltwalzwerke	+21,7	−23,7
6	NE-Metallindustrie	−38,1	} .
7	NE-Metallgießereien	−44,9	
8	Chemische Industrie (einschließlich Kohlenwertstoffindustrie)	−19,1	+24,8
9	Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	+12,7	−25,3
10	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie	−26,8	−67,4
11	Gummi und Asbest verarbeitende Industrie	−28,6	−34,7
	Investitionsgüterindustrien		
12	Stahlbau (einschließlich Leichtmetallbau)	+60,2	+76,4
13	Maschinenbau	+31,5	+ 6,2
14	Fahrzeugbau	− 2,9	+69,5
15	Elektrotechnische Industrie	−15,4	−32,3
16	Feinmechanische und optische sowie Uhrenindustrie	+11,0	+ 2,9
17	Stahlverformung	+30,0	} +24,9
18	Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	+15,6	
	Verbrauchsgüterindustrien		
19	Feinkeramische Industrie	+ 7,3	} + 7,9
20	Glasindustrie	+16,7	
21	Holzverarbeitende Industrie	+23,5	+69,5
22	Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräte-Industrie	+12,4	+69,5
23	Papier und Pappe verarbeitende Industrie	− 7,9	−26,5
24	Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	+22,4	+50,0
25	Kunststoffverarbeitende Industrie	−33,9	—
26	Ledererzeugende Industrie	−25,7	} +16,6
27	Lederverarbeitende Industrie	− 2,3	
28	Schuhindustrie	− 2,0	
29	Textilindustrie	−37,2	−23,2
30	Bekleidungsindustrie	− 8,1	+24,2
31	Nahrungs- und Genußmittelindustrien	− 5,9	−20,2
32	Veränderung der Industrie insgesamt	+ 5,3	.
33	Mittlere Veränderung der relativen Preise	22,92	26,2

[1]) gemäß Bereinigter Produktivität III

[2]) Abweichung von der durchschnittlichen Veränderung des Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte in Prozentpunkten

[3]) Abweichung von der durchschnittlichen Veränderung des Preisindex für die Wertschöpfung + Abweichung von der durchschnittlichen Veränderung der Produktivität (beides in Prozentpunkten); Erläuterungen: Anhang IV, 3, 18—19.

Tabelle 63

der Wertschöpfung unter Berücksichtigung der Produktivitätsentwicklung [1])

1958 gegenüber 1951		1963 gegenüber 1958		1960 gegenüber 1958		1963 gegenüber 1960		Lfd. Nr.
Relative Erzeugerpreise [2])	Produktivitätsbereinigte relative Preise der Wertschöpfung [3])	Relative Erzeugerpreise [2])	Produktivitätsbereinigte relative Preise der Wertschöpfung [3])	Relative Erzeugerpreise [2])	Produktivitätsbereinigte relative Preise der Wertschöpfung [3])	Relative Erzeugerpreise [2])	Produktivitätsbereinigte relative Preise der Wertschöpfung [3])	
+67,5	+79,0	+ 0,1	− 6,0	− 0,7	−11,3	+ 0,8	+ 5,7	1
+15,8	+14,4	+ 7,9	+ 8,1	+ 2,1	+ 1,3	+ 5,6	+ 6,6	2
+58,9	+69,2	− 7,4	−26,7	− 0,9	+10,2	− 6,5	−32,5	3
+32,2	− 1,7	+ 5,9	+ 0,7	± 0,0	+ 2,1	+ 5,9	+ 0,5	4
+33,4	+ 6,2	− 9,6	−24,5	− 0,8	+ 8,3	− 8,8	−30,5	5
−35,4	.	− 2,0	−12,6	+10,5	+27,0	−11,6	−33,9	6
−40,9		− 4,0		+ 4,9		− 8,6		7
−10,5	+ 0,2	− 9,0	+ 5,2	− 1,9	+ 4,4	− 7,2	− 2,4	8
+17,1	−21,6	− 4,2	+ 2,3	− 3,8	+ 5,6	− 0,3	− 2,9	9
−18,8	−50,9	− 8,7	−16,1	− 4,9	− 6,5	− 3,8	− 9,6	10
−24,7	−22,0	− 3,8	− 9,8	+ 0,8	−10,8	− 4,6	+ 3,7	11
+46,7	+64,9	+ 7,9	+ 0,3	+ 1,2	− 9,3	+ 6,5	+10,1	12
+19,4	+ 7,3	+ 9,5	− 0,6	+ 2,1	− 2,3	+ 7,1	+ 2,3	13
− 2,8	+51,2	± 0,0	+ 0,4	− 0,2	+ 1,1	+ 0,2	− 0,9	14
−11,9	−17,2	− 3,4	−13,8	− 1,4	− 5,3	− 2,0	− 7,7	15
+ 3,0	+ 2,4	+ 7,6	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,5	+ 5,4	+ 1,0	16
+26,6	+ 6,3	+ 1,9	+15,9	− 0,1	+ 4,7	+ 2,0	+10,8	17
+ 9,8		+ 4,9		+ 0,2		+ 4,7		18
± 0,0	− 9,6	+ 7,2	+16,9	− 0,5	+ 2,6	+ 7,7	+13,3	19
+ 9,1		+ 6,6		+ 1,2		+ 5,3		20
+12,8	+34,8	+ 9,0	+22,9	+ 1,7	+ 5,2	+ 7,1	+16,2	21
								22
+ 2,3	+28,7	+ 9,7	+27,9	+ 1,5	+ 3,3	+ 8,0	+23,3	
−12,4	−26,8	+ 5,6	+ 7,3	− 0,7	− 1,8	+ 6,3	+ 9,5	23
+ 7,2	+23,5	+13,8	+19,8	+ 3,9	+ 4,8	+ 9,4	+13,8	24
−20,9	—	−15,1	− 3,1	− 5,9	+ 4,3	− 9,5	−11,5	25
−27,8	− 8,0	+ 4,4	+24,5	+13,9	+16,6	− 8,8	+ 6,3	26
−14,1		+14,1		+ 4,7		+ 8,8		27
− 9,1		+ 8,1		+ 8,9		− 1,0		28
−34,0	−44,7	− 2,8	+13,6	− 0,2	+ 3,1	− 2,6	+ 7,6	29
−12,4	+13,6	+ 5,4	+ 8,2	− 0,5	− 4,8	+ 5,9	+13,7	30
− 5,6	+ 2,8	± 0,0	−13,1	− 0,5	− 8,8	+ 0,5	− 3,2	31
+ 1,4	.	+ 3,8	.	+ 0,3	.	+ 3,5	.	32
20,90	22,5	5,13	9,6	1,55	5,9	4,38	8,2	33

mit einem Wandel der Lohnstruktur (Knappheitsrenten bei den Löhnen) und in welchem Maße mit einem Wandel der Gewinnstruktur (Knappheitsrenten bei den Gewinnen) zusammenhängt, läßt Tabelle 63 noch nicht erkennen.

239. Überraschend ist zunächst, daß selbst über längere Zeiträume hinweg die Preisstruktur sich wesentlich anders entwickelt hat, als es von der Produktivitätsstruktur her und unter Berücksichtigung der Fremdleistungspreise zu erwarten gewesen wäre. Die mittlere Abweichung von der Produktivitätsnorm war — für die Zeit von 1951 bis 1963 — mit 26 vH sogar noch größer als die mittlere Änderung der tatsächlichen relativen Preise (23 vH). Daß die Preisentwicklung in den Teilzeiträumen noch weniger mit der Produktivitätsentwicklung übereinstimmt, überrascht indessen nicht, da die Anpassungs- und Ausgleichsvorgänge auch in der funktionsfähigsten Marktwirtschaft Zeit beanspruchen.

Defensive Preispolitik

240. Der vergleichsweise geringe Wandel der tatsächlichen Preisstruktur nach 1953[1]) (Schaubild 32) läßt vermuten, daß für die deutsche Industrie im großen und ganzen eher eine defensive als eine offensive Preispolitik typisch war.

a) Nur ganz wenige Zweige der Grundstoff-, Produktionsgüter- und der Investitionsgüterindustrien haben zwischen 1958 und 1963 ihre (relativen) Faktoreinkommen (Gewinne und Arbeitseinkommen) durch Preiserhöhungen wesentlich gesteigert. Sehr viel häufiger ist dagegen der Fall, daß sich die Ertragslage verbessert hat, weil die Produktivität stark zunahm oder die Fremdleistungspreise sanken, aber die (relativen) Preise der Erzeugnisse nicht herabgesetzt wurden.

b) In den Verbrauchsgüterindustrien liegen die Verhältnisse freilich anders. Hier überwiegen die Zweige, in denen die Produktion offensichtlich stärker als die der Industrie insgesamt hinter der Nachfrageausweitung zurückgeblieben ist, obwohl Produktivitätsfortschritte erzielt werden konnten, die deutlich über dem Durchschnitt liegen (Tabelle 62).

c) Für den Konjunkturablauf zeigt sich, daß die industriellen Erzeugerpreise in den Aufschwungsphasen der Wachstumszyklen (1953 bis 1955, 1958 bis 1960, 1962 bis 1964) kaum gestiegen sind, wohl aber danach, wenn der Gewinnexpansion die Lohnwelle folgte und der Kostendruck spürbarer wurde. Preiserhöhungen wurden dann trotz abgeschwächter Nachfrageexpansion durchgesetzt.

d) Dabei ist die Preisentwicklung in den Jahren verlangsamten Wachstums sehr viel uneinheitlicher. Von 1955 bis 1958 und von 1960 bis 1963 veränderte sich die Preisstruktur mehr als doppelt so stark wie von 1953 bis 1955 und von 1958 bis 1960. Überraschend ist jedoch, daß zwischen 1960 und 1963 nicht die produktivitätsschwächeren Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien oder die Investitionsgüterindustrien, sondern gerade produktivitätsstarke Industriezweige im Bereich der Verbrauchsgüterindustrien ihre Preise am stärksten erhöht haben. Diese Preiserhöhungen fallen zusammen mit der Verbrauchskonjunktur von 1961/62. Offenbar hat also nicht nur der Kostendruck, dem die meisten Industriezweige nach 1960 ausgesetzt waren, sondern auch die offensive Preispolitik der Verbrauchsgüterproduzenten, die auf Engpässe (unelastisches Angebot) während der Verbrauchskonjunktur schließen läßt, zu der starken Erhöhung des Erzeugerpreisniveaus beigetragen.

241. Zusammenfassend läßt sich festhalten:

a) Es gibt in der deutschen Industrie weniger Neigung, überdurchschnittliche Kostensenkungen in Preissenkungen weiterzugeben, als für die Stabilität des Preisniveaus bei steigenden Dienstleistungspreisen notwendig erscheint.

b) Die Unternehmen befolgen jedoch in nicht unerheblichem Maße den wachstumspolitisch wichtigen Grundsatz, bei der Preispolitik die Vorteile der Mengenkonjunktur zu berücksichtigen (JG 64 Ziffer 250).

Zu fragen bleibt nun, in welchem Maße die Starrheiten, die in Abweichungen der Preisentwicklung von der Produktivitätsnorm zum Ausdruck kommen, Starrheiten der Faktormärkte oder Starrheiten des Unternehmerverhaltens sind.

Löhne und Mobilität der Arbeitskräfte

242. Wenn Bereitschaft und Fähigkeit der Arbeitskräfte zum Stellungswechsel über Branchengrenzen hinweg (Mobilität) gering sind, hat der wachstumsbedingte Wandel in der Struktur der Arbeitskräftenachfrage Reibungen und

[1]) In dieser Zeit war die Anpassung der Preisstruktur nach der Freigabe vorher fixierter Preise im wesentlichen vollzogen. Die mittlere Änderung der relativen Preise betrug:

1951 bis 1953 = ± 15,2 vH	1955 bis 1958 = ± 5,8 vH
1953 bis 1955 = ± 2,6 vH	1958 bis 1963 = ± 5,1 vH

möglicherweise Reibungsarbeitslosigkeit zur Folge, es sei denn, daß der Mehrbedarf der Wachstumsbranchen aus einer allgemeinen Arbeitskraftreserve, aus dem Nachwuchs oder durch Zuwanderung gedeckt werden kann. Seit Erreichen der Vollbeschäftigung und seit dem Versiegen des Flüchtlingszustroms wird der Bedarf an Mobilität, den ein stetiges und angemessenes Wachstum hervorruft, immer größer, zumal in den nächsten zehn Jahren auch der jährliche Zugang aus dem Nachwuchs an Arbeitskräften vergleichsweise gering bleibt und durch Verlängerung der Schul- und Ausbildungszeiten noch weiter sinkt. Da Druck auf die Bereiche, die Arbeitskräfte abgeben müssen, eher zu einer größeren Reibungsarbeitslosigkeit als zu einer raschen Deckung des Arbeitskräftebedarfs der Wachstumsbranchen führt (JG 64 Ziffer 251) und die Überwindung der Mobilitätshemmnisse durch überdurchschnittliche Lohnerhöhungen in den Mangelbereichen eine kostenniveau-neutrale Lohnpolitik erschwert, erhalten Maßnahmen zur Erhöhung der Mobilität der Arbeitskräfte eine große und zunehmende Bedeutung auch für Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität.

243. Untersuchungen des Sachverständigenrates über den bisherigen Wandel der industriellen Beschäftigtenstruktur in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit der industriellen Lohnstruktur lassen erkennen, daß der Mechanismus der Lohnrelationen die Steuerung der erforderlich gewesenen Umschichtung von Arbeitskräften nicht besorgt hat oder nicht hat besorgen müssen. Die Veränderungen der industriellen Lohnrelationen zwischen 1951 und 1964 waren auffällig gering; auch haben die relativen Lohnunterschiede insgesamt abgenommen (Tabelle 64). Was aber noch wichtiger ist: Soweit Änderungen feststellbar sind, scheinen sie nicht in einem systematischen Zusammenhang mit den Änderungen der Beschäftigtenstruktur zu stehen. Es ist nicht einmal so, daß dort, wo die Verdienste besonders hoch (niedrig) sind, im allgemeinen die Zuwanderung (Abwanderung) besonders groß war (Tabelle 111, Anhang).

244. Eine geringe Beanspruchung des Mechanismus der Lohnrelationen kann damit erklärt werden, daß wachstumskräftige Unternehmen wegen der unverhältnismäßig hohen Ausgaben für zusätzliche Arbeitskräfte — etwaige Locklöhne müssen ja in der Regel auch den schon vorhandenen Arbeitskräften gezahlt werden — die Nachfrage nach ihren Erzeugnissen nicht voll in intensiven Wettbewerb um die Arbeitskräfte umsetzen, also lieber darauf verzichten, ihren Expansionsspielraum voll zu nutzen. Für eine solche Vermutung spricht, daß der Wandel der Beschäftigtenstruktur in der Indstrie tendenziell zurückgegangen ist, seit die Ausweitung des Arbeitskräftepotentials sich verlangsamt hat, und daß seit Erreichen der Vollbeschäftigung die Löhne nicht mehr den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt bewirken. Ein restriktives Nachfrageverhalten bringt zwar — wenn es Schule macht — den Wachstumsunternehmen den Vorteil höherer Gewinne und damit erweiterter Möglichkeiten zur Selbstfinanzierung von arbeitssparenden Investitionen; aber es hemmt den Wandel der Beschäftigtenstruktur und auf längere Sicht wohl auch den Wachstumsprozeß, da es auf der anderen Seite für die Branchen mit geringen Wachstumschancen den Zwang vermindert, Rationalisierungsinvestitionen vorzunehmen oder unergiebige Produktionseinheiten stillzulegen.

245. Soweit sich die Preisrelationen infolge von Starrheiten in der Produktionsstruktur — in Abweichung von der Produktivitätsnorm — zugunsten bestimmter Industrien verändert haben (Ziffer 238), hat sich dies jedenfalls nicht in einer entsprechenden Änderung der Lohnrelationen ausgewirkt. Als Erklärung hierfür kommt in Betracht, daß entweder die zunehmende allgemeine Knappheit der Arbeitskräfte nicht mit einer spezifischen Knappheit für die Wachstumsbranchen einhergegangen ist oder daß ein restriktives Nachfrageverhalten der Unternehmen (Ziffer 244) die unvollkommene Mobilität der Arbeitskräfte marktmäßig nicht voll hat zum Ausdruck kommen lassen.

Tabelle 64

Löhne und Gehälter

— Standardabweichung, Variations

Einheit	Jahr	Bruttostundenverdienste der Arbeiter [1]) insgesamt	männlich zusammen	männlich Leistungsgruppe 1	männlich Leistungsgruppe 3	weiblich zusammen	weiblich Leistungsgruppe 3
							Bundes
Standardabweichung (in DM) der Bruttoentgelte im Jahre	1951	0,21	0,14	0,14	0,19	0,12	0,12
	1955	0,28	0,19	0,17	0,21	0,15	0,15
	1960	0,39	0,28	0,28	0,30	0,17	0,20
	1964	0,44	0,30	0,31	0,31	0,20	0,22
Variationskoeffizient (in vH) der Bruttoentgelte im Jahre	1951	14,6	8,9	8,0	14,2	10,9	12,4
	1955	16,4	9,9	8,6	13,2	12,0	12,6
	1960	15,0	9,9	9,3	12,8	9,0	11,0
	1964	12,1	7,6	7,4	9,0	6,9	8,2
Korrelationskoeffizient für den Zusammenhang zwischen den Bruttoentgelten im Jahre 1964 und denen des Jahres	1960	0,97	0,93	0,93	0,95	0,89	0,90
	1955	0,96	0,94	0,93	0,95	0,82	0,86
	1951	0,92	0,87	0,81	0,75	0,85	0,87
							Nordrhein-
Standardabweichung (in DM) der Bruttoentgelte im Jahre	1951	0,22	0,16	0,15	0,19	0,11	0,10
	1955	0,31	0,20	0,20	0,24	0,15	0,16
	1960	0,39	0,28	0,27	0,33	0,17	0,21
	1964	0,45	0,31	0,29	0,35	0,19	0,23
Variationskoeffizient (in vH) der Bruttoentgelte im Jahre	1951	15,1	9,6	8,7	13,7	10,5	10,4
	1955	17,7	10,4	9,5	15,0	11,8	13,5
	1960	14,5	9,5	8,8	13,4	8,5	11,3
	1964	11,8	7,5	6,6	10,1	6,7	8,4
Korrelationskoeffizient für den Zusammenhang zwischen den Bruttoentgelten im Jahre 1964 und denen des Jahres	1960	0,92	0,86	0,86	0,90	0,78	0,85
	1955	0,90	0,82	0,79	0,90	0,47	0,56
	1951	0,89	0,79	0,73	0,81	0,61	0,63

Tabelle 64

in der Industrie

koeffizient, Korrelationskoeffizient —

Bruttomonatsgehälter der Angestellen [2])					
	männlich			weiblich	
ins-gesamt	zu-sammen	Leistungsgruppe 2	Leistungsgruppe 4	zu-sammen	Lei-stungs-gruppe 4
gebiet					
78,01	75,17	115,17	55,08	30,48	37,37
.	.	.	.	.	.
87,64	60,37	63,27	53,85	37,42	41,39
110,64	84,07	92,48	65,30	71,86	45,93
18,7	15,8	18,6	15,9	10,7	14,0
.	.	.	.	.	.
13,5	8,0	6,2	9,8	8,1	9,4
12,8	8,4	7,0	8,9	11,3	7,9
0,96	0,90	0,90	0,89	0,67	0,87
.	.	.	.	.	.
0,73	0,66	0,37	0,82	0,46	0,67
Westfalen					
80,36	75,67	123,49	60,59	34,23	38,72
.	.	.	.	.	.
96,92	78,58	98,22	73,35	46,63	57,31
137,41	114,96	150,75	88,99	60,28	58,34
18,6	15,5	20,2	16,7	11,6	14,1
.	.	.	.	.	.
14,7	10,4	9,7	13,1	9,7	12,7
15,5	11,3	11,5	12,0	9,3	9,7
0,95	0,88	0,90	0,81	0,85	0,84
.	.	.	.	.	.
0,70	0,64	0,34	0,73	0,66	0,70

[1]) In 24 Industriegruppen bzw. -zweigen

[2]) In 33 Industriegruppen bzw. -zweigen

Erläuterung: Steigt die Standardabweichung im Zeitablauf, so bedeutet dies, daß die absoluten Unterschiede der in den einzelnen Industriezweigen gezahlten Bruttoentgelte zunehmen — und umgekehrt. Fällt der Variationskoeffizient im Zeitablauf, so bedeutet dies, daß die relativen Unterschiede der in den einzelnen Industriezweigen gezahlten Bruttoentgelte abnehmen — und umgekehrt. Liegt der Korrelationskoeffizient bei Eins, so bedeutet dies, daß die Bruttoentgelte in den einzelnen Industriezweigen zwischen den jeweiligen Stichjahren um denselben Betrag oder um denselben Prozentsatz zugenommen haben oder gleichgeblieben sind. Korrelationskoeffizienten, die kleiner als Eins sind, zeigen also an, in welchem Umfang diese Bedingungen nicht zugetroffen haben (Anhang IV, 4—5). — Anhaltspunkte dafür, inwieweit die beobachteten Tendenzen auf die Saldierung unterschiedlicher Regionalentwicklungen zurückzuführen sind, gibt ein Vergleich der Ergebnisse für das gesamte Bundesgebiet mit denen für das Land Nordrhein-Westfalen.

Tabelle 65

„Gewinnraten" in der Industrie [1])
nach Industriegruppen bzw. -zweigen

Industriegruppe bzw. -zweig	Kennziffer für den Zeitraum 1951 bis 1955	1955 bis 1958	1958 bis 1960	1960 bis 1963	Rang
Gruppe I: Durchgehend überdurchschnittlich					
Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräte-Industrie	1,79	1,77	1,73	1,82	1
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	2,31	2,08	1,88	1,65	2
Lederindustrie	1,67	1,52	1,64	1,61	3
Papier und Pappe verarbeitende Industrie	1,90	1,78	1,69	1,59	4
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschließlich Stahlverformung)	1,71	1,65	1,57	1,57	5
Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	2,02	1,83	1,67	1,51	6
Fahrzeugbau	1,65	1,61	1,66	1,47	7 a
Bekleidungsindustrie	1,63	1,64	1,53	1,45	9
Gummi und Asbest verarbeitende Industrie	2,12	1,73	1,50	1,44	10
Kunststoffverarbeitende Industrie	.	1,95	1,68	1,43	11
Industrie der Steine und Erden	1,59	1,53	1,49	1,42	12 a
Chemische Industrie (einschließlich Kohlenwertstoffindustrie)	1,65	1,56	1,55	1,39	15 a
NE-Metallindustrie (einschließlich Gießereien)	.	.	1,74	1,39	15 b
Gruppe II: Durchgehend unterdurchschnittlich					
Stahlbau (einschließlich Leichtmetallbau)	1,32	1,39	1,30	1,28	18 a
Feinkeramische Industrie	1,54	1,40	1,33	1,28	18 b
Feinmechanische und optische sowie Uhrenindustrie	1,48	1,42	1,34	1,26	21
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien	1,47	1,37	1,27	1,20	24
Ziehereien und Kaltwalzwerke	1,40	1,31	1,28	1,16	25
Kohlenbergbau	0,85	0,94	0,96	0,93	26
Gruppe III: Wechselnd von unter- nach überdurchschnittlich					
Holzverarbeitende Industrie	1,34	1,40	1,45	1,47	7 b
Glasindustrie	1,44	1,41	1,44	1,42	12 b
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	1,34	1,35	1,40	1,42	12 c
Gruppe IV: Wechselnd von über- nach unterdurchschnittlich					
Textilindustrie	1,78	1,49	1,29	1,27	20
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie	2,01	1,64	1,41	1,24	22
Elektrotechnische Industrie	1,70	1,46	1,36	1,21	23
Gruppe V: Dauernd durchschnittlich					
Maschinenbau	1,52	1,52	1,42	1,36	17
Industrie insgesamt	1,55	1,48	1,43	1,34	—

[1]) $\frac{\text{Wertschöpfung in jeweiligen Preisen}}{\text{Aufwand für Kapital- und Arbeitsleistung in jeweiligen Preisen}}$; eigene Schätzung; Erläuterungen: Anhang IV, 16—17.

Gewinne — Wettbewerb und Leistungskraft

246. Überdurchschnittliche Gewinne haben in der Marktwirtschaft die Aufgabe, zur Produktionsausdehnung anzureizen; für Verluste gilt das Gegenteil. Hohe Gewinne erfüllen ihre Funktion jedoch nur in dem Maße und verschwinden deshalb auch nur in dem Umfang, in dem die Unternehmen in wirksamem Wettbewerb stehen, tatsächlich zusätzliche Arbeitskräfte und Investitionsmittel nachfragen, und dabei auf ein elastisches Angebot stoßen. Anhaltend hohe Gewinne können daher

auf geringem Wettbewerbsgrad und

auf geringer Elastizität des Arbeitsangebots — speziell geringer Mobilität der Arbeitskräfte — oder

auf beschränktem Zugang zum Kapitalmarkt

beruhen, sofern die Erklärung nicht darin liegt, daß die Branche

durch eine Serie großer Produktivitätsfortschritte oder durch eine unerwartete Branchenkonjunktur

vom Wachstumsprozeß begünstigt wird.

247. Der Sachverständigenrat hat angesichts des Fehlens einer umfassenden Gewinnstatistik versucht, indirekt Einblick in die relative Gewinnsituation der Industriezweige zu gewinnen. In erster Linie kam es ihm, entsprechend dem Zweck seiner Untersuchung, darauf an, sich Anhaltspunkte für die relative Gewinnsituation der Zweige und damit für deren relative Leistungskraft, wie der Markt sie bewertet, zu verschaffen.[1]) Als „Gewinnrate" erscheint hier das Verhältnis zwischen Wertschöpfung in laufenden Preisen — also einschließlich der Gewinne — und dem Aufwand für Kapital- und Arbeitsleistung für einzelne Abschnitte der Zeit von 1951 bis 1963, alles in jeweiligen Preisen.[2]) Die Daten in Tabelle 65, in der die Industriezweige nach der Höhe ihrer durchschnittlichen „Gewinnraten" gruppiert sind, vermitteln in Verbindung mit zusätzlichen Informationen (Tabelle 66) folgendes Bild:

a) Die so errechneten „Gewinnraten" für die gesamte Industrie sind von Periode zu Periode — das heißt mit zunehmender Verknappung der Arbeitskräfte — gesunken.

b) Von den 13 Branchen mit überdurchschnittlich hohen „Gewinnraten" in allen Perioden (Gruppe I) gehören fünf zu den Verbrauchsgüterindustrien.[3]) Zwei davon haben im Zeitraum 1958 bis 1963 trotz überdurchschnittlicher Produktivitätsfortschritte ihre Preise absolut und relativ heraufgesetzt (die Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräte-Industrie und die Lederindustrie). Überdurchschnittliche Produktivitätsfortschritte, die nicht in Form entsprechender Preissenkungen weitergegeben wurden, waren wohl auch ausschlaggebend für die anhaltend günstige Gewinnsituation in der Chemischen Industrie und im Bereich der Kunststoffverarbeitung. In den übrigen Branchen der Gruppe I beruhen die anhaltend überdurchschnittlichen „Gewinnraten" auf einer Kombination von rascher Produktivitätsentwicklung und günstiger Preistendenz — auf den Absatzmärkten wie bei den Vorerzeugnissen. Die vergleichsweise hohen „Gewinnraten" in der Gruppe I stehen sicherlich auch damit in Zusammenhang, daß die inländischen Unternehmen entweder der Importkonkurrenz weniger ausgesetzt waren oder sich ihrer besser erwehren konnten, als es sonst in der Industrie der Fall war. Jedenfalls lag bei zehn von den dreizehn gewinnstärksten Industriezweigen der Anteil der Einfuhren an der Inlandsversorgung (Importquote) 1960 unter dem Durchschnitt der gesamten Industrie.

c) In Gruppe II sind die Branchen zusammengefaßt, deren Gewinn- und Leistungskraft während der gesamten Periode unter dem Durchschnitt lagen. Es handelt sich ausschließlich um Zweige, die auch mit ihrem Produktivitätsniveau (Bereinigte Produktivität III) nicht an die übrige Industrie heranreichten, ja sich meist infolge besonders langsamen Produktivitätsfortschritts sogar vom Industriedurchschnitt entfernten.

d) Drei Branchen, deren Gewinn- und Leistungskraft bis 1958 nicht an den Durchschnitt heranreichte, konnten sich seither über den Durchschnitt hinaus verbessern (Gruppe III). Es handelt sich ausnahmslos um Industriezweige mit überdurchschnittlichen Produktivitätsfortschritten (Tabelle 66). Alle drei erhöhten gleichwohl ihre Preise mehr als die Industrie insgesamt, bezeichnenderweise bei relativ geringer Investitionsneigung.

e) Eine relative Verschlechterung ihrer Gewinnsituation mußten die Elektrotechnische Industrie, die Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie und —

[1]) Um die relative Gewinnsituation der Branchen auch nur näherungsweise indirekt zu bestimmen, mußten etwa fünfzehn, darunter auch nicht-amtliche Einzelstatistiken herangezogen werden, deren Qualität und Konsistenz im Hinblick auf den gewünschten Zweck recht unterschiedlich sind. Es liegt daher auf der Hand, daß die so errechneten Gewinnraten entsprechenden Fehlervorbehalten unterliegen (Anhang IV, 16—17).

[2]) Die jährliche Gewinnsituation sagt wenig aus über die Wettbewerbssituation eines Wirtschaftsbereichs, da vorübergehende Marktlagengewinne oder -verluste einen interindustriellen Vergleich dann kaum zulassen.

[3]) Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräte-Industrie, Papier und Pappe verarbeitende Industrie, Kunststoffverarbeitende Industrie, Lederindustrie und Bekleidungsindustrie.

Tabelle 66

Gegenüberstellung der Veränderung der relativen Erzeugerpreise, Produktivität, der Investitionsrate und der

Lfd. Nr.	Industriegruppe bzw. -zweig	1963 gegenüber 1960					
							Rela
		Erzeugerpreise [2]	Produktivität [3]	Bruttostundenverdienste [4]	Gewinnraten [5]	Investitionsrate [6]	Produktionsausweitung [7]
1	Bergbau	− 1,5	− 6,5	− 7,8	.	− 7,3	−20,8
2	Kohlenbergbau	− 0,7	− 8,6	− 8,5	− 0,9	− 8,7	−23,8
3	Kali- und Steinsalzbergbau, Salinen	+ 3,2	+ 3,4	− 0,2	.	− 7,2	− 6,8
4	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	− 0,4	+ 6,7	± 0,0	.	+ 1,7	+ 9,1
5	Industrie der Steine und Erden	+ 2,1	− 1,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 9,3	− 0,4
6	Eisenschaffende Industrie	− 0,9	+11,1	− 1,2	+10,5	− 4,1	+ 8,9
7	Eisen-, Stahl- und Tempergießereien	± 0,0	+ 1,7	− 0,5	− 1,5	− 4,3	+ 0,6
8	Ziehereien und Kaltwalzwerke	− 0,8	+ 9,8	− 0,3	+ 6,6	− 5,9	+ 7,1
9	NE-Metallindustrie	+10,5	+ 5,5	− 0,5	+25,4	+ 4,9	+ 5,6
10	NE-Metallgießereien	+ 4,9		+ 1,2			+20,5
11	Chemische Industrie (einschließlich Kohlenwertstoffindustrie)	− 1,9	+ 8,0	+ 0,5	+ 4,3	+ 5,6	+11,7
12	Mineralölverarbeitung	− 1,8	+16,8	− 3,4	.	+32,5	+38,8
13	Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	− 3,8	+ 9,2	− 0,1	+ 3,3	− 9,4	+ 3,5
14	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie	− 4,9	+ 0,5	+ 3,0	− 6,6	− 6,2	− 4,6
15	Gummi und Asbest verarbeitende Industrie	+ 0,8	+ 0,7	+ 4,0	−11,1	+ 8,1	+12,3
16	Investitionsgüterindustrien	+ 0,4	− 1,9	+ 0,1	.	+ 5,2	+ 4,6
17	Stahlbau (einschließlich Leichtmetallbau)	+ 1,2	−11,7	− 1,3	− 9,2	− 6,9	−15,0
18	Maschinenbau	+ 2,1	− 6,2	− 0,2	− 4,1	+ 1,6	− 0,9
19	Fahrzeugbau	− 0,2	+ 1,8	− 1,1	+ 0,8	+22,4	+20,6
20	Elektrotechnische Industrie	− 1,4	− 1,3	− 0,2	− 6,1	+ 5,3	+10,6
21	Feinkeramische und optische sowie Uhrenindustrie	+ 2,0	− 1,0	+ 1,9	− 0,9	+ 4,0	+ 0,4
22	Stahlverformung	− 0,1	+ 5,8	+ 2,0	− 3,9	− 4,4	+ 2,8
23	Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	+ 0,2					+ 8,6
24	Verbrauchsgüterindustrien	+ 1,0	+ 1,9	+ 2,3	.	− 2,6	− 1,5
25	Feinmechanische Industrie	− 0,5	− 0,2	+ 1,0	− 5,4	− 6,1	−10,0
26	Glasindustrie	+ 1,2	+ 4,0	+ 1,1	+ 2,6	− 2,0	+ 5,1
27	Holzverarbeitende Industrie	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,9	− 3,3	− 4,5
28	Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräte-Industrie	+ 1,5	+ 4,0	+ 4,2	− 3,6	+ 2,7	− 7,5
29	Papier und Pappe verarbeitende Industrie	− 0,7	− 3,8	+ 5,7	− 8,4	+11,9	+ 2,2
30	Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	+ 3,9	− 2,5	+ 0,8	+ 4,0	+ 3,9	− 4,0
31	Kunststoffverarbeitende Industrie	− 5,9	+14,9	+ 4,1	− 5,9	+45,1	+48,6
32	Ledererzeugende Industrie	+13,9		− 1,0			−26,8
33	Lederverarbeitende Industrie	+ 4,7	− 1,7	+ 3,8	+12,6	−10,1	− 7,8
34	Schuhindustrie	+ 8,9		+ 5,5			− 4,9
35	Textilindustrie	− 0,2	+ 4,2	+ 2,9	+ 0,3	− 7,4	− 1,2
36	Bekleidungsindustrie	− 0,5	− 2,5	± 0,0	− 8,0	− 0,3	− 4,3
37	Nahrungs- und Genußmittelindustrien	− 0,5	−13,4	+ 2,6	− 7,8	− 2,0	−14,2
38	Industrie insgesamt [9]	+ 0,3	+14,5	+16,1	+ 1,1	28,5	+20,4

Tabelle 66

Bruttostundenverdienste, Gewinnsituation und Produktionsausweitung sowie außenwirtschaftlichen Verflechtung

1960 gegenüber 1958								
tive [1]						Import-	Export-	
Erzeugerpreise [2]	Produktivität [3]	Bruttostundenverdienste [4]	Gewinnraten [5]	Investitionsrate [6]	Produktionsausweitung [7]	quote [8] 1960		Lfd. Nr.
− 1,3	+ 6,7	− 3,7	.	−16,9	− 9,4	29,6[a]	20,3[a]	1
+ 0,8	+ 5,0	− 4,2	+ 8,1	−18,8	−11,2	11,1	20,0	2
− 3,1	− 2,6	+ 0,8	.	−16,4	− 9,7	0,7	34,7	3
− 4,6	− 0,9	− 1,8	.	+ 4,8	+ 0,9	18,5	14,8	4
+ 5,6	− 1,0	+ 2,1	+ 4,8	+19,4	+ 2,6	8,6	3,3	5
− 6,5	−21,8	− 9,5	−20,9	+ 2,3	−21,2	16,5	17,9	6
+ 5,9	−13,8	− 3,3	− 2,2	− 3,6	−22,8	3,6	6,2	7
− 8,8	−14,1	− 4,6	−19,6	− 9,6	−18,7	3,3	14,1	8
−11,6	− 8,5	− 4,5	−28,0	+ 6,3	−11,1	41,9	11,9	9
− 8,6		− 0,7			−11,9			10
− 7,2	+ 9,9	+ 5,2	− 5,8	+ 5,5	+15,6	11,7	22,8	11
− 5,6	+25,5	+ 3,9	.	+21,3	+42,9	27,7[a]	5,0[a]	12
− 0,3	− 4,8	+ 5,3	− 3,3	−11,2	−11,5	27,9	4,5	13
− 3,8	− 2,4	+ 0,1	− 7,7	− 4,7	− 5,9	28,2	6,8	14
− 4,6	− 6,9	+ 1,3	+ 4,1	+18,2	− 2,3	5,7	11,7	15
+ 3,1	− 4,5	± 0,0	.	+10,0	− 0,5	6,8	25,4	16
+ 6,5	− 3,4	+ 1,2	+ 9,6	− 3,8	+ 0,5	1,6	9,4	17
+ 7,1	− 9,6	− 0,9	+ 1,8	+ 4,1	− 5,9	10,8	29,7	18
+ 0,2	− 0,3	− 2,6	− 3,7	+34,7	+15,3	4,2	34,2	19
− 2,0	− 5,2	+ 0,9	− 5,5	+ 9,0	+ 2,8	5,3	18,1	20
+ 5,4	− 6,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 2,6	−10,9	12,3	35,7	21
+ 2,0	− 0,1	+ 1,4	+ 9,0	− 5,1	−16,0	3,5	13,5	22
+ 4,7					− 2,2			23
+ 2,1	+ 5,4	+ 4,7	.	− 5,9	+ 0,9	9,7	7,5	24
+ 7,7	− 1,7	+ 0,7	+ 7,6	−10,4	−11,1	7,2	21,7	25
+ 5,3	+ 7,0	+ 4,9	+10,0	+ 3,7	+ 2,9	5,4	15,0	26
+ 7,1	+ 3,5	+ 7,9	+10,0	− 4,2	− 3,6	4,1	3,5	27
+ 8,0	+ 6,1	+ 3,0	+15,2	+ 4,4	− 0,9	18,4	30,9	28
+ 6,3	− 5,7	+ 7,7	+ 6,8	+14,8	+ 2,4	1,7	3,2	29
+ 9,4	± 0,0	+ 2,2	+ 8,7	− 1,8	+ 3,3	2,8	1,1	30
− 9,5	+ 5,2	+ 4,8	−11,1	+61,4	+32,4	2,3	12,4	31
− 8,8	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,7	−18,0	−14,9	18,4	13,0	32
+ 8,8		+ 9,6			− 4,4	3,4	11,8	33
− 1,0		+ 3,4			− 8,4	6,3	1,7	34
− 2,6	+12,6	+ 1,9	+ 5,9	−14,4	− 0,3	15,8	8,2	35
+ 5,9	− 0,7	+10,0	+ 5,4	− 5,3	+ 0,2	4,8	2,5	36
+ 0,5	− 0,3	+ 2,8	− 2,7	− 6,9	+ 3,3	9,7	1,6	37
+ 3,5	+ 8,8	+31,9	−11,5	40,7	+13,5	12,2	14,6	38

[1] Abweichungen von der durchschnittlichen Veränderung bzw. dem Durchschnitt in Prozentpunkten

[2] Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte

[3] gemäß Bereinigter Produktivität III

[4] Verdiensterhebung in Industrie und Handel

[5] Eigene Schätzung; Erläuterungen: Anhang IV, 16—17.

[6] Bruttoanlageinvestitionen (1958 bis 1960 bzw. 1960 bis 1963), bezogen auf das Bruttoanlagevermögen im jeweiligen Ausgangsjahr; Quelle: DIW

[7] errechnet über den Index der industriellen Nettoproduktion

[8] Quelle: D. Mertens, „Die Wandlungen der industriellen Branchenstruktur in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1960"; Sonderheft des DIW, Nr. 68, Berlin 1964.

[9] durchschnittliche Veränderung bzw. Durchschnitt

[a] Bergbau ohne, Mineralölverarbeitung einschließlich Erdöl- und Erdgasgewinnung

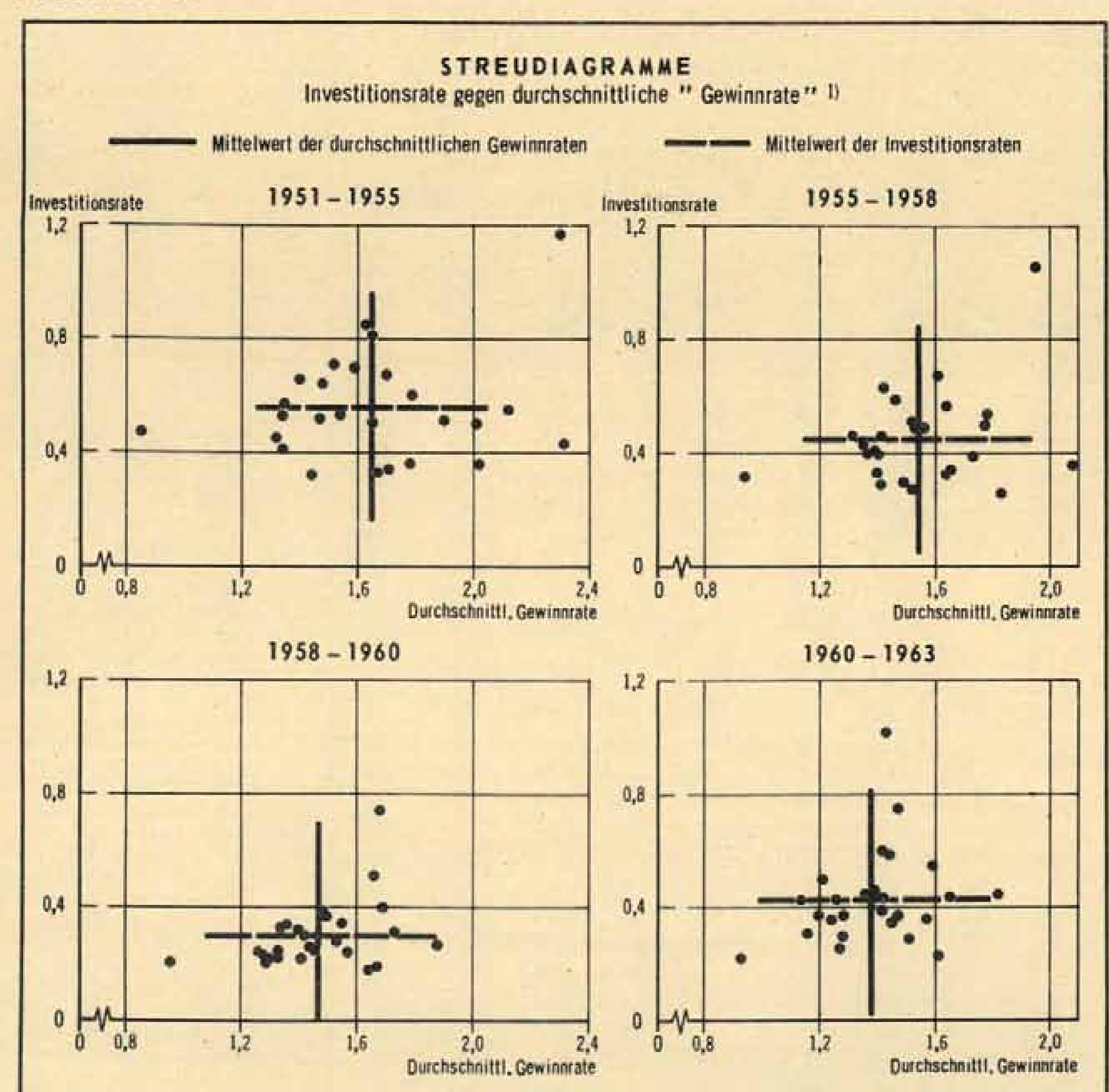
trotz überdurchschnittlichem Produktivitätszuwachs — auch die Textilindustrie hinnehmen. In allen drei Branchen hat der Markt Preissenkungen erzwungen, in der Elektrotechnischen Industrie sogar bei steigenden Preisen für Vorerzeugnisse.

248. Wie schon der Vergleich zwischen dem Wandel der Preisstruktur, der Produktivitätsstruktur und der Struktur der Fremdleistungskosten (Ziffer 239) vermuten läßt, besteht — insgesamt gesehen und über längere Zeiträume hinweg — kein systematischer Zusammenhang zwischen der relativen Gewinnsituation und der relativen Investitionsneigung der Industriezweige. Schaubild 33 veranschaulicht dies.[1]

Es mag sein, daß die Investitionsrisiken, mit denen die Unternehmen zu rechnen haben, und

[1] Die Korrelationskoeffizienten für den Zusammenhang zwischen der Investitionsrate (Bruttoanlageinvestitionen bezogen auf den Kapitalstock des jeweiligen Ausgangsjahres) und der Gewinnrate liegen in allen Fällen — mit einer Ausnahme (0,4) — unter 0,3. Auch wenn man verzögerte Reaktionen annimmt, ändert sich an diesem Ergebnis nichts.

Schaubild 33



damit die in den Gewinnen enthaltenen Risikoprämien, von Branche zu Branche sehr verschieden sind; aber als ausreichend kann diese Erklärung nicht hingenommen werden. Nicht minder einleuchtend ist die Vermutung, daß der Wettbewerb zwischen den Unternehmen, sei es auf den Absatzmärkten, sei es auf den Faktormärkten, offenbar nicht oder nicht überall intensiv genug war, um wenigstens größere und anhaltende Unterschiede in der Gewinn- und Leistungskraft zu verhindern. Staatliche Maßnahmen konservierender Strukturpolitik haben vermutlich ebenfalls eine Rolle gespielt.

III. Regionalstruktur und Wirtschaftswachstum

249. Wandlungen der räumlichen Wirtschaftsstruktur waren für das wirtschaftliche Wachstum in der Bundesrepublik ebenso kennzeichnend wie Änderungen der Branchenstruktur. Sie sind — ebenso wie diese — grundsätzlich immer dann zugleich ein Beitrag zur Erhöhung der durchschnittlichen Produktivität, wenn dabei hochproduktive Regionen überdurchschnittlich expandieren oder produktivitätsschwache Regionen sich — aktiv oder passiv — sanieren (Ziffer 221). Eine solche Entwicklung begünstigt auch das — verteilungs- oder gesellschaftspolitisch motivierte — Ziel einer möglichst breiten räumlichen Streuung der wirtschaftlichen Aktivität bei verringerten Einkommensunterschieden, wenn die Unternehmen wachsender Wirtschaftsbereiche nicht auf die Standortvorteile bestimmter Regionen angewiesen sind oder wenn solche Vorteile gerade in den bisher weniger entwickelten Gebieten häufiger vorkommen als anderswo. Der Stand der deutschen Regionalstatistik erlaubt allerdings eine eingehende empirische Untersuchung solcher Zusammenhänge nicht. Immerhin können einige wichtige Tendenzen aufgezeigt werden.

Untersuchungsergebnisse

250. Die wichtigsten Kennzeichnen des regionalen Strukturwandels in der Bundesrepublik sind:

Die räumliche Verteilung der Produktion hat sich seit Mitte der 50er Jahre zugunsten der wirtschaftlich weniger entwickelten Gebiete verändert. Nachdem zwischen 1950 und 1957 die Schwerpunkte des wirtschaftlichen Wachstums fast ausschließlich in den traditionellen Industriegebieten gelegen hatten, konnten in der Folgezeit viele schwach industrialisierte Regionen in der Entwicklung deutlich aufholen und damit ihren Anteil am Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik erhöhen.

Unter den Bestimmungsgründen der industriellen Expansion, von denen die wirtschaftliche Gesamtentwicklung der einzelnen Regionen meist in erster Linie abhängt, kommt seit Erreichen der Vollbeschäftigung und mit zunehmender räumlicher Enge in den Ballungszonen den Vorzügen oder Nachteilen der jeweils überkommenen regionalen Branchenstruktur weniger Bedeutung zu als ortsgebundenen Reserven an Produktionsfaktoren. Es mag auf die größere Elastizität des Faktorangebots in weniger industrialisierten Gebieten zurückzuführen sein, daß zwischen 1956 und 1962 die einzelnen Regionen im allgemeinen einen um so größeren Zuwachs an Industriebeschäftigten hatten, je niedriger ihr anfänglicher Industrialisierungsgrad war. Der deutliche Zug in Gebiete mit Arbeitskraftreserven der Landwirtschaft zeigt sich auch bei der Standortentscheidung für neue Betriebe.

Zu dem Wandel der räumlichen Wirtschaftsstruktur gehört eine nicht unerhebliche interregionale Bevölkerungsumschichtung. Sie war allerdings ungleich geringer als die Veränderung in der räumlichen Verteilung der Produktion. Überdies zeigt sich auch hier der Einschnitt, den das Erreichen der Vollbeschäftigung für den Strukturwandel bedeutete. Das Ausmaß der Binnenwanderung ist geringer geworden; die Attraktionskraft der dicht besiedelten und hochindustrialisierten Regionen hat nachgelassen; nur Regionen mit extrem hohem Anteil von Erwerbspersonen in der Landwirtschaft haben noch größere Wanderungsverluste.

Da die Produktionsstruktur der Regionen einheitlicher wurde, die Wanderungsbewegungen hochproduktive Regionen begünstigten und die Investoren immer größere Neigung zeigten, in weniger entwickelten Gebieten zu investieren als früher, führte der Wandel der Regionalstruktur zu einer merklichen Nivellierung der interregionalen Produktivitäts- und Wohlstandsunterschiede.

Änderung der regionalen Produktionsstruktur

251. Tabelle 67 veranschaulicht die Verlagerung der Schwerpunkte wirtschaftlicher Expansion in der Bundesrepublik seit 1950. Bis zur Mitte der 50er Jahre erlaubte der Wiederaufbau in den traditionell industriereichen Ländern Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg noch eine überdurchschnittlich rasche wirtschaftliche Expansion, während in den alten Agrargebieten der relative Entwicklungsrückstand weiter zunahm (vor allem in Rheinland-Pfalz) oder nur durch passive Sanierung (Bevölkerungsabwanderung) verringert werden konnte (Schleswig-Holstein und Niedersachsen). Nach 1957 kehrte sich das Bild um. Die Agrarregionen konnten höhere Wachstumsraten erzielen als die meisten Industriegebiete, obwohl ihre traditionelle Erwerbsgrundlage weiter

Schaubild 34

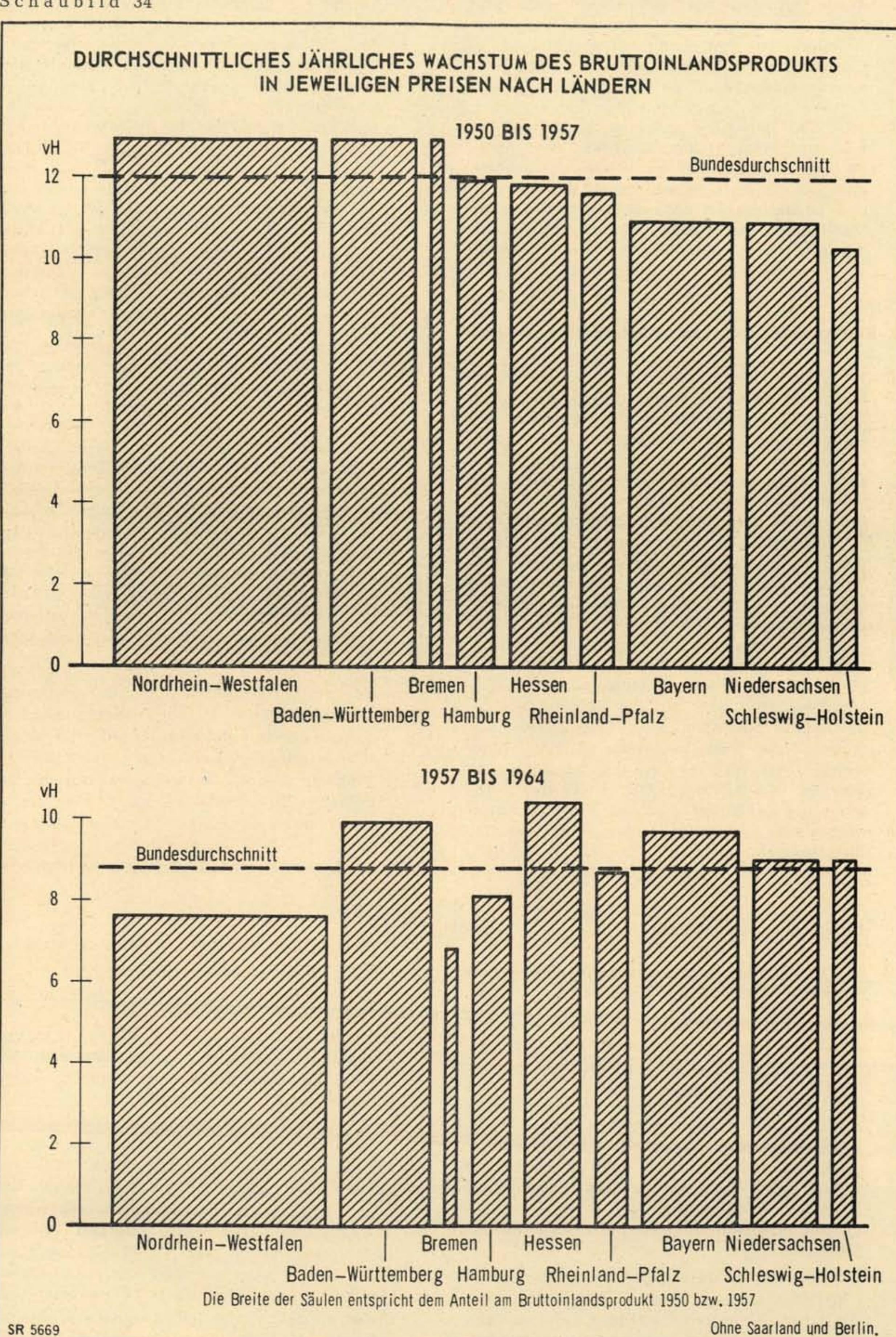


Tabelle 67

Produktionsstruktur, relatives Wohlstandsgefälle und Bruttoinlandsprodukt

Land	Beitrag der Land- und Forstwirtschaft [1] zum Bruttoinlandsprodukt im Verhältnis zum Beitrag des Produzierenden Gewerbes [2] zum Bruttoinlandsprodukt			Bruttoinlandsprodukt je Einwohner – Abweichung vom Durchschnitt			Bruttoinlandsprodukt – Anteil	Bruttoinlandsprodukt – Veränderung	
	1950	1957	1963 [3])	1950	1957	1964 [3])	1950	1957 gegenüber 1950	1964 gegenüber 1957
				Prozentpunkte			vH		
Schleswig-Holstein	0,66	0,46	0,39	−28,3	−20,5	−17,6	*4,0*	*+ 98,4*	*+ 83,0*
Niedersachsen	0,57	0,37	0,27	−19,8	−16,8	−12,9	*11,5*	*+105,4*	*+ 82,9*
Rheinland-Pfalz	0,41	0,28	0,19	−16,5	−22,4	−22,3	*5,2*	*+116,0*	*+ 79,1*
Bayern	0,40	0,29	0,21	−14,7	−14,9	− 9,9	*16,6*	*+106,2*	*+ 91,3*
Baden-Württemberg	0,24	0,16	0,11	+ 1,5	+ 0,4	+ 3,1	*13,6*	*+133,9*	*+ 94,0*
Hessen	0,25	0,18	0,11	− 2,4	− 3,9	+ 4,7	*8,8*	*+118,1*	*+100,6*
Nordrhein-Westfalen	0,13	0,08	0,06	+18,0	+15,0	+ 4,9	*32,5*	*+133,3*	*+ 66,3*
Bremen	0,08	0,06	0,05	+55,7	+46,0	+25,4	*1,8*	*+133,0*	*+ 58,5*
Hamburg	0,03	0,03	0,03	+82,0	+70,2	+69,1	*6,0*	*+119,5*	*+ 72,4*
Bundesgebiet	0,27	0,18	0,13 [a])	—	—	—	*100*	*+121,2*	*+ 80,4* [a])
Saarland	.	.	0,07	.	.	−13,8	.	.	*+ 30,3* [b])
Berlin (West)	.	.	0,01	.	.	+ 2,2	.	.	*+ 32,1* [b])

[1]) einschl. Tierhaltung und Fischerei
[2]) Industrie, Handwerk, Sonstiges Produzierendes Gewerbe
[3]) vorläufiges Ergebnis
[a]) eigene Schätzung
[b]) 1964 gegenüber 1960

schrumpfte, weil sie bei diesem Schrumpfen in der Industrialisierung aufholten. Infolgedessen haben sich die Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur von Region zu Region deutlich verringert (Tabelle 67, Spalten 1 bis 3; Schaubild 34).

Wanderungen

252. Auch regionaler Strukturwandel erfordert Mobilität der Arbeitskräfte und des Kapitals. Seit Erreichen der Vollbeschäftigung wandern die Arbeitskräfte allerdings weniger in Industriegebiete. Statt dessen werden mehr und mehr Betriebe in Gebieten errichtet, wo noch Arbeitskraftreserven vorhanden sind. Dies mag — zusammen mit dem Rückgang der Sekundärwanderung der Flüchtlinge — erklären, warum die Binnenwanderung seit Mitte der 50er Jahre stark nachgelassen hat. Änderungen in der interregionalen Bevölkerungsverteilung ergaben sich seither hauptsächlich nur noch daraus, daß die einzelnen Regionen an der Zuwanderung in die Bundesrepublik nicht proportional teilhatten. Trotz zunehmender Außenwanderungsüberschüsse konnten die expansiven Regionen, hier Regierungsbezirke, nach 1957 im Jahresmittel insgesamt nur noch rund 400 000 Personen durch Einwanderung aus dem Ausland, aus Mitteldeutschland und aus wachstumsschwächeren Regierungsbezirken gewinnen, gegenüber 610 000 im Jahresmittel 1952 bis 1956.

253. Entgegen verbreiteten Vorstellungen ist die Zunahme der räumlichen Konzentration der Bevölkerung kein allgemeiner Grundzug der Wanderungsbewegung. Dies gilt interessanter-

weise wiederum insbesondere für die Zeit nach Erreichen der Vollbeschäftigung. Vorher war die Anziehungskraft der dicht besiedelten Gebiete größer als die der übrigen Regionen. 1952 bis 1956 verloren die Regierungsbezirke mit — 1952— unterdurchschnittlicher Bevölkerungsdichte 0,2 vH ihrer Bevölkerung, während zugleich die übrigen 7,1 vH gewannen; zwischen 1957 und 1964 konnten dagegen in der Bevölkerungsentwicklung die weniger dicht besiedelten Gebiete mit den dichter besiedelten Räumen nahezu Schritt halten [1]). Selbst in den großen Ballungsgebieten hat die Bevölkerung nach 1956 im Durchschnitt nur noch wenig stärker zugenommen als im gesamten Bundesgebiet (Tabelle 68). Dabei hielt die Tendenz zur Urbanisierung unvermindert an, jetzt jedoch verstärkt zugunsten der breit gestreuten mittelgroßen Städte (Tabelle 68).

[1]) Auch bei feinerer regionaler Gliederung wird dieses Ergebnis bestätigt. Zwischen der Bevölkerungsdichte der Kreise im Jahre 1955 und der relativen Veränderung der Wohnbevölkerung von 1955 bis 1964 besteht kein Zusammenhang. Während für die Zeit von 1950 bis 1955 der entsprechende Korrelationskoeffizient noch 0,45 war, betrug er für die Zeit von 1955 bis 1964 nur noch 0,07 (Tabelle 118, Anhang).

Tabelle 69

Wohnbevölkerung nach Gemeindegrößenklassen

Anteil in vH

Gemeindegrößenklasse (Gemeinden mit . . . bis unter . . . Einwohnern)	1950 [1])	1957 [2])	1964 [2])
unter 1 000	16,4	14,8	12,8
1 000 — 5 000	26,1	22,4	21,9
5 000 — 10 000	8,9	9,1	9,9
10 000 — 50 000	15,9	16,9	18,5
50 000 — 100 000	5,4	6,1	6,3
100 000 — 500 000	16,3	15,3	15,6
500 000 und mehr	10,9	15,4	15,1

[1]) ohne Saarland und Berlin
[2]) ohne Berlin

Tabelle 68

Entwicklung der Wohnbevölkerung und des Bruttoinlandsprodukts

in großen Ballungsräumen [1])

vH

Ballungsraum	Wohnbevölkerung			Bruttoinlandsprodukt	
	Anteil	Zuwachs		Anteil	Zuwachs
	1950	1957 gegenüber 1950	1964 gegenüber 1957	1957	1961 gegenüber 1957
Rhein – Ruhr	17,2	+18,0	+ 9,1	24,3	+32,0
Rhein – Main	4,2	+15,4	+14,5	5,5	+50,5
Hamburg	4,2	+ 6,3	+ 6,6	6,5	+40,7
Stuttgart	2,8	+19,8	+16,4	4,0	+60,0
Rhein – Neckar	2,6	+10,6	+11,7	2,9	+44,1
München	2,2	+15,9	+20,7	3,3	+51,4
Hannover	1,7	+10,7	+10,4	2,1	+45,8
Nürnberg	1,7	+10,5	+10,5	2,0	+43,3
Bremen	1,2	+10,6	+10,8	1,7	+26,3
zusammen ...	37,8	+15,0	+11,0	52,3	+39,9
Bundesgebiet ohne Saarland	100	+ 5,7	+ 8,5	100	+42,4

[1]) Abgrenzung nach G. Isenberg

Quelle: Arbeitskreis Sozialproduktsberechnungen der Länder

254. Aus statistischen Gründen kann die Richtung der Wanderungsbewegungen nur für den verhältnismäßig kurzen Zeitraum von 1957 bis 1961 im Zusammenhang mit allgemeinen Daten für den Wohlstand und die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen untersucht werden. Hier zeigt sich, daß schon einer kleinen Anzahl von Faktoren ein verhältismäßig hoher Erklärungswert zukommt. Die detaillierten Kreis-Zahlen für die Jahre 1957 und 1961 lassen erkennen, daß offenbar folgende Faktoren das Ergebnis der Wanderungsbewegung in diesem Zeitraum vor allem bestimmt haben:

der Wohlstand der Regionen, gemessen durch das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung [1]),

die regionalen Entwicklungschancen, gemessen durch die relative Veränderung des Bruttoinlandsprodukts je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung und

die regionale Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum nach Quantität und Qualität sowie deren Verbesserung, gemessen durch Wohnungs-Andrangsziffern für 1956 und 1961 und durch die Anteile der Wohnungen höherer Qualitätsstufen.

Für die Beziehung zwischen den kumulierten Wanderungssalden der Kreise einerseits und diesen drei Komponenten andererseits wurde ein multipler Korrelationskoeffizient von 0,94 ermittelt [2]).

[1]) Um näherungsweise die Bevölkerung zu bestimmen, der die Produktion in einer Region zugerechnet werden kann, wird deren Wohnbevölkerung um das Zweifache des Pendlersaldos der Region vermehrt oder vermindert.

Regionale Expansionskraft und überkommene Produktionsstruktur

255. Nur teilweise und in den letzten Jahren noch weniger als früher war die unterschiedliche Expansionskraft der Regionen Ausdruck ihrer überkommenen Wirtschaftsstruktur.

Für die großen Strukturkomponenten — Industrialisierungsgrad und Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft — ist ein Zusam-

[2]) Erläuterungen: Anhang IV, 6, 21.

Tabelle 70

Wanderungssalden, Veränderung der Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft, der Beschäftigung in der Industrie sowie der Zahl der Industriebetriebe nach Regionaleinheiten [1])

Größenklasse (Anteil der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen 1950 von ... bis unter ... vH)	Regionaleinheiten	Wanderungssaldo je 1000 der Wohnbevölkerung des jeweiligen Ausgangsjahres			Abnahme der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft bezogen auf die Gesamtzahl der Erwerbspersonen	Veränderung der Zahl der Beschäftigten in der Industrie [2])			Veränderung der Zahl der Industriebetriebe [2])	Beschäftigte in der Industrie [2]) je 1000 Einwohner	
		1952 bis 1956	1957 bis 1964	1952 bis 1964	1961 gegenüber 1950	1956 gegenüber 1950	1962 gegenüber 1956	1962 gegenüber 1950	1962 gegenüber 1956	1956	1962
		Anzahl			vH					Anzahl	
unter 5	3	+ 75	+54	+131	*1,3*	*+74,0*	*+12,1*	*+ 95,0*	*− 5,1*	121	133
5 bis 15	3	+107	+70	+184	*3,3*	*+42,3*	*+ 4,9*	*+ 49,3*	*− 0,8*	193	187
15 bis 25	13	+ 23	+64	+ 88	*7,9*	*+53,5*	*+15,4*	*+ 77,2*	*+ 5,4*	139	149
25 bis 35	8	+ 6	+34	+ 41	*10,9*	*+52,6*	*+18,0*	*+ 80,0*	*+ 8,4*	125	140
35 bis 45	8	− 46	+ 0	− 46	*14,7*	*+57,6*	*+22,7*	*+ 93,4*	*+11,5*	83	98
45 und mehr	2	− 85	−55	−138	*16,7*	*+62,4*	*+41,0*	*+129,1*	*+13,6*	48	68
Insgesamt	37	+ 29	+49	+ 80	*8,2*	*+51,8*	*+13,3*	*+ 72,1*	*+ 4,3*	137	146

[1]) Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Berlin (West) sowie die 33 Regierungs- bzw. Verwaltungsbezirke des Bundesgebietes ohne Saarland

[2]) ohne Energie und Bau

Tabelle 71

Regionales Wachstum der Beschäftigten in der Industrie und seine Komponenten

Verwaltungsbezirk	1950 bis 1956			1956 bis 1962		
	Regionalfaktor [1]	Strukturfaktor [2]	Standortfaktor [3]	Regionalfaktor [1]	Strukturfaktor [2]	Standortfaktor [3]
Schleswig-Holstein	1,019	1,065	0,957	1,001	0,968	1,034
Hamburg	1,018	1,088	0,935	1,009	1,040	0,970
Niedersachsen	0,977	0,992	0,985	1,062	1,008	1,054
RB Hannover	0,986	1,019	0,967	1,115	1,041	1,071
RB Hildesheim	0,903	0,973	0,928	0,984	0,972	1,012
RB Lüneburg	1,108	0,972	1,140	1,131	1,087	1,041
RB Stade	0,903	0,975	0,926	1,046	0,959	1,090
RB Osnabrück	0,906	0,946	0,958	1,038	0,958	1,083
RB Aurich	0,970	1,077	0,901	1,190	0,861	1,383
VB Braunschweig	0,978	1,000	0,978	1,015	1,009	1,006
VB Oldenburg	1,088	1,013	1,074	1,066	0,990	1,077
Bremen	1,125	1,110	1,014	0,895	1,021	0,877
Nordrhein-Westfalen	0,939	0,961	0,978	0,927	0,956	0,970
RB Düsseldorf	0,956	0,970	0,986	0,944	0,972	0,970
RB Köln	0,972	1,024	0,950	1,015	1,061	0,957
RB Aachen	0,930	0,934	0,995	0,940	0,917	1,024
RB Münster	0,874	0,873	1,002	0,857	0,831	1,032
RB Detmold	0,966	0,996	0,970	0,979	1,007	0,972
RB Arnsberg	0,930	0,965	0,964	0,883	0,945	0,934
Hessen	1,019	1,030	0,989	1,060	1,053	1,007
RB Darmstadt	1,017	1,027	0,991	1,080	1,073	1,007
RB Kassel	0,964	0,967	0,997	1,136	0,979	1,160
RB Wiesbaden	1,046	1,062	0,985	1,014	1,069	0,948
Rheinland-Pfalz	1,052	0,974	1,080	1,002	0,990	1,012
Baden-Württemberg	1,063	1,038	1,025	1,041	1,044	0,998
RB Nordwürttemberg	1,080	1,057	1,022	1,044	1,078	0,968
RB Nordbaden	1,092	1,082	1,009	1,030	1,067	0,966
RB Südbaden	0,987	0,970	1,017	1,073	1,002	1,071
RB Südw.-Hohenz.	1,062	1,002	1,060	1,020	0,965	1,057
Bayern	1,077	1,032	1,044	1,080	1,028	1,051
RB Oberbayern	1,159	1,028	1,128	1,181	1,075	1,099
RB Niederbayern	1,075	0,986	1,091	1,183	1,004	1,178
RB Oberpfalz	1,032	1,001	1,031	1,104	0,959	1,151
RB Oberfranken	0,939	0,997	0,942	0,952	0,933	1,021
RB Mittelfranken	1,109	1,145	0,968	1,012	1,106	0,915
RB Unterfranken	1,143	1,036	1,104	1,118	1,060	1,054
RB Schwaben	1,068	0,964	1,107	1,073	0,974	1,101

[1] Regionalfaktor: $\frac{\text{Relative Veränderung der regionalen Industriebeschäftigten}}{\text{Relative Veränderung der Industriebeschäftigten insgesamt}}$

[2] Strukturfaktor: $\frac{\text{Hypothetische relative Veränderung der regionalen Industriebeschäftigten bei regional gleichmäßigem Branchenwachstum}}{\text{Relative Veränderung der Industriebeschäftigten insgesamt}}$

[3] Standortfaktor: $\frac{\text{Regionalfaktor}}{\text{Strukturfaktor}}$

Erläuterungen: Anhang IV, 10.

Quelle: W. Uebe, Die regionale Verteilung des industriellen Wachstums in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1962, Diss. Basel 1965.

menhang mit der Expansionskraft der Regionen, gemessen in ihren kumulierten Wanderungssalden, deutlich erkennbar. Es zeigt sich, daß die Regierungsbezirke mit — 1950 — relativ großer Agrarbevölkerung zum großen Teil nicht in der Lage waren, innerhalb des eigenen Gebietes einen vollen Beschäftigungsausgleich für die Abwanderung aus der Landwirtschaft zu erzielen (Tabelle 70). Für die Jahre 1957 bis 1961 sind hierfür auch Informationen auf der Ebene der Kreise verfügbar. Der Zusammenhang zwischen dem Anteil der Land- und Forstwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt 1957 und der relativen Änderung der Wirtschaftsbevölkerung von 1957 bis 1961 wird als eindeutig negativ ausgewiesen (Korrelationskoeffizient — 0,62). Auf der anderen Seite ist die größere Attraktionskraft der Industrieregionen zwar deutlich, jedoch nicht stark abhängig von der Höhe des Industrialisierungsgrades im einzelnen (Korrelationskoeffizient + 0,42). So gesehen zeigt sich die Strukturschwäche der Agrarregionen bis in die Gegenwart hinein — allerdings mit Einschränkungen. Seit Mitte der 50er Jahre nahmen — anders als zuvor — sowohl die Zahl der Industriebeschäftigten als auch die Zahl der Industriebetriebe in ländlichen Räumen stärker zu als anderswo. Diese Tendenz wurde bisher nur verdeckt durch eine noch stärkere Tendenz zur Freisetzung von Beschäftigten aus der Landwirtschaft. Immerhin hatten nach 1956 nur noch die Regionen mit extrem hohem Anteil von Erwerbspersonen in der Landwirtschaft Wanderungsverluste (Tabelle 70).

256. Sieht man die industrielle Entwicklung der Regionen im Zusammenhang mit deren Industriestruktur, so zeigt sich noch deutlicher, daß etwa seit Erreichen der Vollbeschäftigung das Überkommene (der Strukturfaktor des regionalen Wachstums) einen geringeren Einfluß zu haben scheint als andere Faktoren, zu denen vor allem Arbeitskraftreserven, gute Verkehrsbedingungen, sonstige Infrastrukturprivilegien, günstige Absatzchancen, Fühlungsvorteile, klimatische Vorzüge, eine stark erwerbsbetonte Mentalität der Bevölkerung, günstige Wohnungsverhältnisse und ähnliches gehören. Diese Faktoren, die dazu beitragen, daß Erwerbszweige, die auf diesen oder jenen Vorteil besonders angewiesen sind, in einer bestimmten Region stärker expandieren als andernorts, werden unter dem Begriff Standortfaktor zusammengefaßt. Auf die Wirksamkeit solcher ortsgebundener Faktoren kann immer dann geschlossen werden, wenn die Veränderung der Beschäftigten in einer Region von dem Trend abweicht, der aufgrund der überkommenen Wirtschaftsstruktur (Strukturfaktor) zu erwarten wäre.

257. Tabelle 71 enthält die Ergebnisse einer Berechnung, die die gesamte Beschäftigtenentwicklung der Regionen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, den sogenannten Regionalfaktor, auf Struktur- und Standorteinflüsse aufteilt.[1])

In dem Zeitraum 1950 bis 1956 hatten von 32 regionalen Einheiten[2]) gerade die Hälfte eine überdurchschnittliche Zunahme der Industriebeschäftigten aufzuweisen. In neun Fällen (ausschließlich in vier, überwiegend in fünf) war der Zuwachs durch den Standortfaktor bedingt, in sieben Fällen ganz oder überwiegend durch den Strukturfaktor. Bei den Regionen, in denen sich die Zahl der Industriebeschäftigten unterdurchschnittlich entwickelt hat, war das Verhältnis umgekehrt: sieben zu neun. Bis 1956 kommt also dem Standortfaktor für die Erklärung der regionalen Beschäftigtenveränderung in der Industrie noch keine größere Bedeutung zu als den Einflüssen der überkommenen Wirtschaftsstruktur (Strukturfaktor).

Leicht dominant wird der Standortfaktor dagegen nach 1956. In zehn von 24 Fällen muß jetzt eine relative Beschäftigtenzunahme allein, in vier Fällen zum größten Teil mit dem Standortfaktor (Strukturfaktor: sechs bzw. vier) erklärt werden; bei relativ schrumpfenden Regionen halten beide einander die Waage. Es ist auffallend, daß sich alle Regionen, in denen ein überdurchschnittlicher Beschäftigtenzuwachs in der Industrie ausschließlich dem Standortfaktor zugerechnet werden muß, durch eine relativ große Arbeitskraftreserve in der Landwirtschaft auszeichnen. Während also der absolute bzw. relative Rückgang der Bevölkerung in diesen Regionen auch nach Erreichen der Vollbeschäftigung zunächst meist noch anhält, nimmt gleichzeitig die Zahl der Industriebeschäftigten überdurchschnittlich zu, und zwar nicht, weil traditionell hier ansässige Industrien jetzt zu Wachstumsindustrien geworden wären, sondern weil Wachstumsindustrien in die Gebiete mit Arbeitskraftreserven zu wandern beginnen. Auch damit zeigt sich, daß an die Seite der Mobilität der Arbeitnehmer mehr und mehr die interregionale Mobilität des Kapitals und der Unternehmerleistung getreten ist. Verlierer im regionalen Wachstumswettbewerb sind dagegen — bis auf eine Ausnahme — Gebiete mit überdurchschnittlichem Industrialisierungsgrad; sie liegen vor allem in Nordrhein-Westfalen.

Nivellierungstendenzen

258. Mit der Angleichung der Produktionsstrukturen und mit den Binnenwanderungen sind die interregionalen Wohlstands- und Produktivitätsunterschiede geringer geworden.

---

[1]) Aus statistischen Gründen nur für die Industriebeschäftigten, und zwar in der Gliederung nach 33 hauptbeteiligten Industriezweigen; Erläuterungen: Anhang IV, 10.

[2]) Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Rheinland-Pfalz sowie 28 Regierungs- oder Verwaltungsbezirke der übrigen Bundesländer.

Tabelle 72

Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise nach Größenklassen

Größenklasse (Bruttoinlandsprodukt 1957 je Einwohner [1]) von ... bis ... DM)	Kreisfreie Städte und Landkreise	Bruttoinlandsprodukt		
		1957	Veränderung 1961 gegenüber 1957 [2])	Anteil am Wachstum 1957 bis 1961
	Anzahl	vH		
1 463 bis 2 746	129	5,6	48,2	6,4
2 746 bis 3 168	99	6,8	46,6	7,6
3 171 bis 3 508	78	7,8	46,2	8,6
3 509 bis 3 840	71	8,6	44,0	8,9
3 841 bis 4 054	36	9,3	46,1	10,3
4 055 bis 4 415	48	9,9	44,6	10,5
4 442 bis 4 921	45	11,2	42,3	11,1
4 955 bis 5 500	27	12,4	38,9	11,5
5 563 bis 6 167	12	13,9	37,5	12,7
6 236 bis 7 631	12	14,5	37,0	12,5
Insgesamt [3])	557	100	43,1	100

[1]) Der Berechnung liegt die Wirtschaftsbevölkerung = Wohnbevölkerung + Pendlersaldo (doppelt) zugrunde. Jede Größenklasse enthält zahlenmäßig die gleiche Wirtschaftsbevölkerung, rd. 5,25 Millionen Personen.

[2]) mit der Wirtschaftsbevölkerung 1957 gewogener Mittelwert

[3]) ohne Saarland

Quelle: Arbeitskreis Sozialproduktsberechnungen der Länder.

a) Für die einzelnen Bundesländer geht dies aus Tabelle 67 hervor. In feinerer regionaler Gliederung, die allerdings nur für den recht kurzen Zeitraum von 1957 bis 1961 möglich ist, zeigt sich überdies, daß das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung in Gebieten mit kräftigem Wachstum der Wirtschaftsbevölkerung nicht so stark zugenommen hat wie in Gebieten der Abwanderung oder schwacher Zunahme und in den alten Industriegebieten weniger als in vielen traditionellen Agrarregionen. [1]) Hierin zeigen sich die Wirkungen einer Sanierung durch kräftiges Schrumpfen der Landwirtschaft, wenn mit diesem Schrumpfen eine entsprechend rasche Industrialisierung einhergeht. Als Ergebnis solcher und ähnlicher Prozesse haben sich in dem knappen Zeitraum von 1957 bis 1961 die relativen Unterschiede, die von Kreis zu Kreis im Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung bestanden, um fast ein Zehntel verringert [2]), und zwar ziemlich durchgehend. Gruppiert man die 557 Stadt- und Landkreise der Bundesrepublik nach ihrem Wohlstandsniveau im Jahre 1957 in 10 Wohlstandsklassen mit jeweils gleich großer Bevölkerungszahl (Wirtschaftsbevölkerung), so kann man — mit nur einer Ausnahme — feststellen, daß das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung von 1957 bis 1961 um so stärker zugenommen hat, je niedriger das durchschnittliche Wohlstandsniveau im Ausgangsjahr — 1957 — war (Tabelle 72). Schaubild 35 bringt dies durch die kumulierten Beiträge der Wohlstandsklassen zum Bruttoinlandsprodukt der gesamten Bundesrepublik 1957 und 1961 noch einmal auf andere Weise zum Ausdruck. Die Kreise, die 1957 die ärmere Hälfte der Wirtschaftsbevölkerung repräsentierten und damals nur 38 vH des Bruttoinlandsprodukts der Bundesrepublik erbrachten, trugen zum Wirtschaftswachstum bis 1961 schon 42 vH bei. In der untersten Wohlstandsklasse nahm das Bruttoinlandsprodukt in diesen vier Jahren um 48 vH, in der höchsten nur um 37 vH zu. Die Nivellierungstendenz wurde fast ausschließlich von den Landkreisen getragen; die relativen Unterschiede zwischen den Stadtkreisen blieben in dieser Hinsicht (Bruttoinlandsprodukt je Kopf) nahezu konstant.

b) Man kann von der Zunahme des regionalen Bruttoinlandsprodukts je Kopf auf die regionale Produktivitätsentwicklung schließen, wenn sich die regionalen Erzeugerpreisniveaus und die regionalen Erwerbsquoten einigermaßen gleichmäßig entwickeln. Nimmt man dies für die Zeit von 1957 bis 1961 an, so ist die beobachtete Nivellierungstendenz ein Zeichen dafür, daß regionale Nachholprozesse, in deren Verlauf ortsgebundene Produktivkräfte besser eingesetzt werden konnten, dazu beigetragen haben, daß kräftige Produktivitätssteigerungen in der Bundesrepublik auch nach dem Übergang vom extensiven Wachstum in der Zeit des Wiederaufbaus zu intensivem Wachstum nach Erreichen der Vollbeschäftigung aufrecht erhalten werden konnten.

[1]) Die Korrelationskoeffizienten lassen hier zwar keine engen Zusammenhänge im einzelnen erkennen, doch die Richtung der Zusammenhänge kennzeichnen sie noch als eindeutig. (Korrelation: relative Veränderung des Bruttoinlandsprodukts je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung 1957/61 (a) gegen relative Veränderung der Wirtschaftsbevölkerung — 0,34, (b) gegen Anteil der Land- und Forstwirtschaft am regionalen Bruttoinlandsprodukt + 0,39, (c) gegen Anteil des Produzierenden Gewerbes am regionalen Bruttoinlandsprodukt — 0,34.) Weitere Ergebnisse: Tabelle 118, Anhang.

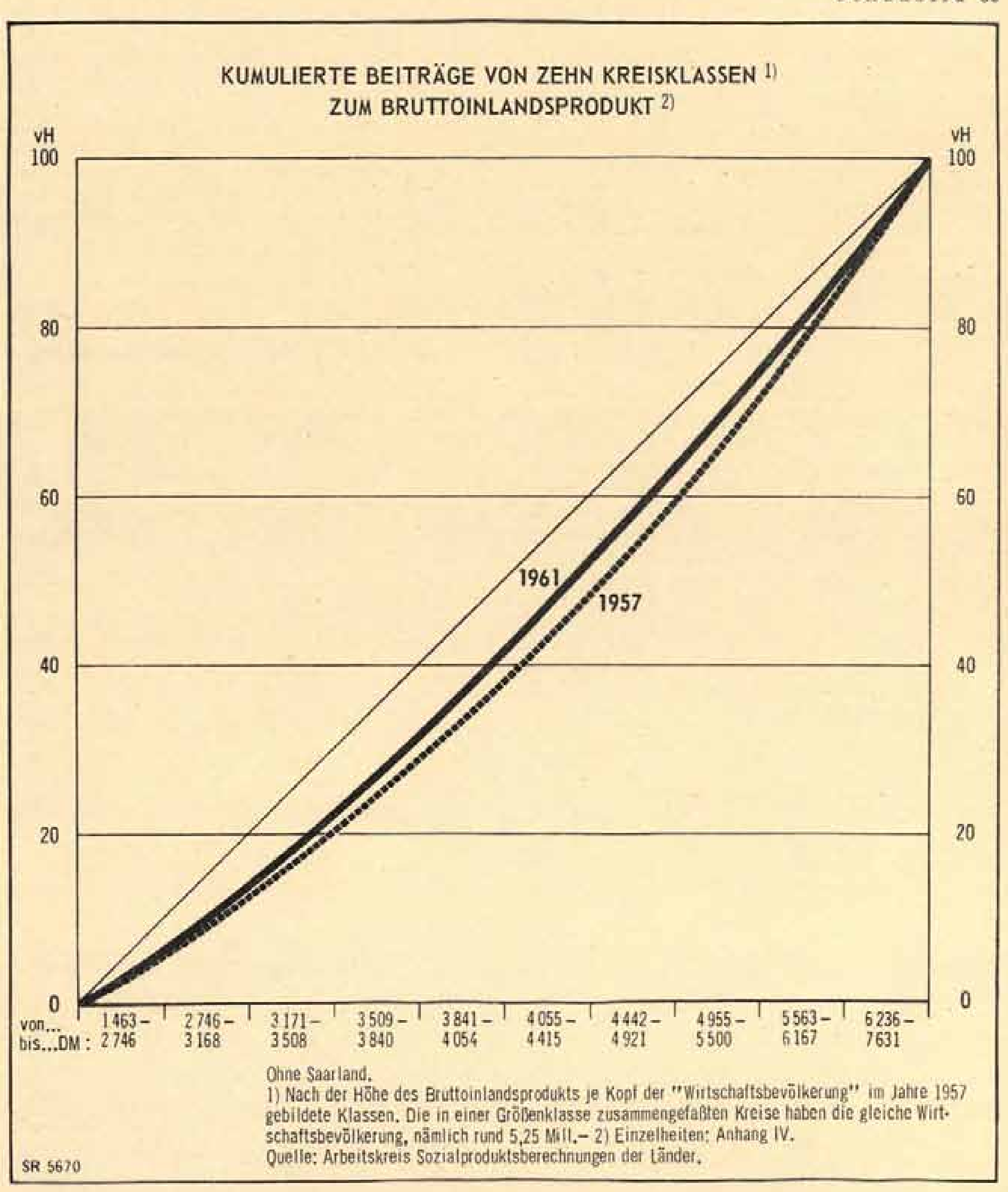
[2]) Gemessen an der Veränderung des Variationskoeffizienten (1957: 29 vH, 1961: 26 vH).

c) Einen deutlichen Hinweis auf interregionale Produktivitäts- und Einkommensunterschiede gäben auch die interregionalen Lohnrelationen. Es ist daher bedauerlich, daß die deutsche Verdienststatistik nicht ausreichend regional gegliedert ist.

Immerhin zeigt sich schon bei den Ländern die Tendenz zur Einebnung der regionalen Unterschiede: Von 1950 bis 1964 ist die relative Streuung der Bruttostundenverdienste der männlichen Industriearbeiter um etwa ein Sechstel bis ein Siebentel zurückgegangen. [1])

[1]) Regionale Unterschiede in der Qualifikationsstruktur der Industriearbeiterschaft spielen dabei kaum eine Rolle; für die homogenere Gruppe der männlichen Facharbeiter ergeben sich etwa die gleichen Streuungswerte.

Schaubild 35



Ohne Saarland.
1) Nach der Höhe des Bruttoinlandsprodukts je Kopf der "Wirtschaftsbevölkerung" im Jahre 1957 gebildete Klassen. Die in einer Größenklasse zusammengefaßten Kreise haben die gleiche Wirtschaftsbevölkerung, nämlich rund 5,25 Mill. – 2) Einzelheiten: Anhang IV.
Quelle: Arbeitskreis Sozialproduktsberechnungen der Länder.

Es gibt verläßliche Anhaltspunkte dafür, daß die Abnahme der Lohnunterschiede in erster Linie dem Wettbewerb um die Arbeitskraftreserven der weniger entwickelten Gebiete und der abnehmenden Bedeutung gewisser Standortvorteile, die die großen Industriezentren hatten, zuzuschreiben ist, dagegen kaum einer gegen den Markt gerichteten Nivellierungspolitik der Gewerkschaften.

259. Bei der Tendenz zur Angleichung der Löhne und des Bruttoinlandsprodukts je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung, der Binnenwanderung in Gebiete mit vergleichsweise hoher Produktivität und der heute viel geringeren Neigung der Unternehmen, weniger entwickelte Regionen in der Standortwahl zu vernachlässigen, handelt es sich sämtlich um Vorgänge, die der Richtung nach einer marktwirtschaftlichen Entwicklung durchaus gemäß sind. Zum Teil äußert sich hierin wohl auch ein gewisser Erfolg regionalpolitischer Maßnahmen, mit denen der Staat — wenn auch noch sehr zurückhaltend — diese Richtung gefördert hat. Doch sind die verbleibenden Unterschiede im Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten, und somit auch die Wachstumsreserven, die im Aufholen zurückgebliebener Gebiete liegen können, nach wie vor bedeutend.

a) Die Produktivitätsniveaus der Kreise (Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten) wichen, gemessen am Variationskoeffizienten der ungewogenen Kreiswerte, 1961 im Durchschnitt noch um ± 25 vH vom mittleren Produktivitätsniveau ab. Auch wenn man die Länder vergleicht, sind die Unterschiede noch erheblich, vor allem zwischen den Stadtstaaten und dem am höchsten industrialisierten Flächenstaat (Nordrhein-Westfalen) einerseits und Ländern mit anhaltend hoher landwirtschaftlicher Beschäftigtenzahl (wie Rheinland-Pfalz und Bayern) andererseits (Tabelle 73).[1]

b) Wie sehr dabei das Produktivitätsniveau eines Landes — außer von seiner Wirtschaftsstruktur — auch von den jeweiligen regionalen Produktionsbedingungen bestimmt wird, läßt die regionale Produktivitätsstruktur der großen Wirtschaftsbereiche erkennen. In der Landwirtschaft zum Beispiel ist der Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten in Hessen rund 4000 DM niedriger als in Schleswig-Holstein. Und selbst in den Bundesländern mit der höchsten Leistungskraft der Landwirtschaft — Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen — läßt die starke Streuung der Kreiswerte um den (schon vergleichsweise hohen) Mittelwert noch erhebliche Leistungsunterschiede erkennen (relative Streuung der — ungewogenen — Kreiswerte: Bundesgebiet 58 vH, Nordrhein-Westfalen 64 vH, Schleswig-Holstein 38 vH). Augenfällig sind interregionale Produktivitätsunterschiede auch in den übrigen zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen. Nimmt man allerdings die Stadtstaaten Hamburg und Bremen mangels Vergleichbarkeit der Verhältnisse heraus, so erscheinen sie weniger kraß als in der Landwirtschaft, offenbar weil hier die ortsgebundenen Faktoren nicht soviel Gewicht haben. Immerhin: In Nordrhein-Westfalen ist der Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe noch rund 2500 DM höher als in Bayern.

260. Ebenso wie die Unterschiede in der Leistungskraft der Wirtschaftsbereiche und der Wirtschaftszweige sind die noch bestehenden Einkommens- und Produktivitätsunterschiede zwischen den Regionen eine Herausforderung an

Tabelle 73

Interregionale Produktivitätsunterschiede 1961

DM

Land	Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten			
	Alle Wirtschaftsbereiche	darunter: Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	darunter: Produzierendes Gewerbe	darunter: Handel und Verkehr
Schleswig-Holstein	11 780	7 750	14 090	10 730
Hamburg	17 850	.	18 420	19 560
Niedersachsen	11 710	6 990	13 470	11 080
Bremen	13 850	.	12 960	15 870
Nordrhein-Westfalen	14 030	7 940	14 440	12 680
Hessen	11 670	3 680	12 840	12 810
Rheinland-Pfalz	10 190	4 210	12 330	10 230
Baden-Württemberg	12 020	6 060	12 720	12 060
Bayern	10 940	5 670	11 960	11 110
Saarland	12 130	4 570	13 600	10 160
Bundesgebiet ohne Berlin	12 470	5 960	13 470	12 470

Quelle: Arbeitskreis Sozialproduktsberechnungen der Länder

[1] Bis 1964 sind nur die Werte für das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner — nicht je Beschäftigten — verfügbar (Tabelle 67).

die Strukturpolitik. Allerdings kann — und soll — eine wachstumsorientierte Regionalpolitik nicht darauf abzielen, diese Unterschiede vollständig zu beseitigen. Soweit in ihnen Unterschiede in der Ausstattung mit natürlichen Standortvorteilen zum Ausdruck kommen, die Unterschiede in der durchschnittlichen Kapitalintensität der jeweils geeignetsten Wirtschaftsstruktur mit sich bringen, sind sie sogar selbstverständlich; sie haben dann allerdings auch keine interregionalen Unterschiede in den (Faktor-)Einkommen zur Folge. (Unterschiede in den Grundrenten sind für die Regionalpolitik — unter Wachstumsgesichtspunkten — ohne Bedeutung). Schwer festzustellen ist auch, ob die beste regionalpolitische Strategie im Einzelfall aktive oder passive Sanierung heißt oder eine Kombination aus beidem; denn es wird sich kaum mit hinreichender Zuverlässigkeit ermitteln lassen, in welchen Regionen eine mehr oder weniger kräftige Hilfsmaßnahme vorübergehender Art ausreicht, um eine Entwicklung einzuleiten, in der das regionale Wachstum sich selbst zu tragen beginnt, und in welchen Regionen Hilfsmaßnahmen allenfalls den Zweck haben können zu verhindern, daß die Regionen noch mehr zurückbleiben. Doch darf man wohl davon ausgehen, daß die natürlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Regionen gleichmäßiger geworden sind, und daß es daher wichtig ist, auch die räumliche Mobilität der Arbeitskräfte und der Kapitalien zu fördern, damit die gesamtwirtschaftliche Produktivität außer durch technischen Fortschritt und vermehrten Kapitaleinsatz auch durch bessere regionale Verteilung der Produktionsfaktoren zunimmt.

IV. Ausbildung, berufliche Mobilität und wirtschaftliches Wachstum

261. Mit dem wachstumsbedingten Strukturwandel der Wirtschaft vollzieht sich ein Wandel im Bedarf an beruflichen Qualifikationen. Dabei sind die Anforderungen, die an die berufliche Anpassungsfähigkeit der Erwerbstätigen gestellt werden, um so größer, je weniger junge Menschen — im Vergleich zu der Anzahl der Erwerbstätigen — nach abgeschlossener Schul- oder Hochschulausbildung erstmals in das Erwerbsleben eintreten. Wenn sich der technische Fortschritt beschleunigt, nimmt der Bedarf an Mobilität zu. Der Stellenwechsel von Branche zu Branche ist bei einem sehr stark von technischem Fortschritt getragenen Wachstum sehr oft zugleich auch ein Wechsel in einen anderen Beruf.

262. Welche Berufe in dem kurzen Zeitraum von 1950 bis 1961 Bedeutung gewonnen oder verloren haben, läßt Tabelle 74 erkennen. Überdurchschnittlich zugenommen haben danach vor allem die Dienstleistungsberufe im weiteren Sinne — also Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe; Ingenieure, Techniker und verwandte Berufe; Gaststättenberufe — aber auch gewisse industrielle und handwerkliche Berufe, zum Beispiel Kunststoffverarbeiter, Chemiewerker, Elektriker, Metallerzeuger und Metallverarbeiter. Zu den Berufen, die 1961 zwar von mehr Menschen ausgeübt wurden als 1950, aber keinen wesentlich größeren und machmal einen geringeren Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen haben, gehören die Bau-, Verkehrs- und Handelsberufe. Absolut wie relativ sind einige industrielle Berufsgruppen zurückgegangen, zum Beispiel die Bergleute und die Textilhersteller, und noch stärker als sie die land- und forstwirtschaftlichen und die hauswirtschaftlichen Berufe.

263. Für die Zukunftsaussichten einzelner Berufsgruppen oder Berufe liefert die Entwicklung von 1950 bis 1961 nur geringe Anhaltspunkte. Sie zeigt aber allgemein, wie groß die Verschiebungen sind, die das Wachstum in der Berufsstruktur hervorruft, und läßt insoweit Schlüsse für die Zukunft zu. Lange Zeit wurde der wachstumsbedingte Bedarf an beruflicher Anpassungsfähigkeit noch wesentlich verringert, weil geburtenstarke Jahrgänge in die Erwerbsbevölkerung hineinwuchsen, qualifizierte Arbeitskräfte aus Mitteldeutschland zuwanderten und die Erwerbstätigkeit der Frauen zunahm. Doch hat dies den Bedarf an beruflicher Mobilität nicht voll zu decken vermocht. Der Anteil der Erwerbstätigen mit einer Tätigkeit, die zum erlernten Beruf kaum eine Beziehung hat, ist nach den bis jetzt vorliegenden Einzeluntersuchungen eher größer geworden.

264. Die Einführung neuer Erzeugungsmethoden kann leicht auf Hindernisse stoßen, wenn dazu berufliche Qualifikationen gebraucht werden, die nicht oder nur in unzureichendem Maße vorhanden sind und nur in langer Ausbildungszeit erworben werden können. Anlagen zur elektronischen Datenverarbeitung zum Beispiel haben wenig Zweck, wenn die Unternehmer nur unzureichend erkennen, welche Aufgaben sie damit lösen können, oder wenn es an Mitarbeitern fehlt, die diese Aufgaben präzisieren, und an Programmierern oder an Technikern, die die hochgezüchteten elektronischen Anlagen warten und bedienen können.

265. Hieran ist ersichtlich, wie sehr die Produktivität der Investitionen in Sachkapital davon abhängt, ob zuvor genügend Mittel für Ausbildung, Forschung und technische Entwicklung eingesetzt wurden. Da die Investitionen in den Menschen nur langsam ausreifen (Ziffer 267), ist es geboten, sie langfristig zu planen. Dem steht — nicht nur in der Bundesrepublik — entgegen, daß gegenwärtig selbst elementare Informationen für eine solche Planung noch fehlen.

Tabelle 74

Erwerbspersonen nach Berufsgruppen [1])

Berufsgruppe [2])	13. 9. 1950		6. 6. 1961		
	1000	vH	1000	vH	Veränderung gegenüber 1950 in vH
Kunststoffverarbeiter	11	0,0	47	0,2	+326
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	1 493	6,4	3 377	12,7	+126
Reinigungsberufe	292	1,2	613	2,3	+110
Ingenieure, Techniker und verwandte Berufe	342	1,5	684	2,6	+100
Chemiewerker	160	0,7	280	1,1	+ 75
Warennachseher, Versandfertigmacher und Lagerverwalter	575	2,4	983	3,7	+ 71
Elektriker	394	1,7	652	2,5	+ 65
Gaststättenberufe	196	0,8	299	1,1	+ 53
Körperpfleger	152	0,6	229	0,9	+ 50
Maschinisten und zugehörige Berufe	219	0,9	326	1,2	+ 49
Lichtbildner, Drucker und verwandte Berufe	145	0,6	212	0,8	+ 46
Metallerzeuger und Metallverarbeiter	2 195	9,3	3 135	11,8	+ 43
Mithelfende Familienangehörige außerhalb der Land- und Forstwirtschaft	480	2,0	667	2,5	+ 39
Papierhersteller und -verarbeiter	91	0,4	126	0,5	+ 38
Künstlerische Berufe	138	0,6	188	0,7	+ 37
Rechtswahrer	45	0,2	59	0,2	+ 32
Erziehungs- und Lehrberufe	286	1,2	375	1,4	+ 31
Sozialpflegeberufe	27	0,1	36	0,1	+ 31
Gesundheitsdienstberufe	369	1,6	463	1,7	+ 26
Ordnungs- und Sicherheitswahrer	129	0,5	157	0,6	+ 22
Technische Sonderfachkräfte	50	0,2	60	0,2	+ 21
Verkehrsberufe	1 211	5,2	1 436	5,4	+ 19
Arbeitskräfte mit nicht bestimmtem Beruf	130	0,6	152	0,6	+ 16
Bauberufe	1 198	5,1	1 388	5,2	+ 16
Übrige Berufe der Wissenschaft und des Geisteslebens	49	0,2	56	0,2	+ 14
Alle Berufsgruppen	23 489	100	26 527	100	+ 13
Dienst- und Wachberufe	178	0,8	185	0,7	+ 4
Steinbearbeiter, Keramiker, Glasmacher	211	0,9	218	0,8	+ 3
Handelsberufe	2 332	9,9	2 386	9,0	+ 2
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	655	2,8	644	2,4	− 2
Seelsorger	74	0,3	67	0,3	− 10
Textilhersteller, Textilverarbeiter, Handschuhmacher	1 167	5,0	1 050	4,0	− 10
Bergleute, Mineralgewinner, Mineralaufbereiter	486	2,1	387	1,5	− 20
Holzverarbeiter und zugehörige Berufe	706	3,0	560	2,1	− 21
Forst-, Jagd- und Fischereiberufe	127	0,5	96	0,4	− 24
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	328	1,4	244	0,9	− 26
Mithelfende Familienangehörige in der Land- und Forstwirtschaft	2 773	11,8	1 990	7,5	− 28
Ackerbauer, Tierzüchter, Gartenbauer	2 331	9,9	1 564	5,9	− 33
Ungelernte Hilfskräfte soweit nicht an anderer Stelle eingeordnet	1 004	4,3	673	2,5	− 33
Hauswirtschaftliche Berufe	739	3,1	466	1,8	− 37

[1]) ohne Soldaten

[2]) gemäß Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1961

266. Nach vorliegenden Schätzungen ist in Deutschland ebenso wie in den Vereinigten Staaten das geistige Kapital seit der Jahrhundertwende schneller gewachsen als das materielle. Soweit die öffentliche Hand zu dieser Form der Kapitalbildung beigetragen hat, war ihr zunehmender Anteil am Sozialprodukt ein Reflex der großen Bedeutung öffentlicher Vorleistungen für den privaten Sektor. Es steht außer Zweifel, daß dieser Beitrag groß war und erheblich gewachsen ist.

267. Die wachstumsfördernde Wirkung der Ausbildung verteilt sich über lange Zeiträume. Im heutigen Ausbildungsstand der Erwerbstätigen zeigt sich das Ergebnis kulturpolitischer Entscheidungen, die vor Jahrzehnten getroffen wurden. Da die Erwerbstätigen von heute im Durchschnitt etwa 40 Jahre alt sind, hat nur die Hälfte von ihnen aus Verbesserungen des Ausbildungssystems, die um 1930 erfolgten, während der gesamten Grundausbildungszeit Nutzen gezogen. Die Einführung des neunten Pflichtschuljahres wird zunächst nur das Arbeitsangebot vermindern und den Anteil der Ausbildungsausgaben am Sozialprodukt erhöhen, ihre vollen Wirkungen aber erst 1985 und später zeitigen. Danach erst ergibt sich für die Gesellschaft ein Nettogewinn aus der Hebung des Leistungsstandes der Erwerbstätigen. Dagegen fallen die Erträge aus der Weiterbildung der Erwerbstätigen rascher an (Ziffer 273).

268. Was an Kosten und Mühe für die Ausbildung aufgewandt wird, belohnt der Markt nachher mit entsprechend hohen bildungsspezifischen Individualeinkommen. Dieser Zusammenhang wird durch Tabelle 75 belegt. Daß die Einkommensunterschiede daneben noch von der Begabung, von familiären Umständen und auch von institutionellen Regelungen der Berufswege mitbestimmt sind, ist selbstverständlich, aber hier nicht von Bedeutung.

Anhaltspunkte dafür, wie produktiv die einzelnen Ausbildungsformen sind, geben Schätzungen aus den Vereinigten Staaten. Die dort beobachteten Einkommensunterschiede, die in der Tendenz denen in der Bundesrepublik entsprechen, ergeben selbst bei voller Berücksichtigung der öffentlichen und privaten Ausbildungskosten Renditen, die keinen Zweifel daran lassen, daß sich ein Mehr an Ausbildung und Fertigkeiten für den einzelnen bezahlt macht. Daß daraus auch die Gesellschaft Nutzen zieht, ist wahrscheinlich. Dies könnte ein Grund mehr sein, einer immer größeren Zahl junger Menschen zu einem höheren Ausbildungsniveau zu verhelfen. Angesichts der zu erwartenden wissenschaftlichen und technischen Fortschritte ist die Gefahr massiver Fehlinvestitionen sehr viel geringer als die einer Unterinvestition.

269. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, den Niederlanden und Frankreich kann die Bun-

Tabelle 75

Erwerbstätige Männer im Alter von 15 bis unter 65 Jahren nach der Art der Ausbildung und nach Einkommensgruppen im April 1964[1])

Art der Ausbildung, die die Grundlage für die gegenwärtige Tätigkeit bildet	Insgesamt	Davon mit . . . DM monatl. Nettoeinkommen		
		unter 600	600 bis 1200	1200 und mehr
	1000	vH		
Pädagogische Hochschule, Universität, Sonstige Hochschule	642	*8,8*	*46,1*	*45,2*
Berufsfach-, Verwaltungs-, Fach-, Techniker- oder Ingenieurschule	1 080	*40,7*	*48,8*	*10,5*
Berufsbildende Schule und praktische Ausbildung	4 750	*55,2*	*38,6*	*6,2*
Nur praktische Ausbildung	3 633	*53,5*	*42,1*	*4,5*
Betriebliche Einarbeitung	3 969	*65,1*	*33,5*	*1,4*
Ohne Ausbildung	5 765	*75,9*	*22,4*	*1,7*
insgesamt	19 840	*60,6*	*34,3*	*5,1*

[1]) ohne Erwerbstätige in der Landwirtschaft, mithelfende Familienangehörige und Erwerbstätige ohne Angabe der Ausbildung oder des Einkommens

desrepublik in den kommenden Jahrzehnten nicht damit rechnen, daß ihre Erwerbsbevölkerung dadurch stark zunimmt, daß Jahr für Jahr mehr Menschen neu in das Erwerbsleben treten, als aus Altersgründen ausscheiden (Tabelle 112, Anhang). Sie kann mithin nicht damit rechnen, daß sich der durchschnittliche Qualifikationsstand der Erwerbsbevölkerung gleichsam von selbst durch Verjüngung erhöht (Tabelle 113, Anhang). Dieser Nachteil wird sich nur ausgleichen lassen, wenn die Bundesrepublik entsprechend mehr dafür sorgt, daß in der Grundausbildung die Qualität und in der Erwachsenen-Weiterbildung die Quantität zunimmt.

270. Der Fortschritt der Technik verlangt mehr berufliche Spezialisierung, der Wandel der Wirtschaft, mit dem er verbunden ist, mehr berufliche Anpassungsfähigkeit. Beides zugleich ist nur erreichbar, wenn die Ausbildungsbasis breit genug ist. Sie muß sogar die Grundlage sein für Berufe, die es erst in der Zukunft geben wird. Die neunjährige Pflichtschulzeit in allgemeinbildenden Schulen, wie sie in einigen Bundesländern bereits verwirklicht und in allen anderen vorgesehen ist, kann ebenso wie der verstärkte Besuch von Realschulen und Gymnasien (Tabelle 114, Anhang) als ein Schritt in dieser Richtung angesehen werden. Daß mehr und mehr Jugendliche höhere Schulen besuchen und anschließend studieren, entspricht einer langfristigen — nicht auf Deutschland beschränkten — Entwicklung (Tabelle 115, Anhang).

271. Was die spezielle Berufsvorbereitung anlangt, so ist das in der Bundesrepublik traditionelle Nebeneinander von Berufsschule und betrieblicher Ausbildung nicht mehr unumstritten. Die Qualität der betrieblichen Ausbildung ist manchmal ausgezeichnet, aber häufig auch sehr unbefriedigend; vor allem in Kleinbetrieben — aber nicht nur dort — stößt der Grundsatz, daß die Lehre im Betrieb in erster Linie ein Ausbildungsverhältnis ist, auf harte Rentabilitätserwägungen. Nicht unter allen Umständen kann der Betrieb als die beste Lehrstätte angesehen werden. Überbetriebliche Einrichtungen der Berufsausbildung gleichen das Qualitätsgefälle zwischen den Betrieben etwas aus; indem sie die Lückenhaftigkeit und Einseitigkeit der Ausbildung am spezialisierten Arbeitsplatz korrigieren, erleichtern sie es den Arbeitskräften, sich an produktions- oder nachfragebedingte Strukturwandlungen anzupassen.

Die Teilzeit-Berufsschule, die die betriebliche Ausbildung begleitet und die sie durch einen Grundstock theoretischer Kenntnisse ergänzen soll, kann ihren Aufgaben nicht gerecht werden, wenn die gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtstundenzahlen in allen Bundesländern mehr oder weniger stark unterschritten werden. Dies wiegt um so schwerer, als etwa die Hälfte des Berufsnachwuchses im Alter von 14 bis 15 Jahren in das Erwerbsleben eintritt. Wenn gleichzeitig der Anteil der 15- bis 19jährigen, die eine Vollzeitschule besuchen, geringer ist als in anderen Industrieländern (Tabelle 76), so wird dies selbst bei wohlwollender Einschätzung der Quantität und Qualität der betrieblichen Ausbildung nur dann keinen Nachteil für das gesamtwirtschaftliche Wachstum in der Zukunft bedeuten, wenn den Berufsschulen und den überbetrieblichen Einrichtungen der Berufsausbildung eine größere Rolle zugewiesen wird.

272. Eine breitere Grundausbildung bedeutet für den einzelnen, da sie ihn flexibler macht, mehr Sicherheit, wie Arbeitslosenstatistiken erkennen lassen (Tabelle 116, Anhang). Da sie vor der Entwertung von Spezialwissen schützt,

Tabelle 76

Anteil der 15- bis 19jährigen Vollzeitschüler an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung in ausgewählten Ländern

Land	Jahr	vH
Vereinigte Staaten	1958	66,2
Island	1957	57,9
Sowjetunion	1958	48,6
Kanada	1958	45,9
Norwegen	1957	35,7
Niederlande	1958	32,8
Schweden	1960	32,3
Belgien	1957	31,5
Frankreich	1958	30,8
Luxemburg	1957	25,2
Schweiz	1956	22,9
Irland	1957	19,6
Dänemark	1957	18,5
Bundesrepublik Deutschland	1958	17,6
Großbritannien	1957	17,6
Griechenland	1956/57	16,9
Jugoslawien	1956	16,9
Italien	1957	15,7
Spanien	1958/59	13,3
Österreich	1957	13,1
Portugal	1957/58	8,8
Türkei	1959/60	3,3

Quelle: OECD

verringert sie den Widerstand gegen die Durchsetzung technischer Fortschritte in Gesellschaft und Wirtschaft.

273. Eine Ausbildung, die sich auf einen Lebensabschnitt beschränkt, kann der Entwicklung des Wissens und dem Wandel der beruflichen Anforderungen nur unvollkommen gerecht werden. Bei dem schnellen Fortschritt in der Gegenwart verliert früher erworbenes Wissen oft ziemlich rasch an Wert, sofern es nicht durch formale oder informale Weiterbildung auf dem jeweils höchsten Stand gehalten wird. Die Aussicht, allein durch informale Weiterbildung — vor allem also durch Lernen am Arbeitsplatz — Schritt zu halten, wird wohl in Zukunft noch geringer sein als heute. Es erscheint daher notwendig, daß die formale Ausbildung, also die Ausbildung in Form organisierter Lernprozesse, auch in späteren Lebensjahren fortgesetzt wird. Daneben ist damit zu rechnen, daß die Neigung der jeweils nachfolgenden Generation, einen größeren Anteil der Jahre, in denen sie im erwerbsfähigen Alter steht, der Ausbildung zu widmen, weiter anhalten wird. Für die vorangehende Generation bedeutet dies einen zusätzlichen Zwang zur Weiterbildung, sofern sie ihren ökonomischen Status nicht auf andere Weise absichern kann.

274. Die „zünftlerische" Vorstellung von einem Beruf, dem man gleichsam von der Wiege bis zur Bahre verpflichtet ist, wird der Zukunft noch weniger gerecht als der Gegenwart. Immer mehr ist damit zu rechnen, daß Menschen durch die Umstände veranlaßt werden, den ursprünglich erlernten Beruf im Laufe des Erwerbslebens vielleicht sogar mehrmals zu wechseln. Auch wird wohl das Berufsalter dann weniger als bisher die Entwicklung des Arbeitseinkommens im Laufe eines Berufslebens bestimmen.

275. Maßnahmen, die Fortbildung und Umschulung anregen, erleichtern und begünstigen, werden deshalb in Zukunft für ein angemessenes Wirtschaftswachstum kaum entbehrlich sein. Diesem Gesichtspunkt entspräche es, wenn man einen Anspruch auf Bildungsurlaub gesetzlich oder tariflich begründete und wenn man Ausbildungs- und Umschulungskosten steuerlich anerkennen würde [1]). Derartige Maßnahmen blieben indes ohne großen Erfolg, wenn es dann an privaten oder öffentlichen Instituten fehlte, die solche organisierten Lernprozesse anbieten.

[1]) Es ist paradox, wenn das herrschende Steuerrecht Tatbestände, die ökonomisch gleich zu beurteilen sind — nämlich Fortbildungskosten einerseits und Ausbildungs- beziehungsweise Umschulungskosten andererseits — unterschiedlich behandelt. Ausbildungs- und Umschulungskosten sind nach einem Urteil des Bundesfinanzhofs Kosten der Lebensführung und daher nicht abzugsfähig.

Tabelle 77

Öffentliche Ausgaben für Ausbildung im Deutschen Reich bzw. in der Bundesrepublik Deutschland

Jahr	Insgesamt	Anteil an den öffentlichen Gesamtausgaben	Anteil am Bruttosozialprodukt
	Millionen RM/DM	vH	vH
1925	2 003,5	*13,9*	*2,8*
1932	1 922,4	*13,2*	*3,4*
1951	2 929,9	*8,0*	*2,4*
1956	5 669,5	*9,5*	*2,7*
1962	10 594,6	*9,6*	*3,0*
1964 [1])	12 211,0	*9,3*	*3,0*

[1]) Haushaltsansätze, teilweise geschätzt

276. Gemessen an den öffentlichen Ausgaben für Schulen und Hochschulen hat die Bundesrepublik in den letzten Jahren sehr viel mehr für die Ausbildung aufgewandt als zu Beginn d fünfziger Jahre; das gilt sowohl absolut wie im Verhältnis zu den Gesamtausgaben der öffentlichen Hand; es gilt aber auch im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt (Tabelle 77). Ein sehr beachtlicher Teil dieser Ausgabenzunahme war allerdings durch Preis- und Gehaltssteigerungen bedingt. Diese fielen besonders ins Gewicht, weil der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben für Schulen und Hochschulen mit rund 60 vH (1962) sehr groß ist.

277. Man kann die Zunahme der Personalausgaben — soweit sie nicht durch den größeren Personalbestand bedingt ist — in voller Höhe als Preissteigerung ansehen; dann errechnet sich nach vorliegenden Schätzungen [1]) für den „Preisindex" der Personalausgaben an Schulen und Hochschulen von 1950 bis 1962 ein Anstieg um rund 165 vH. In diesem Maße haben sich also die durchschnittlichen Gehälter der Lehrer erhöht, teils im Zuge allgemeiner Gehaltsaufbesserungen, teils infolge von Maßnahmen, die mittelbar den Durchschnitt der Lehrergehälter erhöhten [1]). Gleichwohl sind die Einkommen der Lehrer von 1950 bis 1962 im Durchschnitt nur unwesentlich mehr gestiegen als die Bruttolohn- und -gehaltsumme je Kopf

[1]) Die Zahlenangaben der Ziffern 277 bis 279 sind einer unveröffentlichten Untersuchung von Günter Palm, die am Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft durchgeführt wurde, entnommen.

(155 vH). Daraus darf man jedoch nicht folgern, daß auch künftig die Lehrergehälter kaum schneller steigen werden — oder dürfen — als die durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen. Marktwirtschaftlich gesehen, müßte eine anhaltende Knappheit an Lehrern überproportionale Gehaltssteigerungen nach sich ziehen. Wenn es nicht genug Lehrer gibt und die Klassenfrequenzen zunehmen, so erhöht sich zwar die „Arbeitsproduktivität" im Ausbildungssystem, doch ist dies wohl nur rechnerisch so, weil höhere Klassenfrequenzen die Qualität der Ausbildung beeinträchtigen, jedenfalls solange sich kein lerntechnisch-organisatorischer Fortschritt im Ausbildungssystem durchsetzt.

278. Schwächer als die „Preise" für Personalausgaben sind zwischen 1950 und 1962 die Preise für die Ausgabengruppe „Fortdauernde Sachausgaben" und für die Investitionen der Schulen und Hochschulen gestiegen, nämlich nur um rund 50 vH bzw. 70 vH. Doch ist auch bei diesen Ausgabenarten — selbst bei konstantem gesamtwirtschaftlichen Preisniveau — in der Zukunft mit Preissteigerungen zu rechnen, und zwar auch dann, wenn — besonders bei den Bauinvestitionen — bestehende Rationalisierungsmöglichkeiten stärker als bisher genutzt werden sollten. Denn die Nachfrage der Schulen und Hochschulen richtet sich auch insoweit gerade auf solche Güter und Dienstleistungen — Bewirtschaftung und Unterhaltung der Gebäude, Käufe von Lehr- und Lernmitteln —, deren relative Preise infolge geringerer Möglichkeiten, arbeitssparende Produktionsverfahren zu verwenden, längerfristig steigen werden. [2])

279. Von der nominalen Zunahme der „Fortdauernden Ausgaben" für Schulen und Hochschulen — sie lagen 1962 um rund 270 vH höher als 1950 — entfielen etwa 80 vH auf Preis- und Gehaltssteigerungen, ein sehr kleiner Teil — rund 3 vH — auf die Zunahme der Zahl der Schüler und mithin weniger als ein Fünftel darauf, daß sich die Ausbildungsmöglichkeiten — das Verhältnis der Zahl der Schüler je Lehrer und der Sachausgaben je Schüler — verbesserten. [3])

280. Auch wenn sich in den kommenden Jahren wider Erwarten die Nachfrage nach Ausbildung nicht mehr auf solche Stufen hin verschieben sollte, die höhere Kosten je Schüler haben [4]), so müßten die Ausgaben für Schulen und Hochschulen doch nicht unbeträchtlich schneller steigen als die Gesamtausgaben der öffentlichen Hand oder das Bruttosozialprodukt, sofern nur der jetzige Versorgungsstand aufrecht erhalten bleiben soll. Ähnliches gilt für die öffentlichen Ausgaben für Forschung und technische Entwicklung.

281. Die Haushaltspolitik wird auf all dies Bedacht nehmen müssen. Ausgaben für Ausbildung wie für Forschung und für technische Entwicklung lassen sich, verglichen mit solchen für andere Gemeinschaftsaufgaben, nach aller Erfahrung am leichtesten kürzen; dabei käme ein Festhalten an nominalen Größen selbst bei Geldwertstabilität einer realen Minderung gleich.

282. Stetiges und angemessenes Wachstum erfordert den Wandel der Strukturen, der Wandel der Strukturen jedoch Menschen, die ihm gewachsen sind, die ihn treiben und ihn tragen. An den Menschen werden immer neue Anforderungen gestellt, denen er nur genügen kann, wenn zu einer breiten Grundausbildung die Möglichkeit ständiger Fortbildung kommt. Fortschritte auf dem Gebiet der Bildung, an der in unserer Gesellschaft alle Schichten der Bevölkerung teilhaben sollen, setzen sich auch in wirtschaftlichen Fortschritt um, allerdings erst nach langen Jahren, vielleicht sogar erst nach einem Menschenalter. Wenn es somit auf irgendeinem Gebiet öffentlicher Tätigkeit der langfristigen Vorausschau, der Planung und der Stetigkeit bedarf, dann auf diesem.

---

[1]) So stieg das Verhältnis der Oberstudienratsstellen zu den Studienratsstellen an den Gymnasien von 1:13,3 im Jahr 1950 auf 1:3,6 im Jahre 1962.

[2]) So waren nach Schätzungen von Palm (vgl. Anmerkung zu Ziff. 277) die Ausgaben der Hochschulen für Lehr- und Lernmittel — in erster Linie also Bücher — in laufenden Preisen 1962 rund sieben mal so hoch wie 1950; in konstanten Preisen gerechnet, war ihr Anstieg hingegen nur etwa halb so groß.

[3]) Diese Aufgliederung des Ausgabenzuwachses berücksichtigt nicht den „Struktureffekt", der sich ergibt, wenn bei gleichbleibender Schülerzahl mehr Schüler weiterführende Schulen besuchen.

[4]) Die Ausgaben je Schüler bzw. Hochschüler lagen 1962 an den Realschulen um etwa die Hälfte höher als an den Volksschulen, an den Gymnasien waren sie mehr als doppelt so hoch, und an den Hochschulen betrugen sie fast das Sechsfache der Ausgaben je Schüler an den Volksschulen.

ANHANG

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfasssung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstellt jährlich bis zum 15. November ein Gutachten. Darüber hinaus soll er nach seinem Ermessen zusätzliche Gutachten erstellen, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden.

(2) Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung zusätzlicher Gutachten nach Absatz 1 Satz 2 beauftragen.

(3) Der Sachverständigenrat leitet die Gutachten der Bundesregierung unverzüglich zu und veröffentlicht sie acht Wochen danach. Die Gutachten nach Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 kann der Sachverständigenrat im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft auch zu einem anderen Zeitpunkt veröffentlichen.

(4) Zu dem Gutachten nach Absatz 1 Satz 1 nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen. Zu anderen Gutachten kann die Bundesregierung Stellung nehmen.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Die Bundesregierung hat dem vorstehenden Gesetz die nach Artikel 113 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung erteilt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 14. August 1963

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

Der Bundesminister des Innern
Höcherl

Der Bundesminister der Finanzen
Dr. Dahlgrün

II.

Presseerklärung vom 10. Februar 1965

Aus der Anwendung des Gesetzes hatten sich nach der Einreichung des Jahresgutachtens 1964 Mißverständnisse ergeben, die die Arbeit des Rates unnötig zu belasten drohten. Um diese Mißverständnisse zu beseitigen, fand zwischen dem Bundeswirtschaftsminister als Vertreter der Bundesregierung und dem Sachverständigenrat am 10. Februar 1965 eine Aussprache statt, die volles Einvernehmen erbrachte. Das Ergebnis dieser Aussprache wurde in einer Presseerklärung wie folgt zusammengefaßt:

1. Das Jahresgutachten 1964/65 entspricht dem gesetzlichen Auftrag.

2. Maßgebend für die Gutachten sind nur die im Gesetz ausdrücklich genannten Ziele:

   Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung.

   Der Sachverständigenrat hat keine Möglichkeiten, von diesem gesetzlichen Auftrag zugunsten anderer Zielvorstellungen abzuweichen.

3. Die Bundesregierung hat bei ihren Stellungnahmen die nationalen und internationalen Verpflichtungen, politische Gegebenheiten und Zielvorstellungen zu berücksichtigen.

4. Die Gründe, die den Sachverständigenrat veranlaßt haben, keine Alternativrechnungen in der konzisen Form volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen vorzulegen und die Prognose auf einen kürzeren Zeitraum als ein Jahr zu beschränken, werden anerkannt.

5. Die geeignete Form für die Veröffentlichung des nächsten Gutachtens und für die Veröffentlichung der Stellungnahme der Bundesregierung wird zwischen den Beteiligten rechtzeitig vereinbart werden.

Sachverständigenrat und Bundesregierung bekräftigen angesichts der gegenwärtigen Situation ihre Überzeugung, daß die Preisstabilität absoluten Vorrang genießen muß. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn alle Beteiligten, Öffentliche Hand, Arbeitnehmer und Unternehmer, mitwirken und wenn Preisauftriebstendenzen, die aus den außenwirtschaftlichen Beziehungen herrühren, ausgeschaltet werden können.

III.

Fragen der Bildung und Verteilung von Einkommen und Vermögen

1. Brief des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes an den Sachverständigenrat
2. Anregungen zum Ausbau der Einkommenstatistik

STATISTISCHES BUNDESAMT
Der Präsident

62 Wiesbaden, 10. November 1965
Postfach 828
Gustav-Stresemann-Ring 11
Fernruf 7 78 51
Fernschreiber 04 186 836

An den
Vorsitzenden des Sachverständigenrates
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Herrn Professor Dr. Bauer

43 Essen-Heisingen
Vollbergwinkel 7

Betr.: Nachweis der Bildung und Verteilung von Einkommen und Vermögen in der deutschen amtlichen Statistik

Bezug: Schreiben des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes vom 31. Oktober 1964

Sehr geehrter Herr Professor Bauer!

Im vorigen Jahr hat der damalige Präsident des Statistischen Bundesamtes, Herr Dr. Fürst, dem Sachverständigenrat in einem ausführlichen Schreiben einen Überblick über die verfügbaren und demnächst zu erwartenden statistischen Unterlagen zur Einkommens- bzw. Vermögensbildung und -verteilung gegeben. Er hat aber auch auf die Lücken im einkommens- und vermögensstatistischen Instrumentarium der deutschen amtlichen Statistik hingewiesen, die es zur Zeit noch verhindern, ein in sich geschlossenes und zuverlässiges statistisches Gesamtbild der Einkommens- bzw. Vermögensbildung und -verteilung zu zeichnen. Einige Möglichkeiten für die Weiterentwicklung der statistischen Nachweisungen und Berechnungen wurden angedeutet.

Die Darstellung der Einkommensentstehung und -verteilung in den **Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen,** die vor allem für viele makro-ökonomische Untersuchungen von Interesse sein dürfte, konnte inzwischen vervollständigt und verfeinert werden. Das Einkommen aus unselbständiger Arbeit wurde für den Zeitraum 1950 bis 1964 nach zehn Wirtschaftsbereichen aufgeteilt; das Ergebnis dieser Berechnungen wird gegenwärtig überprüft. Im Zusammenhang hiermit fallen — allerdings nur als Differenz zwischen der Wertschöpfung und dem gezahlten Einkommen aus unselbständiger Arbeit — auch Unterlagen über die in den zehn Wirtschaftsbereichen im Produktionsprozeß „entstandenen" Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen an. Ein Nachweis der entstandenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen in feinerer Bereichsgliederung dürfte aus verschiedenen Gründen bis auf weiteres kaum möglich sein (z. B. gibt es nur grobe Anhaltspunkte über die Abschreibungen nach einzelnen Wirtschaftszweigen). Zwar wird mit den Ergebnissen des für 1962 durchgeführten Industriezensus und den neuen jährlichen Unternehmenserhebungen in der Industrie in Zukunft weiteres Material zur Berechnung des Beitrages zum Bruttoinlandsprodukt und evtl. auch der Einkommen aus unselbständiger Arbeit anfallen; es fehlt jedoch vorerst noch an statistischen Unterlagen, die eine vollständige Aufteilung des Beitrages zum Bruttoinlandsprodukt in Abschreibungen, indirekte Steuern, Einkommen aus unselbständiger Arbeit sowie aus Unternehmertätigkeit und Vermögen für eine detailliertere Bereichsgliederung vertretbar erscheinen lassen.

Erste Ergebnisse über die Ausgliederung der Vermögenseinkommen aus den verteilten Erwerbs- und Vermögenseinkommen in der Volkswirtschaft werden voraussichtlich im Laufe des nächsten Jahres vorgelegt werden können. Es wird gegenwärtig versucht, anhand der verfügbaren statistischen Unterlagen die von Sektor zu Sektor fließenden Vermögenseinkommen (Zinsen, Dividenden und Nettomieten) für die Jahre 1960 bis 1964 zu schätzen; die Gewinne (einschl. Verzinsung des Eigenkapitals und Unternehmerlohn) ergeben sich dann als Restgröße. Allerdings wird man aus der Restgröße „Gewinn" die darin noch enthaltenen Lohnnebenkosten — soweit sie bisher nicht in das Einkommen aus unselbständiger Arbeit einbezogen werden konnten — vorläufig nicht eliminieren können. Dieser Mangel haftet auch den oben erwähnten Daten über das Einkommen aus unselbständiger Arbeit und aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in der Gliederung nach zehn Wirtschaftsbereichen an.

Die Darstellung der Vermögensveränderung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen soll in absehbarer Zeit durch eine feinere Aufgliederung der Sachvermögensbildung (Anlageinve-

stitionen nach investierenden Wirtschaftsbereichen) ergänzt werden. Hierfür müssen jedoch noch weitere Ergebnisse des Industriezensus und der Handwerkszählung 1962, des Verkehrszensus 1962 und der Ergänzungserhebung zur Handels- und Gaststättenzählung 1960 abgewartet werden. Dagegen bestehen bei dem gegenwärtig verfügbaren statistischen Material noch keine Möglichkeiten, die Geldvermögensbildung (Veränderung der Forderungen und Verbindlichkeiten) eingehender nach Wirtschaftsbereichen nachzuweisen.

Von den neueren Statistiken, die Anhaltspunkte über die Einkommens- und Vermögensbildung bzw. -verteilung der privaten Haushalte geben können, befindet sich die **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe** 1962/63 in einem fortgeschrittenen Stadium der Aufbereitung. Diese Repräsentativstatistik ist allerdings in erster Linie darauf abgestellt, Aufschlüsse über die Verbrauchsstruktur und die Zusammenhänge zwischen Einkommen, Verbrauch und Ersparnis zu geben, und zwar für die verschiedenen sozialen Gruppen der Bevölkerung. Erste Ergebnisse über die Verbrauchsstruktur der Haushalte nach sozioökonomischen Gruppen, Haushaltsgröße und Einkommensgrößenklassen wurden bereits veröffentlicht. In der letzten Aufbereitungsphase soll vor allem versucht werden, die Zusammenhänge zwischen Einkommen und Einkommensverwendung — insbesondere zwischen Einkommen und Ersparnis — herauszustellen, und zwar ebenfalls wieder in einer Gliederung nach sozioökonomischen Gruppen, Haushaltsgröße und Einkommensgrößenklassen. Dabei wird man sich z. T. mit relativ groben Gruppierungen zufrieden geben müssen. Detaillierte Einnahme- und Ausgaberechnungen müssen schon wegen der verhältnismäßig geringen Zahl der Haushalte mit auswertbaren Angaben und der bei solchen Erhebungen angewandten Methoden (Rotation der Haushalte bei der Erhebung) auf bestimmte Gruppen von Haushalten beschränkt bleiben.

Die Frage, ob überhaupt aus Einkommens- und Verbrauchsstichproben mit relativ geringem Auswahlsatz ausreichend gegliederte Einkommensschichtungen für die Gesamtbevölkerung zu erwarten sind, muß nach den bisher — auch international — gesammelten Erfahrungen zurückhaltend beurteilt werden. Dies ist auch nicht Hauptziel derartiger Erhebungen. Insbesondere dürfte eine verallgemeinerungsfähige Einkommensgliederung der Haushalte von Handwerkern und übrigen Selbständigen an der geringen Zahl der erfaßten Fälle scheitern. Für die übrige Bevölkerung läßt sich dagegen unter Verzicht auf tiefere Untergliederungen eine brauchbare Einkommensschichtung erarbeiten. Zu prüfen ist noch, wieweit durch eine Kombination der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe mit anderen Statistiken, z. B. mit der Einkommen- und Lohnsteuerstatistik 1961 sowie der Wohnungsstichprobe 1960, das fehlende Gesamtbild gewonnen werden kann.

Die Erfahrungen, die man bei der Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 sammeln wird, werden noch zeigen, ob und inwieweit man auf diesem Wege auch das Grundmaterial für eine Darstellung der Vermögensbildung der privaten Haushalte nach bestimmten Haushaltsgruppen (z. B. Arbeitnehmerhaushalte, Selbständigenhaushalte usw.) gewinnen kann. Im Augenblick läßt sich noch nicht übersehen, ob die Aufzeichnungen über die Bewegungen auf den Vermögenskonten usw. ausreichen werden, um — z. B. im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen — einen in sich geschlossenen Überblick über die Veränderungen des Vermögens zu geben. Vorbehalte gelten insofern, als die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe entgegen den ursprünglichen Plänen nicht für das Kalenderjahr 1962, sondern von Mitte 1962 bis Mitte 1963 durchgeführt werden mußte.

Ein abschließendes Urteil über die wünschenswerte **Weiterentwicklung des statistischen Instrumentariums** für Untersuchungen der Einkommen und der Ersparnisse der privaten Haushalte läßt sich erst bilden, wenn die Gesamtergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe Anfang 1966 vorliegen und die bei der Erhebung und Aufbereitung gemachten Erfahrungen gründlich ausgewertet worden sind. Ein besonderes Problem wird hierbei die Frage bilden, wie man zu besseren Unterlagen über die Einkommen und Ersparnisse der Selbständigen kommen kann.

Hinsichtlich der Einkommensschichtung wird man sich in Zukunft wohl auch weiterhin in starkem Maße auf die Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik und vor allem der Wohnungsstichproben — zumindest als Kontrollgrößen — stützen müssen. Die Interviewerhebung zur Wohnungsstichprobe 1965 (die immerhin 200 000 Haushalte und damit das Vierfache des Erhebungssolls der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe umfaßt) ist inzwischen weitgehend abgeschlossen worden; mit den ersten Ergebnissen über die Einkommen der Haushalte wird man voraussichtlich Ende 1966 rechnen können. Inwieweit es etwa möglich sein wird, im Rahmen der Einkommensteuerstatistik durch eine Aufbereitung der Steuererklärungen zu einer schnelleren Information über die steuerlichen Einkommen zu gelangen, wird noch eingehend geprüft werden. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß diese Statistik hierdurch nicht völlig ihren Charakter als Steuerstatistik verlieren darf. Auch wenn man verschiedene Quellen kombiniert und sie im einzelnen verbessert, dürfte es nach wie vor nicht leicht sein, einen einigermaßen zuverlässigen und ausgewogenen Gesamtüberblick über die Schichtung aller Einkommen zu vermitteln.

Der Plan, die über die Struktur und die Entwicklung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit in feinerer Untergliederung nach ökonomischen und persönlichen Merkmalen vorhandenen Unterlagen um Zahlen für den öffentlichen Dienst zu ergänzen, konnte leider noch nicht verwirklicht werden. Die für die vorgesehene Lohn- und Gehaltsstrukturerhebung im öffentlichen Dienst 1965 notwendige Rechtsgrundlage hat nicht die Zustimmung des Bundesrates gefunden. Es besteht jedoch noch Aussicht, daß diese Erhebung u. U. für das Jahr 1966 angeordnet wird.

Ich begrüße es außerordentlich, daß der Sachverständigenrat bzw. einzelne Mitglieder des Sachverständigenrates im Verlaufe der vergangenen Monate Gespräche mit Vertretern des Amtes geführt haben, in denen die für die Untersuchungen des Sachverständigenrates bedeutsamen Gesichtspunkte zum Ausdruck gebracht und die methodischen und technischen Probleme einer verbesserten statistischen Erfassung der Einkommen und Vermögen diskutiert worden sind. Das Amt wird sich bemühen, über die im letzten Jahr erzielten Fortschritte hinaus die Arbeiten des Sachverständigenrates auf dem Gebiete der Einkommens- und Vermögensbildung und -verteilung weiterhin nach besten Kräften zu unterstützen. Dabei sind ihm allerdings durch die Haushaltssituation und die Tatsache, daß ohne gesetzliche Grundlage keine neuen Statistiken durchgeführt werden können, Grenzen gesetzt.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr
(P. Schmidt)

Anregungen zum Ausbau der Einkommenstatistik

1. Nach dem Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (§ 2 Satz 3) sollen in den Gutachten des Rates auch „die Fragen der Bildung und Verteilung von Einkommen und Vermögen" untersucht werden. Ausreichende Informationen der amtlichen Statistik über die Schichtung der Einkommen (Vermögen) der Personen und der Haushalte und über deren Veränderungen über die Zeit liegen jedoch nicht vor. Der Sachverständigenrat hatte in seinem Jahresgutachten 1964/65 die Hoffnung ausgesprochen, daß ihm schon im Verlaufe dieses Jahres Material zugänglich gemacht würde, das es ihm erlaubte, sich bereits in diesem Jahresgutachten eingehender mit den Fragen der Einkommensverteilung zu befassen. Doch wurde die statistische Informationsbasis in der Zwischenzeit nicht wesentlich verbreitert.

2. Die Informationen, die dem Sachverständigenrat inzwischen zugänglich gemacht wurden, weisen — bei aller Bedeutung, die sie im Grundsätzlichen besitzen — vor allem einen bedauerlichen Mangel an Aktualität auf. Das gilt besonders für die Statistiken der Besteuerung des Einkommens natürlicher und juristischer Personen (Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik). Soweit die Ergebnisse dieser Statistiken für das Jahr 1961 — das letzte, für das sie durchgeführt wurden — vorliegen, können sie nur mit Vorbehalt Auskunft über die Struktur der persönlichen Einkommen und darüber geben, wie sich ihre Verteilung in der jüngsten Vergangenheit verändert hat.

3. Diesem Mangel an Aktualität können nur eine Umgestaltung und eine Neugestaltung der in Frage kommenden Statistiken abhelfen. Da die amtliche Statistik Schritte in dieser Richtung ohne besonderen gesetzlichen Auftrag nicht unternehmen kann, hat der Sachverständigenrat in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt geprüft, welche gesetzlichen, methodischen und technischen Voraussetzungen für eine solche Reorganisation erforderlich sind.

4. Wenn im folgenden Fragen der Einkommensteuerstatistik in den Vordergrund gestellt werden, so bedeutet dies nicht, daß der Sachverständigenrat eine Aktualisierung allein dieser Statistik für dringend hält. Er stellt sie deshalb heraus, weil er den Eindruck gewonnen hat, daß ihrer Lösung mehr gesetzliche, methodische, technische — aber auch psychologische — Widerstände im Wege stehen als beispielsweise den Fragen der Lohnsteuerstatistik. Die Fragen der Körperschaftsteuerstatistik können weitgehend analog behandelt werden.

5. Fielen die Ergebnisse der genannten Statistiken rascher an, so wäre dies nicht nur für die Analyse der Einkommensentwicklung und der Einkommensschichtung bedeutungsvoll. Auch die Finanzverwaltungen erhielten gleichzeitig für ihre eigenen Zwecke aktuelleres Zahlenmaterial über die Einkünfte, über die Einkommen und über die Steuerschuld der Steuerpflichtigen. Dies setzte vor allem auch die Regierungen in Bund und Ländern in den Stand, ihre Steuervorausschätzungen stärker zu fundieren. Darüber hinaus könnten die Ergebnisse dieser Statistiken als Grundlage von Kontrollrechnungen im Rahmen der Sozialproduktschätzungen dienen.

6. Daß Einzelergebnis der einkommensteuerstatistischen Erhebungen des Jahres 1961 erst im Jahre 1965 — das Gesamtergebnis erst im Jahre 1966 — veröffentlicht werden können, liegt daran, daß diese Statistik aufgrund der Durchschriften der Einkommensteuer b e s c h e i d e durchgeführt wird. Jeder Versuch, diese Statistik zu beschleunigen, muß also entweder an der Spanne zwischen der Erteilung der Bescheide und der Veröffentlichung der Ergebnisse der statistischen Auswertung oder an der Spanne zwischen der Abgabe der Einkommen-

steuererklärungen und der Erteilung der Einkommensteuerbescheide anknüpfen. Zur Aussprache stehen folgende Möglichkeiten:

die Finanzverwaltungen, unterstützt durch schärfere Vorschriften über die Termine, bis zu denen die Einkommensteuererklärungen abzugeben sind, führen die Veranlagung wesentlich schneller als bisher durch und stellen die Zählpapiere unverzüglich den mit ihrer Auswertung beauftragten statistischen Ämtern zur Verfügung (Ziffer 7);

der Übergang zu einem System der Einkommensteuerselbstveranlagung, der den Zeitpunkt der Auswertung für steuerliche Zwecke und den Zeitpunkt der Auswertung für statistische Zwecke fast zusammenfallen läßt (Ziffer 8);

der Übergang zu einem System der Einkommensteuerselbstberechnung, der die Zeitspanne ebenfalls erheblich abkürzt (Ziffer 9); statt der festgestellten werden die e r k l ä r t e n Einkommen Gegenstand der Erhebung (Ziffer 10 ff.).

7. Selbst wenn die im Bereich der Finanzverwaltung noch bestehenden Rationalisierungsmöglichkeiten voll ausgenutzt würden, wäre es kaum möglich, bei Beibehaltung des jetzigen Veranlagungsverfahrens die Zeit zwischen Einkommensteuererklärung und Einkommensteuerbescheid so erheblich abzukürzen, daß die Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik wesentlich beschleunigt anfielen. Beschleunigen könnte man diese Statistik allerdings dann, wenn die Finanzämter die Zählpapiere unverzüglich an die Statistischen Landesämter abgäben.

8. Wollte man zu einem System der Einkommensteuerselbstveranlagung übergehen, so müßte zuvor das Steuerrecht grundsätzlich geändert werden; dieser Änderung stünden aber so erhebliche psychologische Widerstände der Steuerpflichtigen entgegen, daß man auf absehbare Zeit nicht damit rechnen kann, auf diese Weise die Einkommensteuerstatistik zu beschleunigen. Der Sachverständigenrat möchte aber festhalten, daß einem System zeitnaher Selbstveranlagung erhebliche konjunkturpolitische Bedeutung zukommt (JG 64 Ziffer 212).

9. Eher ließe sich vielleicht ein System der Einkommensteuerselbstberechnung verwirklichen. Die niedersächsischen Erfahrungen mit einem solchen System rechtfertigen möglicherweise einen gewissen Optimismus in dieser Hinsicht. Die selbst berechneten erklärten Einkommen und die auf sie entfallende selbstberechnete Steuerschuld weichen jedenfalls so wenig von den festgestellten Einkommen und von der endgültigen Steuerschuld ab, daß es durchaus vorteilhaft erschiene, dieses System weiter zu entwickeln. Damit es für einkommenstatistische Zwecke nutzbar gemacht werden kann, müßten allerdings alle Einkommensteuerpflichtigen einbezogen werden. Ein System der Einkommensteuerselbstberechnung beschleunigte also erst auf längere Sicht auch die Einkommensteuerstatistik.

10. Wäre es dagegen aber möglich, statt der festgestellten die e r k l ä r t e n Einkommen insbesondere also auch für Zwecke der Steuer statistisch zu erfassen, so könnte die Einkommensteuerstatistik ganz erheblich beschleunigt werden. Um einen Eindruck von dem Umfang, in dem die erklärten von den festgestellten Einkommen abweichen, zu gewinnen, empfähle sich allerdings eine repräsentative Auswertung auch der festgestellten Einkommen (nach den Bescheiden) für mehrere Jahre. Eine Statistik der e r k l ä r t e n Einkommen machte ohnehin die bisherige Veranlagungsstatistik nicht völlig entbehrlich.

11. Je nach der Tiefe, in der die einkommenstatistischen Informationen gewünscht werden, könnte sich die Auswertung auf einen mehr oder weniger hohen Auswahlsatz beschränken (Repräsentativerhebung). Damit wäre eine bedeutende Zeit- und Kostenersparnis verbunden. Eine Repräsentativerhebung wäre auf alle Fälle notwendig, wenn die Einkommensteuerstatistik — auf der Grundlage des erklärten Einkommens — jährlich veranstaltet werden soll. Auf die Erfahrungen, die mit der Einkommensteuerstatistik 1957 gemacht wurden — sie wurde teilweise repräsentativ aufbereitet —, könnte zurückgegriffen werden.

12. Auch sollten die Erfahrungen, die man in den Vereinigten Staaten gemacht hat, nicht ungenutzt bleiben; dort werden sowohl die Individual Income Tax Returns als auch die Corporation Income Tax Returns und die Business Tax Returns alljährlich repräsentativ-statistisch ausgewertet. Daß mit der repräsentativen Aufbereitung eine beträchtliche Zeitersparnis verbunden ist, zeigt sich dort sehr deutlich. So waren — zumindest vorläufige — Ergebnisse der Individual Income Tax Returns des Jahres 1963 schon im Sommer 1965 verfügbar.

13. Allerdings liegen in den Vereinigten Staaten insofern günstigere Voraussetzungen für die Einkommensteuerstatistiken vor, als dort deren Durchführung in der Verantwortung der Statistischen Abteilung des Internal Revenue Service, U. S. Treasury Department, liegt — wohl aber auch, weil dort das System zeitnaher Selbstveranlagung gilt. Da in der Bundesrepublik die Statistischen Landesämter und das Statistische Bundesamt die Statistiken des Einkommens natürlicher und juristischer Personen durchführen, muß sichergestellt sein, daß das Steuergeheimnis (§§ 22 und 412 der Reichsabgabenordnung) gewahrt bleibt. Dies gewährleistet aber schon die Generalklausel des § 4 des Gesetzes über die Statistiken der Steuern

vom Einkommen vom 21. Januar 1956 (BGBl. I S. 34): „Die mit der Durchführung der Statistiken der Steuern vom Einkommen befaßten Personen in statistischen Behörden gelten als Amtsträger im Sinne der §§ 22 und 412 der Reichsabgabenordnung ... Sie sind einzeln auf die Wahrung des Steuergeheimnisses zu verpflichten."

14. Während die Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik aufgrund von Statistischen Blättern, die für diesen Zweck anonymisiert werden, durchgeführt wird und auf diese Weise das Steuergeheimnis doppelt gesichert ist, sind die Lohnsteuerkarten und die Lohnsteuerüberweisungsblätter Zählpapiere für die Lohnsteuerstatistik. Da aber der Gesetzgeber für die Lohnsteuerstatistik die einfache Sicherung durch den § 4 des Gesetzes über die Statistiken der Steuern vom Einkommen als ausreichend angesehen hat, sollte kein zwingender Grund bestehen, für die Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik auf jeden Fall die Anonymisierung der Zählpapiere zu verlangen.

15. Wenn die Einkommensteuererklärungen ausgewertet werden, so müßte darüber hinaus gewährleistet sein, daß das Erhebungsverfahren den laufenden Geschäftsgang der Finanzverwaltungen möglichst nicht stört. Dies könnte erreicht werden, indem der Steuerpflichtige selbst die Unterlagen für die Einkommensteuerstatistik zusammen mit der Einkommensteuererklärung — vielleicht auf besonderen statistischen Blättern, wie sie jetzt schon für andere Zwecke den Steuererklärungen beiliegen — liefert, sei es, daß er diese im Durchschreibeverfahren, sei es, daß er sie neben der Erklärung ausfüllt. Die Finanzämter hätten dann lediglich die statistischen Blätter an die Statistischen Landesämter weiterzuleiten. Diese Lösung hätte den Vorteil, daß die oben erwähnte doppelte Sicherung des Steuergeheimnisses auf einfache Weise gewährleistet ist. Diesem Vorteil steht allerdings gegenüber, daß das vorgeschlagene Verfahren, bei den Steuererklärungspflichtigen, obwohl es eine durchaus zumutbare Mehrbelastung bedeuetet, möglicherweise psychologische Widerstände auslöst.

16. Solche Widerstände könnten vermieden werden, wenn die Erhebung an die Originale der Steuererklärungen anknüpft. Doch treten dabei unter Umständen technische Schwierigkeiten auf. Sofern die vorbereitenden statistischen arbeiten in den Statistischen Landesämtern durchgeführt werden sollen, scheidet eine Totalerhebung aus technischen wie aus wirtschaftlichen Gründen aus. Da es selbstverständlich ausgeschlossen ist, daß die Originale der Einkommensteuererklärungen — und sei es auch nur für kurze Zeit — aus dem Bereich der Finanzverwaltungen verbracht werden, und da sich wirtschaftlich nicht rechtfertigen ließe, Mikrofilme, Fotokopien oder ähnliche Vervielfältigungen von allen Steuererklärungen anzufertigen, könnte — auf dieser Grundlage — allenfalls eine (teilweise) repräsentative Auswertung erwogen werden. Die — eingeschränkte — Zufallsauswahl müßte in den Finanzämtern vorgenommen werden; von den in die ausgewählte Masse gelangten Originalen wären Mikrofilme, Fotokopien usw. anzufertigen und an die Statistischen Landesämter abzugeben.

17. Die technischen Schwierigkeiten wie die Kosten ließen sich beträchtlich vermindern, wenn die Formulare der Einkommensteuererklärungen so umgestaltet würden, daß ihre Substanz selbstverständlich unberührt bliebe, dabei aber die einkommenstatistisch bedeutsamen Informationen so konzentriert würden, daß — unter Wahrung des verschärften Steuergeheimnisses — ihre statistische Auswertung technisch durchführbar und wirtschaftlich annehmbar wäre. Dem Steuerpflichtigen bürdete dieses Verfahren keine, der Finanzverwaltung nur geringe zusätzliche Lasten auf. Vor allem aber führte es rasch zu Ergebnissen. Gewisse Kontrollarbeiten fielen allerdings bei der Finanzverwaltung an, wie die Prüfung, ob für alle in der Steuerliste verzeichneten Steuerpflichtigen Erklärungen vorliegen und ob von den in die Zufallsauswahl gelangten Erklärungen Mikrofilme, Fotokopien usw. an die Statistischen Landesämter gesandt wurden.

18. Wollte man von Fall zu Fall zusätzliche, sicherlich auch für die Finanzverwaltung erhebliche Information gewinnen, die für eine Einkommensanalyse als bedeutungsvoll erscheinen, zum Beispiel solche über die Ausbildung und über die Staatsangehörigkeit der Steuerpflichtigen, über ihr Einkommen im Vorjahr oder über ihr Vermögen, so könnten die Formulare wohl ohne große Schwierigkeiten entsprechend ausgestattet werden.

19. Eine solche Statistik der Einkommensteuererklärungen könnte schon zwölf bis fünfzehn Monate nach dem Abschluß des Kalenderjahres, in dem die Einkommen erzielt wurden, unter anderem folgende für die Einkommensanalyse bedeutsame Information liefern:

Wie haben sich die Einkommen in den einzelnen Einkommensschichten entwickelt?

Wie haben sich die einzelnen Einkunftsarten entwickelt?

Wie haben sich die Einkommen in den einzelnen sozioökonomischen Schichten entwikkelt?

20. Wertete man im gleichen Sinne die Körperschaftsteuer*erklärungen* statt der Bescheide aus, so könnte auch die Körperschaftsteuerstatistik wesentlich beschleunigt werden. Wegen der verhältnismäßig geringen Zahl der Fälle könnte diese Statistik allerdings nach wie vor total durchgeführt werden.

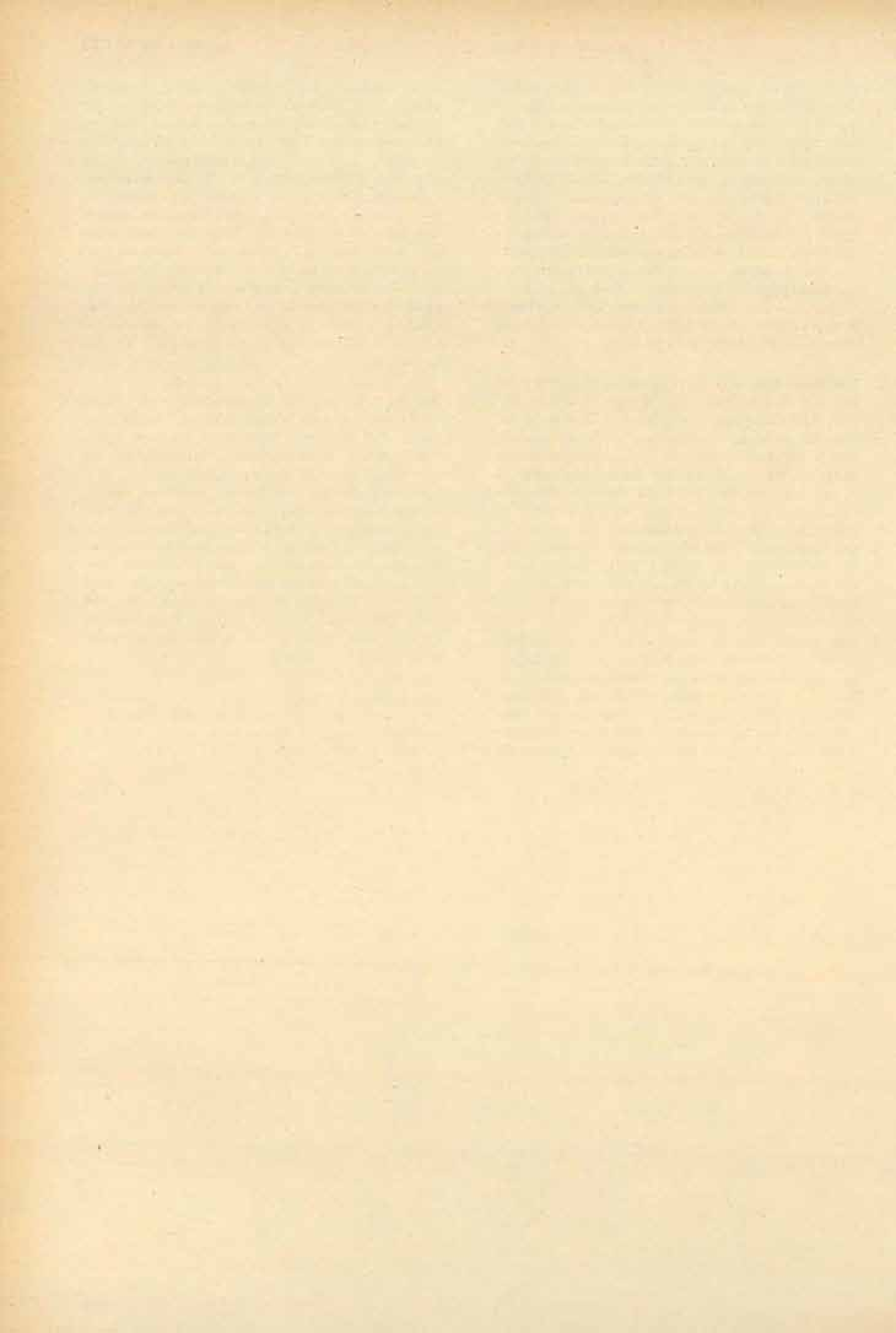
21. Führt man sodann die Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik mit denen der Einkommensteuerstatistik zusammen, so könnte auf diese Weise eine Schichtung der gesamten Bruttoeinkommen natürlicher Personen gewonnen werden. Dabei treten zwar einige methodische Schwierigkeiten auf, von denen hier nur zwei genannt werden sollen: die Frage der statistischen Einheit — getrennt veranlagte Einzelpersonen stehen in der Statistik der veranlagten Einkommen gleichberechtigt neben gemeinsam veranlagten Personengruppen (Ehepaaren) — und die Lückenhaftigkeit der Schichtung, die sich aus den Steuerfreigrenzen ergibt. Unlösbar scheinen aber diese Probleme nicht zu sein.

22. Die Einkommensteuererklärungen könnten auch für die Aufstellung der Stichprobenpläne für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe nutzbar gemacht werden, um die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe — selbstverständlich unter voller Wahrung des Steuergeheimnisses — zu verbessern. Während diese Stichprobe-Statistiken verhältnismäßig zuverlässige Angaben über die Nettoeinkommen der Haushalte der Unselbständigen liefern, sind die Haushalte der Selbständigen — und unter diesen wiederum die an der Spitze der Einkommenspyramide — sehr viel schlechter repräsentiert.

23. Eine derart umgestaltete und neugestaltete Statistik der Steuern vom Einkommen natürlicher und juristischer Personen könnte zweifellos die Steuervorausschätzungen erleichtern und verbessern. Läge nämlich eine Stichprobe von Einzeldaten über die erklärten Einkünfte (Einkommen) und über die sich daraus errechnende Steuerzahllast vor, so könnte man — mit Hilfe elektronisch gesteuerter Rechenanlagen — die Wirkung unterschiedlicher Annahmen über die Entwicklung der Einkommen — gegebenenfalls aufgeteilt nach dem sozioökonomischen Status und nach Einkunftsarten — das Gesamtsteueraufkommen sehr viel genauer beurteilen, als man dies mit Hilfe der überkommenen Methoden kann. Dies wäre allerdings erst dann möglich, wenn man als Ergebnis entsprechender Studien weiß, daß mehr oder weniger systematische Beziehungen zwischen den erklärten Einkünften (Einkommen) und den veranlagten Einkünften (Einkommen) bestehen, so daß die erklärten Größen entsprechend verbessert werden können.

24. Der Vorteil, den die Verwendung von Individualdaten mit sich bringt, liegt vor allem auch darin, daß man mit ihrer Hilfe schätzen kann, wie gewisse steuerpolitische Maßnahmen auf die Verteilung der Steuerzahllast wirken. Will man zum Beispiel beurteilen, wie eine gleichzeitige Senkung des Gesamttarifs und eine Kürzung bestimmter Sondervergünstigungen auf das Steueraufkommen wirken, so liefert die herkömmliche Methode nur sehr ungenaue Angaben, da sie sich auf mehr oder weniger lange Zeit zurückliegende Steuerstatistiken stützt, die nach mehr oder weniger groben Einkommensklassen und Klassen von Einkommensempfängern geschichtet sind [1]).

[1]) Vgl. zu diesen Fragen Pechmann, J. A., A New Tax Modell for Revenue Estimating. In: Governement Finance and Economic Development. Hrsgg. von A. T. Peacock u. G. Hauser, Paris (OECD) 1965, S. 231 ff.



IV.

Methodische Erläuterungen

Mittlere gewogene Abweichungen

1. Mittlere gewogene Abweichungen von Veränderungsraten

(zu Ziffern 217 bis 220)

Um den Prozeß des Strukturwandels durch unterschiedliche Veränderungsraten für Produktionsvolumen und Beschäftigtenzahlen der einzelnen Wirtschaftszweige zu kennzeichnen, wurden für die Abweichungen dieser Veränderungsraten von den zugehörigen Durchschnitten die (gewogenen) arithmetischen Mittel bestimmt.

a) Es bezeichnet zum Beispiel $\dot{x}$ die relative Veränderung der Nettoproduktion der gesamten Industrie (x) gegenüber einer Basisperiode; $\dot{x}$ ist also gleich $\frac{x_t}{x_0}$ ($t = 1, 2, \ldots$). x_i und $\dot{x}_i$ sind die entsprechenden Werte für einzelne Industriezweige ($i = 1, \ldots n$), g_{i0} deren Anteile an der gesamten Nettoproduktion der Industrie in der Basisperiode ($\frac{x_{i0}}{x_0}$). d ist die mittlere gewogene Abweichung der Veränderungsraten $\dot{x}_i$ — diese sind natürlich gleich $\frac{x_{i0}}{x_{it}}$ —, und zwar

$$(1) \qquad d = \sum_{i=1}^{n} \left| \dot{x}_i - \dot{x} \right| g_{i0} \cdot 100.$$

b) Dieses Maß hat folgende anschauliche Bedeutung: Steigen alle Teilindices mit derselben Rate an, so wird jede der Differenzen $\dot{x}_i - \dot{x}$ gleich Null und damit auch die Größe d. Dagegen wird d um so größer, je mehr die Veränderungsraten der Teilindices von der des Gesamtindex abweichen. Dabei wird einer Differenz — ob positiv oder negativ — ein um so größeres Gewicht gegeben, je größer der Anteil des betreffenden Industriezweiges an der gesamten Industrieproduktion im jeweiligen Basisjahr ist.

2. Veränderung von Anteilen

(zu Ziffern 219 bis 220)

Das Ausmaß des Strukturwandels läßt sich — wenn Struktur definiert ist als das System von Anteilen einzelner Bereiche an einer Gesamtgröße — durch die Summe (d^*) der entstandenen (absoluten) Veränderungen von Anteilen, hier der Anteile der Industriezweige an der Produktion oder der Beschäftigtenzahl der gesamten Industrie, beschreiben.

Mit den Symbolen der Ziffer 1:

$$(2) \qquad d^* = \sum_{i=1}^{n} \left| \frac{x_{it}}{x_t} - \frac{x_{i0}}{x_0} \right| \cdot 100$$

d^* ist als abhängig anzusehen von der Unterschiedlichkeit (d) des Prozesses, das heißt von der Unterschiedlichkeit der Veränderungsraten in den einzel-Industriezweigen, und vom „Prozeßniveau" ($\dot{x}$), das heißt vom Produktionswachstum oder von der Beschäftigtenzunahme in der gesamten Industrie. Daß d^* über $\dot{x}$ mit d verbunden ist, zeigt

$$(2\,a) \qquad d^* = \sum \left| \frac{\dot{x}_i}{\dot{x}} - 1 \right| g_{i0} \cdot 100 = \frac{d}{\dot{x}} \cdot$$

Anschaulicher:

Die Summe der absoluten Anteilsveränderungen entspricht genau der mittleren prozentualen Veränderung der Anteile der einzelnen Industriezweige (mit dieser Bezeichnung in Tabelle 58, Spalten 5 und 6).

3. Mittlere Veränderung von Relationen

In der Fassung (2 a) ist d^* allgemein ein Maß für die mittlere Veränderung von Relationen, zum Beispiel Preisrelationen, Lohnrelationen o. ä.; nur die Gewichte sind unabhängig zu bestimmen. Stehen x_0, x_t, x_{i0}, x_{it} für die Erzeugerpreisindices der Industrie bzw. der einzelnen Industriezweige in den Jahren o und t, f_{i0} für die entsprechenden Umsatzanteile im Basisjahr, so kennzeichnet

$$(3) \qquad d^{**} = \sum \left| \frac{x_{it}\; x_0}{x_t\; x_{i0}} - 1 \right| f_{i0} \cdot 100$$

die (gewogene) Änderung der Preisstruktur im Zeitraum o bis t. (So in Tabelle 63, letzte Zeile.)

Standardabweichung und Variationskoeffizient

4. Als Maße zur Kennzeichnung der industriellen Lohn- und Gehaltsstruktur werden die Standardabweichung und der Variationskoeffizient herangezogen, der Variationskoeffizient außerdem in Tabelle 60 zur Kennzeichnung der interindustriellen Produktivitätsunterschiede sowie an zahlreichen Stellen des Abschnitts „Regionalstruktur und Wirtschaftswachstum", dort insbesondere zur Kennzeichnung der interregionalen Einkommensunterschiede.

a) Es bezeichnen z. B. $x_1, x_2, \ldots, x_n$ die Bruttostundenverdienste in den einzelnen Wirtschaftszweigen. Der — ungewogene — Mittelwert der x_i sei mit $\bar{x}$ bezeichnet ($\bar{x} = \frac{1}{n} \Sigma x_i$). Dann ist die Standardabweichung σ definiert als

$$(4) \qquad \sigma = \frac{1}{n} \sqrt{\sum_{i=1}^{n} (x_i - \bar{x})^2}.$$

Dieses Maß hat folgende anschauliche Bedeutung: Wenn die x_i eng um den Mittelwert $\bar{x}$ streuen — im Grenzfall alle mit diesem zusammenfallen — so wird die Quadratsumme unter der Wurzel relativ klein — im Grenzfall null — und damit der ganze Ausdruck (4) klein — im Grenzfall null — und umgekehrt.

b) Bezieht man σ auf den Mittelwert $\bar{x}$, so erhält man einen Ausdruck dafür, wie groß die Streuung der Einzelwerte im Verhältnis zum Mittelwert der Beobachtungsreihe ist, den sogenannten Variationskoeffizienten:

$$(5) \qquad V = \frac{\sigma}{\bar{x}} \cdot 100.$$

Korrelationskoeffizienten

5. Einfacher linearer Korrelationskoeffizient

Als Maß für die Strammheit des Zusammenhangs zwischen zwei Größen (zum Beispiel x und y) wird der Korrelationskoeffizient

$$(6) \qquad r = \frac{\sum_{i=1}^{n} (x_i - \bar{x})(y_i - \bar{y})}{\sqrt{\sum_{i=1}^{n} (x_i - \bar{x})^2} \sqrt{\sum_{i=1}^{n} (y_i - \bar{y})^2}}$$

verwendet. Besteht keinerlei Beziehung zwischen x und y, so wird er null; bei $r = +1$ ($r = -1$) liegt eine „vollständige" positive (negative) Korrelation vor; jedem Wert von x entspricht dann ein proportional gleich großer Wert von y. Je näher der berechnete Korrelationskoeffizient an diese Maximalwerte heranreicht, um so ausgeprägter ist der Zusammenhang zwischen den Größen x und y. Kleine Werte von r sind bei kleiner Anzahl von Beobachtungen meist nicht signifikant von null verschieden, das heißt es kann in einem solchen Fall nicht angenommen werden, daß überhaupt ein (linearer) Zusammenhang zwischen den Größen besteht.

Das Maß r wird in Tabelle 64, in Ziffer 248 sowie an zahlreichen Stellen des Abschnitts „Regionalstruktur und Wirtschaftswachstum" benutzt.

6. Multipler linearer Korrelationskoeffizient

Wenn eine Größe y (linear) von mehreren anderen Größen, sogenannten unabhängigen Variablen $x_1, x_2, \ldots, x_m$ abhängt und dieser Zusammenhang im übrigen allenfalls von nichtsystematischen Störungen überlagert wird,

$$y = a + b_1x_1 + b_2x_2 + \ldots\ldots + b_mx_m + \varepsilon,$$

so gibt der sogenannte multiple Korrelationskoeffizient einen zusammenfassenden Ausdruck für die Strammheit der Beziehung zwischen y einerseits und $x_1, x_2, \ldots, x_n$ andererseits. Dieser Koeffizient kann alle Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Er wird null im Falle, daß überhaupt kein (linearer) Zusammenhang zwischen y und den anderen Größen besteht; er wird eins im Falle, daß die „unabhängigen" Variablen die Größe y vollständig „erklären", also keine weiteren, nicht einmal zufällige Bestimmungsgründe mitwirken.

Ein multipler Korrelationskoeffizient wird in Ziffer 254 zur „Erklärung" der interregionalen Wanderungen herangezogen.

7. Rangkorrelationskoeffizient (zu Ziffern 86, 233)

Wenn geprüft werden sollte, ob sich eine Hierarchie zwischen zwei Beobachtungszeiträumen verändert hat oder ob zwischen zwei Hierarchien ein Zusammenhang besteht, zum Beispiel bei Vergleichen von Produktivitätsrangfolgen (Industriezweigen), wurden Rangkorrelationskoeffizienten ermittelt.

Ersetzt man in der Formel für den gewöhnlichen Korrelationskoeffizienten die Werte y_i und x_i durch ihre jeweiligen Rangzahlen, so kann man (6) in den sogenannten Spearman'schen Rangkorrelationskoeffizienten

$$(7) \qquad \varrho = 1 - \frac{6 \sum_{i=1}^{n} d_i^2}{n\ (n^2-1)},$$

umwandeln, wobei d_i die Differenz zwischen den Rangzahlen von y_i und der Rangzahl von x_i ist.

Struktureffekte

8. Produktivitätseffekt einer Veränderung in der Verteilung des Faktoreinsatzes auf die Wirtschaftszweige (zu Ziffern 223, 234 bis 235)

Es bezeichnen

I den Input (z. B. den Arbeitsinput) der Gesamtwirtschaft oder der Gesamtindustrie,

I_i den Input des i-ten Wirtschaftsbereichs oder Industriezweiges,

P die Produktivität (z. B. die Arbeitsproduktivität) in der Gesamtwirtschaft oder in der Gesamtindustrie,

P_i die Produktivität im i-ten Wirtschaftsbereich oder Industriezweig,

die Suffixe 0 und t das Basis- bzw. das Endjahr,

n die Anzahl der Wirtschaftsbereiche bzw. Industriezweige.

Dann ist der Produktivitätseffekt einer Veränderung der Inputstruktur definiert durch

$$(8) \qquad S_1 = \sum_{i=1}^{n} \frac{I_{it}}{I_t} P_{it} - \sum_{i=1}^{n} \frac{I_{i0}}{I_0} P_{it},$$

$$\text{mit} \quad \sum_{i=1}^{n} \frac{I_{it}}{I_t} P_{it} = P_t,$$

das heißt durch die Differenz zwischen der tatsächlichen Produktivität im Jahre t und einer fiktiven Produktivität im Jahre t, die sich ergeben hätte, wenn die Verteilung des Faktoreinsatzes auf die Wirtschaftszweige so geblieben wäre, wie sie im Jahre 0 war.

Den Anteil dieses Struktureffekts am gesamten Produktivitätszuwachs erhält man durch

$$(8\,a) \qquad S_1^* = \frac{S_1}{P_t - P_0} \cdot 100.$$

(So in Tabelle 61, Spalten 5 bis 8.)

9. Produktivitätseffekt einer Veränderung der Produktionsstruktur (zu Ziffer 234 b)

Es bezeichnen

0 den Output (z. B. die Wertschöpfung) in der Gesamtindustrie,

0_i den Output des i-ten Industriezweiges.

Dann ist der Produktivitätseffekt einer Veränderung der Outputstruktur definiert durch

$$(9) \qquad S_2 = \frac{1}{\sum\limits_{i=1}^{n} \frac{O_{it}}{O_t} \frac{1}{P_{it}}} - \frac{1}{\sum\limits_{i=1}^{n} \frac{O_{i0}}{O_0} \frac{1}{P_{it}}},$$

anschaulicher

$$(9\,a) \qquad S_2 = \frac{O_t}{I_t} - \frac{O_t}{\sum \frac{I_{it}}{\frac{O_{it}}{O_{i0}}} \cdot \frac{O_t}{O_0}},$$

das heißt durch die Differenz zwischen der tatsächlichen Produktivität im Jahre t und einer fiktiven Produktivität im Jahre t, die sich ergeben hätte, wenn die Anteile der Industriezweige an der gesamten industriellen Nettoproduktion unverändert geblieben wären.

Den Anteil dieses Struktureffekts am gesamten Produktivitätszuwachs erhält man durch

$$(9\,b) \qquad S_2^* = \frac{S_2}{P_t - P_0} \cdot 100.$$

(So in Tabelle 61, Spalte 9.)

Bei der Berechnung sowohl von S_1 als auch von S_2 wird angenommen, daß die Produktivitätsentwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen nicht von der jeweiligen Produktionsausweitung beeinflußt war.

10. Regionalfaktor, Strukturfaktor und Standortfaktor (zu Ziffern 256 bis 257)

Es bezeichnen

$B_{..}$ die Industriebeschäftigten in der BRD,

$B_{i.}$ die Industriebeschäftigten in der BRD, im i-ten Industriezweig,

$B_{.j}$ die Industriebeschäftigten in der j-ten Region,

B_{ij} die Industriebeschäftigten in der j-ten Region, im i-ten Industriezweig,

die Suffixe 0 und t das Basis- bzw. Endjahr,

m die Anzahl der Industriezweige,

n die Anzahl der Regionen.

Dann ist — rein tautologisch —:

$$(10) \qquad \frac{\frac{B_{.j,t}}{B_{.j,0}}}{\frac{B_{..,t}}{B_{..,0}}} = \frac{\frac{\sum\limits_{i=1}^{m} B_{ij,0} \frac{B_{i.,t}}{B_{i.,0}}}{B_{.j,0}}}{\frac{B_{..,t}}{B_{..,0}}} \cdot \frac{B_{.j,t}}{\sum\limits_{i=1}^{m} B_{ij,0} \frac{B_{i.,t}}{B_{i.,0}}},$$

das heißt die relative Veränderung der in der j-ten Region Beschäftigten bezogen auf die relative Veränderung der in der Bundesrepublik Beschäftigten — der „Regionalfaktor" — das Produkt zweier Quotienten, eines „Strukturfaktors" und eines „Standortfaktors". Der „Strukturfaktor" ist die hypothetische relative Veränderung der in der j-ten Region Beschäftigten bei regional gleichmäßigem Wachstum der einzelnen Industriezweige, wieder bezogen auf die relative Veränderung der in der Bundesrepublik Beschäftigten. Sind die wachstumsintensiven Industriezweige in der betreffenden Region überdurchschnittlich vertreten, so ist der „Strukturfaktor" größer als eins — und umgekehrt. Der „Standortfaktor" ist Ausdruck der regionalen Expansionsunterschiede, die nicht auf Unterschiede in der überkommenen Wirtschaftsstruktur — hier der Beschäftigtenstruktur — zurückgeführt werden können. Er wird eins für Regionen, in denen spezifische Standortvorteile und Standortnachteile einander die Waage gehalten haben; er wird größer als eins, wenn die (strukturbereinigten) Standortvorteile die Standortnachteile überwogen haben — und umgekehrt.

Produktivitätsmaße

(zu Ziffern 223 bis 236)

11. Arbeitsproduktivität in den zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen

Bei den Produktivitätsuntersuchungen für die Gesamtwirtschaft wurde die Arbeitsproduktivität —

mangels geeigneter Unterlagen über die von den Erwerbstätigen durchschnittlich geleistete Arbeitszeit — berechnet als Bruttoinlandsprodukt (Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt) in Preisen von 1954 je in der Gesamtwirtschaft (in den einzelnen Bereichen) Erwerbstätigen.

12. Arbeitsproduktivität in der Industrie
(zu Ziffern 232 bis 236)

Die für Industriezweige und -gruppen [1]) ermittelten Arbeitsproduktivitäten stellen den Nettoproduktionswert je geleistete Beschäftigtenstunde dar.

a) Es bezeichnen

P_A die Arbeitsproduktivität,

Y den Nettoproduktionswert in Preisen von 1958,

h_L die geleisteten Arbeiterstunden,

h_G die geleisteten Angestelltenstunden.

b) Dann ist P_A definiert durch

$$(11) \qquad P_A = \frac{Y}{h_L + h_G};$$

dabei wird aus Gründen der Übersichtlichkeit von der Verwendung von Symbolen, die die Periode und den Industriezweig angeben, abgesehen.

c) Die Nettoproduktionswerte der einzelnen Branchen wurden durch Fortschreibung der Basiswerte von 1958 mit den Indices der industriellen Nettoproduktion gewonnen. Die Nettoproduktionswerte des Basisjahres beziehen sich zwar auf sogenannte „hauptbeteiligte" Industriezweige, die Fortschreibung erfolgte jedoch in den meisten Zweigen mit Hilfe von Mengenindices des Güteraustoßes, denen keine institutionelle Gruppierung zugrunde liegt.

d) Um eine möglichst gute Übereinstimmung in der Abgrenzung von Zähler und Nenner von (11) herzustellen, wurden die Beschäftigten bzw. die Beschäftigtenstunden, die für 1958 ebenfalls nach hauptbeteiligten Industriezweigen vorliegen, mit den Beschäftigten bzw. Beschäftigtenstunden nach sogenannten „beteiligten" Industriezweigen (praktisch Zusammenfassungen von Warengruppen) fortgeschrieben. Die geleisteten Arbeiterstunden konnten unmittelbar den Ergebnissen der Industriestatistik entnommen werden. Die „Angestellten"stunden mußten geschätzt werden [2]).

[1]) Ohne Energie und Bau — bis 1958 Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin, danach einschließlich Saarland.

[2]) Unter Zuhilfenahme von dreigliedrigen gleitenden Durchschnitten der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit der Arbeiter: die Punkte auf der geglätteten Kurve wurden als Jahresarbeitszeit je „Angestellten" genommen und ergaben nach Multiplikation mit der Zahl der jahresdurchschnittlich beschäftigten Angestellten die Jahressumme der geleisteten „Angestellten"stunden. Die Zahl der Angestellten wurde als Differenz gewonnen („Angestellte" = Beschäftigte ⁒ Arbeiter). Sie schließt also die Zahl der tätigen Inhaber und mithelfenden Familienangehörigen ein.

13. Bereinigte Produktivität I [1])

Bei der bereinigten Produktivität I werden — neben den branchenmäßigen Unterschieden in der Arbeitszeit — auch Unterschiede im Kapitaleinsatz und in der Verbrauchsteuerbelastung berücksichtigt.

a) Es bezeichnen zusätzlich

P_I die bereinigte Produktivität I,

a die Verbrauchsteuerquote des Jahres 1958,

D die Abschreibungen in Preisen von 1958,

h_{Lm} die geleisteten Stunden der männlichen Arbeiter,

h_{Lw} die geleisteten Stunden der weiblichen Arbeiter,

$\overline{w}_{Lm}$ den durchschnittlich im Jahre 1958 in der Industrie gezahlten Lohnsatz je von einem männlichen Arbeiter geleistete Stunde,

$\overline{w}_{Lw}$ dito, je von einem weiblichen Arbeiter geleistete Stunde,

$\overline{w}_G$ dito, je von einem „Angestellten" geleistete Stunde,

K das Bruttoanlagevermögen in Preisen von 1958,

r den Sollverzinsungssatz („target rate of interest").

b) Dann ist die bereinigte Produktivität I definiert als

$$(12) \qquad P_I = \frac{(1-a)\,Y - D}{h_{Lm}\,\overline{w}_{Lm} + h_{Lw}\,\overline{w}_{Lw} + h_G\,\overline{w}_G + rK}$$

Der Zähler von (12) ist ein rohes Maß für die Wertschöpfung des einzelnen Industriezweiges, der Nenner eine erste Annäherung an den vollen — zu Alternativkosten bewerteten — realen Einsatz von Arbeit und Kapital im Produktionsprozeß des einzelnen Industriezweiges.

c) Die einzelnen Größen, die in die Rechnung eingehen, wurden wie folgt gewonnen:

— a Es wurde die auf den Umsatz bezogene Verbrauchsteuerquote, die sich aus den Ergebnissen der Industrieberichterstattung für das Jahr 1958 ergibt, für jedes Jahr angelegt [3]).

[3]) Verbrauchsteuern wurden bei folgenden Industriezweigen berücksichtigt: Mineralölverarbeitung, Chemische Industrie, Elektrotechnische Industrie, Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

— D Es wurde die Summe der Abschreibungen, die sich aus den hochgerechneten Ergebnissen der Kostenstrukturerhebung 1958 für jeden Wirtschaftszweig ergibt, auf das Bruttoanlagevermögen des Jahres 1958 bezogen und die so ermittelte Quote für jedes Jahr an das Bruttoanlagevermögen (in Preisen von 1958) angelegt. Dies ergab die jeweilige Abschreibungssumme in konstanten Preisen [1]).

— h_{Lm} Die geleisteten Stunden der männlichen Arbeiter wurden durch Übertragung des jeweiligen Verhältnisses von bezahlten Wochenstunden der männlichen Arbeiter zu denen der weiblichen Arbeiter (Verdienststatistik) auf die jeweilige Summe der geleisteten Arbeiterstunden ermittelt.

— h_{Lw} Die geleisteten Stunden der weiblichen Arbeiter ergaben sich als Differenz zwischen der Summe der geleisteten Arbeiterstunden und der Summe der geleisteten Stunden der männlichen Arbeiter.

— $\overline{w}_{Lm}$ Der 1958 durchschnittlich in der Industrie gezahlte Lohnsatz je von einem männlichen Arbeiter geleistete Stunde wurde durch Multiplikation des entsprechenden Lohnsatzes je bezahlte Stunde mit dem Verhältnis von bezahlten zu geleisteten Wochenstunden — diese Angaben konnten jeweils der Verdienststatistik entnommen werden — gewonnen [2]).

— $\overline{w}_{Lw}$ Es wurde analog verfahren [2]).

— $\overline{w}_{G}$ Der 1958 durchschnittlich in der Industrie je geleistete „Angestellten"stunde gezahlte Lohnsatz wurde durch Division der Gehaltssumme aus der Industrieberichterstattung durch die Zahl der geleisteten „Angestellten"stunden ermittelt. [3])

— K Das Bruttoanlagevermögen in Preisen von 1958 konnte den Veröffentlichungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung entnommen werden, (ergänzt durch zusätzliche Angaben dieses Instituts).

[1]) Das Ergebnis kann nur als grobe Schätzung angesehen werden. Der Sachverständigenrat mußte sich damit behelfen, weil auch der amtlichen Statistik nur lückenhafte Unterlagen über die Abschreibungen in den einzelnen Industriezweigen zur Verfügung stehen.

[2]) Diese Lohnsätze wurden so „korrigiert", daß für 1958 die Summe der Ausdrücke ($h_{Lm}\ \overline{w}_{Lm} + h_{Lw}\ \overline{w}_{Lw}$) mit der Brutolohnsumme 1958 übereinstimmte.

[3]) Die in den „Angestellten"stunden enthaltenen geleisteten Stunden der Inhaber usw. wurden vorher herausgerechnet.

— r Der Sollverzinsungssatz r, der die Kosten der alternativen Verwendung des Sachkapitals in anderen Wirtschaftszweigen anzeigen soll, wurde mit 5 vH angesetzt, und zwar für den gesamten Zeitraum [4]).

14. Bereinigte Produktivität II [5])

Dieses Maß berücksichtigt zusätzlich die branchenmäßigen Unterschiede in der Qualifikation der Arbeitskräfte, soweit diese Unterschiede in der Besetzung der einzelnen Leistungsgruppen (Verdienststatistik) zum Ausdruck kommen.

a) Es bezeichnen zusätzlich

P_{II} die bereinigte Produktivität II,

h^i_{Lm} die von männlichen Arbeitern der i-ten Leistungsgruppe geleisteten Stunden,

h^i_{Lw} die von weiblichen Arbeitern der i-ten Leistungsgruppe geleisteten Stunden,

h^i_G die von „Angestellten" der i-ten Leistungsgruppe geleisteten Stunden,

$\overline{w}^i_{Lm}$ den durchschnittlich im Jahre 1958 in der Industrie gezahlten Lohnsatz je von einem männlichen Arbeiter der i-ten Leistungsgruppe geleistete Stunde,

$\overline{w}^i_{Lw}$ dito, je von einem weiblichen Arbeiter der i-ten Leistungsgruppe geleistete Stunde,

$\overline{w}^i_G$ dito, je von einem „Angestellten" der i-ten Leistungsgruppe geleistete Stunde.

b) Dann ist die bereinigte Produktivität II definiert als

$$(13) \quad P_{II} = \frac{(1-a)\ Y - D}{\sum_{i=1}^{3} h^i_{Lm}\ \overline{w}^i_{Lm} + \sum_{i=1}^{3} h^i_{Lw}\ \overline{w}^i_{Lw} + \sum_{i=1}^{4} h_G\ \overline{w}^i_G + rK}$$

Der Zähler von P_{II} stimmt also mit dem von P_I überein, der Nenner unterscheidet sich von diesem durch die Aufspaltung des Arbeitseinsatzes nach drei bzw. vier Qualifikationsstufen. Die Lohnkosten der einzelnen Industriezweige wurden nach wie vor nicht aufgrund branchenspezifischer, sondern aufgrund industriedurchschnittlicher Lohnsätze berechnet.

c) Die neu definierten Größen wurden wie folgt ermittelt:

— h^i_{Lm} Die von männlichen Arbeitern der i-ten Leistungsgruppe geleisteten Stunden wurden durch Übertragung des jeweiligen Quotienten „bezahlte Wochenstunden von männlichen Arbeitern der i-ten Leistungsgruppe mal Zahl der männlichen Arbeiter der i-ten Leistungsgruppe geteilt durch be-

[4]) Die Ergebnisse einer Alternativrechnung mit einem Sollverzinssatz von 4 vH zeigt Tabelle 117, Anhang.

[5]) siehe Fußnote [1]) auf Seite 177

zahlte Wochenstunden von männlichen Arbeitern mal Zahl der männlichen Arbeiter" aus der Verdienststatistik auf die Summe der von männlichen Arbeitern geleisteten Stunden — h_{Lm} — gewonnen.

— h^i_{Lw} Es wurde analog verfahren.

— h^i_G Es wurde das Verhältnis der „Angestellten" in der i-ten Leistungsgruppe zu den „Angestellten" insgesamt aus der Verdienststatistik auf die Zahl der von „Angestellten" geleisteten Stunden — h_G — übertragen.

— $\bar{w}^i_{Lm}$ Der 1958 durchschnittlich in der Industrie gezahlte Lohnsatz je von einem männlichen Arbeiter der i-ten Leistungsgruppe geleistete Stunde wurde durch Multiplikation des entsprechenden Satzes je bezahlte Stunde mit dem Verhältnis der bezahlten Wochenstunden eines männlichen Arbeiters der i-ten Leistungsgruppe zu den entsprechenden geleisteten Wochenstunden — alle diese Größen konnten der Verdienststatistik entnommen werden — ermittelt [1]).

— $\bar{w}^i_{Lw}$ Es wurde analog verfahren [1]).

— $\bar{w}^i_G$ Der 1958 durchschnittlich in der Industrie gezahlte Lohnsatz je von einem „Angestellten" der i-ten Leistungsgruppe geleistete Stunde wurde gewonnen als „Bruttojahresgehalt eines Angestellten der i-ten Leistungsgruppe mal Zahl der Angestellten in der i-ten Leistungsgruppe geteilt durch die Summe der von Angestellten der i-ten Leistungsgruppe geleisteten Stunden". [2])

15. Bereinigte Produktivität III [3])

Dieses Maß berücksichtigt zusätzlich die branchenmäßigen Unterschiede in den übrigen Anforderungen an die Arbeitskräfte, soweit diese in den branchenspezifischen Lohnsätzen nach Leistungsgruppen zum Ausdruck kommen.

a) Es bedeuten zusätzlich

P_{III} die bereinigte Produktivität III,

w^i_{Lm} den in dem jeweiligen Industriezweig 1958 durchschnittlich gezahlten Lohnsatz je von einem männlichen Arbeiter der i-ten Leistungsgruppe geleistete Stunde,

w^i_{Lw} dito, je von einem weiblichen Arbeiter der i-ten Leistungsgruppe geleistete Stunde,

w^i_G dito, je von einem „Angestellten" der i-ten Leistungsgruppe geleistete Stunde.

b) Dann ist die bereinigte Produktivität III definiert als

$$(14)\quad P_{III} = \frac{(1-a)\,Y - D}{\sum_{i=1}^{3} h^i_{Lm}\, w^i_{Lm} + \sum_{i=1}^{3} h^i_{Lw}\, w^i_{Lw} + \sum_{i=1}^{4} h^i_G\, w^i_G + rK}$$

Der Zähler von P_{III} ist also identisch mit dem Zähler von P_I und P_{II}, der Nenner unterscheidet sich von dem von P_{II} dadurch, daß hier mit branchenspezifischen Lohnsätzen gerechnet wurde.

Auch die bereinigte Produktivität III berücksichtigt nicht die „Sonstigen Vorleistungen", die sonstigen indirekten Steuern, die Arbeitergeberbeiträge zu Einrichtungen der sozialen Sicherheit und die freiwilligen Sozialleistungen der Unternehmen.

c) Die neu definierten Größen wurden wie folgt gewonnen:

— w^i_{Lm} Der in dem jeweiligen Industriezweig 1958 durchschnittlich gezahlte Lohnsatz je von einem männlichen Arbeiter der i-ten Leistungsgruppe geleistete Stunde wurde durch Multiplikation des entsprechenden Satzes je bezahlter Stunde mit dem Verhältnis der bezahlten Wochenstunden eines männlichen Arbeiters der i-ten Leistungsgruppe zu den entsprechenden geleisteten Wochenstunden — alle diese Größen konnten für jeden Industriezweig der Verdienststatistik entnommen werden — ermittelt. [4])

— w^i_{Lw} Es wurde analog verfahren [4]).

— w^i_G Der in dem jeweiligen Industriezweig 1958 durchschnittlich gezahlte Lohnsatz je von einem „Angestellten" der i-ten Leistungsgruppe geleistete Stun-

---

[1]) Diese Lohnsätze wurden so korrigiert, daß für 1958 die Summe der Ausdrücke

$$\left[\sum_{i=1}^{3} h^i_{Lm}\, \bar{w}^i_{Lm} + \sum_{i=1}^{3} h^i_{Lw}\, \bar{w}^i_{Lw}\right]$$

mit der Bruttolohnsumme 1958 übereinstimmte.

[2]) Diese Gehaltssätze wurden so korrigiert, daß für 1958 die Summe der Ausdrücke $\sum_{i=1}^{4} h^i_G\, \bar{w}^i_G$ mit der Bruttogehaltssumme 1958 übereinstimmte.

[3]) siehe Fußnote [1]) auf Seite 177

[4]) Diese Lohnsätze wurden so korrigiert, daß für 1958 die Summe der Ausdrücke

$$\left[\sum_{i=1}^{3} h^i_{Lm}\, w^i_{Lm} + \sum_{i=1}^{3} h^i_{Lw}\, w^i_{Lw}\right]$$

mit der Bruttolohnsnumme 1958 der entsprechenden Industriezweige übereinstimmte.

de wurde gewonnen als „Bruttojahresgehalt eines Angestellten in der i-ten Leistungsgruppe mal Zahl der Angestellten in der i-ten Leistungsgruppe geteilt durch die Summe der von Angestellten der i-ten Leistungsgruppe geleisteten Stunden" [1]).

Kennziffern der Gewinnsituation — „Gewinnraten" —

(zu Ziffern 246 bis 248)

16. Da in der Bundesrepublik keine Statistiken über die Gewinne einzelner Wirtschaftszweige erstellt werden, obwohl solche Zahlen — auch für die Konjunkturbeobachtung — gewiß nicht weniger wichtig sind als die Lohnstatistiken, hat der Sachverständigenrat versucht, diese Informationslücke wenigstens für die Industrie zu verkleinern, wenn auch nicht zu schließen.

a) Die Kennziffern der Gewinnsituation („Gewinnraten") wurden aus einer großen Anzahl teils amtlicher, teils nicht-amtlicher Statistiken gewonnen, die nicht nur von unterschiedlicher Qualität sind, sondern auch in der begrifflichen Abgrenzung nicht immer in dem an und für sich wünschenswerten Maße übereinstimmen. Sie besitzen daher nicht die Genauigkeit amtlicher Zahlen.

Als Kennziffer der Gewinnsituation („Gewinnrate") wird der Quotient aus der Wertschöpfung eines Industriezweiges und seinem Faktoreinsatz angesehen, Zähler und Nenner in laufenden Preisen.

b) Es bezeichnen

- Q die Kennziffer der Gewinnsituation,
- Y den Nettoproduktionswert in Preisen von 1958,
- v den Anteil der „Sonstigen Vorleistungen" am Nettoproduktionswert,
- U die Umsatzsteuerzahlungen,
- p_Y den Preisindex der Nettoproduktion, 1958 = 100,
- A die Verbrauchsteuerzahlungen,
- D die Abschreibungen in Preisen von 1958,
- p_K den Preisindex der Bruttoanlageinvestition, 1958 = 100,
- W die Bruttolohn- und -gehaltssumme,
- s die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung bezogen auf die Bruttolohn- und -gehaltssumme,
- r den Sollverzinsungssatz,
- K das Bruttoanlagevermögen in Preisen von 1958.

[1]) Bei der Abstimmung dieser Lohnsätze mit der Bruttogehaltssumme 1958 wurde analog Fußnote [4]) auf Seite 179 verfahren.

Dann ist die Kennziffer der Gewinnsituation definiert durch

$$(15) \quad Q = \frac{p_Y\,(1-v)\;Y-(U+A+p_K\,D)}{(1+s)\;W+r\,p_K\,K}\,;$$

dabei ist um der Übersichtlichkeit willen von der Verwendung von Symbolen, die die Periode bzw. den Industriezweig angeben, wieder abgesehen worden.

c) Die einzelnen Größen, die in die Konstruktion von Q eingehen, wurden wie folgt gewonnen:

- — p_Y siehe unten Ziffer 17,
- — Y siehe Ziffer 12, Seite 177
- — v Die Quote der „Sonstigen Vorleistungen" wurde anhand der Ergebnisse der Kostenstrukturerhebung 1958 geschätzt und auf alle Jahre übertragen.
- — U Die Umsatzsteuersumme ergab sich durch Anlegen der durchschnittlichen Steuerbelastung aus der Umsatzsteuerstatistik an die Umsatzzahlen der Industriestatistik.
- — A Die im Umsatz enthaltenen Verbrauchsteuern konnten der Industrieberichterstattung entnommen werden.
- — p_K Der Preisindex des Bruttoanlagevermögens (1958 = 100) wurde als Quotient der branchenspezifischen Bruttoanlagevermögen in jeweiligen Preisen und dem Bruttoanlagevermögen in Preisen von 1958 ermittelt (Quelle DIW).
- — D siehe Ziffer 13, Seite 177
- — W Die Bruttolohn- und -gehaltssumme konnte der Industrieberichterstattung entnommen werden.
- — s Der durchschnittliche Anteil der Arbeitgeberbeiträge an der Bruttolohn- und -gehaltssumme der Gesamtwirtschaft wurde auf die einzelnen Industriezweige übernommen; für den Bergbau lag eine spezielle Quote vor.
- — r siehe Ziffer 13, Seite 177
- — K siehe Ziffer 13, Seite 177

Im Zähler der „Gewinnraten" sind also noch sonstige indirekte Steuern (zum Beispiel Kfz-Steuern) und die direkten Steuern (Einkommen-, Körperschaft-, Vermögen-, Gewerbesteuer) enthalten; im Nenner sind nicht enthalten die freiwilligen Sozialleistungen und der „Unternehmerlohn" der tätigen Inhaber und mithelfenden Familienangehörigen.

17. Preisindex der Nettoproduktion

Bei der Berechnung der Kennziffern der Gewinnsituation müssen die durch Fortschreibung mit den einzelnen Produktionsindices gewonnenen — realen — Nettoproduktionswerte mit Preisreihen „inflationiert" werden. Dabei mußte berücksichtigt

werden, daß die Preise für die Fremdleistungen einer Branche sich häufig anders entwickeln als deren Verkaufspreise.

a) Es bezeichnen

- Y den Nettoproduktionswert in Preisen von 1958,
- p_Y den Preisindex der Nettoproduktion, 1958 = 100,
- X den Bruttoproduktionswert in Preisen von 1958,
- p_E den Erzeugerpreisindex, 1958 = 100,
- V die Vorleistungen in Preisen von 1958,
- p_V den Preisindex der Vorleistungen, 1958 = 100.

Es wurde angesetzt

$$(16) \qquad p_Y Y = p_E X - p_V V;$$

daraus folgt

$$(17) \qquad p_Y = \frac{p_E - p_V}{n} + p_V,$$

wobei n die Nettoquote $(= \frac{Y}{X})$ des Jahres 1958 ist.

b) Die einzelnen Größen, die in die Berechnung von p_Y eingehen, wurden wie folgt gewonnen:

— p_E der Erzeugerpreisindex konnte der amtlichen Preisstatistik entnommen werden.

— n Die „Nettoquote" wurde aus dem Industriezensus 1962 übernommen und auf alle Jahre übertragen.

— p_V Der Preisindex der Vorleistungen wurde durch Zusammenwiegen von entsprechenden Erzeugerpreisindices vermöge der Informationen gewonnen, die die Input-Output-Tabelle des Ifo-Instituts für 1961 bietet. Dabei wurden für jeden Industriezweig die wichtigsten Lieferindustrien berücksichtigt, und zwar in der Weise, daß alle Lieferindustrien, die einen Anteil von 5 vH und mehr an den Bezügen des jeweiligen Industriezweiges — die intraindustriellen Bezüge eingeschlossen — besaßen, in das Gewichtsgerüst des branchenspezifischen Vorleistungspreisindex eingingen; wenn diese Lieferindustrien einen Anteil von zusammen weniger als 50 vH am „Input" des empfangenden Industriezweiges besaßen, wurden so viele weitere Lieferbereiche herangezogen, bis alle Lieferungen zusammen einen Anteil von mindestens 50 vH erreichten. Es wurden — soweit möglich — Auslandsbezüge gesondert berücksichtigt, wenn sie stark ins Gewicht fielen.

c) Die wichtigsten Mängel einer „Inflationierung" der Nettoproduktionswerte mit den so gewonnenen Preisindices p_Y sind:

— Die Erzeugerpreisindices berücksichtigen bei den einzelnen Industriezweigen nur diejenigen Waren, die für deren Produktionsprogramm typisch sind; Preise für „branchenfremde" Erzeugnisse (die bei einigen Industriezweigen mehr als 20 vH der Gesamtproduktion ausmachen) werden überhaupt nicht erfaßt.

— Die Erzeugerpreisindices sind Laspeyres-Indices, die auf der warenmäßigen Struktur von 1958 basieren; Verschiebungen im Produktionsprogramm der einzelnen Branchen können sich in diesen Preisreihen also nicht auswirken.

— Die Erzeugerpreisindices berücksichtigen nur die Preisentwicklung beim Inlandsabsatz.

— Der Preisindex der Vorleistungen p_V basiert auf einem starren und nicht hinreichend gesicherten Gewichtsgerüst.

Preisindex für die Wertschöpfung

(zu Ziffern 238 bis 240)

18. Der Preisindex für die Wertschöpfung — p_W — eines Industriezweiges wurde als Quotient aus einem Ausdruck für die Wertschöpfung in jeweiligen Preisen und einem Ausdruck für die Wertschöpfung in konstanten Preisen gewonnen (1958 = 100).

Es wurde angesetzt:

$$(18) \qquad p_W = \frac{p_Y Y - A - p_K D}{(1 - a) Y - D},$$

Der Nenner von (18) ist also identisch mit dem Zähler der „Bereinigten Produktivität I—III", der Zähler von (18) unterscheidet sich von dem der „Kennziffer der Gewinnsituation" dadurch, daß hier die „Sonstigen Vorleistungen" und die Umsatzsteuerbelastung entsprechend der Konstruktion des Nenners von (18) eingeschlossen bleiben.

19. Produktivitätsbereinigte Entwicklung des Preisindex für die Wertschöpfung

Es bedeuten

- $\dot{p}_W$ die relative Veränderung des Preisindex für die Wertschöpfung eines einzelnen Industriezweiges,
- $\bar{\dot{p}}_W$ die relative Veränderung des Preisindex für die Wertschöpfung der Gesamtindustrie,
- $\dot{P}_{III}$ die relative Veränderung der bereinigten Produktivität III eines einzelnen Industriezweiges,
- $\bar{\dot{P}}_{III}$ die relative Veränderung der bereinigten Produktivität III der Gesamtindustrie.

Dann ist die produktivitätsbereinigte Veränderung des Preisindex für die Wertschöpfung eines

einzelnen Industriezweiges in Abweichung vom Industriedurchschnitt durch den Ausdruck

$$(19) \quad \left(\dot{p}_W - \dot{\bar{p}}_W\right) + \left(\dot{p}_{III} - \dot{\bar{p}}_{III}\right) \gtreqless 0$$

bestimmt. Wenn ein Industriezweig überdurchschnittliche (unterdurchschnittliche) Produktivitätsfortschritte oder sinkende (steigende) Preise für Fremdleistungen voll und ganz in Form niedrigerer (höherer) Produktpreise weitergibt, wird der Ausdruck (19) — von Meßungenauigkeiten abgesehen — gerade null. Abweichungen von dieser Norm werden in Tabelle 63 ausgewiesen.

Lohnsummeneffekt des Wandels der Beschäftigtenstruktur

(zu Ziffern 222, 224)

20. Der Sachverständigenrat hat vorerst nur prüfen können, wie bedeutsam — im Hinblick auf die Regeln für eine kostenniveau-neutrale Lohnpolitik (JG 64 Ziffer 248) — branchenmäßige Veränderungen der Beschäftigtenstruktur sind. Dieser Lohnsummeneffekt des Wandels der Beschäftigtenstruktur war nach unseren Schätzungen in den vergangenen Jahren gering.

Berücksichtigt werden müßte außerdem der Lohnsummeneffekt einer Veränderung in der relativen Besetzung der Leistungsgruppen sowie einer Veränderung in der regionalen Verteilung der Beschäftigten innerhalb eines Wirtschaftszweiges. Diese Komponenten des gesamten Lohnsummeneffekts von Wandlungen der Beschäftigtenstruktur sind zwar vorläufig quantitativ nicht zuverlässig genug zu erfassen, doch erlauben Ergebnisse der Verdienststatistik und der Wanderungsstatistik den Schluß, daß sie vermutlich ebenfalls sehr gering sind.

a) Es bezeichnen

$W_{(t)}$ die Bruttolohn- und -gehaltssumme der Gesamtwirtschaft im Jahr t,

$W_{m(t)}$ bzw. $W_{w(t)}$ die Bruttolohn- und -gehaltssumme der männlichen bzw. weiblichen Beschäftigten,

$W^{i}_{m(t)}$ bzw. $W^{i}_{w(t)}$ die Bruttolohn- und -gehaltssumme der männlichen bzw. weiblichen Beschäftigten im i-ten Wirtschaftszweig,

$B_{m(t)}$ bzw. $B_{w(t)}$ die männlichen bzw. weiblichen Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft,

$B^{i}_{m(t)}$ bzw. $B^{i}_{w(t)}$ die männlichen bzw. weiblichen Beschäftigten im i-ten Wirtschaftszweig.

b) Es ist die — fiktive — Lohn- und Gehaltssumme $W^{*}_{(t)}$ für die Gesamtwirtschaft zu berechnen, die sich aus der „Wanderung" von Arbeitskräften nach Wirtschaftszweigen mit höherem oder auch niedrigerem Lohnniveau ergäbe, wenn die Lohnniveaus der einzelnen Wirtschaftszweige (Durchschnittseinkommen) unverändert blieben.

Es ist

$$(20) \quad W^{*}_{(t)} = W^{*}_{m(t)} + W^{*}_{w(t)},$$

$$(21) \quad W^{*}_{m(t)} = \frac{B_{m(t-1)}}{B_{m(t)}} \sum_{i=1}^{n} W^{i}_{m(t-1)} \frac{B^{i}_{m(t)}}{B^{i}_{m(t-1)}},$$

$$(22) \quad W^{*}_{w(t)} = \frac{B_{w(t-1)}}{B_{w(t)}} \sum_{i=1}^{n} W^{i}_{w(t-1)} \frac{B^{i}_{w(t)}}{B^{i}_{w(t-1)}}.$$

Die für die Rechnung benötigten Angaben werden seit einigen Jahren von Gerhard Göseke im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung geschätzt und hier in der Gliederung nach 19 Wirtschaftszweigen übernommen.

Tatsächliche		Fiktive		Abweichung der fiktiven von der tatsächlichen Lohn- und Gehaltsumme in vH
Lohn- und Gehaltsumme				
Jahr	Mrd. DM	Jahr	Mrd. DM	
1959	103,8	1960	104,1	(+0,3)
1960	118,9	1961	119,1	+0,2
1961	133,8	1962	134,3	(+0,4)
1962	155,2	1963	155,2	+0,0
1963	166,6	1964	166,7	+0,1

Gebietsstand:
1959 Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin
1960/61 Bundesgebiet ohne Berlin
ab 1962 Bundesgebiet

Wegen des unterschiedlichen Gebietsstandes sind — streng genommen — nur die Ergebnisse für 1961, 1963 und 1964 voll vergleichbar. Danach scheint die Bedeutung des Lohnsummeneffekts des Wandels der Beschäftigtenstruktur in den letzten Jahren noch abgenommen zu haben.

Die Richtung der Wanderungen in der Bundesrepublik

(zu Ziffer 254)

21. Es wurden — auf Kreisebene — die Beziehungen zwischen den folgenden Größen untersucht:

y = Kumulierter Wanderungssaldo 1957 bis 1961, bezogen auf die Wohnbevölkerung 1957,

x_1 = Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung 1957,

x_2 = Relative Veränderung des Bruttoinlandsprodukts je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung 1961 gegen 1957,

x_3 = Andrangziffer (Personen je Wohnung) am 6. 6. 1961,

x_4 = Relative Veränderung der Andrangziffer 6. 6. 1961 gegen 25. 9. 1956,

x_5 = Relative Veränderung der Zahl der Normalwohnungen 6. 6. 1961 gegen 25. 9. 1956,

x_6 = Anteil der Wohnungen in den Gebäudeklassen E bis H an der Gesamtzahl der Normalwohnungen am 6. 6. 1961.

Eingeschlossen wurden die kreisfreien Städte und Landkreise des Bundesgebietes ohne Saarland, Hamburg und Berlin.

Die Beziehungen zwischen diesen Größen sind im einzelnen durch die folgenden, in einer Matrix zusammengefaßten, einfachen linearen Korrelationskoeffizienten gekennzeichnet:

	y	x_1	x_2	x_3	x_4	x_5	x_6
y	1	0,59	−0,12	−0,32	0,35	0,56	0,43
x_1		1	−0,50	−0,44	0,25	0,32	0,62
x_2			1	−0,17	−0,21	0,06	−0,32
x_3				1	−0,09	−0,08	−0,41
x_4					1	−0,51	−0,02
x_5						1	0,36
x_6							1

Der lineare Gesamtzusammenhang zwischen diesen Größen wird am besten durch folgende multiple Regressionsfunktion wiedergegeben:

$$y = 0{,}073 + \underset{(0{,}006)}{0{,}014\ x_2} - \underset{(0{,}003)}{0{,}028\ x_3} + \underset{(0{,}023)}{1{,}114\ x_4} + \underset{(0{,}016)}{0{,}851\ x_5} + \underset{(0{,}005)}{0{,}014\ x_6}, \quad R = 0{,}944. \tag{23}$$

Die Werte in Klammern sind die sogenannten Standardfehler der Schätzungen der einzelnen Regressionskoeffizienten. R ist der multiple Korrelationskoeffizient.

Aus den Berechnungen, die der Sachverständigenrat im Zusammenhang mit der Untersuchung des regionalen Strukturwandels angestellt hat, werden ergänzende Ergebnisse in Tabelle 118 (Anhang V) mitgeteilt.

Bruttoinlandsprodukt der Kreise nach Größenklassen des Bruttoinlandsprodukts je Kopf der „Wirtschaftsbevölkerung"

(zu Ziffer 258)

22. Es wurden die kreisfreien Städte und Landkreise nach der Höhe des Bruttoinlandsprodukts je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung im Jahre 1957 geordnet und — aufsteigend — jeweils so viele Kreise zusammengefaßt, daß zehn Größenklassen mit etwa gleich großer „Wirtschaftsbevölkerung" [1]) — nämlich rund 5,25 Millionen — entstanden. Für jede dieser Größenklassen wird alsdann das gewogene Mittel [2]) der prozentualen Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in den jeweiligen Kreisen von 1957 auf 1961 bestimmt (Tabelle 72), ferner der Anteil der in eine Größenklasse fallenden Kreise am Bruttoinlandsprodukt 1957 und 1961. Diese Anteile sind in Schaubild 35 kumuliert in Form einer Lorenzkurve aufgetragen.

[1]) Die Wirtschaftsbevölkerung ist definiert als Wohnbevölkerung ± doppeltem Pendlersaldo.

[2]) Mit der Wirtschaftsbevölkerung von 1957 gewogene Mittelwerte.

V.

Statistischer Anhang

Zeichenerklärung

— = nichts vorhanden

0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten Einheit, die in der Tabelle zur Darstellung gebracht werden kann

. = kein Nachweis vorhanden

... = Angaben fallen später an

Tabelle 78

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
Sozialprodukt und Volkseinkommen

Millionen DM

Zeitraum	Brutto-inlands-produkt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt [1])	Brutto-sozial-produkt	Abschreibungen	Netto-sozial-produkt zu Marktpreisen	Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	Netto-sozial-produkt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)
			in jeweiligen Preisen				
1950 [2])	97 820	+ 80	97 900	10 080	87 820	12 660	75 160
1951 [2])	119 430	+ 70	119 500	11 970	107 530	16 450	91 080
1952 [2])	136 490	+110	136 600	13 300	123 300	19 530	103 770
1953 [2])	147 010	+ 90	147 100	13 400	133 700	21 570	112 130
1954 [2])	158 240	−340	157 900	13 640	144 260	23 180	121 080
1955 [2])	180 830	−430	180 400	14 830	165 570	26 110	139 460
1956 [2])	199 000	−200	198 800	16 530	182 270	27 900	154 370
1957 [2])	216 390	− 90	216 300	18 370	197 930	29 640	168 290
1958 [2])	231 210	+290	231 500	20 190	211 310	31 170	180 140
1959 [2])	250 750	+150	250 900	22 070	228 830	34 860	193 970
1960 [2])	279 420	+380	279 800	24 810	254 990	38 070	216 920
1960	296 640	+160	296 800	26 240	270 560	40 760	229 800
1961	326 600	−400	326 200	29 650	296 550	44 950	251 600
1962	354 880	−380	354 500	33 830	320 670	48 770	271 900
1963 [3])	377 160	−360	376 800	37 800	339 000	50 760	288 240
1964 [3])	414 200	−800	413 400	41 960	371 440	55 390	316 050
1964 1. Halbjahr	194 760	−460	194 300	20 320	173 980	26 650	147 330
2. Halbjahr	219 440	−340	219 100	21 640	197 460	28 740	168 720
1965 1. Halbjahr [4])	211 830	−730	211 100	22 960	188 140	29 170	158 970
			in Preisen von 1954				
1950 [2])	112 790	+110	112 900	12 260	100 640	.	.
1951 [2])	125 100	+100	125 200	12 510	112 690	.	.
1952 [2])	136 380	+120	136 500	12 790	123 710	.	.
1953 [2])	147 210	+ 90	147 300	13 160	134 140	.	.
1954 [2])	158 240	−340	157 900	13 640	144 260	.	.
1955 [2])	177 340	−440	176 900	14 410	162 490	.	.
1956 [2])	189 530	−230	189 300	15 620	173 680	.	.
1957 [2])	200 320	−120	200 200	16 840	183 360	.	.
1958 [2])	206 670	+130	206 800	18 200	188 600	.	.
1959 [2])	221 070	− 70	221 000	19 740	201 260	.	.
1960 [2])	240 320	+ 80	240 400	21 630	218 770	.	.
1960	254 980	− 80	254 900	22 870	232 030	.	.
1961	269 170	−570	268 600	25 040	243 560	.	.
1962	280 180	−580	279 600	27 370	252 230	.	.
1963 [3])	289 260	−560	288 700	29 940	258 760	.	.
1964 [3])	308 600	−900	307 700	32 780	274 920	.	.
1964 1. Halbjahr	147 450	−500	146 950	16 010	130 940	.	.
2. Halbjahr	161 150	−400	160 750	16 770	143 980	.	.
1965 1. Halbjahr [4])	154 690	−700	153 990	17 580	136 410	.	.

[1]) Ein Pluszeichen (+) bedeutet, daß Inländern mehr Einkommen aus der übrigen Welt zugeflossen sind als der übrigen Welt von Inländern, ein Minuszeichen (−) bedeutet das Umgekehrte.

[2]) ohne Saarland und Berlin [3]) vorläufige Ergebnisse [4]) erste vorläufige Ergebnisse

begriffliche Erläuterungen Seite 234

Tabelle 79

noch: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Beiträge zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt

Millionen DM

Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt	Land- und Forstwirtschaft [1]	Produzierendes Gewerbe [2]	Handel und Verkehr [3]	Übrige Bereiche
		in jeweiligen Preisen			
1950 [4]	97 820	10 180	48 480	19 430	19 730
1951 [4]	119 430	12 270	61 270	23 060	22 830
1952 [4]	136 490	13 330	69 290	27 780	26 090
1953 [4]	147 010	13 430	76 110	28 550	28 920
1954 [4]	158 240	13 760	82 560	30 220	31 700
1955 [4]	180 830	14 540	95 780	35 200	35 310
1956 [4]	199 000	14 970	105 190	39 070	39 770
1957 [4]	216 390	15 620	113 240	43 490	44 040
1958 [4]	231 210	16 520	120 390	46 240	48 060
1959 [4]	250 750	16 880	131 700	50 310	51 860
1960 [4]	279 420	17 520	148 440	55 360	58 100
1960	296 640	17 720	158 080	58 490	62 350
1961	326 600	17 940	174 700	63 400	70 560
1962	354 880	17 970	189 910	69 670	77 330
1963 [5]	377 160	19 210	198 810	73 450	85 690
1964 [5]	414 200	20 020	220 050	78 960	95 170
1964 1. Halbjahr	194 760	9 540	102 730	36 770	45 720
2. Halbjahr	219 440	10 480	117 320	42 190	49 450
1965 1. Halbjahr [6]	211 830	9 590	111 880	39 630	50 730
		in Preisen von 1954			
1950 [4]	112 790	11 610	53 380	23 320	24 480
1951 [4]	125 100	13 290	60 920	25 070	25 820
1952 [4]	136 380	13 400	68 250	26 630	28 100
1953 [4]	147 210	13 450	75 450	28 360	29 950
1954 [4]	158 240	13 760	82 560	30 220	31 700
1955 [4]	177 340	13 670	95 730	34 010	33 930
1956 [4]	189 530	13 550	102 760	37 360	35 860
1957 [4]	200 320	14 000	108 020	39 840	38 460
1958 [4]	206 670	14 840	111 570	40 460	39 800
1959 [4]	221 070	15 330	120 500	43 580	41 660
1960 [4]	240 320	15 910	133 160	47 430	43 820
1960	254 980	16 090	141 880	50 010	47 000
1961	269 170	16 360	150 800	52 250	49 760
1962	280 180	15 710	157 460	54 650	52 430
1963 [5]	289 260	16 950	162 110	55 580	54 620
1964 [5]	308 600	17 430	175 850	58 350	56 970
1964 1. Halbjahr	147 450	8 710	83 170	27 510	28 060
2. Halbjahr	161 150	8 720	92 680	30 840	28 910
1965 1. Halbjahr [6]	154 690	8 520	88 340	28 850	28 980

[1] einschließlich Tierhaltung und Fischerei
[2] Energiewirtschaft, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe
[3] einschließlich Nachrichtenübermittlung
[4] ohne Saarland und Berlin
[5] vorläufige Ergebnisse
[6] erste vorläufige Ergebnisse
begriffliche Erläuterungen Seite 234

Tabelle 80

noch: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Verteilung des Volkseinkommens

Millionen DM

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit [1])	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen			
			insgesamt	der privaten Haushalte [2])	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit [3]) = unverteilte Gewinne [4])	des Staates [5])
1950 [6])	75 160	44 070	31 090	26 110	4 280	700
1951 [6])	91 080	53 430	37 650	31 880	4 690	1 080
1952 [6])	103 770	59 600	44 170	35 820	6 730	1 620
1953 [6])	112 130	65 770	46 360	37 160	7 440	1 760
1954 [6])	121 080	71 870	49 210	39 700	7 640	1 870
1955 [6])	139 460	81 950	57 510	45 890	9 100	2 520
1956 [6])	154 370	91 820	62 550	50 080	9 820	2 650
1957 [6])	168 290	100 520	67 770	53 660	10 980	3 130
1958 [6])	180 140	108 990	71 150	56 610	11 350	3 190
1959 [6])	193 970	116 830	77 140	61 380	12 800	2 960
1960 [6])	216 920	131 400	85 520	67 490	14 560	3 470
1960	229 800	139 770	90 030	70 910	15 480	3 640
1961	251 600	157 180	94 420	74 680	15 430	4 310
1962	271 900	173 860	98 040	78 350	15 100	4 590
1963 [7])	288 240	186 530	101 710	81 710	14 970	5 030
1964 [7])	316 050	204 420	111 630	89 310	16 580	5 740
1964 1. Halbjahr	147 330	96 810	50 520	...	...	...
2. Halbjahr	168 720	107 610	61 110	...	...	...
1965 1. Halbjahr [8])	158 970	105 840	53 130	...	...	...

[1]) „Meßbares" Einkommen: Einschließlich Werbungskosten, jedoch ohne bestimmte Lohnnebenkosten, die zum Einkommen aus unselbständiger Arbeit gehören, aber nicht in der Bruttolohn- und -gehaltssumme und in den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung erfaßt sind, wie Aufwendungen der Arbeitgeber zur Verbilligung der Lebenshaltung und für zusätzliche Krankheits- und Altersvorsorge bei privaten Einrichtungen, Unterstützungen u. ä.

[2]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter; nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden; einschließlich bestimmter Lohnnebenkosten, die nicht in das Einkommen aus unselbständiger Arbeit einbezogen werden konnten (vgl. Anm. 1).

[3]) Einschließlich der netto im Haushalt verbuchten öffentlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

[4]) Vor Abzug der direkten Steuern u. ä. der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

[5]) nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden

[6]) ohne Saarland und Berlin

[7]) vorläufige Ergebnisse

[8]) erste vorläufige Ergebnisse

begriffliche Erläuterungen Seite 234

Tabelle 81

noch: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Verwendung des Sozialprodukts

Millionen DM

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr	Einfuhr	Außenbeitrag [1]
in jeweiligen Preisen										
1950 [2]	97 900	63 360	14 000	18 140	9 290	8 850	+3 670	11 310	12 580	−1 270
1951 [2]	119 500	73 710	17 500	22 320	11 970	10 350	+3 720	18 720	16 470	+2 250
1952 [2]	136 600	81 820	20 800	25 570	13 920	11 650	+5 120	22 120	18 830	+3 290
1953 [2]	147 100	89 560	21 170	29 100	15 150	13 950	+1 910	25 360	20 000	+5 360
1954 [2]	157 900	95 110	22 030	32 760	17 260	15 500	+2 840	30 770	25 610	+5 160
1955 [2]	180 400	106 190	23 820	40 660	21 560	19 100	+5 590	36 620	32 480	+4 140
1956 [2]	198 800	117 750	25 350	44 830	23 430	21 400	+4 010	44 130	37 270	+6 860
1957 [2]	216 300	128 160	27 300	46 490	23 790	22 700	+5 320	52 500	43 470	+9 030
1958 [2]	231 500	137 710	30 590	50 430	25 630	24 800	+3 670	54 180	45 080	+9 100
1959 [2]	250 900	146 480	33 530	57 960	28 460	29 500	+4 200	60 580	51 850	+8 730
1960 [2]	279 800	158 870	37 730	67 030	33 900	33 130	+7 990	69 750	61 570	+8 180
1960	296 800	170 030	40 400	70 620	35 600	35 020	+8 590	62 910	55 750	+7 160
1961	326 200	186 760	46 050	80 710	40 660	40 050	+5 900	65 810	59 030	+6 780
1962	354 500	204 030	53 100	90 200	44 660	45 540	+3 500	68 950	65 280	+3 670
1963 [3]	376 800	215 140	59 180	95 340	45 970	49 370	+2 100	74 990	69 950	+5 040
1964 [3]	413 400	232 400	61 870	109 120	51 570	57 550	+4 700	83 530	78 220	+5 310
1964 1. Halbjahr	194 300	109 020	28 370	49 440	24 260	25 180	+3 600	40 690	36 820	+3 870
2. Halbjahr	219 100	123 380	33 500	59 680	27 310	32 370	+1 100	42 840	41 400	+1 440
1965 1. Halbjahr [3]	211 100	119 310	31 800	54 490	27 720	26 770	+5 500	43 740	43 740	—
in Preisen von 1954										
1950 [2]	112 900	68 960	17 430	21 800	11 200	10 600	+3 900	13 630	12 820	+ 810
1951 [2]	125 200	74 440	19 410	23 150	12 400	10 710	+3 310	18 490	13 600	+4 890
1952 [2]	136 500	81 180	21 560	24 600	13 290	11 310	+4 840	21 040	16 720	+4 320
1953 [2]	147 300	90 060	21 430	28 780	14 760	14 020	+1 800	24 940	19 710	+5 230
1954 [2]	157 900	95 110	22 030	32 760	17 260	15 500	+2 840	30 770	25 610	+5 160
1955 [2]	176 900	104 540	22 970	39 460	21 340	18 120	+5 510	36 250	31 830	+4 420
1956 [2]	189 300	113 470	23 150	42 380	22 620	19 760	+3 860	42 270	35 830	+6 440
1957 [2]	200 200	120 450	24 150	42 590	22 340	20 250	+5 090	49 120	41 200	+7 920
1958 [2]	206 800	126 210	26 150	45 210	23 740	21 470	+3 450	50 890	45 110	+5 780
1959 [2]	221 000	132 970	28 450	51 000	26 600	24 400	+4 060	57 940	53 420	+4 520
1960 [2]	240 400	142 320	30 720	56 880	31 260	25 620	+7 680	65 670	62 870	+2 800
1960	254 900	152 430	32 780	60 000	32 870	27 130	+8 190	59 280	57 780	+1 500
1961	268 600	162 980	35 480	65 630	36 650	28 980	+5 500	61 250	62 240	− 990
1962	279 600	172 770	39 770	69 440	38 860	30 580	+3 100	63 860	69 340	−5 480
1963 [3]	288 700	177 300	43 080	71 390	39 900	31 490	+2 000	70 020	75 090	−5 070
1964 [3]	307 700	186 750	42 820	79 750	44 290	35 460	+4 400	77 260	83 280	−6 020
1964 1. Halbjahr	146 950	88 460	19 910	36 460	20 810	15 650	+3 370	38 070	39 320	−1 250
2. Halbjahr	160 750	98 290	22 910	43 290	23 480	19 810	+1 030	39 190	43 960	−4 770
1965 1. Halbjahr [3]	153 990	94 120	21 140	39 270	23 050	16 220	+5 190	40 180	45 910	−5 730

[1]) Ausfuhr ∕. Einfuhr
[2]) ohne Saarland und Berlin
[3]) vorläufige Ergebnisse
begriffliche Erläuterungen Seite 234

Tabelle 82

noch: Volkswirtschaftliche

Einnahmen und

Millionen

Jahr	Institution	Einnahmen [1])				
		insgesamt	Steuern u. ä. Übertragungen [2])	Erwerbs- und Vermögenseinkommen [3])	Gebühren u. ä., Verkäufe von Land und gebrauchten Anlagen [4])	Veränderung der Verbindlichkeiten [5])
1950 [7])	Staat insgesamt	36 490	29 900	1 120	1 880	+3 590
	darunter Sozialversicherung	.	8 920	110	10	.
1951 [7])	Staat insgesamt	44 690	38 640	1 630	1 990	+2 430
	darunter Sozialversicherung	.	10 600	300	20	.
1952 [7])	Staat insgesamt	51 600	45 840	2 220	2 240	+1 300
	darunter Sozialversicherung	.	12 000	380	20	.
1953 [7])	Staat insgesamt	57 220	59 540	2 350	2 420	−7 090
	darunter Sozialversicherung	.	13 370	420	20	.
1954 [7])	Staat insgesamt	61 670	53 460	2 790	2 700	+2 720
	darunter Sozialversicherung	.	14 500	620	30	.
1955 [7])	Staat insgesamt	67 340	59 370	3 470	2 930	+1 570
	darunter Sozialversicherung	.	16 650	780	30	.
1956 [7])	Staat insgesamt	73 750	66 000	3 610	3 190	+ 950
	darunter Sozialversicherung	.	18 570	1 030	20	.
1957 [7])	Staat insgesamt	81 230	72 490	4 050	3 510	+1 180
	darunter Sozialversicherung	.	22 120	1 230	20	.
1958 [7])	Staat insgesamt	88 030	77 720	4 120	3 920	+2 270
	darunter Sozialversicherung	.	25 000	1 320	20	.
1959 [7])	Staat insgesamt	100 090	86 200	4 020	4 340	+5 530
	darunter Sozialversicherung	.	26 620	1 410	20	.
1960 [7])	Staat insgesamt	110 540	98 620	4 570	4 830	+2 520
	darunter Sozialversicherung	.	29 720	1 530	30	.
1960	Staat insgesamt	114 220	102 070	4 770	5 140	+2 240
	darunter Sozialversicherung	.	31 680	1 600	30	.
1961	Staat insgesamt	129 120	115 060	5 320	5 570	+3 170
	darunter Sozialversicherung	.	34 580	1 780	30	.
1962	Staat insgesamt	141 970	126 510	5 690	6 140	+3 630
	darunter Sozialversicherung	.	38 300	2 040	40	.
1963 [13])	Staat insgesamt	153 260	134 170	6 180	6 700	+6 210
	darunter Sozialversicherung	.	41 130	2 330	40	.
1964 [13])	Staat insgesamt	165 270	145 840	6 900	7 280	+5 250
	darunter Sozialversicherung	.	44 170	2 580	40	.

[1]) Ohne Einnahmen von anderen Körperschaften des Staatssektors. Im Prinzip dargestellt im Stadium der Entstehung von Forderungen und Verbindlichkeiten.

[2]) Unterstellte Einzahlungen in fiktive Pensionsfonds für Beamte sind als Einnahmen der Sozialversicherung dargestellt.

[3]) Einkommen aus öffentlichen Unternehmen und Vermögen zuzüglich unterstellter Bankgebühren für Einlagen.

[4]) Gebühren und Entgelte von Unternehmen sowie von privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter; die Verkäufe der Gebietskörperschaften an die Sozialversicherung sind nicht enthalten.

[5]) Nach Abzug von Tilgungsausgaben; die Angaben über die Veränderung der Verbindlichkeiten sind Berechnungen der Deutschen Bundesbank entnommen (einschließlich einer „statistischen Differenz").

[6]) ohne Ausgaben an andere Körperschaften des Staatssektors (vgl. Anmerkung 1)

[7]) ohne Saarland und Berlin

begriffliche Erläuterungen Seite 234

Gesamtrechnungen

Tabelle 82

Ausgaben des Staates

DM

Ausgaben [6])							Institution	Jahr
insgesamt	Käufe für laufenden Bedarf [8])	Investitionen [9])	Erwerbs- und Vermögenseinkommen: Löhne, Gehälter u. ä. [10])	Erwerbs- und Vermögenseinkommen: Zinsen auf öffentliche Schulden	Renten u. ä. Übertragungen, Subventionen [11])	Veränderung der Forderungen [12])		
36 490	8 220	1 860	7 050	550	14 420	+ 4 310	Staat insgesamt	1950
.	1 690	70	340	0	7 400	.	darunter Sozialversicherung	
44 910	10 700	2 360	8 110	670	16 740	+ 6 110	Staat insgesamt	1951
.	2 090	80	410	0	8 730	.	darunter Sozialversicherung	
51 600	12 820	2 870	9 420	750	19 210	+ 6 530	Staat insgesamt	1952
.	2 420	80	490	0	10 860	.	darunter Sozialversicherung	
57 220	12 530	3 430	10 200	800	21 680	+ 8 580	Staat insgesamt	1953
.	2 740	90	540	0	11 790	.	darunter Sozialversicherung	
61 670	12 830	3 740	10 940	1 190	23 360	+ 9 610	Staat insgesamt	1954
.	2 990	80	580	0	12 550	.	darunter Sozialversicherung	
67 340	13 680	4 830	11 990	1 270	25 280	+10 290	Staat insgesamt	1955 [7])
.	3 340	110	660	0	14 320	.	darunter Sozialversicherung	
73 750	13 910	5 480	13 380	1 370	28 900	+10 710	Staat insgesamt	1956
.	3 820	120	730	0	16 070	.	darunter Sozialversicherung	
81 230	14 620	5 770	14 800	1 380	35 840	+ 8 820	Staat insgesamt	1957
.	4 320	130	780	0	21 100	.	darunter Sozialversicherung	
88 030	16 870	6 460	16 110	1 450	41 210	+ 5 930	Staat insgesamt	1958
.	4 960	180	890	0	24 780	.	darunter Sozialversicherung	
100 090	19 650	8 020	16 520	1 650	43 560	+10 960	Staat insgesamt	1959
.	6 460	170	930	0	26 050	.	darunter Sozialversicherung	
110 540	22 220	9 320	18 430	1 770	46 780	+12 020	Staat insgesamt	1960
.	7 160	160	1 030	0	27 590	.	darunter Sozialversicherung	
114 220	23 430	9 770	20 110	1 840	47 210	+11 860	Staat insgesamt	1960
.	7 720	170	1 100	0	29 750	.	darunter Sozialversicherung	
129 120	26 240	11 390	23 070	1 860	53 560	+13 000	Staat insgesamt	1961
.	8 620	120	1 240	0	33 140	.	darunter Sozialversicherung	
141 970	31 400	14 230	25 220	2 050	60 110	+ 8 960	Staat insgesamt	1962
.	9 700	180	1 320	0	36 490	.	darunter Sozialversicherung	
153 260	34 910	16 510	27 980	2 260	61 750	+ 9 850	Staat insgesamt	1963 [13])
.	9 050	170	1 430	0	39 670	.	darunter Sozialversicherung	
165 270	35 190	18 970	30 570	2 430	67 300	+10 810	Staat insgesamt	1964 [13])
.	10 080	180	1 560	0	41 960	.	darunter Sozialversicherung	

[8]) Käufe von Waren und Dienstleistungen für die Bereitstellung von Verwaltungsleistungen und die Durchführung von Investitionen in eigener Regie einschließlich der vom Staat gezahlten indirekten Steuern; die Käufe der Sozialversicherung von Gebietskörperschaften sind nicht enthalten.

[9]) Käufe für Anlageinvestitionen von Unternehmen (ohne selbsterstellte Anlagen) sowie Käufe von Land und gebrauchten Anlagen.

[10]) Löhne und Gehälter sowie Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung einschließlich unterstellter Einzahlungen in fiktive Pensionsfonds für Beamte sowie Personalkosten für selbsterstellte Anlagen; ferner Sold und Verpflegung des Militärpersonals (einschließlich der Entgelte für die bei den Besatzungsmächten beschäftigten deutschen Arbeitnehmer).

[11]) Die Versorgungsleistungen für Beamte sind als Ausgaben der Sozialversicherung dargestellt.

[12]) Nach Abzug von Tilgungseinnahmen; die Angaben über die Veränderung der Forderungen sind Berechnungen der Deutschen Bundesbank entnommen.

[13]) vorläufige Ergebnisse

Tabelle 83

noch: Volkswirtschaftliche

Zahlungs

Millionen

Zeitraum	Saldo der Devisenbilanz [2]	Bilanz der laufenden Posten				
		insgesamt	Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs			Saldo der unentgeltlichen Leistungen (eigene: —)
			zusammen	Handelsbilanz [3]	Dienstleistungsbilanz	
1950 [1]	− 564	− 407	−2 472	−3 012	+ 540	+2 065
1951 [1]	+2 038	+2 341	+ 812	− 149	+ 961	+1 529
1952 [1]	+2 761	+2 528	+2 368	+ 706	+1 662	+ 160
1953 [1]	+3 614	+3 793	+4 244	+2 516	+1 728	− 451
1954 [1]	+2 782	+3 609	+4 083	+2 698	+1 385	− 474
1955 [1]	+1 851	+2 205	+3 039	+1 245	+1 794	− 834
1956 [1]	+5 014	+4 485	+5 691	+2 897	+2 794	−1 206
1957 [1]	+5 122	+5 878	+7 732	+4 083	+3 649	−1 854
1958 [1]	+3 188	+6 065	+7 955	+4 954	+3 001	−1 890
1959 [1]	−2 204	+4 234	+7 481	+5 361	+2 120	−3 247
1960	+8 007	+4 712	+8 106	+5 223	+2 883	−3 394
1961	−1 928 [a]	+2 924	+7 359	+6 615	+ 744	−4 435
1962	− 552	−2 124	+3 030	+3 477	− 447	−5 154
1963	+2 572	+ 973	+5 931	+6 032	− 101	−4 958
1964	+ 12	+ 807	+5 752	+6 081	− 329	−4 945
1964 1. Vierteljahr	+ 8	+1 325	+2 472	+2 389	+ 83	−1 147
2. Vierteljahr	+ 121	+ 548	+2 017	+1 973	+ 44	−1 469
3. Vierteljahr	− 426	− 959	+ 269	+ 685	− 416	−1 228
4. Vierteljahr	+ 309	− 107	+ 994	+1 034	− 40	−1 101
1965 1. Vierteljahr	− 510	− 204	+1 145	+1 096	+ 49	−1 349
2. Vierteljahr	−1 173	−2 633	− 838	− 47	− 791	−1 795
3. Vierteljahr	− 8	−2 720	−1 338	− 433	− 905	−1 392

[1] bis 5. Juli 1959 ohne Transaktionen des Saarlandes mit dem Ausland

[2] Veränderung der Währungsreserven (netto) der Deutschen Bundesbank (Zunahme: +). Ohne die bei den langfristigen öffentlichen Kapitalleistungen berücksichtigten Auslandsforderungen der Deutschen Bundesbank, bei denen es sich hauptsächlich um die in der Position „Wertpapiere" des Bundesbankausweises enthaltenen Weltbankbonds und Weltbanknotes handelt. Ab Januar 1959 einschließlich der Veränderungen auf den Akkreditivdeckungskonten sowie einschließlich der Veränderungen der Verpflichtungen aus „Einlagen ausländischer Einleger".

[3] Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob; 1957 und 1958 einschließlich nachträglich gemeldeter und in der amtlichen Außenhandelsstatistik für diese Jahre nicht erfaßter Einfuhren der Bundesregierung.

[4] ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten, jedoch einschließlich des Saldos des Transithandels sowie einschließlich sonstiger den Warenverkehr betreffenden Ergänzungen

[a] ohne Berücksichtigung der durch die DM-Aufwertung bedingten Abnahme der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank

Tabelle 83

Gesamtrechnungen

bilanz

DM

Kapitalbilanz (Kapitalexport: —) [5]							Saldo der laufenden Posten und des Kapitalverkehrs	Restposten der Zahlungsbilanz [7]	Zeitraum
Saldo der gesamten Kapitalleistungen	Saldo der								
	langfristigen Kapitalleistungen			kurzfristigen Kapitalleistungen					
	zusammen	privat	öffentlich [6]	zusammen	privat	öffentlich			
+ 207	+ 458	.	+ 458	− 251	− 251	—	− 200	− 364	1950 [1]
+ 87	− 149	.	− 149	+ 236	+ 236	—	+2 428	− 390	1951 [1]
− 23	− 586	− 15	− 571	+ 563	+ 477	+ 86	+2 505	+ 256	1952 [1]
+ 50	−1 645	− 61	−1 584	+1 695	+ 395	+1 300	+3 843	− 229	1953 [1]
− 375	− 518	− 264	− 254	+ 143	+ 305	− 162	+3 234	− 452	1954 [1]
− 450	− 381	− 110	− 271	− 69	+ 119	− 188	+1 755	+ 96	1955 [1]
+ 52	− 555	+ 134	− 689	+ 607	+ 894	− 287	+4 537	+ 477	1956 [1]
−2 436	− 623	+ 239	− 862	−1 813	− 3	−1 810	+3 442	+1 680	1957 [1]
−2 392	−1 568	− 518	−1 050	− 824	− 737	− 87	+3 673	− 485	1958 [1]
−6 242	−5 447	−1 152	−4 295	− 795	−1 193	+ 398	−2 008	− 196	1959 [1]
+1 780	− 173	+1 066	−1 239	+1 953	+2 910	− 957	+6 492	−1 515	1960
−5 108	−4 241	+ 880	−5 121	− 867	+ 339	−1 206	−2 184	+ 256	1961
+ 765	− 101	+1 072	−1 173	+ 866	+ 272	+ 594	−1 359	+ 807	1962
+2 217	+1 950	+3 131	−1 181	+ 267	+ 725	− 458	+3 190	− 618	1963
−2 037	− 814	+ 445	−1 259	−1 223	+ 224	−1 447	−1 230	+1 242	1964
−2 095	+ 226	+ 491	− 265	−2 321	−1 560	− 761	− 770	+ 778	1964 1. Vierteljahr
− 760	−1 033	− 787	− 246	+ 273	+ 479	− 206	− 212	+ 333	2. Vierteljahr
− 51	− 7	+ 256	− 263	− 44	− 118	+ 74	−1 010	+ 584	3. Vierteljahr
+ 869	− 0	+ 485	− 485	+ 869	+1 423	− 554	+ 762	− 453	4. Vierteljahr
−1 339	+ 187	+ 371	− 184	−1 526	−1 796	+ 270	−1 543	+1 033	1965 1. Vierteljahr
+ 44	+ 146	+ 487	− 341	− 102	− 8	− 94	−2 589	+1 416	2. Vierteljahr
+1 954	+ 8	+ 347	− 339	+1 946	+1 335	+ 611	− 766	+ 758	3. Vierteljahr

[5]) Für die Aufgliederung in „Privat" und „Öffentlich" ist maßgebend, welchem der beiden Sektoren die an der jeweiligen Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört.

[6]) vgl. Anm. 2)

[7]) Saldo der nicht erfaßten Posten und der statistischen Ermittlungsfehler; hauptsächlich bedingt durch Veränderungen in den terms of payment.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 84

noch: Volkswirtschaftliche

Einkommen und Ersparnis

Millionen

Jahr	Erwerbs- und Vermögenseinkommen insgesamt	Einkommen aus unselbständiger Arbeit [2])	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen [3])	Empfangene laufende Übertragungen [4])	Einkommen insgesamt (brutto)	Geleistete laufende Übertragungen [5])
1950 [9])	70 180	44 070	26 110	12 080	82 260	13 700
1951 [9])	85 310	53 430	31 880	13 460	98 770	16 850
1952 [9])	95 420	59 600	35 820	15 850	111 270	20 330
1953 [9])	102 930	65 770	37 160	17 580	120 510	22 780
1954 [9])	111 570	71 870	39 700	18 580	130 150	23 950
1955 [9])	127 840	81 950	45 890	20 810	148 650	26 650
1956 [9])	141 900	91 820	50 080	23 190	165 090	29 790
1957 [9])	154 180	100 520	53 660	28 280	182 460	33 440
1958 [9])	165 600	108 990	56 610	31 820	197 420	36 510
1959 [9])	178 210	116 830	61 380	32 960	211 170	40 290
1960 [9])	198 890	131 400	67 490	34 220	233 110	47 050
1960	210 680	139 770	70 910	37 490	248 170	49 790
1961	231 860	157 180	74 680	41 050	272 910	57 610
1962	252 210	173 860	78 350	44 960	297 170	64 840
1963 [10])	268 240	186 530	81 710	47 960	316 200	70 550
1964 [10])	293 730	204 420	89 310	52 530	346 260	76 870

[1]) einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter

[2]) „Meßbares Einkommen": Einschließlich Werbungskosten, jedoch ohne bestimmte Lohnnebenkosten wie Aufwendungen der Arbeitgeber zur Verbilligung der Lebenshaltung und für zusätzliche Alters- und Krankheitsvorsorge bei privaten Einrichtungen, Unterstützungen usw.

[3]) nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden; einschließlich bestimmter Lohnnebenkosten [vgl. Fußnote [2])]

[4]) Öffentliche Renten und Pensionen, Barleistungen der Arbeitslosenversicherung und -hilfe, der öffentlichen Fürsorge und sozialen Krankenversicherung, gesetzliches Kindergeld u. a. m.

[5]) Direkte Steuern, Sozialversicherungsbeiträge u. a. m.

[6]) Hauptentschädigung im Rahmen des Lastenausgleichs, Sparprämien u. a. m.

[7]) Erbschaftsteuer, Lastenausgleichsablösungsbeträge, Rückzahlungen von Bauspareinlagen und Tilgungen von Bauspardarlehen

[8]) einschließlich der Einlagen und Darlehen (netto) der privaten Haushalte u. ä. in Einzelunternehmen und Personengesellschaften, der Eigenmittel von privaten Haushalten u. ä. als Bauherren (ohne Auszahlungen der Bausparkassen und Tilgungen von Bauspardarlehen), des Erwerbs von GmbH- und Genossenschaftsanteilen (jedoch nicht Aktienerwerb) sowie der Zunahme (netto) der Pensionsrückstellungen

[9]) ohne Saarland

[10]) vorläufige Ergebnisse

begriffliche Erläuterungen Seite 234

Tabelle 84

Gesamtrechnungen

der privaten Haushalte

DM

Verfügbares Einkommen nach der Umverteilung	Privater Verbrauch	Ersparnis	Empfangene Vermögensübertragungen [6]	Geleistete Vermögensübertragungen [7]	Nicht entnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä. sowie Privateinlagen u. dgl. [8]	Finanzierungssaldo	Jahr
68 560	63 360	5 200	—	120	3 130	1 950	1950
81 920	73 710	8 210	—	190	5 840	2 180	1951
90 940	81 820	9 120	40	280	4 720	4 160	1952
97 730	89 560	8 170	660	460	2 600	5 770	1953
106 200	95 110	11 090	1 320	690	4 210	7 510	1954
122 000	106 190	15 810	530	1 000	8 690	6 650	1955 } 1950–1960 [9]
135 300	117 750	17 550	450	1 500	10 270	6 230	1956
149 020	128 160	20 860	430	1 690	9 720	9 880	1957
160 910	137 710	23 200	930	2 090	10 400	11 640	1958
170 880	146 480	24 400	1 240	2 670	10 150	12 820	1959
186 060	158 870	27 190	2 120	3 080	12 050	14 180	1960
198 380	170 030	28 350	2 250	3 110	12 860	14 630	1960
215 300	186 760	28 540	2 800	3 810	11 100	16 430	1961
232 330	204 030	28 380	3 030	4 680	9 100	17 550	1962
245 650	215 140	30 510	3 010	5 060	7 570	20 890	1963 [10]
269 390	232 400	36 990	3 570	6 100	8 550	25 910	1964 [10]

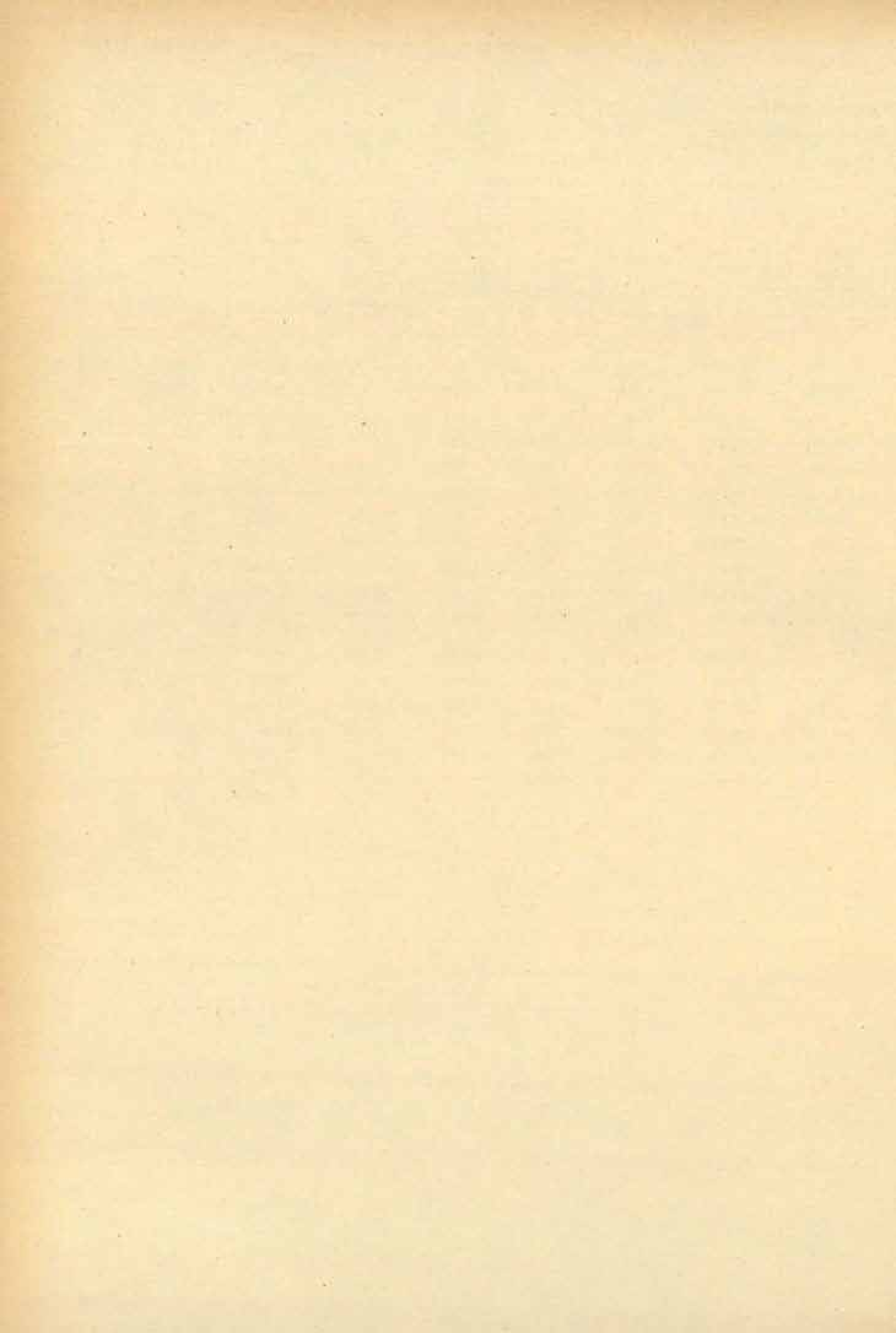


Tabelle 85

Umsatz und geleistete Arbeiterstunden in der Industrie [1])

Zeitraum	Umsatz [2])						Geleistete Arbeiterstunden [3])					
			Verarbeitende Industrie						Verarbeitende Industrie			
	insgesamt	Bergbau	Grundstoff- u. Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	Nahrungs- und Genußmittel-industrien	insgesamt	Bergbau	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	Nahrungs- und Genußmittel-industrien
	Millionen DM						Millionen Std.					
1950 [4])	80 395	4 573	22 459	18 348	20 139	14 875	9 240	1 152	2 146	2 273	2 594	625
1951 [4])	109 908	5 776	33 372	26 531	26 520	17 708	10 218	1 204	2 348	3 156	2 851	659
1952 [4])	119 392	6 908	36 821	31 783	25 913	18 867	10 501	1 230	2 398	3 317	2 861	695
1953 [4])	126 162	7 321	36 928	34 147	27 108	20 658	10 885	1 258	2 388	3 433	3 085	721
1954 [4])	140 943	7 718	42 197	39 630	29 055	22 343	11 516	1 218	2 541	3 777	3 234	746
1955 [4])	166 511	8 464	51 313	49 496	32 713	24 525	12 484	1 213	2 738	4 319	3 436	778
1956 [4])	185 646	9 452	56 417	55 471	36 282	28 023	12 952	1 218	2 809	4 557	3 560	808
1957 [4])	199 551	10 186	59 639	60 634	39 032	30 060	12 624	1 188	2 714	4 477	3 430	813
1958 [4])	205 069	9 577	59 990	65 253	38 726	31 524	12 377	1 135	2 624	4 545	3 272	801
1959 [4])	223 656	9 400	67 414	72 168	41 492	33 182	12 231	1 014	2 654	4 558	3 221	784
1960	266 373	11 374	81 585	87 678	48 458	37 277	13 394	1 026	2 900	5 230	3 407	831
1961	287 018	11 011	85 200	98 294	52 348	40 166	13 403	962	2 923	5 352	3 345	821
1962	304 028	11 123	87 207	105 652	56 288	43 759	12 998	889	2 802	5 219	3 269	819
1963	315 309	11 702	89 446	110 405	57 908	45 848	12 579	833	2 713	5 070	3 154	810
1964	346 804	11 026	100 931	121 660	63 656	49 531	12 609	795	2 758	5 133	3 130	793
1964 1. Vierteljahr	79 556	2 703	22 416	22 018	14 948	11 470	3 106	204	664	1 261	786	191
2. Vierteljahr	84 883	2 701	25 252	29 789	14 890	10 408	3 125	198	686	1 276	773	192
3. Vierteljahr	87 861	2 748	26 513	29 926	15 936	10 785	3 108	193	696	1 258	761	201
4. Vierteljahr	94 504	2 874	26 750	33 926	17 882	11 078	3 269	200	712	1 338	810	209
1965 1. Vierteljahr	87 602	2 513	25 222	31 028	16 620	12 219	3 138	193	676	1 300	782	186
2. Vierteljahr	91 819	2 596	27 038	32 776	16 410	12 999	3 166	185	696	1 319	778	189
3. Vierteljahr	94 301	2 719	28 194	32 282	17 384	13 722	3 112	180	694	1 284	757	196

[1]) ohne Energie und Bau
[2]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte)
[3]) von Arbeitern (einschließlich gewerblicher Lehrlinge) tatsächlich geleistete Stunden
[4]) ohne Saarland und Berlin

Tabelle 86

Indices des indu

1958

Von Kalenderunregel

Zeitraum	Index der indu					
	Gesamte Industrie[1])	Bergbau und Verarbeitende Industrie[2])	Bergbau	Verarbeitende		
				insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-
					indu	
1950	49,3	49,3	73,8	47,0	51,5	39,4
1951	57,7	57,9	81,7	55,7	60,5	50,1
1952	61,2	61,3	85,9	59,0	62,4	55,4
1953	66,6	66,5	87,8	64,5	66,9	58,3
1954	74,1	74,0	90,0	72,5	76,1	68,0
1955	85,5	85,5	95,4	84,6	88,6	83,6
1956	92,3	92,2	99,2	91,6	94,0	91,0
1957	97,3	97,3	100,9	97,0	98,9	94,5
1958	100	100	100	100	100	100
1959	107,4	107,1	97,0	108,1	112,7	106,9
1960	119,2	119,4	99,1	121,3	128,6	123,8
1961	126,8	126,8	101,4	129,2	135,2	134,5
1962	132,4	132,1	102,0	134,9	141,2	138,2
1963	137,5	136,7	103,7	139,8	148,2	141,4
1964	149,2	148,1	105,5	152,1	167,5	152,6
1964 1. Vierteljahr	140,8	140,5	107,7	143,5	154,4	146,5
2. Vieterljahr	151,9	150,6	103,0	155,1	171,9	156,8
3. Vierteljahr	144,0	142,5	102,8	146,2	169,8	141,7
4. Vierteljahr	159,6	158,5	108,8	163,3	174,0	166,4
1965 1. Vierteljahr	151,3	151,2	105,8	155,4	169,5	160,2
2. Vierteljahr	162,7	161,7	101,9	167,3	184,1	172,0
3. Vierteljahr[6])	149,9	148,9	99,6	153,5	179,0	148,4

ohne Berlin

[1]) einschließlich Energie und Bau
[2]) ohne Energie und Bau
[3]) ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien
[4]) einschließlich Pkw über 2 Liter Hubraum sowie 40 % der Pkw-Produktion mit 1 bis 2 Liter Hubraum
[5]) einschließlich Pkw bis 1 Liter Hubraum sowie 60 % der Pkw-Produktion mit 1 bis 2 Liter Hubraum
[6]) vorläufige Ergebnisse

Tabelle 86

striellen Nettoproduktion

= 100

mäßigkeiten bereinigt

striellen Nettoproduktion				Index der industriellen Bruttoproduktion		Zeitraum
Industrie						
Verbrauchsgüter-[3])	Nahrungs- und Genußmittel-	Energieversorgungsbetriebe	Bauhauptgewerbe	Investitionsgüter[4])	Verbrauchsgüter[5])	
strien						
52,0	49,5	48,5	49,6	40,4	42,7	1950
58,5	55,5	56,9	54,1	49,5	49,1	1951
59,7	59,6	61,7	59,9	57,4	52,8	1952
69,5	67,4	64,8	71,9	60,2	61,6	1953
75,4	71,9	73,2	78,1	69,9	67,9	1954
83,9	79,4	82,1	89,5	85,6	78,0	1955
92,6	86,7	91,3	96,0	92,9	87,2	1956
99,6	95,6	98,3	95,4	95,6	94,9	1957
100	100	100	100	100	100	1958
107,5	102,1	107,6	114,0	105,3	108,5	1959
117,8	105,2	118,0	116,2	120,2	121,8	1960
124,3	111,1	125,7	127,5	133,1	129,0	1961
132,3	117,6	136,2	137,3	137,9	137,2	1962
136,0	124,0	149,8	141,4	137,6	144,6	1963
144,9	129,3	164,6	157,6	147,3	154,4	1964
141,3	117,2	173,3	110,8	141,8	152,3	1964 1. Vierteljahr
146,6	127,7	152,2	185,3	152,9	156,7	2. Vierteljahr
135,0	124,9	151,8	173,2	136,1	141,4	3. Vierteljahr
157,1	142,7	181,1	160,6	159,1	167,8	4. Vierteljahr
151,2	121,2	187,4	108,8	151,8	162,7	1965 1. Vierteljahr
158,8	133,4	162,4	187,1	165,2	170,0	2. Vierteljahr
142,3	128,5	151,8	174,8	141,1	147,5	3. Vierteljahr [6])

Tabelle 87

Bau

Zeitraum	Baugenehmigungen [1]) für Hoch					
	Umbauter Raum [2])				Veranschlagte reine	
	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude: von Unternehmen und Freien Berufen [4])	Nichtwohngebäude: von Gebietskörperschaften [5])	insgesamt	Wohngebäude
	1000 cbm				Mil	
1950 [9])	.	140 665 [a])	.	.	.	5 243
1951	.	139 448	.	.	.	5 337
1952	230 108	135 652	75 887	18 569	9 693	6 216
1953	245 968	163 649	64 665	17 654	11 370	7 860
1954	282 134	185 592	75 658	20 884	13 375	9 062
1955	309 971	195 519	114 452		15 488	10 063
1956	304 198	180 298	123 900		16 129	10 061
1957	286 391	174 078	112 313		16 404	10 459
1958	311 254	193 297	117 957		19 208	12 386
1959	343 689	210 904	104 984	27 801	22 136	14 321
1960	392 427	234 427	125 965	32 035	27 491	17 253
1961	422 657	248 582	137 945	36 130	31 685	19 851
1962	427 299	253 459	136 276	37 563	34 675	22 176
1963	384 023	229 774	115 035	39 214	34 191	21 836
1964	429 634	246 181	139 465	43 988	40 738	25 397
1964 1. Vierteljahr	87 035	49 222	29 331	8 478	7 963	4 943
2. Vierteljahr	110 034	63 119	36 891	10 024	10 283	6 511
3. Vierteljahr	120 657	69 864	38 658	12 138	11 418	7 194
4. Vierteljahr	111 992	64 060	34 585	13 346	11 017	6 751
1965 1. Vierteljahr	86 327	50 184	28 123	8 019	8 535	5 404
2. Vierteljahr	116 727	68 306	38 246	10 176	11 492	7 456
3. Vierteljahr	125 632	73 760	37 786	14 086	13 105	8 199

[1]) Aus erhebungstechnischen Gründen (insbesondere durch Nachmeldungen am Jahresende) stimmt die jeweilige Summe der Vierteljahresergebnisse nicht immer mit den entsprechenden Jahressummen überein.
[2]) nur soweit Neu- und Wiederaufbau
[3]) alle Baumaßnahmen
[4]) einschließlich privater Bauherren
[5]) einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter
[6]) nur Betriebe des Hoch-, Tief- und Spezialbaus, des Stukkateur- und Gipsergewerbes sowie der Zimmerei und Dachdeckerei
[7]) nur baugewerblicher Umsatz; vorwiegend Zahlungseingang
[8]) von Inhabern, Angestellten und Arbeitern (einschließlich Lehrlingen) auf Baustellen und Bauhöfen tatsächlich geleistete Stunden
[9]) ohne Saarland und Berlin
[a]) unvollständiges Ergebnis

Tabelle 87

wirtschaft

bauten		Bauhauptgewerbe [6])					Zeitraum	
Baukosten [3])		Umsatz [7])				Geleistete Arbeitsstunden [8]) insgesamt		
Nichtwohngebäude								
von Unternehmen und Freien Berufen [4])	von Gebietskörperschaften [5])	Insgesamt	Wohnungsbau	Landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau	Öffentlicher und Verkehrsbau			
lionen DM						Millionen		
.	.	6 182,2	.	.	.	1 810,9	1950	
.	.	7 783,4	.	.	.	1 861,6	1951	
2 392	1 086	9 237,0	.	.	.	1 898,6	1952	
2 355	1 155	10 689,9	.	.	.	2 179,5	1953	
2 871	1 442	11 721,7	5 470,2	2 831,3	3 424,2	2 261,7	1954	
5 425		14 172,2	6 236,2	3 581,8	4 354,2	2 497,6	1955	9)
6 069		15 638,2	6 694,6	4 025,6	4 918,1	2 550,5	1956	
5 945		15 978,2	6 810,6	4 078,4	5 089,3	2 379,1	1957	
6 821		17 172,5	7 365,9	4 101,3	5 705,3	2 339,6	1958	
5 107	2 709	21 057,2	8 479,0	4 968,8	7 609,5	2 493,1	1959	
6 824	3 414	25 017,6	9 552,3	6 269,0	8 678,1	2 603,7	1960	
7 838	3 996	28 650,4	10 859,7	7 211,8	10 563,9	2 668,0	1961	
7 744	4 756	33 359,5	12 149,2	7 664,5	13 532,1	2 706,1	1962	
7 007	5 346	36 420,2	13 015,8	7 737,6	15 653,8	2 659,5	1963	
9 032	6 309	42 616,9	15 096,7	8 871,6	18 648,6	2 907,8	1964	
1 834	1 187	7 019,6	2 462,0	1 627,0	2 930,6	510,4	1964	1. Vierteljahr
2 294	1 478	10 204,2	3 807,2	2 141,0	4 256,0	825,1		2. Vierteljahr
2 505	1 719	12 255,7	4 278,9	2 472,8	5 504,0	834,8		3. Vierteljahr
2 342	1 924	13 137,4	4 548,6	2 630,8	5 958,0	737,5		4. Vierteljahr
1 923	1 208	7 707,9	2 738,3	1 846,2	3 123,5	489,2	1965	1. Vierteljahr
2 518	1 519	10 268,5	3 927,9	2 287,6	4 052,9	798,9		2. Vierteljahr
2 692	2 214	12 576,3	4 443,5	2 724,8	5 408,0	814,3		3. Vierteljahr

Tabelle 88

Außenhandel (Spezialhandel)
Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen [1] [2]		Index der Durchschnittswerte [2]		Terms of Trade [3]
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Millionen DM				1960 = 100		
1950 [4]	8 362	11 374	11 135	10 669	75,1	106,6	70,5
1951 [4]	14 577	14 726	15 467	11 064	94,2	133,1	70,8
1952 [4]	16 909	16 203	17 195	13 379	98,3	121,1	81,2
1953 [4]	18 526	16 010	19 253	14 813	96,2	108,1	89,0
1954 [4]	22 035	19 337	23 291	18 302	94,6	105,7	89,5
1955 [4]	25 717	24 472	27 015	22 867	95,2	107,0	89,0
1956 [4]	30 861	27 964	31 359	25 521	98,4	109,6	89,8
1957 [4]	35 968	31 697	35 657	28 471	100,9	111,3	90,7
1958 [4]	36 998	31 133	37 443	30 800	98,8	101,1	97,7
1959 [4]	41 184	35 823	41 894	36 485	98,3	98,2	100,1
1960	47 946	42 723	47 946	42 723	100	100	100
1961	50 978	44 363	50 814	45 887	100,3	96,7	103,7
1962	52 975	49 498	52 612	52 426	100,7	94,4	106,7
1963	58 310	52 277	58 414	55 880	99,8	93,6	106,6
1964	64 920	58 839	64 355	62 170	100,9	94,6	106,7
1964 1. Vierteljahr	15 565	13 177	15 525	13 920	100,3	94,7	105,9
2. Vierteljahr	16 218	14 245	16 234	14 983	99,9	95,1	105,0
3. Vierteljahr	15 475	14 790	15 266	15 748	101,4	93,9	108,0
4. Vierteljahr	17 662	16 627	17 330	17 519	101,9	94,9	107,4
1965 1. Vierteljahr	17 376	16 280	16 949	16 860	102,5	96,6	106,1
2. Vierteljahr	17 388	17 435	16 962	17 874	102,5	97,5	105,1
3. Vierteljahr	17 330	17 763	16 777	18 270	103,3	97,2	106,3

[1] Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1960
[2] Werte 1950 und 1951 von Originalbasis 1950, Werte 1952 bis 1957 von Originalbasis 1954 umbasiert
[3] Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr
[4] bis 5. Juli 1959 ohne Saarland

Tabelle 89

noch: Außenhandel (Spezialhandel)

Warenausfuhr nach Ländergruppen

— Verbrauchsländer —

Millionen DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	EWG-Länder	EFTA-Länder	Übrige europäische Länder [2]	Ostblockländer in Europa und Asien [3]	Außereuropäische Industrieländer zusammen [4]	Außereuropäische Industrieländer: Vereinigte Staaten von Amerika	Übrige Länder
1950 [5]	8 362	3 102	2 213	703	361	709	433	1 251
1951 [5]	14 577	4 326	4 109	1 190	284	1 600	992	3 038
1952 [5]	16 909	4 782	5 046	1 797	223	1 600	1 049	3 425
1953 [5]	18 526	5 528	5 187	1 449	330	2 015	1 249	3 941
1954 [5]	22 035	6 432	6 381	1 439	430	2 153	1 237	5 066
1955 [5]	25 717	7 409	7 419	1 829	623	2 707	1 626	5 546
1956 [5]	30 861	9 095	8 656	1 930	1 081	3 432	2 091	6 437
1957 [5]	35 968	10 502	9 803	1 954	1 192	4 314	2 523	7 961
1958 [5]	36 998	10 102	10 162	2 145	1 847	4 584	2 703	7 956
1959 [5]	41 184	11 463	11 107	2 477	1 868	5 898	3 836	8 134
1960	47 946	14 148	13 436	2 873	2 255	6 093	3 769	8 997
1961	50 978	16 180	14 422	3 178	2 072	5 894	3 516	9 084
1962	52 975	18 012	14 712	3 367	2 143	6 336	3 860	8 239
1963	58 310	21 754	15 795	3 518	1 813	6 863	4 196	8 382
1964	64 920	23 630	17 686	3 998	2 317	7 874	4 786	9 193
1964 1. Vierteljahr	15 565	5 931	4 111	940	489	1 816	1 117	2 226
2. Vierteljahr	16 218	6 102	4 419	1 025	551	1 936	1 178	2 135
3. Vierteljahr	15 475	5 492	4 223	964	582	1 915	1 162	2 237
4. Vierteljahr	17 662	6 105	4 933	1 070	694	2 207	1 329	2 594
1965 1. Vierteljahr	17 376	6 272	4 644	1 108	597	2 101	1 253	2 599
2. Vierteljahr	17 388	6 150	4 798	1 155	639	2 214	1 384	2 378
3. Vierteljahr	17 330	5 852	4 710	1 178	685	2 239	1 449	2 609

[1]) einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder"
[2]) ohne Ostblockländer, jedoch einschließlich Jugoslawien
[3]) ohne Jugoslawien
[4]) Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten von Amerika
[5]) bis 5. Juli 1959 ohne Saarland

Tabelle 90

noch: Außenhandel (Spezialhandel)

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

— Herstellungsländer —

Millionen DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	EWG-Länder	EFTA-Länder	Übrige europäische Länder [2]	Ostblockländer in Europa und Asien [3]	Außereuropäische Industrieländer zusammen [4]	Außereuropäische Industrieländer: Vereinigte Staaten von Amerika	Übrige Länder
1950 [5]	11 374	3 031	2 390	537	352	2 370	1 811	2 678
1951 [5]	14 726	2 986	2 644	1 012	429	3 631	2 722	4 022
1952 [5]	16 203	3 686	3 121	1 340	313	3 648	2 507	4 094
1953 [5]	16 010	4 027	3 205	1 148	419	2 903	1 658	4 289
1954 [5]	19 337	4 724	3 903	1 212	511	3 398	2 237	5 567
1955 [5]	24 472	6 317	4 687	1 418	729	4 623	3 210	6 674
1956 [5]	27 964	6 590	5 550	1 519	1 117	5 744	3 998	7 404
1957 [5]	31 697	7 404	6 019	1 584	1 226	7 734	5 672	7 696
1958 [5]	31 133	7 969	6 487	1 597	1 445	6 140	4 219	7 464
1959 [5]	35 823	10 334	7 420	1 771	1 647	6 364	4 595	8 250
1960	42 723	12 708	8 392	1 989	1 998	7 984	5 977	9 549
1961	44 363	13 778	8 592	2 249	2 042	8 241	6 100	9 366
1962	49 498	15 966	9 396	2 277	2 159	9 379	7 033	10 235
1963	52 277	17 342	9 646	2 285	2 155	10 206	7 941	10 565
1964	58 839	20 393	10 686	2 612	2 412	10 609	8 066	12 042
1964 1. Vierteljahr	13 177	4 199	2 408	649	523	2 484	1 930	2 894
2. Vierteljahr	14 245	4 942	2 611	537	537	2 517	1 888	3 082
3. Vierteljahr	14 790	5 291	2 630	595	629	2 629	1 946	2 994
4. Vierteljahr	16 627	5 961	3 037	831	723	2 980	2 302	3 072
1965 1. Vierteljahr	16 280	6 019	2 856	680	608	2 744	2 101	3 350
2. Vierteljahr	17 435	6 686	2 952	603	644	3 114	2 360	3 413
3. Vierteljahr	17 763	6 827	3 005	687	760	3 055	2 210	3 403

[1]) einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder"

[2]) ohne Ostblockländer jedoch einschließlich Jugoslawien

[3]) ohne Jugoslawien

[4]) Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten von Amerika

[5]) bis 5. Juli 1959 ohne Saarland

Tabelle 91

noch: Außenhandel (Spezialhandel)

Warenausfuhr und -einfuhr nach Ländergruppen

— Käufer- bzw. Einkaufsländer —

Millionen DM

Jahr	Insgesamt [1]	EWG-Länder	EFTA-Länder	Übrige europäische Länder [2]	Ostblockländer in Europa und Asien [3]	Außereuropäische Industrieländer		Übrige Länder
						zusammen [4]	Vereinigte Staaten von Amerika	
				Ausfuhr nach Käuferländern				
1957 [5]	35 968	11 075	10 610	1 844	1 060	4 262	2 668	6 878
1958 [5]	36 998	10 527	10 907	2 053	1 640	4 506	2 767	7 164
1959 [5]	41 184	11 884	11 916	2 403	1 671	5 759	3 828	7 352
1960	47 946	14 504	14 217	2 771	2 032	6 011	3 837	8 270
1961	50 978	16 530	15 228	3 106	1 819	5 773	3 556	8 375
1962	52 975	18 324	15 538	3 256	1 804	6 247	3 934	7 641
1963	58 310	21 958	16 613	3 409	1 601	6 778	4 232	7 765
1964	64 920	23 908	18 650	3 865	1 990	7 712	4 779	8 572
				Einfuhr nach Einkaufsländern				
1957 [5]	31 697	8 435	8 675	1 580	971	8 046	6 849	3 957
1958 [5]	31 133	8 791	9 119	1 545	1 179	6 844	5 550	3 624
1959 [5]	35 823	11 261	10 743	1 670	1 400	7 020	5 889	3 692
1960	42 723	13 859	12 756	1 857	1 630	8 289	6 986	4 230
1961	44 363	14 998	13 330	2 096	1 637	8 412	6 988	3 796
1962	49 498	17 142	14 286	2 120	1 848	9 658	8 124	4 357
1963	52 277	18 460	14 718	2 103	1 750	10 555	9 146	4 611
1964	58 839	21 552	16 419	2 405	1 940	10 990	9 343	5 448

[1] einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder"
[2] ohne Ostblockländer jedoch einschließlich Jugoslawien
[3] ohne Jugoslawien
[4] Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten von Amerika
[5] bis 5. Juli 1959 ohne Saarland

Tabelle 92

noch: Außenhandel (Spezialhandel)

Warenausfuhr nach Warengruppen

Millionen DM

Zeitraum	Insgesamt[1]	Ernährungswirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950 [2]	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951 [2]	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952 [2]	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953 [2]	18 526	476	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954 [2]	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955 [2]	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956 [2]	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957 [2]	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958 [2]	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959 [2]	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1964 1. Vierteljahr	15 565	417	15 087	653	1 413	13 021	2 885	10 136
2. Vierteljahr	16 218	394	15 763	626	1 420	13 717	2 963	10 754
3. Vierteljahr	15 475	350	15 058	593	1 342	13 124	2 850	10 274
4. Vierteljahr	17 662	454	17 130	646	1 558	14 926	3 150	11 777
1965 1. Vierteljahr	17 376	510	16 796	575	1 580	14 641	3 242	11 399
2. Vierteljahr	17 388	463	16 848	618	1 467	14 763	3 219	11 543
3. Vierteljahr	17 330	460	16 797	655	1 542	14 600	3 289	11 311

[1] einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen
[2] bis 5. Juli 1959 ohne Saarland

Tabelle 93

noch: Außenhandel (Spezialhandel)

Wareneinfuhr nach Warengruppen

Millionen DM

Zeitraum		Insgesamt [1]	Ernährungswirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
				zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
							zusammen	Vor-erzeugnisse	End-erzeugnisse
1950 [2]		11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951 [2]		14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952 [2]		16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953 [2]		16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954 [2]		19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955 [2]		24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956 [2]		27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957 [2]		31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958 [2]		31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959 [2]		35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960		42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961		44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962		49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963		52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964		58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1964	1. Vierteljahr	13 177	3 232	9 834	2 634	2 074	5 126	1 822	3 305
	2. Vierteljahr	14 245	3 427	10 668	2 716	2 378	5 574	2 078	3 495
	3. Vierteljahr	14 790	3 399	11 244	2 716	2 587	5 941	2 197	3 745
	4. Vierteljahr	16 627	3 977	12 468	2 850	2 740	6 877	2 451	4 426
1965	1. Vierteljahr	16 280	3 556	12 598	2 840	2 637	7 121	2 476	4 645
	2. Vierteljahr	17 435	4 026	13 255	2 873	2 718	7 664	2 645	5 019
	3. Vierteljahr	17 763	4 334	13 239	2 847	2 714	7 678	2 625	5 053

[1]) einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen
[2]) bis 5. Juli 1959 ohne Saarland

Tabelle 94

noch: Außenhandel (Spezialhandel)

Warenausfuhr und -einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik

Millionen DM

Jahr	Insgesamt [1]	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	Erzeugnisse der Investitionsgüter- industrien	Erzeugnisse der Verbrauchsgüter- industrien	Erzeugnisse der Nahrungs- und Genußmittel- industrien	Erzeugnisse der Land-, Forst- und Jagdwirtschaft, der Fischerei, des Gartenbaues und der Tierzucht
				Ausfuhr			
1957 [2]	35 968	2 443	10 610	18 271	3 502	582	366
1958 [2]	36 998	2 243	10 007	19 947	3 475	657	344
1959 [2]	41 184	2 293	11 680	21 657	3 948	766	434
1960	47 946	2 595	14 037	24 963	4 470	867	439
1961	50 978	2 561	14 528	27 304	4 630	841	448
1962	52 975	2 520	14 527	28 901	4 960	909	476
1963	58 310	2 715	15 493	32 118	5 646	978	596
1964	64 920	2 551	17 433	35 576	6 523	1 209	682
				Einfuhr			
1957 [2]	31 697	4 795	8 230	2 155	2 733	2 860	10 553
1958 [2]	31 133	4 011	8 161	2 856	2 912	2 565	9 569
1959 [2]	35 823	3 757	9 501	3 644	3 502	3 331	10 438
1960	42 723	4 808	12 376	4 740	4 375	3 639	10 996
1961	44 363	4 900	12 046	5 883	4 926	3 840	10 884
1962	49 498	4 744	12 823	7 006	5 653	4 662	11 992
1963	52 277	5 109	13 530	7 161	6 222	4 760	11 042
1964	58 839	6 205	16 650	8 453	7 123	5 020	12 275

[1]) einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten
[2]) bis 5. Juli 1959 ohne Saarland

Tabelle 95

Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte

(Inlandsabsatz)

1962 = 100

Zeitraum	Industrieerzeugnisse insgesamt [1]	Bergbauliche Erzeugnisse	Elektr. Strom, Gas, Wasser	Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie: zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	Nahrungs- und Genußmittel-industrien	Investitionsgüter [1] [2]	Verbrauchsgüter [2]
1950 [3]	79,8	57,4	66,8	81,9	73,9	72,9	96,4	93,7	.	.
1951 [3]	94,7	64,2	70,9	97,9	93,7	85,1	117,7	101,3	.	.
1952 [3]	96,9	74,7	83,3	98,9	102,0	92,6	100,9	101,5	.	.
1953 [3]	94,4	85,9	92,7	94,7	97,3	91,1	93,7	98,0	.	.
1954 [3]	92,9	86,0	93,1	93,0	95,4	88,5	92,7	96,8	.	.
1955 [3]	94,5	86,0	92,8	94,9	100,2	89,5	93,0	97,4	85,0	92,6
1956 [3]	95,5	90,1	93,7	96,2	101,5	91,2	94,1	98,1	87,4	93,1
1957 [3]	97,6	96,4	96,2	97,6	102,5	93,0	97,1	97,8	90,2	94,8
1958 [3]	97,2	101,2	99,4	96,9	100,9	93,9	95,4	97,0	92,0	94,9
1959 [3]	96,5	100,7	100,3	96,0	99,9	93,1	93,3	97,8	91,9	94,0
1960 [4]	97,6	100,0	100,7	97,7	100,8	94,5	96,6	96,8	93,3	95,6
1961	98,9	99,2	100,9	98,8	100,6	97,2	99,1	98,3	96,2	97,8
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	105,5	101,8	99,8	100,5	99,3	100,4	101,6	101,1	101,0	101,1
1964	101,6	101,4	100,7	101,6	100,1	101,6	103,6	101,9	102,8	101,9
1964										
1. Vierteljahr	101,0	101,7	100,3	101,0	99,2	100,7	103,0	102,1	101,8	101,7
2. Vierteljahr	101,2	100,9	100,5	101,2	99,6	101,1	103,3	101,6	102,3	101,7
3. Vierteljahr	101,5	101,2	101,1	101,6	100,0	101,6	103,7	101,8	102,8	101,8
4. Vierteljahr	102,6	101,9	101,0	102,7	101,4	103,1	104,4	102,3	104,4	102,4
1965										
1. Vierteljahr	103,3	106,3	101,5	103,2	101,5	104,0	105,1	102,7	105,3	103,4
2. Vierteljahr	103,9	105,3	103,5	103,9	102,5	104,6	105,6	102,9	105,8	104,2
3. Vierteljahr	104,2	105,2	104,5	104,2	102,3	104,8	106,3	103,7	106,2	104,8

[1] ohne Erzeugnisse der Bauindustrie

[2] Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion

[3] ohne Saarland und Berlin

[4] ohne Berlin

Tabelle 96

Preisindices für Bauwerke

Zeitraum	Wohngebäude [1]	Bürogebäude [1]	Gewerbliche Betriebsgebäude [1]	Straßenbau [2]
	1958 = 100			1960 = 100
1959	105,3	105,8	104,8	.
1960	113,2	113,2	112,1	100
1961	121,8	121,4	119,5	104,9
1962	132,4	131,1	128,8	112,5
1963	140,3	138,2	135,3	116,6
Februar	136,9	135,2	132,5	114,7
Mai	140,4	138,3	135,3	117,0
August	141,6	139,3	136,5	117,5
November	142,2	139,9	136,7	117,3
1964	147,8	144,7	141,2	115,8
Februar	143,2	140,6	137,0	116,9
Mai	148,5	145,3	141,8	118,4
August	149,2	146,0	142,4	114,9
November	150,2	146,7	143,4	112,8
1965	...	...	...	...
Februar	150,7	147,0	143,4	110,3
Mai	155,1	150,8	147,0	110,1
August	155,7	151,3	147,7	109,3

ohne Berlin

[1] Bauleistungen am Gebäude

[2] Bauleistungen insgesamt für Straßentyp gemäß Wägungsschema F 1 (RQ 28,5), überwiegend für Bundesfernstraßen gültig

Tabelle 97

Preisindex für die Lebenshaltung [1]

1962 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung	Bedarfsgruppe								
		Ernährung	Getränke und Tabakwaren	Wohnung [2]	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung, Unterhaltung und Erholung	Verkehr
1950 [3]	78,8	75,1	117,5	67,7	66,9	89,2	90,1	81,6	73,8	72,7
1951 [3]	84,9	82,0	115,2	68,9	72,4	98,5	99,9	88,1	79,9	81,5
1952 [3]	86,7	85,7	117,0	70,2	77,8	97,8	93,1	87,0	82,0	85,0
1953 [3]	85,1	84,3	109,6	72,4	80,4	92,8	88,2	84,7	81,0	85,8
1954 [3]	85,3	85,4	101,7	72,5	84,8	91,1	87,0	84,2	79,7	86,3
1955 [3]	86,7	87,0	100,8	74,7	86,8	91,8	87,0	86,5	81,4	86,8
1956 [3]	88,9	89,6	100,6	79,5	88,5	93,7	87,8	88,1	83,5	86,0
1957 [3]	90,7	91,1	100,5	80,6	90,7	97,2	91,1	89,5	86,2	86,7
1958 [3]	92,7	93,0	100,2	82,0	94,6	97,7	93,8	91,6	88,6	93,2
1959 [3]	93,6	94,6	99,2	83,9	95,4	96,4	93,5	92,5	90,0	94,7
1960 [4]	94,9	95,2	99,1	89,1	96,5	96,3	95,2	94,0	92,4	96,1
1961 [4]	97,1	96,2	99,1	96,8	98,1	98,3	97,4	96,5	95,7	98,8
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,0	103,3	101,0	105,8	102,6	100,4	102,3	102,4	103,7	104,1
1964	105,4	105,8	101,6	112,4	104,1	101,1	104,3	104,2	107,4	105,1
1964										
1. Vierteljahr	104,7	105,3	101,7	109,7	104,8	101,0	103,6	103,2	106,4	104,8
2. Vierteljahr	105,2	105,7	101,7	111,8	103,1	101,0	104,1	103,9	106,8	105,0
3. Vierteljahr	105,6	105,9	101,6	113,2	103,5	101,1	104,5	104,5	107,7	105,2
4. Vierteljahr	106,1	106,1	101,6	114,9	104,9	101,4	105,2	105,2	108,5	105,4
1965										
1. Vierteljahr	107,2	107,6	101,5	116,7	106,2	102,1	106,0	106,2	109,7	105,6
2. Vierteljahr	208,6	110,5	101,6	118,0	104,4	102,8	106,8	106,9	111,0	106,1
3. Vierteljahr	109,7	112,4	101,8	119,6	105,7	103,2	107,3	107,6	112,3	106,4

[1] 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes. Bis 1956 Warenkorb 1950, von 1957 bis 1960 Warenkorb 1958, ab 1961 Warenkorb 1962.

[2] Die Wohnungsmieten wurden bis einschließlich 1962 im allgemeinen im Januar, April, Juli und Oktober erhoben. Die neben Altbau-Wohnungen erfaßten Neubau-Wohnungen sind im Rahmen des sozialen Wohnungsbauprogramms erstellt worden.

[3] ohne Saarland und Berlin

[4] ohne Berlin

Tabelle 98

Der Preisindex der deutschen Ausfuhr[1]) im Verhältnis zum Preisindex der letzten inländischen Verwendung in wichtigen Partnerländern

1960 = 100

Land	1961	1962	1963	1964
Belgien	103,2	102,8	98,5	95,4
Frankreich	101,7	98,8	93,5	90,6
Italien	103,3	98,9	91,1	86,2
Niederlande	99,0	96,5	92,3	87,0
Großbritannien	102,0	99,6	97,3	95,6
USA	103,9	104,2	101,8	100,9

[1]) Im Sinne der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Waren und Dienste). Exportpreise in jeweiliger Auslandswährung.

Tabelle 99

Zahlen zur Lage auf dem Arbeitsmarkt

Zeitraum	Beschäftigte [1]) in der Industrie [2])	im Bauhauptgewerbe [3])	im Handwerk [4])	nichtdeutsche Arbeitnehmer [5])	Arbeitslose [1])	Offene Stellen [1])
			1 000			
1950 [6])	4 797	913	.	.	1 580	116
1951 [6])	5 332	922	.	.	1 432	116
1952 [6])	5 518	945	.	.	1 379	115
1953 [6])	5 751	1 051	.	.	1 259	123
1954 [6])	6 062	1 095	.	70	1 221	137
1955 [6])	6 576	1 209	.	77	928	200
1956 [6])	6 991	1 217	2 772 [a])	95	761	219
1957 [6])	7 221	1 201	.	105	662	217
1958 [6])	7 273	1 206	.	123	683	216
1959 [6])	7 301	1 287	.	152	476	280
1960 [6])	7 601	1 329	.	.	235	449
1960	8 081	1 406	. [8])	279	271	465
1961	8 316	1 447	2 689 [8])	475	181	552
1962	8 339	1 526	2 698 [8])	629	155	574
1963	8 264	1 605	2 711 [8])	773	186	555
1964	8 301	1 643	2 720 [8])	902	169	609
1963 1. Vierteljahr	8 258	1 447	2 658 [8])	736	348	509
2. Vierteljahr	8 290	1 661	2 751 [8])	811	127	578
3. Vierteljahr	8 269	1 687	2 735 [8])	828	105	623
4. Vierteljahr	8 255	1 623	2 715 [8])	764	167	513
1964 1. Vierteljahr	8 196	1 541	2 678 [8])	838	290	570
2. Vierteljahr	8 281	1 693	2 747 [8])	933	128	634
3. Vierteljahr	8 325	1 706	2 740 [8])	986	103	676
4. Vierteljahr	8 380	1 633	2 721 [8])	939	147	567
1965 1. Vierteljahr	8 367	1 535	3 707 [8])	1 062	259	612
2. Vierteljahr	8 472	1 667	2 767 [8])	1 164	110	682
3. Vierteljahr [7])	8 490	1 683	...	1 217	86	716
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH					
1963	*−0,9*	*+5,2*	*+0,5*	*+22,9*	*+20,8*	*− 3,3*
1964	*+0,3*	*+2,4*	*+0,3*	*+16,7*	*− 9,1*	*+ 9,7*
1963 1.Vierteljahr	*−0,3*	*+2,3*	*−0,4*	*+29,1*	*+36,5*	*−10,5*
2. Vierteljahr	*−0,7*	*+7,2*	*+1,0*	*+23,8*	*+11,4*	*− 5,2*
3. Vierteljahr	*−0,1*	*+5,7*	*+0,4*	*+16,6*	*+14,1*	*+ 0,2*
4. Vierteljahr	*−1,2*	*+5,2*	*+1,2*	*+15,1*	*+ 9,9*	*+ 4,5*
1964 1. Vierteljahr	*−0,8*	*+6,5*	*+0,8*	*+13,9*	*−16,7*	*+12,0*
2. Vierteljahr	*−0,1*	*+1,9*	*−0,1*	*+15,0*	*+ 0,8*	*+ 9,7*
3. Vierteljahr	*+0,7*	*+1,1*	*+0,2*	*+19,1*	*− 1,9*	*+ 8,5*
4. Vierteljahr	*+0,3*	*+0,6*	*+0,2*	*+22,9*	*−12,0*	*+10,5*
1965 1. Vierteljahr	*+2,1*	*−0,4*	*+1,1*	*+26,7*	*−10,7*	*+ 7,4*
2. Vierteljahr	*+2,3*	*−1,5*	*+0,7*	*+24,8*	*−14,1*	*+ 7,6*
3. Vierteljahr [7])	*+2,0*	*−1,3*	...	*+23,4*	*−16,5*	*+ 5,9*

[1]) Durchschnitte
[2]) ohne Energie und Bau
[3]) industrielle und handwerkliche Zweige
[4]) ohne die im Bauhauptgewerbe erfaßten Handwerkszweige
[5]) bis einschließlich 1960 jeweils am 31. Juli
[6]) ohne Saarland und Berlin
[7]) vorläufige Ergebnisse
[8]) ohne Saarland
[a]) Ergebnis der Handwerkszählung am 31. Mai 1956

Tabelle 100

Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer nach Herkunftsländern

Herkunftsland	1956 [1] [2]	1957 [1] [2]	1958 [1] [2]	1959 [2]	1960	1961	1962	1963	1964	1965
	1000									
Insgesamt	98,8	108,2	127,1	166,8	279,4	507,4	655,5	811,2	932,9	1 164,3
davon	Anteil in vH									
Italien	*18,5*	*17,7*	*20,0*	*29,2*	*43,7*	*43,7*	*40,6*	*36,8*	*31,0*	*30,9*
Griechenland	*1,0*	*1,8*	*2,3*	*2,5*	*4,7*	*8,6*	*10,5*	*13,1*	*15,4*	*15,6*
Spanien	*0,7*	*0,9*	*1,2*	*1,3*	*3,4*	*10,1*	*13,3*	*14,4*	*15,5*	*15,5*
Türkei	—	—	—	—	*0,9*	*1,1*	*2,3*	*3,3*	*7,4*	*10,4*
Jugoslawien	*2,4*	*2,6*	*3,9*	*4,4*	*3,1*	*2,7*	*3,6*	*5,5*	*5,7*	*5,5*
Niederlande	*23,8*	*22,2*	*22,0*	*17,8*	*12,0*	*9,4*	*8,1*	*7,2*	*6,5*	*5,1*
Österreich	*21,0*	*17,9*	*16,0*	*14,3*	*11,7*	*8,6*	*7,2*	*6,4*	*5,9*	*5,1*
Asien, Afrika, Amerika	*2,3*	*2,7*	*3,5*	*4,0*	*3,5*	*3,5*	*4,1*	*4,4*	*4,4*	*4,1*
England, Belgien, Schweiz, Skandinavien	*14,6*	*19,1*	*16,8*	*14,5*	*8,1*	*6,3*	*5,2*	*4,5*	*4,1*	*3,6*
Frankreich	*3,5*	*3,3*	*3,1*	*4,1*	*3,3*	*3,1*	*3,0*	*2,5*	*2,3*	*2,2*
ausländische Flüchtlinge [3]	*12,2*	*11,8*	*11,2*	*7,9*	*5,5*	*2,8*	*1,9*	*1,6*	*1,4*	*1,1*
Portugal	—	—	—	—	*0,1*	*0,1*	*0,2*	*0,3*	*0,4*	*0,9*

[1]) ohne Saarland
[2]) nur Arbeitnehmer mit einer Arbeitsgenehmigung für die Bundesrepublik
[3]) einschließlich Arbeitnehmer mit ungeklärter Staatsangehörigkeit

Tabelle 101

Reisekosten für nichtdeutsche Arbeitskräfte

für die Hin- und Rückfahrt zwischen der Bundesrepublik und den jeweiligen Herkunftsländern [1])

Jahr	Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitskräfte	Reisekosten je beschäftigte nichtdeutsche Arbeitskraft
	1000	DM
1956 [2])	62,7	99,72
1957 [2])	71,8	114,71
1958 [2])	87,1	121,44
1959 [2])	122,6	138,13
1960	231,4	166,45
1961	443,2	185,13
1962	582,2	193,25
1963	726,7	198,24
1964	840,2	203,77
1965	1 062,8	209,43

[1]) Einbezogen sind die Arbeitskräfte (nach der Staatsangehörigkeit) aus Frankreich, Italien, Niederlande, Griechenland, Österreich, Portugal, Spanien, Türkei, Jugoslawien.

[2]) nur Arbeitskräfte mit Arbeitsgenehmigung für die Bundesrepublik

Tabelle 102

Beschäftigte[1]) in der Industrie[2])

nach ausgewählten Industriegruppen und -zweigen[3])

Industriegruppe bzw. -zweig[3])	1964				1965		
	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr[4])
	Anzahl						
Industrie insgesamt	**8 196 054**	**8 280 550**	**8 324 854**	**8 380 324**	**8 367 414**	**8 472 381**	**8 490 104**
Steinkohlenbergbau	410 453	409 956	403 502	399 092	396 169	393 045	385 347
Industrie der Steine und Erden	247 608	269 541	275 114	270 354	250 320	270 768	275 283
Eisenschaffende Industrie	347 245	351 138	353 751	355 242	356 564	360 776	360 588
Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke	335 511	339 432	341 907	343 224	344 538	348 631	348 398
Chemische Industrie	503 725	510 316	515 554	519 916	522 692	530 198	533 580
Stahlbau (einschließlich Leichtmetallbau)	223 000	223 939	225 557	226 339	225 411	227 659	230 166
Maschinenbau	1 030 377	1 042 839	1 049 454	1 054 952	1 065 329	1 085 995	1 089 905
Fahrzeugbau	476 585	484 996	491 296	500 204	506 981	513 034	514 891
Elektrotechnische Industrie	914 912	928 494	937 379	949 408	957 754	974 358	980 154
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	404 670	403 384	410 586	415 274	415 699	419 858	418 758
Holzverarbeitende Industrie	214 153	214 525	214 794	217 067	217 780	219 008	218 111
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	204 366	206 475	207 259	208 269	207 473	210 685	211 971
Textilindustrie	560 533	558 484	552 859	553 320	550 033	547 900	544 372
Bekleidungsindustrie	386 989	388 006	385 557	390 129	391 890	398 167	396 668
Ernährungsindustrie	473 763	471 914	485 026	491 048	472 514	473 622	484 512
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum Anzahl						
Industrie insgesamt	**−61 623**	**− 9 557**	**+56 183**	**+124 832**	**+171 360**	**+191 831**	**+165 250**
Steinkohlenbergbau	−20 399	−15 848	−13 730	− 13 049	− 14 374	− 16 911	− 18 155
Industrie der Steine und Erden	+17 472	+ 4 665	+ 2 051	+ 1 982	+ 2 712	+ 1 227	+ 169
Eisenschaffende Industrie	−10 268	− 3 977	+ 2 250	+ 7 290	+ 9 319	+ 9 638	+ 6 837
Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke	− 9 312	− 3 363	+ 2 528	+ 7 122	+ 9 027	+ 9 199	+ 6 491
Chemische Industrie	+ 5 277	+ 7 191	+10 315	+ 14 583	+ 18 967	+ 19 882	+ 18 026
Stahlbau (einschließlich Leichtmetallbau)	− 822	+ 697	− 197	− 166	+ 2 411	+ 3 720	+ 4 609
Maschinenbau	−18 912	− 6 360	+ 6 421	+ 17 631	+ 34 952	+ 43 156	+ 40 451
Fahrzeugbau	+ 8 212	+16 143	+20 979	+ 27 776	+ 30 396	+ 28 038	+ 23 595
Elektrotechnische Industrie	− 4 469	+ 7 602	+19 818	+ 31 382	+ 42 842	+ 45 864	+ 42 775
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	+ 7 776	+11 029	+15 565	+ 19 987	+ 11 029	+ 11 474	+ 8 172
Holzverarbeitende Industrie	− 7 475	− 4 501	− 1 524	+ 1 290	+ 3 627	+ 4 483	+ 3 317
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	+ 1 856	+ 1 631	+ 1 993	+ 3 020	+ 3 107	+ 4 210	+ 4 712
Textilindustrie	−18 718	−19 230	−16 827	− 13 302	− 10 500	− 10 584	− 8 487
Bekleidungsindustrie	− 1 009	− 2 848	− 261	+ 2 459	+ 4 901	+ 10 161	+ 11 111
Ernährungsindustrie	− 142	− 2 442	+ 3 469	− 4 798	− 1 249	− 1 708	− 514

1) Durchschnitte
2) ohne Energie und Bau
3) Industriegruppen bzw. -zweige mit 200 000 und mehr Beschäftigten im August 1965
4) vorläufige Ergebnisse

noch: Tabelle 102

noch: Beschäftigte [1]) in der Industrie [2])
nach ausgewählten Industriegruppen bzw. -zweigen [3])

Industriegruppe bzw. -zweig [3])	1964				1965		
	1. Viertel-jahr	2. Viertel-jahr	3. Viertel-jahr	4. Viertel-jahr	1. Viertel-jahr	2. Viertel-jahr [4])	3. Viertel-jahr
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum vH						
Industrie insgesamt	−0,7	−0,1	+0,7	+1,5	+2,1	+2,3	+2,0
Steinkohlenbergbau	−4,7	−3,7	−3,3	−3,2	−3,5	−4,1	−4,5
Industrie der Steine und Erden	+7,6	+1,8	+0,8	+0,7	+1,1	+0,5	+0,1
Eisenschaffende Industrie	−2,9	−1,1	+0,6	+2,1	+2,7	+2,7	+1,9
Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke	−2,7	−1,0	+0,7	+2,1	+2,7	+2,7	+1,9
Chemische Industrie	+1,1	+1,4	+2,0	+2,9	+3,8	+3,9	+3,5
Stahlbau (einschließlich Leichtmetallbau)	−0,4	+0,3	−0,1	−0,1	+1,1	+1,7	+2,0
Maschinenbau	−1,8	−0,6	+0,6	+1,7	+3,4	+4,1	+3,9
Fahrzeugbau	+1,8	+3,4	+4,5	+5,9	+6,4	+5,8	+4,8
Elektrotechnische Industrie	−0,5	+0,8	+2,2	+3,4	+4,7	+4,9	+4,6
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	+2,0	+2,8	+3,9	+5,1	+2,7	+2,8	+2,0
Holzverarbeitende Industrie	−3,4	−2,1	−0,7	+0,6	+1,7	+2,1	+1,5
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	+0,9	+0,8	+1,0	+1,5	+1,5	+2,0	+2,3
Textilindustrie	−3,2	−3,3	−3,0	−2,3	−1,9	−1,9	−1,5
Bekleidungsindustrie	−0,3	−0,7	−0,1	+0,6	+1,3	+2,6	+2,9
Ernährungsindustrie	−0,3	−0,5	−0,7	−1,0	−0,3	−0,4	−0,1

Tabelle 103

In Lohn- und Gehaltstarifverträge einbezogene Arbeitnehmer

nach der vereinbarten Laufzeit der neu abgeschlossenen Verträge

Jahr	Einbezogene Arbeitnehmer				
	insgesamt	davon in			
		unbefristeten Verträgen	Verträge mit einer Laufzeit von ... Monaten		
			weniger als 16	16 bis 18	19 und mehr
	1 000	vH			
1962	15 284	*7,0*	*91,5*	*1,4*	*0,2*
1963	14 734	*5,3*	*26,7*	*36,2*	*31,8*
1964	9 632	*3,9*	*83,6*	*11,1*	*1,4*

Quelle: WWI-Tarif-Archiv

Tabelle 104

Einkommen aus unselbständiger Arbeit

Zeitraum	Bruttoeinkommen [1]	Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung [2]		Brutto-lohn- und -gehaltsumme	Arbeitnehmerbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung [3]	Lohnsteuer [4]	Nettoeinkommen	
		insgesamt	darunter: Einzahlungen in fiktive Pensionsfonds				insgesamt	monatlich je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer
	Mrd. DM							DM
1960	139,8	15,5	2,8	124,2	11,7	7,9	104,6	429
1961	157,2	17,1	3,2	140,1	12,8	10,2	117,1	471
1962	173,9	18,7	3,4	155,2	14,3	11,8	129,0	511
1963 [5]	186,5	20,0	3,8	166,5	15,4	13,3	137,9	539
1964 [5]	204,4	21,0	4,1	183,4	16,7	15,7	151,0	584
1965 [6]	225,0	...	...	...	...	...	167,0	...
1964 1. Halbjahr	96,8	10,3	1,9	86,5	8,0	6,3	72,2	562
2. Halbjahr	107,6	10,7	2,2	96,9	8,7	9,3	78,8	605
1965 1. Halbjahr [7]	105,8	10,7	2,2	95,1	8,8	6,3	80,0	615
2. Halbjahr [6]	119,2	...	...	...	...	...	87,1	...
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH							
1961	*+12,5*	*+ 9,9*	*+13,4*	*+12,8*	*+ 9,5*	*+28,8*	*+11,9*	*+ 9,8*
1962	*+10,6*	*+ 9,5*	*+ 6,9*	*+10,7*	*+11,4*	*+16,5*	*+10,2*	*+ 8,5*
1963 [5]	*+ 7,3*	*+ 7,1*	*+ 9,9*	*+ 7,3*	*+ 7,3*	*+12,4*	*+ 6,8*	*+ 5,6*
1964 [5]	*+ 9,6*	*+ 4,9*	*+ 8,2*	*+10,2*	*+ 9,0*	*+17,9*	*+ 9,5*	*+ 8,3*
1965 [6]	*+10,0*	...	...	...	...	...	*+10,6*	...
1964 1. Halbjahr	*+ 9,8*	*+ 7,8*	*+ 5,5*	*+10,1*	*+ 9,8*	*+13,7*	*+ 9,8*	*+ 8,6*
2. Halbjahr	*+ 9,4*	*+ 2,3*	*+10,8*	*+10,2*	*+ 8,3*	*+20,9*	*+ 9,3*	*+ 8,0*
1965 1. Halbjahr [7]	*+ 9,3*	*+ 4,2*	*+12,4*	*+ 9,9*	*+ 9,6*	*— 0,6*	*+10,9*	*+ 9,4*
2. Halbjahr [6]	*+10,8*	...	...	...	...	...	*+10,5*	...
	vH der Bruttolohn- und -gehaltsumme							
1960	*112,5*	*12,5*	*2,3*	*100*	*9,4*	*6,3*	*84,2*	.
1961	*112,2*	*12,2*	*2,3*	*100*	*9,2*	*7,2*	*83,6*	.
1962	*112,1*	*12,1*	*2,2*	*100*	*9,2*	*7,6*	*83,2*	.
1963 [5]	*112,0*	*12,0*	*2,3*	*100*	*9,2*	*8,0*	*82,8*	.
1964 [5]	*111,5*	*11,5*	*2,2*	*100*	*9,1*	*8,5*	*82,3*	.
1964 1. Halbjahr	*111,9*	*11,9*	*2,2*	*100*	*9,2*	*7,3*	*83,4*	.
2. Halbjahr	*111,1*	*11,1*	*2,2*	*100*	*9,0*	*9,6*	*81,4*	.
1965 1. Halbjahr [7]	*111,3*	*11,3*	*2,3*	*100*	*9,2*	*6,6*	*84,2*	.

[1] „Meßbares" Einkommen: Einschließlich Werbungskosten, jedoch ohne bestimmte Lohnnebenkosten, die zum Einkommen aus unselbständiger Arbeit gehören, jedoch nicht in der Bruttolohn- und -gehaltsumme und den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung erfaßt sind, wie Aufwendungen der Arbeitgeber zur Verbilligung der Lebenshaltung und für zusätzliche Krankheits- und Altersvorsorge bei privaten Einrichtungen, Unterstützungen u. ä.

[2] Einschließlich Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Zusatzversorgungsanstalten und Aufwendungen der Arbeitgeber auf Grund des Kindergeldgesetzes zugunsten von Arbeitnehmern; Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung sind nicht enthalten.

[3] einschließlich Arbeitnehmerbeiträge zu öffentlichen Zusatzversorgungsanstalten

[4] ohne auf Pensionen entfallende Beträge

[5] vorläufige Ergebnisse

[6] eigene Schätzung

[7] erste vorläufige Ergebnisse

Tabelle 105

Laufende Übertragungen[1]) an private Haushalte[2])

	Insgesamt		Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum				
			insgesamt			aufgrund demographischer Entwicklung[3])	
	Mill. DM	vH	Mill. DM	vH		Mill. DM	vH
			1963[4])				
Laufende Übertragungen insgesamt	47 860	*100*	+2 970	+ *6,6*	*100*	.	.
darunter:							
1. Renten der Kriegsopferversorgung	3 600	*7,5*	− 270	− *7,0*	− *9,1*	−180	−4,7
2. Renten der Rentenversicherung der Arbeiter	12 220	*25,5*	+ 880	+ *7,8*	*29,6*	+180	+1,6
3. Renten der Rentenversicherung der Angestellten	6 710	*14,0*	+ 520	+ *8,4*	*17,5*	+150	+2,5
4. Renten der Knappschaftlichen Rentenversicherung	2 910	*6,1*	+ 200	+ *7,4*	*6,7*	+ 30	+1,1
5. Kriegsschadenrente	1 540	*3,2*	− 20	− *1,3*	− *0,7*	− 30	−2,0
1. bis 5. zusammen	26 980	*56,4*	+1 310	+ *5,1*	*44,1*	+150	+0,6
			1964[4])				
Laufende Übertragungen insgesamt	52 420	*100*	+4 560	+ *9,5*	*100*	.	.
darunter:							
1. Renten der Kriegsopferversorgung	4 400	*8,4*	+ 800	+*22,2*	*17,5*	−100	−2,7
2. Renten der Rentenversicherung der Arbeiter	13 520	*25,8*	+1 300	+*10,6*	*28,5*	+290	+2,4
3. Renten der Rentenversicherung der Angestellten	7 490	*14,3*	+ 780	+*11,6*	*17,1*	+210	+3,1
4. Renten der Knappschaftlichen Rentenversicherung	3 180	*6,1*	+ 270	+ *9,3*	*5,9*	+ 30	+1,0
5. Kriegsschadenrente	1 680	*3,2*	+ 140	+ *9,1*	*3,1*	− 40	−2,3
1. bis 5. zusammen	30 270	*57,7*	+3 290	+*12,2*	*72,1*	+390	+1,4
			1965 1. Halbjahr[5])				
Laufende Übertragungen insgesamt	28 710	*100*	+3 130	+*12,2*	*100*	.	.
darunter:							
1. Renten der Kriegsopferversorgung	2 280	*7,9*	+ 240	+*11,8*	*7,7*	− 20	−0,9
2. Renten der Rentenversicherung der Arbeiter	7 420	*25,8*	+ 770	+*11,6*	*24,6*	+190	+2,9
3. Renten der Rentenversicherung der Angestellten	4 150	*14,5*	+ 460	+*12,5*	*14,7*	+120	+3,2
4. Renten der Knappschaftlichen Rentenversicherung	1 710	*6,0*	+ 130	+ *8,2*	*4,2*	+ 20	+1,0
5. Kriegsschadenrente	920	*3,2*	+ 100	+*12,2*	*3,2*	− 20	−2,7
1. bis 5. zusammen	16 480	*57,4*	+1 700	+*11,5*	*54,3*	+290	+2,0

[1]) von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung
[2]) einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter
[3]) nach der Veränderung der Zahl der Empfänger
[4]) vorläufige Ergebnisse
[5]) erste vorläufige Ergebnisse

Tabelle 106

Käufer privater Haushalte [1]) für den privaten Verbrauch
im Durchschnitt je Haushalt und Monat 1962/63
nach Verwendungszwecken und Nettoeinkommensgruppen

Verwendungszweck	Haushaltsnettoeinkommen (Oktober 1961) von ... bis unter ... DM					insgesamt
	unter 300	300 bis 600	600 bis 800	800 bis 1200	1200 und mehr	
			DM			
Nahrungs- und Genußmittel	129,13	248,21	316,35	376,06	471,96	283,33
Kleidung, Schuhe	31,21	68,84	97,46	127,55	182,59	87,78
Wohnungsmieten u. ä.	52,19	68,34	84,05	103,87	152,96	81,64
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	18,05	28,42	33,38	39,86	48,04	31,32
Übrige Haushaltsführung	31,40	67,24	87,14	121,66	194,96	84,84
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	13,45	36,94	64,11	97,70	146,02	57,67
Körper- und Gesundheitspflege	11,12	20,53	27,65	36,01	52,73	25,67
Bildung und Unterhaltung	15,38	34,41	52,05	70,82	122,39	48,11
Persönliche Ausstattung u. ä.	6,97	13,85	19,53	30,16	65,13	20,63
Insgesamt	308,88	586,77	781,72	1 003,69	1 436,78	720,99
			vH			
Nahrungs- und Genußmittel	*41,8*	*42,3*	*40,5*	*37,4*	*32,9*	*39,3*
Kleidung, Schuhe	*10,1*	*11,7*	*12,5*	*12,7*	*12,7*	*12,2*
Wohnungsmieten u. ä.	*16,9*	*11,6*	*10,7*	*10,4*	*10,6*	*11,3*
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	*5,8*	*4,8*	*4,3*	*4,0*	*3,3*	*4,3*
Übrige Haushaltsführung	*10,2*	*11,5*	*11,1*	*12,1*	*13,6*	*11,8*
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	*4,3*	*6,3*	*8,2*	*9,7*	*10,2*	*8,0*
Körper- und Gesundheitspflege	*3,6*	*3,5*	*3,5*	*3,6*	*3,7*	*3,5*
Bildung und Unterhaltung	*5,0*	*5,9*	*6,7*	*7,1*	*8,5*	*6,7*
Persönliche Ausstattung u. ä.	*2,3*	*2,4*	*2,5*	*3,0*	*4,5*	*2,9*
Insgesamt	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*

[1]) ohne Haushalte selbständiger Landwirte; ohne Bevölkerung in Anstaltshaushalten und ohne Haushalte ausländischer Arbeitskräfte u. a.

Tabelle 107

Ausgaben privater Haushalte[1]) für Verkehr und Nachrichtenübermittlung

im Durchschnitt je Haushalt und Monat 1962/63

nach Nettoeinkommensgruppen

Haushaltsnettoeinkommen (Oktober 1961) von ... bis unter ... DM	Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung			
	Haushaltsvorstand Selbständiger		Arbeitnehmerhaushalt	
	DM	vH[2])	DM	vH[2])
unter 600	38,67	*6,5*	41,80	*6,9*
600 bis 800	33,90	*4,6*	69,67	*8,8*
800 bis 1 200	69,20	*7,0*	107,13	*10,6*
1 200 und mehr	78,11	*5,6*	177,75	*12,0*
Insgesamt ...	56,35	*6,0*	72,15	*9,0*

[1]) ohne Haushalte selbständiger Landwirte; ohne Bevölkerung in Anstaltshaushalten und ohne Haushalte ausländischer Arbeitskräfte u. a.

[2]) Anteil an den Ausgaben für den privaten Verbrauch

Tabelle 108

Zur Entwicklung der langfristigen Verschuldung

Veränderung [1]) in Millionen DM

	1963			1964			1965	
	Jahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	3. Vierteljahr
Langfristige Ausleihungen der Kreditinstitute								
an Unternehmen und Private	13 516	5 302	8 214	14 646	5 974	8 672	6 266	4 113
an öffentliche Stellen	4 829	1 480	3 349	6 199	2 378	3 821	2 707	1 744
Geldanlagen der Versicherungsunternehmen								
Schuldscheinforderungen und Darlehen	1 359	721	638	1 412	696	716	872	...
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	915	345	570	1 142	457	685	572	...
Bauspardarlehen aus Zuteilungen	1 195	460	735	1 203	485	718	519	...
Ausleihungen der Sozialversicherungen [2])	1 136	581	555	1 197 [3])	408	789 [3])	132 [4])	...
Aktienemissionen [5])	1 319	619	700	2 243	1 109	1 134	1 761	1 417
Industrieobligationen [6])	332	191	141	329	407	−78	403	(−55)
Anleihen der öffentlichen Hand [6])	3 571	2 218	1 353	3 240	1 648	1 592	1 904	(526)
Insgesamt	28 172	11 917	16 255	31 611	13 562	18 049	15 136	...
Nachrichtlich:								
Pfandbriefe und Kommunalobligationen [6])	6 277	3 156	3 121	7 365	4 158	3 207	3 991	1 676
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere [6])	1 801	998	803	2 379	1 000	1 379	1 294	(319)
Anleihen ausländischer Emittenten [6])	106	99	7	879	668	211	721	110

[1]) errechnet aus den Beständen am Ende der jeweiligen Zeiträume

[2]) Ausleihungen der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten, der knappschaftlichen Rentenversicherung sowie der Arbeitslosenversicherung (Schuldbuchforderungen, Darlehen einschließlich zweckgebundener Darlehen an Banken, Hypotheken).

[3]) 2. Halbjahr 1964 ohne die Ausleihungen der knappschaftlichen Rentenversicherung

[4]) Ohne die Ausleihungen der knappschaftlichen Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung.

[5]) Kurswerte

[6]) Brutto-Absatz (Kurswerte) abzüglich Tilgung

Quelle: Deutsche Bundesbank und Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Tabelle 109

Finanzielle Auswirkungen unerledigter Gesetzesanträge des IV. Deutschen Bundestages

(nur Gesetze mit einem jährlichen Ausgabenvolumen über 1 Mill. DM)

Millionen DM

Nr. der Bundestagsdrucksache	Gesetzesantrag	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr
IV/450	Gesetz über den Zivildienst	35	29	33	30
IV/895	Aufenthaltsregelungsgesetz für Zivilbevölkerung	43	52	61	69
IV/1456	Reparationsschädengesetz (Regierungsentwurf)	80	170	170	170 [a]
IV/1762	Reparationsschädengesetz	(860)	(860)	(860)	(860)
IV/2105	Gesetz über Erkennungsmarken (Regierungsentwurf)	35	35	37	29
IV/2707	Änderung des Postverwaltungsgesetzes	265	600	600	600
IV/2853	Änderung des Gesetzes über politische Parteien	70	70	70	70
IV/3204	Bundespolizeibeamtengesetz	—	—	4,3	4,3
IV/3209	Marktstrukturgesetz	600	600	1 000	1 000
IV/3244	Marktstrukturfondsgesetz	(1 000)	(1 500)	(1 500)	(2 000)
IV/3354	Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz .	160	?	?	?
IV/3466	Gesetz über Statistik des öffentlichen Dienstes	1,8	1,8	1,8	1,8
IV/3383	19. Gesetz zur Änderung des LAG	?	?	?	?
		1 289,8	1 557,8	1 977,1	1 974,1
		(1 860,0)	(2 360,0)	(2 360,0)	(2 860,0)

a) voraussichtlicher Gesamtaufwand DM 2,010 Mrd. einschließlich des Aufwandes späterer Jahre
Die in Klammern gesetzten Beträge stammen aus Alternativanträgen.

Tabelle 110

Zur Beurteilung des Struktureffekts im Wachstum der Produktivität

Jahr	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1954 je Erwerbstätigen						
	Tatsächliche Werte		Bei konstanter Erwerbstätigenstruktur des Jahres 1950 [1]		„Struktureffekt" [2]		
	1950 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	1950 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	(Sp. 1 ./. Sp. 3)	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	Anteil am Wachstum der Produktivität in vH $\left(\frac{\text{Sp. 5} \cdot 100}{\text{Sp. 1} ./. 100}\right)$
	1	2	3	4	5	6	7
1951 [3]	108,1	+8,1	107,0	+7,0	1,1	.	13,6
1952 [3]	115,7	+7,0	113,4	+6,0	2,3	+1,2	14,6
1953 [3]	122,0	+5,4	118,5	+4,5	3,5	+1,2	15,9
1954 [3]	127,7	+4,7	123,1	+3,9	4,6	+1,1	16,6
1955 [3]	138,0	+8,1	131,6	+6,9	6,4	+1,7	16,8
1956 [3]	143,8	+4,2	136,1	+3,4	7,7	+1,2	17,6
1957 [3]	148,8	+3,5	140,3	+3,1	8,5	+0,7	17,4
1958 [3]	152,3	+2,4	143,6	+1,2	8,7	+0,2	16,6
1959 [3]	161,2	+5,9	151,4	+5,5	9,8	+1,0	16,0
1960 [3]	172,2	+6,8	161,0	+6,3	11,2	+1,3	15,5
1960	172,5	.	160,8	.	11,7	.	16,1
1961	179,7	+4,2	167,1	+3,9	12,6	+0,8	15,8
1962	185,7	+3,3	171,8	+2,8	13,8	+1,1	16,1
1963	191,1	+2,9	177,5	+3,3	13,6	−0,2	14,9
1964	203,1	+6,3	188,6	+6,3	14,5	+0,8	14,1

[1] bei konstanter Verteilung der Erwerbstätigen auf vier große Wirtschaftsbereiche
[2] Erläuterung: Anhang IV, 7.
[3] ohne Saarland und Berlin

Tabelle 111

Koeffizienten von Korrelationen zwischen Beschäftigten und Verdiensten

Stellung im Betrieb, Geschlecht, Leistungsgruppe	Koeffizient der Korrelation[1]) zwischen relativer Veränderung der Zahl der Beschäftigten 1964 gegenüber 1960 und	
	Bruttostunden- bzw. -monatsverdiensten im Jahre 1960	relativer Veränderung der Bruttostunden- bzw. -monatsverdienste 1964 gegenüber 1960
Arbeiter		
männlich insgesamt	+0,02	−0,04
Leistungsgruppe 1	+0,18	−0,07
Leistungsgruppe 3	−0,22	+0,30
weiblich	+0,31	−0,17
Angestellte		
männlich	−0,15	+0,05
weiblich	+0,08	+0,19

Zeitraum	Koeffizient der Korrelation[2]) zwischen relativer Veränderung der Zahl der Arbeiter und	
	Bruttostundenverdiensten im jeweiligen Ausgangsjahr	relativer Veränderung der Bruttostundenverdienste verdienste 19.. gegenüber 19..
1964 gegenüber 1951	.	+0,18
1960 gegenüber 1951	.	+0,17
1955 gegenüber 1951	−0,08	−0,27
1964 gegenüber 1955	.	+0,10
1960 gegenüber 1955	−0,01	+0,20
1964 gegenüber 1960	−0,09	+0,14

[1]) berechnet aufgrund der Angaben für 35 Industriezweige

[2]) berechnet aufgrund der Angaben für 27 Industriezweige

Tabelle 112

Entwicklung der Erwerbsbevölkerung in ausgewählten Ländern [1])

Stichtag	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Niederlande	Vereinigte Staaten
	1 000			
1. Januar 1965	26 669,0	20 502,7	4 517,0	78 936,0
1. Januar 1970	26 192,0	20 763,2	4 785,9	85 703,0
1. Januar 1975	26 422,0	21 585,3	4 999,6	93 031,0
1. Januar 1980	27 151,0	22 477,3	5 254,9	...
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in vH			
1. Januar 1970	*−0,4*	*+0,3*	*+1,1*	*+1,6*
1. Januar 1975	*+0,2*	*+0,8*	*+0,9*	*+1,6*
1. Januar 1980	*+0,5*	*+0,8*	*+1,0*	...

[1]) ohne Wanderungen
[2]) jeweils 30. Juni

Quelle: OECD

Tabelle 113

Altersstruktur der Erwerbspersonen in ausgewählten Ländern [1])

Anteil der jeweiligen Altersgruppe an den Erwerbspersonen in vH

Altersgruppe (Personen im Alter) von ... Jahren)	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Niederlande	Vereinigte Staaten [2])
		1. Januar 1965		
14 bis 19	9,0	10,7	15,4	9,9
20 bis 34	36,4	32,2	35,1	30,2
35 bis 54	36,1	38,3	35,2	42,4
55 und darüber	18,5	18,8	14,3	17,6
		1. Januar 1975 [3])		
14 bis 19	10,4	8,0 [a])	11,7	9,8
20 bis 34	32,7	36,9	40,3	35,9
35 bis 54	41,8	40,4	34,7	36,6
55 und darüber	15,2	14,6	13,3	17,6

[1]) ohne Wanderungen
[2]) Stand: jeweils 30. Juni
[3]) voraussichtlicher Stand
[a]) 16 bis 19 Jahre

Quelle: OECD

Tabelle 114

13jährige Schüler an allgemeinbildenden Schulen nach Schularten

Schulart	1952 [1])		1958		1963	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Volksschulen	762 619 [a])	*80,1*	392 430 [a])	*71,5*	542 978 [b])	*69,6*
Sonderschulen	20 396	*2,1*	17 721	*3,2*	28 288	*3,6*
Realschulen .	55 486 [b])	*5,8*	51 154 [b])	*9,3*	93 905 [a])	*12,0*
Gymnasien ..	114 117	*12,0*	87 927	*16,0*	115 232	*14,8*
Insgesamt ...	952 618	*100*	549 232	*100*	780 403	*100*

[1]) ohne Saarland
[a]) einschließlich Mittelschulzüge an Volksschulen
[b]) ohne Mittelschulzüge an Volksschulen

Tabelle 115

Abiturienten und Studenten im Deutschen Reich bzw. in der Bundesrepublik Deutschland

Jahr	Abiturienten		Studenten [1]	
	Anzahl	vH [2]	Anzahl	vH [3]
1911	17 512	*1,5*	59 587	*0,8*
1925	20 889 [a]	*1,6*	77 887	*0,9*
1932	40 658	*3,7*	128 597	*1,4*
1938	50 763 [b]	*4,2*	53 479	*0,7*
1950	32 785	*4,4*	116 140	*2,2*
1956	39 861	*4,5*	138 668	*2,5*
1960	55 721	*5,5*	197 507	*3,0*
1963	59 851	*7,5*	242 049	*3,7*

[1] Deutsche Studierende an wissenschaftlichen Hochschulen einschließlich Beurlaubte
[2] vH des Durchschnittsjahrgangs der Bevölkerung, 1911 bis 1938 von 18 bis unter 21, 1950 bis 1963 von 19 bis unter 22 Jahren
[3] vH der Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 27 Jahren
[a] Erhebung 1926/27
[b] Erhebung 1939

Tabelle 116

Anteil der männlichen Arbeitslosen an den Erwerbspersonen in den Vereinigten Staaten nach der Dauer der Schulausbildung [1]

vH

Abgeschlossene Schuljahre	Von den Erwerbspersonen mit ... abgeschlossenen Schuljahren waren ... Arbeitslose				
	1952	1957	1959	1962	1964
weniger als 8	2,3	6,9	9,8	9,2	8,4
8	1,4	4,4	7,3	7,5	6,9
9 bis 11	1,6	4,7	8,1	7,8	6,6
12	1,1	3,0	4,9	4,8	4,1
13 bis 15	1,1	2,7	3,3	4,0	3,8
16 und mehr	0,4	0,6	1,4	1,4	1,5
Insgesamt ...	1,5	4,1	6,3	6,0	5,2

[1] im Alter von 18 und mehr Jahren; ohne Soldaten

Quelle: Economic Report of the President, 1965

Tabelle 117

Ergebnisse der Produktivitätsberechnung gemäß bereinigter Produktivität I[1])

Industriegruppe bzw. -zweig	Absolute Zahlen			
	1951	1958	1960	1963
	(1)	(2)	(3)	(4)
Bergbau	1,51	1,83	2,01	2,35
Kohlenbergbau	1,58	1,78	1,92	2,21
Kali- und Steinsalzbergbau, Salinen	1,46	1,68	2,00	2,15
Erdöl- und Erdgasgewinnung	.	3,15	3,67	4,76
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1,72	2,30	2,80	3,06
Industrie der Steine und Erden	1,43	1,95	2,21	2,43
Eisen- und Stahlindustrie	1,77	2,02	2,50	2,25
Eisenschaffende Industrie	1,87	2,12	2,66	2,32
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien	1,71	1,83	2,12	2,04
Ziehereien und Kaltwalzwerke	1,44	1,87	2,33	2,23
NE-Metallindustrie (einschließlich Gießereien)	1,66	2,22	2,67	2,71
NE-Metallindustrie	.	.	.	.
Metallgießereien	.	.	.	.
Chemische Industrie (einschließlich Kohlenwertstoffindustrie)	1,77	2,72	3,37	4,05
Mineralölverarbeitung	2,08	4,52	5,98	8,10
Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	1,67	1,84	2,28	2,40
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie	1,75	2,15	2,49	2,68
Gummi und Asbest verarbeitende Industrie	1,93	2,52	2,92	3,02
Investitionsgüterindustrien	1,49	1,97	2,24	2,38
Stahlbau (einschließlich Leichtmetallbau)	1,51	1,81	1,88	2,00
Maschinenbau	1,63	1,93	2,11	2,12
Fahrzeugbau	1,17	2,37	2,76	3,04
Schiffbau	0,86	1,54	1,57	1,72
Elektrotechnische Industrie	1,46	1,99	2,27	2,37
Feinmechanische und optische sowie Uhrenindustrie	1,33	1,75	1,99	2,06
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschließlich Stahlverformung)	1,61	1,98	2,39	2,63
Stahlverformung	.	.	.	.
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	.	.	.	.
Verbrauchsgüterindustrien	1,37	1,89	2,21	2,55
Feinkeramische Industrie	1,36	1,72	1,97	2,13
Glasindustrie	1,58	1,93	2,29	2,69
Holzverarbeitende Industrie	1,19	1,69	1,97	2,24
Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräte-Industrie	1,42	2,00	2,37	2,72
Papier und Pappe verarbeitende Industrie	1,83	2,24	2,50	2,59

[1]) Alternativrechnung mit einer Target Rate of Interest von 4 % (Anhang IV, 13).

noch Tabelle 117

Industriegruppe bzw. -zweig	Absolute Zahlen			
	1951	1958	1960	1963
	(1)	(2)	(3)	(4)
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	1,28	1,84	2,07	2,27
Kunststoffverarbeitende Industrie	1,40	2,25	2,92	3,39
Lederindustrie	1,39	1,91	2,17	2,45
Ledererzeugende Industrie	.	.	.	.
Lederverarbeitende Industrie	.	.	.	.
Schuhindustrie	.	.	.	.
Textilindustrie	1,34	1,83	2,19	2,68
Bekleidungsindustrie	1,48	2,05	2,30	2,50
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	2,01	2,90	2,97	3,26
Mühlenindustrie	.	.	.	.
Ölmühlen- und Margarine-Industrie	.	.	.	.
Zuckerindustrie	.	.	.	.
Brauereien und Mälzereien	1,97	2,98	3,05	3,23
Sonstige Nahrungs- und Genußmittelindustrien	.	.	.	.
Tabakverarbeitende Industrie	.	.	.	.
Restliche Nahrungs- und Genußmittelindustrien	.	.	.	.
Gesamt	1,56	2,09	2,41	2,65

Tabelle 118

Korrelationsmatrix

Korrelationskoeffizienten aus Beobachtungen für 556 kreisfreie Städte und Landkreise [1])

		Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wohnbevölkerung 1961	Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wohnbevölkerung 1957	Relative Veränderung des Bruttoinlandsprodukts je Kopf der Wohnbevölkerung 1957 bis 1961	Relative Veränderung der Wohnbevölkerung 1950 bis 1955
		1	2	3	4
Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wohnbevölkerung 1961	1	1			
Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wohnbevölkerung 1957	2	0,92	1		
Relative Veränderung des Bruttoinlandsprodukts je Kopf der Wohnbevölkerung 1957 bis 1961	3	— 0,13	— 0,50	1	
Relative Veränderung der Wohnbevölkerung 1950 bis 1955	4	.	.	.	1
Relative Veränderung der Wohnbevölkerung 1955 bis 1964	5	0,55	0,48	.	0,64
Kumulierter Wanderungssaldo von 1957 bis 1961, bezogen auf die Wohnbevölkerung 1957	6	0,63	0,59	— 0,12	.
Wirtschaftsbevölkerungsdichte 1957	7	.	0,56	— 0,34	.
Wohnbevölkerungsdichte 1950	8	.	.	.	0,45
Wohnbevölkerungsdichte 1955	9	.	.	.	.
Anteil des Warenproduzierenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt 1957	10	—	—	—	—
Anteil der Land- und Forstwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt 1957	11	—	—	—	—
Relative Veränderung der Wirtschaftsbevölkerung 1957 bis 1961	12	—	—	—	—
Relative Veränderung des Bruttoinlandsprodukts je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung 1957 bis 1961	13	—	—	—	—

[1]) ohne Berlin, Hamburg und Saarland
. = Korrelationskoeffizient erscheint nicht interpretierbar
— = Korrelationskoeffizient nicht berechnet

Tabelle 118

Relative Veränderung der Wohnbevölkerung 1955 bis 1964	Kumulierter Wanderungssaldo von 1957 bis 1961, bezogen auf die Wohnbevölkerung 1957	Wirtschaftsbevölkerungsdichte 1957	Wohnbevölkerungsdichte 1950	Wohnbevölkerungsdichte 1955	Anteil des Warenproduzierenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt 1957	Anteil der Land- und Forstwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt 1957	Relative Veränderung der Wirtschaftsbevölkerung 1957 bis 1961	Relative Veränderung des Bruttoinlandsprodukts je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung 1957 bis 1961
5	6	7	8	9	10	11	12	13
1								
.	1							
.	0,28	1						
.	.	.	1					
0,07	.	.	0,99	1				
—	—	—	—	—	1			
—	—	—	—	—	.	1		
—	—	—	—	—	0,42	— 0,62	1	
—	—	—	—	—	— 0,34	0,39	— 0,34	1

Erläuterung
von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

I. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat und private Haushalte einschl. privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft oder mindestens die Kosten deckt. Hierzu gehören u. a. auch landwirtschaftlie Betriebe, Handwerksbetriebe und Freie Berufe, ferner Bundesbahn, Bundespost und sonstige öffentliche Unternehmen unabhängig von ihrer Rechtsform. Einbezogen in den Unternehmenssektor ist auch die Wohnungsvermietung einschl. der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Der **Staat** umfaßt folgene öffentliche Körperschaften: Bund einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschl. Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände, und zwar Hoheits- und Kämmereiverwaltungen (also nicht ihre Unternehmen), ferner Zweckverbände, soweit sie Aufgaben erfüllen, die denen der Gebietskörperschaften entsprechen, und die Sozialversicherung einschl. der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst. In die Sozialversicherung einbezogen ist ein fiktiver Pensionsfonds für Beamte, der erforderlich ist, um das Einkommen der Beamten vergleichbar mit dem anderer Arbeitnehmergruppen darstellen zu können.

In den Sektor der **privaten Haushalte** sind die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle und wissenschaftliche Organisationen, politische Parteien, Gewerkschaften, Sportvereine, gesellige Vereine usw.

II. Sozialprodukt und Inlandsprodukt

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaflichen Leistung der Volkswirtschaft.

Die Entstehung des Sozialprodukts wird gewöhnlich über das **Inlandsprodukt** berechnet. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Umsatz, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigfabrikaten, selbsterstellte Anlagen) der Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die sogenannten Vorleistungen (Materialeinsatz usw.) ab, erhält man den Beitrag der Bereiche zum **Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen.**

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Instituionen von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt gezahlt wurden, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.**

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus dem (privaten und Staats-)Verbrauch, den Investitionen und den Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschl. der Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus der übrigen Welt) nach Abzug der Einfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschl. der Erwerbs- und Vermögenseinkommen an die übrige Welt).

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.** Hieraus leitet sich das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten** durch Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen und Kürzung um die indirekten (bei der Gewinnermittlung abzugsfähigen) Steuern ab. Das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten ist identisch mit dem Volkseinkommen.

Die einzelnen Begriffe hängen, schematisch dargestellt, wie folgt zusammen:

  Bruttosozialprodukt
— Abschreibungen

= Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
— Indirekte Steuern
+ Subventionen

= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen.

III. Verteilung des Volkseinkommens

Das Volkseinkommen ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern zugeflossen sind.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Das **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfaßt die Bruttolohn- und -gehaltsumme zuzüglich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Wegen fehlender statistischer Unterlagen sind bestimmte freiwillige Sozialleistungen, wie Aufwendungen zur zusätzlichen Alters- und Krankenvorsorge, noch nicht einbezogen.

Das **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit** und Vermögen enthält das Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Gewinn, Zinsen, Nettomieten und -pachten nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf die öffentliche Schuld. Dazu kommen die nicht ausgeschütteten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.).

Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten noch die direkten Steuern, bei den privaten Haushalten darüber hinaus auch die Beiträge zur Sozialversicherung.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen usw., die sie vom Staat und von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von den privaten Haushalten usw. an den Staat geleisteten direkten Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen an den Staat und an die übrige Welt ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nicht-entnommene Gewinne der Einzelunternehmen und Personengesellschaften dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man den privaten Verbrauch vom verfügbaren Einkommen abzieht.

IV. Verwendung des Sozialprodukts

In der Verwendungsrechnung werden der Private Verbrauch, der Staatsverbrauch, die Investitionen und der Außenbeitrag unterschieden.

Der **Private Verbrauch** umfaßt die Güter- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke sowie den Eigenverbrauch (laufende Käufe minus Verkäufe) der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie z. B. der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen u. a. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum Privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Investitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** entspricht den Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Zu den Aufwendungen für Verwaltungsleistungen zählen die Waren- und Dienstleistungskäufe des Staates (ohne Käufe von Investitionsgütern für zivile Zwecke), die Einkommen der im Staatsdienst Beschäftigten, ferner unterstellte Nettomieten und Abschreibungen für das vom Staat genutzte Vermögen u. ä. Um den Staatsverbrauch zu ermitteln, wird von den Aufwendungen der Wert der Staatsleistungen abgesetzt, die verkauft oder für die Gebühren erhoben werden. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke zählen auch die Käufe von Rüstungsgütern und militärischen Bauten. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum Privaten Verbrauch.

Die **Investitionen** setzen sich aus Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die gesamten privaten und staatlichen Käufe an dauerhaften Produktionsmitteln sowie die selbsterstellten Anlagen. Als dauerhaft werden in diesem Zusammenhang diejenigen Produktionsmittel angesehen, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden. Ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, sonstige gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** ist zu Wiederbeschaffungspreisen bewertet und damit frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus den preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Als **Außenbeitrag** wird die Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen bezeichnet. Erfaßt werden die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt. Einbezogen in die Ausfuhr sind Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben; in der Einfuhr sind die an die übrige Welt geflossenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen enthalten.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die sowjetische Besatzungszone, den Sowjetsektor von Berlin und die deutschen Ostgebiete (z. Z. unter fremder Verwaltung) umfaßt, bis 1959 auch das Saarland und Berlin (West). Für 1960 liegen Angaben ohne und einschl. Saarland und Berlin (West) vor.

V. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1954) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozial-

produkt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindices auf der Basis 1954. Diese Preisindices haben eine wechselnde Wägung, d. h. es liegt ihnen der „Warenkorb" des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde; sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit 1954. Die Entwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weiter Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

VI. Auszug aus dem Jahresgutachten 1964

. . . .

248. Wenn sich bei Vollbeschäftigung von der Preis-, Lohn- und Kostenseite her Gefahren der beschriebenen Art zeigen, kann die Geldwertstabilität zwar verteidigt werden, aber kurzfristig und ohne unmittelbare Eingriffe in die Preis- und Lohnbildung nur mit Mitteln, die zu sinkenden Investitionen und zunehmender Arbeitslosigkeit führen. Der Standpunkt, daß alle, die mehr für ihre Arbeit und ihre Erzeugnisse fordern, als der Markt zu zahlen bereit ist, es selbst zu verantworten haben, wenn sie aus dem Markt gedrängt werden, ist so weit entfernt von den im Gesetz über den Sachverständigenrat niedergelegten Zielen, daß er hier ohne nähere Prüfung ausscheiden kann. Wir müssen also nach anderen Möglichkeiten suchen, die Vollbeschäftigung und die Geldwertstabilität gegen die Gefahren zu sichern, die nunmehr von dem Verhalten der Sozialpartner ausgehen können. Die einzige, die mit unserer Wirtschaftsordnung vereinbar ist — eine andere sehen wir nicht —, liegt in der Aufklärung über jene lohnpolitischen Bedingungen, unter denen ohne Beschränkung der tarifpolitischen Autonomie der Sozialpartner Geldwertstabilität ohne Arbeitslosigkeit — oder Vollbeschäftigung ohne Inflation — möglich ist.

a) Bei gegebenen Wettbewerbsbedingungen spielt sich im monetären Gleichgewicht ein bestimmtes Verhältnis zwischen Preisen und Kosten und damit auch zwischen Preis- und Kostenniveau ein. Das Problem der Geldwertstabilität bei Vollbeschäftigung ist daher identisch mit dem der Stabilisierung des volkswirtschaftlichen Kostenniveaus.

b) Damit das Kostenniveau nicht steigt, dürfen die Nominallöhne, solange die oben genannten Annahmen und Bedingungen — insbesondere monetäres und außenwirtschaftliches Gleichgewicht — gegeben sind, dem Grundsatz nach im Durchschnitt nicht stärker erhöht werden als um den Prozentsatz, um den sich in der Gesamtwirtschaft das Produktionsergebnis je Stunde — von etwaigen Struktureffekten bereinigt — erhöht. Wenn dagegen der Anteil der Kapitalkosten an den Gesamtkosten abnimmt — zum Beispiel wegen Zinssenkung infolge zunehmenden Kapitalreichtums oder wegen kapitalsparenden technischen Fortschrittes — oder wenn die „terms of trade" sich verbessern — niedrigere Importpreise oder höhere Exportpreise —, so ist für Lohnerhöhungen ein zusätzlicher Spielraum über den Fortschritt der gesamtwirtschaftlichen Produktivität hinaus gegeben, ohne daß das Kostenniveau steigt — und umgekehrt. Ebenso mag es angebracht sein, den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt optimistisch einzuschätzen, in der Hoffnung, daß ein gewisser Lohndruck die Rationalisierungsbemühungen in den Unternehmen verstärkt.

c) Zu den Lohnerhöhungen gehören im Hinblick auf die Kostenseite auch Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge, soweit sie den Arbeitgeberanteil betreffen. Es müßte daher die Regel gelten, die Beitragssätze, soweit erforderlich, in kürzeren Zeitabständen und dann jeweils nur geringfügig anzuheben; eine sprunghafte Beitragserhöhung würde den Spielraum der Sozialpartner für kostenniveau-neutrale Lohnerhöhungen in dem betreffenden Jahr zu sehr einengen.

d) Die Lohnerhöhung, die im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt kostenniveau-neutral ist, kann nur für jene Bereiche den Maßstab bilden, die sich im Gleichgewicht befinden und voraussichtlich im Gleichgewicht bleiben werden. Zeigt sich irgendwo ein zusätzlicher Bedarf an Arbeitskräften, der nicht aus dem Neuzugang, sondern nur durch Abzug aus anderen Bereichen gedeckt werden kann, so müssen, wie dies in der effektiven Lohnbemessung in der Regel schon geschieht, die Löhne in den Mangelbereichen stärker erhöht werden, und zwar um so mehr, je größer die Friktionen und der Widerstand sind, die der Lohnanreiz überwinden soll.

e) Auf der anderen Seite ist es erforderlich, daß überall dort die Löhne langsamer steigen, wo Arbeitskräfte nicht mehr so dringend benötigt werden, weil der Absatz schrumpft oder der technische Fortschritt Einsparungen ermöglicht; sonst fehlt für die Arbeitnehmer der Anreiz, von sich aus den Arbeitsplatz zu wechseln. Wenn die Unternehmen zögern, nicht mehr benötigte Arbeitskräfte zu entlassen, und sogar erhebliche Lohnzugeständnisse machen — vielleicht auch weil sie mit entsprechender staatlicher Hilfe rechnen, die aus politischen Gründen gerechtfertigt sein mag —, so wird in solchen Bereichen ein Beschäftigungsstand aufrechterhalten, der die an sich mögliche Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und damit letzten Endes auch der Reallöhne verringert.

f) Da die Knappheitsbedingungen in den verschiedenen Gebieten, Industriezweigen und Berufssparten am besten in kollektiven Verhandlungen ermittelt werden können, macht die gesamtwirtschaftliche Leitregel den Lohnfindungsprozeß durch die Tarifparteien nicht entbehrlich. Die Leitregel zeigt nur den Richtpunkt an, bei dem die Ziele der Geldwertstabilität, der Vollbeschäftigung und des gesamtwirtschaftlichen Wachstums zum Wohle aller am wenigsten miteinander in Konflikt stehen.

Sachregister

(Die Zahlen beziehen sich auf die Abschnitte des Textes)